

# Stenographisches Protokoll

69. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XIV. Gesetzgebungsperiode

Freitag, 4. November 1977

## Tagesordnung

1. 2. Abgabenänderungsgesetz 1977 und Bericht über den Antrag (62/A) auf Änderung des Umsatzsteuergesetzes 1972 in der geltenden Fassung
2. Änderung des Familienlastenausgleichsgesetzes 1967
3. Bericht über den Antrag (63/A) betreffend Änderung des Fermeldeinvestitionsgesetzes
4. Bericht über den Antrag (64/A) betreffend ein Sozialversicherungs-Änderungsgesetz 1977
5. Budgetüberschreitungsgesetz 1977

(2) Bericht und Antrag des Finanz- und Budgetausschusses betreffend Änderung des Familienlastenausgleichsgesetzes 1967 (661 d. B.)  
Berichterstatter: Kunstätter (S. 6524)

(3) Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über den Antrag (63/A) der Abgeordneten Wille und Genossen betreffend Änderung des Fermeldeinvestitionsgesetzes (647 d. B.)  
Berichterstatter: Prechtl (S. 6525)

(4) Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über den Antrag (64/A) der Abgeordneten Pansi und Genossen betreffend ein Sozialversicherungs-Änderungsgesetz 1977 (663 d. B.)  
Berichterstatter: Steinhuber (S. 6526)

Redner: Dr. Koren (S. 6527), Blecha (S. 6533), Dr. Broesigke (S. 6545), Wille (S. 6551), Ing. Sallinger (S. 6554), Vizekanzler Dr. Androsch (S. 6559 und S. 6563), Graf (S. 6562), Melter (S. 6563), Mühlbacher (S. 6572), Dr. Kohlmaier (S. 6577), Maria Metzker (S. 6585), Staatssekretär Elfriede Karl (S. 6588), Kern (S. 6590), Bundesminister Dr. Weißenberg (S. 6593), Dipl.-Vw. Josseck (S. 6600), Dr. Schranz (S. 6606), Dr. Wiesinger (S. 6611), Sandmeier (S. 6614), Hellwagner (S. 6618), Dr. Schmidt (S. 6621), Dr. Fiedler (S. 6627), Kokail (S. 6633), Dipl.-Ing. Riegler (S. 6635), Pfeifer (S. 6637), Dr. Schwimmer (S. 6639), Dr. Haider (S. 6645), Dr. Marga Hubinek (S. 6646) und Dr. Blenk (S. 6649)

Annahme der vier Gesetzentwürfe (S. 6652)

(5) Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (618 d. B.): Budgetüberschreitungsgesetz 1977 (646 d. B.)  
Berichterstatter: Hirscher (S. 6655)

Annahme des Gesetzentwurfes (S. 6655)

## Inhalt

### Personalien

Krankmeldungen (S. 6509)

### Fragestunde (42.)

#### Bauten und Technik (S. 6509)

Suppan (431/M); Dr. Scrinzi, Kunstätter, Dr. Keimel

Dr. Jolanda Offenbeck (433/M); Meißl, Ing. Willinger

Heßl (434/M); Dipl.-Ing. Hanreich, Samwald

DDr. Maderner (435/M); Dr. Scrinzi

Dipl.-Ing. Hanreich (438/M); Schemer, Dkfm. DDr. König, Dr. Schmidt

#### Finanzen (S. 6516)

Dkfm. DDr. König (432/M); Dr. Schmidt, Dr. Schwimmer

Sandmeier (444/M); Dr. Broesigke, Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr

Dr. Broesigke (447/M); Steinbauer, Dr. Schmidt

Dr. Schranz (443/M); Dr. Feurstein

### Ausschüsse

Zuweisungen (S. 6522)

### Verhandlungen

Gemeinsame Beratung über

- (1) Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (626 d. B.); 2. Abgabenänderungsgesetz 1977 und Bericht über den Antrag (62/A) der Abgeordneten Hofstetter und Genossen auf Änderung des Umsatzsteuergesetzes 1972 in der geltenden Fassung (660 d. B.)

Berichterstatter: Josef Schlagner (S. 6524)

### Eingebracht wurden

#### Regierungsvorlage

- 671: Übereinkommen zur Errichtung des Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung samt Anlagen (S. 6523)

#### Unvereinbarkeitsangelegenheiten

Bericht des Unvereinbarkeitsausschusses (S. 6523)

**Anfragen der Abgeordneten**

Regensburger, Dr. Ermacora, Dipl.-Ing. Dr. Leitner, Westreicher, Huber, Dr. Halder, Dr. Keimel, Dr. Lanner und Genossen an den Bundesminister für Unterricht und Kunst betreffend Subventionsansuchen für „Tiroler Sommer“ (1439/J)

Dr. Leibenfrost, Kammerhofer und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik betreffend Ausbau des Verzollungspostamtes Linz (1440/J)

Dr. Leibenfrost, Kammerhofer und Genossen an den Bundesminister für Verkehr betreffend Ausbau des Verzollungspostamtes Linz (1441/J)

Dr. Leibenfrost, Kammerhofer und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend Ausbau des Verzollungspostamtes Linz (1442/J)

Mag. Höchtl, Landgraf, Kraft und Genossen an den Bundesminister für Landesverteidigung betreffend Kündigung der Pachtverträge für die Bundesheerkantinen (1443/J)

Dipl.-Ing. Riegler, Dipl.-Ing. Dr. Leitner und Genossen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft betreffend „Büro für Grundsatzfragen und Koordination“ im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft (1444/J)

Hatzl und Genossen an den Bundesminister für Verkehr betreffend Schnellbahnverkehr nach Schwechat (1445/J)

**Anfragebeantwortung**

des Bundeskanzlers auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Ermacora und Genossen (1351/AB zu 1394/J)

## Beginn der Sitzung: 9 Uhr

**Vorsitzende:** Präsident **Benya**, Zweiter Präsident **Minkowitsch**, Dritter Präsident **Probst**.

**Präsident:** Die Sitzung ist eröffnet.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Staudinger, Frodl, Wedenig, Fachleutner und Zingler.

### Fragestunde

**Präsident:** Wir gelangen zur Fragestunde.

### Bundesministerium für Bauten und Technik

**Präsident:** 1. Anfrage: Herr Abgeordneter Suppan (ÖVP) an den Herrn Bundesminister für Bauten und Technik.

431/M

Bis wann wird die Süd Autobahn durchgehend befahrbar sein?

**Präsident:** Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Bauten und Technik **Moser:** Herr Abgeordneter! Sie wissen, daß die seinerzeit beabsichtigten Gespräche mit den betroffenen oder berührten Bundesländern über einen beschleunigten Ausbau der Süd Autobahn von der Grundlage ausgehen sollten, daß die besonders teuren Teilstücke dieser Süd Autobahn über den Kapitalmarkt zu finanzieren wären. Naturgemäß hätten sich die Länder damit an den Kosten der Kredite beteiligen müssen und es hätte auch eine Gebühr für diese besonders teuren Teilstücke eingehoben werden sollen.

Sie wissen ebenso, daß die berührten Bundesländer ganz entschieden etwa auch eine Teilbemaufung der Süd Autobahn abgelehnt haben, weshalb das ursprünglich in Aussicht genommene Konzept dadurch über Bord gegangen ist. Der Zeitbedarf für die durchgehende Fertigstellung der Süd Autobahn ist nun wegen der Dimension dieses Vorhabens - die Süd Autobahn ist 380 km lang - außer durch technische Gegebenheiten im wesentlichen durch die Frage der langfristigen Finanzierbarkeit bestimmt, wobei in Teilabschnitten mit der Steiermark Verhandlungen über eine Vorfinanzierung laufen; ich hoffe, daß sie in der nächsten Woche zum Abschluß kommen. Auf Kärntner Seite besteht eine Vereinbarung mit dem

Landeshauptmann, daß die Bundesmittel, die bei der Tauern Autobahn frei werden, dem Land zum beschleunigten Ausbau der Süd Autobahn verbleiben.

**Präsident:** Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter **Suppan:** Herr Bundesminister! Sie haben seinerzeit im Jänner 1975 hier im Haus erklärt, Sie rechnen, daß in zehn Jahren die Süd Autobahn befahrbar sein wird. Die Grundlage - und das haben Sie jetzt ausgeführt dazu - seien Übereinkünfte mit den Ländern.

Meine Frage: Wieso ist es zu diesen von Ihnen, vom Herrn Bundeskanzler, vom Herrn Finanzminister angekündigten Übereinkünften nicht gekommen?

**Präsident:** Herr Minister.

Bundesminister **Moser:** Dazu ist es deshalb nicht gekommen, weil die Bundesländer Steiermark und Kärnten sowie in gewissem Maß auch Niederösterreich die Bemaufung der besonders teuren Gebirgsübergänge Wechsel und Pack ganz entschieden abgelehnt haben. Damit werden diese Teilstücke auch über die normalen Einnahmen des Bundesstraßenbaues finanziert werden müssen.

Das bedeutet aber, daß Milliardenbeträge, die ansonst in Form von Gesellschaften an diesen beiden Teilstücken der Süd Autobahn über den Kapitalmarkt hätten als Baukapital aufgenommen werden können, nun nicht mehr aufgenommen werden können. Dadurch kann auch die Zeit bis 1985 für die durchlaufende Befahrbarkeit nicht eingehalten werden.

**Präsident:** Weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter **Suppan:** Herr Bundesminister! Der Herr Bundeskanzler hat am 21. Juni 1975 gegenüber der „Kronen-Zeitung“ erklärt, bei der Planung und beim Bau der Süd Autobahn seien schwerste Sünden begangen worden. - Das ist ein Vorwurf gegen Ihr Ressort.

Herr Bundesminister! Ich frage Sie: Welcher Art sind diese Sünden beim Bau und bei der Planung der Süd Autobahn?

**Präsident:** Herr Minister.

Bundesminister **Moser:** Herr Abgeordneter! Ich glaube, Sie kennen genauso wie ich die Geschichte der Planung der Süd Autobahn, die ja ursprünglich über burgenländisches Gebiet führen sollte. Hier im Parlament hat es ja

**Bundesminister Moser**

seinerzeit über die Trassenführung erhebliche Auseinandersetzungen gegeben. Zweifellos würde die Trasse über das Burgenland nicht die Höhen des Wechsels überqueren müssen. Sie wäre da sicherlich vielleicht auch billiger gewesen. Aber es ist damals eben entschieden worden, daß die Süd Autobahn jene Linienführung haben soll, die heute gebaut wird.

Nun finden sich ja eine ganze Reihe von Teilstücken der Süd Autobahn bereits im Bau. Gerade Sie als Kärntner wissen, daß wir schon vor Jahresfrist begonnen haben mit dem Abstieg der Autobahn von der Pack ins Lavanttal, daß Villach praktisch heute umfahren ist, daß wir vor einigen Monaten eine Einigung auch über die weitere Trassenführung im Raum von Stossau erzielen konnten – eine einvernehmliche –, daß die Umfahrung von Arnoldstein praktisch ausgeplant ist, daß es allerdings im grenznahen Bereich noch gewisse divergente Auffassungen über die Situierung der Grenzabfertigungsstelle und der Führung der Autobahn gibt. Ich glaube aber, daß diese Einwände der Anrainer und Gemeinden auch in Kürze beseitigt sein können.

**Präsident:** Weitere Frage: Herr Abgeordneter Dr. Scrinzi.

Abgeordneter Dr. Scrinzi (FPÖ): Herr Bundesminister! Sie werden mir zugeben, daß vom Standpunkt Kärntens aus die Zumutung, Kärnten durch eine neuerliche Mautstraße zu blockieren, sehr stark war und daß das Land mit Recht ein solches Vorhaben abgelehnt hat.

Auf der anderen Seite verzeichneten wir im heurigen Sommer auf Kärntens Straßen eine Rekordzahl von Verkehrstoten. Wir sind ein Land, das derzeit praktisch nur über Mautstraßen zugänglich ist, dort werden über leistungsfähige Straßen große Massen von Verkehrsteilnehmern hineingepumpt, und dann explodiert der Verkehr im Lande.

Die Bundesregierung setzt merkwürdige Prioritäten. Sie zieht das Karawankentunnelprojekt vor, das ja auch nicht gerade billig ist. Die Regierung ist offensichtlich in der Lage, fragwürdige Projekte, wie den Austro-Porsche, zu finanzieren. Sehen Sie außer der Möglichkeit, im Wege von Mautgebühren den privaten Kapitalmarkt zu mobilisieren, keine Möglichkeit, die ins Auge gefaßte Frist, die möglicherweise das Jahr 2000 überschreiten wird, zu verkürzen?

**Präsident:** Herr Minister.

Bundesminister Moser: Herr Abgeordneter! Das Jahr 2000 ist sicher unrichtig. Gerade auf

Kärntner Gebiet gibt es gegenwärtig schon große Anstrengungen zum weiteren Ausbau der Süd Autobahn. Ich vertrete allerdings die Meinung, Herr Abgeordneter, daß etwa das Teilstück von Griffen nach Klagenfurt, was den Autobahnbau anlangt, keineswegs höchste Priorität hat, weil uns in diesem Abschnitt eine vierspurige Bundesstraße zur Verfügung steht, die meiner Überzeugung nach noch einige Zeit in der Lage ist, den dort herrschenden Verkehr durchaus aufzunehmen. Worum es aber sicherlich geht, ist, daß der Weiterbau von Federaun südlich von Villach über Arnoldstein bis zur Grenze, damit die Kalamitäten, die zugegebenermaßen heute an der Grenze nach Italien bestehen, beseitigt werden, vorangetrieben wird. Wir stehen auch in völliger Willensübereinstimmung mit dem Land Kärnten, daß dieses Teilstück der Süd Autobahn im Raume von Kärnten sehr große Priorität hat.

**Präsident:** Weitere Frage. – Herr Abgeordneter Kunststätter.

Abgeordneter Kunststätter (SPÖ): Herr Bundesminister! Ich darf Sie fragen, wieweit die Trassenführung der Süd Autobahn im Lavanttal bereits durch Verordnung festgelegt ist beziehungsweise wieweit hiebei den Wünschen der Lavanttaler Gemeinden hinsichtlich der Trassenführung Rechnung getragen wurde.

**Präsident:** Herr Minister.

Bundesminister Moser: Herr Abgeordneter! Die sogenannte § 4-Verordnung in diesem Bereich ist bereits erlassen worden. Die Trassenführung ist so bestimmt worden, wie es auch einem Beschluß der Gemeinde Wolfsberg entspricht, sodaß hier zwischen der Gemeinde Wolfsberg und dem Bautenministerium keine neuen Verhandlungen über die Trassenfestlegung beziehungsweise Trassenführung notwendig sind.

**Präsident:** Weitere Frage. – Herr Abgeordneter Dr. Keimel.

Abgeordneter Dr. Keimel (ÖVP): Herr Minister! Nicht nur die Süd Autobahn, sondern der gesamte Straßenbau spitzt sich immer mehr zu einer Finanzierungsfrage zu. Im Budget 1978 ist der sogenannte Straßenverkehrsförderungsbeitrag mit 2,2 Milliarden Schilling für ein halbes Jahr ausgewiesen, obwohl dieses Gesetz im Parlament noch gar nicht besteht. Sie entwickeln langsam eine Routine im Nichtbeantworten von klaren Fragen der Abgeordneten, wie dies gestern bei Dr. König und auch bei mir der Fall gewesen ist.



**Dr. Keimel**

Ich frage Sie daher noch einmal jetzt ganz klar: Planen Sie während dieser Legislaturperiode die Erschließung neuer Finanzierungsquellen für den Ausbau von Straßen A und B, und wenn ja, in welcher Form?

**Präsident:** Herr Minister.

Bundesminister Moser: Neue Finanzierungsquellen sind nicht im Gespräch.

**Präsident:** Wir kommen zur Anfrage 2: Frau Abgeordnete Dr. Jolanda Offenbeck (SPÖ) an den Herrn Minister.

433/M

Besteht Aussicht, daß mit dem Um- und Ausbau der BEA in Graz-Liebenau in nächster Zeit begonnen werden kann?

**Präsident:** Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Moser: Frau Abgeordnete! Ich habe vor kurzer Zeit die Weisung erteilt, daß die erforderlichen Vorarbeiten für die Durchführung der Baumeisterausschreibung unverzüglich in Angriff genommen werden. Die Ausschreibung wird in den nächsten Tagen in den steirischen Zeitungen erscheinen. Die Abgabefrist für die Offerte wird Ende November/Anfang Dezember sein, sodaß mit dem Beginn des notwendigen Bauvorhabens spätestens zu Beginn des nächsten Jahres gerechnet werden kann.

**Präsident:** Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordnete Dr. Jolanda Offenbeck: Herr Bundesminister! Die Eltern und die Direktion der Bundeserziehungsanstalt Graz-Liebenau bemühen sich seit vielen Jahren, angeblich seit 1964, um die Errichtung einer Turnhalle. Man befürchtet nun, daß, wenn die Baubewilligung abläuft, eine neuerliche Verzögerung des Bauvorhabens eintreten wird. Werden Sie sich dafür einsetzen, daß auf jeden Fall vor Ablauf dieser Baubewilligung noch mit den ersten Bauhandlungen begonnen werden kann?

**Präsident:** Herr Minister.

Bundesminister Moser: Frau Abgeordnete! Es ist absolut gesichert, daß zeitgerecht vor Ablauf der Baugenehmigung – wenn ich mich recht erinnere, dann läuft sie erst im Jahre 1979 ab, ich bin allerdings nicht ganz sicher –, es ist jedenfalls gesichert, daß die Bewilligung nicht verfällt, sondern daß unter aufrechtem Bestand der Baubewilligung auch mit dem Bau begonnen werden kann.

**Präsident:** Weitere Anfrage.

Abgeordnete Dr. Jolanda Offenbeck: Herr Bundesminister! Man behauptet, daß angeblich immer wieder spitzfindige Auflagen erteilt werden, um den Baubeginn zu verzögern. Werden Sie alle Vorkehrungen treffen, um solche, wie man behauptet, spitzfindige Auflagen zu verhindern?

**Präsident:** Herr Bundesminister.

Bundesminister Moser: Frau Abgeordnete! Das Bauvorhaben ist ausgeplant. Die Ausschreibung ist praktisch im Gange. Ich kann mir nicht vorstellen, daß von irgendwoher neue Auflagen erteilt werden könnten, denn die Baubehörde hat sich ja mit diesem Projekt bereits seinerzeit befaßt und die Baugenehmigung erteilt.

Das Projekt wurde auch in jüngster Zeit neuerlich, nachdem es schon einige Zeit geplant war, durch die Unterrichtsverwaltung begutachtet, für gut befunden, sodaß ich mir nicht vorstellen kann, daß noch irgendwo Hindernisse auftreten könnten. Ich werde jedenfalls das Meine dazu tun, daß, wenn solche Hindernisse auftreten sollten, sie sehr rasch auch beseitigt werden.

**Präsident:** Eine weitere Anfrage. Herr Abgeordneter Moser.

Abg. Dr. Eduard Moser (ÖVP): Herr Bundesminister! Sie sprachen gerade von Hindernissen, die auftreten können. Sie treten vor allem von Ihrem eigenen Ressort auf, Herr Minister. Sie haben im Vorjahr im Budget 10 Millionen Schilling für Liebenau für 1978 vorgesehen. Im heurigen Budget sind die 10 Millionen gestrichen worden. Es ist unverständlich, warum man einen solchen Bau, der seit vielen Jahren in Ihrem Budgetvoranschlag auf die einzelnen Finanzjahre aufgeteilt ist, laufend hinauschiebt. Das geschieht nun durch drei Jahre.

Ich darf Sie daher fragen: Warum wurde die Voranschlagsziffer von 10 Millionen Schilling, die voriges Jahr in Ihrem Budget war, für heuer gestrichen?

**Präsident:** Herr Minister, bitte.

Bundesminister Moser: Herr Abgeordneter! Ich darf Ihnen sagen: Natürlich, bei einem solchen Bauvolumen – wir haben gegenwärtig etwa 80 höhere Schulen und Hochschulbauten im Bau – wird es immer wieder gewisse Schwierigkeiten und Umschichtungen geben. Der eine Bau geht schneller, braucht mehr Geld, der andere Bau geht langsamer, braucht die

**Bundesminister Moser**

vorgesehene Quote nicht. Das wird jeder bescheinigen müssen, der im Baugeschehen einigermaßen bewandert ist.

Natürlich hat es auch bei der Planung dieser Schule gewisse Schwierigkeiten gegeben. Es ist ja nicht ein Abschnitt, sondern das sind in Wirklichkeit zwei Abschnitte, die dort gebaut werden, die Sonderunterrichtsklassen mit der Direktion, der Umbau des Hallenbades mit den Turnhallenbauten. Also zwei Abschnitte, und das ist kein ganz einfaches Bauwerk. Nun sind alle diese Hindernisse aber beseitigt, und ich sage noch einmal: die Geldmittel stehen auch bereit. Daher auch die Ausschreibung, die in den nächsten Tagen in den steirischen Zeitungen sein wird, was bedeutet, daß damit auch mit dem Bau begonnen wird.

**Präsident:** Weitere Anfrage: Herr Abgeordneter Meißl.

Abgeordneter **Meißl** (FPÖ): Herr Bundesminister, ich darf also annehmen, daß die Schwierigkeiten, von denen hier die Rede war, beseitigt sind.

Können Sie jetzt auch schon sagen, welcher Zeitraum vorgesehen ist, daß dieser Gesamtkomplex fertiggestellt wird?

**Präsident:** Herr Minister. Bitte.

Bundesminister **Moser:** Wir stellen uns eine Baudauer von drei Jahren vor.

**Präsident:** Eine weitere Anfrage: Herr Abgeordneter Willinger.

Abgeordneter Ing. **Willinger** (SPÖ): Herr Bundesminister! Ich bitte Sie um Beantwortung meiner Frage. Wie hoch werden die Gesamtbaukosten dieses Bauvorhabens sein, und wie viele allgemeinbildende höhere Schulen haben wir jetzt in Graz bzw. der Steiermark errichtet beziehungsweise sind im Bau?

**Präsident:** Herr Minister. Bitte.

Bundesminister **Moser:** Herr Abgeordneter! Die Gesamtkosten Liebenau werden sich auf rund 85 Millionen nach heutigen Rechnungen belaufen.

Was die Steiermark anlangt, so ist sie sicherlich ein Schwerpunkt im Schulbau, weil die Steiermark einen ungeheuren Nachholbedarf auf diesem Gebiet gehabt hat. Seit dem Jahre 1970 haben wir in der Steiermark insgesamt 15 große Schulbauten fertiggestellt, darunter 11 allgemeinbildende und berufsbil-

dende höhere Schulen. Gegenwärtig sind in der Steiermark weitere 11 allgemeinbildende und berufsbildende höhere Schulen im Bau.

**Präsident:** Anfrage 3: Herr Abgeordneter Heßl (SPÖ) an den Herrn Minister.

434/M

Herr Bundesminister, welche Sofortmaßnahmen werden Sie zur Verbesserung des Bau- und Erhaltungszustandes im renovierungsbedürftigen Flüchtlingslager Traiskirchen setzen?

**Präsident:** Bitte, Herr Minister.

Bundesminister **Moser:** Herr Abgeordneter! Das Flüchtlingslager Traiskirchen besteht aus einem Hauptgebäude und 17 Nebengebäuden, die sich zum Teil in einem nicht guten Bauzustand befinden.

Anlässlich einer kommissionellen Begehung im heurigen Jahr wurde einvernehmlich festgelegt, daß die Sanierungsmaßnahmen in Angriff genommen werden. Schwerpunkt ist zunächst das sogenannte Hauptgebäude. Vordringliche Maßnahmen dabei sind die Verkleinerung dieser großen Räume auf familiengerechte Räume und vor allen Dingen der Bau von Sanitäreinrichtungen. Die Gesamtkosten dieses ersten Abschnittes der Sanierung werden sich auf etwa 14,8 Millionen Schilling belaufen.

Daneben befindet sich das sogenannte Rosegger-Haus, das in einem desolaten Zustand ist. Wir glauben, daß es nur mehr möglich ist, das Gebäude abzutragen und durch ein neues Gebäude zu ersetzen.

**Präsident:** Eine weitere Anfrage. Bitte.

Abgeordneter **Heßl:** Herr Bundesminister, Sie gestatten mir die Zusatzfrage nach den Gesamtkosten, nachdem das gesamte Bauvorhaben dann saniert ist.

**Präsident:** Herr Minister.

Bundesminister **Moser:** Die Gesamtkosten im ersten Bauabschnitt werden sich auf ungefähr 23 Millionen Schilling belaufen, die Instandsetzung, die wir allerdings nur abschnittsweise bei den Nebengebäuden machen können, weil sie belegt sind, wird einen weiteren Aufwand von insgesamt 30 bis 40 Millionen Schilling erfordern, sodaß die Gesamtkosten zwischen 50 und 60 Millionen Schilling liegen werden.

**Präsident:** Eine weitere Anfrage. Bitte.

Abgeordneter **Heßl**: Meine nächste Zusatzfrage wäre, ob dann für die Zukunft mit diesen nun geschilderten Maßnahmen das Auslangen gefunden werden kann.

**Präsident**: Herr Minister.

Bundesminister **Moser**: Herr Abgeordneter! Wenn dieses Sanierungsprogramm durchgezogen ist, dann, glaube ich, ist dieses Lager sicherlich geeignet, auch von denen, die dort zunächst aufgenommen werden, anerkannt zu werden, weil wir alles daransetzen wollen, den ersten Berührungspunkt mit Österreich auch so auszugestalten, wie es unserem Lande zukommt.

**Präsident**: Weitere Anfrage: Herr Abgeordneter Hanreich.

Abgeordneter Dipl.-Ing. **Hanreich** (FPÖ): Herr Bundesminister, es ist sehr zu begrüßen, daß man sich nun endlich aufrafft, das Flüchtlingslager Traiskirchen so zu gestalten, daß es tatsächlich den bei uns neu eintreffenden Flüchtlingen ein positives Bild vermittelt.

Meine Frage geht dahin: Wie war es denn möglich, daß dieses Flüchtlingslager in einen derart desolaten Zustand geraten ist, daß selbst die ausländische Presse sich darüber mokiert hat?

**Präsident**: Herr Minister.

Bundesminister **Moser**: Herr Abgeordneter, ich glaube, den Ursachen nachzuspüren wäre an sich müßig, wenn wir jetzt darangehen, eine großzügige Sanierung durchzuführen.

Natürlich: Ein solches Lager ist auch einem besonderen Verschleiß ausgesetzt. Die Fluktuation in dem Belag ist ja sehr stark, die Aufwendungen, die hier getätigt werden müssen, sind gegenüber vergleichbar anderen Gebäuden sicherlich wesentlich höher, weil der Verbrauch auch viel schneller vonstatten geht als in einem anderen Objekt. Ich meine aber, daß mit dem zwischen 50 und 60 Millionen Schilling liegenden Aufwand tatsächlich nun der Zustand hergestellt wird, den wir alle für richtig halten können.

**Präsident**: Weitere Anfrage: Herr Abgeordneter Samwald.

Abgeordneter **Samwald** (SPÖ): Sehr geehrter Herr Bundesminister! Werden die derzeitigen Renovierungsarbeiten beziehungsweise Umbauten auch Gewähr dafür sein - Sie haben ja zum Ausdruck gebracht, daß diese Wohnungen verkleinert werden, familiengerechter werden sollen -, daß in Zukunft auch dafür Sorge

getragen sein wird, daß - die Flüchtlinge setzen sich ja aus verschiedenen Nationalitäten zusammen - hier die Unterbringung nach Nationen dann auch gewährleistet ist?

Und auch eine Frage noch: Wann wird mit dem Neubau eines Gebäudes begonnen werden?

**Präsident**: Herr Minister.

Bundesminister **Moser**: Herr Abgeordneter, es ist sicherlich die Aufgabe der Verwaltung dieses Objektes, die Einweisung der ankommenden Personen richtig in die einzelnen Objekte vorzunehmen.

Das Sanierungsprogramm steht. Wir werden in Kürze schon mit der Instandsetzung, also mit der Sanierung des Hauptgebäudes beginnen als erster Maßnahme. Die Sanierung der Nebengebäude: Da stellen wir uns vor, daß jährlich 3 bis 4 Millionen Schilling zur Verfügung zu stellen sind, um abschnittsweise, objektweise die Sanierung vorzunehmen, weil man es nicht in einem machen kann, weil ja dieses Lager belegt ist, und zwar unterschiedlich belegt ist und wir jene Objekte herausgreifen müssen, die gegenwärtig dann frei sind, um sie zu sanieren und dann dem endgültigen Zustand zuzuführen.

**Präsident**: Wir kommen zur Anfrage 4: Herr Abgeordneter Maderner (SPÖ) an den Herrn Bundesminister.

435/M

Herr Bundesminister, wie weit ist die Planung für die Unterbringung einer AHS im ehemaligen Stift Viktring gediehen?

**Präsident**: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister **Moser**: Herr Abgeordneter, dieses kulturhistorisch sicher wertvolle Gebäude ist seinerzeit aus einer Konkursmasse erworben worden. Wir haben uns bemüht, es in seiner Substanz zu erhalten. Mein Ministerium hat für die Sanierung der Dächer in der Vergangenheit 5 Millionen Schilling aufgewendet.

Es war lange Zeit unklar: Welchem Verwendungszweck kann dieses Schloß überhaupt zugeführt werden? - Mit Kärnten zusammen wurde beschlossen, das Gebäude für die Unterbringung einer allgemeinbildenden höheren Schule zu adaptieren, und nach Abschluß der Planungsarbeiten wurden in einer Zeit von nur vier Monaten, muß ich sagen, 10 Klassen dort geschaffen und die dazugehörigen sanitären Einrichtungen, sodaß bereits mit dem Schuljahr 1977/1978 der Betrieb in diesen Klassen aufgenommen werden konnte.

**Präsident:** Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter DDr. **Maderner:** Herr Bundesminister, es handelt sich um ein sehr weitläufiges und weiträumiges Gebäude, und es verfügt außerdem über einen bedeutenden Park. Die Unterbringung von 10 Klassen kann offensichtlich nur ein Anfang sein.

Welche Planungen für die Zukunft liegen noch auf, und wird der Park zur Errichtung von Sportstätten mitverwendet werden?

**Präsident:** Herr Minister.

Bundesminister **Moser:** Herr Abgeordneter, sicher sind noch sehr wesentliche bauliche Maßnahmen vorgesehen. Der Endzustand soll ja 18 bis 20 Schulklassen darstellen.

Dazu gehört auch die Räumung einer Großwohnung. Die Verhandlungen mit dem Inhaber dieser Großwohnung sind bereits im Gange.

Des weiteren müssen die gesamten Erdgeschosßräume einer Verwendung zugeführt werden. Gegenwärtig laufen im Unterrichtsministerium Überlegungen, ob das ein Tagesschulheim oder ob es Ausstellungsräume werden sollen. Wenn das Raum- und Funktionsprogramm bei uns einlangt, werden die weiteren Baumaßnahmen durchgeführt werden.

**Präsident:** Weitere Zusatzfrage.

Abgeordneter DDr. **Maderner:** Herr Bundesminister, es handelt sich bei diesem Gebäude um ein architektonisches Schmuckstück, wie Sie selbst gesagt haben. Wir haben zwar in Kärnten vor kurzem ein Beispiel einer sehr schönen modernen Architektur gesehen, nämlich die Universität für Bildungswissenschaften in Klagenfurt, aber trotzdem wird eine Atmosphäre, wie sie in Viktring besteht, heute baulich kaum zu erreichen sein.

Wird, Herr Bundesminister, der Aufwand, der für das Stift Viktring geplant ist, ausreichen, und wie hoch wird er sein, um dieses architektonische und kulturhistorische Schmuckstück zu erhalten und den Zweck, dem es dienen soll, voll zu erfüllen?

**Präsident:** Herr Minister.

Bundesminister **Moser:** Die Planungen laufen darauf hinaus, dieses kulturhistorisch wertvolle Objekt auch voll zu erhalten. Die Gesamtkosten nach heutiger Schätzung werden sich auf etwa 52 Millionen Schilling - in dieser Größenordnung herum - bewegen.

**Präsident:** Weitere Frage: Herr Abgeordneter Scrinzi.

Abgeordneter Dr. **Scrinzi** (FPÖ): Herr Bundesminister! Mit der Unterbringung von 20 Klassenzügen einer AHS im Stift Viktring ist sicher eine gewisse und notwendige Entlastung eingetreten. Es ergibt sich aber nun ein Problem: Viktring bedeutet eine neuerliche Verstärkung der Konzentration solcher Schulen in Klagenfurt. Sie haben angedeutet, daß man an die Möglichkeit eines Tagesschulheimes denkt. Ist im Rahmen der Gesamtplanung auch an die Errichtung eines Schülerheimes zur Unterbringung von auswärtigen Schülern gedacht worden?

**Präsident:** Herr Minister.

Bundesminister **Moser:** Herr Abgeordneter! Diese Überlegungen laufen gegenwärtig im Bundesministerium für Unterricht und Kunst. Ich bin über den Fortschritt oder die Entscheidung, die darüber vielleicht schon gefallen ist, noch nicht informiert worden.

Aber natürlich ist in der Gesamtplanung bei den 20 Klassen mit vorgesehen gewesen, daß das ja nicht nur Schüler sein werden, die aus der nächsten Umgebung des Schlosses stammen, sondern daß es auch Fahrschüler sein werden oder überhaupt Schüler aus weiter entfernten Gebieten. Ich kann Ihnen aber heute noch keine endgültige Aussage darüber machen, inwieweit seitens der Unterrichtsverwaltung auch ein Schülerheim mitverfolgt wird.

**Präsident:** Anfrage 5: Herr Abgeordneter Hanreich (FPÖ) an den Herrn Minister.

438/M

Bis wann ist mit der Fertigstellung des Teilstückes der A 22 Donauufer Autobahn zwischen Korneuburg und Wien/Floridsdorferbrücke zu rechnen?

**Präsident:** Bitte, Herr Minister.

Bundesminister **Moser:** Herr Abgeordneter! Für den auf Wiener Gebiet liegenden Teilabschnitt der Donauufer Autobahn wurde die Verordnung zur Bestimmung des Straßenverlaufes im August dieses Jahres erlassen und damit die rechtliche Voraussetzung zur Errichtung dieser Autobahn auf Wiener Gebiet geschaffen.

Der Bauentwurf in Bleistiftausfertigung wurde von meinem Ministerium bereits zur Endausfertigung freigegeben.

Gegenwärtig sind in diesem Teilabschnitt der A 22 auf Wiener Gebiet Maßnahmen zur

**Bundesminister Moser**

Baufeldfreimachung, also Grundeinlösungen und Leitungsverlegungen, im Gange.

Auf niederösterreichischem Gebiet wird an dieser Autobahn ebenfalls bereits gearbeitet. Gegenwärtig sind wasserbautechnische Maßnahmen für den Donaugrabendurchstich und die Schüttungen des Autobahndammes im Bereich des Donaualtarmes sowie im Donaustrom und Baumaßnahmen für Verkehrsumlegungen im Bereich der bestehenden Anschlußstelle Korneuburg im Gange.

Die weiteren Schüttungen des Autobahnkörpers in Niederösterreich in den Baulosen „Langenzersdorf“ und „Knoten Korneuburg“ werden überwiegend mit dem aus dem Bauvorhaben für das Hochwasserschutz-Entlastungsgerinne Wien gewonnenen Material erfolgen. Diese Maßnahme steht im Stadium der Vergabe.

**Präsident:** Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dipl.-Ing. **Hanreich:** Herr Bundesminister! Besonders negativ wirkt sich die fehlende Verbindung nach Wien für den Ort Langenzersdorf aus. Es ist daher meine Frage: Ist damit zu rechnen, daß eine Entlastung der Ortsdurchfahrt von Langenzersdorf im Zuge der Baumaßnahmen in absehbarer Zeit erfolgen wird?

**Präsident:** Herr Minister.

Bundesminister **Moser:** Ja. Wir haben ja Langenzersdorf deshalb vorgezogen, weil die Ortsdurchfahrt Langenzersdorf nicht nur für die Verkehrsteilnehmer, sondern vor allen Dingen für die an dieser Straße, an der heutigen Straße lebende Bevölkerung zu einer ungeheuren Belastung geworden ist. Ich hoffe, daß in absehbarer Zeit die Umfahrung soweit fertiggestellt sein wird, daß die Schwierigkeiten, die wir heute bei dieser Ortsdurchfahrt haben, dann der Vergangenheit angehören werden.

**Präsident:** Weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter Dipl.-Ing. **Hanreich:** Es geht das Gerücht um, daß die Abfahrt Strebersdorf, die als erstes zu einer Entlastung führen würde, in der ursprünglich geplanten Form nicht gebaut werden soll. Da Sie von einem absehbaren Zeitpunkt gesprochen haben, würde mich interessieren: Bis wann rechnen Sie tatsächlich, daß die Umfahrung von Langenzersdorf erfolgen kann?

**Präsident:** Herr Minister.

Bundesminister **Moser:** Herr Abgeordneter! Mir ist von einem Gerücht, daß die Abfahrt bei

Strebersdorf nicht gebaut werden sollte, bisher nichts bekannt. Ich hoffe, daß es auch nur ein Gerücht ist. Denn in unserer Planung ist ja dort eine Abfahrt, eine Anbindung an die Bundesstraße vorgesehen, und damit würde ja die Verkehrswirksamkeit gegeben sein. Von der technischen und auch vielleicht von der finanziellen Seite her glaube ich, daß Anfang der achtziger Jahre diese Teilstücke fertiggestellt sein können.

**Präsident:** Weitere Anfrage: Herr Abgeordneter Schemer.

Abgeordneter **Schemer** (SPÖ): Herr Bundesminister! Seit Jahren werden die Bemühungen des Landes Wien und der Stadtverwaltung, den Ausbau der A 22 auf Wiener Gebiet zu forcieren, von Pseudoumweltschützern, aber auch von örtlichen Funktionären der Freiheitlichen Partei kritisiert und bekämpft. Das hat zur Folge, daß die Bevölkerung von Langenzersdorf und auch des 21. Bezirkes noch immer durch den Durchzugsverkehr in einem hohen Maße belästigt wird.

Ist Ihnen, Herr Bundesminister, bekannt, daß eine Reihe von Grundstücken erst in Form eines Enteignungsverfahrens erworben werden können und somit eine weitere Verzögerung eintreten wird, und sind Sie bereit, Herr Bundesminister, alles daranzusetzen, daß durch eine beschleunigte Bauführung eine raschere Inbetriebnahme dieses Autobahnteilstückes erfolgen kann, damit der Wohnwert der Gebiete von Langenzersdorf und Floridsdorf wieder gehoben wird?

**Präsident:** Herr Minister.

Bundesminister **Moser:** Herr Abgeordneter! Sicherlich gibt es bei jeder Planung gewisse, im verbauten Gebiet größere Schwierigkeiten. Wir haben allerdings diese § 4-Verordnung erlassen, um damit auch die rechtlichen Voraussetzungen für die Einlösung der Grundstücke zu schaffen. Das ist geschehen.

Nun hat aber jeder Staatsbürger, der Grund abgeben muß, in einem solchen Verfahren der Enteignung natürlich auch das Recht, gegen einen Enteignungsbescheid des Landes Berufung zu erheben, und selbst nach erfolgloser Berufung hat ein Eigentümer eines solchen Grundstückes noch die Möglichkeit, bis zum Verwaltungsgerichtshof zu gehen.

Berufungen gegen Einlösungsbescheide sind bisher in meinem Ministerium beziehungsweise mir nicht bekanntgeworden. Sollten Berufungen gegen Einlösungsbescheide ergehen, dann werde ich den Auftrag geben, diese Berufungen, so schnell es geht, zu behandeln.

**Präsident:** Weitere Frage: Herr Abgeordneter König.

Abgeordneter Dkfm. DDr. **König** (ÖVP): Herr Bundesminister! Der Schwerverkehr auf unseren Straßen nimmt immer mehr zu, und die Wohnbevölkerung leidet darunter immer stärker. Die einzige Abhilfe sind leistungsfähige Autobahnen. Nun haben Sie, Herr Bundesminister, heute gesagt, Sie haben zuwenig Geld für die Süd Autobahn. Wir wissen, Sie haben zuwenig Geld für die Transitautobahnen, für die Pyhrn Autobahn, und auch hier ist es ähnlich.

Die Volkspartei hat - ich habe Sie gestern gefragt - dazu zwei konkrete Vorschläge gemacht. Wir haben gesagt, man soll im Transitverkehr die zollfreie Treibstoffeinfuhr auf 50 Liter beschränken und man soll dort, wo österreichische Frächter im Ausland besteuert werden, die Gegenseitigkeit wahrnehmen. Das würde im Jahr 600 Millionen Schilling bringen, die zweckgebunden für den forcierten Ausbau der Autobahnen verwendet werden könnten.

Herr Bundesminister! Ich habe Sie gestern gefragt, warum Sie über Ihren Ressortkollegen, den Herrn Finanzminister, nichts unternehmen, um das durchzuführen. Sie haben mir statt dessen etwas vom Huckepackverkehr erzählt. Ich möchte daher meine Frage wiederholen:

Herr Bundesminister! Werden Sie etwas tun, um dieses Geld, das auf der Straße liegt, das man nur aufheben muß, für die Straße zu gewinnen? (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

**Präsident:** Herr Minister.

Bundesminister **Moser:** Herr Abgeordneter! Zum ersten haben Fachleute errechnet, daß bei der zollfreien Einfuhr von nur 50 Liter Treibstoff durch die damit notwendigerweise verbundenen Kontrollen der Fahrzeuge bei weitem nicht der Betrag aufkommt, den Sie jetzt genannt haben.

Zum anderen, Herr Abgeordneter, habe ich Ihnen auch gestern gesagt, daß für das nächste Jahr - wir haben in Aussicht genommen, das Jahr hindurchzuziehen - 850 Millionen mit den bisherigen 150 Millionen für die Vorfinanzierungen von wichtigen Teilstücken im Budget sind, sodaß wir 1 Milliarde, und zwar in den nächsten Jahren jährlich zusätzlich, zur Verfügung haben werden, um schneller die wichtigen Teilstücke unserer Transitstrecken und der sonstigen belasteten Strecken ausbauen zu können.

**Präsident:** Weitere Frage: Herr Abgeordneter Schmidt.

Abgeordneter Dr. **Schmidt** (FPÖ): Herr Bundesminister! Das in der ursprünglichen Frage meines Kollegen Hanreich in Rede stehende Autobahnteilstück ist ein wichtiges Glied im Autobahnring rund um Wien.

Der Wohnwert der Gebiete links der Donau, von dem der Herr Kollege von der sozialistischen Fraktion gesprochen hat, wird aber nicht durch kritische Betrachtungen von örtlichen Funktionären, sondern vor allem durch die katastrophale Situation, die durch den Einsturz der Reichsbrücke, durch die Unmöglichkeit des Befahrens der Floridsdorfer Brücke und die beschränkte Benützung der Nordbrücke gegeben ist, beeinträchtigt. All das beeinträchtigt die Bevölkerung und den Wohnwert der links der Donau gelegenen Gebiete.

Ich möchte fragen: Was gedenkt der Bund von sich aus zu tun, um hier eine bessere Verbindung zwischen den links und rechts der Donau liegenden Stadtteilen der Bundeshauptstadt in absehbarer Zeit zu gewährleisten?

**Präsident:** Herr Minister.

Bundesminister **Moser:** Herr Abgeordneter! Wenn die Reichsbrücke gebaut sein wird, dann werden 20 Fahrspuren für die Verbindung zwischen den südlich und nördlich der Donau gelegenen Gebieten vorhanden sein. Nach Auffassung von Experten und Sachkennern wird das ausreichen, um eine reibungslose Verbindung zwischen diesen beiden Teilen der Stadt Wien herbeizuführen.

Ich glaube aber, daß der Bau der Donauufer Autobahn ein sehr vordringliches Projekt mit höchster Priorität ist, weshalb wir ja bereits im August diese § 4-Verordnung erlassen haben, um eben die Grundstücke erwerben zu können, die die Voraussetzung für den Beginn der Baumaßnahmen sind.

#### Bundesministerium für Finanzen

**Präsident:** Wir kommen zur Anfrage 6: Herr Abgeordneter Dr. König (ÖVP) an den Herrn Bundesminister für Finanzen.

432/M

Hat der von Bürgermeister Gratz protegierte Freyler-Verein auch Bundesmittel erhalten?

**Präsident:** Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Finanzen Vizekanzler Dr. **Androsch:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Im Bundesministerium für Finanzen ist kein Verein

**Vizekanzler Dr. Androsch**

mit der Bezeichnung Freyler-Verein bekannt. Auch das Vereinsregister kennt keinen Verein dieser Bezeichnung.

**Präsident:** Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dkfm. DDr. **König:** Herr Bundesminister! Durch alle Zeitungen ist die Mitteilung gegangen, daß ein Verein, der in Abkürzung so, nämlich nach dem Geschäftsführer Professor Freyler, benannt wurde und dessen Präsident Herr Bürgermeister Gratz ist – das ist in allen Zeitungen ausführlich kolportiert worden –, Millionen Schilling an Schulden gemacht hat, die die Wiener Steuerzahler aufbringen müssen.

Ich frage Sie, Herr Bundesminister: Gibt es im Bundesbereich eine gleichartige Konstruktion, wo ein Regierungsmitglied gleichzeitig Präsident eines Vereines ist und sich sozusagen selbst aus seinem Budget finanziert?

**Präsident:** Herr Minister.

Vizekanzler Dr. **Androsch:** Mir ist kein solcher Fall bekannt, aber ich kann auch nicht ausschließen, daß es solche Einrichtungen im Forschungsbereich oder ich weiß nicht wo gibt.

**Präsident:** Weitere Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dkfm. DDr. **König:** Herr Bundesminister! Mir ist ein solcher Verein bekanntgeworden, weil mich das Desaster beim Freyler-Verein veranlaßt hat, einmal Umschau zu halten. Denn es ist ja wirklich nicht einzusehen, warum dann, wenn ein Regierungsmitglied einen Verein in die Pleite führt, das die Steuerzahler zahlen müssen, während es sonst die Verantwortlichen in der Privatwirtschaft selbst bezahlen müssen.

Ich habe nun einen solchen Verein gefunden. Es ist das Wiener Institut für Entwicklungsfragen, dessen Präsident der Herr Bundeskanzler ist. Ganz abgesehen von dem Zweck, den ich nicht bestreiten möchte, geht es um die grundsätzliche Frage: Halten Sie es, Herr Bundesminister, von der Kontrolle her, von der sparsamen Verwendung der Steuermittel her für sinnvoll und vertretbar, daß Mitglieder der Bundesregierung, statt sich ausschließlich um ihre Regierungsgeschäfte zu kümmern, gleichzeitig private Vereine präsidieren?

**Präsident:** Herr Minister.

Vizekanzler Dr. **Androsch:** Zunächst kann ich den Zusammenhang mit der gestellten Frage nicht erkennen. Mir ist auch keine rechtliche Bestimmung bekannt, die eine solche Konstruk-

tion, wie Sie sie eben genannt haben, verhindert. Ganz abgesehen davon, daß sich ja der Herr Bundeskanzler schon in der Koalitionsregierung, wenn ich das richtig in Erinnerung habe, um Entwicklungsfragen gekümmert und dafür interessiert hat und daß ja die Kontrolle eines solchen Vereines dem Rechnungshof wie jeder andere Verein, sofern er Subventionen erhält, unterliegt. Warum also hier unterstellt wird, daß die Kontrolle des Rechnungshofes eine geringere sein soll, kann ich auch nicht erkennen.

**Präsident:** Weitere Anfrage: Herr Abgeordneter Dr. Schmidt.

Abgeordneter Dr. **Schmidt** (FPÖ): Herr Bundesminister! Im Subventionsbericht für das Jahr 1975 findet sich, allerdings unter dem Kapitel Bauten und Technik, eine Subvention von 210 000 S an den Herrn Architekten Freyler für einen Kriterienkatalog als Entscheidungsgrundlage für Demonstrativbauvorhaben, und zwar werden diese 210 000 S als Rest bezeichnet.

Sie sind sicherlich fachlich nicht zuständig, aber da alles Geld von Ihnen ausgeht, glaube ich, müßten Sie schon auch ein Interesse haben zu überprüfen, ob diesen Arbeiten, für die die Subventionen gegeben werden, echte Leistungen gegenüberstehen.

Ich frage Sie: Werden Sie diese Subventionen des Jahres 1975 und der früheren Jahre einer solchen Überprüfung unterziehen?

**Präsident:** Herr Minister.

Vizekanzler Dr. **Androsch:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Als einem freigestellten Mitarbeiter meines Hauses darf ich Ihnen schon sagen, daß nicht alles Geld von mir kommt. Da gibt es auf der einen Seite die Notenbank und auf der anderen Seite die Steuerzahler.

Zum zweiten wissen Sie genau, daß ich keine Kompetenz habe. Es gibt die Ministerverantwortlichkeit jedes Ressorts. Ich kann mich diesbezüglich nur auf die Beantwortung einer Anfrage beziehen, die Sie an den Herrn Bautenminister zu diesem Thema gerichtet haben, aus der hervorgeht, daß der freischaffende Architekt Freyler aus der – wie heißt das? – Wohnbauforschung, glaube ich, einen Forschungsauftrag erhalten hat. Es ist das Recht und die Aufgabe der Wohnbauforschung, unter anderem an freischaffende Architekten, aber auch offenbar an andere Institutionen, die dafür geeignet sind, solche Forschungsaufträge zu vergeben.

**Präsident:** Weitere Anfrage: Herr Abgeordneter Schwimmer.

Abgeordneter Dr. **Schwimmer** (ÖVP): Herr Minister! Ich freue mich über Ihre in meinen Augen späte Erkenntnis, daß alles Geld nicht von Ihnen, sondern vom Steuerzahler kommt. Wir haben bei Ihrer Politik sonst nicht den Eindruck, daß Sie sich dessen bewußt sind, daß das Geld vom Steuerzahler herrührt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sie sind der Grundsatzfrage des Kollegen Dr. König ausgewichen. Ich möchte Sie daher fragen: Halten Sie es grundsätzlich für richtig, daß von Bundesdienststellen Vereine initiiert werden, die von denselben Dienststellen dann sogar präsiert werden, wie es auch beim Energiesparverein des Herrn Bundeskanzlers der Fall ist, und daß diese ausschließlich mit Mitteln des Bundesbudgets subventioniert werden und die konkrete Verwendung der Mittel im Verein dann eben nicht im Bundesbudget budgetiert wird und damit jeder Kontrolle entzogen ist. Halten Sie das grundsätzlich für richtig?

**Präsident:** Herr Minister.

Vizekanzler Dr. **Androsch:** Darf ich Ihnen sagen, so wie das Geld vom Steuerzahler kommt, gehen ja die Ausgaben auch wieder an die Bürger des Landes - etwas, was, glaube ich, bei Ihrer Kritik gelegentlich übersehen wird -, zum Beispiel in Form von 30 Milliarden Pensionszuschüssen, damit die Renten in der Höhe ausbezahlt werden können. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Nein, das ist kein Verein, aber 30 Milliarden ist die größte Einzelpost, die im Budget zu finden ist. Ich bitte, das nicht zu übersehen. *(Abg. Dr. Schwimmer: Da sind die Schulden budgetiert!)* Nein, da müssen Sie ein bisschen nachschauen, es sind 16 Milliarden. Wir haben gestern darüber gesprochen, das weiß ich auswendig, es steht im Bundesfinanzgesetz. *(Ruf bei der ÖVP: Beides!)* Nicht beides. 16 Milliarden Rückzahlungen und 24 Milliarden Neuverschuldung stehen 48 Milliarden Investitionen und Aufträge an die Wirtschaft gegenüber, und das ist Arbeitsplatzsicherung, die Sie wieder einmal ablehnen. Das möchte ich ganz deutlich sagen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Meinung ist die, daß, was rechtlich möglich ist, auch erlaubt ist, und der Verein zum Energiesparen ist ein gutes Beispiel, daß es zweckmäßig ist, für solche Dinge das durchzuführen.

**Präsident:** Anfrage 7: Herr Abgeordneter Sandmeier (ÖVP) an den Herrn Minister.

444/M

Welche Bruttomindereinnahmen an öffentlichen Abgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag 1977 erwarten Sie derzeit?

**Präsident:** Bitte, Herr Minister.

Vizekanzler Dr. **Androsch:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Bruttomindereinnahmen an öffentlichen Abgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag 1977 werden voraussichtlich 5 Milliarden Schilling betragen und entfallen im wesentlichen auf Mindereinnahmen bei der Mehrwertsteuer als Folge eines geringeren Wachstums, als bei der Budgeterstellung angenommen wurde und den damaligen Prognosen entsprochen hat. Das bedeutet bei den Abgaben Nettomindereinnahmen von 2,6 Milliarden, die den Bund treffen. Dem stehen Mehreinnahmen in anderen Bereichen von 1,4 Milliarden gegenüber, sodaß sich Gesamtmindereinnahmen beim Bund im Ausmaß von etwa 0,5 Prozent oder 1,2 Milliarden ergeben. Auf der anderen Seite sind Mehrausgaben von weniger als 0,5 Prozent ebenfalls 1,2 Milliarden, sodaß sich etwa eine Verschlechterung des Saldos von 2,4 Milliarden ergeben wird, wie ich schon im Finanz- und Budgetausschuß berichten durfte.

**Präsident:** Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter **Sandmeier:** Herr Bundesminister! Es ist richtig, daß Sie im Finanz- und Budgetausschuß bereits eine Aussage in dieser Richtung gemacht haben. Sie haben dort auch erwähnt, daß auch unter anderem bei der Lohnsteuer mit einem Mindereingang zurechnen ist. Sie haben die Lohnsteuereinnahmen 1977 gegenüber 1976 mit plus 28 Prozent eingesetzt. Immerhin sind die Lohnsteuereinnahmen zwischen den Jahren 1975 und 1977 fast dreimal so stark gestiegen wie die Löhne und Gehälter. Ich frage Sie deshalb: Glauben Sie nicht, Herr Bundesminister, daß die Grenze der Belastbarkeit der Lohn- und Gehaltsempfänger bereits erreicht ist?

**Präsident:** Herr Minister.

Vizekanzler Dr. **Androsch:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Sie übersehen bei diesem Vergleich, daß sich ja die Lohnsteuer nicht auf dieselbe Zahl von Beschäftigten bezieht, denn in diesen zwei Jahren, die Sie zum Vergleich heranziehen, hat ja die Zahl der Beschäftigten und damit Lohn- und Gehaltsempfänger und damit Lohnsteuerpflichtigen um rund 90 000 zugenommen, das heißt also, die Lohnsteuereinnahmen spiegeln doch wohl auch die hohe Beschäftigung wider.



**Vizekanzler Dr. Androsch**

In einer Zeit sinkender Inflationsrate – und wir haben eine stark sinkende –, glaube ich, haben andere Dinge Vorrang, die Sie ja als Bürgermeister – darf ich das einmal mehr sagen – mir immer wieder in privaten Gesprächen als Sorge präsentieren. Sie haben Anteil an der Lohnsteuer, suchen nach größeren Ertragsanteilen, fragen mich, wie die Aussichten sind, und verlangen gleichzeitig, daß sich die Einnahmen verringern. Ungefähr die Hälfte der Lohnsteuer geht doch an Länder und Gemeinden. Und Sie als Bürgermeister sind Mitbetroffener von Mindereinnahmen eines solchen Vorschlages.

**Präsident:** Weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter **Sandmeier:** Es ist richtig, daß ich sehr bestrebt bin, aus dem Ertragsanteil doch möglichst viel für die Gemeinde zu bekommen. Aber ich möchte nie einen Schilling von einer ungerechtfertigten Steuereinnahme haben, und das scheint mir bei der Lohnsteuer schon gegeben zu sein. *(Beifall bei der ÖVP. – Ironische Heiterkeit bei der SPÖ.)*

Nachdem Sie im Jahre 1977 mit Mindereinnahmen in Milliardenhöhe rechnen und mir jetzt eine Zahl genannt haben, wie hoch das Defizit letztlich sich erhöhen wird: Im Finanzausschuß sagten Sie mir eine Ziffer, die höher war, also damals sagten Sie etwas von 3 Milliarden Schilling.

Ich frage Sie deshalb, Herr Bundesminister: Wie hoch wird nun wirklich das Defizit 1977 sein? Ich frage deshalb, weil einander verschiedene Aussagen gegenüberstehen.

**Präsident:** Herr Minister.

Vizekanzler Dr. **Androsch:** Darf ich auf den simplen und trivialen Umstand aufmerksam machen, daß das Jahr noch nicht zu Ende ist, und erst nach Vorliegen des Zurechnungsmonats und seines Ergebnisses, also spätestens im Feber, kann ich sagen, was wirklich war, weil ja das noch immer Schätzungen sind. Ich habe daher im Ausschuß gesagt: 2 bis 3 Milliarden wird die Veränderung sein, und die jetzige Schätzung bewegt sich in dem Rahmen. Man kann heute nicht sagen, ob es eher in die eine oder andere Richtung geht. Schließlich sind die Ergebnisse von zwei Monaten, und nicht den geringsten, nämlich dem Dezember und dem Zurechnungsmonat, noch gar nicht da.

Im übrigen ist mir nicht bekannt, daß Sie auf einen Steuerschilling verzichtet hätten. Sie betrachten das also als ungerechtfertigt, aber mir ist nichts bekannt, daß Sie auf einen solchen Schilling verzichtet hätten, wofür ich großes Verständnis habe.

**Präsident:** Weitere Anfrage: Herr Abgeordneter Broesigke.

Abgeordneter Dr. **Broesigke** (FPÖ): Herr Vizekanzler! Sie haben darauf verwiesen, daß das Jahr noch nicht zu Ende ist. Erhoffen Sie sich eine Verbesserung der Einnahmenlage durch die Angstkäufe, die die Ankündigung der sogenannten Luxussteuer ausgelöst hat?

**Präsident:** Herr Minister.

Vizekanzler Dr. **Androsch:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! In einem bestimmten, aber geringfügigen Ausmaß, da ja nur solche Käufe zu Buche schlagen können, die entweder im September oder im Oktober getätigt wurden, alles, was danach erfolgt, geht ja bereits, was die Einnahmenerzielung anlangt, in das Finanzjahr 1978. Ich kann mir vorstellen, daß sich hier brutto eine Verbesserung von 0,5 Milliarden für das heurige Jahr ergibt.

**Präsident:** Weitere Anfrage: Herr Abgeordneter Zittmayr.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. **Zittmayr** (ÖVP): Herr Minister! Sie haben dem Herrn Abgeordneten Sandmeier mitgeteilt, daß Sie mit rund 2,4 Milliarden Schilling an Mindereinnahmen rechnen, daß sich also das Defizit des Bundeshaushaltes im heurigen Jahr um diesen Betrag erhöht.

Es ist so, daß die Banken gegenwärtig sehr an Geldknappheit leiden. Meine Frage geht nun dahin, Herr Finanzminister: Wie wollen Sie die Finanzierung dieses zusätzlichen Defizites vornehmen, ist beabsichtigt, Kredite für die Finanzierung im Ausland aufzunehmen?

**Präsident:** Herr Minister.

Vizekanzler Dr. **Androsch:** Darf ich präzisieren, ich glaube, ich bin mißverstanden worden. Ich habe gesagt, bei den Abgaben brutto 5, netto 2,6 Milliarden Schilling. Dem stehen bei anderem Mehreinnahmen gegenüber in der Höhe von 1,4, sodaß sich Gesamtmindereinnahmen von 1,2 ergeben auf der einen Seite, und 1,2 Mehrausgaben, nicht 2,4 Mindereinnahmen, das ist die Saldenauswirkung. Natürlich ergibt sich daraus ein höheres Kreditfinanzierungserfordernis, und das wird zum Teil im Ausland und zum Teil im Inland finanziert, und im wesentlichen ist die Finanzierung bereits abgesprochen und gesichert.

**Präsident:** Anfrage 8: Herr Abgeordneter Dr. Broesigke (FPÖ) an den Herrn Minister.

447/M

Zu welchen Maßnahmen sehen Sie sich angesichts der finanziellen Situation der „Wien-Film“ veranlaßt?

**Präsident:** Bitte, Herr Minister.

Vizekanzler Dr. **Androsch:** Herr Abgeordneter! Seit 1970 hat es bei der „Wien-Film“ bisher drei Phasen gegeben. Eine Rationalisierungsphase, die dazu geführt hat, daß sich der Personalstand seit 1970 von 185 auf 142 gegenwärtig etwa reduziert hat. Mit einer entsprechenden Kapitalausstattung haben wir durch Eigen- oder Gemeinschaftsproduktionen Auftragslücken der letzten Jahre überbrückt, deren Eingänge sich auf mehrere Jahre erstrecken. Nunmehr sind mit größter Wahrscheinlichkeit Aufträge, die eine 80prozentige Auslastung bringen werden, für die nächsten Jahre gesichert sowohl im Kopierwerk als auch in der Synchronisation, wie in Produktionen ohne Beteiligung unter Ausnützung der Einrichtungen der „Wien-Film“, sodaß gegenwärtig und für die überschaubare nächste Zeit keine weiteren finanziellen Maßnahmen erforderlich sind.

Die Situation mag sich anders stellen, wenn es vielleicht nach einigen Jahren, Anfang der achtziger Jahre, möglich ist, die Rosenhügel-Einrichtungen vom Rundfunk vielleicht zurückzubekommen, um hier eine gewisse Zentralisierung und damit Kostenminderung vornehmen zu können.

**Präsident:** Weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter Dr. **Broesigke:** Herr Vizekanzler! Eine Zeitung, nämlich die Zeitung „trend“, hat eine Aufstellung gebracht über zahlreiche Beträge, Bundesmittel, die im Laufe der Jahre, beginnend 1968, in dieses Unternehmen eingebracht wurden. Zuletzt im Jahre 1976 Erhöhungen von 15 und 50 Millionen Schilling, im Jahre 1977 Erhöhungen um 50 Millionen Schilling.

Meine Frage an Sie geht dahin: Wieviel Geld aus Bundesmitteln wurde im Laufe der Jahre insgesamt in die „Wien-Film“ hineingesteckt?

**Präsident:** Herr Minister.

Vizekanzler Dr. **Androsch:** Die „Wien-Film“ war die ganze Zeit ein Sanierungsfall. Man kann jetzt sagen, mit der Kapitalzufuhr – für die letzten zehn Jahre etwa 210 Millionen Schilling – und mit den Aufträgen, die aller Voraussicht nach die nächsten drei Jahre jedenfalls hereinkommen, ist die „Wien-Film“ als saniert anzusehen, auch ihre Leistungen konnten verbessert werden.

Ich höre, daß heute die Kopierleistungen und die Synchronisationsleistungen dem internationalen Standard entsprechen. Das hat auch zu diesen Aufträgen geführt – oder führt zu diesen Aufträgen –, die es außerdem erlauben, daß österreichische Künstler Beschäftigung finden. Das ist die Grundlage, in einer nächsten Etappe für die filmschaffende Industrie in Österreich einen Weg zu finden, um auch dieser zu helfen, was ja schon in der Regierungserklärung vor einigen Jahren in Aussicht gestellt war.

**Präsident:** Weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter Dr. **Broesigke:** Herr Vizekanzler! Es wird behauptet, daß im September dieses Jahres eine Krisensitzung im Finanzministerium stattgefunden hätte mit dem Ziel, den Generalintendanten des Österreichischen Rundfunks zu veranlassen, die „Wien-Film“ entsprechend zu beschäftigen.

Welches Ergebnis hatte diese Krisensitzung?

**Präsident:** Herr Minister.

Vizekanzler Dr. **Androsch:** Es gab keine Krisensitzung, sondern es haben schon mit dem früheren Generalintendanten und auch mit dem gegenwärtigen sowie mit den Bundestheatern Gespräche stattgefunden, wenn Aufträge von der einen oder anderen Institution österreichischer Provenienz ergehen oder Einkäufe erfolgen, daß doch auch gewährleistet sein soll, daß die österreichische Filmindustrie mit der Auftragsfertigung beauftragt wird und das nicht nur ins Ausland geht. Schließlich eine Vorgangsweise, die etwa in Deutschland dazu geführt hat, daß durch diese Bedürfnisse und Aufträge der Fernsehanstalten die „Bavaria-Filmgesellschaft“ ebenfalls zu neuen Aufgaben herangezogen werden konnte.

Diese Gespräche haben bisher einen günstigen Verlauf genommen. Ich erwarte in den nächsten Tagen Vertragsabschlüsse nicht zwischen dem ORF und der Wien-Film, sondern zwischen denen, die die Aufträge bekommen, und der Wien-Film, daß von den Aufträgen gewisse Fertigungen, Kopierarbeiten und Synchronisationen eben auch in Österreich als einziger großer Stätte der Wien-Film durchgeführt werden.

**Präsident:** Weitere Anfrage. Herr Abgeordneter Steinbauer.

Abgeordneter **Steinbauer** (ÖVP): Herr Minister! Sie haben mit der Wien-Film sicher allerhand Sorgen. Es ist ja diese Zwangsehe zwischen Wien-Film und ORF wahrscheinlich

**Steinbauer**

60 Millionen oder 40 Millionen im Minimum wert, die der ORF beibringt.

Was ich aber fragen möchte angesichts der Rationalisierungsphase, die Sie schon als abgeschlossen erwähnt haben: Stimmt es, daß der Geschäftsführer einen Vertrag hat, der eine Umsatzbeteiligung, also auch am Defizit, beinhaltet? Das ist ja eine seltene Form von Vertrag. Und in welcher Weise tragen Sie als verantwortlicher Minister für diesen Vertrag die Verantwortung?

**Präsident:** Herr Minister.

Vizekanzler Dr. **Androsch:** Zu der Ehe möchte ich sagen, daß die Wien-Film noch immer darunter leidet, daß sie damals im Jahre 1968 eine Geschäftsführung übernehmen mußte – wir haben ja im Ausschuß schon davon gesprochen –, die zu mir nicht erklärlichen Umständen den Rosenhügel an den ORF abgegeben hat, worunter die ganze Arbeit seither leidet. Ich will das nicht in extenso ausführen, aber wenn es gewünscht wird, bin ich gerne dazu bereit.

Es gibt sicher keinen Vertrag mit einer Defizitbeteiligung; es gibt Wünsche nach einer Umsatzbeteiligung – solche Verträge lehne ich aber prinzipiell ab.

**Präsident:** Weitere Frage: Herr Abgeordneter Schmidt.

Abgeordneter Dr. **Schmidt** (FPÖ): Herr Vizekanzler, wenn nun, wie Sie gesagt haben, der Großteil der künftigen Aufträge seitens des ORF erfolgen wird, besteht da nicht die Gefahr, daß die bisher auftragnehmenden Filmhersteller-Firmen eine Schädigung erleiden, wenn ihnen diese Aufträge entzogen werden?

**Präsident:** Herr Minister.

Vizekanzler Dr. **Androsch:** Nein, keineswegs, weil es bisher so war, daß das alles im Ausland abgewickelt wurde und österreichische Film-Firmen daraus überhaupt keinen Nutzen hatten.

Die Bemühungen sind also zweifache: Die einzige österreichische oder jedenfalls größte Produktionsstätte mit ihren Kopier- und Synchronisationseinrichtungen zu Aufträgen zu bringen, und zwar zu Aufträgen, die sich ohnehin aus Käufen Österreichs ergeben, aber bisher eben immer nur im Ausland zu Beschäftigung geführt haben. Und in einer anschließenden zweiten Etappe ist vorgesehen, auch mit den anderen verschiedenen filmschaffenden Firmen zu Übereinkommen zu kommen. Hier gibt es in diesen Kreisen ja verschiedene Vorschläge, die so weit gediehen sind, daß ich mir in

allernächster Zeit eine Lösung vorstellen könnte.

**Präsident:** Anfrage 9: Herr Abgeordneter Schranz (SPÖ) an den Herrn Minister.

443/M

Stimmen die Behauptungen, daß ab 1978 auch die kleinsten Pensionen steuerpflichtig werden?

**Präsident:** Bitte, Herr Minister.

Vizekanzler Dr. **Androsch:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Der in parlamentarischer Behandlung stehende Entwurf zum 2. Abgabenänderungsgesetz 1977, der heute behandelt wird, sieht vor, daß die Einkommensteuer nicht erhoben wird, wenn sie den Betrag von 300 S nicht übersteigt. Übersteigt die Einkommensteuer den Betrag von 300 S, dann wird sie bis zu einem Betrag von 350 S mit 150 S, bis zu einem Betrag von 400 S mit 200 S und bis zu einem Betrag von 450 S mit 300 S gemäß § 33 Abs. 8 des Einkommensteuergesetzes 1972 erhoben. Durch die Anhebung dieser Bagatellgrenze von bisher 100 S auf 300 S wird bewirkt, daß die Bezieher von Kleinstpensionen nicht in die Steuerpflicht hineinwachsen und damit eine ähnliche Steuerfreiheit genießen wie sämtliche Ausgleichszulagenempfänger.

**Präsident:** Bitte, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Dr. **Schranz:** Es stimmen also die von konservativer Seite wieder einmal ausgestreuten Zweckgerüchte nicht, daß die kleinsten Pensionen steuerpflichtig werden.

Ich frage, in welcher Höhe ein Bruttobezug – und es handelt sich ja nicht nur um Pensionen, sondern auch um Aktiveinkommen – vorliegen darf, daß keine Steuereinhebung vorgenommen wird.

Vizekanzler Dr. **Androsch:** Das kann ich im einzelnen nicht beantworten, weil das ja wohl auch vom Familienstand und allenfalls von Alleinverdienerfreibeträgen abhängt. Ich lasse Ihnen aber gerne eine Zusammenstellung über die verschiedenen Möglichkeiten machen und darf sie Ihnen übermitteln.

**Präsident:** Weitere Frage, bitte.

Abgeordneter Dr. **Schranz:** Bleiben Sie auch dabei, daß die Ausgleichszulagen selbst weiterhin steuerfrei sind?

**Präsident:** Herr Minister.

Vizekanzler Dr. **Androsch**: Die Ausgleichszulagen sind steuerfrei und damit der Personenkreis weit davon entfernt, überhaupt je in eine Steuerzahlung hineinzukommen. Steuerpflichtig sind alle Einkommen, aber diese sind unter der Grenze, ab der eine Steuer anfällt.

**Präsident**: Weitere Anfrage. Bitte, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Bundesminister! Ich glaube, ein Erfolg ist erzielt worden. Im Sommer haben wir auf die Notwendigkeit dieser Steueranpassung hingewiesen. Der Abgeordnete Dr. Schranz hat damals in seinem Pressedienst gesagt, daß es nicht notwendig sei, eine solche Steueranpassung durchzuführen.

Herr Bundesminister! Wie wird sich das aber in Zukunft weiterentwickeln? Sie sind ein Getriebener der Inflation geworden. Sie müssen ständig Steueranpassungen vornehmen, damit eben die unteren Einkommensbezieher nicht in die Steuerprogression hineinwachsen. Tatsache ist allerdings, daß Lohn- und Gehaltsempfänger nach wie vor, auch wenn sie niedrige Einkommen beziehen, Lohnsteuer bezahlen müssen. Wie werden Sie aber in Zukunft dafür sorgen, daß Pensionisten und untere Einkommensbezieher keine Lohnsteuer bezahlen müssen? Tatsächlich müssen sie es nämlich.

**Präsident**: Herr Minister.

Vizekanzler Dr. **Androsch**: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich darf darauf verweisen, daß wir alles andere als Getriebene der Inflation sind. Ich darf weiters darauf verweisen, daß wir nie die 10-Prozent-Grenze überschritten haben, ja daß wir eine ständige Verringerung hatten, daß die Inflationsrate zuletzt 5,1 beträgt – das ist die drittniedrigste unter den 21 Industriestaaten. Wir gehören zusammen mit der Schweiz und der Bundesrepublik zu den währungs- und geldwertstabilsten Ländern. Das zunächst dazu.

Richtig ist, daß gerade die Kleinstpensionen die überdurchschnittliche Anpassung widerspiegeln, die erfolgt ist. Ich darf Sie daran erinnern, daß es bis 1969 nicht möglich war, durch eine andere Richtsatzberechnung eine günstigere Anpassung zu erzielen. (Abg. Dr. **Kohlmaier**: Die hat ja mehr gebracht als die jetzige!) Das ist erst nach 1970 erfolgt, Herr Generalsekretär Dr. Kohlmaier. Es hat damals auch keine überproportionale Anpassung der untersten Pensionen gegeben – das gibt es alles erst seither –, sodaß die Mindestpension etwa nach dem Richtsatz für einen Ausgleichszulagenempfänger von 1 200 S Anfang 1970 auf etwa

3 000 S Anfang nächsten Jahres gestiegen ist. Und so, wie wir bisher natürlich verhindert haben, daß dieser Personenkreis zu einer Steuerzahlung herangezogen wird, kann ich Ihnen versichern, wird es auch in Zukunft sein.

**Präsident**: Die Fragestunde ist beendet.

#### Einlauf und Zuweisungen

**Präsident**: Ich gebe bekannt, daß die Anfragebeantwortung 1351/AB eingelangt ist.

Den in der letzten Sitzung eingebrachten Antrag weise ich wie folgt zu:

Antrag 68/A der Abgeordneten Pansi, Dr. Hauser, Melter und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Entgeltfortzahlungsgesetz geändert wird,

dem Ausschuß für soziale Verwaltung.

Die in der letzten Sitzung als eingelangt bekanntgegebenen Regierungsvorlagen weise ich wie folgt zu:

Dem Finanz- und Budgetausschuß:

Bundesgesetz über die Veräußerung und Belastung von unbeweglichem Bundesvermögen (655 der Beilagen),

Bundesgesetz über das Salzmonopol und über Änderungen des Berggesetzes 1975 und des Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetzes (Salzmonopolgesetz) (662 der Beilagen).

Dem Ausschuß für Gesundheit und Umweltschutz:

Bundesgesetz, mit dem das Krankenanstaltengesetz geändert wird (656 der Beilagen).

Dem Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft:

Bundesgesetz, mit dem das Marktordnungsgesetz 1967 geändert wird (Marktordnungsgesetz-Novelle 1977) (657 der Beilagen).

Dem Ausschuß für soziale Verwaltung:

Bundesgesetz, mit dem das Gewerbliche Selbständigen-Pensionsversicherungsgesetz geändert wird (25. Novelle zum Gewerblichen-Selbständigen-Pensionsversicherungsgesetz) (642 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Bauern-Pensionsversicherungsgesetz geändert wird (6. Novelle zum Bauern-Pensionsversicherungsgesetz) (643 der Beilagen).

Dem Unterrichtsausschuß:

Bundesgesetz, mit dem das Schulzeitgesetz geändert wird (644 der Beilagen).

Dem Verkehrsausschuß:

Bundesgesetz, mit dem das Postgesetz geändert wird (641 der Beilagen).

**Präsident**

Dem Zollausschuß:

Bundesgesetz, mit dem die Liste XXXII - Österreich zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT) neu gefaßt wird (670 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Präferenzzollgesetz neuerlich geändert wird (2. Präferenzzollgesetznovelle 1977) (672 der Beilagen).

Ferner weise ich das Übereinkommen zur Errichtung des Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung samt Anlagen (671 der Beilagen) dem Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft zu.

Den Bericht des Unvereinbarkeitsausschusses vom 3. November 1977 habe ich im Sinne des § 13 Abs. 4 der Geschäftsordnung allen Abgeordneten übermitteln lassen.

**Behandlung der Tagesordnung**

**Präsident:** Es ist vorgeschlagen, die Debatten über die Punkte 1 bis 4 der heutigen Tagesordnung zusammenzufassen. Es werden daher zuerst die Berichterstatter ihre Berichte geben; sodann wird die Debatte über die Punkte 1 bis 4 unter einem durchgeführt.

Die Abstimmung erfolgt selbstverständlich - wie immer in solchen Fällen - getrennt.

Wird gegen diese Vorgangsweise Einspruch erhoben? - Das ist nicht der Fall.

**1. Punkt: Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (626 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Einkommensteuergesetz 1972, das Körperschaftsteuergesetz 1966, das Gewerbesteuer-gesetz 1953, das Bewertungsgesetz 1955, das Vermögensteuergesetz 1954, das Umsatzsteuergesetz 1972, das Alkoholabgabegesetz 1973 und das Strukturverbesserungsgesetz geändert werden (2. Abgabenänderungsgesetz 1977), und über den Antrag 62/A (II-2809 der Beilagen) der Abgeordneten Hofstetter und Genossen auf Änderung des Umsatzsteuergesetzes 1972 in der geltenden Fassung (660 der Beilagen)**

**2. Punkt: Bericht und Antrag des Finanz- und Budgetausschusses über den Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Familienlastenausgleichsgesetz 1967 geändert wird (661 der Beilagen)**

**3. Punkt: Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über den Antrag 63/A (II-2810 der Beilagen) der Abgeordneten Wille und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Fernmeldeinvestitionsgesetz, BGBl. Nr. 312/1971, in der Fassung des Bundesgesetzes vom 3. Juli 1975, BGBl. Nr. 403, geändert wird (647 der Beilagen)**

**4. Punkt: Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über den Antrag 64/A (II-2811 der Beilagen) der Abgeordneten Pansi und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem sozialversicherungsrechtliche Bestimmungen geändert werden (Sozialversicherungs-Änderungsgesetz 1977 - SV-ÄndG. 1977) (663 der Beilagen)**

**Präsident:** Wir gehen in die Tagesordnung ein und gelangen zu den Punkten 1 bis 4, über die die Debatte zusammengefaßt wird.

Es sind dies der Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (626 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Einkommensteuergesetz 1972, das Körperschaftsteuergesetz 1966, das Gewerbesteuer-gesetz 1953, das Bewertungsgesetz 1955, das Vermögensteuergesetz 1954, das Umsatzsteuer-gesetz 1972, das Alkoholabgabegesetz 1973 und das Strukturverbesserungsgesetz geändert werden (2. Abgabenänderungsgesetz 1977) und über den Antrag 62/A (II-2809 der Beilagen) der Abgeordneten Hofstetter und Genossen auf Änderung des Umsatzsteuergesetzes 1972 in der geltenden Fassung (660 der Beilagen),

der Bericht und Antrag des Finanz- und Budgetausschusses über den Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Familienlastenausgleichsgesetz 1967 geändert wird (661 der Beilagen),

der Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über den Antrag 63/A (II-2810 der Beilagen) der Abgeordneten Wille und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Fernmeldeinvestitionsgesetz, BGBl. Nr. 312/1971, in der Fassung des Bundesgesetzes vom 3. Juli 1975, BGBl. Nr. 403, geändert wird (647 der Beilagen) sowie

der Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über den Antrag 64/A (II-2811 der Beilagen) der Abgeordneten Pansi und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem sozialversicherungsrechtliche Bestimmungen geändert werden (Sozialversicherungs-Änderungsgesetz 1977) (663 der Beilagen).

Berichterstatter zu Punkt 1 ist Herr Abgeordneter Josef Schlager. Ich bitte ihn, die Debatte zu eröffnen.

Berichterstatter **Josef Schlager**: Herr Präsident! Hohes Haus! Ich bringe den Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (626 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Einkommensteuergesetz 1972, das Körperschaftsteuergesetz 1966, das Gewerbesteuerengesetz 1953, das Bewertungsgesetz 1955, das Vermögensteuergesetz 1954, das Umsatzsteuergesetz 1972, das Alkoholabgabegesetz 1973 und das Strukturverbesserungsgesetz geändert werden (2. Abgabenänderungsgesetz 1977) und über den Antrag der Abgeordneten Hofstetter und Genossen auf Änderung des Umsatzsteuergesetzes 1972 in der geltenden Fassung (62/A).

Die Bundesregierung hat dem Nationalrat am 4. Oktober 1977 den Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Einkommensteuergesetz 1972, das Körperschaftsteuergesetz 1966, das Gewerbesteuerengesetz 1953, das Bewertungsgesetz 1955, das Vermögensteuergesetz 1954, das Umsatzsteuergesetz 1972, das Alkoholabgabegesetz 1973 und das Strukturverbesserungsgesetz geändert werden (2. Abgabenänderungsgesetz 1977) (626 der Beilagen), vorgelegt.

Zu diesem Gesetzentwurf wird einiges bemerkt; diese Bemerkungen liegen jedem Abgeordneten vor.

Die Abgeordneten Hofstetter, Dr. Tull und Genossen haben am 5. Oktober 1977 den Antrag 62/A auf Änderung des Umsatzsteuergesetzes 1972 in der geltenden Fassung im Nationalrat eingebracht.

Dieser Initiativantrag sieht in Ergänzung zu den bisherigen Umsatzsteuersätzen des Umsatzsteuergesetzes 1972 einen erhöhten Umsatzsteuersatz von 30 vom Hundert für die Lieferungen, den Eigenverbrauch und die Einfuhr von bestimmten Gegenständen vor, die in der Anlage B zum Umsatzsteuergesetz 1972 aufgeführt sind.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat die Regierungsvorlage gemeinsam mit dem Antrag 62/A in seinen Sitzungen am 11. und 25. Oktober 1977 in Verhandlung gezogen.

In der 65. Sitzung des Nationalrates am 5. Oktober 1977 wurde dem Finanz- und Budgetausschuß gemäß § 43 Abs. 1 der Geschäftsordnung für beide Vorlagen eine Frist zur Berichterstattung bis 3. November 1977 gestellt.

Als Berichterstatter zur Regierungsvorlage fungierte Abgeordneter Josef Schlager.

Als Berichterstatter zu 62/A fungierte Abgeordneter Pfeifer.

Zunächst wurde eine Generaldebatte abge-

führt, an der sich die Abgeordneten Sandmeier, Dr. Broesigke, Dr. Koren, Kern, Dr. Hauser, Dr. Pelikan, Dr. Kohlmaier, Dallinger und Suppan sowie der Bundesminister für Finanzen Dr. Androsch beteiligten.

In der Spezialdebatte ergriffen die Abgeordneten Mühlbacher, Sandmeier, Hirscher, Dr. Broesigke, Dr. Hauser, Dr. Kohlmaier, Dallinger, Dr. Feurstein, Suppan, Maderthaner, Kunststätter, Maria Metzker, Kern, Dr. Mussil, Dr. Keimel und Dr. Pelikan sowie der Bundesminister für Finanzen Dr. Androsch das Wort.

Von den Abgeordneten Mühlbacher und Hirscher wurden zur Regierungsvorlage und zum Initiativantrag Abänderungsanträge eingebracht. Diese Abänderungsanträge wurden zurückgezogen.

Die Abgeordneten Mühlbacher, Maria Metzker brachten hierauf einen Abänderungsantrag zur Regierungsvorlage ein. Abgeordneter Kunststätter brachte einen Abänderungsantrag zum Initiativantrag 62/A ein.

Im weiteren Verlauf der Beratungen brachte die Abgeordnete Maria Metzker einen Selbständigen Antrag gemäß § 27 GOG ein, mit dem das Familienlastenausgleichsgesetz 1967 geändert wird.

Nun folgen auf Seite 2 und Seite 3 die Begründungen für diese Änderungen.

Bei der Abstimmung wurden die Regierungsvorlage (626 der Beilagen) und der Initiativantrag (62/A) als zusammengefaßter Gesetzentwurf unter Berücksichtigung der erwähnten Abänderungsanträge der Abgeordneten Mühlbacher, Maria Metzker und Kunststätter mit Stimmenmehrheit angenommen. Daraus ergibt sich der dem schriftlichen Ausschlußbericht beige druckte Gesetzestext.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Finanz- und Budgetausschuß somit den Antrag, der Nationalrat wolle dem dem schriftlichen Ausschlußbericht angeschlossenen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Für den Fall, daß Wortmeldungen vorliegen, beantrage ich, in die Debatte einzugehen.

**Präsident**: Zu Punkt 2 berichtet der Herr Abgeordnete Kunststätter. Bitte.

Berichterstatter **Kunststätter**: Herr Präsident! Hohes Haus! Ich erstatte den Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über den Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Familienlastenausgleichsgesetz 1967 geändert wird (661 der Beilagen).

**Kunsttätter**

Im Zuge seiner Beratungen über die Regierungsvorlage in 626 der Beilagen betreffend das 2. Abgabenänderungsgesetz 1977 und über den Initiativantrag der Abgeordneten Hofstetter, Dr. Tull und Genossen auf Änderung des Umsatzsteuergesetzes 1972 in der geltenden Fassung hat der Finanz- und Budgetausschuß in seiner Sitzung am 25. Oktober 1977 über Antrag der Abgeordneten Maria Metzker beschlossen, gemäß § 27 Abs. 1 GOG dem Hohen Hause einen Selbständigen Antrag vorzulegen, der eine Abänderung des Familienlastenausgleichsgesetzes 1967 zum Gegenstand hat.

Zu diesem Entwurf wird folgendes bemerkt:

Das derzeitige doppelgleisige System des Familienlastenausgleiches, welches einerseits bei der Einkommensteuer einen Kinderabsetzbetrag, andererseits eine vom Einkommen unabhängige Familienbeihilfe vorsieht, hat den Nachteil, daß es Familien mit einem geringeren Einkommen und Familien mit einer großen Kinderzahl schlechter stellt, weil diese den steuerlichen Kinderabsetzbetrag nicht ausnützen können. Die Beseitigung dieses Nachteiles soll dadurch erreicht werden, daß an Stelle der steuerlichen Kinderabsetzbeträge eine entsprechend erhöhte Familienbeihilfe tritt. Demnach soll der steuerliche Kinderabsetzbetrag in Höhe von 4 200 S jährlich für jedes Kind wegfallen, dafür aber die Familienbeihilfe für jedes Kind um 4 200 S jährlich erhöht werden. Weiters soll die Familienbeihilfe in Hinkunft nur mehr in zwölf gleich hohen Monatsbeträgen ausgezahlt werden.

In finanzieller Hinsicht ist vorgesehen, daß das Steuermehraufkommen, welches durch den Wegfall der Kinderabsetzbeträge entsteht, dem Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zugewiesen wird, welcher die Last der höheren Familienbeihilfen zu tragen hat.

An der Selbstträgerschaft der Gebietskörperschaften soll sich im Prinzip zwar nichts ändern, jedoch werden die beiden größten Bundesbetriebe – die Österreichischen Bundesbahnen und die Post- und Telegraphenanstalt – von der Selbstträgerschaft herausgenommen und den übrigen privatwirtschaftlichen Unternehmungen gleichgestellt.

Angesichts der vorhandenen Reserven im Familienlastenausgleich ist auch eine Senkung des Dienstgeberbeitrages gerechtfertigt; der Beitragssatz soll demnach von 6 vom Hundert auf 5 vom Hundert gesenkt werden.

Zum Gegenstande sprachen die Abgeordneten Dr. Keimel, Dr. Hauser, Suppan, Dr. Broesigke und Dr. Feurstein sowie der Bundesminister für Finanzen Dr. Androsch und Frau Staatssekretär Elfriede Karl.

Bei der Abstimmung wurde der Gesetzentwurf in der dem schriftlichen Bericht beigegebenen Fassung teils einstimmig, teils mehrstimmig angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle dem dem schriftlichen Ausschlußbericht angeschlossenen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Für den Fall, daß Wortmeldungen vorliegen, bitte ich, in die Debatte einzugehen.

**Präsident:** Danke.

Zu Punkt 3 berichtet der Herr Abgeordnete Prechtl.

**Berichterstatter Prechtl:** Herr Präsident! Hohes Haus! Die Abgeordneten Wille, Kittl und Genossen haben in der Sitzung des Nationalrates am 5. Oktober 1977 den obgenannten Initiativantrag, der dem Finanz- und Budgetausschuß zugewiesen wurde, eingebracht. Dem vorliegenden Gesetzesantrag liegen unter anderem folgende Erwägungen zugrunde:

Auf Grund der gegebenen Sachlage und der erwarteten weiterhin günstigen Entwicklung auf dem Gebiet der Fernmeldedienste steht der Einbeziehung auch dieses Sektors in den Kreis der Maßnahmen zur Bewältigung der sich aus der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung ergebenden Situation im Bereich des Bundeshaushaltes nichts im Weg. Unter absoluter Wahrung eines ausreichenden Investitionsvolumens erscheint es daher vertretbar, den Beitrag der Fernsprecheinnahmen an der Finanzierung der jährlichen Investitionen etwas zu reduzieren und durch eine vergleichsweise geringe Erhöhung des Ausmaßes an Zwischenfinanzierungen auszugleichen. Der auf diese Weise aufzubringende zusätzliche Beitrag zur Entlastung der laufenden Budgets würde sich solcherart auf rund 3 000 Millionen Schilling belaufen können, davon im Jahr 1978 rund 900 Millionen Schilling. Dieser Betrag wird im künftigen Aufkommen an Fernsprechgebühren beziehungsweise durch die Regelungen sichergestellt, die in Fortsetzung der bestehenden Regelung zur Sicherung der Fernmeldeinvestitionen zu erlassen sein werden.

Die nunmehr vorgesehene Regelung steht schließlich im Einklang mit den Zielsetzungen, die durch Rückstellung einer weiteren Gebührenerhöhung mit einer erwarteten Mehreinnahme in der Größenordnung von 1,6 Milliarden Schilling bereits im Vorplanungsstadium verfolgt werden.

Zum Gegenstande sprachen außer dem Berichterstatter die Abgeordneten Sandmeier,

**Prechtl**

Dr. Feurstein, Dr. Koren und Dr. Broesigke sowie der Bundesminister für Finanzen Dr. Androsch.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Finanz- und Budgetausschuß somit den Antrag, der Nationalrat wolle dem dem schriftlichen Ausschußbericht angeschlossenen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Für den Fall, daß Wortmeldungen vorliegen, bitte ich, in die Debatte einzugehen.

**Präsident:** Berichterstatter zu Punkt 4 ist der Herr Abgeordnete Steinhuber. Bitte.

Berichterstatter **Steinhuber:** Herr Präsident! Hohes Haus! Ich bringe den Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über den Antrag der Abgeordneten Pansi und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem sozialversicherungsrechtliche Bestimmungen geändert werden.

Die Abgeordneten Pansi, Dr. Schranz und Genossen haben am 5. Oktober 1977 den obgenannten Initiativantrag eingebracht. In diesem Antrag wird eine Änderung des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes, des Gewerblichen Selbständigen-Pensionsversicherungsgesetzes, des Gewerblichen Selbständigen-Krankenversicherungsgesetzes, des Bauern-Pensionsversicherungsgesetzes, des Bauern-Krankenversicherungsgesetzes, des Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetzes, des Arbeitslosenversicherungsgesetzes, des Kriegsopferversorgungsgesetzes, des Heeresversorgungsgesetzes und des Familienlastenausgleichsgesetzes vorgeschlagen. Im Allgemeinen Teil der Begründung dieses Antrages wird folgendes bemerkt:

„Zur Entlastung des Bundeshaushaltes ergibt sich auch im Bereich der Sozialversicherung die Notwendigkeit einer Reihe von Maßnahmen finanzieller Natur. Sie sollen durch entsprechende Umschichtung der einfließenden Mittel einerseits die zusätzliche Belastung der Versicherungsgemeinschaft möglichst niedrig halten, andererseits auch gewährleisten, daß dabei die finanzielle Situation der Pensionsversicherungsträger und damit die Sicherung der Pensionen nicht eingeschränkt wird. Im einzelnen handelt es sich hiebei um folgende Maßnahmen:

1. Die Einführung eines Zusatzbeitrages in der Pensionsversicherung nach dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz;

2. die vorübergehende Herabsetzung der Ausfallhaftung des Bundes für die Pensionsversicherungen um einen Prozentpunkt;

3. die Einrichtung eines Ausgleichsfonds der

Pensionsversicherungsträger zur bedarfsmäßigen Verteilung der durch den Zusatzbeitrag einfließenden Mittel;

4. die Überweisung eines Beitrages aus der Arbeitslosenversicherung an diesen Ausgleichsfonds zur Abgeltung der Aufwendungen der Pensionsversicherungsträger aus der Anrechnung der Ersatzzeiten des Arbeitslosengeld- und Notstandshilfebezuges;

5. die Erhöhung der Beiträge zu den Selbständigen-Pensionsversicherungen. . . .

Da sich die zu treffenden Maßnahmen nicht nur auf das ASVG, sondern auch auf die Sonderversicherungsgesetze und auf andere Gesetze aus dem Sozialbereich, die mit der Sozialversicherung in Zusammenhang stehen, erstrecken, werden im vorliegenden Antrag unter der Bezeichnung ‚Sozialversicherungs-Änderungsgesetz 1977‘ alle notwendigen legislativen Änderungen in einem Gesetzentwurf zusammengefaßt.

Dieser Gesetzentwurf enthält darüber hinaus im Bereich der Bauern-Krankenversicherung noch Bestimmungen über die Umstellung der Mittelaufbringung auf das System Beitragsgrundlage-Beitragssatz.“

Der Ausschuß für soziale Verwaltung hat in seiner Sitzung am 24. und 25. Oktober 1977 den gegenständlichen Antrag in Verhandlung genommen. In der Debatte, an der sich die Abgeordneten Dr. Schwimmer, Pichler, Melter, Wedenig, Dr. Kohlmaier, Dr. Schranz, Dr. Hauser, Dr. Hafner, Steinhuber, Dr. Wiesinger, Maria Metzker, Dr. Haider, Kokail, Hellwagner, Dallinger, Anton Schlager, Babanitz, Treichl, Dr. Halder, Ing. Gassner sowie Ausschußobmann Pansi und der Bundesminister für soziale Verwaltung Dr. Weißenberg beteiligten, wurden vom Abgeordneten Dr. Schranz Abänderungsanträge zu Art. I Z. 3 (§ 54 Abs. 5 ASVG), Art. I Z. 5 (§ 77 Abs. 2 ASVG), Art. I Z. 10 (§ 447 f, § 447 g Abs. 3 und 5 ASVG) und zu Art. XI Abs. 3 sowie zur Art. XIII des Initiativantrages gestellt. Weiters wurde vom Abgeordneten Dr. Schranz ein Antrag auf Streichung der Art. VIII bis X betreffend das Kriegsopferversorgungsgesetz, das Heeresversorgungsgesetz und das Familienlastenausgleichsgesetz gestellt.

Bei der Abstimmung wurde der im Initiativantrag enthaltene Gesetzentwurf unter Berücksichtigung der oberwähnten Abänderungsanträge des Abgeordneten Dr. Schranz teils einstimmig, teils mehrstimmig angenommen.

Abänderungsanträge der Abgeordneten Dr. Kohlmaier, Dr. Wiesinger, Dr. Haider, Wedenig und Dr. Schwimmer fanden nicht die erforderliche Mehrheit.



**Steinhuber**

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Ausschuß für soziale Verwaltung somit den Antrag, der Nationalrat wolle dem dem Bericht angeschlossenen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Falls Wortmeldungen vorliegen, beantrage ich, in die Debatte einzugehen.

**Präsident:** Ich danke den Herren Berichterstattern für ihre Ausführungen.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Zum Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Dr. Koren. Bitte.

Abgeordneter Dr. **Koren** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Heute wird die sozialistische Mehrheit dieses Hauses einen neuen gewaltigen Stein zu der Belastungspyramide hinzufügen, an der seit mehr als zwei Jahren gebaut wird; seit jenem Zeitpunkt nämlich, als die zweite Phase sozialistischer Alleinregierung begonnen hat, nach jener ersten Phase, die ich als die Phase der Reform-Euphorie bezeichnen würde, jener Phase nach 1970, in der jede Warnung, jede Aussage über kommende Probleme von der Mehrheit vom Tisch gewischt worden ist. Immer in der Überzeugung: Es kann nichts passieren, mit dem Anbruch einer sozialistischen Mehrheit sind die Grenzen zwischen Möglichkeiten und Verfügbarkeiten in einer Gesamtwirtschaft aufgehoben, es kann alles in Bewegung gesetzt werden, alles getan werden, was man sich nur vorstellen kann.

Der Ernüchterungsprozeß in dieser Euphorie-Phase hat 1974 begonnen. Zuerst langsam, und jetzt stehen wir mitten in dieser Ernüchterungsphase, in der den Menschen in diesem Land immer deutlicher wird, daß nun in einem ständig zunehmenden Maße der Preis für die sozialistische Politik der letzten Jahre zu bezahlen ist. Und das wird den Österreichern allmählich zuviel!

Meine Damen und Herren! Dieses Einfordern des Preises für sozialistische Politik in Raten – für jene Politik nämlich, die 1970 begonnen hat – hat 1974 eingesetzt. Ich darf noch einmal in Erinnerung rufen, wie sich das damals abgespielt hat.

In der zweiten Jahreshälfte 1974 hat auf alle unsere Fragen nach der Entwicklung unseres Staatshaushaltes, nach der Einnahmenentwicklung, nach der Entwicklung der Budgetdefizite der Herr Finanzminister – zuletzt bis spät in den Dezember hinein, bis vor Weihnachten – immer die Auskunft gegeben: Alles okay, alles klar, keine wesentliche Veränderung. Das war jene

Phase, in der die bekannte 2-Milliarden-Schilling-Geschichte passiert ist und wo dann am Jahresende, also wenige Tage später, klargeworden ist, daß der Haushalt nicht die programmierten 12, sondern tatsächlich 18 Milliarden Schilling Abgang erreicht hat.

Das war das erste Menetekel für diese Politik, sicherlich noch nicht tiefgreifend, noch nicht gravierend, aber das erste Anzeichen dafür, daß eine grundlegende Trendänderung, Situationsänderung eingetreten ist, vor der wir Sie, Herr Finanzminister, immer wieder gewarnt haben, was Sie nicht wissen wollten, was Sie nicht zur Kenntnis nehmen wollten.

1975 ist dann die viel tiefgreifendere Ernüchterung gekommen. Auch hier darf ich Sie daran erinnern, wie das ganze Jahr hindurch – wir hatten ja ein Wahljahr – jede unserer Warnungen, daß der Staatshaushalt aus den Fugen zu geraten drohe, von Ihnen strikt geleugnet wurde. Wenn wir nur am Rande die Zahl von 25 Milliarden Schilling Defizit im Staatshaushalt als möglich hingestellt haben, dann war Ihre Antwort, Herr Finanzminister, das seien Horrorzahlen und das sei eben diese wahnsinnige Übertreibung, deren sich die Opposition immer wieder schuldig mache. Ich brauche hier nicht sagen, was dann wirklich passiert ist. Die Endabrechnung hat nicht Ihren Horror von 25, sondern den echten Horror von 37 Milliarden Schilling Defizit erbracht.

Ich wiederhole das nur, Herr Finanzminister, um klarzumachen, daß das, was heute passiert, ja nicht ein Ereignis sui generis ist, sondern im Laufe Ihrer Amtszeit in periodischen Abständen immer wieder passiert ist, immer wieder geschehen ist; Immer wieder haben Sie Warnungen vom Tisch gewischt, Voraussagen, die wir gemacht haben, als unmöglich, als unnötige Kritisiererei, als Schreckgespenster hingestellt. Die Wirklichkeit war dann in der Regel noch grauslicher, als wir es uns hier zu sagen gewagt hätten.

Und dann, 1975, ist es passiert. Ich darf daran erinnern, daß am Jahresende, als Sie hier die Erhöhung der Mehrwertsteuer von 16 auf 18 Prozent beschließen ließen, die Erklärung, die Sie dafür gegeben haben, war, das sei notwendig, um nach dem Krisenjahr 1975 wieder das Gleichgewicht im Staatshaushalt herzustellen, um wieder neuen Spielraum für spätere Budgetpolitik zu gewinnen. Kurzum: Sie haben den Österreichern Ihre erste Belastungswelle, den ersten Stein zu Ihrer Belastungspyramide als etwas Einmaliges, eben Notwendiges, um diese Sondersituation zu bewältigen, hingestellt.

Meine Damen und Herren! 1976 hat sich sehr

**Dr. Koren**

rasch herausgestellt, daß diese Voraussicht falsch gewesen ist. Die Konjunktur ist zwar wiedergekommen im Jahre 1976, aber von einem neuen Gleichgewicht im Staatshaushalt war nicht die Rede. Im Gegenteil: Auch 1976 ist Ihnen trotz Konjunktur das Defizit neuerlich in den Fingern zerronnen; auf 44 Milliarden Schilling. Eine neue Rekordmarke!

Das ganze Jahr 1976 war eine einzige Kette von neuen Bausteinen an Ihrer Belastungspyramide: Das hat im Frühjahr mit Steueränderungen begonnen - Mineralölsteuer, Kraftfahrzeugsteuer -, hat sich im weiteren Verlauf des Jahres fortgesetzt mit massiven Erhöhungen aller Tarife des Bundes und sich am Jahresende mit weiteren Steuererhöhungen sowie schließlich mit einer massiven Gebührenerhöhung allmählich weiter gesteigert. Insgesamt eine Belastungswelle in der Größenordnung von ungefähr 20 Milliarden Schilling in einem Jahr!

Auch da kam wieder vor dem Jahresende 1976, Herr Bundesminister für Finanzen, Ihre Erklärung: Keine weiteren Belastungen notwendig; damit ist der Staatshaushalt wieder im Gleichgewicht, wieder in Ordnung; das müssen wir tun, um wiederum neuen Spielraum zu gewinnen.

Schließlich, Herr Bundesminister für Finanzen, hat sich Anfang 1977, also wenige Monate später, schon abgezeichnet, daß auch diese Aussage falsch gewesen ist. Sie selbst müssen ja das Gefühl gehabt haben, daß ein neues Unheil auf Sie zukommt, denn im Februar schon, also bald nach der Jahreswende, haben Sie damit begonnen, über langfristige Fragen des Budgets zu orakeln. Ich darf an Ihre Aussagen zur Pensionsproblematik erinnern, die Ihnen in Ihren eigenen Parteilagen, wie ich glaube, einige Unannehmlichkeiten bereitet haben. Das war schon das Signal dafür: Da stimmt wieder etwas nicht, es wird etwas Neues passieren.

Dann kam die Schockprognose des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen über die weitere Budgetentwicklung. Diese Prognose hat bestätigt, daß bei weiterem Fortschreiten einer unveränderten Entwicklung selbst bei günstiger Konjunkturlage bis zum Jahr 1980 eine weitere Ausweitung der Defizite im Staatshaushalt Platz greifen wird mit Grenzen zwischen 60 und 85 Milliarden Schilling, je nach Schätzungsvariante, und es wurde die, wie ich glaube, schockierende Feststellung getroffen, daß am Ende dieses Jahres 1980 die Finanzschulden die 300-Milliarden-Schilling-Grenze - das Siebenfache von zu Beginn Ihres Amtsantrittes - überschreiten werden. Der Beirat hat auch ein Kapitel über die Grenzen der Staatsverschuldung angefügt. Ich weiß schon: Wir können dieses Problem hier nicht diskutieren, aber

das Ergebnis war eindeutig, daß eine Fortsetzung einer Hochdefizitpolitik im Staatshaushalt diese Grenzen unmittelbar zu überschreiten beginnt.

Im Laufe dieses Frühjahrs ist immer deutlicher geworden, daß Ihre Wirtschaftspolitik an drei Punkten mehr als problematisch zu werden beginnt:

Einmal in der Staatshaushaltspolitik, in der seit 1974 eine permanente Zunahme des Vorgriffes auf die Zukunft eingetreten ist. Das ist vergleichbar mit einem Haushalt, meine Damen und Herren, einem kleinen privaten Haushalt, in dem ein Haushaltungsvorstand nicht zur Kenntnis nehmen will, daß seine Wünsche größer sind als die Möglichkeiten, die ihm zur Verfügung stehen, und seinen Familienmitgliedern vorspiegelt, daß er das Wunder zuwege bringen könne, trotzdem alle Wünsche zu erfüllen, und nun von einem Monat zum anderen immer mehr zu Vorgriffen auf sein künftiges Einkommen durch Gehaltsvorschüsse übergeht. An Hand dieses Beispiels können Sie selber sehr leicht feststellen, daß dieser Tendenz, dieser Praktik eine Grenze gesetzt ist. Es ist im Staatszusammenhang nicht sehr viel anders, nur vielleicht sind die Grenzen weiter gezogen; das Prinzip ist das gleiche. Das Budget - darüber bestand auch im heurigen Frühjahr kein Zweifel - ist an dieser Grenze der Möglichkeiten der Vorgriffe auf die Zukunft allmählich angelangt.

Das zweite Problem, das sich im Frühjahr überdeutlich und immer stärker abgezeichnet hat, ist das Zahlungsbilanzproblem. Auch hier, meine Damen und Herren, handelt es sich um kein neues, sondern um ein zwei Jahre altes Problem. Im Verlaufe der Diskussion im letzten Monat sind ja nicht von den Kassandras aus unserem Lager, sondern aus Ihrem eigenen, Herr Bundeskanzler, sehr deutlich die Ursachen für diese Drehung der Zahlungsbilanz klargestellt worden: Eine der wesentlichen Ursachen sind die Vorgriffe, die in der Einkommenspolitik des Jahres 1975 auf die Zukunft gemacht worden sind und zu einer eindeutigen Verschlechterung der österreichischen Konkurrenzposition geführt haben. Daß daneben eine Fülle anderer Faktoren mit einer Rolle gespielt hat - das Unterlassen von Strukturanpassungen nach einer vieljährigen Hochkonjunktur und anderes mehr -, soll hier gar nicht verschwiegen werden. Aber eines ist klar geworden, nämlich daß ein Fortsetzen der Zahlungsbilanzentwicklung der letzten zwei Jahre sehr rasch - hier ist ja im Laufe des Frühjahrs und des Sommers eine Beschleunigung eingetreten - zu schier unlösbaren Problemen führen wird.

Schließlich der dritte Problembereich, der sich im Frühjahr abzuzeichnen begonnen hat: Die

**Dr. Koren**

Konjunkturreuphorie, die noch im Frühjahr von offizieller Seite gehegt wurde, hat sich sehr rasch als übertrieben herausgestellt. Die Anzeichen dafür, daß sich die weltwirtschaftliche Entwicklung eher in eine kurzfristige Schwankungsphase hineinbewegt, sind immer deutlicher geworden. Inzwischen ist das durch die tatsächliche Entwicklung in Westeuropa ja auch bestätigt worden.

Das alles, Herr Bundeskanzler und Herr Finanzminister, war im Frühjahr eindeutig abzusehen. Wir haben hier im Juni - ich darf Sie daran erinnern - vor dem Ende der Parlamentssession, kurz vor den Ferien eine Wirtschaftsdebatte geführt, und der Eindruck, den die Öffentlichkeit aus dieser Debatte mitnehmen mußte, war zweifellos der, daß wir die beste Wirtschaftspolitik haben, die es überhaupt gibt, daß es keinerlei Probleme gibt - sie wurden ja alle geleugnet - und daß die Österreicher durchaus in die Ferien gehen können, ohne sich irgendwelche Sorgen machen zu müssen. Auch damals ist noch eindeutig festgestellt worden, daß es keine neuen und keine weiteren Belastungen geben wird. So getäuscht, Herr Bundeskanzler, ist die österreichische Öffentlichkeit noch nie geworden wie in der Zeit von Mitte Juni bis Anfang September. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Bei dieser kurzen und sicherlich nicht vollständigen Entwicklungsdarstellung sozialistischer Politik seit 1974/75 drängen sich für mich zwei Fragen auf: Wie erklärt man den Menschen in diesem Land die kurzfristigen und überraschenden Meinungsänderungen, die diese Regierung der Öffentlichkeit gegenüber immer wieder vollzogen hat? - 1974: keine Probleme. Wenige Monate später: zumindest anzweifelbare Finanzierungsaktionen im Staatshaushalt, 50 Prozent Zunahme des Defizits. 1975: Explosion des Defizits auf über 37 Milliarden Schilling, Mehrwertsteuererhöhung; keine weitere Belastung notwendig. Wenige Monate später: neuer Belastungsschub. Dann wieder die Erklärung: alles okay, keine weiteren Belastungen, keine Probleme. Aber es dauert nur wenige Wochen, bis auch diese Erklärung wieder in nichts zerronnen ist und genau das Gegenteil passiert.

Ich glaube, man kann hier nur zwei Antworten auf die Fragen nach dem Wieso und Weshalb finden. Entweder ist die sozialistische Regierungspolitik nicht fähig, wenige Monate vorauszusehen, zu überlegen und daraus Entscheidungen abzuleiten. Ich sage Ihnen gleich ganz offen, Herr Bundeskanzler, daß ich das gar nicht annehme. Das nehme ich nicht an, denn was die Spatzen halbe Jahre lang und länger von allen Dächern pfeifen, nämlich, daß es diese und jene

Probleme gibt - schließlich kennen wir auch die interne Diskussion, die sich in allen möglichen Bereichen abspielt -, erlaubt diese Erklärung nicht. Daher gibt es nur die zweite: Es gehört offensichtlich zur Grundlinie der Politik Ihrer Regierung, Irrtümer, Fehleinschätzungen unter gar keinen Umständen zuzugeben, weil eine sozialistische Regierung offenbar keinen Irrtum begehen kann. Daher wird erst im letzten Moment, wenn dieser Irrtum offenkundig ist und von niemandem mehr verheimlicht werden kann, ein Schuldiger gesucht, werden Maßnahmen gesetzt, und nachher ist wieder alles so gewesen, als wäre nichts geschehen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Herr Bundeskanzler! In der Annahme, daß diese zweite Variante zutrifft, werde ich bestärkt durch die Ereignisse, die sich vom frühen Sommer bis September in der österreichischen Innenpolitik hingezogen haben. Ich glaube, es war für niemanden übersehbar, daß sich in diesen Frühjahrsmonaten und über den Sommer hin allmählich eine innere Krise in der Wirtschaftspolitik Ihrer Regierung zu entwickeln begonnen hat. Da war etwa die Frage der Einstellung zu einer Lohnsteuerkorrektur.

Ich weiß schon, in der Öffentlichkeit ist das immer der ÖVP zugeordnet worden, die Termine genannt hat, die Sie wieder abgelehnt haben. Hier ist ein Streit in unsere Partei hineingeheimnist worden.

Herr Bundeskanzler, glauben Sie mir eines: Mir ist völlig klar, daß das in Ihrem Bereich die viel größere Streitfrage ist als in unserem; die viel größere! Denn wenn es je einen kardinalen Punkt für die Sozialistische Partei in der Steuerpolitik gegeben hat, dann war das durch drei Jahrzehnte hindurch Ihr pausenloser Druck gegen die Lohnbesteuerung. Dort ist der zentrale Ansatz gewesen, über alles andere hat man unter Umständen reden können. Aber daß jede relative Zunahme der Einkommensbesteuerung für Unselbständige den härtesten Gegenstand gerade von der sozialistischen Fraktion ausgelöst hat, läßt sich durch die drei Jahrzehnte der zurückliegenden Geschichte sehr, sehr deutlich verfolgen.

Herr Bundeskanzler, daß dieser Druck seit 1975 massiv zugenommen hat, ist nicht wegdiskutieren, das wissen Ihre Abgeordneten, Ihre Gewerkschafter genauso gut wie wir. Sie brauchen nur die globalen Zahlen der nominellen Einkommensentwicklung seit damals oder seit dem Amtsantritt Ihrer Regierung und die Gesamtsumme der Lohnsteuereinnahmen herzunehmen, dann werden Sie feststellen, daß hier ein krasses Mißverhältnis in der Entwicklung eingetreten ist. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

**Dr. Koren**

Hier hat es ja sehr differente Auffassungen zwischen dem Präsidenten des Gewerkschaftsbundes, seinem Vizepräsidenten, dem Finanzminister und anderen Spitzenpolitikern in Ihrem Bereich gegeben. Auch dort sind ja die verschiedenen Termine zustimmend, ablehnend, hinauszögernd und so weiter diskutiert worden, das ganze Frühjahr hindurch. Ich glaube, ich brauche nicht im einzelnen zu zitieren, was Sekanina, Dallinger und Präsident Benya gesagt haben, was der Finanzminister jeweils dazu äußerte, was Sie selber, Herr Bundeskanzler, gesagt haben. Das war ja ein Kreisverkehr von Forderungen hinauszögern, ablehnen, kurzum ein Bereich, der Ihnen zweifellos einige Sorge gemacht hat.

Im weiteren Verlauf dieser Sommermonate ist dann Veselskys Kritikphase gekommen. In verschiedenen Interviews hat er offenbar seine langjährige Frustration auf dem einen oder anderen Gebiet abregiert, die Budgetpolitik, die Wirtschaftspolitik schwerstens angegriffen. Auch das, Herr Bundeskanzler, nehme ich ja nur als eines der Symptome einer inneren Entwicklung, die mir ein wachsendes Spannungsverhältnis zeigen.

Ebenso gab es in den späten Frühjahrsmonaten eine ganze Reihe von Steuerr Diskussionen. Wirtschaftspolitische Berater des Gewerkschaftsbundes fordern Autosondersteuer, Luxussteuern; das wird teils negativ, teils halb wohlwollend beschieden. Es gibt eine verbreitete Diskussion, aber von Ihrer Seite, von der des Finanzministers wird es abgeblockt und abgelehnt.

Schließlich verlagert sich dann im Sommer das ganze auf die Regierungsebene, auf die Auseinandersetzung zwischen Ihnen, Herr Bundeskanzler, und dem Finanzminister. Ich darf nur ganz flüchtig erinnern: Kurz nach Eröffnung der Salzburger Festspiele ventilieren Sie hier in Wien bei einem Ministerrat die Autosondersteuer. Der Finanzminister lehnt dezidiert ab, ist offensichtlich anderer Meinung als Sie.

Andere sozialistische Spitzenpolitiker sind auch nicht zu begeistern für diese Idee. Der Gewerkschaftsbundpräsident meint, vielleicht für die großen, aber nicht für die kleinen – Autos sind gemeint gewesen, nicht Personen –, und es folgt die nächste Phase.

Der Finanzminister schlägt einen Selbstbehalt bei den Spitälern vor. Sie, Herr Bundeskanzler, reagieren eindeutig negativ auf diese Idee.

Und so geht der Sommer mit ganz munteren Streitgesprächen auf Regierungsebene in die Lande. Ich weiß schon, Herr Bundeskanzler, man kann das umfunktionieren in die offene Partei, in der eben öffentlich diskutiert wird. Aber

Grundtenor dieser Diskussion war offenbar doch, daß die Erklärung, es gibt keine neuen Belastungen, hinter der Budel schon lange, wenn auch öffentlich und wenn auch mit differenten Meinungen, diskutiert worden ist.

In diese Szene hinein, Herr Bundeskanzler, kommen dann die drei Wochen vom 15. September bis zum 5. Oktober. Nachdem in den Zeitungen zu lesen war, daß der Finanzminister die Ministerverhandlungen zum Budget 1978 abgeschlossen hat, also nach diesem Datum, bricht vier Tage vor Ihrer Kahlenberg-Klausur, ich würde fast sagen, mit Urgewalt, denn ein ähnlich vergleichbares Diskussionsentstehen hat es meines Wissens in diesem Land noch nicht gegeben, eine Diskussion über wirtschaftliche Probleme aus, ausgelöst durch Artikel des Generaldirektors der Nationalbank in der „Wochenpresse“ und in der „Presse“ – eine Diskussion über Probleme, Herr Bundeskanzler, die es bis zu diesem Zeitpunkt laut offizieller Version der sozialistischen Regierung nicht geben durfte. Es sind in dieser Diskussionsphase plötzlich all diese Probleme da gewesen.

Grundaussagen von Ihnen, Herr Bundeskanzler, vom Finanzminister und von anderen Spitzenpolitikern waren etwa die, man könne die Dinge nicht mehr länger treiben lassen, was ja wohl darauf hindeutet, daß es die Probleme schon eine ganze Zeitlang gegeben haben muß, sonst hätten sie ja nicht treiben können. Von Blut und Tränen, die nun folgen werden, vom Gürtelengerschnallen war die Rede. Sie selbst, Herr Bundeskanzler, haben das Thema Kurzarbeit in die Debatte geworfen und zur Verunsicherung der österreichischen Öffentlichkeit einiges beigetragen.

Es waren diese drei Wochen, in denen zum erstenmal in einer sozialistischen Regierungsphase die Probleme verhältnismäßig offen ausgesprochen wurden.

Es hieß zum Staatshaushalt, daß hier einschneidende Änderungen vorgenommen werden müßten, daß es so nicht weitergehen könne, und zur Zahlungsbilanz, daß hier der Einkommenszuwachs im Jahre 1975 vorweggenommen worden sei und daß es zu grundlegenden Beschränkungen kommen müsse. Und bezüglich der Konjunktur haben Sie selbst, Herr Bundeskanzler, die Kurzarbeit angekündigt, haben zumindest die Vollbeschäftigung als gefährdet in den Raum gestellt und was es noch mehr gegeben hat.

Und heute, Herr Bundeskanzler, wenn wir die Budgetrede des Finanzministers gehört haben, wenn wir seine Beiträge in der gestrigen Debatte gehört haben, wenn wir die Grundlinie sozialistischer Verhaltensweise in den letzten

#### Dr. Koren

14 Tagen zur Kenntnis nehmen, müssen die Österreicher den Eindruck haben, daß sie die drei Wochen vom 15. September bis zum 5. Oktober nur geträumt haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

An die Realität, die Sie damals praktiziert haben, erinnert nur noch der große Quader in Ihrer Belastungspyramide, den Sie heute einfügen werden und den die sozialistische Mehrheit beschließen wird. Ansonsten sind Sie wieder auf die alte Linie eingeschwenkt: auf die alte Linie, daß alles in Ordnung ist, daß Sie die beste Politik, die es je gegeben hat, betreiben, auf die Linie der Problemverdrängung, weil einfach nicht sein kann, was nicht sein darf.

Herr Bundeskanzler! Diese Linie – das ist mein Eindruck – wird in einem zunehmenden Maße unglaubwürdig, und zwar nicht nur auf seiten der Opposition – das wäre eine sehr einfache Lösung für Sie –, sondern auch in den Augen der österreichischen Öffentlichkeit. Selbst das ansonsten sehr vorsichtige Wirtschaftsforschungsinstitut sagt Ihnen in seinem letzten Bericht sehr deutlich, daß es eine Reihe ungelöster Probleme gibt, daß mit dem, was Sie jetzt tun wollen, bei weitem nicht an die Ursache der Probleme vorgedrungen wurde.

Noch mehr aber glaube ich, Herr Bundeskanzler, daß die Glaubwürdigkeit dieser Politik im Ausland gefährdet ist. Ich darf Ihnen empfehlen, den heutigen Leitartikel der „Presse“ zu lesen. Sie schicken Ihren Außenminister in die europäischen Länder mit der Aufforderung, da und dort good will für mehr österreichische Importe in diese Länder zu schaffen, hausieren zu gehen, daß man unsere Zahlungsbilanzsituation einsehen möge.

Wenn ich das einigermaßen richtig einschätze, hat der deutsche Bundeskanzler gestern eine sehr sarkastische Antwort auf diese Vorbringen gegeben, nämlich die Feststellung, daß es doch offenbar in Österreich überhaupt keine Probleme gibt, wie ihm aus der österreichischen Innenpolitik immer wieder nahegebracht wird. Mit anderen Worten: Auch dort ist die Glaubwürdigkeit ernsthaft gefährdet, und das wird uns vielleicht in den nächsten Monaten noch einige Sorgen bereiten.

Deswegen möchte ich heute noch einmal kurz jene Probleme vorstellen, Herr Bundeskanzler, die Ihnen auch noch vor eineinhalb Monaten sehr klar gewesen sind und die nicht weg sind, die unverändert da sind, die unverändert existieren.

Da ist einmal, daß Ihre Politik des Vorgriffs auf die Zukunft jetzt fortgesetzt wird. Der Finanzminister tut wieder so: Es kann nichts passieren, wir nehmen halt neue Budgetdefizite

in Kauf. – Das wird im nächsten Jahr passieren. Was Sie als Obergrenze des Defizits genannt haben, Herr Finanzminister, wird die Untergrenze sein. In Wirklichkeit wird es erheblich mehr werden. Das heißt, die Tendenz steigender Budgetdefizite wird fortgesetzt werden.

Es ist kein Ansatz dafür zu erkennen, hier eine Änderung Platz greifen zu lassen. Der Zusammenhang der Zahlungsbilanz mit dem Budget ist unverändert gegeben. Vielleicht kann die Konjunkturdämpfung im nächsten Jahr eine geringe Entlastung von der Nachfrageseite her bringen, dann wird aber fraglos von der Budgetseite her, denn dann springen dort die Defizite wieder in die nächste Stufe, eine zusätzliche Belastung eintreten. Und es steht heute auch in Ihrer Diskussion die Arbeitsmarktpolitik im Zentrum.

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen jetzt etwas ganz offen, und das ist das Reizthema der österreichischen Innenpolitik. Heute in der Fragestunde hat der Herr Finanzminister schon wieder so eine kleine Nebenbemerkung von sich gegeben, die ja typisch das Klima zeigt, in dem sich alles abspielt. Auf eine – relativ harmlose – Frage kam seine Zwischenbemerkung an einen unserer Abgeordneten: Aha, Sie sind dagegen, weil Sie sind gegen die Arbeitsplätze.

Meine Damen und Herren und Herr Bundeskanzler! Das ist eine zu primitive Form der politischen Auseinandersetzung *(lebhaft Zustimmung bei der ÖVP)*, denn eines sollten Sie, glaube ich, in der Zwischenzeit zur Kenntnis genommen haben und auch glauben: Die Sorge um die Beschäftigung in diesem Lande ist eine Sorge, die alle Politiker in diesem Lande teilen. *(Neuerliche lebhaft Zustimmung bei der ÖVP.)*

Streiten kann man nur über den Weg, über die Mittel und über die Möglichkeiten, dieses Ziel zu erreichen. Hier, glaube ich, Herr Bundeskanzler, hat es in den letzten Jahren eine ganze Reihe von Versäumnissen gegeben. Der Finanzminister selbst hat in der Wirtschaftsdebatte vom Juni zum erstenmal angedeutet, wir müßten von einer quantitativen zu einer qualitativen Vollbeschäftigungspolitik übergehen. Was sollte denn dieser kryptische Satz bedeuten? – Nichts anderes, als daß offenbar nun hinter der sozialistischen Regierung eine Zeit liegt, in der es oberstes Ziel gewesen ist, quantitative Auswirkungen in der Vollbeschäftigung hintanzuhalten, oder mit anderen Worten: wo Gefahr droht, durch Zuschüsse, durch Unterstützungen, durch Zuwendungen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt nach Möglichkeit auszuschalten. Und das nannte er quantitativ. Ich nenne es konservierende Vollbeschäftigungspolitik mit dem Ergebnis, daß dadurch Strukturveränderungsprozesse, Strukturanpassungsprozesse, die

**Dr. Koren**

eine wachsende Wirtschaft braucht, hintangehalten werden bzw. nicht eintreten.

Wenn der Finanzminister meint, man bräuchte qualitative Vollbeschäftigungspolitik, dann war damit ein Weg gemeint, Herr Bundeskanzler, den wir Ende der sechziger Jahre mit dem Arbeitsmarktförderungsgesetz beschreiten wollten und auch beschritten haben, damals mit der Zustimmung der sozialistischen Minderheit des Parlamentes. Ich bin stolz darauf, daß wir all diese Gesetze, von denen Sie dann jahrelang gelebt haben, hier in diesem Hause einstimmig beschließen konnten. Das war ein, glaube ich, nicht ganz zu übersehender Aspekt.

Das Ziel der Arbeitsmarktförderung war damals, und das können Sie in allen Protokollen der Debatten und in den Protokollen der Vorgespräche nachlesen, die Dynamik in unserer Wirtschaft zu erleichtern und zu verbessern, Änderungen der Wirtschaftsstruktur für die Betroffenen, für jene Menschen, die von einem Arbeitsplatz zu einem anderen müssen, zu erleichtern, und zwar durch Umschulung, durch Einkommensausgleiche, sozusagen durch Abnahme aller sozialen Konsequenzen dieser Entwicklung. Dafür – dieser Auffassung waren wir – kann gar nichts zu viel sein, weil damit zwei Effekte erzielt werden: Die soziale Begleiterscheinung eines Berufswechsels wird für den Betroffenen beseitigt bzw. gemildert; beseitigt, glaube ich, kann man gar nicht sagen, aber entscheidend gemildert. Auf der anderen Seite aber kann die wirtschaftliche Dynamik, nämlich das Zurückgehen aus einem Produktionsbereich und das Hineingehen in einen anderen, die Voraussetzung für die Konkurrenzfähigkeit einer Wirtschaft, ungehindert vonstatten gehen.

Deswegen begreife ich nicht, das sage ich Ihnen ganz offen, warum Sie in den letzten Tagen mit einer solchen Brutalität neue Vorschläge, die der Bundesparteiobmann Dr. Taus gemacht hat, einfach vom Tisch gewischt haben. Ich begreife es nicht, ich verstehe es nicht, denn ich glaube, hier ist ein gemeinsames Anliegen vorhanden. Sie werden dem Österreicher kaum klarmachen können, daß alles, was eine Opposition vorschlägt, einfach zu verdammen ist (*Beifall bei der ÖVP*), notabene Ihnen selbst ein eigenes Konzept fehlt, Herr Bundeskanzler, denn ich höre vorläufig nur, daß etwas Neues kommen soll, daß irgendwo ein 10-Milliarden-Programm entwickelt werden soll. Das kennt noch niemand. Ich weiß auch nicht, wo Sie die 10 Milliarden hernehmen werden. Ich weiß nur eines: daß es ein paar Großprojekte in Ihren Vorstellungen dafür gibt. Und, Herr Bundeskanzler, dazu jetzt ein paar Feststellungen.

In diesem Land gibt es 2,8 Millionen unselbständige Arbeitsplätze, nur ein winziger Bruchteil davon entfällt auf die Großindustrie, nur ein winziger Bruchteil, nur ein Viertel überhaupt auf die Industrie, alles andere sind Handel, Gewerbe, sonstige Dienstleistungen, öffentlicher Dienst. Das bedeutet, daß Sie mit einigen wenigen Großprojekten, selbst wenn sie realisierbar sind, selbst wenn man sie einordnen kann in ein Zukunftsschema österreichischer Industrie – darüber könnte man aber lange, sehr lange diskutieren, viel länger, als hier Zeit zur Verfügung steht –, selbst wenn das gelänge, in fünf Jahren – so lange wird wahrscheinlich die Realisationszeit dieser Projekte dauern – ein paar Tausend Arbeitsplätze geschaffen haben würden; in einer Zeit, in der es um Hunderttausende geht.

Ich glaube, daß das allein schon Zeichen genug dafür sein müßte, daß man Vollbeschäftigungspolitik, Strukturpolitik, Arbeitsmarktpolitik nicht an Punkten ansetzen kann, sondern daß sie als ein breiter Fächer, als Taten für die gesamte Wirtschaftspolitik gesetzt werden müssen, wenn sie wirkungsvoll sein sollen. (*Beifall bei der ÖVP. – Präsident Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.*)

Wodurch war denn die österreichische Wirtschaft in der Lage, im Verlauf der letzten zehn Jahre eine wesentlich größere Anzahl von Arbeitsplätzen für Unselbständige zur Verfügung zu stellen? – Herr Bundeskanzler! Doch nicht dadurch, daß es da oder dort ein gelenktes Investitionsprogramm gab; ob das jetzt ERP gewesen ist, ob das andere Programme gewesen sind, will ich ganz dahingestellt lassen.

Der Herr Finanzminister hat sich gestern berühmt, daß es in den letzten acht Jahren 300 000 Unselbständige mehr gab als vorher. Das ist zum Teil ein demographisches Problem, zum Teil ein anderes, ich polemisiere jetzt nicht darüber. Aber die 300 000 sind aus der Gesamtwirtschaft heraus entstanden, aus vielen, vielen Zehntausenden Betrieben heraus und nicht aus einzelnen Projekten, die eine Wirtschaftspolitik initiiert oder gefördert hat.

Wenn es uns nicht gelingt, dieses ganz breite Spektrum aller an mehr Investitionen, an mehr Dynamik zu interessieren, dann wird Ihnen kein Großprojekt die Zukunftssorge unserer Strukturentwicklung abnehmen.

Herr Bundeskanzler! Eine echte Sorge, die ich habe: In den letzten Jahren haben Sie immer wieder – einmal da, einmal dort – warnend Ihren Finger erhoben und auf die Tatsache verwiesen, daß in einer spannungsreicher werdenden Welt mit größeren wirtschaftlichen Problemen, mit größeren Spannungsunterschieden zwischen

**Dr. Koren**

Ländern, zwischen der industrialisierten und der nichtindustrialisierten Welt, sowie innerhalb der industrialisierten Welt, daß in diesem Spannungsbereich da und dort Tendenzen des Protektionismus entstehen. Sie haben mit Recht, sehr mit Recht darauf hingewiesen, daß die wirtschaftliche Entwicklung auf diesem Planeten ohne die liberale Grundeinstellung im internationalen Handel, die nach 1945 praktiziert worden ist, undenkbar gewesen wäre.

Wir stehen im Augenblick, Herr Bundeskanzler, vor einer Phase, in der sich diese Frage auch für uns zu stellen beginnt, weil wir auf Grund des Nichtzurkenntnisnehmens wirtschaftlicher Probleme, des Festhaltens an einer Währungspolitik nun in Zahlungsbilanzschwierigkeiten kommen, seit zwei Jahren Devisenabflüsse in Kauf nehmen müssen; ein Prozeß, bei dem man sich - sicherlich mit Schätzfehlern - ausrechnen kann, wie lange er noch dauern kann.

In einer solchen Phase weiß ich schon, daß, Herr Bundeskanzler, das alte Sprüchlein „Protection for me and competition for the others“ Urständ feiert. Nur fürchte ich, daß ein kleines Land, ein im Vergleich zu anderen sehr kleines Land, hier mit anderen Maßstäben international gemessen wird als große Länder, die sich das viel eher leisten können. Das Problem ist für die amerikanischen Gewerkschaften ein ganz anderes als für Österreich, ist für die französische Regierung ein anderes als für die österreichische. Wir sind ein Land, das vier Zehntel seines Sozialproduktes im Austausch mit dem Ausland umsetzt beziehungsweise erarbeitet und das davon lebt, daß andere uns vertrauen, daß andere unserer Grundeinstellung trauen.

Ich sehe im Augenblick eine Entwicklung kommen, die wieder in Bahnen zurückführen könnte, die die Basis gefährden könnten, der wir unseren Wirtschaftsaufschwung seit der OECD-Liberalisierung im Jahr 1948 verdanken.

Hier, glaube ich, sollten wir uns wirklich überlegen, ob wir die Glaubwürdigkeit unserer freien wirtschaftlichen Beziehungen in der Welt aufs Spiel setzen dürfen.

Ich möchte meinen Kollegen nicht vorgreifen, die sich später noch mit den einzelnen Punkten der heutigen Tagesordnung auseinandersetzen werden. Eines möchte ich aber zum Ablauf der Verhandlungen in den letzten Wochen sagen: Sie standen unter dem Eindruck einer Hektik, wie ich sie in den Jahren, die ich in diesem Hause bin, noch nicht erlebt habe.

Man kann den Eindruck, glaube ich, nicht wegdiskutieren, daß die Regierung von den Problemen überfahren worden ist. Der Finanzminister mußte nach dem 5. Oktober ein neues Budget produzieren. Das hat sich ausgewirkt:

Wir haben Gesetze ins Parlament bekommen, und zwar ohne Begutachtung, Hals über Kopf, im Rohzustand, ganze Gesetzesteile sind vergessen worden, wurden in den Ausschüssen nachgereicht, kurz vor Beginn der Sitzungen; kurzum, es war ein Kuddelmuddel - Herr Bundeskanzler, Sie haben ihn ja nicht erlebt, aber ich habe ihn erlebt -, wie er noch nie dagewesen ist.

Was mich am meisten berührt hat, war, daß es bei den Ausschußverhandlungen, vor allem im Finanz- und Budgetausschuß, überhaupt keine Gesprächsbasis gegeben hat. Man hat den Eindruck gehabt, daß die Überheblichkeit der Regierung mit dem Quadrat ihrer Schwierigkeiten zunimmt. *(Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.)*

Deshalb nur eine letzte Feststellung: Herr Bundeskanzler! Ich glaube, daß für dieses Verhalten „Hoch-zu-Ruß“ durch die Widrigkeiten keine Veranlassung mehr besteht. Denn die Ufer, die Sie erreichen wollen, sind noch sehr weit entfernt, und der Weg dorthin wird schwieriger werden. Vielleicht werden Sie doch eines Tages zu dem Ergebnis kommen müssen, daß die Probleme, vor denen wir stehen, nicht mit Überheblichkeit und Selbstgefälligkeit, sondern mit etwas mehr Kooperationsbereitschaft und Toleranz gelöst werden müssen. *(Lebhafter langanhaltender Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Blecha. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Blecha** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Für die Debatte, die gestern geführt worden ist, war die Argumentation des Abgeordneten Peter typisch für die Argumentation der Opposition schlechthin. Abgeordneter Peter hat zwar ein ausgeglichenes Budget gefordert, aber sämtliche Maßnahmen, die das Budgetdefizit verringern sollen, heftigst kritisiert.

Für die eben begonnene heutige Wirtschaftsdebatte wird der Widerspruch in der Argumentation des Herrn Abgeordneten Koren wahrscheinlich der typischste sein. Er hat zwar die wirtschaftliche Situation, in der wir uns befinden, wieder in düsteren Farben dargestellt, er hat die Düsternis der Situation mit Verfehlungen der Regierungspolitik begründet, gleichzeitig aber sämtliche Maßnahmen, die in dem heute zur Diskussion stehenden Paket von Gesetzesänderungen enthalten sind und die eine Vorsorge für die Zukunft dieses Landes und seiner Menschen bedeuten, glattweg abgelehnt.

Es ist Aufgabe und Verpflichtung der Opposition, diesen Grundwiderspruch aufzulösen. Ist

**Blecha**

nämlich die Situation so, wie sie eben mein Vorredner dargestellt hat, dann muß doch die ÖVP zumindest einigen Punkten des Pakets ihre Zustimmung geben. Ist es dem Abgeordneten Peter mit seinen gestern hier vorgetragenen Ausführungen wirklich ernst, dann muß doch die FPÖ mindestens dem einen oder anderen Punkt ihre Zustimmung geben. Oder ist das alles nicht ernst, ist dieses Maßnahmenpaket, das im vorliegenden Umfang Ihnen nicht notwendig erscheint, etwas, was Sie guten Gewissens ablehnen können, dann aber ist es unmoralisch, Schwarzmalerei, Panikmache und düstere Prognosen zu verbreiten. *(Beifall bei der SPÖ. – Widerspruch bei ÖVP und FPÖ. – Abg. Peter: Wer ist unmoralisch? – Rufe bei ÖVP und FPÖ: Wer ist unmoralisch? Sie haben es notwendig! Ausgerechnet der Blecha redet von Unmoral!)*

Hohes Haus! Meine Herren von der Opposition! Sie haben sich zu entscheiden, was Sie eigentlich wollen! *(Abg. Peter: So geht es nicht, Herr Abgeordneter Blecha!)* Cassandra spielen, nein sagen ... *(Rufe bei der ÖVP: Fangen Sie uns nicht mit der Moral an! Der hat es notwendig! – Zwischenruf des Abg. Glaser. – Ruf bei der ÖVP: Unmoralisch ist Ihre Ausbeutungspolitik!)* Sie müssen sich einmal entscheiden, was Sie wollen. Wollen Sie die Cassandra spielen, wollen Sie zu allem nein sagen, wollen Sie lizitieren oder wollen Sie wirkliche Mitarbeit. *(Ruf bei der ÖVP: Sie haben kein Recht, von Moral zu reden!)* Aber hören Sie doch in Ihrem eigenen Interesse auf, alles und zugleich sein zu wollen, denn das ist die Ursache Ihrer Unglaubwürdigkeit. *(Zwischenruf des Abg. Glaser. – Weitere Zwischenrufe bei ÖVP und FPÖ.)*

Herr Glaser! Jene Regierung, die laut Professor Koren vollkommen abgewirtschaftet hat, die der Professor Koren darstellt als eine Regierung, die die wirtschaftliche Entwicklung nicht mehr im Griff hat, ausgerechnet diese Regierung hat unser Land wirtschaftlich in das Spitzenfeld aller Industrieländer geführt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Die „Illusionspolitik“ – und da zitiere ich den Herrn Professor Koren wörtlich –, diese „Illusionspolitik“ hat in Österreich, wie praktisch in keinem anderen Land der industrialisierten Welt, ein hohes Beschäftigungsniveau, ja Rekordbeschäftigtenzahlen bei niedriger Inflationsrate erreicht. Und die Durststrecke, die dieses Wirtschaftssystem in den vergangenen Jahren zurücklegen mußte, hat uns nicht, wie Ihr Klubobmann in Villach erklärt hat, „immer tiefer hinein in eine Wüste geführt“, sondern sie hat uns dazu geführt, daß wir eine Rekordbeschäftigung bewahrt haben in einer Welt, in der

es 17 Millionen Arbeitslose gibt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich erspare mir im einzelnen, die Arbeitslosenziffern Österreichs und der anderen europäischen Länder von heute mit denen vor fünf Jahren anzuführen, die besonders eindrucksvoll diese Leistungen aufzeigen. Ich möchte nur eines sagen: Der Traumzustand und der Trancezustand, die in Koren-Reden so oft vorkommen und in dem sich angeblich diese Regierung befindet, der hat immerhin dazu geführt, Hohes Haus, daß Österreich heute auch die reichen EG-Länder, was das Pro-Kopf-Volkseinkommen betrifft, überholt hat. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wie kommt es nun, daß jene Partei, die Ihren Prognosen und Diagnosen zufolge eigentlich schon vollkommen zerstört sein müßte, ja die Ihrer Meinung nach daher – wenn man das alles ernst nimmt, was hier gesagt worden ist – schon längst mit Schimpf und Schande davongejagt sein müßte, immer wieder neue Vertrauensbeweise erhält, während die Volkspartei, die Ihren Angaben zufolge doch die einzige Garantie für eine blühende Wirtschaft wäre, ständig an Boden verliert?

Wie kommt es also, daß die Menschen unseres Landes es den Sozialisten zutrauen, mit den Auswirkungen der schwersten Wirtschaftskrise seit den dreißiger Jahren besser fertigzuwerden als die Volkspartei, die sich in der Öffentlichkeit so gern als die Wirtschaftspartei präsentieren möchte?

Die Antwort liegt auf der Hand: Weil Ihre Argumentation, meine Damen und Herren von der ÖVP, widersprüchlich ist, weil Sie nur kritisieren, lizitieren oder alles – und dafür ist gerade der heutige Tag ein treffender Beweis –, alles negieren, zu allem nein sagen, die Politik der totalen Negation auch heute noch betreiben, mit der Sie 1971 begonnen haben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Sie erstellten falsche Prognosen, geben aber zu – und ich habe jetzt sehr aufmerksam Ihrem Klubobmann Professor Koren zugehört –, daß es jetzt Probleme gibt, die lösbar sind, und Sie lehnen doch alle Maßnahmen zur Lösung der Probleme in einem Atemzug glattweg ab. *(Zwischenruf bei der ÖVP.)*

Hohes Haus! Heute geht es darum, durch bestimmte Maßnahmen die österreichische Leistungsbilanz zu verbessern, die stabile Währungspolitik fortzusetzen, das Budgetdefizit einzudämmen, die Energieversorgung zu sichern, eine aktive Strukturpolitik zu intensivieren und auch eine kostenbewußte Preis- und Einkommenspolitik in diesem Land zu führen.



**Blecha**

Das, Hohes Haus, sind die Aufgaben, die uns allen eigentlich gestellt sind und die rasch, entschlossen und sozial gerecht gelöst werden müssen. Und selbstverständlich ergeht hier ... (Abg. DDr. König: Herr Kollege Blecha! Welche Maßnahmen sichern die Energieversorgung?) Ich komme noch darauf zu sprechen.

Selbstverständlich ergeht hier der Ruf zur Mitarbeit an die Opposition. Tun Sie mit und prüfen Sie doch, wie die einzelnen Maßnahmen zur Lösung der eben aufgezählten Probleme führen, aber hören Sie doch auf, hier düstere Prognosen vorzutragen und alles schlecht zu machen, was bisher dazu geführt hat, daß Österreich einzigartige Erfolge in der Wirtschaftswelt erreicht hat. (Beifall bei der SPÖ. - Zwischenruf des Abg. Dr. Mussil.)

Gehen Sie mehr den Weg der sachlichen Diskussion als den der düsteren Prognosen, denn mit den Prognosen hatten Sie, meine Damen und Herren, bisher kein Glück.

Der Herr Abgeordnete Taus, der jetzt nicht im Saale ist (Abg. Kern: Der Bundeskanzler ist auch nicht im Saal!), hat am 11. November 1975 nach der Regierungserklärung bereits prophezeit: Nach dem 5. Oktober gibt es keine Vollbeschäftigung mehr. Und er hat noch am 26. Februar 1976 im „Bauernbündler“ geschrieben: Die Vollbeschäftigung kann nicht aufrechterhalten werden. Und im November 1976 hat er davon gesprochen: Diese hunderttausend Arbeitslosen sind nicht zu verhindern.

Wir Sozialisten haben nicht nur diese Arbeitslosen, die Sie angekündigt haben, verhindert, wir haben mehr getan. Wir haben in Österreich eine Wirtschaftspolitik gemacht, die in einer Zeit, in der es in den Industriestaaten 17 Millionen Arbeitslose gibt, Rekordbeschäftigungszahlen erreicht hat. (Beifall bei der SPÖ.)

Wir haben auch auf dem Gebiet der Inflationsbekämpfung alle Ihre Prognosen Lügen gestraft. Auch Ihre, Herr Dr. Mussil, denn dieses Feld haben Sie ja nicht nur Ihren Parteifreunden Taus und Koren überlassen.

Ich darf aber zuerst den Klubobmann Koren aus der „Presse“ vom 8. Mai 1976 zitieren. Er hat damals gemeint, die Inflationstendenz in Österreich sei steigend. Sie, Herr Dr. Mussil, sind in der „Tiroler Wirtschaft“ dann noch viel weiter gegangen und haben gesagt: Der vom Finanzminister für 1977 erwartete Rückgang der Inflationsrate dürfte kaum erreichbar sein. Und am 20. Oktober 1976 haben Sie im Pressedienst Ihrer Bundeskammer angeführt, der Preisindex werde voraussichtlich noch um 2 Prozent steigen.

Und wie ist es wirklich? (Zwischenruf des

Abg. Dr. Mussil.) Trotz eines Wirtschaftswachstums von 5,2 Prozent im Jahre 1976 – einem der höchsten überhaupt – sank die Inflationsrate um 1,1 Prozent. Statt einer steigenden Inflationstendenz, Herr Abgeordneter Koren, sinkt eben die Teuerungsrate in unserem Land ab. Und, Herr Abgeordneter Mussil, es wird nicht nur einen Rückgang der Inflationsrate geben auf diese 6 Prozent. Wir haben im September sogar den Wert von 5,1 Prozent, einen der niedrigsten in den letzten Jahren überhaupt, erreicht. (Beifall bei der SPÖ.)

Ihre Prognosen sind ebenso zerplatzt wie Ihre Hoffnungen, durch die Kampagne der Angstmachei und Schwarzmalerei Profit zu machen.

Ihr Grundwiderspruch aber, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Opposition, ist das Ergebnis einer grundfalschen und von den Österreichern, wie sich an Wahlergebnissen leicht ablesen läßt, mißbilligten parteipolitischen Taktik. Aber er ist auch – und lassen Sie mich dazu einige Sätze sagen – das Resultat eines falschen, wenn Sie wollen, philosophisch-soziologischen Ansatzes.

Sie trennen nämlich immer und daher auch heute – ganz typisch war das jetzt aus dem Beitrag des Herrn Professor Koren herauszuhören – die gegenwärtige wirtschaftspolitische Situation, die, wie wir in der Regierungsklausur am Kahlenberg deutlich gesagt haben, eine sehr schwierige ist (Zwischenruf bei der ÖVP), von den gesellschaftlichen Ursachen, die ja letztlich zu dieser Lage geführt haben.

Eine derart isolierte und daher letztlich primitive Betrachtungsweise führt dazu, daß man Probleme personalisiert, daß man sich erschöpft im Sündenbock-Suchen – das tun Sie auch immer innerhalb Ihrer Partei, daher ist der Verschleiß an Parteiobmännern ja ein besonders hoher –, aber den Zusammenhang zwischen aktueller Lage und großen gesellschaftlichen Tendenzen und Veränderungen negieren Sie schlechthin. Sozialdemokratische Politik setzt demgegenüber bei den Ursachen wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Krisen, wie wir sie jetzt im Weltmaßstab wieder erleben, ein; sie analysiert davon ausgehend die gegenwärtige Situation und leitet daraus bestimmte Schlüsse ab. Es ist dies meiner Ansicht nach die einzig zulässige Betrachtungsweise für gesellschaftliche Vorgänge und für solche, die eben durch diese internationale kapitalistische Krise ausgelöst sind.

Seit Keynes wissen wir ... (Zwischenruf des Abg. Dr. Hauser.) Ja sicher sind wir dort, Herr Dr. Hauser, aber nur wissen wir eins seit Keynes: daß eben die gewinnorientierten Investitionen immer zu Krisen führen, weil sie schuld sind an

**Blecha**

Überkapazitäten. Überkapazität ist ein Problem, das wir heute in Europa haben. Wir haben in Österreich dank sozialdemokratischer Reformen und dank eines sehr starken gemeinwirtschaftlichen Sektors diese Krisenanfälligkeit des marktwirtschaftlichen Systems etwas einbremsen können. Das ist ja eines der „Geheimnisse“ der besonderen österreichischen Situation. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wir haben in der Zeit, in der die anderen aus der Krise nicht herausfinden, im Rekordtempo aufgeholt. Aber bis 1975 - da gebe ich dem Professor Korenrecht - konnte die Vollbeschäftigungspolitik noch darauf zählen, daß auch innerhalb der noch lange nicht beendeten Krise, die sich wellenförmig entwickelt hat, besonderen Tiefständen eine Aufschwungphase folgt. Diese internationalen Aufschwungphasen haben dazu geführt, daß durch vermehrte Steuereinnahmen die Kosten für die Arbeitsplatzsicherung wiederum abgegolten werden konnten.

Aber der für 1976/77 besonders im Ausland vermutete und erhoffte längerdauernde Konjunkturaufschwung bleibt aus. Die Arbeitslosenraten sind überall in den Ländern rund um Österreich im Steigen begriffen, und die angesehensten Wirtschaftsforschungs- und Konjunkturforschungsinstitute prognostizieren für 1978/79 einen neuerlichen Tiefstand, etwa wie wir ihn auch 1975 im benachbarten Ausland feststellen konnten.

Und so wie eben die Außenhandelszusammenhänge sind, bedeutet die Vollbeschäftigung, die dieses Österreich fast nahezu als einziges Land erhalten hat, mehr Importe nach Österreich, bedeutet aber nicht gleichzeitig wesentlich mehr Exporte in die Arbeitslosigkeitsländer. Und das hat ein Problem geschaffen. Nicht diese Regierung hat eines hervorgebracht, sondern der durch unsere Politik vermehrte Reichtum hat dazu geführt, daß wir einem Importdruck ausgesetzt sind, den Arbeitslosigkeitsländer nicht in demselben Maße verspüren.

Der österreichische Importüberhang und damit das Zahlungsbilanzdefizit, das zentrale Problem, vor dem wir heute stehen, ist ein Problem unseres Reichtums und nicht der Armut.

International wird das, was wir in Österreich auch bisher in der Krisenabwehr geleistet haben, als wirtschaftspolitisches Meisterstück anerkannt, nämlich über die weltweite Krise hinweg diese Rekordbeschäftigungszahlen erreicht und gehalten zu haben, die Inflation schrittweise zurückgedrängt zu haben und dennoch ein ganz respektables Wirtschaftswachstum, das ja mit Vollbeschäftigungspolitik

korrespondieren muß, erhalten zu haben. *(Abg. Dr. Mussil: Niedriger als im OECD-Durchschnitt!)*

Aber wenn das, was diese anerkannten Institute uns für 1978/79 prophezeien, eintrifft, dann wird das dem Charakter nach eine neuerliche Rezession sein, die wiederum alles von unserer Widerstandskraft fordert. Angesichts der wirtschaftlichen Schwäche der meisten europäischen Industriestaaten muß es für uns auch klar sein, daß wir mehr denn je auf uns allein angewiesen sind. *(Abg. Dr. Mussil: Sie haben die Wettbewerbsfähigkeit in Österreich ruiniert!)* Nein, Herr Dr. Mussil, sondern bereits im Jänner 1977 haben wir begonnen, Maßnahmen zu setzen, nicht nur erst heute.

Bei der Regierungsklausur im Jänner 1977 ist bereits zur Abwehr der Defizit- und Zahlungsbilanzprobleme ein Sieben-Punkte-Programm für Österreich beschlossen worden, das eine verstärkte Exportförderung an die erste Stelle gerückt hat, das ein Bausofortprogramm eingeschlossen hat, 4 Milliarden Schilling sind vom Herrn Finanzminister mobilisiert worden, das Maßnahmen zur Gewerbeförderung zum ersten Mal in diesem Ausmaß in Österreich überhaupt durch eine Bundesregierung festgelegt hat *(Abg. Dr. Mussil: Ein „Ausmäßchen“ war das!)*, das strukturpolitische Maßnahmen festgelegt hat, die besondere Früchte heute in der Steiermark zeigen. Man hat sich nicht nur auf Großbauvorhaben und die dort beschäftigten Firmen beschränkt, sondern den besonderen Schwerpunkt der Förderung auf die Klein- und Mittelbetriebe gelenkt.

Und dann gab es ein Konzept zur Vermeidung der Jugendarbeitslosigkeit, ein Problem, auf das Sie offensichtlich erst jetzt bei Redaktion Ihres Konzeptpapiers daraufgekommen sind, denn das Lehrstellenkonzept der Regierung stammt aus dem Jänner 1977. Damals sind Maßnahmen, für die insgesamt 295 Millionen Schilling bereitgestellt worden sind, gesetzt worden, die heute dazu geführt haben, daß wir mehr Lehrstellen haben, als wir sie je in diesem Jahr durch Lehrstellenwerber besetzen könnten. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Was die Zahlungsbilanz betrifft, haben wir es nicht bewenden lassen bei der bloßen Exportförderung. Ein Schwerpunkt ist die Fremdenverkehrsförderung in diesem Programm im Jänner 1977 geworden. *(Abg. Dr. Mussil: Vor allem der Kanzler in Kärnten!)*

Dieses Sieben-Punkte-Programm vom Jänner wird jetzt durch ein Maßnahmenpaket weitergeführt, das den neuesten Entwicklungen Rechnung trägt und das eben budgetäre Maßnahmen zur Reduktion bei den Ausgaben und Steigerun-

**Blecha**

gen bei den Einnahmen des Bundeshaushaltes vorsieht; das Bereitschaftsmaßnahmen, etwa ein Bausofortprogramm, vorsieht, das sich wiederum nicht nur auf die Großbauvorhaben, um die uns viele im Ausland beneiden, beschränkt. Die Bereitschaftsmaßnahmen sehen darüber hinaus Investitionen bei den Bundesbahnen, bei Straßen- und Autobahn-Bau und so weiter vor. Strukturpolitische Maßnahmen sollen in noch verstärktem Maße, als das seit Jänner geschehen ist, der Förderung der Klein- und Mittelbetriebe, der gewerblichen Struktur unserer Wirtschaft und der Verbesserung dieser Struktur und vor allem dem Fremdenverkehr dienen. Ergänzt wird dies durch die energiepolitischen Maßnahmen, durch handelspolitische Maßnahmen, die jetzt von der Opposition kritisiert worden sind, obwohl wir nichts anderes tun, wir, die weißen Raben, die die Grenzen sperrangelweit geöffnet haben, als unsere Zölle gegen Übersee wiederum zurückzuführen auf das GATT-Niveau und um keinen Deut mehr.

Schließlich wird dieses Maßnahmenpaket auch einkommenspolitische Maßnahmen umfassen müssen, die sich bei Lohnverhandlungen in der nächsten Zeit zeigen werden.

Der vorgestern, am 2. November, veröffentlichte Bericht des Wirtschaftsforschungsinstitutes stellt daher fest:

„Die bisher konkretisierten Maßnahmen“, die man kennt, also diejenigen, die heute beschlossen werden und die hier heute von Ihnen abgelehnt werden, ohne daß Sie das wirklich genau begründen konnten, zumindest nicht Ihr Hauptsprecher Professor Koren, laut Wirtschaftsforschungsinstitut, „erscheinen geeignet, das Defizit des Bundeshaushaltes ab dem kommenden Jahr spürbar zu verringern. Die Auswirkungen auf die Handelsbilanz werden kurzfristig durch eine bereits in Gang gekommene Welle von Vorzugskäufen und weiterhin durch den stärkeren Anreiz zu Direktkäufen im Ausland nicht unwesentlich beeinträchtigt. Gegenwärtig werden daher ergänzende Maßnahmen erwogen, die die institutionellen Regelungen der Preisbildung und die strengere Einhaltung von vorhandenen Richtlinien auch bei den Importwaren betreffen“.

Damit wird auch heute wiederum zu diesem ganzen Maßnahmenpaket unmißverständlich zum Ausdruck gebracht, daß die Antwort auf das Leistungsbilanzdefizit nicht allein in der Exportsteigerung liegen kann. Exportsteigerung, das ist ein Rezept, das kein Allheilmittel in einer Flaute verschreibt. Es bedarf daher einer ganzen Reihe von Ergänzungen. Aber hier jetzt so tun, als ob die Regierung für den Export oder in der Exportförderung nichts getan habe, muß doch

mit aller Schärfe zurückgewiesen werden. Schließlich hatten wir die seit Jahrzehnten höchste Steigerung unseres Exportvolumens 1976 mit 16,3 Prozent. Wir werden diesen Prozentsatz heuer nach allen Daten, die vorliegen, auch noch übertreffen. Wir hatten aber in derselben Zeit eine Zuwachsrate des Importes um 26,5 Prozent, daher gehört zu den Maßnahmen auch eine gewisse Form der Importdrosselung.

Wir haben einige Probleme im Zusammenhang mit unserer Leistungsbilanz, die man nicht durch die Exportförderung allein aufheben kann. Etwa die Energieimporte, die sich verteuert haben seit 1970 von 7,6 Milliarden Schilling auf nun 25 Milliarden Schilling und die sich vor allem nach den Ankündigungen der OPEC-Länder, die wir aus den letzten Tagen kennen, noch weiter verteuern werden, wobei Rohöl in Zukunft auch noch einer steigenden Verknappung unterliegen wird.

Für Auslandsfahrten haben die Österreicher 1970 nicht viel mehr als 8 Milliarden Schilling ausgegeben, und jetzt sind es 28 Milliarden Schilling.

Aus Billigpreisländern ist aus durchaus achtbaren Gründen der Import sehr gesteigert worden, eine Ziffer: Aus Fernost hat der Anteil, der Marktanteil, an Hemden und T-Shirtprodukten 1970 etwa 7 Prozent betragen, jetzt liegt er über 41 Prozent mit steigender Tendenz.

Das einkommensbedingte hohe Anspruchsniveau, welches die Österreicher entwickeln konnten, dank der Politik, der Einkommenspolitik, die diese Regierung ermöglicht hat, hat eben nicht nur Autos betroffen, obwohl wir dafür 14 Milliarden Schilling im Vorjahr ausgegeben haben, sondern ebenso Möbel, Kleider und technische Geräte für Freizeit und Hobby und auch qualitativ hochwertige Nahrungsmittel. Und da, bitte, lassen Sie mich auch ein Wort der Kritik sagen. Die heimische Industrie war auf diese einkommensbedingte Steigerung des Anspruchsniveaus privater Haushalte überhaupt nicht vorbereitet, denn in vielen Bereichen ist direkt am österreichischen Konsumenten vorbeiproduziert worden. (*Abg. Dr. Mussil: Stimmt doch nicht!*)

Daher, glaube ich, daß man hier mit dem mit Ihnen, Herr Mussil, doch so eng befreundeten Dr. Kottulinsky einer Meinung sein kann, der gemeint hat, jetzt, 5 vor 12, ist die letzte Zeit, daß man in der österreichischen Wirtschaft zu einer Änderung der Wirtschaftsgesinnung kommt. Das hat Kottulinsky in der „Industrie“ am 9. September 1977 geschrieben. (*Abg. Dkfm. Gorton: Wer hat mit welchen Artikeln am Markt vorbeiproduziert? Führen Sie Beispiele an!*)

**Blecha**

Die Arbeitskosten, die sind's nicht, die es uns verunmöglichen, in Österreich auch die Produkte herzustellen, die der österreichische Konsument sich heute schon längst kaufen kann – das ist eines der beliebtesten Unternehmerlamentos, die wir kennen. Denn hier habe ich eine internationale Statistik, die ausweist, daß die Arbeitskosten in Österreich trotz des – und nicht nur laut „Wochenpresse“, die das erst vor kurzem aufgezeigt hat – am stärksten gestiegenen Einkommenszuwachses der Arbeitnehmer in Österreich in der Zeit von 1973 bis 1976, und zwar im Vergleich mit den Arbeitnehmern aller Industrieländer Europas, nicht nur wegen dieses hohen Einkommenszuwachses der Arbeitnehmer, der nicht in Zweifel gezogen werden soll, mit 11 D-Mark pro Stunde in der Industrie eine der niedrigsten sind. Die Arbeitskosten pro Stunde in der Industrie sind höher in Frankreich, sind höher in der Schweiz, fast doppelt so hoch in Deutschland, in Belgien, USA, in Dänemark und in Schweden.

Zur Änderung dieser Wirtschaftsgesinnung, meine Damen und Herren, die die Strukturanpassung hemmt, könnten Sie von der ÖVP, aber auch Sie von der FPÖ vieles beitragen, und dazu laden wir Sie auch konsequent ein.

Wir müssen nämlich neben der Exportförderung, neben dem Energiesparen und neben dem Übertragen des Verkehrsaufkommens, des Verkehrsstrates in viel stärkerem Maße von der Straße auf die Schiene und bei der Gleichstellung österreichischer Produkte mit Importwaren auch bei der Behandlung im Preisunterausschuß der Paritätischen und durch Zollmaßnahmen die Importe drosseln. Nur so können wir dieses zentrale Problem des Zahlungsbilanzdefizits lösen, und es ist ein lösbares. *(Abg. Peter: Dann muß die Regierung Erziehungsarbeit leisten!)*

Wir werden sicher gemeinsam 1978 zum Jahr der Besinnung der Österreicher auf Österreich deklarieren und, wenn Sie wollen, eine Änderung der Konsumgesinnung durchführen müssen, den Österreicher aufmerksam machen, daß er mit dem Kauf . . . *(Abg. Peter: Die Regierung soll Erziehungsarbeit leisten!)* Ja, wir tun das, unsere Frauenorganisationen haben bereits große Aktionen begonnen, damit auch der Österreicher weiß, daß er mit dem Kauf österreichischer Qualitätsware, österreichischer Qualitätsprodukte mithilft, die österreichischen Arbeitsplätze zu sichern. *(Abg. Peter: Dann müssen einmal alle Politiker ihren Urlaub in Österreich verbringen! Auch der Kanzler!)*

Der eine Teil der Maßnahmen zielt also auf eine Verbesserung der Leistungsbilanz ab, der andere auf die Verringerung des Budgetdefizits. Und diese Maßnahmen, die alle vom Herrn

Peter, der sich jetzt durch Zwischenrufe so hervortut, gestern kritisiert worden sind, dienen doch in Wirklichkeit einem Zweck: Der Finanzierung, der Sozialisierung des Beschäftigungsrisikos, und zwar jener Sozialisierung des Beschäftigungsrisikos, die bereits stattgefunden hat, und jener, die auf uns, wenn die angesehenen Wirtschaftsforschungsinstitute mit ihren Prognosen recht haben, zukommen wird.

Herr Taus hat anerkannt, daß die Marktwirtschaft die Vollbeschäftigung nicht sichern kann. Das war bemerkenswert und ist auch ganz richtig. Daher redet er der Individualisierung des Beschäftigungsrisikos das Wort, denn ihm geht es in erster Linie um die Subventionierung des individuellen Arbeitsplatzes. Es geht ihm um die Subventionierung der Betriebe, bei aller Störung der sozialen Symmetrie, unabhängig von ihrer Förderungswürdigkeit, durch die öffentliche Hand, dadurch letztlich durch uns alle, aber wohl wissend – denn das hat er auch zum Ausdruck gebracht –, daß auch dadurch ein bestimmtes Maß von Arbeitslosigkeit nicht vermieden werden kann. Und so kann dieser Vorschlag, Herr Professor Koren, wenn Sie ihn auch heute wieder präsentieren, nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Volkspartei derzeit nicht imstande ist, etwas völlig Neues, eine echte und brauchbare Alternative vorzulegen.

Es gehört schon eine gehörige Portion Mut dazu, wenn Sie in das Vorwort zu diesem Arbeitsplatzsicherungs-Konzept hineinschreiben, „die sozialistische Bundesregierung hat trotz der Alarmzeichen der Wirtschaftsforscher bis heute kein Konzept für die Sicherung der Arbeitsplätze in den nächsten Jahren erarbeitet“.

Das sagt ausgerechnet jene Österreichische Volkspartei, die in der Zeit ihrer Alleinregierung in einer mit der heutigen überhaupt nicht vergleichbaren Wirtschaftslage eine Arbeitslosenrate von 3 Prozent produziert hat. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Das sagt jene Österreichische Volkspartei, deren ehemaliger Handelskammerpräsident Mitterer einmal gemeint hat, eine gewisse Arbeitslosigkeit müsse man in Kauf nehmen. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Wann hat er das gesagt?)*

Es ist das jene Österreichische Volkspartei, deren Arbeitnehmer-Funktionär und Arbeiterkammerpräsident Bertram Jäger, der erst vorgestern in einer Aussendung Ihres ÖVP-Presse Dienstes mit großem Pathos gemeint hat, daß es bei der Arbeitsplatzsicherung doch um die Schicksale von Menschen geht, noch vor zwei Jahren, am 14. März 1975 – derselbe Arbeiterkammerpräsident Bertram Jäger aus Vorarlberg

**Blecha**

-, erklärt hat: „Ich glaube nicht, daß es richtig ist, absolute Priorität für die Vollbeschäftigung zu statuieren, vor allem deshalb, weil dies immer mit dem Unterton geschieht, 2 bis 3 Prozent Inflation mehr könne ohne weiteres in Kauf genommen werden, denn die Vollbeschäftigung ist uns wichtiger.“ (Abg. Dr. Kohlmaier: Sie haben das Zitat verstümmelt!)

Das ist jene Volkspartei, deren Klubobmann Koren erst vor wenigen Wochen, am 28. September, in einem Interview mit der „Wochenpresse“ meinte, die sozialistischen Ziele, permanente Überbeschäftigung und permanenten Wachstum mit permanenten Einkommenszuwächsen von 5 und 6 Prozent jährlich, und das alles bei Stabilität, sind halt nicht zu verwirklichen. (Abg. Dr. Hauser: Herr Blecha! Gibt es für Sie überhaupt das Problem „Überbeschäftigung“?)

Das gibt es offensichtlich für Herrn Professor Koren, denn ihn frage ich, was meint er denn damit? Kaschiert er vielleicht jetzt mit dem Begriff „Überbeschäftigung“ das, was Mitterer viel ungehobelter zum Ausdruck gebracht hat: Ein bisserl Arbeitslosigkeit tāt' uns nicht schaden? (Beifall bei der SPÖ.) Herr Professor Koren soll das aufklären, ob er ein sozialistisches Ziel mit dem Ausdruck Überbeschäftigung hier in Wirklichkeit diffamiert, welches bei uns Vollbeschäftigung bedeutet. (Abg. Dr. Hauser: Sie haben nämlich Überbeschäftigung betrieben!) Wir haben diese Vollbeschäftigung dadurch erhalten. So ist es. (Abg. Dr. Hauser: Sie haben doch Budgetüberschreitungs-gesetze beschlossen, wo wir Vollbeschäftigung hatten!)

Mir kommt dieses um Jahre verspätete Vorlegen eines solchen Konzepts zur Sicherung der Arbeitsplätze wie das Nachlaufen nach einem Zug vor, der längst abgefahren ist. (Zwischenruf des Abg. Dkfm. Gorton.)

Was glauben Sie denn, Herr Abgeordneter Gorton, werden denn die Menschen in der Steiermark sagen, die gerade in diesem Jahr den Beweis geliefert bekommen haben, wie man 23 000 Arbeitsplätze sichert und wie man noch dazu 4 000 neue Arbeitsplätze schaffen kann. (Zustimmung bei der SPÖ.)

Was werden denn besonders die jungen Leute sagen, wenn die jetzt lesen und die sich noch ganz gut an Ihre Schockpropaganda vor den letzten Wahlen im Oktober 1975 erinnern können, daß diese Regierung unfähig ist, Lehrstellen und Jugendarbeitsplätze zu beschaffen, wenn in Ihrem eigenen Konzept drinnen steht, daß die an sich überhaupt nicht ins Gewicht fallende Zahl beschäftigungsloser Jugendlicher 1976 noch weiter zurückgegangen ist?

Ja werden die Sie ernst nehmen, meine Herren? Und was werden die Gemeinden sagen, denen ja dieses Konzept 7 Milliarden Schilling kosten wird, wenn Sie es verwirklichen wollten? Die Auswirkungen der Krise dieses Systems, die wir erleben, sollen nach Ihren Vorstellungen ausschließlich von den unselbständig Beschäftigten getragen werden, und daher sagen wir nein zu diesem Vorschlag. (Abg. Dr. Prader: Sie sagen auf alle Fälle nein!) Wir sagen aber ja überall dort, wo es zur Eindämmung unseres Budgetdefizits Beiträge gibt, dazu sagen wir ja, zu jedem Vorschlag, der vernünftig ist, weil wir wissen, daß wir Reserven wieder brauchen, um der schwierigen Situation 1978/79 gewachsen zu sein.

Wenn nun ein erheblicher Teil des Defizits durch Zuschüsse zu den Pensionsversicherungsanstalten letztlich zustande kommt, etwa im Ausmaß von 28 Milliarden Schilling, dann liegt es auf der Hand, daß wir zuerst die Belastung des Staatshaushaltes in diesem Punkt reduzieren müssen. Ich glaube, daß die vorgeschlagenen Beitragserhöhungen zur Sozialversicherung gerecht und sozial sind, besonders dann, wenn man noch zur Kenntnis nimmt, meine geschätzten Damen und Herren, daß gleichzeitig der Kampf gegen die Armut fortgesetzt werden kann, daß die Zahl der Ausgleichszulagenbezieher, und zwar der Bezieher einer erhöhten, wesentlich erhöhten Ausgleichszulage jetzt erweitert wird und daß sogar auch jene Fälle Berücksichtigung gefunden haben, die als Nichtausgleichszulagenbezieher eine niedrige Rente haben, aber dennoch durch die Erhöhung am 1. Jänner 1978 bereits der Besteuerung unterliegen würden. Sie werden von der Steuer befreit.

Wir jedenfalls haben Maßnahmen gesetzt, die verständlich sind, weil es auch verständlich ist, daß der Staat bei einer schwierigen Zahlungsbilanz- und Budgetsituation von jenen Waren, für welche die Menschen bereit sind, hohe Preise zu zahlen, obwohl sie nicht unbedingt zur Befriedigung der elementaren Grundbedürfnisse der Menschen dienen, zur Sicherung des Erreichten einen Anteil einbehält.

Nur ein Beispiel. Es zeigt sich bitte – ich weiß nicht, ob das so bekannt ist allgemein –, daß etwa wir Österreicher am raschesten nach den Bewohnern der Bundesrepublik Deutschland die Autos wechseln. (Abg. Dr. Fiedler: Der Generaldirektor der Nationalbank Dr. Kienzl ist ein besonderes Beispiel dafür!) In keinem anderen autproduzierenden Land – ich denke an Schweden, an Frankreich, ja auch an Italien –, dort, wo die Autos produziert werden, wird das Auto nicht so rasch gewechselt wie bei uns in Österreich. Dieser starke Wunsch, immer

**Blecha**

wieder ein neues Auto zu haben, hat dazu geführt, daß das Preisbewußtsein bei Autos in Österreich ganz besonders unterentwickelt ist.

Das hat auch dazu geführt, daß man den österreichischen Konsumenten von den Lieferanten Preise diktieren kann, die 20, 25 und in Extremfällen sogar 31 Prozent über jenen anderer Länder liegen, in die die gleichen Erzeugerfirmen ihre Autos exportieren.

Daher ist doch auch einzusehen, daß ein eigener Mehrwertsteuersatz für dieses importierte Gut berechnet werden kann, noch dazu, wo beträchtliche Mittel aus diesen Mehreinnahmen der Spitalsfinanzierung zugute kommen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Mir erscheint es auch gerechtfertigt – das wird ja heute noch sehr ausführlich diskutiert werden –, wenn eine Gruppe der Bevölkerung neue Autos in einem geringeren Maß von der Steuer absetzen kann, als sie das bisher konnte, ebenso gerechtfertigt wie eine vernünftige Reduktion der steuerlich absetzbaren Rücklagen für Abfertigungen und Firmenpensionen. Denn damit soll ja nur verhindert werden, daß manche Betriebe – und Beispiele kann Ihnen jeder aufzählen – ungerechtfertigte Rücklagen tätigten, um sozusagen zinsenlose Kredite zu bekommen oder eben auch damit Steuer zu sparen. Und das hat ja auch dazu geführt, Hohes Haus, daß die Einnahmen aus der Einkommen- und Vermögensteuer seit Jahren stagnieren, während wirklich die Einnahmen aus der Lohnsteuer sehr rasch anwachsen, aus der Steuer der unselbständig Beschäftigten.

Heute, am 4. November, schreibt Professor Horst Knapp in seinen „Finanznachrichten“ – ich zitiere wörtlich:

„In sieben Jahren sozialistischer Alleinregierung hätte sich im Bereich der Einkommensbesteuerung das Belastungsverhältnis zwischen, wie es so schön heißt, den Reichen, die zahlen sollen, und der Masse der Lohn-, Gehalts- und Pensionsempfänger von 1 : 1 in 1 : 2 verwandelt. Ob da,“ fragt Professor Knapp, „das 2. Abgabenänderungsgesetz wirklich wie ein Blitz aus heiterem Himmel ist, der die Unternehmer völlig unvermutet trifft?“

Hier sagt Ihnen ein Finanzfachmann, daß wir eine sozial gerechte Lösung gefunden haben. Denn wäre es sozial, gar nicht zu reden davon, ob das solidarisch wäre, wenn ausschließlich die Arbeitnehmer mit ihren steigenden Steueraufkommen zur Finanzierung notwendiger Maßnahmen herangezogen werden, die letztlich Vollbeschäftigung erhalten und unseren gemeinsamen Wohlstand mehren helfen? Die Abfertigungen und die Firmenpensionen, die einen sind kollektivvertraglich, die anderen

durch Betriebsvereinbarungen gesichert, bleiben ungefährdet. Hier geht es darum, daß die Betriebe nicht sehr große Opfer bringen werden müssen, denn sie werden die in letzter Zeit häufig gar nicht so stark genutzten Möglichkeiten der vorzeitigen Abschreibungen und der Investitionsrücklagen ausnützen können.

Kann man überhaupt solche nationalen Solidaritätsakte der Bevölkerung dieses Landes, nationale Solidaritätsakte, für die alle Bevölkerungsgruppen nach ihrer Leistungsfähigkeit ihren Beitrag leisten, als Belastungen bezeichnen? Das Ergebnis eines geringfügigen Konsumverzichtes, eines zeitlich begrenzten geringfügigen Konsumverzichtes, einer vorübergehend gebremsten Erhöhung des Lebensstandards wird die Erhaltung eines hohen Beschäftigungsniveaus und die Sicherung des Wohlstandes sein.

Denn wir Sozialisten haben von allem Anfang an gesagt, und am deutlichsten hat es der Herr Bundeskanzler Kreisky immer wieder betont: Arbeitslosigkeit ist ein Luxus, den sich das kleine Österreich nicht leisten kann. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Nun müßte man auch meinen, daß die Herstellung und die Erhaltung dieser stabilen Verhältnisse, die ja ihren Niederschlag zum Beispiel darin finden, daß wir die höchste Beschäftigungsrate aller europäischen Länder haben – in der Schweiz ist das ja ein bißchen anders mit den Arbeitslosenziffern –, die dazu geführt haben, daß wir die zweithöchste Zuwachsrate der Wirtschaft haben, die drittniedrigste Inflationsrate Europas, die fünftniedrigste Staatsverschuldung aller Industrieländer dieser Erde; eine beträchtliche Massenkaukraft, gepaart mit einer bewundernswerten Sparneigung. Ist das nicht eine Aufgabe, die im Interesse aller Bürger und aller sozialen Schichten unseres Landes liegt und daher die Unterstützung aller Parteien erfordert?

Was tun aber verschiedene Interessensvertretungen und die der ÖVP nahestehenden Organisationen? – Sie haben von Anfang an – da komme ich auf einen Einwand, den Professor Koren in seinem Beitrag hier gebracht hat, zu sprechen – das ganze Maßnahmenpaket verteuert.

Der Wirtschaftsbund, auch Ihre Organisation, Herr Präsident Sallinger, hat erklärt, daß dieses Maßnahmenpaket – ich zitiere wörtlich – „eine weder nützliche noch ungefährliche Mischung parteipolitischer, gewerkschaftlicher Pseudosanierung“ wäre.

Und aus den Oktobertagen werde ich mir erlauben, nur wenige Zitate aus Erklärungen von ÖVP-Politikern zu bringen. Taus sagte am 3. Oktober:

**Blecha**

„Während überall in der Welt in der Wirtschaftspolitik der Expansionskurs dominiert, steuert diese sozialistische Regierung in Österreich in eine falsche Richtung. Belastungen der Art, die die Regierung ununterbrochen einführt, erschweren die Investitionen und gefährden daher die Arbeitsplätze.“

Professor Koren, 4. Oktober 1977: „Das Maßnahmenpaket enthält weder etwas zur Verbesserung unserer Zahlungsbilanz noch zu einer einkommensmäßigen Absicherung.“

Kohlmaier - weitere Eskalierung -, 5. Oktober: Ein vernichtender Schlag gegen die Familienpolitik sind die im Wirtschaftspaket der Regierung geplanten Maßnahmen. Die Kürzung der Unternehmerbeiträge für den Familienlastenausgleichsfonds - wieder wörtlich - sei „keine Sanierungs-, sondern eine Zerstörungsmaßnahme“.

Nächster Tag, 6. Oktober, ÖAAB-Sozialsprecher Schwimmer: Sozialversicherungs-Änderungsgesetz 1977 ist eine verschlammte und verpuschte Regierungsvorlage für ein Sozialversicherungs-Verteuerungsgesetz. (Abg. Dr. Koren: Das hat alles gestimmt bis jetzt!)

Diese Äußerungen, Herr Professor Koren, jetzt noch ergänzt mit der Vorankündigung, daß Sie alles, was in diesem Maßnahmenpaket steht, durch das Veto im Bundesrat blockieren werden, haben doch zu einem ganz bestimmten Klima im Haus und in den Ausschüssen geführt. Sie werfen uns hier Leichtfertigkeit - wenn ich es jetzt richtig mitgeschrieben habe -, Leichtfertigkeit und Überheblichkeit vor, obwohl Vertreter Ihrer Partei - und ich habe nur einige zitiert - von allem Anfang an jeden Punkt des Maßnahmenpakets als verschlampt, verpuscht, als nicht zielführend, als undiskutabel bezeichnet haben. Oder hätten wir diese Äußerungen nicht ernst nehmen sollen, weil Sie sich offensichtlich in einer Schwächeperiode in einer sogenannten Periode der Irritation befunden haben, weil Sie in dieser Zeit außer Tritt geraten waren?

Am 29. Oktober hat in Warmbad Villach Ihr Parteiobmann Dr. Taus verkündet - ich zitiere wörtlich -:

„Der Oktober hat uns außer Tritt gebracht. Wir sollten daher heute und hier die Phase der inneren Irritation beenden.“

Und dann hat Ihr Herr Taus noch hinzugefügt:

„Die Nabelschau ist zu Ende. Unser Blick richtet sich wieder“ - richtet sich wieder! - „auf die bedeutenden Fragen unseres Landes.“

Hohes Haus! Es ist sehr begrüßenswert, wenn der Obmann der Österreichischen Volkspartei zugibt, daß in der Zeit der Diskussion des

Maßnahmenpaketes dieser Bundesregierung seine Partei außerstande war, den Blick auf die notwendigen Maßnahmen in Österreich zu richten. (Beifall bei der SPÖ.)

Es ist erfreulich, wenn er zugibt, daß in dieser entscheidenden Phase der Diskussion seine Partei irritiert war, daß in dieser entscheidenden Phase der Diskussion seine Partei, Hohes Haus, außer Tritt geraten war. Das erklärt vieles. Aber das erklärt nicht Ihren Vorwurf, Herr Professor Koren, wir wären leichtfertig und überheblich, weil wir mit Ihnen nicht geredet hätten. (Abg. Dr. Prader: Mit den Wortspielereien werden Sie das nicht besser machen! - Abg. Dr. Koren: Sie waren doch nicht einmal dabei! - Abg. Dr. Prader: Keine Minute im Ausschuß!) Bitte, die Ausschußsitzung war doch nach dieser Diskussion, Herr Professor Koren, nach den Erklärungen, aus denen ich Ihnen zitiert habe, was Sie zu jedem einzelnen Punkt gesagt haben.

Ja, soll man denn mit jemandem reden, der sagt: Darüber ist nicht zu reden, weil das indiskutabel ist!? Wer in die Verhandlungen mit dem Vorsatz hineingeht: Darüber rede ich nicht, weil es undiskutabel ist!, der kann sich doch nicht nachher beschweren, daß man im Ausschuß die Sachen beschließt und nicht weiß Gott wie lange mit ihm, der das undiskutabel findet, redet. (Beifall bei der SPÖ.)

Und gestern, Hohes Haus, erklärte der Herr Taus hier, daß die SPÖ mit dem Budget 1978 den Vorrang der Vollbeschäftigung aufgegeben habe. Er hat gesagt: Damit hat sie endgültig die Vollbeschäftigung verlassen, und mit schweren neuen Belastungen beginnt sie Kaufkraft und Investitionsmittel abzuschöpfen.

Interessant, was da so am Ende einer Irritationsphase, was da am Ende der Nabelschau alles herauskommt! Da gibt nämlich plötzlich Dr. Taus zu, daß wir offensichtlich bis jetzt der Vollbeschäftigung schon einen Vorrang eingeräumt haben. Am 5. Oktober war er noch nicht dieser Meinung und schon gar nicht im November 1976, als er gesagt hat: Diese Regierung hat der Vollbeschäftigung überhaupt nie den Vorrang eingeräumt.

Am 5. Oktober hat er bestritten, daß es diesen Vorrang je gegeben hat. Gestern, am 3. November, wird die Regierung kritisiert, etwas aufgeben zu haben, was sie doch nie gehabt haben dürfte. Und derselbe Herr Dr. Taus hat gestern zugegeben, daß es offensichtlich in Österreich eine beträchtliche Kaufkraft und imponierende Investitionsmöglichkeiten gibt, denn wie könnte denn sonst die Regierung etwas abschöpfen, wenn es das gar nicht gibt? Und so hat doch auch

**Blecha**

das Ende der Irritationsphase und der Nabelschau einige erfreuliche Aspekte.

Nur in einem ist die ÖVP trotz angesagtem Ende dieser Irritation treu geblieben: Der Politik der Negation, der Rolle des Neinsagers. Und daher lehnen Sie auch heute alle Gesetzesvorschläge ab. Alle. Keinen einzigen Punkt des Maßnahmenpakets fanden Sie diskussionswert, und das, obwohl doch – und das werden Sie nicht leugnen – alle namhaften NationalökonomInnen Österreichs die Notwendigkeit der jetzt zu treffenden Maßnahmen anerkannt haben, auch wenn sie in Detailfragen da und dort anderer Meinung waren, als wir sie vertreten. Kein einziger ÖVP-Abgeordneter hat irgendwann einmal erklärt – im ganzen Oktober nicht –, daß er eine einzige bestimmte Maßnahme für richtig und notwendig hält. Und genau das ist Ausdruck einer Politik, die die Bürger dieses Landes ablehnen. Und Sie, meine sehr geschätzten Damen und Herren von der ÖVP, haben das im Oktober 1975 bei den Nationalratswahlen und Sie haben das jetzt im Oktober 1977 bei den burgenländischen Landtagswahlen wieder einmal zu spüren bekommen.

Die Politik des doppelten Widerspruchs führt nämlich zu nichts, sie beschert Ihnen Niederlagen, sie gibt nur denen Auftrieb, die sich durch besondere Radikalität nach vorne spielen wollen, und sie begünstigt jene Gerüchtemacher, die da ... *(Abg. Kern: Der Kreisky hat gesagt, das war eine Landeswahl!)*

Ich möchte mich jetzt nicht länger mit all den Gerüchten aufhalten, die es da in dieser Diskussionsphase gegeben hat. Nur eines: Das Erstgeburtsrecht der Panikmache kommt einer ÖVP-Zeitung zu, dem ÖVP-„Volksblatt“, nicht der Ausgabe vom 23. September, nein, schon der vom 30. Juni 1977. Am 30. Juni, zu Sommerbeginn, hat das ÖVP-„Volksblatt“ bereits aufgemacht: „Schillingabwertung noch im Herbst. – Ausländer mißtrauen unserer Währung.“

Und die am 30. Juni begonnene Gerüchte- und Panikmacherei haben Sie konsequent fortgesetzt und besonders vor den burgenländischen Landtagswahlen zu einem Höhepunkt geführt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Es ist in diesem Haus schon ausführlich darüber gesprochen worden. Ich habe jetzt die neuesten Zahlen bekommen, was Sie wirklich angerichtet haben mit „Volksblatt“- und „Kurier“-Veröffentlichungen. Von der Nationalbank, aus Österreich sind 6,9 Milliarden Schilling abgeflossen. Das ist die neueste Ziffer, die ich gestern erfahren konnte: 6,9 Milliarden Schilling war der Schaden, der damit bewirkt worden ist.

Sie haben dann während der ganzen Panik-

macherei auch noch eigene Demonstrationen gemacht. Wieweit die glücklich waren, möchte ich jetzt gar nicht diskutieren, zum Beispiel, wie der Wirtschaftsbund die Luxuslimousinen über die Ringstraße fahren hat lassen. Sie haben nur eines nicht getan: Sie haben nicht mit den Wienern, die da am Gehsteig standen, gesprochen. Da hätten Sie allerhand zu hören bekommen, was solche Aktionen für eine Wirkung haben. Sie sind dann doch ein wenig betropetzt gewesen, sind auf die Familienpolitik ausgewichen und haben dann auf einmal entdeckt, daß es durch das Maßnahmenpaket zu einer Aushungerung, ja überhaupt zum Ende der Familienpolitik kommen wird. Wir werden heute noch ausführlich darauf zu sprechen kommen.

Nur eines sei hier der Vollständigkeit halber gesagt: Noch nie ist soviel für die Familien in Österreich geschehen wie in diesen sieben Jahren unter einer sozialistischen Bundesregierung. Und wenn 1978 pro Kind im Rahmen der Familienförderung unter einer sozialistischen Regierung 13 223 Schilling zur Verfügung stehen, dann ist das doch ein sehr bedeutender Betrag im Vergleich zu den 6 000 Schilling, die 1970 unter einem ÖVP-Budget den Familien zur Verfügung gestanden sind.

Und wenn der Verbraucherpreisindex sich seit 1970 um 60 Prozent erhöht hat, das Pro-Kopf-Einkommen je Arbeitnehmer bei uns in Österreich um 100 Prozent, dann sind die Familienbeihilfen durchschnittlich um 116 Prozent erhöht worden. *(Abg. Dr. Prader: Die Lohnsteuer um 240 Prozent!)*

Alles, worauf wir Österreicher im Zusammenhang mit familienfördernden Maßnahmen stolz sind, die Schulbücher und Schulfreifahrten, Unterhaltsvorschuß und Pflegeurlaub, erhöhtes Karenzurlaubsgeld und so weiter, das bezeichnen Sie als Aushungerung der Familien?

In diesem Zusammenhang muß ich auch jenen Brief zurückweisen, den der Katholische Familienverband gestern an uns Abgeordnete verteilt hat und in dem er ganz offensichtlich den Versuch macht, Tatsachen ins Gegenteil zu verkehren, einen Versuch, auf dem Rücken der Familien eine ganz bestimmte parteipolitische Linie durchzusetzen zu helfen.

Da hat es noch eine dritte Gruppe gegeben, die Ihnen nahesteht, auch nur ganz kurz erwähnt, die da nicht zufrieden war: Ärzte unter dem Ärztekammerpräsidenten Piaty. Die haben auf einmal gedroht, sie werden jetzt die Hausbesuche einstellen. Sie haben gemeint, wenn jetzt nach dem 2. Abgabenänderungsgesetz nur mehr 25 000 Schilling für das Kraftfahrzeug abgesetzt werden können, dann kann man



**Blecha**

eigentlich die Hausbesuche nicht mehr machen, außer der Patient schickt einen Dienstwagen oder bezahlt das Taxi.

In diesem Punkt halte ich es mit Peter Michael Lingens vom „profil“. Es kommt nicht oft vor, daß wir so ganz einer Meinung sind. Peter Michael Lingens hat im „profil“ geschrieben, die Ärzte wären schlecht beraten, wenn sie sich mit diesen Argumenten des Ärztekammerpräsidenten Piaty in die Öffentlichkeit wagten.

Lingens schreibt weiter: „Mir ist der Fall eines Zahnarztes bekannt, der mit Blick auf ein Plakat der Ärztekammer, das in seiner Ordination zum Kampf gegen Androsch aufruft, zu einem Patienten sagte: Wenn ein Arbeiter hier hereinkommt, genieße ich mich.“ – Es sollten sich mit ihm alle genießen, die sich der gleichen Argumente Piatys bedienen.

Die Standardformel, die dann immer vorgetragen wird – auf sie ist heute auch Professor Koren eingegangen –, die man dann aus dem Hut zaubert – er kann das sehr geschickt mit guten, schönen Formulierungen – immer dann, wenn die Bundesregierung Maßnahmen zur Bekämpfung von krisenhaften Erscheinungen setzt, die heißt: Mehr Sparsamkeit, Sparsamkeit ist das weiße Kaninchen, das kommt immer dann aus dem Hut. Keine Maßnahmen beschließen, die irgendwo etwas beeinträchtigen können, sondern die Regierung soll sparen.

Aber keine Spur von Sparen, nichts von jener Vornehmheit, die Professor Koren heute teilweise in seinem Beitrag gezeigt hat, wenn es ums Fordern geht. Da gibt es schon einen Wettstreit zwischen den Bündeln.

Wir haben uns die Mühe gemacht, Hohes Haus, einmal auszurechnen, was das, was man überhaupt berechnen kann an Forderungen, die die ÖVP 1977 gestellt hat, kostet. Wir sind auf 30 Milliarden Schilling gekommen. Von der einen Woche mehr Urlaub über die Erhöhung des Wehrbudgets auf 5 Prozent, über die Forderung der Abgeordneten Hubinek nach einem Müttergeld von 1 000 Schilling monatlich, über die 200 Millionen Schilling, die sie für die selbständig erwerbstätigen Mütter lockermachen lassen möchte, bis letztlich zu den 14,7 Milliarden, denn das hat der Herr Abgeordnete Mock in einer Pressekonferenz selbst als Betrag angegeben, die eine von ihm verlangte Steuersenkung kosten würde, spannt sich der Bogen, 30 Milliarden! Ist es da verwunderlich, bei einer 14,7-Milliarden-Forderung des ÖAAB-Obmannes, wenn dann dem ÖAAB Lizitieren vorgeworfen wird?

Vorgeworfen, auch das muß ich heute sagen, nicht nur von uns Sozialisten. Da hat etwa der Obmann der Sektion Industrie in der Bundes-

wirtschaftskammer Philipp Schöller in der „Zeit im Bild 1“ am 27. April gemeint: „Ich kritisiere auch das Hinauflizitieren des ÖAAB samt seinem Präsidenten Mock. Ich halte dieses Lizitieren für politisch verantwortungslos.“ *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Der Abgeordnete Mussil konstatierte im „Kurier“ am 16. Mai dieses Jahres: „Im ÖAAB gibt es vier Profilneurosen plus einer Frustrationsneurose.“ Der redegewaltige Abgeordnete Dr. Mussil meinte darunter keine geringeren als den Obmann Mock, den Generalsekretär Heinzinger, den Vorarlberger Arbeiterkammer-Präsidenten Jäger und den Sozialsprecher Kohlmaier. *(Heiterkeit bei der SPÖ. – Abg. Li bal: Mussil ist ein ehrlicher Mensch!)*

Auch der Vergleich der Lizitationspolitik des ÖAAB mit jener der Kommunisten stammt ja ursprünglich gar nicht von Dr. Heinz Fischer. Die „Kronen-Zeitung“ – dort war es der Herr Peter Gnam; ich muß die Quelle auch noch angeben – hat am 30. September 1976 geschrieben: „Auf Teufel komm raus Lizitieren, wie Mocks Parteifreund Gassner das bei den Löhnen tut, ist plumper Stimmenfang. Mit dieser Holzhammermethode arbeiten bekanntlich auch in Österreich chronisch erfolglose Kommunisten.“ *(Beifall bei der SPÖ.)*

Gestern haben Sie hier behauptet, diese Äußerungen, die auch der Herr Gnam in der „Kronen-Zeitung“ geschrieben hat, richten sich selbst. Warum haben Sie aber dann soviel darüber geredet? Also offensichtlich hat man doch sehr ins Schwarze getroffen.

Der Herr Obmann Dr. Taus hat gestern mit großer Gestik zu mehr Sachlichkeit in dieser schwierigen Zeit aufgerufen. Aber viel Resonanz hat er nicht gefunden, denn nach ihm haben Glaser und Ermacora geredet. Lesen Sie diese Reden jetzt in den Stenographischen Protokollen nach. Wer die gehört hat, der hat von Sachlichkeit ebenso wie bei der Rede des Dr. Mock vom 5. Oktober keine Spur gefunden. Sie negieren in höchst unsachlicher Weise die Fortschritte, die es in den letzten sieben Jahren unzweifelhaft gegeben hat. Sie negieren in höchst unsachlicher Weise die Erfolge der Vollbeschäftigungspolitik der Regierung. Und der ÖAAB – jawohl, der ÖAAB! – richtet seinen ganzen Zorn gegen eine verantwortungsbewußte Politik der Gewerkschaften, gegen die Gewerkschafter.

Und da frage ich Sie, Hohes Haus: Wo stünde heute dieses Österreich, wenn es diese verantwortungsbewußten Gewerkschafter heute nicht gäbe, und wo stünde dieses Österreich, wenn es diese verantwortungsbewußten Gewerkschafter

**Blecha**

nicht auch in den letzten 50 Jahren gegeben hätte? *(Beifall bei der SPÖ.)*

Deshalb, Hohes Haus, ist die Feststellung, daß sich die Lizitation des ÖAAB immer mehr der Lizitation einer im österreichischen Parlament nicht mehr vertretenen Partei nähert *(Abg. Dr. Kohlmaier: Ihr wollt nur Marionetten, die zu allem ja sagen, was die Regierung tut! Das ist eure Vorstellung von einer Arbeitnehmervertretung!)*, doch keine Diffamierung, es ist eine Tatsachenfeststellung. *(Neuerlicher Beifall bei der SPÖ. - Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Nicht mit aufgeregten Worten und nicht mit Beleidigungen können Sie diese Feststellung wegbringen, sondern nur, indem Sie Ihre Lizitationspolitik einmal einschränken. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Mussil.)*

Herr Mussil! Eine Partei, die den Kadaver der „roten Katze“ mit allen Tricks immer wieder zu neuem Leben erwecken möchte, die hat in Wirklichkeit das moralische Recht verwirkt, über eine solche Tatsachenfeststellung entrüstet zu sein. *(Beifall bei der SPÖ. - Abg. Dr. Mussil: Das ist keine Tatsachenfeststellung, das ist ein Skandal!)*

Das hat mit Verleumdungen nichts zu tun. Niemand hat den ÖAAB, was seine ideologische Ausrichtung betrifft, auch nur in die Nähe der Kommunisten je zu bringen versucht. Hier geht es um eine Feststellung einer bestimmten Lizitations- und Holzhammermethodenpolitik. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Ihr wollt nur noch Leisetreten, und wer sich rührt, ist ein Kommunist!)*

Herr Kohlmaier, ich verstehe Ihre Erregung. Sie haben ja geglaubt, daß das Schiff der ÖVP, das Sie ins Trockendock gezogen haben, noch vor dem Oktober 1975 endlich wieder aufs freie Meer hinausfahren kann. Ich verstehe schon diese Erregung. Jetzt kommen Sie darauf, daß dieses Schifferl, das Sie ins Trockendock hinein-, andere herausgezogen haben *(Abg. Libal: Untergegangen ist!)*, auf einer Sandbank festliegt *(Beifall bei der SPÖ)*, daß dieses Schiff offensichtlich manövrierunfähig geworden ist und daß sich nicht der leiseste Windhauch regt, um es wieder von der Sandbank wegzubringen, es wieder zum Schwimmen zu bringen. *(Abg. Libal: Der Kohlmaier war ja das Torpedo für die ÖVP!)*

Am Höhepunkt Ihrer Propagandakampagne, meine Damen und Herren von der ÖVP, gegen diese angebliche Belastungswelle mußten Sie bei den ersten Landtagswahlen seit den Nationalratswahlen vom Jahr 1975 eine böse Niederlage hinnehmen.

Unmittelbar nach einer massiven Verunsiche-

rungskampagne, deren Zielgruppe die Sparer waren, konnte man feststellen, daß diese Sparer mehr als je zuvor der Geldpolitik der österreichischen Bundesregierung vertrauen. Denn nur so kann erklärt werden, daß das Rekordergebnis des Weltspartages 1976 heuer mit 12,5 Prozent noch übertroffen worden ist. *(Abg. Dr. Wiesinger: Das glauben Sie selbst nicht!)*

Und auch Ihre Spekulationen auf die Kaufwut zerrinnen ja in nichts. Wissen Sie, daß heute die Autoimporteure - ich habe mit sehr vielen Kontakt aufgenommen - große Angst haben, daß sie das, was sie jetzt bestellt haben, überhaupt nicht losbringen könnten, weil der Österreicher ja zu rechnen versteht, weil er weiß, daß diese Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes eine 10prozentige Erhöhung des Kaufpreises ist, aber der bisher gewährte und heuer gestrichene Rabatt 12 und 15 Prozent war und er daher in Wirklichkeit draufzahlen würde, wenn er jetzt vor der Erhöhung kauft. *(Heiterkeit bei der ÖVP.)*

Es hat sich ebenso als falsch erwiesen, daß man sich im übrigen Handel in Wirklichkeit überpurzelt. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Das ist ja nicht zu fassen!)* Ja, meine sehr geschätzten Damen und Herren, wir werden im Jänner Gelegenheit haben, darüber zu reden, welche überstürzt im Ausland bestellten Lieferungen dann noch immer in den Lagern liegen werden.

Wir haben - und das sollten Sie sehr ernstlich zur Kenntnis nehmen *(Ruf bei der ÖVP: Das Bisherige war nicht ernst zu nehmen! Erst ab jetzt sollen wir es ernst nehmen!)* - seit dem 3. Oktober 1977, also seit das Maßnahmenpaket bekannt ist, einen Anstieg der Devisenreserven. Die Österreicher, Hohes Haus, haben mehr Verständnis für eine ehrliche Politik als für Schwarzmalerei und Verunglimpfung. Sie haben mehr Verständnis für echte Maßnahmen, auch wenn sie unpopulär sind, auch wenn sie Einschränkungen bringen mögen, aber richtig sind.

Die sozialistische Bundesregierung, die nicht erst plakatieren muß, daß sie besser zu wirtschaften versteht, denn das kann jeder Österreicher deutlich sehen und auch spüren, wird ihren Kurs unbeirrt fortsetzen. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Ja genau, das werden wir alle spüren, ein unangenehmes Gefühl!)* Die sozialistische Parlamentsfraktion wird sie dabei unterstützen, damit dieser Kurs fortgesetzt werden kann; ein Kurs, den die Sparer honorieren, wie das Ergebnis des Weltspartages zeigt, ein Kurs, den die Wirtschaft bereits jetzt schon honoriert, wie die Devisenzuflüsse seit dem 3. Oktober unmißverständlich beweisen, ein Kurs, den die Menschen honorieren, wie die letzten Wahlen so

**Blecha**

deutlich gezeigt haben. (*Anhaltender Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Broesigke. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Broesigke** (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zu der soeben gehörten Lob- und Jubelrede möchte ich nur einige kurze Bemerkungen machen, nämlich insoweit, als die Freiheitliche Partei angesprochen wurde.

Der Herr Kollege Blecha hat gemeint, es sei ein großer Widerspruch gegeben zwischen der Tatsache, daß die Oppositionspartei aus den vom Finanzminister vorgelegten Zahlen die Folgerung zieht, die budgetmäßige Lage Österreichs sei nicht sehr günstig, und der Tatsache, daß dieselbe Oppositionspartei dem nicht zustimmt, was uns heute im sogenannten Belastungspaket vorgelegt wird. Die Sache ist ganz einfach, Herr Blecha! Er hat schon fluchtartig das Lokal verlassen. (*Ruf bei der SPÖ: Nein, er ist da!*) Fein, verzeihen Sie, dann kann ich mich gleich mit Ihnen darüber unterhalten.

Die Sache ist ganz einfach. Es ist ja die Frage, ob dieses Paket, das Sie hier vorlegen, die geeignete Maßnahme ist, um der Schwierigkeiten Herr zu werden, und ob es, weil Sie schon das Wort moralisch lieben, eine moralische Maßnahme des Gesetzgebers ist. Beides ist zu prüfen.

Andere Staaten in Europa, wie Sie als Wirtschaftsfachmann ja wissen werden, ziehen nämlich bei ähnlicher Situation ganz andere Folgen. Sie bezweifeln, daß man durch zusätzliche Belastungen der Bevölkerung noch etwas herausholen kann, sie diskutieren, ob es in einer solchen Situation nicht besser wäre, Abgaben zu senken, statt sie zu erhöhen.

Also es ist sehr die Frage, ob diese Maßnahmen zum Ziele führen. Es ist sehr die Frage, ob der Bundesminister für Finanzen das hereinholen wird, was er in seiner Regierungsvorlage für den Bundeshaushalt 1978 geschätzt hat, und ob nicht genauso wie im heurigen Jahr die Einnahmen hinter den Erwartungen sehr beträchtlich zurückbleiben werden. Ich werde dann im einzelnen zu dem Problem des Moralischen noch einiges zu sagen haben.

Zweitens, Herr Kollege Blecha: Sie haben zur Wirtschaftsgesinnung aufgerufen. Also das sollten Sie wirklich nicht tun. Denn der Umstand, daß der Bundesregierung die Wirtschaftsgesinnung fehlte, daß die Verteilungsgesinnung im Vordergrund stand, vor allem bei der Verteilung

dessen, was noch gar nicht erarbeitet war, hat dazu geführt, daß wir in dieser budgetmäßigen Situation sind, weil wir schon das ausgegeben haben, was wir erst in kommenden Jahren werden erarbeiten können, und das nur dann, wenn Sie sich endlich entschließen, die eingeschlagene Wirtschaftspolitik zu ändern.

Aber nun darf ich das Hohe Haus um Entschuldigung bitten, wenn ich nicht weiter zu den interessantesten Ausführungen meiner Vorredner Stellung nehme, sondern vielleicht zu den Gesetzen übergehe, die hier zur Diskussion stehen und die, soweit ich überblicken kann, bisher in der Diskussion überhaupt noch nicht behandelt worden sind.

Es ist vor allem das berühmte Abgabenänderungsgesetz, das einige Punkte beinhaltet und zu dem man stundenlang reden könnte. Aufgabe des Ausschusses wäre es gewesen, dieses Gesetz entsprechend vorzubereiten. Man muß allerdings sagen, daß die Beratungen im Ausschuss alles andere als Beratungen waren, denn neben einer schweigenden sozialistischen Mehrheit, die das verkörperte schlechte Gewissen darstellte und sich nur zu Wort meldete, um Anträge zu stellen, die vorbereitet worden waren und dazu dienten, Fehler auszubessern, die man bei den Initiativanträgen beziehungsweise bei der Regierungsvorlage gemacht hatte, stand ein Finanzminister, der jeden Punkt seiner Vorlage verteidigte. Zu einer echten Diskussion über die Zweckmäßigkeit der einzelnen Maßnahmen ist es im Finanz- und Budgetausschuss nicht gekommen.

Ein Gesetz, das äußerst kompliziert, äußerst schwerwiegend, äußerst problematisch ist, wurde auf diese Weise für das Plenum des Hauses nicht entsprechend vorbereitet. Die Praxis wird zweifellos dann zeigen, wie viele Fehler dabei unterlaufen sind.

Man hat dazu noch eines gemacht: Man hat die Regierungsvorlage betreffend den Familienlastenausgleich in zwei Teile geteilt, den einen Teil als Abänderungsantrag in dieses Gesetz eingebaut und den anderen Teil als selbständigen Antrag des Ausschusses gebracht, um auf diese Weise die Dinge noch weiter zu komplizieren.

Man kann also sagen, daß es das Musterbeispiel war, wie eine parlamentarische Beratung eines wichtigen Gesetzes nicht stattfinden sollte.

Nun zu den einzelnen Punkten. Ich will nicht viel von den Änderungen bei der vorzeitigen Abschreibung sprechen. Es gehört zu den Bocksprüngen des Gesetzgebers, daß er einmal begünstigt, dann wieder nicht begünstigt, hin und her, gewöhnlich gar nicht im Einklang mit der Wirtschaftslage, sondern den Umständen

**Dr. Broesigke**

nachhinkend und nach momentanen Gesichtspunkten, die nicht immer einer gründlichen Überprüfung standhalten.

Ein wesentliches Thema ist aber die Behandlung der Abfertigungen, der Abfertigungsrücklage. Diese Rücklage wurde bisher in der Form gebildet, daß die Abfertigungsansprüche am Ende eines Jahres festgestellt wurden. Da es ja bekanntlich nicht in allen Fällen tatsächlich zu einer Abfertigung kommt, konnte man 80 Prozent davon als Rücklage bilden. Hievon mußten 25 Prozent mit Wertpapieren gedeckt sein. Das ist gekürzt worden auf 50 Prozent – nämlich die Möglichkeit, die Rücklage zu bilden –, und auf der anderen Seite ist die erforderliche Wertpapierdeckung erhöht worden. Das ist im wesentlichen der Inhalt der Änderung.

Nun muß man, glaube ich, folgende Überlegung anstellen: Die Ziffer von 80 Prozent hat ihren Grund – wie schon bemerkt – darin, daß man ja weiß, daß nach dem geltenden Arbeitsrecht und der Praxis der Wirtschaft nicht in allen Fällen Abfertigungen tatsächlich gezahlt werden müssen. Das hat man damals, als man es eingeführt hat, mit 20 Prozent veranschlagt. Seither sind die Abfertigungsvorschriften ausgebaut worden. Es gibt also in mehr Fällen den Anspruch auf Abfertigung, als es bisher der Fall war, und zwar sowohl auf gesetzlicher Grundlage als auch durch entsprechende Kollektivverträge auf kollektivvertraglicher.

Es müßte also logischerweise der Prozentsatz von 80 Prozent erhöht werden. Anstelle dessen hat man ihn gesenkt. Das bedeutet also, daß sich das Steuerrecht in eine dem Arbeitsrecht entgegengesetzte Richtung bewegt: Während das Arbeitsrecht die Tendenz hat, weitere Abfertigungsfälle zu ermöglichen und überhaupt – wie ja schon maßgebende Sozialpolitiker gesagt haben – der Abfertigung den Charakter der Treueprämie zu nehmen, kommt der Herr Bundesminister für Finanzen und nimmt eine Kürzung vor. Also: Obwohl die wirtschaftliche und arbeitsrechtliche Entwicklung dahin geht, daß ein Anspruch öfter besteht, setzt er eine gesetzgeberische Maßnahme, als ob er nunmehr seltener bestünde.

So paßt die Tendenz des Finanzgesetzgebers mit der Tendenz des Sozialgesetzgebers in keiner Weise überein.

Daß das Ganze außerdem noch eine sehr bedenkliche Maßnahme – ich würde sagen: eine Willkürmaßnahme – vor allem gegenüber den kleinen Betrieben darstellt, sei nur nebenbei angemerkt, denn solche Willkürmaßnahmen gibt es in diesem Gesetz noch in größerer Fülle.

Es geht nicht darum, wie hier behauptet wurde, daß man Ungleichheiten zwischen Selbständigen und Unselbständigen vermeiden, daß man sie abschleifen oder daß man etwas zugunsten der Unselbständigen verbessern muß. Die Unselbständigen haben nämlich nichts davon. Es sind jene sozialistischen Politiker sehr schlecht beraten, die glauben, daß die Unselbständigen einen Vorteil davon hätten, wenn die Kapitalgrundlage der Betriebe ruiniert wird, bei denen sie sich befinden und wo sie ihre Arbeit haben.

Im Gegenteil: Es ist eine allgemeine Belastung, die hier herbeigeführt wird, eine Maßnahme, die sozialrechtlich ebenso wie steuerrechtlich nicht verantwortbar ist. Darum, sehr geehrter Herr Kollege Blecha, bezeichne ich diese Maßnahme als unmoralisch, und wir werden dazu nein sagen, nein und wieder nein. (*Zustimmung bei der FPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.*) Herr Blecha! Wenn nämlich der Gesetzgeber seine Pflicht zur Moral verletzen will, dann ist man als Abgeordneter verpflichtet, nein zu sagen, und das Ja ist das Negative. (*Neuerliche Zustimmung bei der FPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.*)

Was nun das weitere Thema anlangt – das sind die Rückstellungen für Pensionen –, so würde ich das für ein sehr schwerwiegendes wirtschaftliches Problem, vor allem auch bei den verstaatlichten Unternehmungen, ansehen. Alle jene aus dem sozialistischen Bereich, die hier aus sozialpolitischen Gründen sehr schwere Bedenken geäußert haben, sind dann plötzlich verstummt; sie waren auch im Ausschuß stumm; sie werden wahrscheinlich heute auch stumm sein; und sie werden das apportieren, was hier drinnensteht und was zum Gesetz erhoben werden soll.

Hiebei möchte ich meine Meinung zum Ausdruck bringen, daß bei den Pensionsrückstellungen vielfach des Guten zuviel gemacht worden ist. Das räume ich Ihnen ohne weiteres ein, Herr Vizekanzler. Vor allem im verstaatlichten Bereich ist vielfach bei den Rückstellungen des Guten zu viel geschehen, sodaß verschiedene Bilanzen ja nur dadurch halbwegs anschaulich gemacht werden können, daß man diese Pensionsrückstellungen wieder herausnimmt.

Aber von einem Extrem ins andere: Während hier zu hohe Rückstellungsbildungen in manchen Fällen vorlagen, will man nun die Rückstellungsbildung in einer Weise begrenzen, die mit den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung in keiner Weise im Einklang ist. Wenn man nämlich schon den Prozentsatz von 8 Prozent annimmt, wie Sie dies hier tun, so dürfte man nicht die Begrenzung auf das

**Dr. Broesigke**

Fünffache des Jahresbetrages ansetzen, sondern hätte ungefähr beim Zehn- bis Fünfzehnfachen des Jahresbeitrages liegen müssen. So, wie es hier enthalten ist, ergibt das versicherungsmathematisch, daß ungefähr 30 bis 50 Prozent Deckung für solche Pensionszusagen das Maximum darstellt, was nach dem Gesetz zulässig ist.

Was ist denn das für ein Gesetzgeber, meine Damen und Herren, der den Unternehmer verpflichtet, falsche Ziffern in die Bilanzen einzusetzen, oder ihn in der Aufnahme der richtigen Ziffern für die Steuerbilanz begrenzt? Und was ist es wirtschaftlich? – Wirtschaftlich ist es eine Besteuerung jener Substanz der Betriebe, die die Garantie für die Arbeitsplätze darstellen soll.

Wollen Sie eines nicht vergessen – und das wäre echte Wirtschaftsgesinnung –: Sicher ist, daß es keine Regierung gibt, welcher Richtung immer, die in der Lage ist, die Arbeitsplätze in diesem Lande zu sichern, wenn es nicht eine lebende und funktionierende Wirtschaft in diesem Lande gibt. Wenn Sie sich nun anschicken, die Grundlagen hiefür zu untergraben, so werden alle Bemühungen, so gut sie vielleicht gemeint sein mögen, früher oder später zum Scheitern verurteilt sein.

Der nächste Teil des Abgabenänderungsgesetzes ist der Kampf gegen das Auto. Diesen Kampf hat bisher noch niemand gewonnen – ich rede jetzt einmal vom politischen Teil der Sache –, und ich bin sehr neugierig, wie sich das entwickeln wird.

Vom steuerrechtlichen Teil aus ist eines zu sagen – ich habe das schon einmal gesagt, ich muß es aber hier wiederholen, weil das Stichwort „Unmoral“ gefallen ist –: daß sich der österreichische Steuergesetzgeber seit diesem Jahr in einen Bereich begeben hat, der bisher nur primitiven Steuergesetzgebern vorbehalten war, die nach Art der Kopfsteuer oder ähnlicher Methoden vorgegangen sind. (*Zwischenrufe des Abg. Dr. Gradenegger.*)

Während die Vermögensteuergesetznovelle vorsah, daß fortan bestimmte Gesellschaften nicht nach dem besteuert werden, was sie haben, sondern für das, was sie haben könnten, wird hier nicht die Besteuerung dessen eingeführt, was einer einnimmt, sondern dessen, was einer einnehmen könnte.

Sicherlich wird mit Betriebsausgaben sehr viel Mißbrauch getrieben. Wir wollen das ganz offen feststellen. Aber schließlich gibt es für diesen Fall eine Betriebsprüfung, es gibt für diesen Fall ein Strafverfahren, es gibt eine Fülle von Möglichkeiten, wie sich der Gesetzgeber gegen Mißbräuche zur Wehr setzen kann. Aber Mißbräuche sind nicht der Grund, etwas

abzuschaffen. Auch in der Sozialversicherung wird sehr viel Mißbrauch getrieben, aber niemand will sie deswegen abschaffen, sondern man will nur den Mißbrauch bekämpfen.

Was aber hier geschieht, geht in die Richtung, daß man sagt, daß Betriebsausgaben, die einer hat, in einem bestimmten Umfang nicht als Betriebsausgaben geltend gemacht werden dürfen, sondern aus eigenem vom Steuerpflichtigen getragen werden müssen. Das betrifft also alles, was mit dem Auto beim Anschaffungspreis über 105 000 S zusammenhängt, das betrifft die laufenden Betriebskosten des betreffenden Fahrzeuges und das ist abgestellt auf eine Lebensdauer von sieben Jahren; auf den ungeheuren „Beitrag“, den Sie auf diese Weise zur Verkehrssicherheit leisten, will ich hier nicht eingehen.

Eines ist aber sicher: daß sich ein Gesetzgeber, der etwas besteuert, was der Betreffende nicht eingenommen hat, oder umgekehrt: der etwas nicht abziehen läßt, was eine faktische Ausgabe in dem betreffenden Betrieb ist, von dem Bereich der Moral entfernt. (*Zustimmung bei der FPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Wie kommt etwa ein Handelsvertreter, für den das Auto zur Ausübung seines Berufes dient, für den es meistens das einzige Inventarstück darstellt, dazu, in solcher Weise vom Gesetzgeber behandelt zu werden? Wo ist da die Gleichheit vor dem Gesetz, wenn der eine sein Arbeitsinventar abziehen kann, der andere aber nicht? (*Zwischenruf bei der ÖVP.*) Glauben Sie, daß etwas Derartiges mit dem Gleichheitsgrundsatz vereinbar ist?

Das ist gerade eine Frage an die, die immer nach mehr Gleichheit in allen Bereichen rufen und denen das ein besonderes Anliegen darstellt. Hier ist der Anwendungsbereich! Hier wird eine eklatante Ungleichheit geschaffen, weil der Handelsvertreter ja nicht sagen kann: Ich nehme jetzt ein anderes Arbeitsgerät, ich nehme als Arbeitsgerät die oder jene Maschine, bei der ich natürlich alles abziehen und natürlich alles abschreiben kann!, sondern er kann ja nur jene Arbeitsgeräte verwenden, die für seinen Beruf spezifisch sind. Und es gibt doch eine Reihe von Berufen, die eben auf bestimmte Dinge angewiesen sind.

Es haben auch eine ganze Reihe von Berufen protestiert, mit Recht protestiert, muß man sagen. Und zu Unrecht hat man das alles über einen Leisten geschert und hat so getan, als ob das ohnehin lauter Leute wären, die im Geld schwimmen, es ohnehin nicht brauchen – ein ja auch nicht sehr rechtsstaatlicher Einwand.

**Dr. Broesigke**

Und man hat so getan, als ob einen das alles nichts angehe. Man ist bei dieser Regelung geblieben.

Dann ist man gekommen und hat „großzügigerweise“ das Kilometergeld von 1 S auf 1,30 S erhöht. Das war also eine Art Konzession, die aber gar nichts an dem Prinzip ändert, denn das Prinzip ist falsch.

Und wenn man mit diesem Prinzip beginnt, dann ist die Frage: Wo wird das enden? Wird man dann jedem Berufsstand vorschreiben, welche Inventarstücke er bei seiner beruflichen Tätigkeit verwenden kann? Wird dann das Finanzamt kommen und wird es zu einem Kaufmann sagen: Du darfst nicht vier Schreibmaschinen haben, sondern nur drei, und nur eine davon darf elektrisch sein, und zwei müssen mechanisch sein!?

Und außerdem: Wenn Sie einmal so weit gekommen sind, wer wird denn das alles durchführen? Wo werden denn die Beamten sein, die das alles durchführen können?

Also Sie begeben sich mit dieser Vorschrift auf einen sehr gefährlichen Weg. Es wird da viel mehr Schaden gestiftet werden, als das überhaupt einbringen wird.

Berauschen Sie sich nicht an den Zahlen, die da sagen: Soundsoviele Millionen, soundsoviele Milliarden Schilling wird das bringen! Es ist eine große Frage, ob das der Fall sein wird. Auf der anderen Seite der Rechnung steht aber der Schaden, der auf diese Weise angerichtet wird. Und dieser Schaden ist ein Mehrfaches von dem, was sich vielleicht als momentaner Erfolg zeigt.

Alle die Kaufleute, die Gewerbetreibenden, die Angehörigen der freien Berufe waren völlig im Recht, wenn sie sich gegen diese Bestimmung gewehrt haben. Denn wenn ein Auto oder ein Motorrad – das wurde auch einbezogen – nicht für den Betrieb verwendet wird, so kann man das ja durch ein entsprechendes Beweisverfahren im Besteuerungsverfahren feststellen. Und noch einmal: Dazu gibt es ja Betriebsprüfer.

Und wenn der Herr Vizekanzler im Ausschuß gesagt hat, es sollte diese Auseinandersetzung zwischen dem Finanzamt und dem Steuerpflichtigen vermieden werden: Ja meine Damen und Herren, das ist doch nicht richtig, denn die Auseinandersetzung bleibt ja so auch für die Abgrenzung des betrieblichen Teiles vom privaten Teil!

Es geht ja vielmehr um etwas völlig anderes. Nehmen wir an, ein bestimmter Steuerpflichtiger würde das Fahrzeug zur Gänze nur in seinem Betrieb verwenden und überhaupt nicht privat – das gibt es bei größeren Firmen sehr häufig. Dann würde trotzdem ein Teil davon

nicht als betriebliche Ausgabe abgesetzt werden können. (*Abg. Mühlbacher: Wieso?*)

Wieso? Weil das ausdrücklich drin steht. Weil das ausdrücklich drin steht, deswegen. Mehr kann ich nicht sagen. (*Zwischenruf bei der SPÖ.*) Nun gut, Sie können diese Auslegung dann bringen, das wird eine Bereicherung sein. Es wäre sehr gut gewesen, wenn Sie im Ausschuß sehr heftig das Wort ergriffen hätten, wenn Sie dort auch einmal ein mannhaftes Wort gegen das System des Finanzministers gesprochen hätten, aber das haben Sie nicht getan. Aber bitte, Sie haben ja dann Gelegenheit, Ihre Meinung zum Ausdruck zu bringen.

Jedenfalls: Nach dem, was in diesem Gesetz steht, ist über einen bestimmten Teil hinaus die Absetzbarkeit nicht gegeben, und die verheerenden Folgen, die sich daraus ergeben werden, können Sie, Herr Kollege Mühlbacher, am besten beurteilen. Bitte, kommen Sie hierher (*Abg. Mühlbacher: Ich komme!*), aber sagen Sie es so, wie es ist, so, wie Sie es aus Ihrer beruflichen Erfahrung wissen, und nicht so, wie es der Parteiauftrag Ihnen vorzubringen gebietet. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Wir können uns alle noch daran erinnern, wie es zu einer sehr lebhaften Auseinandersetzung ... (*Zwischenrufe bei der FPÖ, Gegenrufe bei der SPÖ. – Dipl.-Vw. Josseck: Herr Minister! Bei den Kollegen tun Sie sich doch sehr schwer! Schütteln Sie nicht den Kopf! Sie haben es ordentlich hineingesagt bekommen bei der letzten Veranstaltung! – Minister Dr. Androsch: Ich hab's denen gesagt!*)

Sie werden sich noch alle daran erinnern, meine Damen und Herren, wie der Herr Staatssekretär Veselsky vom Herrn Bundeskanzler vor aller Öffentlichkeit kritisiert wurde, weil er für rückwirkende Steuern eingetreten ist. Er meinte damals, man könne eine solche Maßnahme wie die Erhöhung der Umsatzsteuer für bestimmte Wirtschaftsgüter nur rückwirkend machen, also nicht in der Form, daß man weiß Gott wie lange weiß, daß diese Maßnahme bevorsteht, was natürlich einen Verkaufsbomm auslöst.

Der Herr Bundeskanzler hat damals gesagt, das ist unmöglich, daß man rückwirkende Steuergesetze macht. Nun, hier sind sie, denn im Artikel 4 Ziffer 3 ist die Rückwirkung eingebaut. Stimmt es, Herr Kollege Mühlbacher? Ist die Rückwirkung drinnen? (*Abg. Mühlbacher: Ja. Das wissen wir ja!*) Nun also. Ich wollte es nur von Ihnen bestätigt haben, denn ich hätte gedacht, Sie bestreiten selbst das, daß das stimmt.

Die Rückwirkung ist hier eingebaut. Wir sind nur neugierig, ob der Herr Bundeskanzler gegen

**Dr. Broesigke**

das Gesetz oder zumindest gegen diese Bestimmung stimmen wird (*Abg. Peter: Nein! Er schickt den Mühlbacher nach Hause wie den Veselsky! - Heiterkeit*), weil er ja in aller Öffentlichkeit zum Ausdruck gebracht hat, daß es eine solche Rückwirkung nicht geben darf. (*Abg. Anton Schlager: Mühlhauser, stimmst du tatsächlich jetzt zu? - Abg. Mühlbacher: Wo ist der Mühlhauser?*)

Ein weiterer Punkt dieses Gesetzes ist das Problem der Sparkassen. Hier wird eine Herabsetzung des Prozentsatzes vorgenommen, über den man ohne weiteres diskutieren könnte; aber nur dann, wenn sich auch die gesetzliche Grundlage der Sparkassen geändert hätte. Das österreichische Sparkassenrecht, das Sparkassenregulativ, stammt bekanntlich aus dem Jahre 1844. Seit Jahren wird schon über ein neues Sparkassengesetz debattiert. Würde es dieses neue Sparkassengesetz geben, dann wäre natürlich die Folge, daß man die steuerliche Behandlung der Sparkassen neu überdenken müßte.

Hier wird es aber umgekehrt gemacht, hier wird zuerst die steuerliche Behandlung der Sparkassen neu geregelt, und wann es zu einem neuen Gesetz kommen wird, das weiß wohl niemand.

Daß zum Kampf gegen das Kraftfahrzeug auch noch der Ausschluß vom Vorsteuerabzug gehört, ist nur der Vollständigkeit halber zu erwähnen und ist eine weitere Anomalie im Steuerrecht, in diesem Fall im Umsatzsteuerrecht.

Über die Luxussteuer ist sehr viel gesagt worden. Das Wort Luxussteuer ist ja bekanntlich eine höchst problematische Formulierung und offenbar zu Propagandazwecken gefunden worden, weil man den Eindruck erwecken wollte, daß es sich hier um Gegenstände handle, die einen besonderen Luxus darstellen, daß also gewissermaßen hier, um ein altes Schlagwort zu gebrauchen, die Reichen zahlen.

Wenn man sich den Katalog anschaut, der etwas reduziert worden ist, kann man feststellen, daß das keineswegs nur Güter sind, die von den Reichen bezogen werden, sondern da muß schon die ganze Bevölkerung mitzahlen. Und tatsächlich waren die Leute, die jetzt in Erwartung dieser kommenden Steuer so fleißig gekauft haben, vielfach auch zu ihrem Nachteil, keineswegs nur die Reichen dieses Landes, sondern das ist die breite Masse der Bevölkerung gewesen, die auf diese Weise zusätzlich zur Kassa gebeten wird.

Ich erspare es mir, zu den einzelnen Positionen etwas zu sagen, obwohl man hier wohl einige Bemerkungen machen könnte.

Es gibt eine ganze Reihe von Branchen, die besonders davon betroffen sind, und es gibt eine ganze Reihe von Waren, die dadurch teurer werden dürften.

Die Regelung mit dem dritten Steuersatz gibt es in einigen Ländern Europas. Der Herr Finanzminister hat ihn ursprünglich sehr heftig abgelehnt, er ist aber dann doch offenbar zu dem Ergebnis gekommen, daß das eine zweckmäßige Lösung wäre.

Wir möchten das aus einer ganzen Reihe von Gründen sehr bezweifeln. Nicht nur wegen der dadurch eintretenden Verteuerung, sondern auch wegen einer Reihe anderer steuerpolitischer Gesichtspunkte glaube ich nicht, daß man damit das erreichen wird, was man sich erhofft hat. Für die Zeit des fleißigen Einkaufs, glaube ich, wirkte diese neue Maßnahme auf das Zahlungsbilanzdefizit eher negativ, und ich glaube, auch in Zukunft wird sie nicht die Erwartungen rechtfertigen.

Der Vollständigkeit halber muß man sagen, daß in diesem Paket natürlich auch die Widmungsentfremdung nicht fehlen darf. Ursprünglich sollten alle Fernmeldegebühren für Investitionen auf diesem Sektor verwendet werden. Fortan soll es nach dem Initiativantrag, der vom Ausschuß auch beschlossen worden ist, anders sein, und es soll ein Teil davon für allgemeine Budgetmittel abgezweigt werden, sodaß die Fernsprechteilnehmer die allgemeine Schuldenwirtschaft des Bundes mit zu finanzieren haben werden.

Noch eine Bemerkung zum Familienlastenausgleich, und zwar nur zu einer Bestimmung, die darin enthalten ist, weil das übrige zum Thema Familienlastenausgleich mein Fraktionskollege Melter sagen wird. Ich meine die Bestimmung des § 12 a, die eine nicht uninteressante Geschichte hat. Es gab diese Bestimmung schon einmal, nur sah sie damals vor, daß die Familienbeihilfe nur zur Hälfte auf Unterhaltsansprüche angerechnet wird. Das heißt also, wenn jemand verpflichtet ist, Unterhalt für ein Kind zu zahlen, wurde die Familienbeihilfe nur zur Hälfte angerechnet.

Gegen diese Bestimmung habe ich schon damals schwere Bedenken erhoben. Das Finanzministerium hat in gewohnter Selbstsicherheit, vom Justizministerium unterstützt, erklärt, das sei völlig unbedenklich, die Bestimmung sei auch gerecht und zweckmäßig. Der Effekt war, daß der Verfassungsgerichtshof die Bestimmung aufgehoben hat.

Nun würde man meinen, daß aus diesem Ereignis die entsprechende Lehre gezogen wird. Das ist aber nicht der Fall gewesen, denn jetzt finden wir hier die Bestimmung, nach der die

**Dr. Broesigke**

Familienbeihilfe nicht als Einkommen des Kindes gilt und dessen Unterhaltsanspruch nicht mindert. Das heißt also, der Zahlungsverpflichtete kann die Familienbeihilfe nicht anrechnen, sondern das betreffende Kind bekommt Unterhalt plus Beihilfe, obwohl das Ganze aus einem allgemeinen Lastenausgleich getragen wird.

Nun steht diese Bestimmung mit dem Familienrecht nicht in Einklang. Sie stand es damals nicht, als die Hälfte-Bestimmung geschaffen wurde, und sie steht es heute nicht, wo diese Bestimmung geschaffen werden soll.

Als die Hälfte-Bestimmung geschaffen wurde, war nämlich der Mann allein unterhaltspflichtig; infolgedessen wäre die Familienbeihilfe auf diesen Unterhalt anzurechnen gewesen. Das ist seither einstimmig in diesem Hause geändert worden, mit dem Ergebnis, daß nun beide Eltern zum Unterhalt verpflichtet sind, wobei der Beitrag der Frau in der Pflege und Erziehung des Kindes und in der Führung des Haushaltes bestehen kann. Wenn also heute das Ganze unberücksichtigt bleibt, dann bedeutet das, daß sich wieder gegenüber den Unterhaltsregelungen nach dem Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuch eine Differenzierung ergibt.

Der Herr Vizekanzler hat das im Ausschuß damit begründet, daß es sich um ein Kinderförderungsgesetz handle. Das ist aber nicht richtig. Denn das Gesetz ist ein Lastenausgleichsgesetz. Es soll die Lasten, die einzelnen Teilen der Bevölkerung aus der Erhaltung einer Familie entstehen, ausgleichen. Infolgedessen geht es nicht um die Förderung, sondern um die Belastung mit Alimentationsverpflichtungen welcher Art immer, wobei natürlich auf die bestehende Alimentationsregelung Rücksicht genommen werden muß.

Man kann also unschwer voraussehen, daß auch diese Regelung auf die Dauer nicht halten wird. Es war überhaupt ein Unglück, daß solche Bestimmungen in einer Atmosphäre wie der im Zusammenhang mit der Beratung dieser Steuergesetze beraten und beschlossen worden sind. Es wäre viel besser, wenn man derlei Regelungen im Zusammenhang mit den Unterhaltsregelungen erörtern, beraten und beschließen würde. Man hat das hier in ein Gesetz hineingeschoben, in das es gar nicht gehört, hat dort keine sorgfältige Prüfung der ganzen damit zusammenhängenden Problematik vorgenommen, mit dem Effekt, daß das zum Schluß halt abgestimmt worden ist. Ich zweifle nicht daran, daß Sie heute auch wieder darüber abstimmen werden, weil ja solche „Kleinigkeiten“ keine Rolle zu spielen scheinen. Aber ich glaube doch, daß das für viele Menschen eine sehr wesentliche Frage ist, vielleicht wesentlicher als manches andere, was wir hier verhandeln.

Ich komme damit zum Schluß und wieder zum Ausgangspunkt.

Man kann über viele Dinge durchaus streiten. Man kann über vorzeitige Abschreibungen, man kann über die Frage von Steuersätzen wie etwa in der Frage der sogenannten Luxussteuer streiten, man kann die Frage aufwerfen, ob es besser gewesen wäre, andere Gegenstände in den Katalog hineinzunehmen und manches wieder herauszunehmen. Zu einer solchen Beratung ist es ja nicht gekommen, weil das Ganze, wie schon von mir geschildert, in der Form abgewickelt wurde, daß einfach Abänderungsanträge betreffend Warengattungen, zu denen man sich entschlossen hatte, eingebracht wurden. Das sind also Dinge, über die man durchaus verschiedener Meinung sein kann.

Aber in diesem Abgabenänderungsgesetz sind einige Punkte – dadurch unterscheidet es sich entscheidend von vorhergehenden Gesetzen –, bei denen es nicht um Fragen des Steuersatzes, nicht um die Frage der Höhe der Besteuerung überhaupt geht. Denn auf den Gedanken, daß man faktische Betriebsausgaben für nichtabzugsfähig erklären könnte, ist nicht einmal die Steuerverwaltung des Deutschen Reiches in der Zeit von 1938 bis 1945 gekommen. Staatssekretär Reinhart, sehr erfindungsreich, wenn es darum ging, neue Belastungen zu erfinden, ist doch bei dem Prinzip stehen geblieben, daß alles, was in einem Betrieb als Ausgabe notwendig ist, bei diesem Betrieb abgezogen werden kann und daß die Abgrenzung zwischen dem, was betrieblich ist, und dem, was außerbetrieblich ist, einzig und allein eine Angelegenheit des Finanzamtes und seiner Auseinandersetzung mit dem betreffenden Steuerpflichtigen ist.

Damit wird also ein völlig neuer Weg eingeschlagen. Es wird der Weg eingeschlagen, daß über das Verbot bestimmter Betriebsausgaben oder die Erklärung, sie nicht steuerlich anerkennen zu wollen, der Unternehmer gezwungen sein soll, diese Betriebsausgaben entweder nicht zu tätigen oder sie aus eigener Tasche zu bezahlen. Und was das bedeutet, liegt völlig auf der Hand!

Es mögen aber auch nicht diejenigen zu zuversichtlich sein, die da glauben, hier einen neuen Beitrag im Kampf gegen einen Teil der Bevölkerung geleistet zu haben, denn zahlen wird diese Rechnung die gesamte Bevölkerung. Die Finanzwissenschaft lehrt doch, daß jede Steuer letzten Endes in irgendeiner Form überwältigt wird und im Gesamtniveau von Löhnen und Preisen ihren Niederschlag findet. Das wird auch hier geschehen. Nur verwenden Sie sehr komplizierte und sehr aufwendige Methoden, um zu diesem Ziel einer größeren



**Dr. Broesigke**

Steuerbelastung der österreichischen Bevölkerung zu kommen. (*Präsident Probst übernimmt den Vorsitz.*)

Es wurde uns heute der Vorwurf gemacht, daß wir jenen Maßnahmen der Regierung nicht zustimmen, die dazu dienen, das Budgetdefizit zu verringern, herabzusetzen. Wir waren immer der Meinung, daß der Zweck niemals die Mittel heiligt. Die Mittel, die hier versucht werden, sind solche, daß auch um eines guten Zweckes willen ihre Anwendung abgelehnt werden muß. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Wille.

Abgeordneter **Wille** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Das Maßnahmenpaket der Bundesregierung ist bereits am 5. Oktober behandelt worden, als die Bundesregierung das Maßnahmenpaket dem Hohen Haus vorgelegt hat.

Anlässlich dieser Diskussion hat der Abgeordnete Mock die Meinung vertreten, daß die Gewerkschaften große Mauermacher wären gegenüber der Bundesregierung, fallweise sind wir das auch immer wieder gegenüber der Industrie und den Unternehmungen. Mock hat dabei die Auffassung vertreten:

„Wenn ein Gewerkschafter, ganz gleich, welcher Fraktion, nicht in der Lage ist, in einer wichtigen Frage die Interessen der Arbeitnehmer auch gegen die eigene Regierung zu vertreten, dann wird er unglaublich.“ Er sagte dann über Dallinger: „... das passiert Ihnen laufend“.

Mock beschuldigt den Kollegen Dallinger, daß er in wichtigen Fragen die Interessen der Arbeitnehmer nicht vertritt und dadurch laufend unglaublich wird. Er sagt sogar einleitend, daß Dallinger eine Ausnahme wäre. Dallinger würde fallweise sehr wohl, im Falle des Abgabenänderungsgesetzes und im Falle der Lohnsteuersenkung, die Interessen der Arbeitnehmer vertreten, aber dennoch passiert es ihm laufend, daß er die Arbeitnehmerinteressen nicht vertritt und gegen sie handelt.

Ich frage: Wie ist das erst bei uns, die wir keine Ausnahme darstellen? In welchem Umfange werden wir überhaupt als glaubwürdig bezeichnet? (*Zwischenruf des Abg. Dr. Kohlmaier.*) Ja, Kollege Kohlmaier, ich warte nur darauf, daß Sie nicken.

Schließlich sagte dann Mock:

„Nun haben“ die Abgeordneten Dallinger und Hofstetter „vom überparteilichen Gewerkschaftsbund gesprochen. Jetzt muß ich schon fragen: Wo war denn der sozialistische Herr Gewerk-

schaftsbundpräsident“ – denn so sagen die „intimen“ Kollegen zu ihrem Präsidenten –, „als am 28. Oktober 1976 der Rechtsanspruch von 5 200 Arbeitnehmern der Aluminiumwerke Ranshofen auf betriebliche Sozialleistungen rückgängig gemacht wurde, ...?“

Aha! Überparteilich ist der ÖGB nicht, und glaubwürdig sind nicht einmal jene Funktionäre, die eine Ausnahme darstellen.

Und jetzt lassen Sie sich erzählen, wie das in Ranshofen wirklich ist.

In der Präambel zur Pensionsordnung steht, daß die Pensionen nur dann ausbezahlt werden, wenn es die wirtschaftliche Lage dem Unternehmen erlaubt.

Ich weiß schon, alle unsere Juristen streiten darüber, wieweit derartige Ansprüche zu realisieren sind, wenn es darauf ankommt. Aber nun trifft es sich in Ranshofen, daß ein Mitglied des Wirtschaftsbundes – das zuständige Vorstandsmitglied ist Mitglied des Wirtschaftsbundes – an den Zentralbetriebsrat herantritt und vom Zentralbetriebsrat eine Änderung dieser Pensionsordnung verlangt, weil das Unternehmen ganz offensichtlich nicht mehr in der Lage wäre, die Pensionen und die Rückstellungen in dieser Weise auszuführen. (*Ruf bei der ÖVP: Wer ist denn Generaldirektor?*)

Wenn Sie das Aktienrecht kennen, dann werden Sie wissen, daß es ganz klare Vorstandsverantwortungen gibt. (*Abg. Dr. Schwimmer: Gemeinsame!*) Ja, insgesamt gemeinsam. Der Generaldirektor ist nicht befugt, dem einzelnen Vorstandsmitglied im Geschäftsbereich Vorschriften zu machen. (*Abg. Dr. Gruber: Es gibt Dirimierungsrechte in Ranshofen!*)

Aha! Soll er gegen Sie dirimieren, gegen Ihre Mitglieder des Vorstandes? Die wollen etwas, und Sie verlangen, daß er gegen sie dirimiert. (*Abg. Dr. Gruber: Verantwortlich ist er letzten Endes!*) Aber das heißt ja nur, daß Sie genauso die Taktik des Abgeordneten Mock vertreten.

Also ein Vorstandsmitglied, das verantwortlich ist für Soziales, erklärt dem Zentralbetriebsrat: Wir sind nicht mehr in der Lage, diesen Forderungen nachzukommen. – Ein Vorstandsmitglied, das verantwortlich ist für Finanzielles und ebenso der ÖVP angehört, erklärt dem Zentralbetriebsrat die unmögliche wirtschaftliche Situation des Unternehmens. (*Ruf bei der ÖVP: Das alles weiß der Generaldirektor nicht? – Abg. Dr. Gruber: Der hat überhaupt nichts zu reden in Ranshofen!*) Aber er hat mit Ihnen nicht zu reden, weil es dafür verantwortliche Vorstandsmitglieder gibt.

Und nun passiert folgendes: Der Zentralbetriebsrat bespricht diese Frage und kommt zu

**Wille**

der Auffassung, daß man hier einen Weg suchen muß, denn die Pensionsrücklagen betragen bereits 350 Millionen Schilling bei einem Grundkapital von 500 Millionen Schilling und müßten allein 1978 um 100 Millionen Schilling aufgestockt werden. In guten Zeiten haben es sich alle leichter gemacht. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Keimel.)*

Und nun passiert weiter: Vorstand und Zentralbetriebsrat sehen ein, daß Korrekturen notwendig sind, weil die bisherigen Bestimmungen zwar maximal ausgenützt worden sind, aber in einem Maße, daß sie sogar das eigene Unternehmen überfordern. *(Abg. Peter: Herr Wille! Eine Frage: Stimmt es, daß es in Ranshofen Pensionisten gibt mit 100 und 108 Prozent des Aktivbezuges? Warum? Wer ist dafür verantwortlich?)* Ich will jetzt darauf nicht eingehen. *(Allgemeine Heiterkeit.)* Aber was hat denn das mit unserer Frage zu tun? *(Abg. Dr. Gruber: Aber natürlich hat das damit zu tun!)* Aber nein, überhaupt hat das damit nichts zu tun!

Ich möchte darauf hinweisen, daß der Abgeordnete Mock dann die Stirn hat hierherzukommen und dem Hellwagner Vorwürfe macht und die Frage aufwirft: „Wo war denn der sozialistische Herr Gewerkschaftsbundpräsident“? Warum hat er denn nicht den Streik ausgerufen? *(Abg. Dr. Gruber: Weil er zum Streik aufgerufen hat!)*

Lieber Herr Kollege Gruber! Sie haben auch die Zeiten verpaßt, denn Sie hätten wissen müssen, daß die Frage Ranshofen mit dem 2. Abgabenänderungsgesetz überhaupt nichts zu tun hat, sondern längst vorher fällig geworden ist. Nämlich im Zusammenhang mit der in der ganzen Welt sehr schlechten wirtschaftlichen Entwicklung der Aluminiumindustrie. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Aber es ist ja nicht nur Mock, der zusieht, wie seine eigenen Mitglieder im Betrieb den Abbau verlangen, in diesem Falle zwar gerechtfertigt, der aber dann im Parlament plötzlich so tut, als wüßte er nichts davon und als wäre der ÖGB-Präsident verantwortlich, der dabei ja gar nichts zu tun hatte. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Aber es ist ja nicht nur der Abgeordnete Mock. Ich denke hier an den Generalsekretär des ÖAAB, an den Herrn Heinzinger, der nach dem „Kurier“ vom 28. Juni 1977 erklärt: „Eine Oppositionspartei begeht einen Irrtum, wenn sie glaubt, mit den Sozialisten das Budget sanieren zu können ...“

Aha! Sie wollen ja mit uns gar nicht reden. *(Abg. Dr. Schwimmer: Mit Ihnen kann man es nicht!)* Und er kommt dann zu der Erkenntnis, daß es ein Fehler wäre, die Steuersenkung nicht

zu verlangen, weil das ein Vorteil für die Regierungspartei wäre. Er sagt dann: Wir müssen der SPÖ das Geld entziehen, damit sie ihre Politik nicht machen könne.

Liebe Freunde! Das ist doch der Gipfelpunkt der Demagogie. Am 5. hat sich das abgespielt mit dem Kollegen Mock.

Kollege Gruber, ich werde Ihnen vielleicht noch zeigen können, daß ich der letzte sein will, der mit Ihnen das Gespräch in irgendeiner Weise belasten möchte. Aber Sie werden sich irren, wenn Sie glauben, daß Sie uns so behandeln können.

Am 5. Oktober hat sich das im Parlament abgespielt. Am 8. Oktober erklärt der Abgeordnete Fischer das erstemal, er habe zwar keinen Grund, die demokratische Gesinnung der Funktionäre des ÖAAB in Zweifel zu ziehen, aber ansonsten näherte sich der ÖAAB immer mehr der Rolle, die früher ein Monopol der Kommunisten war, nämlich unseriöse, verantwortungslose Lizitationspolitik.

Liebe Kollegen! Ich distanziere mich nicht davon, sondern ich bestätige das mit meiner ganzen Überzeugung, zu der ich fähig bin. *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Schwimmer: Verleumder! – Lebhaftes Zwischenrufe bei ÖVP und SPÖ. – Abg. Hatzl: Eine ausgesprochene Frechheit, solche Äußerungen!)*

25 Jahre sind wir in den Betrieben konfrontiert mit der kommunistischen Taktik, alles in diesem Staate herabzumachen und die Gewerkschaften als unglaublich erscheinen zu lassen. Heute geschieht das von den Kommunisten nicht mehr, weil sie wissen, daß das kein Weg ist. Heute versuchen Sie immer wieder, auf diese Weise auf uns einzuwirken. *(Beifall bei der SPÖ. – Die Abgeordneten der ÖVP verlassen demonstrativ den Sitzungssaal.)*

Wenn wir dann hergehen und das aufzeigen, was hier geschieht, dann wird sofort vom Kollegen Mock geantwortet: Eine niveaulose Diffamierung, wie sie der SPÖ-Klubobmann vorgenommen hat!, oder Taus behauptet: Fischer untergräbt die politische Basis, Kreisky soll sich distanzieren oder Benya soll sich distanzieren. Aber schon wieder am nächsten Tag heißt es dann: Der ÖAAB wird den Sozialismus durch konsequente Aufdeckung seiner arbeitnehmerfeindlichen Politik angreifen. Das heißt, der ÖAAB wird unsere „arbeitnehmerfeindliche“ Politik aufdecken. Aber wenn wir dann sagen, das sind kommunistische Methoden, wie man mit uns verfährt, dann spielen Sie die Beleidigten. Sie werden sich da noch täuschen, wenn Sie annehmen, daß wir in dieser Frage gewillt sind, nur einen Beistrich nachzugeben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

**Wille**

Nun zum 2. Abgabenänderungsgesetz. Das 2. Abgabenänderungsgesetz ist auch aus der Sicht der Gewerkschafter einfach notwendig. Es hat sich gezeigt - ich will gar nicht darauf eingehen, welche Unternehmungen -, daß Unternehmungen der verschiedensten Art in der guten Zeit, wie man sich das noch besser hat leisten können, dazu übergegangen sind, die steuerlichen Bestimmungen, die da waren, einfach maximal auszunützen. Das Ergebnis war, daß dem Staat beträchtliche Mittel entzogen worden sind, und das Ergebnis ist, daß die Unternehmungen gar nicht in der Lage sind, die Rücklagen zu bilden. Es ist daher doch sinnvoll, daß ein vernünftiges Verhältnis geschaffen wird.

Wenn in einer Reihe von Unternehmungen die Pensionsrückstellungen beträchtlich höher sind als das Grundkapital des Unternehmens, dann muß man doch annehmen, daß es sich um eine Pensionsversicherungsanstalt handelt, aber nicht um eine Aktiengesellschaft, die sich mit industriellen Fragen zu beschäftigen hat. Das heißt, wir als Gewerkschafter sind zwar daran interessiert, daß es vernünftige soziale Leistungen auch auf diesem Gebiete gibt, aber die bisherige Entwicklung hat gezeigt, daß die gesetzlichen Bestimmungen gefehlt haben, um eine sinnvolle Entwicklung zu rechtfertigen.

Nun zu einem zweiten Problem, zum ÖVP-Konzept zur Sicherung der Arbeitsplätze. Ich habe mit größter Ruhe, nachdem ich gelesen habe, die ÖVP habe ein Konzept zur Sicherung der Arbeitsplätze vorgelegt, mit größter Unbefangenheit dieses Konzept gelesen, um nachzusehen, was es denn hier Neues gibt. Ich habe dann in den Zeitungen gelesen, daß die Bundesregierung höchst „beleidigt“ und wie immer „arrogant“ reagiert, wenn sie sagt: da steht nichts drinnen.

Ich würde aus diesem Grunde sehr gerne hören, welcher Punkt in diesem Papier denn besonders attraktiv ist, denn einfach zu sagen, hier gibt es ein Arbeitsplatzpapier, ja schaut euch das an, die Arbeitsplätze sind gefährdet, die ÖVP hat ein Papier vorgelegt, das ist ja zu wenig. Wir haben täglich als Gewerkschafter mit diesen Fragen zu tun, und was da drinnen steht, sind nun einmal tatsächlich Fragen, die wir längst gelöst haben, die wir auch heute täglich lösen und täglich zu lösen haben.

Dann gibt es andere Vorschläge, von denen ich ernstlich sagen muß, ich bin im höchsten Maße überrascht, daß man solche überhaupt machen kann. Da lese ich unter anderem bei den Studenten: Man müßte jene Studienrichtungen subventionieren durch eine höhere Studienbeihilfe, bei denen sichtbar ist, daß eine sinnvolle Nachfrage entstehen wird. Jetzt frage ich mich: Wissen das die Studenten nicht, wenn wir es

wissen, und werden die dann nicht sowieso dort studieren, wo sie eine Aussicht auf die Zukunft haben? Und ausgerechnet bei diesen Studienrichtungen, von denen offenkundig ist, daß sie Berufe der Zukunft bringen, sollen wir noch subventionieren? Das nennt die ÖVP dann, lieber Herr Abgeordneter Graf, Eigenverantwortung und Eigenvorsorge. (*Abg. Graf: Ich bin jetzt nicht der „Herr Abgeordnete“, ich bin jetzt der Herr Graf!*) Sie behaupten, das Budget sei zu hoch, wir hätten zuviel Staat. Ich gebe Ihnen recht, wir haben zuviel Staat, drum soll man derartige Dummheiten nicht machen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Aber es gibt ja eine ganze Reihe derartiger Dinge. Plötzlich entdeckt man, daß die älteren Menschen eine Erhöhung der Kündigungsfrist bekommen sollen. Bis jetzt hieß es, die Dienstzeit ist ausschlaggebend für Kündigungsfristen und für Abfertigungen, und nun sollen sie ältere Menschen kriegen. Das ist sehr sozial. Da wird einer gekündigt, nicht von uns, sondern von Ihnen wird er gekündigt, mit 55 Jahren, und dann geht er in ein anderes Unternehmen. Nimmt ihn dann mit einer höheren Kündigungsfrist der Betrieb auf, oder einen anderen? Ich muß schon sagen, eine derartige Wirtschaftsphilosophie ist uns bisher nicht geläufig.

Ich habe mich schon gewundert, als der Abgeordnete Taus am 5. Oktober zum Regierungspapier Stellung genommen hat und dann ganz kurz sagt: Und nun habe ich ein Modell für die Arbeitsplatzsicherung. Na da war ich aber sehr gespannt. Das Modell, so hat er es genannt, besteht darin: Wir werden allen Unternehmungen, die 1978 mehr Beschäftigte haben als 1977, ein Vielfaches des Arbeitslosenversicherungsbeitrages refundieren. Und damit war das Modell - er hat den Ausdruck „Modell“ verwendet - wieder beendet.

Ich habe nun geschaut, wo das Modell geblieben ist. In dieser Form ist es nicht im „Papier“, wohl in vielen anderen Formen.

Zudem ist ja sehr interessant, daß der Abgeordnete Koren erklärt hat, als er gefragt worden ist, ob er dieses Papier kenne: Nein, ich kenne es nicht. Mir wäre es auch wirklich nicht verständlich, wie ein derartiges Papier wirklich unter sachkundigen Kolleginnen und Kollegen auszuarbeiten gewesen wäre.

Ich bin kein Familienpolitiker. Ich habe mit diesem Problem wirklich sehr wenig zu tun, aber ich möchte auch dazu etwas sagen, vor allem auch deswegen, weil auch mir ein Offener Brief des Katholischen Familienverbandes zugegangen ist. Ich sage in derselben Offenheit, weil Offenheit anscheinend in dieser Zeit wieder guttut, meine Meinung. Da steht unter anderem

**Wille**

drinnen, daß es eine Ironie der sozialistischen Mehrheit sei, daß sie die Familienpolitik zerschlage, daß es sich um einen sozialen Rückschritt handle, und dann heißt es vom Katholischen Familienverband: „Wir maßen uns nicht an, Sie aufzufordern, Ihrem sozialen Gewissen mehr zu folgen als dem Willen derer, die Macht haben.“

Was heißt denn das? Wir sollen nicht unserem Gewissen folgen, sondern dem, der die Macht hat? Wer hat denn die? Die hat der Androsch „gegen uns“. Kann man derartige politische Pamphlete in irgendeiner Weise ernst nehmen? Da ging uns ein Flugblatt zu über die „ersten Krisenopfer“. Wissen Sie, wer das „erste Krisenopfer“ ist? – Die Familie. Und im selben Flugblatt ist angeführt – wie es auch die Frau Staatssekretär Karl in einer Information macht –, daß seit 1970 die direkten Ausgaben für die Familien von 7 Milliarden auf 20 Milliarden angestiegen sind. Haben wir zuviel Staat oder haben wir zuwenig Staat? Die, die innerhalb von sieben Jahren von 7 Milliarden auf 20 Milliarden kommen – ich unterschlage jetzt alle anderen gesetzlichen Verbesserungen für die Mutter und für das Kind –, bezeichnen sich als das „erste Krisenopfer“.

Ich frage mich ernstlich, was aus einem Staat wird, der in große wirtschaftliche Schwierigkeiten kommen sollte, wenn die Auseinandersetzung der demokratischen Kräfte dann so aussieht.

Ich möchte in aller Bescheidenheit feststellen, weil ich immer wieder in den Betrieben unterwegs bin: Ich habe heute die ehrliche Überzeugung, daß einfach die Gewerkschaften zur großen tragenden Kraft unseres Landes geworden sind und daß in jeder schwierigen Situation niemand so zum Staat und zu Österreich steht wie die österreichische Gewerkschaftsbewegung. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich würde mir nur eines wünschen: daß wir in diesem Hause miteinander reden können. Aber glauben Sie uns eines: Wir werden mit Ihnen nur dann reden, wenn Sie wissen, wie Sie mit uns zu reden haben: einigermaßen fair, einigermaßen korrekt, einigermaßen anständig, wie wir das von allen verlangen, die mit uns reden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Probst**: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Ing. Sallinger.

Abgeordneter Ing. **Sallinger** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte zuerst auf den Abgeordneten Blecha zurückkommen, der über den Kammerpräsidenten Mitterer gesprochen hat, und möchte ihn daran erinnern, daß er etwas

dabei vergessen hat, nämlich daß der Generaldirektor der Nationalbank Kienzl bestätigt hat, daß Mitterer es nicht so zum Ausdruck gebracht hat und daß es nicht so wahr ist.

Ich gestehe dem Abgeordneten Blecha zu, daß er das Negative herausholt und daß er es hier bringt. Ich habe ihn aber genau beobachtet, wie er in seine Reihe zurückgegangen ist. Da hat er verschmitzt gelächelt, und ich habe den Eindruck gehabt, daß er vieles selbst nicht glaubt, was er gesagt hat. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Es wurde von einer starken Gewerkschaft gesprochen. Ich glaube, daß die Zusammenarbeit der österreichischen Wirtschaft mit dem Gewerkschaftsbund sehr gut ist und daß wir gerade in der Sozialpartnerschaft bewiesen haben, daß man nicht allein von einer starken Gewerkschaft reden kann, sondern daß die Wirtschaft das Möglichste und genau dasselbe zur Wohlstandsmehrung der österreichischen Bevölkerung beigetragen hat. Sonst hätte die Sozialpartnerschaft bestimmt nicht die Möglichkeit gehabt und den Ruf bekommen, den sie heute in Österreich hat. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der Herr Bundesparteiohmann hat gestern gesagt, daß man die Möglichkeiten haben soll, vernünftig miteinander zu reden, und daß man jenen Spalt, den man die Tür offenläßt, auch offen lassen soll. Deshalb kann ich verschiedene politische Aussagen, die heute von zwei Vorrednern getroffen wurden, auch nicht ernst nehmen. Denn ich möchte Ihnen dazu sagen: Wenn man miteinander leben will, muß man miteinander reden können. Das ist unsere und meine Meinung. *(Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Regierung hat uns in ihren großen finanziellen Schwierigkeiten heute ein Maßnahmen- oder Belastungspaket vorgelegt, das sicher von der sozialistischen Mehrheit heute beschlossen wird. Ich möchte gleich zu Beginn meiner Ausführungen sagen, daß ich der Meinung bin, daß es nicht geeignet ist, die Zahlungsbilanzschwierigkeiten zu beseitigen, aber auch nicht, die Budgetnöte zu sanieren. Es können höchstens einige Löcher gestopft werden.

Die Bundesregierung hat in den letzten Wochen erfahren müssen, daß nicht nur die Wirtschaft und ein Teil der freien Berufe, sondern ein großer Teil der österreichischen Bevölkerung diese Belastungen ablehnen.

Ich hätte nicht davon gesprochen, aber der Herr Abgeordnete Blecha hat unsere Demonstration erwähnt. Ich möchte dazu sagen, daß diese Wirtschaftstreibenden und die freien Berufe, die seit 30 Jahren nicht demonstrieren und ihre Schwierigkeiten nicht in der Öffentlichkeit

**Ing. Sallinger**

zeigt haben, eben dazu gezwungen waren, auf diese Weise die Schwierigkeiten aufzuzeigen.

Das Auf-die-Straße-Gehen war ein Notschrei der Wirtschaft, und ich möchte betonen, daß er anders zu verstehen ist. Man kann nämlich hier nicht sagen, daß es ein politischer Aufmarsch gewesen ist, wie man vielleicht in früheren Zeiten die Macht und Stärke auf der Straße demonstriert hat. Diese disziplinierte Kundgebung der Wirtschaftstreibenden war vielmehr die einzige Möglichkeit, ihre Sorgen zu zeigen, auf sie aufmerksam zu machen.

Der Abgeordnete Blecha hat gesagt, was in seinen Reihen, wo er gestanden ist, die Bevölkerung gesagt hat. Ich möchte ihm nur sagen: Er hätte sich neben mich stellen sollen, dann hätte er es anders gehört. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! In der Zwischenzeit haben ja auch andere Gruppen ihre Schwierigkeiten in der Öffentlichkeit aufgezeigt: es waren die Ärzte, es waren die Rechtsanwälte, es war der Familienverband. Ich glaube, daß man jetzt wirklich sagen muß: Herr Bundeskanzler, hören Sie doch in das Volk hinein und schauen Sie, wie die Stimmung ist. Ich glaube, daß Sie da grundsätzlich Ihre Politik überdenken sollten. Sie müssen nämlich längst merken, daß es nicht mehr nur einzelne Gruppen sind, sondern daß langsam die ganze Bevölkerung draufkommt, was auf sie zukommt.

Ich habe die Wirtschaft nie krankgeredet. Ich glaube, wenn ich das hier im Hohen Hause sage, wird keiner der Abgeordneten der Sozialistischen Partei einen solchen Nachweis erbringen können. Ich möchte aber doch – und darum habe ich mich zu Wort gemeldet – heute meine Sorge zum Ausdruck bringen, daß diese Wirtschaftspolitik nicht zielführend ist.

Sie wissen, meine Damen und Herren, daß ich persönlich immer bereit gewesen bin, zu verhandeln und Ergebnisse zu erreichen, die vielleicht für niemanden ideal gewesen sind, wo aber doch die Beteiligten besser daran getan haben, als endlose Streiks und Konflikte heraufzubeschwören.

Ich habe mich hier wirklich sehr bemüht und möchte als ein wesentliches Beispiel die Verhandlungen über das Arbeitsverfassungsgesetz anführen. Ich glaube, das war eine sehr große Prüfung der Sozialpartnerschaft. Über dieses Gesetz haben wir damals monatelang verhandelt, bevor es in die Öffentlichkeit, bevor es in die Begutachtung gekommen ist.

Beim 2. Abgabenänderungsgesetz war das anders. Dieser Entwurf wurde uns auf den Tisch geknallt, und wir haben überall, ob es in der

Presse gewesen ist, im Rundfunk oder am Abend im Club 2, gehört, daß an diesem Gesetz, an dieser Vorlage nichts mehr zu ändern sei. Wenn der Herr Finanzminister trotzdem mit ihm nahestehenden kleinen Gruppen verhandelt hat, so war sicher schon vorhergesehen, daß es hier Zugeständnisse gibt. Ich glaube, daß auch die Demonstrationen nicht nur einzelner, sondern mehrerer Gruppen zu dieser Überlegung geführt haben. Ich überlasse es Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, zu beurteilen, ob diese Verhandlungen mit diesen kleinen Gruppen wirklich erfolgreiche Verhandlungen gewesen sind.

Wir von der Wirtschaft, das möchte ich auch sehr deutlich sagen, haben Verhandlungen über das 2. Abgabenänderungsgesetz abgelehnt, weil es hier nicht darum gegangen ist, ein Nachlassen von Prozentsätzen zu erreichen, sondern weil hier das System verändert worden ist. Das wurde heute schon sehr deutlich zum Ausdruck gebracht. Mit diesem Gesetz ist nicht nur die Belastungswelle für die Wirtschaft losgetreten worden, sondern es wurde von einem entscheidenden marktwirtschaftlichen Grundsatz abgegangen:

Nicht mehr der Unternehmer kann über das Ausmaß der notwendigen Investitionen und Betriebsausgaben entscheiden, sondern von außen her wird diese freie unternehmerische Entscheidung eingeengt. Damit wird aber die Marktwirtschaft, die für unsere Wirtschaft ein Grundprinzip ist, sehr schwer beeinträchtigt. Der freie Entscheidungsspielraum der Unternehmer ist ein wesentliches Element unserer Wirtschaftsordnung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn wir den Weg der sozialen Marktwirtschaft verlassen, dann sind Freiheit und Wohlstand aller bedroht. Ich möchte mit aller Deutlichkeit insbesondere den Damen und Herren der Sozialistischen Partei sagen, daß es dort, wo es keine freien Unternehmer mehr gibt, auch um die Freiheit der Arbeitnehmer und die Freiheit der Konsumenten schlecht bestellt ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Für mich, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist das Belastungspaket auch ein Unsicherheitsfaktor für die Vollbeschäftigung. Das von Bundesparteiohmann Taus vorgeschlagene Konzept zur Arbeitsplatzsicherung ist auf die Belebung der Wirtschaft abgestellt und grundsätzlich geeignet, Arbeitsplätze zu halten und auch Arbeitsplätze zu schaffen. Und ich glaube nicht, daß man es, ohne daß man es genau studiert, so rasch ablehnen sollte.

Sie kennen meine Auffassung über die Vollbeschäftigung und über die Sicherung der Arbeitsplätze. Für die gesamte Volkspartei und für mich ist das Bekenntnis zur Vollbeschäftigung keine politische Taktik, sondern ein wirklich

**Ing. Sallinger**

echtes und ernstes Anliegen (*Beifall bei der ÖVP*), meine Damen und Herren, ein Anliegen nicht nur aus wirtschaftlichen Überlegungen, ein Anliegen auch aus einer menschlichen Haltung heraus. (*Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.*)

Wir bejahen jede Aktivität zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen. Bei dieser Gelegenheit möchte ich aber doch Zahlen angeben, wo diese Arbeitsplätze wirklich sind.

Laut einer Statistik vom Sommer 1977 ist die Gesamtzahl der Arbeitnehmer in Österreich – wir haben es ja in den Zeitungen oft genug gelesen – 2 773 000; ich nehme hier nur die geraden Zahlen. Von diesen 2 773 000 sind 1 910 000 in der gewerblichen Wirtschaft beschäftigt; davon im Gewerbe 570 000, in der Industrie 650 000, wobei die 110 000 oder 120 000 Arbeiter der verstaatlichten Betriebe mit inbegriffen sind. Im Handel sind es 330 000, im Geld- und Kreditwesen zirka 80 000, im Verkehr 150 000 und im Fremdenverkehr 130 000.

Einschließlich der kleinen und mittleren Industriebetriebe sind auf jeden Fall über zwei Drittel der Arbeitnehmer in Österreich in diesen kleinen und mittleren Betrieben beschäftigt. Und wenn Sie an 1975 zurückdenken, das Rezessionsjahr: Es waren in der Hauptsache diese kleinen und mittleren Betriebe, die ihren Mitarbeiter, die ihren Freund im Betrieb behalten haben. Und ich glaube, diese kleinen Leute müßte man mehr in den Vordergrund bringen, denn sie hätten einen besseren Dank verdient. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich glaube deshalb, meine Damen und Herren, daß man sagen kann: Die Schwierigkeiten, die auftreten, kann man nicht ohne, sondern nur mit der Wirtschaft lösen. Nur wenn unsere Werkbänke und unsere Verkaufspulte besetzt sind, floriert die Wirtschaft, und nur eine florierende Wirtschaft bringt Erträge und auch Steuereinnahmen für den Finanzminister.

Das Belastungspaket ist für die ganze Bevölkerung sehr hart, aber keineswegs zielführend, weil es den falschen Kurs der Regierung nicht ändert, sondern nur verstärkt. Weiterhin werden nämlich im nächsten Budget die Ausgaben stärker steigen als das nominelle Wachstum, statt daß die Regierung von ihrer Politik des leichtfertigen Ausgebens von Geld abgeht.

Und weiterhin werden durch enorme Belastungen der Wirtschaft die Kosten erhöht, statt die Konkurrenzfähigkeit im In- und im Ausland zu verbessern. Und wenn Sie vorgestern am Abend „Zeit im Bild 1“ gesehen haben: Dort wurde das vom Wirtschaftsforschungsinstitut, von Professor Seidel, bestätigt.

Weiters wir diese Ausgabenpolitik des Bundes zu einer Vergrößerung des Zahlungsbilanzdefi-

zits führen, und trotz der einschneidenden Maßnahmen, die heute zur Diskussion stehen, ist ein Ende dieser Belastungspolitik nicht abzusehen. Erst kürzlich hatte der Herr Bundeskanzler erklärt – und der Herr Finanzminister hat ihm nicht widersprochen –, daß es durchaus nicht ausgeschlossen sei, daß man in absehbarer Zeit neue Opfer von der österreichischen Bevölkerung und im besonderen wieder von der Wirtschaft verlangen wird.

Die österreichische Bevölkerung, und nicht zuletzt die österreichische Wirtschaft, hat in ernstesten Situationen, und das möchte ich ganz besonders unterstreichen, schon einige Male bewiesen, daß sie durchaus zu Opfern bereit ist, wenn damit Schwierigkeiten, die uns alle betreffen, bewältigt werden können. Es heißt aber die Opferbereitschaft dieser Bevölkerung zu mißbrauchen, wenn man von vornherein annehmen kann, daß diese Belastungen nicht zur Lösung der Probleme führen.

Denn es ist offenkundig, daß sich die Bundesregierung in ein ernstes Dilemma hineinmanövriert hat. Es kann ganz unmöglich gelingen, die bedrohliche Zahlungsbilanzsituation nur dadurch zu verbessern, daß man eine Luxussteuer einführt, wo außer bei Autos kaum etwas herauskommt, aber eine Reihe von Wirtschaftszweigen, wie Kürschner, Juweliere, Photohändler, die Elektrobranche und viele andere, schwer belastet werden. Schwer belastet werden manche Bereiche gleich zweimal: durch Erhöhung der Zölle und durch die Luxussteuer. Ich glaube, das müßte man wirklich überdenken.

Man kann auch nicht erwarten, das Budget zu sanieren, wenn immer wieder nur versucht wird, durch Steuererhöhungen oder neue Steuern Einnahmen zu erhöhen, ohne bei den Ausgaben fühlbare Einsparungen vorzunehmen.

Auch eine Konjunkturbelebung, die die Voraussetzung zur Sicherung der Arbeitsplätze und der Erreichung der angestrebten Mehreinnahmen wäre, kann nicht erreicht werden, wenn im Belastungspaket, konkret im 2. Abgabenänderungsgesetz, ausgesprochen investitionsfeindliche Bestimmungen enthalten sind.

Mir erscheint es ebenso unverständlich und gefährlich, in einer so kritischen und in einer so labilen Konjunkturlage ein Gesetz zu beschließen, das die steuerliche Absetzbarkeit von wichtigen Investitionen erheblich einschränkt und gleichzeitig die Investitionsfinanzierung auf Eigenkapitalbasis einschneidend erschwert.

Nichts anderes, meine Damen und Herren, bedeutet aber die Verschlechterung der Abschreibungsmöglichkeiten für Pkw, für Kombis, für Lkw und die steuerliche Begrenzung der Bildung von sogenanntem Sozialkapital.

**Ing. Sallinger**

Auch die geplante neue Verkehrssteuer bringt nicht nur für die Verkehrswirtschaft, die ja darunter am schwersten zu leiden hat, sondern für die ganze österreichische Wirtschaft eine schwere Wettbewerbssituation. Und ich möchte nicht unerwähnt lassen, daß diese enorme Kostenbelastung der österreichischen Wirtschaft insbesondere im Fremdenverkehr, wo wir gerade wieder in den letzten Tagen erfahren mußten, daß im Vergleich zum vorigen September keine Erholung festzustellen ist, zu Verlusten an Marktanteilen geführt hat.

Und gerade die Fremdenverkehrswirtschaft spielt ja für den Ausgleich der Zahlungsbilanz eine entscheidende Rolle.

Die Wirtschaft hat in den letzten Jahren auch eindringlich davor gewarnt, die Eigenkapitalbasis der Betriebe laufend auszuhöhlen und die Unternehmer zusehends in eine Verschuldung zu treiben. Und wir haben mit aller Deutlichkeit vor den Folgen der Kostenbelastung durch andauernde Steuer-, Tarif- und Gebührenerhöhungen gewarnt.

Wenn ich gerade in letzter Zeit wieder von seiten des ÖGB erfahren mußte, daß man doch an einen realen Zuwachs bei den Lohnverhandlungen denkt, so glaube ich, muß man das bedenken, denn das hieße, die Lage der Wirtschaft nicht zu verstehen oder zumißachten. *(Abg. Dr. Fischer: Was sagt der ÖAAB dazu, Herr Präsident?)*

Auch mit dem ÖAAB wird das zu besprechen sein, und ich glaube, für eine vernünftige Lohnlösung hat der ÖAAB genauso viel Verständnis wie wir. *(Beifall bei der ÖVP. - Abg. Dr. Fischer: Das wird eine lange Tagesordnung werden!)*

Meine Damen und Herren, mit dem Belastungspaket geht die Regierung konsequent den Weg der Investitionsdämpfung, der Konkurrenzminde rung und damit auch der Arbeitsplatzbedrohung weiter. Ein besonderes Problem, und das wurde heute auch schon angeschnitten, sind die Lehrstellen für die Jugend, und es gilt ja die Jugendarbeitslosigkeit zu verhindern.

In „Zeit im Bild 1“ vorgestern hat der Herr Bundeskanzler darüber gesprochen und zum Ausdruck gebracht, daß es allein die Regierung gewesen sei, die diese Jugendarbeitslosigkeit verhindert hat, und das habe ich auch vom Abgeordneten Blecha gehört.

Ich frage Sie nun, meine Damen und Herren: Wo sind diese Jugendlichen letzten Endes wirklich beschäftigt? Wer sorgt dafür, daß genügend Lehrstellen für die Jugend zur Verfügung stehen? Ich glaube, daß es die Betriebe sind, die Betriebe der österreichischen Wirtschaft, ob es die Industrie ist, auch die verstaatlichte

Industrie, der Handel, das Gewerbe, Verkehr, der Fremdenverkehr, alle haben sich bemüht, hier wirklich ihre Möglichkeiten auszuschöpfen und für die Jugendlehrstellen zu sorgen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

An der Spitze der Lehrlingsausbildung steht das Gewerbe mit 92 000 Lehrstellen oder 52 Prozent aller Lehrlinge, gefolgt vom Handel mit 38 000 oder 22 Prozent, der privaten und verstaatlichten Industrie mit 16 Prozent und dem Fremdenverkehr mit 7 Prozent der Lehrlinge. Ich glaube, das ist ein Beweis dafür, daß es hier wieder die kleinen und die mittleren Betriebe gewesen sind, und ich möchte auch der Industrie dafür danken, was sie macht. Für uns sind diese Lehrstellen und ist diese Jugend für die Zukunft etwas sehr Großes und bedeutet für die Zukunft etwas, und das ist keine Politik für uns. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Im vorigen Jahr war nämlich die Regierung besorgt, ob alle diese Schulabgänger unterkommen werden, und ich möchte Ihnen dazu sagen: Ich habe mich persönlich bemüht, ich habe mit den Innungen, mit den Gremien, mit den Fachverbänden gesprochen. Wir haben an die Wirtschaft appelliert, so viele Lehrplätze wie möglich zur Verfügung zu stellen, und es ist auch der Wirtschaft gelungen, daß diese Lehrlinge untergekommen sind. Und wir werden auch in Zukunft, wo es sicher schwieriger sein wird, bemüht sein, alle Jugendlichen zu beschäftigen. Für uns, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist das Problem der Jugendbeschäftigung nicht heuer und auch nicht im nächsten Jahr aktuell, sondern eine permanente Aufgabe, die wir erfüllen wollen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Trotz der Beschäftigungsbeteuerungen und Anstrengungen auf arbeitsmarktpolitischem Gebiet kann die Regierung an der Tatsache nicht vorbeigehen, daß entscheidende Voraussetzungen für sichere Arbeitsplätze Investitionsstärke und Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft sind. Industriefonds, betriebliche Defizitabdeckungen und Umschulungsmaßnahmen können sicher etwas bewirken, aber das ist nur vorübergehend. Und es ist gefährlich zu glauben, daß solche Maßnahmen die notwendige Umstrukturierung ersetzen und die Konkurrenzfähigkeit verbessern können.

Wir haben uns immer bemüht, die Absatzmöglichkeiten der österreichischen Wirtschaft im Inland und im Ausland zu verbessern. Im Ausland sorgt dafür die Außenhandelsorganisation der Bundeswirtschaftskammer, die Sie, meine Damen und Herren, alle kennen und wo unsere jungen Menschen als lebendige Botschafter für die Wirtschaft, nicht nur für einen Teil, für die ganze österreichische Wirtschaft und damit für die ganze

**Ing. Sallinger**

Bevölkerungstätig sind. Im Inland veranstalten wir jährlich eine Österreich-Woche.

Gerade aber für diese Österreich-Woche haben wir seit vielen Jahren Partner gesucht und sind dabei auf wenig Verständnis gestoßen. Oft genug hat man die Österreich-Woche als protektionistische Werbung hingestellt. Unsere Bemühungen, für österreichische Qualität Anerkennung zu finden, wurden keineswegs gefördert, sondern im Gegenteil: von der Regierung wurden die Importe forciert. Ohne handelspolitische Notwendigkeit und ohne Gegenseitigkeit wurden Zölle gesenkt, Importbedingungen erleichtert, nur um innerhalb unseres Landes die Preise zu drücken.

Die Bundeskammer hat damals schon ihre Warnungen ausgesprochen, daß derartige einseitige Importbegünstigungen zu großen Schwierigkeiten führen werden, und wir haben uns stets zu einem liberalen Warenverkehr bekannt, da der Außenhandel keine Einbahnstraße sein kann und auch keine Einbahnstraße sein darf. Jetzt plötzlich unter dem Druck dieser Schwierigkeiten in der Zahlungsbilanz werden Zölle wieder erhöht und Importbegünstigungen zurückgenommen.

Wenn man heute im Fernsehen „Zeit im Bild 1“ oder „Zeit im Bild 2“ ansieht, so hat man manchmal den Eindruck, daß es nicht die Bundeskammer war, die diese Österreich-Wochen abgehalten hat, sondern daß es alle anderen waren, die diese Österreich-Woche erfunden haben. Am liebsten würde man jetzt das ganze Jahr Österreich-Wochen machen.

Und es ist sicher gut, und ich möchte auch betonen, daß es richtig ist, das Bewußtsein unserer Bevölkerung für österreichische Qualität und für österreichische Leistung zu stärken. *(Beifall bei der ÖVP.)* Wir haben mit unserer Österreich-Woche immer angestrebt, daß die Bevölkerung bei gleichwertigen Produkten den österreichischen Erzeugnissen vor anderen den Vorzug gibt. Wir haben jetzt Gespräche mit dem Handelsministerium gehabt. Wenn man auf einen Zug aufspringen will, wo es um Österreich geht, dann sind wir immer bereit, dieses Trittbrett bereitzuhalten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren, die Objektivität muß aber gewahrt bleiben. Die Werbung für österreichische Waren darf die Grundsätze einer liberalen Außenhandelspolitik nicht verletzen.

Hohes Haus! Sie wissen, daß ich mich in der Politik immer sehr gemäßigt und kooperativ verhalten habe. Aber die jetzige Sprunghaftigkeit der Regierungspolitik kann die Wirtschaft nicht verstehen und auch in vielen Belangen nicht hinnehmen. Alle unsere Vorschläge und unsere Warnungen der letzten Jahre wurden ja nicht gehört. Abgesehen von den neuen schweren

Belastungen der Wirtschaft, die die Konkurrenzfähigkeit der Betriebe beeinträchtigen, geht die Regierung auch in der Strukturpolitik weiterhin einen Weg der Scheinlösungen. Wie der Finanzminister in seiner Budgetrede ausgedrückt hat, sollen Konjunkturbelebung, Strukturpassung und Arbeitsplatzsicherung vor allem durch Fremdfinanzierungshilfen für Großbetriebe erreicht werden.

Auch die Idee des Austro-Porsche und anderer vom Staat gestützter Großprojekte ist immer noch im Gespräch. Für die mittelständische Wirtschaft gibt es – abgesehen von einigen nebulösen Versprechungen – keine wirksamen Maßnahmen. Geringfügige Erhöhungen bei einigen Budgetansätzen sind nur ein Bruchteil dessen, was die Wirtschaft durch das Belastungspaket und besonders durch das 2. Abgabenänderungsgesetz verliert oder was ihr abgeknöpft wird.

Wir haben uns immer wieder gegen eine Politik gewehrt, die in keiner Weise auf die mittelständische Struktur der österreichischen Wirtschaft Rücksicht nimmt. Bei den wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Vorstellungen der Bundesregierung stehen wieder zentrale Finanzierungsfonds und Großbetriebe im Vordergrund. Und ich möchte hier auch sehr deutlich sagen, damit es kein Mißverständnis gibt: Das ist kein Neid gegenüber den Großbetrieben, kein Neid gegen die Industrie, sondern wir wollen nur sagen, daß es hier zweierlei Maß gibt und daß man auch ein Maß für die mittelständische Wirtschaft, ein Maß für die Klein- und Mittelbetriebe einhalten soll. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es finden sich keine Ansätze, die zur Verbesserung der Eigenkapitalbasis führen können, die den Klein- und Mittelbetrieben in ihrer Investitionstätigkeit helfen, diese erleichtern.

Ganz abgesehen davon würgt die steigende Steuerprogression die Leistungsfreude des gesamten Mittelstandes, nicht nur der gewerblichen Wirtschaft ab. Die Regierung wird mit ihren Sanierungsbemühungen wenig Erfolg haben, wenn sie nicht endlich anerkennt und natürlich auch danach handelt, daß die kleinen und die mittleren Betriebe besonders krisenfest sind, daß sie einen wesentlichen Beitrag zur Wohlstandsmehrung leisten und daß sie für die Erhaltung der Vollbeschäftigung, nicht zuletzt auch für die Ausbildung und Beschäftigung unserer Jugend unentbehrlich geworden sind.

Die Unternehmer haben vor allem in den letzten Jahren trotz sinkender Erträge die Arbeitsplätze gehalten, die Vollbeschäftigung gesichert und immer noch die Exporte gesteigert. Die Wirtschaft wird diese Leistung aber nur dann auch weiterhin erbringen können, wenn endlich



**Ing. Sallinger**

ein wirtschaftsgerechter Kurs geführt wird und die Regierung ihre wirtschaftsfeindliche Haltung aufgibt. Es geht heute in Österreich darum, die Konkurrenzfähigkeit auf den internationalen Märkten zu erhalten, es geht um den Weiterbestand der Vollbeschäftigung. Wesentliche unabdingbare Voraussetzungen dafür sind eine zielführende Struktur- und Investitionspolitik, Abbau der Zahlungsbilanzdefizite und Sanierung des Budgets.

Mit immer neuen Belastungen und neuen Belastungswellen, deren Ausmaß nicht kalkulierbar, deren Ende nicht abzusehen ist, kann dieses Ziel nicht erreicht werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

**Präsident Probst:** Zum Wort gemeldet hat sich Herr Vizekanzler Bundesminister Dr. Androsch.

Bundesminister für Finanzen Vizekanzler Dr. **Androsch:** Herr Präsident! Hohes Haus! Ich würde gern aufgreifen und zustimmen dem Vorschlag, Herr Präsident, daß wir uns daran orientieren, das ganze Jahr Österreich-Woche zu haben, nicht nur als Propaganda, sondern als praktische Anwendung. Ich würde Ihnen auch gern zustimmen, wenn Sie sagen: Um miteinander leben zu können, muß man miteinander reden können.

Aber, Herr Präsident, verübeln Sie es mir nicht: Ein vereinbarter Gesprächstermin ist nicht von Regierungsseite nicht eingehalten worden, sondern auf den haben Sie verzichtet. Das war im Sommer vereinbart, das hätte im September stattfinden sollen. Sie haben darauf verzichtet. Sie haben dieses Gespräch nicht nur nicht gesucht, sondern es ist durch Ihr Fernbleiben nicht zustande gekommen. An dessen Stelle kam ein Ultimatum, welches lautete: Über das Abgabenänderungsgesetz werde nicht geredet, da werde nicht diskutiert. *(Abg. Graf: Nein, Herr Minister, zuerst ist gekommen die Diskriminierung, daß wir Steuerhinterzieher sind!)* Das war der Standpunkt, und etwas als nicht gesprächsfähig zu bezeichnen, nicht zu Gesprächen zu kommen, das ist keine Gesprächsgrundlage, um an dessen Stelle auf die Straße zu fahren. *(Abg. Graf: Der Herr Bundeskanzler hat es ja dann zurückgenommen, hat sich korrigiert!)*

Sie können sich offenbar immer noch nicht einigen: Haben Sie gegen die Äußerung des Herrn Bundeskanzlers oder gegen das Abgabenänderungsgesetz demonstriert? *(Abg. Graf: Wegen der Äußerung des Herrn Bundeskanzlers haben wir das Gespräch abgesagt!)* Weil Ihnen ja am Gespräch nicht so viel gelegen war, und da reden Sie heute hier von Gesprächsbasis. *(Abg. Graf: Nein, weil er uns beleidigt hat, darum sind wir nicht hingegangen! Dann hat er sich korrigiert, und wir sind hingegangen!)* Ach so, beleidigt waren Sie. Ich nehme dankbar zur

Kenntnis, daß Ihnen, weil Sie beleidigt waren, das Gespräch in der Sache nicht so wichtig war, an Stelle dessen aber haben Sie mit Autos demonstriert. Ich bin Ihnen für diese Feststellung dankbar.

Aber das ist sicher kein Beitrag, um das zu tun, was sowohl der Herr Präsident und vorhin der Klubobmann gemeint haben, daß man, um miteinander leben zu können, miteinander reden muß. *(Beifall bei der SPÖ. - Abg. Graf: Das ist eine Retourkutsche auf Ihre Entstellungen!)* Sie haben es verabsäumt, um der historischen Wahrheit die Ehre zu geben. *(Abg. Graf: Das ist eine historische Verdrehung, Herr Minister!)*

Herr Professor Koren! Sie haben wenigstens in Ihren Ausführungen zugegeben, daß wir, bisher jedenfalls, quantitativ das Beschäftigungsproblem gelöst haben. Ebenso richtig ist, daß die Maßnahmen, die dazu geführt haben, über die Jahre hin abgelehnt wurden. Darum geht ja seit 1974 die Auseinandersetzung, daß Sie Jahr für Jahr drohende Arbeitslosigkeit an die Wand malen - ich hoffe nicht, weil Sie es wollen, sondern aus Furcht -, aber gleichzeitig die Maßnahmen, die es jedes Jahr möglich gemacht haben, in einer doch unbestrittenenmaßen schwierigen weltwirtschaftlichen Situation das zu verhindern, abgelehnt haben.

Das gilt offenbar auch für das Budget 1978, Herr Präsident Sallinger. Es ist nicht zutreffend, daß die Ausgaben stärker steigen als das Bruttonationalprodukt, denn wenn man die buchhalterische Darstellung - und die muß man für diesen Zweck ausklammern - eben ausklammert, ergibt sich eine geringere Steigerung. Man könnte eher sagen, angesichts der Konjunkturerwartungen müßte es eine stärkere sein, aber nicht umgekehrt. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Mussil.)*

Und schon gar nicht kann man das Problem lösen, Herr Generalsekretär Mussil, indem man mit aller Vehemenz dafür kämpft, daß ein importiertes Gut wie das Auto, wegen der Zunahme des Importvolumens eines der Hauptgründe für das Handelsbilanzdefizit und Leistungsbilanzdefizit, noch steuerlich gefördert wird, indem der Staat, die Länder, die Gemeinden auf Einnahmen verzichten. Das ist eine Förderung des ausländischen Produzenten, aber nicht des inländischen Unternehmers.

Ich möchte dem Herrn Präsidenten Sallinger noch in Erinnerung rufen, daß im Jahre 1970 die Förderung der Klein- und Mittelbetriebe eingestellt und ausgesetzt war, aber nicht durch diese Regierung, sondern durch die vorhergehende, und erst wieder von uns flottgemacht, ausgebaut und ausgeweitet wurde, zusätzliche Förderungen - ich denke an das Fremdenverkehrsförderungskonzept - sind schon realisiert; eine Förderung

**Vizekanzler Dr. Androsch**

der Existenzgründung gerade in diesen Bereichen wurde ermöglicht.

Herr Professor Koren! Glauben Sie, daß es ein Beitrag ist, eine bessere Gesprächssituation zu schaffen, wenn erst vor 14 Tagen – um diese Zeit, glaube ich, war das – Ihr Akademikerbund – ich glaube, Siesind wieder sein Präsident geworden – von „mutwilliger Katastrophenpolitik der Regierung“ spricht?

Glauben Sie allen Ernstes, daß das so eine Brücke ist, die leicht zu beschreiten ist, wenn man nicht nur unterstellt, daß die von Ihnen heute anerkannten quantitativen beschäftigungspolitischen Erfolge offenbar Katastrophenpolitik sind, sondern daß es auch mutwillig ist? In der Tat: Wir haben mutwillig Beschäftigungspolitik gemacht und freuen uns, daß wir Vollbeschäftigung damit erreicht haben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Einige andere Widersprüche. Auf der einen Seite analysieren Sie die internationale Lage mit allen ihren Schwierigkeiten – dem ist gar nichts hinzuzufügen; ich habe das oft genug in Erklärungen getan; ich halte Sie nicht auf in einer Wiederholung –, und gleichzeitig leugnen Sie, daß diese internationalen Entwicklungen einen Einfluß auf Österreich haben, und leugnen gleichzeitig, daß durch die gesetzten Maßnahmen, die Sie abgelehnt haben, Schwerwiegendes von unserem Land bisher ferngehalten werden konnte.

Sie sagen dann gleichzeitig: Die Sorge um die Beschäftigung teilen alle! – Umso besser. Aber wieso können dann die Maßnahmen immer wieder abgelehnt, kritisiert und verteufelt werden? Wieso hört man dann immer wieder aus Ihrem – nicht aus unserem – Lager, daß es eigentlich eine reinigende Funktion wäre, die die Arbeitslosigkeit spielen müsse, wenn der Herr Bundesparteiohmann gestern von der Illusion der staatlichen Vollbeschäftigungspolitik spricht? Also diese Maßnahmen sind eine Illusion, die zu diesem Beschäftigungsergebnis geführt haben.

Ja verstehen Sie nicht, daß dann das Mißtrauen aufkommen muß, daß die Erklärungen, die Beschäftigung sei allen ein oberstes Anliegen, mit Mißtrauen quittiert werden?

Wenn sich in der heutigen Diskussion der Herr Abgeordnete Dr. Hauser vornehmlich mit dem Problem der Überbeschäftigung, glaube ich, auseinandersetzen wollte: Es gibt in den OECD-Staaten 17 Millionen Beschäftigungslose, es gibt in Europa eine steigende Tendenz, und es gibt davon 40 Prozent Jugendliche unter 25 Jahren. Und Sie kommen mit dem Vorwurf, daß wir das Ziel der Überbeschäftigung haben! Das ist wirklich nicht das Problem, Herr Dr. Hauser. Das können Sie mir glauben! *(Zustimmung bei der SPÖ. – Abg. Dr. Hauser: Da haben Sie mich*

*mißverstanden! Ich habe von 1973/74 gesprochen! Das wissen Sie genau!)*

Der nächste Widerspruch, Herr Professor Koren: Sie haben davon gesprochen, daß sich die Budgetsituation – und damit wollten Sie, so nehme ich an, sagen, das sei ein strukturelles Problem und nicht nur oder überhaupt nicht ein durch die konjunkturelle Entwicklung entstandenes – ergeben hätte durch den ständigen beinhalten Druck der SPÖ in Form der relativen Zunahme – so haben Sie es formuliert – der Einkommenbesteuerung der Unselbständigen. Und das ist der Grund für die Budgetmisere. So haben Sie es gesagt; ich habe es mitgeschrieben.

Gleichzeitig haben Sie es aber wieder umgedreht und gesagt, es bestünde ein Mißverhältnis zwischen nomineller Einkommensentwicklung und der Entwicklung der Lohnsteuereinnahmen, also offenbar ein Argument, um Ihrerseits einen solchen Druck, wie er immer ja in den Forderungen zum Ausdruck kommt, ausüben zu können, wobei bei der Lohnsteuereinnahmmentwicklung die Tatsache weggelassen wird, daß eben, ich weiß nicht, 300 000 mehr unselbständig Beschäftigte seit 1970 oder rund 90 000 seit 1975 natürlich auch eine Zunahme der Lohnsteuer bringen müssen. *(Abg. Dr. Koren: 3 Prozent!)* Ja, immerhin macht es schon einen wesentlichen Unterschied aus. *(Abg. Dr. Gruber: Wesentlich nicht!)*

Dann haben Sie gemeint, es hätte wenig Sinn, die Strukturpolitik mit Einzelprojekten zu betreiben. Ganz abgesehen davon, daß große Einzelprojekte ja einen ungeheuren Ausstrahlungseffekt haben an Zulieferung und ähnlichem mehr. . . *(Abg. Dr. Mussil: In sechs Jahren!)* Herr Generalsekretär Dr. Mussil! Als wir vor zwei Jahren in die Weststeiermark fuhren, wo Privatunternehmungen geschlossen haben und eine Arbeitslosenrate von 10 Prozent zu verzeichnen war, hätte man nach Ihrem Grundsatz natürlich nichts tun sollen, um Betriebe hinzubringen. Wir haben es aber getan, und wir haben heute dort dieses schwierige Problem in einer Region, die von schwerwiegenden Strukturproblemen betroffen war, gelöst.

Sie wollen also nicht diese Einzelprojekte, Sie wollen offenbar Strukturpolitik wirkungsvoll durch irgendwelche globalsteuernde Maßnahmen erreichen. Gleichzeitig lehnen Sie aber die globalsteuernden Nachfragemassnahmen aus dem Budget ab und sagen, das ist eine unqualifizierte Schuldenmacherei. Im selben Zeitpunkt aber verlangen Sie in dem Papier Ihres Nachbarn zur Linken Zuschüsse, die ja auch nur in Richtung quantitativer Beschäftigungspolitik gehen und damit nach Ihrer eigenen Beschreibung strukturerhaltend sind. Also was gilt jetzt? Sollen es globalsteuernde Maßnahmen sein, sollen es

**Vizekanzler Dr. Androsch**

selektive Maßnahmen sein? Wenn Maßnahmen getroffen werden, so lehnen Sie sie auf jeden Fall ab!

Und Sie meinen, seit 1970 wäre keine Strukturpolitik gemacht worden. Wie erklären Sie sich dann, daß die Industrie-Investitionen zwischen 1960 und 1969 jährlich 10 Milliarden Schilling betragen und zwischen 1970 und 1976 1976 real, also unter Ausschaltung der Preissteigerungen, 15,6 Milliarden Schilling, um 50 Prozent mehr? Wenn man das nicht als strukturanpassende Maßnahmen akzeptiert, unterstellt man, daß das alles Fehlinvestitionen gewesen sein müssen. Zum Glück waren sie es nicht.

Das ist global gesehen. Und an Einzelprojekten gab es Maßnahmen von der großen Stahllösung bis zur Textillösung, von Edelmetall bis Edelstahl, um nur einige Beispiele zu nennen.

Ganz besonders möchte ich die Bauwirtschaft hervorheben, Herr Präsident Sallinger. Ja wo wäre denn die Bauwirtschaft in diesem Land ohne die Budgetmittel und Maßnahmen seit 1974? Sie wäre in derselben Strukturkrise wie die Bauwirtschaft in der Schweiz und in der Bundesrepublik Deutschland, mit verheerenden beschäftigungspolitischen Auswirkungen, die man zum Beispiel in der Schweiz schamhaft als Redimensionierung bezeichnet. In der Schweiz, also in einem bevölkerungskleineren Land, sind – ich weiß nicht, nicht nur wegen der Bauwirtschaft; aber nicht zuletzt wegen der Bauwirtschaft – 350 000 Arbeitsplätze verlorengegangen. Daß sie nicht als Arbeitslose in der Schweiz gezählt werden, sondern in Italien, hat bestimmte Gründe, ändert aber nichts daran, daß die Menschen so betroffen waren mit allen, auch politischen Konsequenzen, die wir ja dort beobachten können.

Dann haben Sie Ihre Sorge geäußert wegen der internationalen Konsequenzen, die die Maßnahmen haben könnten. Nun muß ich feststellen: Es muß doch unbestritten sein, daß wir unsere Souveränitätsrechte ausüben können. Sie haben es ja bei der Einführung der Autosondersteuer auch getan und haben nicht Sorge gehabt, daß das zu irgendwelchen internationalen Konsequenzen führen könnte.

Sie wissen sehr genau, Herr Präsident Sallinger, daß ich aus sehr pragmatischen Gründen – weil ich meine, daß eben ein kleines Land von einem freien Welthandel mehr abhängig ist als ein großes – ein Anhänger dieses Prinzips bin, aber die Liberalisierungsmaßnahmen des Handelsministers sind ja bis vor kurzem eigentlich von Ihnen kritisiert worden. Wenn es die Situation erfordert, dann muß ich allerdings sagen: Selbst wenn man es ungern tut, der Musterknabe von Europa – das kann niemand verlangen – können wir nicht sein, wenn wir selbst

konfrontiert sind mit Papierproblemen, leider aktualisiert, wenn wir konfrontiert sind mit Edelstahlproblemen, zwei sensible Produkte, wenn wir konfrontiert waren entgegen allen Integrations- und sonstigen internationalen Handelsvereinbarungen mit Problemen auf dem Rindersektor, um nur wenige Beispiele zu nennen, wo man uns mit Art Antidumpingverfahren auf der Grundlage von „fairprize valuing“ in den Vereinigten Staaten Schwierigkeiten macht. Ja wenn die Großen meinen, sich so schützen zu müssen, dann gibt es eben Situationen, wo wir auch von unseren Möglichkeiten Gebrauch machen müssen.

Herr Abgeordneter Dr. Koren! Sie haben gemeint, wir hätten am 16. Juni bei der Präsentation des Wirtschaftsberichtes nicht das Bild gezeichnet. Ich darf doch ein paar Passagen zitieren.

Ich habe dort erklärt: „Für den Rest dieses Jahres und insbesondere mittelfristig bis zu Beginn der achtziger Jahre ist es das Ziel der Bundesregierung, die Beschäftigung auf möglichst hohem Niveau zu halten. Hier wird es darauf ankommen, neben der quantitativen Vollbeschäftigung in steigendem Maße und vor allem die qualitative Beschäftigung in den Mittelpunkt unserer Bemühungen zu stellen.“

Was daran kryptisch ist, kann ich nicht erkennen. Das ist nicht eine Frage des Entweder-Oder, sondern des Sowohl-Als-auch. Ich darf dann noch einmal darauf zurückkommen.

Ich habe dann weiter gesagt: „Die Lösung der aufgezeigten Probleme und die Bewältigung der vor uns liegenden Aufgaben konzentrieren sich im wesentlichen auf fünf Schwerpunktbereiche, und zwar: auf die Verbesserung der Budgetsituation“ – 16. Juni! –, „auf die Fortführung einer stabilitätsorientierten Währungs- und Geldpolitik, auf die Frage der künftigen Energieversorgung, auf die Weiterführung und Intensivierung einer aktiven Strukturpolitik und ... auf eine kostenbewußte Preis- und Einkommenspolitik.“ – Weil niemand leugnet, daß das natürlich auch gerade nach den Entwicklungen im Jahre 1975 ein besonderes Problem darstellt. Und ich habe im spezifischen erklärt:

„Das Ziel, ein hohes Beschäftigungsniveau zu erhalten, verlangt die Einbeziehung der Arbeitsmarktpolitik in die Strukturpolitik mit besonderem Schwerpunkt auf der Jugendbeschäftigung. Dabei stellen sich folgende Probleme:

Erstens: In den nächsten Jahren treten aufgrund der demographischen Entwicklung Jugendliche in größerer Zahl in das Berufsleben ein.

Zweitens: Die älteren Arbeitnehmer kommen infolge der demographischen Entwicklung in

**Vizekanzler Dr. Androsch**

eine Position, in der sie leichter ihren Arbeitsplatz verlieren oder ... schwieriger einen neuen finden.

Drittens: Die Frauen, die eine Beschäftigung aufnehmen oder ihre berufliche Lage verbessern wollen, müssen in einer auf die Realisierung der Gleichheit der Geschlechter gerichteten Gesellschaft einen besonderen Schwerpunkt bilden.

Viertens: Die Behinderten im weitesten Sinn des Wortes sind in den Aufgaben der Arbeitsmarktverwaltung geradezu die klassische Gruppe, für die die Dienste der Arbeitsmarktverwaltung in besonderer Weise verfügbar gemacht werden müssen.

Fünftens: Schließlich bedarf es in besonderer Weise des Einsatzes der arbeitsmarktpolitischen Instrumente, jene nachteiligen Umstände zu mildern und schrittweise zu beseitigen, die sich in bestimmten Regionen ergeben."

Das sind die Probleme und Ziele. Die Erhöhung der Mittel dafür - von 93 Millionen Schilling im Jahre 1969 auf fast 1,1 Milliarden Schilling, also eine Verzwölfachung - ist der konkrete budgetpolitische Ausdruck im Budget 1978, das Sie ablehnen werden. Zu erklären, wie sich das dann mit Ihren Vorschlägen vereinbaren läßt, ist nicht unsere Sache.

Wenn wir noch einmal auf die Analyse der Situation zurückblenden, so spielen sicherlich die Einkommensentwicklung, die Strukturänderung in der Nachfrage, die unterschiedliche Wirkung der Integrationsdifferenzen, aber vor allem die Konjunkturdifferenz eine Rolle. Das heißt, daß eben bei uns die Entwicklung günstiger war und die Beschäftigung höher war als anderswo, und zwar mit der Konsequenz, daß sich unsere Nachfrage besser und die anderswo schlechter entwickelt hat. Daher ist unser Zahlungsbilanzproblem nicht Ausdruck einer schlechten Wirtschaftslage, sondern Ausdruck einer besonderen Prosperität in Form gestiegener Einkommen auf dem Niveau einer Vollbeschäftigung. Ich bitte doch, das nicht zu übersehen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Nun leugnet niemand die Probleme, die zweifach sind: Es sind konjunkturelle Probleme schon aus Zeitgründen, weil für die strukturellen Anpassungen eben mehr Zeit notwendig ist. Die Stahlkrise ist ja nicht ein spezifisch österreichisches Problem, sondern ein weltweites, jedenfalls europaweites, und die Konsequenz einer unheimlichen Überkapazität berührt uns auch. Niemand leugnet das. Aber indem man darauf verzichtet, globalsteuernde Konjunkturpolitik über das Budget zu machen, würde man sich nicht zusätzlichen zeitlichen Raum schaffen, um derartige Strukturprobleme anpacken und lösen zu können.

Weil wir aber dies vorhaben, sind wir dazu entschlossen, so rasch wie möglich eine Trendumkehr - was die Außenhandelsituation anlangt - herbeizuführen und den Handlungsspielraum wesentlich auszuweiten. Eine Verringerung des Nettodefizits von 34 auf 24 Milliarden Schilling - das heißt etwas für die Kreditwürdigkeit! - ist eine solche Ausweitung des Handlungsspielraumes, um ihn notfalls jederzeit einsetzen zu können.

Das ist der Grund, warum wir uns zu diesen Maßnahmen, zu diesem Maßnahmenpaket entschlossen haben, das Sie ja im übrigen im August sogar von der Regierung verlangt haben, wenn ich mich an die Aufforderungen des Herrn Bundesparteiobmannes Dr. Taus richtig erinnere. Wir glauben nicht, daß das sehr populär ist - keine Spur, daß solche Dinge populär sein können -, aber daß man dafür Verständnis bei den Menschen, in deren Interesse diese Maßnahmen gesetzt werden, finden kann, dazu hat es in letzter Zeit einige Anlässe gegeben, aus denen man das schließen kann.

Schließlich kommt hinzu, daß wir einige andere Dinge dabei mitlösen können: Das Spitalsproblem kann nämlich einer Lösung zugeführt werden, der Wasserwirtschaftsfonds jedenfalls zu einem nicht unbeträchtlichen Ausmaß, und wir können auch in solch einer schwierigen Situation den Kampf gegen die Armut für die einkommenschwächsten Familien und die einkommenschwächsten Rentenbezieher fortführen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

**Präsident Probst:** Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich der Herr Abgeordnete Graf zu Wort gemeldet; fünf Minuten Redezeit.

**Abgeordneter Graf (ÖVP):** Herr Bundesminister für Finanzen, Sie haben in einer jetzt zu Ende gegangenen Replik in Ihrer Schilderung, warum die Wirtschaft auf ein vereinbartes Gespräch verzichtet hat, terminologische Ungenauigkeiten verwendet. Ich möchte Sie tatsächlich korrigieren. Der Ablauf erfolgte wie nun geschildert:

Es ist richtig, daß im späten Sommer mit Herrn Bundeskanzler Dr. Kreisky ein Termin vereinbart wurde für ein Gespräch mit Vertretern der Wirtschaft, unter anderem mit dem zitierten Präsidenten Rudolf Sallinger.

In der Zwischenzeit kam es zu jenem Interview des Herrn Bundeskanzlers Dr. Kreisky mit Hans Mahr von der „Kronen-Zeitung“ in Palma di Mallorca. Ich habe dieses Interview im Original hier, und die Passage, die ich jetzt verlesen werde, war der Grund, warum wir die Gespräche sistiert haben:

„Kreisky: Eine andere Ursache ist sicher, daß es in Österreich leider bei vielen Selbständigen

**Graf**

Steuerverweigerungen gibt, was zu Milliardenverlusten führt. Diese Steuerhinterziehung hat in den letzten Jahren ungeheuer zugenommen."

Auf Grund dieser Passage hat Sallinger das Gespräch nicht in Anspruch genommen. Ich darf dazu historisch sagen: Es hat sich ja nachher der Herr Bundeskanzler von dieser Äußerung distanziert, daher waren dann die Ebenen für Gespräche offen.

Als zweite Korrektur tatsächlicher Natur darf ich sagen: Die Demonstration des Wirtschaftsverbandes wurde gegen das 2. Abgabenänderungsgesetz veranstaltet. Eines hat mit dem anderen nichts zu tun; das zur Steuer der Wahrheit. *(Beifall bei der ÖVP.)*

**Präsident Probst:** Zu einer Erwiderung hat sich Herr Vizekanzler Finanzminister Dr. Androsch gemeldet.

Bundesminister für Finanzen Vizekanzler Dr. **Androsch:** Herr Präsident! Hohes Haus! Wenn ich Ihre Argumentation, Herr Präsident Graf, richtig im Kopf habe, so haben Sie sich gegen ein Pauschalurteil des Herrn Bundeskanzlers gewendet. Sie haben hier vorgelesen: „bei vielen“ – das ist sicherlich kein Pauschalurteil.

Sie haben jetzt eben erklärt, Sie wären nach einer anderen Stellungnahme des Herrn Bundeskanzlers wieder für Gespräche offen gewesen, dennoch sind Sie zu diesen Gesprächen nicht gekommen! *(Abg. Graf: Das ist nicht wahr!)*

Die wesentlichen Inhalte des 2. Abgabenänderungsgesetzes, Herr Präsident Graf, habe ich im Wirtschaftsbericht am 16. Juni angekündigt. In der ersten Augustwoche war anlässlich des Empfanges der OPEC-Finanzminister Gelegenheit für ein Pressegespräch, wo ich ausdrücklich gesagt habe: Natürlich, über verschiedene Modalitäten kann man reden. Wollen Sie das jetzt in das Gegenteil umkehren, nur um eine Rechtfertigung für die Demonstration zu bekommen? Nicht, daß uns die Demonstration so gestört hätte, Herr Präsident Graf, denn mit Autos zu demonstrieren: Ob das den gewünschten Effekt in der Öffentlichkeit hat, würde ich für meinen Teil bezweifeln. Aber wie Sie es halten, ist Ihre Sache.

Worum es mir in dem Zusammenhang geht, ist, daß man nicht auf der einen Seite durchaus richtigerweise und beizupflichtenderweise sagen kann – wie es Herr Professor Koren getan hat –, man brauche die Gesprächsbasis – wie es auch Herr Präsident Sallinger gesagt hat –, man brauche das Miteinander-reden-können, und andererseits gleichzeitig die Politik aus derselben Ecke als mutwillige Katastrophopolitik abqualifiziert und aus der anderen Ecke Gespräche, die man vereinbart, nicht einhält. *(Beifall bei der SPÖ.)*

**Präsident Probst:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Melter.

**Abgeordneter Melter (FPÖ):** Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich darf mich wieder etwas mehr den zur Behandlung stehenden Gegenständen zuwenden, nachdem hier bisher nur polemisiert worden ist und man sehr geflissentlich der Frage ausgewichen ist, wie das sogenannte Maßnahmenpaket die gesamte Bevölkerung in Österreich belasten wird.

Es haben sich gegen diese Belastung verschiedene Organisationen ausgesprochen, die in Wahrnehmung der Interessenvertretung gezwungen waren, auf die Konsequenzen dieses Belastungspaketes hinzuweisen. Unter anderem haben sich auch Familienorganisationen bemüht, dem Bundeskanzler begreiflich zu machen, was die Änderung des Familienlastenausgleiches und des Einkommensteuergesetzes zur Folge haben wird. Interessant war die Reaktion des Herrn Bundeskanzlers, der sich ja immer als sehr großer Demokrat gibt. Eine Delegation von Familien wurde vom Herrn Bundeskanzler aus dem Kanzleramt gewiesen; ein Beweis für das gestörte Verhältnis des Bundeskanzlers zu den Familien. Allem Anschein nach versteht er von diesen Problemen zuwenig, um in einer Diskussion mit den Familienvertretern seinen Standpunkt oder allenfalls den Standpunkt des Herrn Vizekanzlers zu vertreten. Er ist dieser Diskussion mit fadenscheinigen Äußerungen entflohen. Dabei konnte er sich nicht so wie bei den nachfolgenden Demonstrationen am Staatsfeiertag darauf ausreden, daß etwa Kommunisten oder andere Unterwanderer aus dem Ausland die Drahtzieher einer derartigen Demonstration wären, sondern er mußte bei den Familien zur Kenntnis nehmen, daß nur diejenigen, die die Interessen der österreichischen Familien wahrnehmen, im Kanzleramt erschienen sind, um ruhig und diszipliniert ihrer Sorge um das Problem der Familienbetreuung Ausdruck zu geben. Aber dies wollte der Herr Bundeskanzler nicht hören.

Ein eigenartiges Demokratieverständnis des Herrn Bundeskanzlers führte ja dann dazu, nicht nur die Familiendelegation aus dem Kanzleramt zu weisen, sondern auch Überlegungen anzustellen, in Zukunft Demonstrationen auf dem Ballhausplatz zu unterbinden. Ein eigenartiger Gegensatz wie so oft zu früheren Ausführungen sozialistischer Abgeordneter, die etwa zur Zeit der ÖVP-Alleinregierung sehr konkret zum Demonstrationsrecht Stellung genommen haben und die damals sogar beanstandet haben, daß es um das Parlament noch eine Bannmeile gibt. Sie haben – der Herr Präsident Probst wird sich vielleicht erinnern – den Ausdruck „Angstmeile“ geprägt. Es ist die Frage zu stellen, ob der Herr Bundeskanzler eine Angstmeile benötigt, wenn

**Melter**

die Bevölkerung, die durch die schlechte sozialistische Politik betroffen ist, zu Demonstrationen antritt, um ihm klarzumachen, daß irgendwo die Grenze der Belastbarkeit erreicht ist. (*Beifall bei der FPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.*)

Der Herr Bundeskanzler hat also mit den Familien nicht gesprochen, und Fräulein Karl als eine Vertreterin in Familienangelegenheiten hat leider zu wenig zu sagen. Vielleicht hat sie auch zu wenig persönliche Erfahrung in diesem Bereich und will auch nichts hören von den Problemen von Eltern, die für Kinder zu sorgen haben, für Kinder, die unter beschränkten wirtschaftlichen Verhältnissen herangezogen werden müssen zu Bürgern dieses Landes, zu Leuten, die in Zukunft die Wirtschaft, die Arbeitsplätze, die Pensionen zu sichern haben durch ihre eigene Arbeit, durch ihre eigene Leistung.

Der Herr Vizekanzler hat den Mut, den Familien mit dem größten Spott und Hohn entgegenzutreten, ein Vizekanzler und Finanzminister gibt vor sozialistischen Vertretern Äußerungen von sich, die ich der „Arbeiter-Zeitung“ vom 25. Oktober 1977 entnehme. Er hat darauf hingewiesen, daß diese Bundesregierung – und er hat die Erklärung im Namen der Bundesregierung abgegeben – bereit wäre, Überschüsse des Fonds voll und ganz zur Förderung familienpolitischer Anliegen einzusetzen und nicht zur Deckung des Budgetdefizits wie zu ÖVP-Zeiten. Dieser Finanzminister sagte, die Überschüsse würde er zur Förderung einsetzen, zu einer Zeit, wo er im Budget des Familienlastenausgleichfonds 5 500 Millionen Schilling Abgang prognostiziert. – Der Herr Finanzminister hat sich zurückgezogen. Offensichtlich will er für diese Zahl nicht geradestehen oder für seine Äußerungen, die er vor der Bevölkerung abgegeben hat, in Irreführung, spekulierend auf die Unwissenheit oder gar Dummheit oder auf die Bereitschaft treuer Gefolgsleute, die ihm das abnehmen.

Es ist eine Zumutung für die österreichische Bevölkerung, mit derartigen Äußerungen konfrontiert zu sein! (*Zustimmung bei der FPÖ.*) Es bedarf der ganzen Ignoranz eines sozialistischen Vizekanzlers, um mit einer Unverfrorenheit sondergleichen derartige Äußerungen zu tun, zu einer Zeit, wo er genau weiß, mit welcher Brutalität er den Familienlastenausgleichfonds ausräumt, ausräumt innerhalb kürzester Frist, bis auf den letzten Groschen. Und da geht er her und sagt: Nicht zur Deckung des Budgetdefizits!

Wozu denn sonst, Herr Vizekanzler und Finanzminister, nehmen Sie die 5 000 Millionen Schilling? – Nur um Ihre bisherige verfehlte Budgetpolitik zu finanzieren, die Sie auch nicht

mit diesen 5 Milliarden Schilling aus den Familiengeldern sanieren können. Sie selbst prognostizieren wieder trotz dieses Raubes an Familiengeldern ein zunehmendes wachsendes Budgetdefizit. Und das soll man Ihnen abnehmen und dann noch glauben, das diene der Arbeitsplatzsicherung?

Sie wollen die Familien ausbeuten mit der Begründung: Opfert zur Arbeitsplatzsicherung! Jene, die sozial benachteiligt sind – anerkannterweise von allen Fraktionen dieses Hohen Hauses zumindest vor kurzer Zeit noch festgestellt und begründet –, sollen zahlen, weil Sie bisher in manchen Dingen einfach das Geld zum Fenster hinausgeworfen haben und weil Sie nicht vernünftig gewirtschaftet haben.

Die Familien werden zur Kassa gebeten auf jede nur mögliche Art und Weise: Einerseits durch höhere Beiträge, Steuern, Abgaben, Gebühren und was Sie sonst noch alles erfunden, „verbessert“ und verteuert haben. Sie werden zur Kassa gebeten durch höhere Preise, und sie werden weiter zur Kassa gebeten dadurch, daß man ihnen das Geld vorenthält, das man für die Förderung der Familien in Jahren angespart hat.

Herr Finanzminister! Es gibt einen einstimmigen Beschluß des Familienpolitischen Beirates, Sprecher Ihrer Fraktion haben mitgewirkt unter Vorsitz des Fräulein Karl, des Fräulein Staatssekretär Karl: Die Frau Metzker, die Frau Dr. Seda. Einstimmig hat dieser Beirat beschlossen, sich dafür einzusetzen, die Überschüsse des Familienlastenausgleichfonds zur Verbesserung der Familienbeihilfe zu verwenden.

Frau Staatssekretär! Wo sind die 1 415 Millionen Schilling aus dem Überschuß 1976? Welche Verbesserung finanzieren Sie mit den 1 415 Millionen Schilling? Es sind auch nicht die Verbesserungen für die angeblich 300 000 Familien – 600 000 Kinder –, die der Herr Finanzminister so als Hausnummern hingestellt hat und wo er begründet, daß dadurch 1 800 Millionen Schilling weniger aus dem Aufkommen von Lohn- und Einkommensteuer für den Familienlastenausgleich bezahlt werden müssen. Das genügt nicht! Sie haben diese 1 415 Millionen Schilling jedenfalls nicht zu einer allgemeinen Leistungsverbesserung für die Familien eingesetzt, aber auch nicht die Überschüsse der Vorjahre: 900 Millionen Schilling im Jahre 1975, 2 389 Millionen Schilling im Jahre 1974, 1 400 Millionen Schilling im Jahre 1973, 1 Milliarde Schilling im Jahre 1972, 1 Milliarde Schilling im Jahre 1971.

Das wurde alles zurückgelegt in den Fonds, obwohl bekannt war, daß die Leistungen an Familienbeihilfe bei weitem nicht, jedenfalls nicht für die älteren Kinder, an die 50 Prozent der

**Melter**

Kinderkosten herankommen. Es gibt auch diesbezüglich einen alten einstimmigen Beschluß, zumindest 50 Prozent der Kinderkosten aus dem Familienlastenausgleich zu tragen, damit die Eltern nicht mehr so stark belastet sind.

Aber auch dazu ist man nicht bereit. Man macht nur ein Prozent- und Ratespiel ohne echte Verbesserung. Es gibt kein Konzept in dieser Regierung, trotz Ihrer 1 400 Sachverständigen und trotz Ihrer Organisationen und Verbände, die Sie auch in diesem Bereich einsetzen und mobilisieren können. Sie haben kein Konzept für die Familien, außer der Belastung, der allgemeinen Belastung, die Sie heute oder morgen beschließen wollen.

Auch die Frau Staatssekretär steht immer wieder ratlos der Frage der Familienvertreter gegenüber: Wie stellen Sie sich die Entwicklung des Familienlastenausgleiches vor?

Die Frau Staatssekretär ist dafür verantwortlich als sogenannte Familienstaatssekretärin, als Aushängeschild der Regierung Kreisky, weil der Herr Bundeskanzler zu wenig Zeit für die Familien hat und weil er eine Pufferzone zwischen sich und die Familien legen wollte, um so nicht selbst persönlich konfrontiert zu sein in der Auseinandersetzung um die gerechte, um die soziale Behandlung der Familien. Diese Frau Staatssekretär stimmt einer Regierungsvorlage zu, die vorsieht, mehr als die Hälfte des Fonds innerhalb eines Jahres abzuräumen, ohne daß die Allgemeinheit der Familien davon einen Nutzen hat. Das ist Familienpolitik der Sozialisten!

Wie sehr es bei den Sozialisten ein Hick-Hack in dieser Frage gibt, kann man etwa auch Äußerungen des Finanzministers und Vizekanzlers entnehmen, der im Mai erklärt hat: Keine Fusion von Kinderbeihilfe und Kinderabsetzbetrag geplant. - Das hat er am 3. Mai erklärt. Alle Spekulationen in dieser Richtung wären unreal. Sie wären nicht echt, nicht begründbar.

Warum, fragt man sich, kommt der Herr Vizekanzler ein halbes Jahr später darauf, man könnte doch Absetzbetrag und Familienbeihilfe fusionieren? - Die große Frage ist allerdings für den, der die Verhältnisse kennt, sehr leicht zu beantworten: Der Herr Finanzminister macht ein gutes Geschäft, ein sehr gutes Geschäft. 1 800 Millionen Schilling erspart er sich beim Aufkommen an Lohn- und Einkommensteuer, im kommenden Jahr weitere 456 Millionen Schilling, weil er für das erste Vierteljahr nichts bezahlt. Eine klare Rechnung: Um 2 256 Millionen Schilling ändert der Herr Finanzminister von heute auf morgen seine Meinung, wenn es sein muß. Alles das unter dem Titel „Arbeitsplatzsicherung“, „Arbeitsplatzförderung“ und dergleichen mehr.

Aber was geschieht für die Familien? - Eine große Augenauswischerei in weiten Bereichen und eine geringe Verbesserung für jene, die trotz der angeblich so guten Politik der SPÖ noch zu wenig verdienen, die Steuerabsetzbeträge voll auskosten zu können.

Für uns Freiheitliche ist es klar, daß wir derartigen Absichten der Bundesregierung mit schärfster Kritik entgegenzutreten und daß wir keinesfalls bereit sind, derartigen Maßnahmen, auch wenn uns der Herr Blecha noch so freundlich dazu einladen wollte, zuzustimmen.

Wir müssen auch im Zusammenhang mit der Frage der Arbeitsplatzsicherung die Gegenfrage stellen: Wovon leben die Arbeitsplätze? - Doch davon, daß die Produkte, die erzeugt werden, auch gekauft werden können.

Die Frage ist: Können Familien mit schlechten Förderungen das Marktangebot nutzen? Können sie kaufen? - Ich glaube, gerade eine angemessene Beihilfenerhöhung, die dank der Reserven des Familienlastenausgleichsfonds schon lange möglich gewesen wäre und auch heute möglich ist, würde sehr wesentlich dazu beitragen, dieses Problem zumindest sehr wesentlich zu entschärfen, und das gerade in Bereichen, wo wir ja bekanntlich erhebliche Schwierigkeiten haben, nämlich beim Konsum an Milch, Milchprodukten, Nahrungsmitteln, Lebensmittel allgemein, auch an Textilien; Sie wissen ja, daß wir erhebliche Schwierigkeiten haben, mit den bestimmten Überschüssen bei der Milch- und Fleischproduktion zu Rande zu kommen, daß wir erhebliche Schwierigkeiten haben, die Textilproduktion abzusetzen.

Das wäre doch eine echte Förderung, wenn man den Familien die Möglichkeit gäbe, Inlandsprodukte zu kaufen und damit Arbeitsplätze sicherzustellen! Aber dafür ist der Herr Finanzminister nicht zu haben. Man muß fragen: Wo ist da die Arbeitsplatzsicherungspolitik?

Und man muß weiter eine Frage stellen. Die Damen und Herren der sozialistischen Fraktion haben immer wieder die Behauptung aufgestellt, die 6 Prozent Beitrag von der Lohnsumme zur Deckung des Familienlastenausgleichs wären ein Lohnverzicht der Arbeitnehmer. Entweder wurde bisher diese Behauptung ohne Überzeugung aufgestellt, oder es wird nun die Überzeugung über Bord geschmissen und plötzlich zumindest 1 Prozent davon als Arbeitgeberbeitrag bezeichnet. Denn wie wäre es sonst möglich, beim Familienlastenausgleich von 6 auf 5 Prozent zurückzugehen und andererseits dann beim sogenannten Sozialversicherungs-Änderungsgesetz zu erklären, dieses 1 Prozent können dafür die Unternehmer mehr an Beiträgen für die Pensionsversicherung zahlen? Eine krasse



**Melter**

Umkehr also der bisherigen Argumentation, aber für den aufmerksamen Beobachter sozialistischer „Wunderpolitik“ kein Wunder.

Ein Wunder ist allerdings auch wieder der Initiativantrag Metzker und Genossen im Finanzausschuß, denn es gab ja eine Regierungsvorlage zum Familienlastenausgleich, vertreten vom Herrn Finanzminister. Aber im Sommer hatte er zu wenig Zeit, diese Vorlage zeitgerecht auszuarbeiten. Die Besuche in Mallorca haben vielleicht zuviel Zeit in Anspruch genommen. Die Auseinandersetzungen um die Mallorca-Steuer waren nicht ganz befriedigend. Das hat vielleicht einige Sorgen verursacht.

Eine Verzögerung also in der Regierungsarbeit, und plötzlich – plötzlich – stellt man fest, daß diese Regierung zu langsam, zu müde, zu träge war und daß es notwendig ist, um die größten Löcher des Budgets zu stopfen, noch schnell Initiativanträge einzubringen, um so dem Finanzminister zusätzliche Mittel auf Kosten der Steuerzahler und der Familien zuzuführen. Und diese Frau Abgeordnete Metzker, die also an Beiratsbeschlüssen im Familienpolitischen Beirat mitgewirkt hat, die dabei war, als man beschlossen hat, die Überschüsse zur Verbesserung der Beihilfen einzusetzen, die gleiche Frau Abgeordnete stellt im Finanz- und Budgetausschuß den Antrag, die Überschüsse des Familienlastenausgleichsfonds innerhalb kürzester Frist zur Gänze dem Finanzminister zur Verfügung zu stellen. Da wundert man sich über die Linie, diese Linie der sozialistischen Politik. (*Abg. Dr. Kohlmaier: Keine Linie!*)

Es ist also der Beirat dazu da, die Probleme der Familien durch die Leute zu beraten, die sich dauernd damit beschäftigen, die also wissen, wo die Familien der Schuh drückt, und ich nehme an, Frau Metzker, daß Sie wissen, wo der Schuh drückt, weil Sie an diesen Beratungen immer sehr fleißig teilgenommen haben und auch immer in der Beratung sich zu Wort gemeldet haben. Sie kennen also die Probleme, und obwohl Sie im Familienpolitischen Beirat dafür waren, daß die Überschüsse den Familien zugeführt werden, bringen Sie nun den Antrag ein, daß man den Überschuß dem Finanzminister gibt. (*Abg. Dr. Marga Hubinek: ... unverständlich!*) Eine wunderbare Wandlung von Wasser in Wein (*Ruf bei der ÖVP: Umgekehrt!*) oder umgekehrt. Jedenfalls wird mit dieser Handlung den Familien die Butter vom Brot genommen. (*Zustimmung bei der FPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.*)

Interessant ist auch die unterschiedliche Begründung, die immer wieder vorgebracht wird. Aber sehr aufschlußreich, Frau Abgeordnete Metzker – das werden Sie selber bestätigen –, war der Sachverständige, der vom Arbeiterkammer-

tag gestern zum Familienpolitischen Beirat als Schützenhilfe fürs Fräulein Staatssekretär entsendet wurde; weil sie selber nicht bereit oder nicht in der Lage war, in die Diskussion sachlich einzutreten, benötigte sie einen Sachverständigen des Arbeiterkammertages. Und dieser Sachverständige gibt klipp und klar zu, daß diese Änderung des Familienlastenausgleichsgesetzes eine budgetpolitisch notwendige Maßnahme war: Also keine familienpolitische, sondern eine budgetpolitische Maßnahme. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Das ist ganz klar und eindeutig zum Ausdruck gekommen, und das ist ja der Vorteil, daß ein Sachverständiger nicht so blendet wie ein Finanzminister mit seiner politischen Schulung, der immer nur das Schöne verkauft und die üble Rückseite dem Betrachter und Beobachter möglichst verborgen hält.

Aber Sie können von uns als Opposition wirklich nicht verlangen, daß wir nicht den Finger an diese offenen Wunden legen und nicht darauf hinweisen, wo die Schattenseiten dieser sozialistischen unsozialen Politik den Familien gegenüber liegen.

Also ein reines Geschäft für den Finanzminister wird hier unter dem Titel „Familienlastenausgleich“ konstruiert.

Und der Herr Finanzminister hat eine Rechnung aufgestellt: 300 000 Familien mit 600 000 Kindern hätten durch diese Änderung des Familienlastenausgleichsgesetzes einen Vorteil, weil diese Personengruppe die Steuerabsetzbeträge nicht oder nicht voll ausschöpfen könne.

Diesen Schätzungen liegen, wie die Frau Staatssekretär gestern mitgeteilt hat, Statistiken bei der Einkommensteuer 1973, bei der Lohnsteuer 1974 zugrunde. Also das liegt schon einige Zeit zurück, und niemand wird bestreiten, daß in der Zwischenzeit doch einige Änderungen eingetreten sind, daß man etwa mit einer durchschnittlich 10prozentiger Bruttoeinkommensteigerung der unselbständig Erwerbstätigen in den letzten zwei, drei Jahren rechnen kann und daß zufolge des Eintritts in höhere Steuerverpflichtungen, insbesondere auch unter Berücksichtigung der nicht behobenen Steuerprogression, auch die Zahl der hier nicht zum Zuge kommenden Familien wesentlich geringer geworden sein muß. Das kann man auch mit Gegenbehauptungen keinesfalls entkräften.

Unserer freiheitlichen Auffassung nach ist eine derartige Umverteilung zu Lasten der Familienbeihilfenbeiträge und zugunsten des Steueraufkommens nicht erträglich in einer Zeit, in der man seit Jahren weiß, daß die Masse der Familien gegenüber Alleinverdienern oder Ehepaaren, bei welchen beide verdienen, erheblich benachtei-



**Melter**

ligt, ganz erheblich benachteiligt ist. Diese Benachteiligung ist in keiner Weise auch nur annähernd sozial gerecht gelöst. Auch die neuen Maßnahmen bringen keine Verbesserung, und das führt dazu, daß wir Freiheitlichen einen ganz konkreten Antrag zur Verbesserung des Familienlastenausgleiches heute noch einbringen werden.

Ich möchte noch etwas sagen: Die Frau Abgeordnete Metzker hat sich vor einigen Monaten sehr vehement dagegen ausgesprochen, daß die Familienbeihilfen in zwölf Beträgen statt in vierzehn zur Auszahlung gebracht werden. Das kann man dem Stenographischen Protokoll entnehmen.

Nun hat sie selbst wieder den Antrag gestellt, statt vierzehn zwölf Beihilfen zur Auszahlung zu bringen. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Herr, vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun!)* Entweder hat sie gelernt *(Abg. Dr. Gruber: Gelernt zu gehorchen!)* oder ihre Überzeugung übersprungen *(Abg. Dr. Marga Hubinek: Parteidisziplin ist es!)*, oder sie hat dem Herrn Finanzminister wieder einen Gefallen erwiesen. Das ist aber Ihre eigene Angelegenheit, Frau Abgeordnete.

Nur sollte man es nicht derart kraß widersprüchlich innerhalb eines so kurzen Zeitraumes darstellen: Einmal hü, einmal hott! Aber Sie geben damit ein klassisches Beispiel der Regierungspolitik. Das ist vielleicht für den Beobachter der politischen Szene in Österreich doch sehr günstig, denn der, der Vernunft hat und Schlüsse zieht, kann daraus doch zu einem Ergebnis gelangen, das besagt, daß diese Regierungspolitik ein Von-der-Hand-in-den-Mund-Leben ist, daß man heute nicht weiß, was man morgen tun wird und daß also die Zukunft mit sehr vielen Fragezeichen versehen sein muß.

Nun möchte ich mich noch einmal dem Finanzminister zuwenden, der wieder einmal nicht im Hause ist und der auch nicht gerne zuhört, wenn man ihm sagt, wo er eine schlechte Politik betreibt. Das ist menschlich natürlich verständlich, aber auf der anderen Seite muß man denn doch sagen, daß ein Finanzminister auf Grund seiner Position gewisse Verpflichtungen hat. Zu diesen Verpflichtungen gehört jedenfalls, daß er auch dem Hohen Hause zur Diskussion zur Verfügung steht, und zwar nicht nur bestimmten Abgeordneten, sondern der Gesamtheit der Abgeordneten. *(Beifall bei der FPÖ. - Abg. Dr. Gruber: Wo ist er denn? Seine Vorlagen werden behandelt, und er ist nicht da! Er läßt sich auch nicht vertreten!)*

Der Herr Finanzminister hat in seiner Budgetrede unter anderem ausgeführt, daß den

steuerlichen Belastungen der Bürger, die mit 14,5 Milliarden Schilling beziffert wurden, natürlich auch Einsparungen gegenüberstehen würden; in der Summe wurden sie mit 600 Millionen Schilling beziffert. Er hat dann unter anderem speziell für den Bereich des Familienlastenausgleiches auch eine Erklärung abgegeben, und zwar im Zusammenhang mit der doch etwas berüchtigten Schulbuch- oder Wegwerfbuchaktion. Hier gibt es Regierungserklärungen, es gibt Budgeterklärungen des Finanzministers und es gibt Erklärungen des Unterrichtsministers, wo immer wieder zugegeben wird, und zwar seit Jahren, daß in dieser Schulbuchaktion Mängel vorhanden sind. Wir Freiheitlichen haben sie vorausgesagt, wir haben diese Aktion abgelehnt, weil wir erklärten haben, es gibt andere Möglichkeiten *(Abg. Dr. Gruber: Sinowatz sagt, das ist die optimale Lösung!)*, den Kindern diese Mittel für den Unterricht ebenfalls so günstig bereitzustellen wie mit dieser ominösen Schulbuchaktion.

Hier hat die Regierung ein schlechtes Gewissen. Hier wird vom Finanzminister auch behauptet, es ist notwendig, in der Schulbuchaktion durch Straffung des Verteilungssystems und durch Beschränkung auf die notwendigen Bücher weitere Einsparungen herbeizuführen. Nun, sehen wir uns das Budget an. *(Abg. Dr. Gruber: Keine Einsparungen!)*

Im Familienlastenausgleichsfonds laut Voranschlag 1977 990 Millionen Schilling. Und siehe da, im Voranschlag 1978 980 Millionen Schilling. Ein „Triumph“ der Einsparungsmaßnahmen dieses Finanzministers, muß man sagen! Kein Prozent bringt er weg, obwohl seit Jahren zugegeben wird, daß diese Art der Aktion schlecht ist, daß sie zu unbefriedigenden Ergebnissen führt und daß vor allen Dingen damit ein ganz erheblicher Mißbrauch im Sinne sozialistischer Parteipolitik betrieben wird.

Diesbezüglich wurde ja von unseren Sprechern schon auf Plakate und Flugblätter hingewiesen, die etwa in AHS-Schulen in Linz zur Verteilung gebracht wurden.

Das größte Problem für die Familien ist der Umstand, daß die für die Familienpolitik zuständige Staatssekretärin keine Erklärung abgeben kann und will, wie ab dem Jahre 1979 die Fortzahlung der Beihilfen erfolgen soll. Wenn allein für das kommende Jahr 5,5 Milliarden Schilling Defizitentnahme aus den Reserven vorgesehen ist, die mit etwas über 9 Milliarden beziffert werden, bedeutet dies, daß im Jahre 1979 die Reserven ausgeschöpft und die Verpflichtungen des Bundes auf Grund der Verwendung der Familienlastenausgleichsmittel in früheren Jahren für die Budgetbedeckung wirksam werden. Die Frau Karl hat also kein Konzept, sie hat keine Erklärung bereit, wie die steigenden Kosten für

**Melter**

die Kinder durch ebenfalls steigenden Beihilfen zumindest egalisiert werden. Ganz abgesehen davon, daß man die Steigerung der Beihilfen im Durchschnitt zumindest entsprechend der Steigerung der unselbständigen Einkünfte vornehmen müßte, um die Familien nicht laufend schlechter zu stellen als jene Personen, die für keine Kinder zu sorgen haben.

Es ist also in den letzten Jahren diesbezüglich einfach zu wenig geschehen, obwohl die finanziellen Voraussetzungen ohne zusätzliche Belastung der Wirtschaft gegeben gewesen wären und obwohl man zugestehen muß, daß gerade die Erhöhung der Familienbeihilfen dazu beigetragen hätte, den Inlandsmarkt zu verbessern und damit die Arbeitsplätze auch besser abzusichern.

Im Hinblick auf die derzeitige finanzielle Situation des Familienlastenausgleichsfonds und aus ganz aktuellem Anlaß bringen wir Freiheitlichen zum Familienlastenausgleichsgesetz 1967 folgenden Abänderungsantrag ein:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Der Gesetzentwurf in 661 d. B. wird wie folgt geändert:

1. Im Art. I hat die Z. 5 zu lauten:

„5. Die Abs. 2 bis 4 des § 8 haben zu lauten:

„(2) Die Familienbeihilfe beträgt für jedes Kind monatlich 980 S.

(3) Die Familienbeihilfe erhöht sich für jedes Kind mit Beginn des Monats, in dem das Kind

a) das zehnte Lebensjahr vollendet, monatlich um 100 S und

b) das fünfzehnte Lebensjahr vollendet, monatlich um 200 S.

(4) Für jedes Kind, das erheblich behindert ist, erhöht sich die Familienbeihilfe monatlich um 1 050 S.“

2. Im Art. I Z. 14 hat die lit. a im § 39 Abs. 5 zu lauten:

„a) Vom Aufkommen an Einkommensteuer sind dem Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen für jedes Kind, für das Anspruch auf Familienbeihilfe besteht, monatlich im nachhinein 350 S zuzuweisen, wobei die Zuweisung zu 25 v. H. zu Lasten des Aufkommens an veranlagter Einkommensteuer und zu 75 v. H. zu Lasten des Aufkommens an Lohnsteuer zu erfolgen hat. Die länderweise Aufteilung hat verhältnismäßig dem in den einzelnen Ländern im vorhergehenden Kalenderjahr erzielten Aufkommen an veranlagter Einkommensteuer bzw. an Lohnsteuer zu entsprechen;“

Weiters bitte ich den Herrn Präsidenten, weil

wir ja im Art. I die Z. 8, 15 und 17 ablehnen, getrennte Abstimmung vorzunehmen. Ich möchte auch hier gleich erklären, daß wir dem Initiativantrag, ich will sagen, in der Fassung der Regierungsvorlage, nicht zustimmen können, daß wir sie also ganz konkret ablehnen werden, es sei denn, daß unsere Abänderungsanträge Berücksichtigung finden.

Die Abänderungsanträge haben im Falle der Annahme zur Folge, daß die Leistungen für alle Kinder in gleichem Ausmaß festgesetzt werden. Dies ist eine alte Zielvorstellung der Sozialisten, die auch in Übereinstimmung steht mit dem Volksbegehren zum Schutze des Lebens, wo auch eine einheitliche Beihilfe gefordert wurde. Und es steht in Übereinstimmung auch mit der einhelligen Meinung des Familienpolitischen Beirates, daß eine Altersstaffelung einzuführen wäre.

Wenn die Damen der sozialistischen Fraktion, die dem Familienpolitischen Beirat angehören und die diese Zielvorstellung ebenfalls gutgeheißen haben, konsequent bei ihrer Meinung bleiben, dann wird dieser Antrag heute zum Beschluß erhoben, und Sie können dann mit Befriedigung vor die Bevölkerung treten, der Sie bisher erklärt haben, daß Sie diese Meinung vertreten, daß Sie sie auch durchsetzen könnten. Verbünden Sie sich mit jenen, die diese Verbesserung ganz konkret fordern und beantragen, und Sie werden einen Erfolg für die Familien erreicht haben.

Der zweite Antrag besagt nicht mehr und nicht weniger, als daß dem Finanzminister aus dem Titel der Familienpolitik kein Geschäft erwachsen soll. Das, was man bisher im Steuerrecht den Familien zugebilligt hat, soll man im vollen Umfang aus dem Steuerbereich finanzieren, das heißt also, daß die Absetzbeträge, die bisher jedem Kind im Steuerrecht zugebilligt waren mit 350 S monatlich beziehungsweise 4 200 S im Jahr, daß diese Absetzbeträge nun dem Familienlastenausgleichsfonds zur Verfügung gestellt werden, damit er die Leistungen unbeschränkt und ungefährdet erbringen kann.

Im Familienlastenausgleichsgesetz gibt es unter anderem auch eine Bestimmung, die vorsieht, daß den Krankenversicherungsträgern der Entbindungskostenbeitrag zu ersetzen ist. Das bedeutet mit anderen Worten, im Bereich der bisherigen sozialen Sicherheit wird abgebaut und umgestellt auf Kosten des Familienlastenausgleichs. Bisher in manchen Sozialversicherungszweigen selbstverständliche Leistungen, die aus den Beiträgen der Krankenversicherung getragen wurden, sollen nun plötzlich dem Familienlastenausgleich angelastet werden.

Dabei gibt es auch einige ganz beachtliche Unterschiede, die leider verschwiegen werden.

**Melter**

Frau Abgeordnete Metzker, Sie haben hier vor dem Hohen Haus wiederholt erklärt: Die Sozialisten treten für die gleiche Behandlung jedes Kindes ein. Jedes Kind ist uns gleich viel wert!

Ich frage Sie, Frau Metzker: Warum geben Sie nicht jedem Kind gleich viel? Sie geben gleiche Familienbeihilfen, aber Sie geben unterschiedliche Entbindungskostenbeiträge. Es gibt ja auch unterschiedliche Bestimmungen im Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz, im Gewerblichen Selbständigen-Krankenversicherungsgesetz, im Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz und schließlich im Bauern-Krankenversicherungsgesetz. Die einen kriegen 1 000 bis 2 000 Schilling, je nachdem, wie die Krankenkasse finanziell gesichert ist. Sie werden jetzt sicher auf 2 000 Schilling gehen, mit Recht – mit Recht, sage ich – werden Sie auf 2 000 Schilling hinaufgehen. Ganz richtig: Weil man es aus dem Familienlastenausgleich bezahlt, kann man allgemein hinaufgehen.

Aber wie ist es beim GSKVG? Gehen Sie da auch auf 2 000 Schilling? Sehen Sie da auch entsprechende gesetzliche Änderungen vor? Sehen Sie sie beim Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz vor? Oder führen Sie es bei den Bauern ein?

Den Bauern geben Sie gar nichts. Das ist die gleiche Behandlung, die Sie für Kinder vorsehen! „Jedes Kind ist uns Sozialisten gleich viel wert.“ Aber die Kinder der Bauern kriegen nichts, die Kinder der Beamten kriegen weniger, die Kinder der Selbständigen kriegen auch weniger. Das ist ein gerechter Ausgleich nach sozialistischer Manier! Man macht es, wie man es braucht, Hauptsache, es finden sich Dumme, die glauben, das ist sozial gerecht.

Nun muß ich mich doch auch noch einem zweiten Initiativantrag zuwenden, der von dem Abgeordneten Pansi eingebracht wird. Es fehlt plötzlich im Bericht der Abgeordnete Schranz. Der Abgeordnete Pansi allein bringt also laut Bericht des Sozialausschusses das SV-Änderungsgesetz ein, das ich als sozialistisches Ausbeutergesetz bezeichnen möchte. Es ist im Husch-Pfusch zustande gekommen und wird damit begründet, daß man aus dem Sozialbereich auch wieder das Budget finanzieren muß. Und es wird in den Erläuterungen zugegeben, daß diese Finanzierung mit Sozialbeiträgen dem Finanzminister über 7 000 Millionen Schilling bringt. Ein schöner Finanzminister und ein bedauerlicher – ein bedauerlicher! – Sozialminister.

Ihr Vorgänger, Herr Sozialminister, Ing. Häuser, wäre blaß geworden bei einer derartigen Entwicklung. (*Ruf bei der SPÖ: Er ist schon rot!*) Blaß wäre der Herr Häuser geworden, und es wäre

ihm furchtbar peinlich, wenn man ihm jene Äußerungen in Erinnerung rufen würde, die etwa am 26. und 27. Juni 1968 von Ing. Häuser als Hauptsprecher im Sozialbereich und von vielen anderen gemacht wurden, als eine andere Regierung auch Maßnahmen gesetzt hat, die wir Freiheitlichen ebenfalls kritisiert haben. Es sind sicher sehr kritische Bemerkungen am Platze, wenn man diesen krassen Eingriff in das bisherige Sozialsystem einer Kritik unterzieht.

Eine Ausbeute von 7 000 Millionen Schilling ist ein guter Erfolg des Finanzministers und ein Opfer des Sozialministers auf Kosten der Beitragspflichtigen. Beitragspflichtige Arbeiter, beitragspflichtige Angestellte, beitragspflichtige Beamte, beitragspflichtige Dienstgeber jeder Art: Alle müssen diese Vorgangsweise finanzieren, direkt durch Beitragserhöhungen, indirekt natürlich durch die damit zweifellos im Zusammenhang stehenden Preiserhöhungen. (*Der Präsident übernimmt wieder den Vorsitz.*)

Die Konsumenten, die Sie immer wieder zu vertreten angeben, müssen zahlen, auch wenn Herr Dallinger noch so sehr den Kopf schüttelt. Ich werde auf Ihre Position noch gesondert zu sprechen kommen. Dann können Sie mit dem Kopf wackeln, so viel Sie wollen. Manchem der Zuhörer werde ich sicher die Augen öffnen über die Politik, die auf sozialistischer Seite den Arbeitnehmern gegenüber betrieben wird.

Bei diesem Raubzug gegenüber den Arbeitnehmern für das Budget und für die Pensionsversicherungen steht man vor der Tatsache, daß die Situation der Pensionsversicherungsträger laufend besser wird. Wenn man den Äußerungen von Aussendungen des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger Glauben schenken darf, wenn man den Äußerungen aus dem Sozialressort Glauben schenken darf, dann sinkt ja die Belastungsquote laufend. Wir haben nach diesen Aussendungen die höchste Belastungsquote in den Jahren 1974 und 1975 mit 43,5 Prozent erreicht, seit 1976 ist ein Rücklauf im Gange, 1977 beträgt nach dem Bericht zur sozialen Lage die Belastungsquote nur noch 41 Prozent, und sie sinkt dann prognosemäßig weiter auf 37,8 im Jahre 1980 und auf 35,5 im Jahre 1990, im Jahre 2000 sollen es nur noch 34,3 Prozent sein.

Da muß man fragen, wieso bei einer derart günstigen Entwicklung der Belastungsquote die Beiträge dauernd steigen müssen. Das kann doch nur mit einer schlechten Verwaltung zusammenhängen, mit einer schlechten Finanz- und Budgetpolitik, mit einer nicht ganz einwandfreien Politik auch im Bereich der Sozialversicherungsträger; darüber gibt ja ein Rechnungshofbericht einige Auskünfte, einige sehr interessante Auskünfte, über die wir dann beim Rechnungshofbericht sicher noch des längeren und breiteren

**Melter**

diskutieren könnten. Der Bevölkerung muß man nur sagen: Mit den Beiträgen wird nicht immer sehr gut gewirtschaftet, und zwar auf Kosten der Beitragszahler sowie zum Nachteil der Pensionisten.

Hier nun eine Erfindung, für die sicher der neue Sozialminister ein Ursprungsrecht in Anspruch nehmen kann: der sogenannte Sonderbeitrag bei den Pensionsversicherungsbeiträgen. Es wird also nicht der Beitrag allgemein angehoben, sondern es wird ein Sonderbeitrag eingeführt, der zu 1,5 Prozent von den Dienstgebern, zu 0,5 Prozent von den Dienstnehmern zu bezahlen ist. Man sagt halt bei den Sozialisten: Das zahlen eh die Dienstnehmer, unsere Arbeiter und Angestellten, das halbe Prozent werden sie schon noch „derzahlen“.

Aber da wird vielfach Hunderttausenden ein Beitrag abgenommen, obwohl dies für die eigene Versicherung nicht notwendig wäre. Denn es ist unbestritten, daß die Pensionsversicherung der Angestellten ausgeglichen bilanziert, ja daß sie Überschüsse erzielt, daß also die Angestellten ohne weiteres ohne Begrenzung nach den derzeitigen Prognosen und Verhältnissen ihre Pension mit den bisherigen Beiträgen gesichert haben. Aber ihnen nimmt man 2 Prozent, das sind für den Angestellten-Gehaltsaufwand, auf der heurigen Basis bemessen, 2 600 Millionen Schilling. Wenn man die Einkommensteigerung, die Erhöhung der Höchstbeitragsgrundlage mit berücksichtigt, sind das im nächsten Jahr mindestens 300 Millionen Schilling mehr.

Herr Abgeordneter Dallinger stimmt als Obmann der Angestelltengewerkschaft, als Obmann der Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten diesem Angestelltenopfer zu. Das ist natürlich Ihre Angelegenheit. Aber ich muß mich fragen, wie Angestellte einen derartigen Vertreter wählen können, der ihnen dauernd derartige zusätzliche Belastungen auferlegt, obwohl für ihren Bereich diese Belastungen zur Sicherung der Pensionen auf keinen Fall nötig sind. *(Beifall bei der FPÖ.)* Tausende Millionen Schilling werden also den Angestellten für andere Zwecke abgeknöpft.

Dasselbe gilt etwa für den Bereich der Arbeitslosenversicherung und vielfach auch für den Bereich der Krankenversicherung. Überall wird eine Umverteilung betrieben, und man muß immer wieder sagen: vielfältig auf Kosten der Angestellten!

Da kommt ein nüchterner Beobachter zur Feststellung: Wenn Angestellte noch einen sozialistischen Vertreter wählen, kann man nur sagen: Nur die größten Kälber wählen ihre Metzger selber! *(Heiterkeit.)* Das ist die einzige

Beurteilung, die man für einen derartigen Personenkreis noch finden kann. *(Abg. Treichl: Das ist ein Vorarlberger Sprichwort! Das gilt nicht allgemein, bestenfalls für Vorarlberg!)* Wir können uns dann noch über dieses Thema unterhalten.

Wenn aber nun auch noch im Bereiche der Krankenversicherung eine Mehrbelastung erfolgt, die nach den Erläuterungen 810 Millionen Schilling Versicherungsbeitrag, 724 Millionen Schilling mehr bei der Rezeptgebühr und 198 Millionen bei Wohnungsbeihilfen, Wohnbauförderung und Arbeiterkammer bringt, eine Mehrbelastung, die aber zu keiner Sanierung der Krankenkassen führen wird, dann muß man sich fragen: Wo ist das Konzept dieser Bundesregierung?

Man weiß seit Jahren, daß die Krankenversicherung krankt, daß am System etwas nicht in Ordnung sein kann, daß aber diese Unordnung nie allein dadurch beseitigt werden kann, daß man immer mehr Geld von den Versicherten holt, sondern man muß sich endlich auch dazu aufraffen, ein System zu finden, das auf allen Seiten Korrekturen beinhaltet, die zu einer Gesundung führen.

Wenn hier noch großspurig die Behauptung aufgestellt wird, mit dem Ertrag aus diesem Belastungspaket könne man etwa die Spitalsmiserie beseitigen, so sind größte Zweifel am Platze. Ich möchte behaupten, das wäre vielleicht das Geld für ein Jahr, im übernächsten Jahr wird die Situation wieder eine ganz andere sein, und es wird dann notwendig sein, daß entweder der Sozialminister oder der Finanzminister seine Fähigkeiten bezüglich zusätzlicher Belastungen der Bevölkerung neuerlich unter Beweis stellt.

Es gibt noch ein Problem, das da ins Gewicht fällt: die Rezeptgebühr, die ja hauptsächlich wieder die Familien trifft, denn wenn in einer Familie etwa bei einer Grippeepidemie mehrere Personen krank werden, dann muß halt diese Familie für jeden Angehörigen Medikamente kaufen und für jedes Medikament die 15 S bezahlen.

Die Begründung, die Sie bringen, es gebe dann etwa Großpackungen, Klinikpackungen, erscheint auch sehr fadenscheinig, denn bisher haben Sie ja anders argumentiert und immer gefordert, man möge kleinere Packungen schaffen, damit die 6 S, die bisher vorgeschrieben waren – darum ging es wahrscheinlich –, wirksamer werden, und um zu verhindern, daß Medikamente fortgeschmissen werden oder in der Schublade überaltern, nutzlos oder schlecht werden und unter Umständen ein negatives Ergebnis herbeiführen. Soll diese Gefahr plötz-

**Melter**

lich nicht mehr bestehen? Soll jemand eine Tausenderpackung vom Arzt verschrieben bekommen und dann einen Monat lang nicht mehr zur ärztlichen Kontrolle gehen? Ist das Ihre Vorstellung von Gesundheitspolitik, von der Betreuung kranker Menschen? Ist das Ihre Vorstellung von der sozialen Gleichbehandlung von Familien, die sowieso schon überbelastet und sozial benachteiligt sind? Hier wird also ein Weg beschritten, der uns Freiheitlichen unbegreiflich ist und der auf jeden Fall im krassen Gegensatz steht zu sozial und Sozialismus. Hier ist der Unterschied gegeben, und man kann der Bevölkerung nur immer wieder sagen, sie soll sich nicht irreführen lassen durch die Parteibezeichnung. Vieles, was die Sozialisten derzeit tun, verdient auf keinen Fall die Bezeichnung sozial.

Hier kann ich auch noch etwas zum 2. Abgabenänderungsgesetz sagen, obwohl Kollege Dr. Broesigke hier schon sehr deutlich geworden ist. Ich möchte mich daher beschränken auf das Kilometergeld, ein Thema, das die Sozialisten früher immer wieder gespielt haben, gerade die Gewerkschafter, die gefordert haben, der Arbeitnehmer darf dann, wenn er sein Fahrzeug im Auftrag des Dienstgebers verwendet, nicht zu Schaden kommen. Man muß ihm einen angemessenen Vergütungssatz für sein Kraftfahrzeug und dessen Benützung geben.

Nun, nachdem diese Mißwirtschaft zu einem derart katastrophalen finanziellen Ergebnis für das Budget und für den Außenhandel geführt hat, wird jetzt dieses Kilometergeld abgebaut; abgebaut in einer Form, die unerträglich ist. Unerträglich deshalb, weil man derart wieder Ungleichheit schafft, denn bei den Arbeitnehmern, die etwa in Bereichen tätig sind, wo man keine Vorsteuer abziehen kann, wird die Weiterzahlung des bisherigen Kilometergeldes wahrscheinlich relativ problemlos sein. Aber die Masse jener Arbeiter und Angestellten, die in Betrieben tätig sind, die dann diese Aufwendungen, sofern sie 1,80 S übersteigen, nicht mehr absetzen können, werden natürlich Überlegungen anstellen, wie sie das nun regeln sollen. Betroffen sind hier Tausende Arbeitnehmer in privaten und verstaatlichten Betrieben. Es sind Tausende betroffen, die Sie zu vertreten angeben, die Sie aber in dieser Frage eindeutig benachteiligen, weil Ihr Finanzminister schlecht gewirtschaftet hat und weil Sie ihm ein weiteres Körpergeld aus diesen Leistungen der Arbeiter und Angestellten zuführen wollen.

Sie haben eine Begrenzung für die Anschaffung von Kraftfahrzeugen vorgesehen. Es darf nur 105 000 S kosten. Dagegen kann man in vielen Fällen sicher nichts einwenden. Aber man muß fragen: Benützt der Herr Finanzmini-

ster ein 105 000-S-Auto auf Kosten der Steuerzahler? Benützt er ein 105 000-S-Auto, oder hat er die Absicht, ein solches anzuschaffen und das teure oder die zwei teuren, die er hat, zu verkaufen? (*Abg. Peter: Im Budget 1978 ist ein neuer Wagen der Gruppe III für den Finanzminister vorgesehen!*) Der arme Finanzminister! Der arme Finanzminister! Für Arbeiter, Angestellte, Beamte und Gewerbetreibende 105 000-S-Grenze, ohne Rücksicht auf Verluste, ohne Rücksicht darauf, ob es zweckmäßig ist oder nicht, wie etwa bei Vertretern, die oft sehr schweres Gepäck mitnehmen müssen. Aber für die Luxusbedürfnisse des Herrn Finanzministers keine Beschränkung. Der Herr Finanzminister hätte für seine Aktentasche in einem 105 000-S-Auto sicher auch noch Platz.

Aber so sind eben die Unterschiede. Man rechnet damit, daß halt ein Sozialist bei den Arbeitern nicht kritisiert werden könne. Man rechnet damit, daß die Angestellten den armen Finanzminister schon fördern werden. Der Finanzminister hat halt mehr Verantwortung und braucht ein besseres und sicheres Auto. Bei den Angestellten und Arbeitern spielt es weniger Rolle, wenn die einmal in den Graben fahren oder bei einem Unfall unter Umständen in einem zerquetschten Auto halt nicht mehr überleben. Aber unseren Finanzminister müssen wir uns natürlich erhalten, weil er gar so billig kommt, und wertvolle Gegenstände muß man schützen. Und das ist das off dieser Geschichte.

Ich möchte auch noch zurückkommen auf den ersten Entwurf des Abgabenänderungsgesetzes. Da hat es eine schöne Liste für Waren gegeben, die einem 30prozentigen Luxussteuersatz unterworfen werden sollen, wobei die Luxussteuer dem Grunde nach nur eine Umschreibung für die ehemals berüchtigte Autosondersteuer ist. Das ist jedem klar, der die Verhältnisse kennt, da ist also die Sondersteuer verpackt in ein luxuriöses Gewand.

Diese 30prozentige Sondersteuer war ursprünglich auf Porzellanwaren vorgesehen. Manche Leute in der Regierung, die Augartenporzellan oder Rosenthalporzellan oder ähnliches haben, jene Leute, die also ihre Amtsräume entsprechend ausschmücken, haben die Vorstellung, daß das wirklich Luxus ist. Da kann man ihnen recht geben.

Aber siehe da, sie haben doch ins Fettnäpfchen getreten: die Herren von der Regierung oder von der Regierungspartei. Denn als man diesen Zollpositionen dann etwas mehr nachgegangen ist, stellte man plötzlich fest: Ja was ist denn da los? Der Konsummarkt ist ja da furchtbar betroffen! Da gibt es doch im Konsummarkt eine Unmenge an Porzellanartikeln, wie Blaurandteller, Blaurandhäferl und

**Melter**

ähnliches. Das soll auf einmal 30prozentige Luxussteuer erforderlich machen? (*Abg. Dr. Gruber: Der Haberl interveniert vielleicht!*) Der Haberl wird da daraufgekommen sein, nachdem man einmal ziemlich kräftig geklopft hat. (*Ruf bei der SPÖ: Sind Sie böse? - Abg. Dr. Gruber: ... durch Ihre Dummheit!*)

Aber es ist ein Wunder, daß der Herr Finanzminister hier doch von seinem „Nachthäfen“ gestiegen ist, um es steuergünstig einkaufen zu können. (*Abg. Dr. Schranz zu Abg. Dr. Gruber: Was heißt „Ihre Dummheit“? Das verdient einen Ordnungsruf, Herr Dr. Gruber! Das haben Sie nicht zu sagen! Überlegen Sie, was Sie reden!*)

Aber hier, hier ist wirklich ein erstaunlicher Wandel vorgegangen. Zuerst war wirklich ein Raubzug auf die breiten Massen vorgesehen. Und wenn die Betroffenen sich nicht zur Wehr gesetzt hätten, und wenn man nicht erstaunlicherweise einmal beachtet hätte, daß hier auch die Masse der Arbeiter, Angestellten und Pensionisten für ein Kaffeehäferl für 10 S, 12 S und 15 S mit 30 Prozent Mehrwertsteuer belastet worden wäre, dann hätte man deutlich gesehen, was für eine schlampige Regierungsarbeit geleistet wird. Denn anderes als Schlamperei kann das doch nicht sein. (*Beifall bei der FPÖ.*) Ein derartiger Raubzug war vorgesehen, ein Raubzug unvorstellbaren Ausmaßes.

Hier muß ja wirklich manchen ein Schreck in die Knochen gefahren sein, daß sie also dann doch noch bereit waren, diese Korrektur an dem Abgabenänderungsgesetz vorzunehmen.

Zum Schluß möchte ich doch noch etwas zum Herrn Abgeordneten Wille sagen. Ich hoffe, man richtet es ihm aus. Er hat hier unter anderem ausgeführt, daß mit den Pensionsrückstellungen ein Mißbrauch betrieben wurde, daß also manche Betriebe schon mehr zurückgestellt haben, als das Grundkapital beträgt.

Der Herr Wille hat sicher hier für diese Behauptung Unterlagen. Diese Unterlagen stehen sicher auch dem Arbeiterkammertag zur Verfügung. Sie stehen auch der Regierung zur Verfügung. Ich möchte also an die Vertreter der Regierung die Frage stellen, welche Betriebe, namentlich, wieviel über die gesetzlichen Bestimmungen - wieviel im Verhältnis zum Betriebskapital - zurückgestellt haben. (*Abg. Mühlbacher: Haben Sie schon einmal etwas vom Steuergeheimnis gehört?*)

Steuergeheimnis. Nein, es gibt aber die Veröffentlichungspflicht. Herr Abgeordneter Mühlbacher! Es gibt die Veröffentlichungspflicht ab einer gewissen Größenordnung. Das haben Sie selber gewollt und mit Recht haben auch die Gewerkschaften die Veröffentlichungs-

pfligt gewünscht, und die Regierung soll hier offen darlegen, welche Betriebe, private und verstaatlichte, Mißbrauch betrieben haben. Dann sagen Sie dem Herrn Bundeskanzler als Eigentümervertreter der verstaatlichten Betriebe, wie sehr er durch die Genehmigung einer solchen Politik die Finanzpolitik des Finanzministers geschädigt hat.

Das wäre also für die Bevölkerung wesentlich aufschlußreicher als pauschale Feststellungen, daß mit den Pensionsrückstellungen Mißbrauch betrieben wurde.

Es ist nur bedauerlich, daß nun durch diese Gesetzgebung eine derartige Entwicklung im Bereich der Pensionsrückstellungen eintreten wird, die zum Nachteil der Arbeitnehmer, Arbeiter und Angestellten sein wird, weil natürlich unter diesen Voraussetzungen die Möglichkeiten, Begünstigungen einzuräumen, nicht mehr vorhanden sind, und das ist ein Nachteil für eine große Zahl österreichischer Dienstnehmer.

Eine sozialistische Politik, die sich kennzeichnet durch Belastungen der Bevölkerung, durch Verunsicherung, durch Beschneidung von Verbesserungsmöglichkeiten für die Familien, eine solche sozialistische Politik gehört an den Pranger gestellt, und wir Freiheitlichen sind entschlossen, dies durch unsere ablehnende Stellungnahme zu diesem Belastungspaket zu bekunden! (*Beifall bei der FPÖ.*)

**Präsident:** Der Antrag der Abgeordneten Melter und Dr. Broesigke ist genügend unterstützt und steht mit zur Behandlung.

Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Mühlbacher.

Abgeordneter **Mühlbacher** (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! (*Ruf bei der ÖVP: Ah, jetzt kommt der Mühlbacher!*) Ja, jetzt bin ich hier! Schon die Zwischenrufe bei den Ausführungen des Herrn Vizekanzlers haben genau gezeigt, daß die Opposition bei dem gegenständlichen Maßnahmenpaket eigentlich nur eines machen will: Parteipolitik. Alle Versprechungen, die hier geäußert worden sind hinsichtlich des Miteinander-Redens, und die seinerzeitigen Angebote, daß man Probleme gemeinsam lösen sollte, sind eigentlich im Blickpunkt dieser Debatte als leere Worte anzusehen.

Noch ärger, glaube ich, ist es, wenn man all die Maßnahmen zur wirtschaftlichen Situation ins Lächerliche zieht, so wie das mein Vorredner getan hat oder so wie der Generalsekretär der Bundeswirtschaftskammer, Herr Abgeordneter Mussil, der ja gestern schon zu dem heutigen

**Mühlbacher**

Maßnahmenpaket gesprochen und in seinen Ausführungen auch etwas überdreht hat.

Von mir können Sie nur einen sachlichen Beitrag erwarten, meine Damen und Herren, und der geht von der Aufgabenstellung dieses Maßnahmenpaketes aus. Dieses Maßnahmenpaket hat die Aufgabe zu erfüllen, erstens eine Verbesserung der Handelsbilanz und zweitens eine Verbesserung der Budgetsituation herbeizuführen.

Von seiten der Opposition wird das nur mit einer Handbewegung abgetan, und es hat mich verwundert, daß das auch der Herr Präsident der Bundeswirtschaftskammer Sallinger so getan hat. Er hat nämlich nur erklärt, daß diese Maßnahmen nicht wirksam werden. Hier muß ich der Österreichischen Volkspartei einen Vorwurf machen. Dieses Maßnahmenpaket ist eine Maßnahme der Bundesregierung, die wie viele vorher dazu beitragen wird, daß wir weiter eine positive Entwicklung in der österreichischen Wirtschaft haben, und die auch erwirkt wird, daß die zukünftigen Probleme so wie bisher gelöst werden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich verstehe Ihren politischen Standpunkt. Es ist klar, daß diesmal Lasten verteilt werden müssen, und das ist natürlich eine unpopuläre Maßnahme. Die ergreifen Sie nun wie einen Strohalm und glauben, damit jetzt Ihr politisches Image wieder aufbessern zu können. *(Ruf bei der ÖVP: Wann kommt die Sachlichkeit?)* Wir sind schon dabei, Herr Abgeordneter!

Nun zur Handelsbilanz. Vom Export – der wurde bereits erwähnt – wird eine weitere Steigerung verlangt. Dafür wird es zusätzliche Förderungsmaßnahmen geben. Ich darf hier gleich in Erinnerung rufen, daß schon in der Budgetrede des Herrn Vizekanzlers weitere Förderungsmaßnahmen für die exportierenden Betriebe angekündigt worden sind. Wir werden uns demnächst wieder hier im Haus mit einer Novelle zum Ausfuhrförderungsgesetz und zum Ausfuhrfinanzierungsgesetz beschäftigen.

Auf der Importseite liegen drei Maßnahmen vor: erstens der umstrittene dritte Mehrwertsteuersatz, zweitens Förderungsaktionen für jene Betriebe, die die Herstellung von Produkten aufnehmen, die bisher importiert wurden, und drittens Maßnahmen auf dem Zollgebiet.

Zum dritten Mehrwertsteuersatz sind, glaube ich, heute schon Ausführungen gemacht worden. Ich möchte nur noch auf einen Zwischenruf des Herrn Abgeordneten Kern eingehen, der gemeint hat, daß hinsichtlich der Körperbehinderten ein Nachteil eintreten wird. Wie bekannt, bekommen die Körperbehinderten einen Zuschuß für die Anschaffung ihrer Invalidenfahrzeuge. Ich weiß, daß bereits die Vertreter

meiner Fraktion mit dem Herrn Vizekanzler Gespräche führen, wonach eine dementsprechende Abfindung der Mehrbelastung geregelt werden wird. *(Abg. Kern: In der Regelung ist nichts drinnen!)* Ich sage es Ihnen ja heute. Sie können beruhigt sein: Wenn ich Ihnen etwas sage, so stimmt das schon. *(Ruf bei der ÖVP: Das nehmen wir nicht ernst!)* Nein? Nun, ich kann Ihnen das jetzt noch des öfteren beweisen.

Ich gehe weiter in meinen Ausführungen und komme zur Verbesserung der Budgetsituation. Über die Ursachen haben wir ja heute bereits gesprochen, darüber wurde ausführlich diskutiert. Sie sind ja nicht davon zu überzeugen, und zu meiner Überraschung hat gestern auch der Herr Abgeordnete Broesigke ausgeführt, es wäre ein Märchen, daß wir durch die Finanzierung der Jahre 1974 und 1975 die Vollbeschäftigung erhalten haben. Doch der Beweis liegt vor: Die Vollbeschäftigung ist erhalten. Ich kann dem Herrn Abgeordneten Broesigke sagen: Jeder Groschen weniger hätte sich bei der Zahl der Beschäftigten niedergeschlagen.

Und wenn vom Herrn Abgeordneten Koren gesagt wurde, das wäre der Preis für die sozialistische Politik, dann brauche ich dazu nur zu sagen: Jawohl, sozialistische Politik – sprich Krisenabwehr, sprich Vollbeschäftigung. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Vielleicht noch ein Wort zur Straßenbenützungsg Gebühr, die gestern auch vom Herrn Abgeordneten Mussil sehr kritisiert wurde. Ich darf hier ausführen, wie man die Straßenbenützungsg Gebühr berechnen wird. Die ausländischen Frächter werden einen Schilling pro Tonnenkilometer zu zahlen haben, die inländischen Frächter eine Jahrespauschale, und zwar ab fünf Tonnen 1 200 S und ab zehn Tonnen 2 400 S. Und da muß ich dem Herrn Abgeordneten Mussil sagen: Sie waren in letzter Zeit bei keiner Versammlung von österreichischen Frächtern, denn ich war bei allen und habe nirgends eine Kritik gehört. An diesem Pauschalbetrag, verehrte Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei, wurde keine Kritik geübt, diese Belastung wird ohneweiters angenommen. 1 200 S im Jahr bedeutet eine Monatsbelastung von 100 S. Ich habe also keine Kritik gehört. Ich weiß nicht, von wo der Herr Abgeordnete Mussil aufgetragen bekommen hat, eine so arge Kritik hier vorzubringen.

Und nun, verehrte Damen und Herren, doch sicherlich zum Hauptgebiet, das Sie von mir erwarten, nämlich zum 2. Abgabenänderungsgesetz.

Erstens: Abfertigungsrücklagen. Die Abfertigungsrücklage – ich darf das in Erinnerung rufen – ist eine steuerliche Begünstigung, die

**Mühlbacher**

eingeführt wurde. Danach kann der Selbständige die zu erwartende Abfertigung steuerbegünstigt absetzen. Es ist kein Zweifel, daß das eine Steuerbegünstigung ist. Das wird dadurch bewiesen, daß vor dem Inkrafttreten dieser Steuerbegünstigung kein Unternehmer die Abfertigung passiviert hat. Das heißt, erst als die steuerliche Begünstigung gegeben wurde, wurde sie passiviert. Und jetzt, verehrte Damen und Herren, kam das große Geschrei: Eine kleine Zurücknahme dieser steuerlichen Begünstigung, und Sie sind empört darüber.

Verehrte Damen und Herren! Darf ich wieder auf den Kern des Maßnahmenpaketes zurückkommen, nämlich auf die Verbesserung der Handelsbilanz und die Verbesserung der Budgetsituation. Das heißt, Lasten auf sich zu nehmen, das heißt, auch von steuerlichen Begünstigungen etwas abzugeben.

Zu den Pensionsrückstellungen: Auch hier ist jetzt endgültig eine Regelung zur Zufriedenheit und in einem Ausmaß geschaffen worden, die die Rückstellung für tatsächliche Verbindlichkeiten ermöglicht. Daher kann ich mir auch nicht vorstellen, was Ihr Einwand hier von dem Pult aus anderes bedeuten soll als politisches Kleingeld zu erhaschen. Denn Tatsache ist, daß die Pensionsrückstellung auch in Hinkunft größtmöglich dotiert werden kann. Warum ist eine Fixierung der Berechnungsgrundlage geschehen? Natürlich deswegen, verehrte Damen und Herren, damit man dem Mißbrauch, der gemacht wurde, entgegenzutreten kann; deshalb eine fixe Berechnung der Pensionsrückstellung.

Und nun, verehrte Damen und Herren, zum umstrittensten Teil, nämlich zur steuerlichen Behandlung der betrieblich genutzten Fahrzeuge. Darf ich vorerst den Sachverhalt, der nunmehr im 2. Abgabenänderungsgesetz enthalten ist, klar feststellen.

Erstens: Betrieblich genutzte Fahrzeuge sind voll absetzbar. Betrieblich genutzt heißt, daß ein Fahrzeug mehr als zur Hälfte dem Betrieb zur Verfügung steht. – Nicht Neues, sondern bereits geltendes Recht. (Abg. Dipl.-Vw. Josseck: Jetzt kommt das „Aber“!) Nutzfahrzeuge – jetzt bleiben wir einmal bei den Nutzfahrzeugen, Herr Abgeordneter Josseck – sind weiterhin auch mit dem vollen Vorsteuerabzug voll abschreibbar. Dazu gehören: Lastkraftwagen, kleine Lieferwagen, Pritschenwagen und so weiter. – Kein Einwand Ihrerseits. Hier gibt es lediglich eine Einschränkung der steuerlichen Begünstigung, nämlich jene, daß die vorzeitige Abschreibung von 50 Prozent auf 25 Prozent herabgesetzt wird. Auch darüber hat es keine große Diskussion gegeben, das ist ja nur eine Verschiebung der Abschreibungsmöglichkeit:

Im ersten Jahr wird dementsprechend weniger abgesetzt, der verbleibende Restbuchwert in den folgenden Jahren.

Das, was Sie noch nicht zur Kenntnis nehmen wollen, obwohl es schon gesagt wurde, ist, daß mittels eines Erlasses – das hörten Sie ja schon im Finanz- und Budgetausschuß aus dem Munde des Herrn Finanzministers – der Grenzbereich zwischen betrieblichem Nutzfahrzeug und LKW festgelegt wird. Dieser Erlaß wird folgende Richtung aufzeigen: Kleinbusse gelten nicht wie bei den Verkehrsvorschriften als PKW, sondern sie gelten für die steuerliche Absetzung als Nutzfahrzeuge; daher sind Kleinbusse voll absetzbar. – Kein Einwand. – Das heißt, wir haben damit neben den Lastkraftfahrzeugen auch für die Handwerker ein Fahrzeug, das voll abschreibbar ist, nämlich den Kleinbus, der das Idealfahrzeug für das ganze Baunebengewerbe, für unsere Handwerker, Installateure, Schlossermeister und so weiter darstellt. (Abg. Dipl.-Vw. Josseck: Das ist nichts Neues! Das war bisher auch so!)

Ja, was heißt wie bisher? Sie bestreiten es ja immer. Sie sagen immer, es gibt keine Abschreibung mehr für Fahrzeuge. Jetzt will ich Ihnen klar und deutlich sagen, daß jedes betrieblich genutzte Fahrzeug steuerlich voll abschreibbar ist. Lassen Sie sich weiter aufklären, wenn Sie es nicht verstehen wollen, denn hier liegt nämlich ein Selbstbetrug Ihrerseits vor, eine Selbsttäuschung, wie gestern der Herr Broesigke schon gesagt hat. Sie wollen es ganz einfach nicht wahrnehmen, Ihnen gefällt ja die Lösung gar nicht, weil Sie aus politischen Gründen diese ganze Behandlung unbedingt miesmachen wollen. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dipl.-Vw. Josseck: Gefallen wird es uns!)

Noch einmal zu dem Erlaß „Grenzbereich“. Erstens: Kleinbusse. Zweitens: Jene Fahrzeuge, die eine Ladefläche aufweisen und Sitze für bis zu zwei Personen haben, das heißt, verkehrsrechtlich sicherlich ein PKW oder ein Kombi. (Abg. Dr. B l e n k: Ich bitte Sie, wollen Sie das Gesetz in jedem einzelnen Punkt aufzählen?) Sie wollen das ja von uns wissen. – Sie wissen das? Dann muß ich sagen, daß all Ihre Beiträge falsch waren, die Sie hier von dieser Seite aus gemacht haben. (Abg. Dr. B l e n k: Reden Sie einmal von dem, was neu wird, nicht von dem, was war!)

Das haben Sie ja alles bestritten, denn jetzt komme ich ja dazu. Sie reden immer vom Handelsvertreter, dessen Fahrzeug jetzt nicht begünstigt ist. Lassen Sie mich dazu jetzt sagen: Jawohl, dem Handelsvertreter soll ein Fahrzeug zur Verfügung stehen, das stark ist, das sicher ist; das muß ja nicht ein Wagen der Klein- oder Mittelklasse sein. Wie Sie wissen, geht der Handelsvertreter eben nur allein mit seinem



**Mühlbacher**

Musterkoffer oder mit seiner Kollektion auf Geschäftsreisen. Und da findet er das Fahrzeug – es kann ohneweiters ein Mercedes 280 sein, was selbstverständlich ist für einen Handelsvertreter, der im Jahr 60 000 km fährt, der also Sicherheit braucht für sein Fahrzeug. Dieses Fahrzeug kann er dann voll abschreiben, er hat den vollen Vorsteuerabzug. – Das wußten Sie alles? Also das sollen wir Ihnen nicht sagen. Dann dürfen Sie aber nicht hergehen und behaupten, daß gewisse Branchen benachteiligt sind. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Sie wollen ja eigentlich die Tatsachen gar nicht wissen. Ihnen gefällt das politische Spiel mit dem Kraftfahrzeug, um hinausgehen und sagen zu können: „Es wird euch das Auto weggenommen! Kampf gegen das Auto! Es geht um Kopf und Wagen!“ Das sind all die Parolen, die Sie ja hinausposaunt haben. *(Abg. Dr. Schwimmer: Reden Sie doch endlich über die Verschlechterung!)*

Was wollen Sie jetzt noch wissen? – Wir haben auch ein Fahrzeug für den Handelsvertreter, das voll abschreibbar ist. *(Zwischenrufe bei ÖVP und FPÖ.)*

Jetzt kommen wir zum PKW, zu dem umstrittenen Fahrzeug. Darf ich vorausschicken, daß es eine Verwaltungsgerichtshofentscheidung gibt, die besagt, daß gewisse Größen von PKW aus betrieblichen Gründen nicht unbedingt erforderlich sind. *(Ruf bei der ÖVP: Gilt das auch für den Finanzminister?)* Ich spreche vom Verwaltungsgerichtshof. Das war seine Entscheidung. Das heißt also, man konnte schon bisher – und das dürfte Herr Broesigke gemeint haben – den Mercedes 450 nicht zur Gänze abschreiben. *(Abg. Dr. Blenk: Mit einem Wort, wir sollen sehr froh sein über die Neuregelung, weil sich nichts ändert!)*

Aber jetzt lassen Sie sich das einmal erklären; auf den politischen Teil dieser Sache, den Sie angeführt haben, komme ich noch zurück. Sie sehen auch ein, daß der Mercedes 450 nicht zur Gänze betrieblich genützt werden muß. Wunderbar, dann sind wir ja bei dem Fahrzeug um 105 000 S, gegen das Sie etwas haben. Wir werden also den Verwaltungsgerichtshofentscheid anerkennen, daß man zur Ausübung eines Betriebes nicht unbedingt ein Luxusfahrzeug in der Größenordnung eines Porsche, eines Mercedes 450 und so weiter haben muß.

Jetzt kommen wir zu der Lösung, die das 2. Abgabenänderungsgesetz vorsieht. *(Abg. Dipl.-Vw. Josseck: Herr Mühlbacher, reden Sie doch keinen Blödsinn! Welches Finanzamt hat denn bisher einen Porsche anerkannt?)* Herr Abgeordneter Josseck, Ihr Porsche um 600 000 S wurde mit 50 Prozent vorzeitiger AfA anerkannt,

denn er galt als Kombi, weil er hinten ein Türli hat. Das war nämlich der tatsächliche Sachverhalt. *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Schwimmer: Vielleicht in der Kanzlei Mühlbacher, aber sonst nirgends! – Abg. Dr. Blenk: Reden Sie von Ihrer Praxis?)* Reden Sie nicht so, Herr Dr. Schwimmer, es ist doch lächerlich, was Sie da schon wieder hereinbringen. *(Abg. Dr. Blenk: Aber dazu brauchen Sie doch kein neues Gesetz! Ändern Sie die Verwaltung!)*

Jetzt haben Sie also das Fahrzeug mit einer Grenze des Anschaffungspreises von 105 000 S. Die Frage wurde ja schon beantwortet: Es wird so gehandhabt, daß man das Fahrzeug nunmehr sieben Jahre zu je 15 000 S mit diesem Höchstbetrag abschreibt. Das heißt aber nicht, daß sich jeder ein Fahrzeug um 105 000 S anschaffen muß, daß man nicht mehr erlaubt, daß er mit einem Mercedes 450 fährt, sondern das heißt, daß das betrieblich genutzte Fahrzeug bis zu 105 000 S anerkannt wird und der Luxus zum Beispiel zum Mercedes 450 hinauf eben privat zu tragen ist. Ist das nicht verständlich? *(Abg. Dr. Schwimmer: Auch vom Minister wird das privat bezahlt?)* Gegen das sind Sie. *(Abg. Dr. Schwimmer: Auch Ihr Minister wird das bezahlen?)*

Herr Präsident Graf ist gestern spät abends gekommen, hat mit dem Finger aufgezeigt und gesagt: Herr Finanzminister, Sie nehmen dem Selbständigen am Sonntag das Auto weg. Das muß von seinem schlechten Gewissen gekommen sein, denn ihm stehen am Sonntag zwei Mercedes zur Verfügung. Sie können ihn fragen. *(Abg. Dipl.-Vw. Josseck: Und Ihnen?)* Ich habe kein Auto, zu mir können Sie ruhig kommen, Sie können ruhig kommen. Da sind Sie daneben, vollkommen daneben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Jetzt zu den Varianten, die Sie auch so stark kritisieren. *(Abg. Brandstätter: Sie haben kein Auto?)* Kein Dienstauto, wenn Sie das meinen. Ein Auto habe ich schon, aber das trage ich privat.

Zweite Frage: zu den zwei Varianten der Möglichkeit der Abschreibung des PKW. *(Abg. Dr. Schwimmer: Doch ein Auto!)* Ja, ein Auto habe ich schon, aber keinen Dienstwagen, dieser ist nicht steuerlich absetzbar, sondern privat. *(Abg. Dr. Schwimmer: Von der Steuer abgesetzt und Sonntag sind Sie auch gefahren!)* Nein, nein. *(Abg. Dr. Schwimmer: Nicht von der Steuer abgesetzt? Sie sind ein schlechter Steuerberater!)*

Schon das letzte Mal haben Sie nicht geglaubt, daß man mit 1,30 S ein Fahrzeug in der Größenordnung von 105 000 S bestreiten kann. Ich lege Ihnen heute eine Rechnung vor,

**Mühlbacher**

und wenn Sie wollen, können Sie mitschreiben. Kaufpreis: 105 000 S, die siebenjährige Abschreibung pro anno 15 000 S. Faktum: 15 000 S absetzbar. Bei einer durchschnittlichen Jahreskilometerleistung von 24 000 – das ist der Durchschnitt unserer Jahresfahrten . . . (Abg. Dr. *Blenk*: Für eine Wirtschaftsverbandsversammlung ist das richtig, aber für alles andere nicht!)

Sie wollten das ja das letzte Mal von mir wissen. Was haben Sie denn heute gegen diese Fakten? (Beifall bei der SPÖ.) Sie wollten von mir das letzte Mal wissen, wie man mit 1,30 S auskommt, das sollte ich Ihnen sagen. Jetzt will ich Ihnen die Rechnung vorlegen, und jetzt sagen Sie, Sie wollen es nicht wissen. Sie wollen sich nämlich nicht überzeugen lassen. (Beifall bei der SPÖ.)

Wollen Sie es noch wissen? Bei 24 000 gefahrenen Kilometern mit einem Mittelklassefahrzeug beträgt der Benzinverbrauch 16 800 S. (Abg. Dr. *Blenk*: Warum haben Sie das nicht im Finanzausschuß gesagt?) Auf den Finanzausschuß komme ich noch zu reden. Sie sind ja nicht zu überzeugen, was sollte ich denn im Finanzausschuß reden, Sie wollen ja die Fakten nicht hören. (Abg. Dr. *Blenk*: Von was wollen Sie uns überzeugen?) Daß man bei einem Mittelklassefahrzeug mit 1,30 S auskommt. (Abg. Dr. *Blenk*: Wer hat Ihnen das ausgerechnet?)

Ich rechne Ihnen das jetzt vor, und Sie können es dann widerlegen. Benzinverbrauch: 16 800 S; Haftpflichtversicherung, Kfz-Steuer: 5 000 S; Servicekosten: viermal 1 500, das ergibt 6 000 S; Reifen: 3 200 S.

Jetzt war es ja so, daß Sie immer wieder die 20 Prozent Privatanteil für Ihre Privatfahrten beim Finanzamt gehabt haben. Ziehen Sie nun die 20 Prozent ab – das sind 4 200 S –, dann kommen Sie auf 26 800 S pro anno Betriebskosten. Sie setzten also bis jetzt insgesamt 31 800 S ab.

Jetzt kommen wir zu der Variante mit der Lösung bei 1,30 S. Da haben Sie also AfA 15 000 S. 24 000 km minus 20 Prozent Privatfahrten macht 19 200 betrieblich gefahrene Kilometer. 19 200 mal 1,30 S ergibt 24 960, macht zusammen 39 960 S, absetzbar in der Bilanz.

Gegenüber den Betriebskosten, die ich Ihnen vorhin ausgerechnet habe, in der Höhe von 31 800 S verbleibt eine Differenz von 8 160 S. Da können Sie jetzt entweder Ihre Garage, die Höherversicherung oder sonstige Reparaturen hineingeben; Dinge, von denen Sie sagen, sie sind nicht drinnen. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. *Schwimmer*: Was war für Benzin für 24 000 km?) 16 800 S! (Abg. Dr. *Kohlmaier*: Das ist unreal!) 10 l pro 100 km ist unreal? Das ist

unreal? (Abg. Dr. *Kohlmaier*: Das ist doch nur im Überlandverkehr möglich!) Aber, dann erkundigen Sie sich bei Ihrer Kraftfahrorganisation. Sie können mir nichts erzählen, ich kenne mich zum Beispiel bei einem Passat aus, der hat diese Werte.

Aber jetzt zur zweiten Variante, nämlich zu der Pauschalabschreibung von 25 000 S. Ich habe die Möglichkeit, entweder die Variante mit 25 000 S oder die andere mit 1,30 S zu wählen. (Abg. Dr. *Blenk*: Ich habe das Gefühl, der Freie Wirtschaftsverband wird bald eine Dankprozession veranstalten!) Zum politischen Teil komme ich noch, warten Sie es ab, Herr *Blenk*.

Darf ich Ihnen jetzt noch die 25 000 S erklären? Nehmen Sie davon 15 000 S für die Amortisation des Wagens weg, so verbleiben 10 000 S. Wenn Sie diesen Betrag durch 1,30 S dividieren, kommen Sie auf einen Jahreskilometeraufwand von 7 692 km. (Abg. Dr. *Koren*: Nicht viel!) 7 692 – so mancher Arzt fährt es nicht, so mancher Selbständige fährt es betrieblich nicht. (Abg. Dr. *Koren*: Aber viele fahren das Fünffache!)

Er kann 7 308 km privat fahren, dann kommt er auf 15 000 km im Jahr, und bei 15 000 km im Jahr liegt ungefähr der größte Teil der Fahrleistung der Selbständigen.

Ich muß sagen, da sind ja die 25 000 S wirklich noch ein Geschenk, wenn man sie richtig nützt, noch dazu sind sie ohne Fahrtenbuch anzuwenden.

Darf ich Ihnen sagen, daß die Ärzte bei mir waren und gesagt haben, sie wollen die Erhöhung von 20 000 auf 25 000 S, dann sind sie zufrieden. Dazu muß ich feststellen: Jetzt haben sie die 25 000 S. Ich verstehe nur nicht, warum sie nun nicht zufrieden sind, vorher waren sie nämlich zufrieden. (Beifall bei der SPÖ.)

Aber auch hier geht es natürlich um das Politische, und ich darf jetzt zu dem kommen, was Herr *Piaty*, der Herr Präsident, am Staatsfeiertag gesagt hat. Er hat am Staatsfeiertag zum Steuerstreik aufgerufen. Wissen Sie, das bringe ich jetzt in Zusammenhang mit einem Thema, zu welchem ich schon öfter Stellung genommen habe: Die Verantwortung der Opposition. Auch die Opposition hat eine Verantwortung, finde ich, denn hier beim Steuerstreik hört es sich nämlich auf.

Folgerungen kann ich Ihnen auch gleich sagen. Es kann doch dem guten Wirtschaftsbandfunktionär die Idee kommen, daß er sich sagt: Wenn ich die nächsten Einnahmen nicht so genau einschreibe, bin ich eigentlich ein politischer Held. Und das sollte doch wirklich vermieden werden. (Abg. *Graf*: Das kann auch

**Mühlbacher**

*nur Ihnen einfallen!*) Nein, nein, das fällt nicht nur mir ein, schauen Sie sich Ihre Funktionäre an. (*Abg. Dipl.-Vw. Josseck: Sie haben es faustdick hinter den Ohren! - Allgemeine Heiterkeit. - Beifall bei der SPÖ.*) Danke dafür, danke.

Gestern ist Herr Abgeordneter Mussil von hier weggegangen und hat gesagt: Der Kampf um das Auto geht weiter, wir werden weiterhin kämpfen. - Er geht wirklich weiter. Der Wiener Kammerpräsident Dietrich ruft seine Mitglieder zu einer Protestaktion auf; allerdings für den 8. November. Ein grotesker Schildbürgerstreich, würde ich sagen, denn am 8. November ist schon alles vorbei, wir werden das Gesetz ja heute beschließen. (*Abg. Dr. Schwimmer: Gibt es keinen Bundesrat? Sie kennen die Verfassung nicht! Das ist am 8. November nicht Gesetz!*)

„Wiener Wirtschaft“ - Untertitel: „Kammer der gewerblichen Wirtschaft“, eine Kammerzeitung also -: Denkartel für den Kanzler, Autobusse, Finanzierung und so weiter. Eine politische Aktion, für die kein Beschluß in der Wiener Kammer da ist. Das wurde nicht beschlossen, sondern das hat der Wiener Wirtschaftsbundobmann Dietrich ganz einfach festgelegt, und alle sollen marschieren. Wieder einmal ein Mißbrauch der Kammer, wenn Sie es von mir hören wollen. (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Weiter zum politischen Faktum. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Schwimmer.*) Der ist ja nicht gefragt worden, sonst würde es nicht zu so etwas kommen, da können Sie versichert sein.

Jetzt noch einmal zu dem ernsten, ganz ernsten Teil, der wohl heute schon besprochen wurde. Der Wirtschaftsbund hat keine Veranlassung gesehen, Stellungnahmen in der Begutachtungsfrist abzuwarten, Stellungnahmen abzugeben, Gespräche zu führen. Wir haben es heute gehört: Der Herr Bundeskanzler hat den Herrn Präsidenten Sallinger eingeladen. Dieser ist nicht hingegangen, hat überhaupt kein Gespräch geführt, es wurde nur demonstriert. Und dann kommt derselbe Präsident hierher und sagt: Wir wollen reden, wir wollen auch weiterhin reden. Ja warum hat er damals nicht gesprochen? Es gab keine Verhandlung, sondern man ging auf die Straße mit Fahrzeugen, mit Chauffeuren - meistens sind ja die Chauffeure drinnen gesessen. (*Abg. Dr. Schwimmer: Sie waren nicht dort, Herr Mühlbacher!*)

Ich kann Ihnen den Beweis erbringen, daß eine steirische Firma den Chauffeur hineingesetzt und gesagt hat: Mach dir einen guten Tag, fahr nach Wien demonstrieren. Also das ist Ihre Demonstration gewesen. Das war Ihre Demon-

stration. (*Beifall bei der SPÖ. - Abg. Dr. Schwimmer: Sie haben gesagt: überwiegend! Es waren mehr als einer dort!*)

Ich möchte Ihnen jetzt noch etwas sagen. (*Abg. Dr. Blenk: Nicht seriös, was Sie machen!*) Ich war eigentlich zufrieden damit, denn diesmal ist herausgekommen, was der Wirtschaftsverband immer für die Selbständigen getan hat. Er war nämlich auch dabei bei der Umsatzsteuer, er war da bei der Arbeitsverfassung, er war da bei der Lohnfortzahlung; er war immer da. Er ist nur natürlich nicht in die Öffentlichkeit getreten, weil dort haben sich ja die öffentlich-rechtlichen Körperschaften - sprich Wirtschaftsbundfunktionäre - die Federn auf den Hut gesteckt. Sie haben als ihren Erfolg hingestellt und mit nach Hause genommen, was wir in verantwortungsvoller Beratung vorher besprochen haben. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Damit möchte ich das Krafffahrzeugthema beschließen. Ich hoffe, Sie wissen jetzt, wie es wirklich gehandhabt werden wird (*Beifall bei der SPÖ*), und werden in Hinkunft auch dementsprechend Ihre Erläuterungen darüber abgeben und nicht so falsch informieren wie bisher.

Abschließend darf ich nur mehr sagen: Dieses Maßnahmenpaket wird wirksam sein - davon können Sie überzeugt sein -, und zwar genauso wie alle Maßnahmen, die vorher von dieser Regierung getroffen worden sind. Diese Maßnahmen wurden wieder rechtzeitig gesetzt. An die Verantwortung der Opposition möchte ich nicht mehr appellieren, denn ich glaube, dies ist wirkungslos. Man wird nur immer wieder aufzeigen müssen, wenn Sie in die andere Richtung arbeiten und damit die österreichische Wirtschaft schädigen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

**Präsident:** Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Kohlmaier.

Abgeordneter Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Bevor ich zum Thema unserer heutigen Beratungen komme, möchte ich noch einmal auf die Diskussionsbeiträge der Herren Abgeordneten Blecha und Wille eingehen. Beide Abgeordneten der Sozialistischen Partei haben - verzeihen Sie das Wort - die Geschmacklosigkeit begangen, den Kommunismusvorwurf des Herrn Klubobmannes Fischer hier nicht nur zu unterstützen, sondern zu wiederholen.

Meine Damen und Herren! Das ist dann kein Zufall für mich, sondern ich glaube wohl daraus entnehmen zu können, es ist offenbar die vom Herrn Klubobmann Fischer ausgegebene Richtlinie, es ist die Absicht des sozialistischen Parlamentsklubs, diese Verleumdung fortzuset-

**Dr. Kohlmaier**

zen. Und das haben Sie heute praktiziert, meine Damen und Herren. Ich möchte das Bedauern darüber, daß das geschieht, hier noch einmal mit allem gebotenen Ernst zum Ausdruck bringen.

Meine Damen und Herren! Warum sind wir gegenüber diesem Vorwurf so empfindlich? – Die Kommunistische Partei, mit der Sie uns hier in einen Topf werfen, meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion, ist eine Partei, die unsere Demokratie ablehnt, die unseren Parlamentarismus ablehnt, die eine Gewaltherrschaft befürwortet, unter der Millionen Menschen dieses Kontinents und in anderen Kontinenten leiden. Die Kommunistische Partei negiert die Demokratie.

Meine Damen und Herren! Wissen Sie, was es bedeutet, wenn Sie uns mit einer Partei vergleichen, die die Demokratie ablehnt? Haben Sie, meine Damen und Herren, darüber nachgedacht? (*Abg. Dr. Fischer: Und Ihr Kommunismus-Vergleich?*) Herr Kollege Fischer! Wir gehören beide einer Generation von Politikern an (*weiterer Zwischenruf des Abg. Dr. Fischer*) – bitte hören Sie mir jetzt zu; Sie können sich ja zu Wort melden, Herr Fischer –, die die Zeit bis 1945, wo es in Österreich keine Demokratie gegeben hat, noch nicht selbst bewußt miterlebt haben. Aber ich habe eines aus dieser Zeit gelernt und übernommen von unseren politischen Vätern, wenn ich das so sagen darf, von Ihren und von unseren, die sich gemeinsam, meine Damen und Herren, im Konzentrationslager zur Demokratie bekannt haben: daß es in Österreich nie mehr eine Situation geben darf, wo sich demokratische Parteien gegenseitig vorwerfen, daß sie Nichtdemokraten sind, und wo sie einander unterstellen, daß eine von ihnen den Boden der Demokratie verläßt, meine Damen und Herren. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wenn Sie uns, meine Damen und Herren, hier mit der undemokratischsten aller Parteien, der Kommunistischen Partei, in einen Topf werfen (*Abg. Mondl: Das hat doch kein Mensch gemacht!*), dann, meine Damen und Herren, beleidigen Sie und mißachten Sie dieses Erbe, das gemeinsame Erbe, das wir von unseren politischen Vätern haben, die nach 1945 die Republik wieder gegründet haben. Das unternehmen Sie, meine Damen und Herren. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Das darf hier einfach nicht passieren. Es darf nicht passieren, daß Sie die Österreichische Volkspartei, die sich leidenschaftlich für Parlamentarismus und Demokratie und für unsere Republik einsetzt, mit Kommunisten in einen Topf werfen. Das darf deswegen nicht sein, weil wir uns gegenseitig nicht unterstellen sollen,

daß wir nicht auf dem festen Boden der Demokratie stehen.

Meine Damen und Herren! Überlegen Sie: Ist das der Auftrag Ihrer Wähler, den Sie hier erfüllen? Will die Bevölkerung diesen politischen Stil? Wenn Sie diese Methode fortsetzen, wenn Sie diese unerhörten Verdächtigungen fortsetzen, dann dürfen Sie sich nicht wundern, wenn Sie sehr viel zerschlagen, was bisher an Gemeinsamem existiert hat. Denn bei allen Gegensätzen, die wir bisher hatten und die wir in einer Demokratie haben müssen, muß ich doch sagen, wir haben doch immer etwas Gemeinsames gehabt: Unser Bekenntnis zur demokratischen Republik und den Respekt davor, daß die andere Partei auch dieses Bekenntnis hat.

Man kann nicht eine Partei mit den Kommunisten in einen Topf werfen, ohne diesen Vorwurf mit auszusprechen, der unerträglich ist und der soviel zerstört, was in den letzten 30 Jahren in Österreich aufgebaut worden ist. Meine Damen und Herren! Ich warne Sie vor diesem Weg. Ich warne Sie gerade als jüngerer Politiker, der aber das respektiert, was unsere politischen Väter erarbeitet haben. Ich warne Sie mit allem Ernst vor diesem Weg. Beschreiten Sie ihn nicht! Es ist unerträglich für uns, und es muß einen schweren Schaden für unsere gemeinsame Arbeit auslösen. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren von der SPÖ! Ich habe überhaupt den Eindruck, daß Sie im Geben sehr hart, im Nehmen aber butterweich sind.

Der Abgeordnete Blecha hat heute von unmoralischer Schwarzmalerei der Opposition gesprochen. Er hat überhaupt ein Rezept aller Propagandisten verfolgt. Er hat nicht darüber gesprochen, daß Steuern erhöht werden, daß Beiträge erhöht werden, daß eine ungeheure Belastungswelle auf die Bevölkerung niedergeht. Er hat das nicht zu rechtfertigen versucht. Der Haupttenor seiner Ausführungen war der Angriff auf die Opposition. Er baut hier etwas auf, nämlich: Die Opposition ist eigentlich schuld, ihr destruktives Wirken. Je mehr Schwierigkeiten es in Österreich geben wird, umso mehr wird das durchklingen: Da sind die Kommunisten, da sind die Kritiker, die Schwarzmalerei, die schaffen eine Situation, die schuld ist an all dem!

Meine Damen und Herren von der SPÖ! Ich darf in Erinnerung rufen, wie Sie sich verhalten haben, als Sie noch nicht die Alleinverantwortung in Österreich getragen haben. Ich habe hier einige Zitate aus der „Arbeiter-Zeitung“, wörtliche, belegbare Zitate, wie sich das offizielle Organ, das Zentralorgan der Sozialistischen Partei, zur ÖVP als Regierungspartei und zu

**Dr. Kohlmaier**

einer ÖVP-Regierung geäußert hat. Ich sage nochmals: belegbare, wörtliche Zitate.

In der „Arbeiter-Zeitung“ sind wir genannt worden: Reaktionäre, Bankrotteure, Verleumder, Wadelbeißer, Mystiker und Gesundheitsbeter der Wirtschaft, die sich Astrologen halten, Faschisten und Halbfaschisten. Meine Damen und Herren: Wörtliche Zitate aus der „Arbeiter-Zeitung“ gegen die ÖVP-Regierung! (*Abg. Blecha: In welcher Zeitung? Nennen Sie das Datum!*) Jawohl: Faschisten und Halbfaschisten – nachweisbar in der „Arbeiter-Zeitung“; ich gebe sie Ihnen gern, Herr Kollege Blecha; es ist alles dokumentiert (*neuerlicher Zwischenruf des Abg. Blecha*) –, die kein Herz für die Witwen und Rentner haben, die Sicherheit der Arbeitsplätze gefährden und die vor allem junge Menschen benachteiligen.

Herr Kollege Blecha, bitte lassen Sie sich ausheben: „Arbeiter-Zeitung“ – schreiben Sie mit –: 1. April 1967, 13. April 1967, 20. April 1967, 11. Mai 1967, 7. April 1968, 5. Oktober 1968, 31. Oktober 1968 und 27. März 1969. (*Abg. Mondl: Bitte vorlesen, Herr Kohlmaier! – Weitere Zwischenrufe.*) Bitte lesen Sie da nach. Diese Worte sind in der „Arbeiter-Zeitung“ verwendet worden, meine Damen und Herren. Das war Schwarzmalerei.

Oder wissen Sie, meine Damen und Herren, was in der „Arbeiter-Zeitung“ vom 25. Jänner, 19. Februar, 26. Februar, 5. und 6. März 1966 angekündigt wurde für den Fall, daß die ÖVP die Wahl gewinnen sollte und die Regierung stellt? – Hören Sie, meine Damen und Herren: Not und Arbeitslosigkeit, Abbau der sozialen Errungenschaften, Gefahr für den inneren Frieden, Ende der Sozialpartnerschaft, Vermögensrückgabe an Habsburg.

Das waren Ihre Ankündigungen für den Fall, daß die ÖVP regiert, meine Damen und Herren. So sind Sie umgesprungen mit uns. Und heute gibt es nur Wehleidigkeit und Geschrei, wenn wir überhaupt wagen, etwas zu kritisieren. Das ist Ihre Einstellung! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Es muß aber, meine Damen und Herren, außer Ihrer Aggression, die da zum Ausdruck kommt, auch einen anderen Grund dafür geben, daß dieser Vergleich – ÖAAB mit Kommunisten – jetzt immer wieder gespielt wird. Auch heute in dieser Debatte.

Ich glaube, ihn gefunden zu haben. Es ist der Druck aus den Betrieben, Herr Kollege Blecha. Es gibt ja viele Arbeiter und Angestellte, die bisher der SPÖ und den Interessenvertretungen der Arbeitnehmer, soweit es sozialistische Funktionäre gibt, ihr Vertrauen geschenkt haben und die heute vor der Frage stehen: Ja warum rühren sich denn unsere Funktionäre

nicht? Wo sind denn die Funktionäre der Arbeitnehmer, die früher gegen zu starke Belastungen aufgetreten sind, die gegen den Steuerdruck aufgetreten sind, die gegen die Preiserhöhungen aufgetreten sind? – Sie spüren ja die Unzufriedenheit und die Unruhe im Bereich der Kollegenschaft.

Da gibt es für Sie einen Ausweg: Daß Sie die Gewerkschafter in zwei Kategorien einteilen. Die einen, das sind die Verantwortungsvollen, die der Regierung die Mauer machen; das sind die, die staatstragend sind, die das Gemeinwohl, die Vollbeschäftigung vor Augen haben. Und die anderen, die es wagen zu kritisieren, das sind die Kommunisten.

Deswegen wird diese Masche, wenn ich das so sagen darf, von Ihnen gespielt, damit Sie die Unruhe der Arbeitnehmer, die sich heute fragen: Wo sind unsere Interessenvertreter?, damit abfangen, daß Sie sagen: Wer in einer solchen Situation kritisch gegenüber der Regierung eingestellt ist, der muß so etwas wie ein Kommunist sein.

Das ist Ihr Versuch, die Bedrängnis, in die sozialistische Arbeitervertreter heute gegenüber einer kritischer werdenden Arbeitnehmerschaft kommen, abzufangen. Ich glaube, daß man hier die Ursache dessen finden muß, was Sie in einer, wie ich ausgeführt habe, so verantwortungslosen Weise unternehmen, meine Damen und Herren von der SPÖ. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Worauf läuft denn das Ganze letzten Endes hinaus? – Wenn wir das immer fortsetzen, dann kommt heraus, daß man dem einzelnen Arbeitnehmer sagt: Du kannst dich zwischen zwei K entscheiden: Entweder kuschen oder Kommunist sein. Das ist das Ergebnis dieser Argumentation.

Aber nun, meine Damen und Herren, zum Sozialversicherungs-Änderungsgesetz, wie es sich vornehm nennt. Genau genommen müßte es heißen Beitragserhöhungsgesetz, wenn es einigermaßen Redlichkeit in der Bezeichnung und in der Diktion gäbe.

Dieses sogenannte Sozialversicherungs-Änderungsgesetz wird 8 Milliarden Schilling an Beiträgen hereinbringen, also 8 Milliarden Schilling Mehrbelastungen bringen. Es wird eine exorbitante Steigerung der Sozialversicherungsbeiträge auslösen: In der Pensionsversicherung allein um etwa 11,5 Prozent, in der bäuerlichen Pensionsversicherung sogar zwischen 25 und 45 Prozent.

Wir haben, meine Damen und Herren, gegenüber diesem sogenannten Sozialversicherungs-Änderungsgesetz nicht nur den Inhalt zu kritisieren, sondern wir müssen auch einer

**Dr. Kohlmaier**

kritischen Untersuchung unterziehen, wie es überhaupt zu diesem Gesetz gekommen ist.

Ich muß insbesondere dem Herrn Bundesminister für soziale Verwaltung den Vorwurf machen, daß er ganz offensichtlich die Entwicklung verschlafen hat; das ganze letzte Jahr, auch über den Sommer.

Ich weiß, daß es der Herr Sozialminister nicht sehr gern hört, aber ich muß ihn immer wieder daran erinnern, daß es am 10. Dezember 1976 einen von ihm einberufenen sogenannten Kassengipfel gegeben hat, wo neue Wege für die Sozialversicherung, insbesondere für die Krankenversicherung, beraten werden sollten.

In der „Arbeiter-Zeitung“, offizielles Organ Ihrer Partei, Herr Minister Weißenberg, heißt es unter dem Titel „Bis Februar Sparplan für Kassen“ – aus dem Sparplan ist nichts geworden, es ist nur wieder ein Beitragserhöhungsplan geworden –: Bis Februar 1977 soll ein Konzept zur Sanierung der finanzschwachen Krankenkassen vorliegen. Dies wurde Freitag beim Krankenkassengipfel unter dem Vorsitz von Sozialminister Weißenberg vereinbart.

Es gab bis Februar 1977 kein Konzept, es gab bis Herbst 1977 kein Konzept, es gab dann nur einen eilig zusammengebastelten Initiativantrag der Abgeordneten Pansi, Schranz und Genossen, weil Sie, Herr Minister – als verantwortlicher Ressortchef –, die Entwicklung verschlafen haben und eine Notreparatur dann das notwendige Geld hereinbringen mußte. Das, Herr Minister, nenne ich Säumigkeit eines Mannes, der für die Finanzierung der Sozialversicherung in Österreich verantwortlich wäre! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Ich habe nicht nur den Eindruck, Herr Minister, daß Sie die Entwicklung versäumt und verschlafen haben, ich habe auch den Eindruck, daß man Ihnen nie gesagt hat, worum es eigentlich geht. Denn Sie haben sich das ganze letzte Jahr stark gemacht dafür, daß es keine Beitragserhöhungen in der Sozialversicherung geben wird. Das war Ihre feststehende Aussage.

Ich erinnere mich an mehrere öffentliche Aussagen von Ihnen, wo Sie sogar sehr genaue Argumente dafür gebracht haben, warum eine Beitragserhöhung unsozial ist: Weil sie die sozial Schwachen trifft. Und auch laut „Arbeiter-Zeitung“ vom 11. Dezember 1976 haben Sie, Herr Sozialminister, gesagt: Keine Beitragsänderung heiße auch keine Erhöhung der Höchstbeitragsgrundlage, sagt Weißenberg.

Sie haben bis vor kurzem entweder den Kopf in den Sand gesteckt, oder Ihr Kollege vom Finanzressort hat Sie bis zur Klausurtagung am Kahlenberg überhaupt nicht darüber informiert,

daß Sie abkassiert werden sollen, Herr Sozialminister! Entweder sind Sie sorglos, oder Sie stehen völlig daneben. Das muß bei uns eine große Sorge hervorrufen, denn ein Sozialminister, der nicht weiß, was sich tut, wozu er verdammt wird bei irgendeiner Kahlenbergklausur oder sonstigen Klausur, der ist in meinen Augen nicht richtig am Platz, der müßte etwas aufmerksamer werden.

Ich glaube, daß man mit diesem Sozialversicherungs-Änderungsgesetz dann vollzogen hat, was irgendwo in einem Geheimzirkel – das ist ja bekanntlich alles hinter verschlossenen Türen geschehen – ausgemacht wurde, und es mußte dann eben exekutiert werden.

Dementsprechend eigenartig ist ja auch die Verhandlung im Sozialausschuß verlaufen. In diesem Sozialversicherungs-Änderungsgesetz gibt es einen einzigen Punkt, den man positiv beurteilen kann: Das ist eine außertourliche – wenn auch bescheidene, aber immerhin erfreuliche – Erhöhung der Ausgleichszulagen. Aber sonst gibt es in diesem Gesetz nur Unannehmlichkeiten, nur Beitragserhöhungen, nur Mehrbelastungen für die Arbeiter, für die Angestellten und für die Arbeitgeber; ganz besonders für die Angestellten.

Über dieses Sozialversicherungs-Änderungsgesetz hat es zwar eine sehr lange Verhandlung im Sozialausschuß gegeben, aber, meine Damen und Herren, kaum eine echte Argumentation der sozialistischen Kollegen in diesem Ausschuß. Der Minister hat mit uns immer wieder Dialoge geführt, wenn wir ihn gefragt haben. Es haben sich auch die beiden Erstantragsteller gelegentlich zu Wort gemeldet. Aber im großen und ganzen hat man den deutlichen Eindruck gehabt, daß die sozialistische Fraktion in diesem Ausschuß genau weiß, sie ist hierher abkommandiert, um eine oben beschlossene Sache zu exekutieren.

Es gab keine Gesprächsbereitschaft in diesem Sozialausschuß, meine Damen und Herren. Wir haben versucht, einige Anträge zu stellen, von denen wir mit gutem Gewissen sagen können, daß sie keine erheblichen Mehrbelastungen auslösen, denn wir wollen ja in einer solchen finanziellen Situation nicht mit Forderungen auftreten, die Geld kosten. Das wollen wir nicht, und zwar nicht nur, weil Sie dann wiederum mit der üblichen Lizitierermasche kommen. Mit der kommen Sie ohnedies; das glaubt Ihnen ja niemand.

Aber wir haben einige Anträge gestellt, die vernünftig sind, bezüglich derer Sozialisten sogar gesagt haben: Das steht auf unserem Programm; das muß geschehen; aber das machen wir jetzt nicht. Sie haben direkt ein

**Dr. Kohlmaier**

peinliches Bemühen an den Tag gelegt, in diesem Sozialausschuß nur häßliche Sachen zu beschließen, überhaupt nicht in einen Dialog mit der ÖVP einzutreten, ob man nicht da und dort irgendetwas besser machen könnte, ob man dieses Sozialversicherungs-Belastungsgesetz nicht anreichern könnte, wenigstens durch Kleinigkeiten. – Keine Gesprächsbereitschaft.

Auch Dinge, die wirklich sozial gerechtfertigt sind – der Herr Abgeordnete Wiesinger wird das sicher noch begründen –, wie die starke Erhöhung der Rezeptgebühren bei chronisch Kranken oder bei langdauernden Behandlungen, kamen nicht zur Sprache. Es war so, als ob wir gegen eine Mauer geredet hätten, meine Damen und Herren.

Damit degradiert sich heute die sozialistische Sozialpolitik zu einem reinen Exekutivorgan des Finanzministers und zu einem Geldeintreibungsinstitut, meine Damen und Herren. Und dazu ist uns doch die Sozialpolitik zu schade! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Herr Minister! Ich muß überhaupt an Sie doch eine Frage stellen, sei es auch vielleicht als eine rhetorische Frage gedacht. Wir haben, als Sie das Amt angetreten haben, gewisse Hoffnungen gehegt, daß es in Ihrer Amtszeit zu einer größeren sozialpolitischen Gesprächsbereitschaft kommt. Ich erinnere mich an die langen und sehr eingehenden und auch sehr anstrengenden Beratungen, die wir über die 32. Novelle geführt haben. Ich erinnere mich daran, daß wir da zwar auch einer Mehrheit gegenübergesessen sind, die offenbar die Absicht hatte, ihre Mehrheit einzusetzen, wo es aber doch immer wieder gelungen ist, in einzelnen Punkten einen Konsens, ein Kompromiß, eine Übereinstimmung herzustellen.

Ich persönlich – ich sage es ganz offen – hatte nach den Verhandlungen zur 32. Novelle die Hoffnung, daß es zu einer etwas kooperativeren und vernünftigeren Situation in der Sozialpolitik kommen wird. Herr Minister! Diese Hoffnung ist nach den 18 Stunden, die wir im Sozialausschuß über das Sozialversicherungs-Änderungsgesetz gesprochen haben, leider wieder sehr reduziert worden. Sie waren in der Sache praktisch weder konzessions- noch auch nur verhandlungsbereit. Sie haben nur argumentiert zur Verteidigung Ihrer Positionen – Sie als Minister, weniger Ihre Kollegen aus dem parlamentarischen Ausschuß – und haben uns damit tief enttäuscht.

Herr Minister! Ich möchte hier noch einmal sagen: Ich halte es für nicht zweckmäßig, wenn wir im Bereich der Sozialpolitik überhaupt keine Verständigungsebene mehr finden und wenn wir im Sozialausschuß den Eindruck haben, daß Sie ganz einfach Ihre Mehrheit einsetzen und

alles, was von der ÖVP kommt, sozusagen ungeschaut ablehnen. Ich glaube, daß eine solche Vorgangsweise nicht im Interesse der Sozialpolitik und ihrer Weiterentwicklung in Österreich sein kann.

Ich möchte von hier aus an Sie appellieren, Herr Minister: Versuchen Sie noch einmal, einen Stilwandel herbeizuführen, nicht um uns einen Gefallen zu tun, sondern um einer gedeihlichen Weiterentwicklung der Sozialpolitik in Österreich einen Gefallen zu tun! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Nun: Letzten Endes bedeutet dieses sogenannte Sozialversicherungs-Änderungsgesetz, wie es sich schamhaft nennt, nichts anderes als einen Zusammenbruch der bisherigen sozialistischen Argumentation in der Sozialpolitik. Wenn man die Aussagen der SPÖ aus der Zeit, wo es noch keinen sozialistischen Finanzminister gab, untersucht, so findet man immer wieder eine große Linie: In der Sozialpolitik muß es mehr Leistungen um billigere Beiträge und um niedrigere Steuern geben.

Der eigentlich schon einem ganz simpel denkenden Menschen offenbare Zusammenhang zwischen sozialen Leistungen und sozialen Lasten ist von der Sozialistischen Partei immer mehr oder weniger vornehm übergangen worden. Ich erinnere mich daran, daß natürlich auch – als die Sozialisten in der Opposition waren und mit sehr vielen Forderungen gekommen sind – irgendwann einmal die Frage in der Öffentlichkeit – die den Sozialisten merkwürdigerweise nicht Lizitation vorgeworfen hat – auftauchte: Ja wie wollen denn die Sozialisten all das finanzieren, was sie an Wohltaten wie aus einem Füllhorn über die österreichische Bevölkerung ausgießen wollen?

Ich habe mir da etwas aufgehoben, weil ich es wirklich als ein Dokument betrachte, allerdings als Dokument einer ungeheuren Blamage, meine Damen und Herren. Es ist die „Arbeiter-Zeitung“ vom 2. Dezember 1969, wo die Sozialistische Partei eine Pressekonferenz zu der Frage gegeben hat: Wie soll sozialistische Politik in Österreich finanziert werden?

Nun: Wenn Sie da glauben würden, meine Damen und Herren, daß man damals von Beitragserhöhungen, von Erhöhung der Höchstbeitragsgrundlage, von Erhöhung der Rezeptgebühren, von Steuererhöhungen, von Luxussteuer, von exorbitant hohen Beitragssätzen in der Sozialversicherung gesprochen hätte – kein Wort, meine Damen und Herren! Damals hat man gesagt: Die SPÖ-Alternativen sind finanzierbar, die zusätzlichen Kosten für die Durchführung der Programme werden jährlich etwa 2,5 Milliarden Schilling betragen, der Sanie-

**Dr. Kohlmaier**

rungsbedarf für die von der ÖVP hinterlassene Budgethypothek – schön wär's, wir hätten heute noch so eine – hingegen wird 7 Milliarden Schilling jährlich ausmachen.

Dann hat man einen Kreis von Experten herangezogen. Es waren Staribacher, Androsch, Veselsky – wo ist letzterer heute? – und andere dabei. Dieser Veselsky, der Wirtschaftssprecher des SPÖ-Klubs, den man hier als Wirtschaftschweiger des SPÖ-Klubs eigentlich heute und gestern wahrgenommen hat – wahrscheinlich muß er sich erst wieder aufs Sprechen besinnen, ohne daß er gleich vom Bundeskanzler eine hinten drauf bekommt . . . (Abg. Dr. Schranz: *Hat eh gesprochen!*) Na gehen Sie, Herr Kollege, da geht es um Wirtschaftsfragen. Lassen wir das.

Diese Überlegung, meine Damen und Herren, wie finanziert man sozialistische Politik, ist damals von diesen Experten sozusagen mit einem Eid, den sie abgelegt haben – sie haben gesagt: Wir geben unseren Namen dafür, daß das stimmt, was wir sagen; die sozialistischen Programme sind finanzierbar –, bekräftigt worden. Meine Damen und Herren! Die sozialistischen Programme sind zur Gänze durch Kürzung und Umschichtung anderer Ausgaben finanzierbar!

Ich kann nur sagen: Das ist ein Dokument einer ungeheuren Blamage. Das belegt das, was ich schon mehrmals gesagt habe, wo Sie dann sehr empfindlich geworden sind, meine Damen und Herren von der SPÖ, und sehr erregt geworden sind. Aber ich muß es hier noch einmal sagen: Sie haben sich mit solchen falschen Prognosen das Vertrauen der Mehrheit der Österreicher erschlichen, denn Sie haben ganz einfach mit falschen Argumenten gearbeitet.

Meine Damen und Herren! Heute stehen wir vor der größten Belastungswelle, die es je in diesem Land gegeben hat, und das ist der Vollzug Ihrer großen Aussage vor Übernahme der Verantwortung: Unsere Programme sind nur mit Umschichtungen und mit Kürzungen und Einsparungen finanzierbar. Das ist doch, meine Damen und Herren, muß ich sagen, ein Witz der Weltgeschichte. (Abg. Dr. Androsch: *Das stimmt nicht! Ich schicke Ihnen das Finanzierungskonzept von 1969!*) Ach so: Was ich sage, stimmt nicht. Sehr gut. Dann hat das, was die „Arbeiter-Zeitung“ geschrieben hat, nicht gestimmt. (Abg. Dr. Androsch: *Ich habe das erst im Beirat referiert!*) Sie waren doch dabei, Herr Dr. Androsch. Sie waren doch dabei! Sie haben ja Ihren guten Namen auch dafür hergegeben. (Zwischenruf bei der SPÖ.) Nun gut.

Dieses Unvermögen, die Zusammenhänge

zwischen sozialen Leistungen und sozialen Belastungen zu erkennen, hat uns genau dorthin manövriert, wo wir heute sind. Ein Dokument dieses Unvermögens, soziales Leistungsniveau und soziale Belastungen in Verbindung zu bringen, haben wir in lebendiger Form hier in der Person des Herrn Sozialministers, der vor seinem Amtsantritt gesagt hat, für ihn gibt es keine sozialen Lasten, für ihn gibt es nur eine soziale Verpflichtung des Kapitals.

Herr Minister! Wenn Sie jetzt Beiträge einkassieren, wie es noch nie zuvor geschehen ist: Wen belasten Sie dann eigentlich? Belasten Sie das Kapital? (Ruf bei der ÖVP: *Nur die Arbeiter!*) Ich sage Ihnen: Sie belasten die arbeitende Bevölkerung in Österreich; alle, ob Selbständige, ob Unselbständige, ob Arbeiter, ob Angestellte. Niemand wird ausgenommen von Ihrer Belastungswelle. Aber für Sie gibt es keine sozialen Lasten, für Sie gibt es nur eine soziale Verpflichtung des Kapitals. Das beweist wieder einmal, daß man mit Marxismus sozialpolitische Probleme ganz einfach nicht lösen kann! (Zustimmung bei der ÖVP.)

Herr Minister! Als sozialistischer Sozialpolitiker sieht man sich irgendwann einmal in einer Situation, in der man keinen sozialpolitischen Bewegungsspielraum mehr hat, sondern nur noch die Befehle vom Kahlenberg aus entgegenzunehmen hat: Lieber Freund, du hast acht Milliarden Schilling aufzubringen; wo du sie herholst, das ist wurscht; bringe sie herbei – Ihre sozialpolitische Entscheidung, die übriggeblieben ist, die man Ihnen wahrscheinlich gelassen hat, war, daß Sie sich überlegen konnten, wo Sie das hereinbringen. Das ist wahrscheinlich schon in Ihrem Ressort geschehen. Aber Sie haben ganz eindeutig Ihren Auftrag gehabt vom Finanzminister: Lieber Freund Weißenberg, du hast so und soviel hereinzubringen; das mache!

Sie haben es nicht selbst gemacht, Sie haben zwei Abgeordnete, die wie der Pontius ins Credo gekommen sind – sie tun mir nicht leid –, als Initiatoren eines quasi Regierungsvorlage-Pakets vorgeschickt. (Ruf bei der ÖVP: *Sie wissen nicht, was sie tun!*) Aber Sie sind damit zu einem Beitragseintreibungsminister geworden, und Sie müssen die sozialen Lasten eintreiben, die es gar nicht gibt. Wahrscheinlich treiben Sie irgendwelche Phantome ein, Herr Minister, oder es ist Ihnen nicht gelungen, die sozialen Lasten des Kapitals zu erwischen. Das ist auch schwer, denn mit der Belastung des Kapitals werden Sie keine 8 Milliarden Schilling aufbringen, Herr Minister Weißenberg. Aber das werden Sie wahrscheinlich, solange Sie marxistischen Denkmodellen anhängen, nie verstehen.

Meine Damen und Herren! Was so deprimie-



**Dr. Kohlmaier**

rend für uns ist, was wir gestern auch wieder im Familienpolitischen Beirat erlebt haben, ist, daß für alles das Vollbeschäftigungsargument herhalten muß. Es ist die Generalausrede für alles, was Sie tun! Es gibt nichts, was unangenehm ist, was unpopulär ist, was die Leute vielleicht ablehnen könnten, wo Sie nicht dazu sagen: Aber es dient doch der Erhaltung der Vollbeschäftigung!

Meine Damen und Herren! Überlegen Sie sich doch einmal bitte folgendes: Die Vollbeschäftigung ist doch ein so hohes - ich muß sagen: idealistisches - Ziel, das jeder bejaht. Es müßte doch einer ein Narr sein, wenn er nicht für die Vollbeschäftigung wäre. Aber wenn man diesen hohen Wert Vollbeschäftigung immer als Rechtfertigung heranzieht, sobald Unannehmlichkeiten passieren, sobald Belastungen erfolgen, sobald die Menschen geschröpft werden: Ist Ihnen nicht klar, daß Sie dann letzten Endes irgendwo fast so etwas wie einen Terror ausüben mit diesem guten Begriff „Vollbeschäftigung“, weil Sie immer jedem, der sich auflehnt und sagt, das sei eine falsche Belastung, sofort sagen - das ist beim Herrn Finanzminister heute wieder angeklungen -: Wer dagegen ist, ist gegen die Vollbeschäftigung!?

Eigentlich ist das die große Erpressung der Nation, die Sie durchführen, meine Damen und Herren, indem Sie die Leute immer wieder vor eine völlig falsche und verderbliche Alternative stellen: Entweder ihr wollt Vollbeschäftigung, dann müßt ihr alle Unannehmlichkeiten in Kauf nehmen, oder ihr wollt Arbeitslosigkeit! Ihre ganze Politik spitzt sich immer mehr auf diese falsch konstruierte und -ich sage es Ihnen noch einmal - verderbliche Alternative zu, daß Sie den Menschen überhaupt keinen Spielraum, auch keinen Kritikspielraum, mehr lassen, sondern ihnen nur noch sagen: Entweder Vollbeschäftigung, oder wenn nicht Vollbeschäftigung, dann bist du eben gegen diese Belastungen. Und wenn du gegen diese Belastungen bist, dann bist du ein Feind der Vollbeschäftigung. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Ist es nicht auch so - Sie sollten sich einmal überlegen, ob man das tun soll beziehungsweise ob man das tun darf -, daß Sie damit die begründete Angst der Menschen vor Arbeitslosigkeit, die tief in vielen Menschen drinnensteckt, vor allem in der älteren Generation, ganz bewußt in Ihre politische Argumentation einbauen, mit ihr kalkulieren, sie ganz bewußt in politischen Operationen einsetzen, daß Sie an diese Angst der Menschen appellieren, um Ihre Politik zu rechtfertigen, um Ihre schlechte Politik zu rechtfertigen? (*Abg. Dipl.-Ing. Haiden: Ist das nicht eine grobe Unterstellung?*)

Meine Damen und Herren! Kommen wir da nicht letzten Endes in eine Situation hinein, die ich auch für sehr gefährlich halte (*Abg. Dr. Androsch: Was waren für Plakate im 75er Jahr? - Gegenruf des Abg. Dr. Gruber*), nämlich daß Sie mit dieser Behauptung „alles für die Vollbeschäftigung“ den Menschen systematisch einreden, daß sie den Arbeitsplatz aus der Hand des Staates bekommen, daß damit die Regierung nicht nur der oberste Hausherr, sondern auch der oberste Arbeitgeber und der oberste Familienvater aller Österreicher ist? Damit erziehen Sie doch die Menschen zu Untertanen! Ist Ihnen das nicht klar? Der Österreicher verdankt seinen Arbeitsplatz seiner Tüchtigkeit, seiner Ausbildung, seiner Leistung, seinem Fleiß, der Leistungsfähigkeit unserer Betriebe, aber nicht der Regierung! Die Beschäftigung beziehungsweise der Arbeitsplatz sind kein Geschenk der Regierung. Der Arbeitsplatz ist ein Produkt der Leistung des einzelnen Menschen, die er erbracht hat, meine Damen und Herren! (*Zustimmung bei der ÖVP. - Zwischenruf des Abg. Pansi. - Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ und Gegenrufe bei der ÖVP.*)

Lassen Sie es doch endlich einmal sein - lassen Sie es doch endlich einmal sein! -, sich als der größte Arbeitgeber Österreichs aufzuspielen! Ist Ihnen nicht bekannt, daß 1975, als die stärkste wirtschaftliche Einbruchsituation war, die kleinen Betriebe und die Kleinstbetriebe viel mehr Arbeitskräfte behalten haben als die größeren und die großen Betriebe? Das beweist ja, daß die Bewältigung der Vollbeschäftigung vom leistungsfähigen kleineren Betrieb ausgegangen ist. Da kann Ihre Regierungspolitik überhaupt nichts dafür! Es ist unserer Wirtschaft und unseren Arbeitnehmern zu danken, daß es Vollbeschäftigung gibt! Das ist die Situation. (*Abg. Dipl.-Ing. Haiden: Nach Mitterer und Hajek wäre es anders gegangen!*) Aber Sie benützen diesen Begriff Vollbeschäftigung immer nur, um alle Grauslichkeiten, die Sie durchführen, mit dieser Angst, die in den Menschen ist, zu rechtfertigen und um sich als der oberste Arbeitgeber, Brotgeber, Ernährer der Nation auszugeben. Nicht die Regierung ist der Ernährer der Nation, meine Damen und Herren. Wir haben uns selbst zu ernähren, wir Österreicher, und wir tun das doch gern! (*Abg. Dr. Gruber: Der Österreicher ernährt die Regierung!*)

Es ist doch das Ziel jeder fortschrittlichen Politik, daß man jeden Betrieb, jeden Arbeitnehmer leistungsfähig erhält, sodaß er sich durchsetzen kann. Man ist doch bitte heute nicht mehr auf die Gnade einer Obrigkeit angewiesen, daß sie einem eine Arbeit verschafft. Die Arbeit müssen wir uns selbst schaffen! (*Zustimmung*)

**Dr. Kohlmaier**

*bei der ÖVP.)* Und die Arbeit können wir uns nur selbst schaffen, wenn es diese Betriebe gibt, um die es heute geht und die Sie heute nicht zuletzt mit dem Abgabenänderungsgesetz schädigen. *(Ruf bei der ÖVP: Genau!)*

Wie krause hier die Argumentation ist, hat man ja auch bei Herrn Blecha gesehen. Da hat er fast in einem Satz gesagt: Die Betriebe haben eine falsche Politik gemacht. Daß sie Exportmärkte verloren haben, das war deswegen, weil sie nicht richtig reagiert haben. Es muß eine andere Wirtschaftsgesinnung her. Fast im selben Satz hat er gesagt: Es gab so ungeheuer große Lohnsteigerungen in Österreich. – Bitte, wie kam es zu diesen Lohnsteigerungen: Durch die falsche Politik, die die Betriebe gemacht haben? Durch die falschen Wirtschaftsentscheidungen? – Das ist doch absurd! Man sieht doch, daß das alles nichts anderes als Propaganda ist, daß das jeden Gehaltes entbehrt, den wir hier zur Kenntnis zu nehmen haben.

Meine Damen und Herren! Ich möchte schließen mit einem Gesichtspunkt, den ich für sehr wesentlich halte und den wir bei der Abhandlung dieser Materie mit aller Entschiedenheit hier deponieren müssen: Wir halten diese Gesetze nicht nur für nicht arbeitsplatzfördernd oder vollbeschäftigungsfördernd, wir halten sie auch für vollbeschäftigungsgefährdend, und zwar aus zwei Gründen.

Der erste Grund – Klubobmann Professor Koren hat bereits darauf hingewiesen –: Es gibt aus Zeiten früherer Forderungen nach Lohnsteuersenkungen und sonstigen Senkungen, die damals von sozialistischen Gewerkschaftern ausgingen, viele Hinweise in der gewerkschaftlichen Literatur, die man jetzt, wenn man boshaft wäre, heranziehen könnte, daß eine Konjunktur nichts so sehr fördert und ankurbelt wie eine Steigerung der Masseneinkommen durch Steuersenkungen. Ich glaube, daß wir heute in einer Situation sind, wo es eher darauf ankommt, die Konjunktur zu fördern. – Aber das wurde schon gesagt.

Ich möchte einen anderen Gesichtspunkt heute hier bringen. Wenn der Finanzminister Geld braucht, dann sucht er heute immer nach einer Quelle, die die Universalanzapfungsstelle wird: Das ist der Vorgang der betrieblichen Lohnzahlung. Nichts ist heute so sehr beliebt als Ansatzpunkt für Besteuerungen und Abgaben wie der Vorgang der betrieblichen Lohnzahlung. Wir sind heute so weit, meine Damen und Herren – nach diesen Gesetzen, die heute beschlossen werden sollen –, daß bei einem Arbeiter, dessen Einkommen unter der Höchstbeitragsgrundlage liegt, fast 29 Prozent dessen, was er verdient, überhaupt nicht in die Lohnabrechnung gelangen, sondern von vorn-

herein vom Betrieb zu erarbeiten, zu erwirtschaften und abzuführen sind an die verschiedenen einkassierenden Stellen der öffentlichen Hand, bevor es überhaupt einmal einen fiktiven Bruttolohn auf dem Lohnstreifen gibt, wo dann noch die Abzüge zu leisten sind. Fast 29 Prozent!

Meine Damen und Herren! Das nähert sich dem Luxussteuersatz. Man wäre angeregt zu sagen: Die Arbeitskraft wird heute fast so hoch einer Besteuerungs- und Abgabenverpflichtung unterworfen wie die Luxusgüter.

Ich glaube, daß es nicht zielführend ist, Vollbeschäftigung zu predigen und den Arbeitsplatz auf diese Weise so hoch zu besteuern, meine Damen und Herren. Fördern wir nicht zuletzt auch damit die Investitionstätigkeit der Betriebe, die arbeitsplatzsparend ist, weil die Arbeitskosten so hoch sind, und tun wir damit nicht letzten Endes etwas gegen die Vollbeschäftigung? *(Abg. Dr. Androsch: Wie wollen Sie die Pensionsversicherung finanzieren?)* Ich glaube, daß es hier langsam zu einer Umstrukturierung kommen muß, Herr Finanzminister. *(Abg. Dr. Androsch: Wie wollen Sie die Pensionsversicherung finanzieren?)* Ich weiß, daß das alles finanziert werden muß. Das ist mir völlig klar, Herr Minister.

Aber es gibt wahrscheinlich bei einer längerfristigen Überlegung die Notwendigkeit, nicht jetzt die Steuern zu erhöhen oder zu senken, sondern – selbst wenn ich unter der Annahme der gleichen Besteuerungsquote bleibe – darüber nachzudenken, seitens der Wirtschaftspolitiker, seitens der Gesundheitspolitiker, seitens der Umweltschutzpolitiker *(Abg. Dr. Androsch: Der Sozialpolitiker!)*, ob man den Schwerpunkt der Besteuerung nicht von der Arbeitskraft weg verlegen müssen zu anderen Vorgängen, wie Rohstoffvergeudung, die ja passiert, oder wie Umweltschutzbelastung, die passiert. Ich kann heute die Antwort nicht geben, Herr Minister. Ich bin auf diesem Gebiet einfach zu wenig Fachmann. Aber ich glaube, es ist falsch, die Arbeitskraft heute als die Hauptquelle der öffentlichen Finanzierung anzusehen und gleichzeitig um die Vollbeschäftigung zu kämpfen. Ich sage: Die Arbeitskraft gehört entlastet, damit wir Vollbeschäftigung erreichen.

Genau das geschieht aber nicht durch diese Vorlagen, sondern die Arbeitskraft wird weiter belastet. Das ist einer der Gründe, warum wir bei diesen Gesetzen nicht mitgehen können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

**Präsident:** Zum Wort kommt die Frau Abgeordnete Metzker.

Abgeordnete Maria Metzker (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich muß auf die Ausführungen meines Vorredners zurückkommen, und zwar auf jene Ausführungen, die er an den Anfang seines Debattenbeitrages gestellt hatte. Es ist mir nicht verständlich, ob er, und damit die rechte Seite dieses Hauses, das Zitat oder den Ausdruck oder die Formulierung, die Abgeordneter Fischer am 8. Oktober getan hat, nicht gelesen haben und somit in Unkenntnis sind oder ob Sie es bewußt mißverstehen. Und weil ich ein Mißverständnis bei Ihnen annehmen will, so möchte ich diesen Satz noch einmal hier in diesem Haus verlesen:

Am 8. Oktober erklärte der Abgeordnete Fischer das erste Mal, er habe zwar keinen Grund, die demokratische Gesinnung der Funktionäre des ÖAAB in Zweifel zu ziehen, aber ansonsten näherte sich der ÖAAB immer mehr der Rolle, die früher ein Monopol der Kommunisten war, nämlich unseriöse, verantwortungslose Lizitationspolitik zu tun. *(Anhaltende Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Ich habe ja eingangs erwähnt, warum ich das noch einmal verlesen will. *(Ruf bei der ÖVP: Das ist eine Schande!)* Wenn Sie immer falsch zitieren, dann müssen Sie erwarten, daß wir Sie korrigieren. *(Abg. Dr. Blenk: Wir haben Karl Marx nicht als geistigen Vater wie die SPÖ! - Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Sie haben jetzt „Karl Marx“ gesagt. Ich möchte sagen: Wir haben die demokratische Gesinnung - oder Abgeordneter Fischer hat die demokratische Gesinnung - des ÖAAB überhaupt nicht in Zweifel gezogen. Er sagte es ja. Aber er sagte, daß Sie lizitieren. Stimmt es nicht, daß Sie lizitieren *(Abg. Dr. Blenk: Das soll er doch selbst erklären! - Abg. Dr. Schwimmer: Der soll doch selbst hinausgehen und sich entschuldigen! - Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP)*, daß Sie als Rechte doch versuchen, uns linker als die Linken zu überholen? Denken Sie doch an bestimmte Beispiele! *(Zustimmung bei der SPÖ. - Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Ich erinnere mich ... *(Zwischenruf des Abg. Dr. Schwimmer.)* Aber, Herr Abgeordneter Schwimmer! Ich erinnere an folgendes: Schauen Sie sich doch Ihr Paket an, das Sie der Steuerkommission des Österreichischen Gewerkschaftsbundes vorgelegt haben. Schauen Sie sich diese Reformvorschläge an: 14 Milliarden Schilling! Ich glaube, das ist ungefähr die Größenordnung. Und da sagen Sie, Sie lizitieren nicht? *(Zustimmung bei der SPÖ. - Abg. Dr. Schwimmer: Aber Ihr Bankrott ist unübertreffbar! - Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP. - Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)*

Der Herr Abgeordnete Kohlmaier hat im

Sozialausschuß verschiedene Vorschläge gebracht. *(Abg. Dr. Blenk: 27 Milliarden kostet allein das Paket!)* Lassen Sie mich ausreden, Herr Blenk. Kommen Sie heraus und reden Sie von hier aus. Jetzt rede ich! *(Zustimmung bei der SPÖ. - Abg. Dr. Blenk: Ja, ich sage es Ihnen: Sie beschließen heute 17 Milliarden!)* Das waren doch Ihre Vorschläge. Erkundigen Sie sich doch noch einmal beim ÖGB, bevor Sie etwas sagen. *(Neuerliche Zustimmung bei der SPÖ. - Anhaltende Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Nun zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Kohlmaier, der vor mir gesprochen hat. Herr Wiesinger, Sie waren ja dabei, und der Herr Hauser war auch dabei. Ein Beispiel nur: Der Herr Abgeordnete Kohlmaier hat zum Beispiel im Sozialausschuß verlangt, man möge doch die freiwilligen Versicherungsleistungen, die nun zum Beispiel nach dem ASVG und nach anderen Gesetzen möglich sind, doch so behandeln wie einen Pflichtversichertenbeitrag in der Sozialversicherung. Das heißt: Steuerfrei setzen.

Ja waren Sie sich über die Größenordnung dessen, was da herauskommt, was das kostet, überhaupt nicht im klaren, nicht im klaren darüber, welche Mittel hier dem Minister, dem Finanzminister verlorengehen? *(Ruf bei der ÖVP: Wissen Sie es?)* Sie haben es ja verlangt. Wir wollen das ja nicht haben, wir haben dafür die Sonderausgaben. Das hat einen bestimmten abgesteckten Rahmen. Das wissen Sie ja genau so gut.

Oder denken Sie an Ihr Gebiet *(Abg. Dr. Wiesinger: Frau Abgeordnete, das kann man ja gar nicht berechnen!)*; Sie wollen zum Beispiel drei Jahre Karenzurlaub. *(Abg. Dr. Hauser: Wollen Sie das nicht auch?)* Was kostet denn das? Oder ich denke an die Idee: Ein Sparbuch von 50 000 S für neugeborene Kinder. Was hätte denn das gekostet? Oder das Müttergeld und so weiter. Ich könnte unzählige Beispiele bringen.

Und da wagen Sie zu behaupten, Sie lizitieren nicht? Solche Forderungen sind ja nicht einmal von den Kommunisten gekommen. Schauen Sie sich doch an, welche Vorschläge die Kommunisten im Gewerkschaftsbund gemacht haben! *(Abg. Dr. Hafner: Was ist denn die ÖGB-Steuerkommission? Ist das Lizitation?)* Und da sind Sie empört und enttäuscht, wenn wir sagen, Sie überholen die Kommunisten links? Aber es ist die Tatsache. *(Zustimmung bei der SPÖ. - Abg. Dr. Wiesinger: Das hat nicht einmal Fischer gesagt, daß wir die Kommunisten links überholen.)*

Ich möchte zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Kohlmaier noch etwas sagen. Er

**Maria Metzker**

hat dargestellt, daß die Vollbeschäftigung ein idealistisches Ziel wäre. Ich möchte in diesem Hohen Haus behaupten: Das ist kein idealistisches Ziel, das ist in Österreich ein erreichtes Ziel. Wir wollen an diesem idealistischen Ziel, wie er es sagte, weiterbauen, und deswegen haben wir nun dieses Maßnahmenpaket vorgelegt. Sie wissen doch, wie es in der Welt aussieht, wie sich international, wie sich in Europa die Wirtschaftspolitik vollzieht. Und da wollen Sie sagen: Wir sind frei davon, wir können uns frei bewegen, wir können nur Forderungen stellen, wir können nur noch und noch Wünsche erfüllen, alles mehr verbessern, alles teurer machen.

Ich glaube, das ist nicht der Sinn. Wir wollen mit diesem Maßnahmenpaket, daß unsere Vollbeschäftigung erhalten bleibt, daß eben unsere Familien, unsere Väter und unsere Mütter ihre Arbeit weiter behalten, daß wir keine arbeitslosen Väter und Mütter haben. Auch das ist Familienpolitik. So weit hängt das eben mit der Vollbeschäftigung zusammen. *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Ich möchte auch zum Herrn Abgeordneten Melter einiges sagen, da er mich einige Male zitiert hat. Nicht weil er mich zitiert hat, sondern weil ich zwei Dinge zurückweisen möchte.

Über sein Vokabular will ich mich nicht unterhalten, das ist sein Stil und das berührt mich weiter nicht, das ist seine Angelegenheit, wenn er hier im Hohen Haus Derartiges eben von sich gibt.

Aber ich möchte zweierlei zurückweisen. Er hat gemeint, die Sozialisten spekulieren mit der Dummheit und mit der Unwissenheit des österreichischen Volkes.

Herr Abgeordneter Melter! Das österreichische Volk ist nicht dumm und nicht unwissend, und deswegen können wir und wollen wir damit überhaupt nicht spekulieren. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Die Österreicher wissen sehr genau, was sie in der Familienpolitik haben, was wir erreicht haben in der Familienpolitik. *(Abg. Melter: Nur Sie wissen es scheinbar nicht, weil Sie es von einem Tag zum anderen ändern! - Abg. Dr. Schranz: Aber tatsächlich wissen wir es, Sie sagen ja „scheinbar“!)* Ich habe den Eindruck gehabt, Herr Abgeordneter Melter, daß wir da aneinander vorbeisprechen. Denn ich komme in sehr viele Betriebe, ich komme in alle Bundesländer und ich komme mit sehr vielen Männern und Frauen und den Familien zusammen, aber ich habe von keiner Familie noch gehört, daß sie zu wenig von uns bekommen hätte. *(Abg. Melter: Es geht allen blendend!)* Im Gegen-

teil: Sie sind erstaunt, daß wir in diesem Rahmen so viel leisten können. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Aber etwas, Herr Abgeordneter Melter, möchte ich entschieden zurückweisen, und zwar Ihre süffisante Art, wie Sie unsere Frau Staatssekretär Karl titulierte haben als „Fräulein Karl“. Ich möchte sagen: Wollen Sie spotten, wollen Sie hunderttausend alleinstehende Frauen, unverheiratete Frauen anders betrachten als die verheirateten? Wollen Sie spotten über diese Frauen? Es hat so geklungen, Herr Abgeordneter, und das weise ich zurück! *(Beifall bei der SPÖ. - Abg. Melter: Das ist eine eindeutige Unterstellung! Es geht nur um die persönliche Einstellung der Frau Karl, die dem Finanzminister fünf Milliarden von den Familien gibt! - Gegenrufe bei der SPÖ.)* Sie haben „Fräulein Karl“ gesagt, und das genügt mir!

Aber ich möchte nun zu den sachlichen Ausführungen hinsichtlich des Familienlastenausgleiches kommen.

Herr Abgeordneter Melter! Sie haben von dem einen Prozent gesprochen, das wir aus dem Familienlastenausgleich nun in die Pensionsversicherung transferieren. Sicherlich sind wir darüber und können wir darüber nicht glücklich sein. Aber ich habe schon gesagt, daß Maßnahmen, wirtschaftliche Maßnahmen in der Größenordnung, denen wir gegenwärtig in Österreich gegenüberstehen, natürlich auch Maßnahmen sind, die nicht erfreulich sind. Aber wir nehmen den Familien doch nichts weg. Es wird ganz einfach umgeschichtet, Herr Abgeordneter Melter, und das wissen Sie auch. *(Abg. Melter: Fünf Milliarden!)* Das geschieht aus dem Zwang der Zeit, aus der wirtschaftlichen Situation, aus einer Situation, die wir eben zum großen Ausmaße nach Österreich importiert haben. Und wir möchten nicht, wie ich schon vorher gesagt habe, daß Notstände für alle eintreten. Wir wollen abwenden, daß die Familien wirklich in eine Notsituation kommen, daß sie in eine Situation kommen, die Sie uns immer sozusagen als scheinbar tatsächliche Situation darstellen, das wollen wir verhindern. Wir wollen dafür sorgen, daß der Familienlastenausgleich und die Leistungen für die Familien so beschaffen sind, daß wir sie auch in Zukunft den Familien geben können.

Ich möchte aber sagen, was diese 6 und 5 Prozent anbelangt - ich habe es bereits im Familienpolitischen Beirat gesagt, Herr Abgeordneter Melter, und ich möchte es hier wiederholen -, daß wir von dem System des Familienlastenausgleiches ja wiederholt verschiedene Systeme abgeleitet haben. Ich habe davon gesprochen, daß wir ursprünglich ja ausgegangen sind von der Ernährungszulage, daß wir später eben die 3 Prozent nur für die

**Maria Metzker**

Kinder unselbständig Erwerbstätiger geschaffen haben, und erst dann, als wir alle Kinder einbezogen haben in den Familienlastenausgleich, sind wir nach und nach zu diesen 6 Prozent gekommen. Und ich möchte dazu sagen, daß das natürlich im Laufe der Jahre durch die Vollbeschäftigung, durch die 2,8 Millionen Menschen, die wir in Österreich beschäftigt haben, mit den hohen Löhnen ein ungeahntes Ausmaß angenommen hat.

Aber ich möchte sagen, daß wir es bisher als ungerecht empfunden haben, wenn die Familien mit niederen Einkommen, mit kleineren Einkommen weniger gefördert wurden als jene mit dem hohen Einkommen. Ich will Ihnen sagen, was ich damit meine. Obwohl die Familienbeihilfe je nach Größe der Familie ja gleich gestaffelt ist, haben die mit höheren Einkommen einen Kinderabsetzbetrag von 4 200 S, sodaß jene, die mehr verdienen, die Steuer zahlen, viel oder weniger Steuer zahlen, von der Steuerschuld 4 200 S abschreiben können, das heißt, diese Kreise, die sowieso mehr haben, haben monatlich noch den Vorzug, 350 S auf die Kinderbeihilfe sozusagen daraufgelegt zu bekommen. Und deswegen die Transferierung der Lohn- und Einkommensteuer in den Familienlastenausgleich, wo auch eine Aufteilung zwischen Lohnsteuer und Einkommensteuer stattfinden wird. Dadurch war es möglich, auch eine kleine Anhebung dieser Beihilfen insgesamt zu erreichen, wodurch wir nun pro Kind 880 S haben.

Und ich frage Sie von der ÖAAB-Seite und auch Herrn Melter und die ÖVP hier in diesem Haus: Glauben Sie wirklich, daß Sie Ihre Diktion von der armen Familie oder von Familien in den Armutsgrenzen oder den kinderreichen Familien auch weiterhin aufrechterhalten können? (*Abg. Dr. Kohlmaier: Jawohl!*) Sie können es aufrechterhalten, nur wird es Ihnen niemand abnehmen (*Abg. Dr. Kohlmaier: Da gibt es doch wissenschaftliche Untersuchungen, Frau Metzker!*), wenn man bei drei Kindern an monatlicher Leistung nahezu 3 000 S bekommt und bei vier Kindern beinahe 4 000 S. (*Abg. Melter: Wo liegt die Armutsgrenze? Vergleichen Sie das damit!*) Wo die Armutsgrenze liegt? Es kommt darauf an: Je reicher ein Land ist, umso höher steigt auch die Armutsgrenze, und damit kann man auch natürlich manipulieren und kann alles mögliche unter die Armutsgrenze bekommen. (*Abg. Melter: Jedenfalls erreicht man sie mit den Familienbeihilfen noch lange nicht!*)

Aber ich muß Ihnen sagen: Wo liegt die Armutsgrenze, wenn das größte Defizit, das wir im Handelsbudget haben, durch die Autos verursacht ist, wenn wir in Österreich im

vergangenen Jahr 224 000, also eine Viertelmillion, Autos eingeführt haben? Werden die nur von jenen gekauft, die keine Kinder haben? Das frage ich Sie. (*Abg. Dr. Leitner: Also die reiche Familie, ja?*)

Aber die Umwandlung dieses Absetzbetrages in die Familienbeihilfe ist sicherlich das Kernstück dieses Antrages, und es ist nicht zu leugnen, daß mindestens 600 000 Kinder – das Finanzministerium schätzt die Zahl sogar höher – davon eine finanzielle Verbesserung der derzeitigen Situation haben.

Ich möchte noch eine Gruppe erwähnen, die bisher vollkommen ausgenommen war, weil sie keine Absetzbeträge in Anspruch nehmen konnte – das ist Ihnen überhaupt nicht aufgefallen –, das sind die Vollwaisen. Auch die Vollwaisen werden jetzt eine Familienbeihilfe von 880 S bekommen.

Ebenso ist eine Verbesserung für die Kinder mit eigenen Einkünften enthalten. Auch das wurde von Ihrer Seite nicht erwähnt, obwohl es doch in den meisten Fällen Kinder aus Ihren Kreisen betrifft. Kinder nach dem 18. Lebensjahr, die bisher 1 000 S verdienen durften, dürfen nun monatlich 1 500 S eigene Einkünfte haben und bekommen trotzdem die Familienbeihilfe.

Der Herr Abgeordnete Broesigke hat davon gesprochen, daß nun jenem Elternteil, der überwiegend das Kind pflegt, die Familienbeihilfe zugesprochen wird. Ich bin mit ihm einer Meinung, daß die Frage des Unterhaltes geklärt werden müßte, nämlich dahin gehend, daß die Entscheidungen über die Alimentation für die Kinder immer so ausfallen, daß man nicht mehr von dem Vermögen, dem Einkommen, der Familiensituation der Eltern ausgeht, des Vaters oder der Mutter, sondern daß man eindeutig davon ausgeht, wie diese sogenannten Unterhaltskosten, die auch eine zufällig konstruierte Ziffer sind, bestellt sind.

Und das ist natürlich für die Familien ein Nachteil, das ist besonders für die Alleinstehenden ein Nachteil, wenn das Kind bei der Mutter lebt und sie bisher nur die halbe – früher überhaupt keine – Familienbeihilfe bekommen hat, die zur Gänze auf den Unterhalt angerechnet werden konnte. Ich bin der Auffassung, es sind meist Mütter davon betroffen, die nun die ganze Familienbeihilfe bekommen werden. Wie es halten wird und wie man es rechtlich dann letzten Endes ausdiskutieren wird, das kann ich hier auch nicht sagen. Ich weiß, wir haben diese ursprüngliche Formulierung gehabt, und man ist erst nach Jahren daraufgekommen, daß es auch nicht halten wird.

Ich möchte nur ganz kurz noch folgendes

**Maria Metzker**

sagen, weil einer der Sprecher auch über die Frage des Entbindungsbeitrages gesprochen hat. Meiner Meinung nach ist der Entbindungsbeitrag natürlich eine familienpolitische Leistung. Und wenn bisher das von den Kassen bezahlt worden ist, dann eben, weil es bisher keine andere Möglichkeit gegeben hat. Und es war eine Leistung der Krankenkassen, und deswegen war es eine Leistung der Krankenkassen in verschiedener Höhe. Und nun wird genau das, was die einzelnen Krankenkassen als Leistung haben, ihnen vom Familienlastenausgleich refundiert.

In gleicher Weise könnten Sie fragen: Ja warum sind die Pensionen unterschiedlich bei der Bauernkrankenkasse, bei den Kriegsopfern oder in der ASVG-Pension? - Ich glaube, diese Kritik an dem Entbindungsbeitrag, der vom Familienlastenausgleich nun bezahlt werden soll, ist nicht angebracht.

Wir sind ja auch bei den Geburtenbeihilfen in gleicher Weise vorgegangen.

Ich möchte abschließend sagen, daß man natürlich über diesen Antrag, der eine Novellierung zum Familienlastenausgleichsgesetz zur Folge haben wird, noch manches sagen könnte. Aber im Hinblick auf die Zeit wollte ich mich auf diese wenigen Schwerpunkte beschränken.

Ich glaube damit sagen zu können, daß wir als Sozialisten wieder einmal der Öffentlichkeit vor Augen geführt haben, daß wir den Lebensstandard der Familien nicht nur durch die gestiegenen Löhne verbessern, was natürlich den Familien zugute kommt und ihr Lebensniveau hebt, sondern auch durch höhere Beihilfen, und ich bin überzeugt, daß keine Familie in Österreich das bestreiten wird. Ich bin überzeugt, daß die Öffentlichkeit die heutige Novelle als das betrachtet, was sie tatsächlich ist, nämlich eine solidarische Familienpolitik der Sozialisten, die zu einer gerechten Einschätzung und Hilfe für die Familien führt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

**Präsident:** Zum Wort gemeldet hat sich die Frau Staatssekretär Karl.

Staatssekretär im Bundeskanzleramt Elfriede **Karl:** Herr Präsident! Hohes Haus! Im Rahmen der heutigen Tagesordnung steht auch eine Novelle zum Familienlastenausgleichsgesetz zur Diskussion, die auch in den Debattenbeiträgen verschiedener Redner heute schon eine Rolle gespielt hat und die den Herrn Abgeordneten Melter veranlaßt hat zu fragen: Was geschieht für die Familie?, veranlaßt hat festzustellen, das, was für die Familie geschieht, wäre eine Augenauswischerei, und festzustellen, wir hätten kein Konzept. Und er konnte es

sich nicht verkneifen, meinen Familienstand sozusagen mit meiner persönlichen Qualifikation für diese Funktion in Verbindung zu bringen.

Herr Abgeordneter Melter! Ich möchte auf dieser Ebene nicht diskutieren, sondern ich möchte Ihre Fragen beantworten und Ihnen darlegen, daß das, was Sie hier behauptet haben, den Tatsachen nicht entspricht.

Wir haben ein Konzept, und ich möchte es Ihnen kurz in seinen Grundzügen schildern und möchte es dann an Hand der in den letzten Jahren getroffenen Maßnahmen - ich kann dem Hohen Haus die Aufzählung der Maßnahmen in dem Zusammenhang leider nicht ersparen - im einzelnen darlegen.

Unser Konzept war es und ist es, einerseits den allgemeinen Familienlastenausgleich zu verbessern - daß das geschehen ist *(Abg. Dr. Kohlmaier: Kürzen! 15 Prozent kürzen!)*, ist leicht nachzuweisen, Herr Abgeordneter Kohlmaier -, für eine möglichst gleichmäßige Förderung der Kinder zu sorgen, unabhängig vom Einkommen der Eltern, das heißt, für eine gleichmäßige Förderung auch der Kinder zu sorgen, die aus Familien mit geringeren Einkommen stammen *(Abg. Melter: Siehe Entbindungskostenbeitrag!)*, zum Unterschied von der Familienpolitik früherer Jahre, die manches Mal das Gegenteil bezweckt hat.

Und darüber hinaus die Hilfe in Familiensituationen, von denen wir glauben, daß sie besonders schwierig sind und daß man hier eine besondere Hilfe bieten muß.

Wir haben dieses Konzept verwirklicht, und zwar nicht nur mit den Mitteln des Familienlastenausgleichsfonds, sondern auch aus allgemeinen Budgetmitteln, und ich möchte kurz und in Stichworten doch die Maßnahmen der letzten Jahre noch einmal Revue passieren lassen.

Ein Schwerpunkt war die bessere Vorsorge für die werdende Mutter und das Kleinkind. Ich nenne hier nur den Mutter-Kind-Paß in Verbindung mit der erhöhten Geburtenbeihilfe. Resultat: kräftiger Rückgang der Säuglingssterblichkeit.

Zu erwähnen ist hier der verbesserte Mutterschutz,

zu erwähnen ist hier das Karenzurlaubsgeld, das bis 1970 für verheiratete Frauen im Durchschnitt 800 S betragen hat - abhängig vom Einkommen des Ehemannes -, das 1974 auf 2 000 S erhöht worden ist und jetzt fast 2 700 S beträgt.

Erwähnen möchte ich in dem Zusammenhang auch, daß seit 1971 der Karenzurlaub als

**Staatssekretär Elfriede Karl**

Ersatzzeit für die Pension voll angerechnet wird und daß alle diese Hilfen mit Ausnahme der ersten Rate der Geburtenbeihilfe und des Mutterschutzes auch den Adoptivmüttern gewährt werden, daß also die Adoption auch materiell ganz entscheidend erleichtert worden ist.

Alleinstehenden Müttern, die es besonders schwer haben, werden darüber hinaus wirtschaftliche Hilfen geboten. Sie kriegen ein höheres Karenzurlaubsgeld, und es gibt für sie die Möglichkeit, anschließend, wenn sie nicht arbeiten gehen können, weil sie niemanden haben, der das Kind betreut, noch bis zum dritten Lebensjahr des Kindes die Notstandshilfe nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz zu beziehen.

Und auch der Unterhaltsvorschuß bedeutet eine ganz entscheidende Hilfe für die alleinstehenden Mütter. (*Abg. Dr. Hauser: Eine ÖVP-Idee!*) Herr Abgeordneter Hauser, Sie wissen ganz genau, daß wir auf der Basis einer Regierungsvorlage verhandelt haben (*Abg. Dr. Hauser: Nachdem ein ÖVP-Initiativantrag vorlag!*), wobei immer unbestritten geblieben ist, daß sich hier Initiativen von Abgeordneten Ihrer Fraktion mit den Absichten und mit den Initiativen der Regierung getroffen haben. (*Beifall bei der SPÖ. - Abg. Dr. Hauser: Da sind Sie ein Stück Wegs mit uns gegangen! - Abg. Dr. Broda: Partnerschaft!*)

Ein zweiter solcher Schwerpunkt, wo über den allgemeinen Familienlastenausgleich hinaus Hilfen geboten worden sind, ist der Zuschuß zur Familienbeihilfe für die behinderten Kinder, der 900 S im Monat beträgt, bei 14maliger Auszahlung.

Ich erinnere hier kurz auch noch an die Einbeziehung der Schüler- und Studentenunfälle in den Schutz der allgemeinen Unfallversicherung

und auch an die vor allem für die Familien, in denen beide Elternteile berufstätig sind, unendlich wichtige zusätzliche Dienstfreistellung zur Pflege erkrankter naher Angehöriger, die im gemeinsamen Haushalt mit ihnen leben.

Ein weiterer Schwerpunkt war die Entlastung der Eltern von den Kosten des Schulbesuches. (*Ruf bei der ÖVP: Des Schulbesuchs?*) Von Ihnen vielfach bestritten, obwohl gerade hier die Auswirkungen von den Familien zweifellos anerkannt werden.

Schulfreifahrten, unentgeltliche Schulbücher - gleichzeitig eine Abgeltung eines großen Teiles der mit dem Alter der Kinder zusammenhängenden Kosten, Herr Abgeordneter Melter, da Sie ja immer wieder die Altersstaffelung der

Familienbeihilfe urgieren - sowie Schüler- und Heimbeihilfen. (*Präsident Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.*)

Die Familienbeihilfe - Sie haben festgestellt, sie wäre in der Entwicklung zurückgeblieben - ist im Durchschnitt um 116 Prozent gestiegen, wesentlich stärker als das Preisniveau, stärker aber auch als das Pro-Kopf-Einkommen der Arbeitnehmer in den letzten Jahren.

Dazu kommt noch eines. Wir haben in den letzten Jahren mehrere Einkommensteuerreformen gehabt, und im Zuge dieser Einkommensteuerreformen ist auch das System der Kinderbegünstigung korrigiert worden, das seinerzeit der Herr Finanzminister Dr. Schmitz eingeführt hatte und das dazu geführt hat, daß der echte Steuervorteil umso größer war, je mehr jemand verdient hat. Es ist im Jahre 1973 der Kinderabsetzbetrag eingeführt worden, heftig umstritten und abgelehnt von der Opposition, und wir gehen jetzt dazu über, die Änderung in den Schwerpunkten der Familienförderung, nämlich vor allem auch zugunsten jener, die weniger verdienen und zu den sozial Schwächeren gehören, zu vollenden, indem wir an die Stelle der Kinderabsetzbeträge die direkte Geldbeihilfe setzen, sodaß tatsächlich alle Eltern in den Genuß aller finanziellen Hilfen des Staates kommen.

Die Mehrbelastung für den Familienlastenausgleichsfonds wird 1,8 Milliarden Schilling sein, die der Herr Abgeordnete Melter großzügig als eine Maßnahme zur Deckung des Budgetdefizits bezeichnet hat. Herr Abgeordneter! Diese 1,8 Milliarden bekommen die rund 300 000 Familien, die aus dieser Maßnahme profitieren, ob Sie es jetzt glauben oder nicht.

Wenn man international vergleicht, so zeigt sich, daß wir uns mit dieser Familienpolitik durchaus sehen lassen können. Viele dieser Maßnahmen, viele dieser Hilfen, die es bei uns gibt, gibt es in den meisten europäischen Ländern nicht.

Ich habe hier einen Bericht der „Salzburger Nachrichten“ über eine Untersuchung, die der Schweizerische Bankenverband angestellt hat über soziale Leistungen in verschiedenen europäischen Ländern. Hier wird festgestellt, daß bei den Familienbeihilfen Österreich mit Belgien an der Spitze steht und daß im Vergleich zu anderen Ländern auch die gewährten Steuervorteile für Kinder günstig sind. Das heißt, wir halten durchaus auch den internationalen Vergleich in puncto Hilfen für die Familien aus, im Gegenteil: es ist so, daß wir hier für viele Länder Vorbild sind und daß die Familienpolitiker vieler Länder eher neiderfüllt auf Österreich schauen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Der Herr Abgeordnete Melter hat gemeint,

**Staatssekretär Elfriede Karl**

wir hätten die Beschlüsse des Familienpolitischen Beirates hinsichtlich der Verwendung der jeweiligen Überschüsse des Fonds ignoriert.

Herr Abgeordneter Melter, wenn Sie sich die Ausgabensteigerungen in den einzelnen Jahren an Hand der Rechnungsabschlüsse anschauen und die jeweiligen Überschüsse aus den Vorjahren, so werden Sie feststellen, daß die Ausgabensteigerungen in jedem einzelnen Jahr größer waren als die Überschüsse, die im Vorjahr erzielt worden sind. Wir haben 1971 eine Ausgabensteigerung von 900 Millionen Schilling, einen Überschuß 1970 von 800 Millionen; 1972: Ausgabensteigerung 1,4 Milliarden Schilling, Überschuß 1971 1 Milliarde Schilling; 1973: Ausgabensteigerung 1,3 Milliarden Schilling, Überschuß 1972 1 Milliarde Schilling; 1974: Ausgabensteigerung 1,2 Milliarden - hier das einzige Jahr, wo der Überschuß im Vorjahr größer war -, Überschuß 1,4 Milliarden; dafür aber 1975 Ausgabensteigerung 3 Milliarden, Überschuß 1974 2,4 Milliarden; 1976: Ausgabensteigerung 1 Milliarde, Überschuß 1975 900 Millionen Schilling; und für 1977 werden die Ausgabensteigerungen rund 2,5 bis 3 Milliarden Schilling betragen. Insgesamt sind die Ausgaben von 7 auf etwa 20 Milliarden Schilling gestiegen.

Wenn trotzdem Reserven von 10 Milliarden Schilling angesammelt werden konnten - sie sind an den Reservefonds überwiesen worden -, dann ist das einerseits auf die Einkommensentwicklung zurückzuführen, andererseits aber auch darauf, daß die Beschäftigtenzahl seit 1970 um rund 350 000 gestiegen ist, während die Zahl der Kinder, für die Leistungen aus dem Fonds bezahlt worden sind, im wesentlichen gleich geblieben ist.

Die Einnahmen des Familienlastenausgleichsfonds sind in einem hohen Maß wirtschaftsabhängig, abhängig von der Einkommens- und von der Beschäftigungsentwicklung. Das zeigt sehr deutlich, daß es zunächst sehr stark auf die Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik ankommt, daß die Leistungen für die Familien gesichert werden können. Die Zahlen zeigen, daß das in den letzten Jahren in einem sehr hohen Maß gelungen ist.

Die Maßnahmen, die heute zur Diskussion stehen, sollen dazu beitragen, daß diese Voraussetzungen auch für die Zukunft gesichert werden. Aus diesem Gesichtspunkt heraus und auf Grund der guten finanziellen Situation des Familienlastenausgleichsfonds ist es auch zu verantworten, den Beitrag von der Bruttolohnsumme von 6 auf 5 Prozent zu reduzieren, und ist der Einsatz der Reserven zu verantworten.

Der Herr Abgeordnete Melter hat zur Bei-

tragsreduktion gemeint, daß der vom Arbeiterkammertag entsandte Experte im Familienpolitischen Beirat ihn als budgetpolitisch und nicht als familienpolitisch bezeichnet habe.

Herr Abgeordneter Melter! Er ist nicht familienpolitisch zu sehen oder die Beitragsreduktion ist nicht familienpolitisch zu sehen, wenn man die Situation der Familien nur von den Leistungen des Familienlastenausgleichsfonds abhängig sieht. Er ist aber ja familienpolitisch zu sehen, wenn man sieht - und das glaube ich, muß man -, daß die Leistungen des Familienlastenausgleichs immer nur eine Ergänzung des Einkommens, immer nur ein Beitrag zu den Unterhalts- und Erziehungskosten von Kindern sein können, daß aber das Wichtigste für die Familie Arbeitsplatz und Einkommen sind.

Ich würde sagen, eine Wirtschafts- und Budgetpolitik, die das auch in sehr schwierigen Konjunkturlagen mit wesentlich besseren Ergebnissen als in vielen anderen Ländern zuwege bringt, ist familienfreundlich. Ich glaube, in diesem Licht ist auch diese Novelle zum Familienlastenausgleichsgesetz zu sehen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Kern. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Kern** (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich werde mich bemühen, in Kürze das Wichtigste komprimiert zu bringen, muß aber, obwohl ich ursprünglich nicht die Absicht hatte, zum Familienlastenausgleich etwas zu sagen, doch nicht ganz darauf verzichten, nur zwei Sätze zu den Ausführungen der Frau Staatssekretär zu sagen.

Das ganze, was Sie hier gebracht haben, Frau Staatssekretär, von dem wissen wir, daß es so ist, Sie haben aber zum Schluß gemeint, daß trotz der Tatsache, des Faktums der Ausräumung des Familienlastenausgleichsfonds, der Kürzung der Beiträge von 6 auf 5 Prozent, die im Jahr 3 Milliarden hier wegnehmen, die weiteren Beihilfen und die anderen Leistungen des Lastenausgleiches möglich sein werden. Wir bezweifeln das, Frau Staatssekretär, und glauben das absolut nicht.

Ein zweites noch. Wenn man Ihre Ausführungen hört, von der Verbesserung der materiellen Seite der Familien hört, und auf der anderen Seite die Geburtenentwicklung sieht, dann kommt man doch zur Ansicht, daß irgendwo in unserem Lande bezüglich Familienklima oder auch Kinderklima nicht alles in Ordnung sein kann. Frau Staatssekretär! Auch diesbezüglich



**Kern**

habe ich von Ihnen in den letzten Jahren leider nichts Positives vernommen.

Nun zu zwei Rednern der Sozialistischen Partei, und zwar zum Hauptredner, Herrn Abgeordneten Blecha, und zum Herrn Abgeordneten Mühlbacher:

Wenn Herr Mühlbacher noch eine Zeitlang geredet hätte, dann hätte wahrscheinlich ein Teil geglaubt – seine Kollegen haben es ohnehin so aufgenommen –, daß dieses Belastungspaket das reinste Vergnügen, praktisch ein Vorteil für alle ist. Ich habe nur noch darauf gewartet, daß er uns vorrechnet, daß auch die 30 Prozent Luxussteuer für die Autos ein wahnsinniger Vorteil für die Österreicher sind.

Herr Blecha hat eine sehr gute Propagandarede gehalten. Meine Damen und Herren! Wenn die Sozialistische Partei auf allen Ebenen, auf allen Gebieten so gut wie in der Propaganda wäre, dann wäre diese Regierung tatsächlich die beste Regierung, die es je gegeben hat! Aber leider sind eben die wirtschaftlichen Fakten anders und lassen sich mit der besten Propaganda nicht in Ordnung bringen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nun zum 2. Abgabenänderungsgesetz, das mit den anderen Vorlagen, die heute unter einem behandelt werden, eine neuerliche gewaltige Belastung für alle bringen wird. Und da können Sie sagen und reden, was Sie wollen: Das ist ein Faktum! Die Vorredner von meiner Fraktion haben schon viele Punkte behandelt, und diejenigen, die nach mir kommen, werden noch auf einige Details eingehen.

Eine grundsätzliche Feststellung: Mit diesen Belastungen können Sie vielleicht eine Zeitlang, im nächsten Jahr, die Budgetdefizitexplosion einbremsen, aber die Arbeitsplätze werden Sie damit auf keinen Fall besser sichern können. Das, glaube ich, ist ein Faktum, das ich auch als bäuerlicher Abgeordneter eindeutig feststellen muß. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Ich möchte mich nun vom Standpunkt eines Bewohners des Landgebietes aus mit den Problemen, die uns das 2. Abgabenänderungsgesetz bringt, wie gesagt, ganz kurz auseinandersetzen.

Das Autofahren ist schon in den letzten Jahren zunehmend teurer geworden. Ich glaube, es war einmal an vielen Autos ein Pickerl angebracht, auf dem, wenn ich mich recht erinnere, ungefähr folgendes zu lesen war: „Der Autofahrer – die Melkkuh der Nation“.

Vergegenwärtigen wir uns nun all die Erhöhungen der letzten Zeit: Erhöhung der Mineralölsteuer, Erhöhung der KFZ-Steuer. Der Benzinpreis ist einige Male angehoben worden.

Ich höre schon jetzt von Ihnen: Dafür können wir nichts, das waren die Ölscheichs! – Zum Teil stimmt das, aber zum anderen Teil werden Sie nicht bestreiten können, daß beispielsweise die Umsatzsteuer, die dem Kraftstoff ebenfalls auferlegt ist, von 10 Groschen pro Liter Benzin im Jahre 1970 auf 1,07 S – das ist eine gewaltige Steigerung! – in der Zeit 1976/1977 gestiegen ist. Das gleiche haben wir auch bei den anderen Kraftstoffen.

Wie Sie alle wissen, ist durch die Gebührenerhöhung auch der Führerschein teurer geworden.

Nunmehr wird durch die Maßnahmen, die heute von Ihnen beschlossen werden, das Auto neuerlich wesentlich verteuert, so zum Beispiel durch die Umsatzsteuererhöhung. Diese Sondersteuer wird fälschlicherweise ausgerechnet im Zusammenhang mit dem Auto gerade von Ihrer Seite als „Luxussteuer“ bezeichnet. Wir alle wissen, daß heute das Auto für viele Menschen in unserem Lande der unersetzliche fahrbare Untersatz ist. Wieso Sie da von „Luxus“ reden, möchte ich von Ihnen wirklich sehr gerne hören.

Ich verweise ferner auf die Abschreibungsver schlechterung für den PKW beziehungsweise den Kombi, auf die Absetzbarkeit der Autokosten, die hier zunächst mit 1 S, 1,50 S beziehungsweise dann mit 1,80 S festgesetzt worden sind.

Tatsache ist, meine Damen und Herren, daß auf Grund der Maßnahmen dieser Regierung das Autofahren wirklich zunehmend zum Luxus wird. Das ist eine Tatsache, ein Faktum!

Aus meiner Sicht, aus der Sicht eines Bewohners des ländlichen Raumes, möchte ich besonders auf unsere Pendler, unsere Arbeitnehmer aus den Gebieten verweisen, die verkehrsmäßig extrem schlecht gelegen sind, auf Pendler, die kein öffentliches Verkehrsmittel benützen können, weil es entweder überhaupt nicht vorhanden ist oder so schlecht funktioniert, daß es einfach nicht benützbar ist. Ich denke an die Leute im Waldviertel, im Mühlviertel, an die Leute in verschiedenen Tälern, zum Beispiel an das Pielachtal in meinem politischen Bezirk. Das sind Menschen, die das Auto unbedingt brauchen. Sie werden gerade an dieser Verteuerung wirtschaftlich ganz schwer tragen.

Es mutet wie ein Kuriosum an, wenn man im Entwurf für das neue Parteiprogramm der SPÖ auf Seite 11 folgendes liest:

„Nachteile in den Lebensbedingungen der Bewohner ländlicher Regionen, insbesondere der kleineren Landwirte und Nebenerwerbsbauern, sind auszugleichen.“

Hier ist kein Ausgleich der schlechteren Lebensbedingungen, sondern vielmehr eine

**Kern**

echte Verschlechterung festzustellen. Eine echte wesentliche Verschlechterung und kein Ausgleich!

Das gleiche, was hier, meine Damen und Herren, für die Pendler, für die Arbeitnehmer gilt, trifft natürlich auch andere Berufsgruppen. Dieses Belastungspaket bringt auch eine wesentliche Verteuerung der Autokosten bei den Ärzten und bei den Tierärzten. Ja wir wissen doch, daß das letzten Endes auch die übrige Bevölkerung in irgendeiner Form mit tragen wird müssen.

Es wurde also eine Verbesserung der Lebensverhältnisse im ländlichen Raum, wie eben von mir zitiert, angekündigt. Im Rahmen dieses Paketes verhandeln wir auch über das Fernmeldeinvestitionsgesetz; dazu wird ein Kollege noch Stellung nehmen. Dieses Gesetz wird natürlich auch eine Verteuerung der Anschlußgebühren und der Telephonkosten bringen, denn wenn man Geld aufnimmt, muß man ja Zinsen zahlen, und das zahlt nicht der liebe Gott, sondern das werden die Telephonbenützer zahlen müssen! Trotzdem spricht man, wie gesagt, von einer „großartigen“ und „großzügigen“ Verbesserung, in natura, in der Praxis, schaut die Geschichte dann ganz anders aus!

Wenn ich schon bei diesem Entwurf des Parteiprogramms bin, dann darf ich gleich von der nächsten Seite auch eine sehr schöne Formulierung bringen, die wirklich gut klingt:

„Die Erhaltung unserer Waldlandschaft zur Sicherung des wichtigen Rohstoffes Holz und die Sicherung der sozialen Funktionen des Waldes und der Seen in Österreich, die Bewahrung . . . sind wichtige Ziele der Sozialisten.“

Auf der anderen Seite sehen wir, daß dieses Paket eine wesentliche Verschlechterung der Waldbewirtschaftungsmöglichkeit bringt, eine Verschlechterung, die die ordnungsgemäße Bewirtschaftung des Waldes in Frage stellt.

Heute hat Kollege Mühlbacher gesagt, daß die durchschnittliche Benützung eines KFZ in der gewerblichen Wirtschaft pro Jahr bei etwa 24 000 km liege, wenn ich das noch richtig im Kopf habe. Ich darf darauf hinweisen, daß auf Grund einer Erhebung der Forstwirtschaft in den Forstbetrieben die jährlich gefahrene Kilometeranzahl auch bei 20 000, 25 000 km liegt. Das stimmt schon. Ich möchte aber festhalten, daß die Kosten mit 1,50 S bei weitem nicht abgedeckt werden können, weil auf Grund dieser Berechnung Kosten bei 20 000 km von jährlich 40 000, 50 000 und 60 000 S auflaufen, und zwar deswegen, weil hier die Fahrverhältnisse wesentlich schlechter sind. Die Forststraßen sind keine Autobahnen, das sind keine asphaltierten

Straßen, sondern wesentlich schlechtere Straßen, und damit ergibt sich auch eine wesentlich größere Abnützung und dadurch eine Verteuerung der Autokosten.

Dasselbe, was ich für die Forstwirtschaft deponiert habe, meine Damen und Herren, gilt in ähnlicher Weise auch für die Spezialbetriebe Gärtner, Weinhauer und auch für die Obstbauern, für die das Fahrzeug eine unbedingte Notwendigkeit ist und die mit diesem Maßnahmenpaket schwer belastet werden.

Nur ganz kurz noch eine Überlegung zur Frage des Kilometergeldes. Ich habe im Finanzausschuß den Herrn Minister gefragt, wie man im Ministerium zu diesen Beträgen 1,50, 1,80 S – zunächst waren es 1,30 und 1,50 S, wenn ich das noch richtig im Kopf habe – gekommen ist. Heute hat Herr Mühlbacher eine Rechnung aufgemacht. Der Herr Finanzminister hat mir auf diese meine damalige Frage keine Antwort gegeben, und auch der Herr Mühlbacher hat im Ausschuß dazu kein einziges Wort gesagt. Heute kommt er mit Zahlen, die man überprüfen müßte, ob das wirklich seine Richtigkeit hat; wir bezweifeln das.

Ich habe weiters den Herrn Finanzminister gefragt, wie er sich die Kontrolle des Fahrtenbuches vorstellt. Das ist ja vorgesehen. Wenn jemand von der Pauschalierung nicht Gebrauch macht, dann soll er ein Fahrtenbuch führen. Auch darauf habe ich keine Antwort vom Herrn Minister bekommen.

Denn eines steht fest: Wenn das von zig-tausenden Kraftfahrzeugbesitzern in Anspruch genommen wird, dann muß das eine ganz gewaltige Aufblähung des Verwaltungsapparates bringen.

Meine Damen und Herren! Abgeordneter Mühlbacher hat auf Grund meines Zwischenrufes, was mit den Schwerekriegsbeschädigten, was mit den anderen Bevölkerungsgruppen sein wird, die auf das Fahrzeug unbedingt angewiesen sind und wo man absolut von Luxus nicht mehr reden kann, wenn die mit einem Fahrzeug fahren, weil sie ja nicht gehen können, auf meine Frage, was also mit diesen Gruppen sein wird, gemeint, das werde alles schon geregelt. Wir haben aber im letzten Finanzausschuß konkrete Abänderungen in diesem Gesetz nicht gesehen, Anträge nicht zu Gesicht bekommen.

Daher frage ich nochmals, Herr Minister: Wie wird das sein mit dem Roten Kreuz, mit den Kriegsversehrten? Wir haben in den letzten Tagen Schreiben zugesandt bekommen von der Zentralorganisation des Kriegspferverbandes, datiert 25. Oktober. Warum wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß sie von der Sondersteuer damals im Jahre 1968 befreit wurden und

### Kern

diesmal nicht. Wie wird das weitergehen? Ich kann mir doch nicht vorstellen, daß dieser Bevölkerungsgruppe, die zu den ärmsten überhaupt im Lande zählt, diese schweren Belastungen echt aufgebürdet werden. (*Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.*)

Noch ganz kurz einige Überlegungen, Herr Bundesminister für Finanzen, zur Änderung auf dem Gebiet des Kreditwesens.

In den Erläuterungen der Regierungsvorlage wird auf die Notwendigkeit einer gleichmäßigen steuerlichen Behandlung aller Geldinstitute hingewiesen. Dazu möchte ich festhalten, daß gerade durch diese vorgesehene Regelung im Körperschaftsteuergesetz wohl in § 22 (2) der halbe Steuersatz für die Kreditgenossenschaften beim Mitgliedergeschäft gestrichen wird, andererseits wird aber diesen Kreditgenossenschaften die Tarifbegünstigung des gespaltenen Körperschaftsteuersatzes, wie sie den Kapitalgesellschaften gewährt wird, vorenthalten.

In der Praxis bedeutet dies, daß das Genossenschaftsmitglied, das Mitglied der Raiffeisenkasse also, für seinen Eigentumsanteil keine steuerlich begünstigte Verzinsung bekommt, während dem Großaktionär der Großbanken diese steuerliche Begünstigung gewährt wird. Hier wird mit zweierlei Maß gemessen, und hier ist eine eklatante Schlechterstellung des kleinen Mannes gegenüber dem Großaktionär vorgesehen. – Herr Bundesminister, ich glaube, diese Sache war denn doch etwas zu wenig überlegt!

Abschließend, meine Damen und Herren, möchte ich nochmals darauf hinweisen, daß dieses 2. Abgabenänderungsgesetz ein Bündel von neuen schweren Belastungen für die gesamte Bevölkerung bringt und daß man mit dem Namen „Maßnahmenpaket“ die Leute genauso irreführt, wie etwa der Name „Luxussteuer“ völlig unberechtigt ist. Wir sind solche Wortschöpfungen aus der Vergangenheit gewohnt. Ich kann mich erinnern, da hat es einmal geheißen, die „Freistellung“ von Arbeitsplätzen, davon war einmal die Rede. Oder ein „Minuswachstum“ hat es einmal gegeben. Ich glaube, man soll das Kind beim Namen nennen: Das ist eine Belastung, das ist kein Maßnahmenpaket und keine Luxussteuer, jedenfalls nicht bei einem großen Teil der Artikel, die mit der neuen großen Umsatzsteuer von 30 Prozent belastet werden.

Auf die Ursachefür diese ganze Entwicklung ist heute auch schon vom Klubobmann und gestern vom Bundesparteiobmann hingewiesen worden. Die Ursache, meine Damen und Herren, liegt nun einmal darin, wie Sie die gut übernommene Wirtschaft, die Ihnen die ÖVP im Jahr 1970 übergeben hat, weiter behandelt haben. Wir

haben damals bei einer hohen, guten Beschäftigungslage im Jahre 1970, beim größten Wirtschaftswachstum, das überhaupt nach 1945 in diesem Staat mit 7,8 Prozent real zu verzeichnen war, bei einer Inflationsrate von nur 2,5 bis 3 Prozent Defizite von 7 bzw. 7,2 Milliarden Schilling gehabt, einen niedrigen Schuldenstand und eine ausgeglichene Zahlungsbilanz. Das haben Sie übernommen.

Und wie schaut die Lage heute aus? Rundherum abgewirtschaftet haben Sie, rundherum abgewirtschaftet! (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Und jetzt kommen Sie zum Kassieren, jetzt wird kassiert und wieder kassiert. Dabei ist unsere große Befürchtung, daß bei dem ganzen Kassieren leider Gottes nichts herauschaut in der Richtung, daß wirklich eine echte Aufwärtsentwicklung in unserem Lande damit getätigt werden könnte. Das ist ja nicht der Fall, das stimmt ja nicht! Es wird leider wieder nur weiter kassiert werden.

Es ist eben leider so, daß Sie von Propaganda sehr viel, aber vom Wirtschaften nichts verstehen. Aus diesem Grund können und werden wir diesen Maßnahmen nicht zustimmen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Sozialminister. Ich erteile es ihm.

Bundesminister für soziale Verwaltung Dr. **Weißberg**: Herr Präsident! Hohes Haus! Der Herr Abgeordnete Kohlmaier hat vorhin gemeint, daß ich die Zeit verschlafen hätte beziehungsweise nicht weiß, was sich im Bereiche der Krankenversicherung tut. Er hat reklamiert, daß das Krankenversicherungskonzept von mir nicht schon früher vorgelegt worden ist. Ähnlich hat auch der Herr Abgeordnete Melter argumentiert.

Ich darf daran erinnern, und das ist richtig, daß ich seinerzeit, bevor ich noch meine jetzige Funktion bekommen habe, von der Stunde Null in der Krankenversicherung gesprochen hatte. Ich habe damals darauf hingewiesen, daß die Einnahmen in der Krankenversicherung in einer Zehnjahresrückschau um 214 Prozent gestiegen sind, die Ausgaben für Ärzte um 238 Prozent, für Medikamente um 251 Prozent und für Krankenanstalten um 319 Prozent.

Ich habe damit zum Ausdruck bringen wollen, daß wir einen langjährigen Trend in unserer Krankenversicherung verfolgen, wonach sich eine Kostenschere ergibt, die bei nicht entsprechenden Einnahmensteigerungen zu wesentlich höheren Ausgabensteigerungen führt.

Ich habe deshalb die Meinung vertreten – und

**Bundesminister Dr. Weißenberg**

diese Meinung ist auch in der Enquete, die mit Beginn dieses Jahres in Arbeitskreisen im Sozialministerium getagt hat, ebenfalls unterstützt worden -, daß es nicht darauf ankommt, kurzfristige Maßnahmen zu setzen, sondern daß langfristig versucht werden muß, den Trend in der Ausgaben- und Einnahmenentwicklung zu stoppen.

Wie ich vorhin an den Ziffern gezeigt habe, bedeutet die Ausgabe für den Krankenanstalten-sektor zweifellos eine Schlüsselposition. Es ist Ihnen sicherlich, Herr Abgeordneter Kohlmaier, nicht entgangen, daß über die Frage der Krankenanstaltenfinanzierung seit Monaten zwischen Bund und Ländern verhandelt wurde. Sie waren ja selbst bei diesen Verhandlungen dabei. Es wäre einfach unverantwortbar gewesen, ein Krankenkassenfinanzierungskonzept vorzulegen, in dem die Spitalsfrage nicht gleichzeitig mit enthalten ist, weil ja alles aufeinander abgestimmt sein muß.

Ich habe deshalb darauf warten müssen, bis es endlich zu einer Lösung kommt, die auch auf dem Krankenanstaltensektor eine Chance bietet, daß sie angenommen werden könnte.

Es ist Ihnen auch diesbezüglich sicherlich bekannt, daß die Ländervertreter von den Krankenkassen wesentlich höhere Verpflegskostensätze verlangt haben als derzeit bezahlt werden. In diesem Zusammenhang darf ich daran erinnern, daß einige Bundesländer Beschlüsse in den Landtagen gefaßt haben, wonach die Krankenkassen die Verpflegskosten bis zu 80 Prozent zu ersetzen hätten.

Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Wenn diese Politik von allen Bundesländern übernommen worden wäre, hätte das bedeutet, daß die Krankenversicherung Leistungen für den Krankenanstaltensektor erbringen hätte müssen, die etwa um 4 Milliarden mehr ausgemacht hätten, als der gegenwärtige Aufwand darstellt. 4 Milliarden Schilling gemessen an dem, was jetzt im Rahmen der Höchstbeitragsgrundlagenerhöhung vor sich geht, sind eine Belastung, die bedeutend höher gewesen wäre. Deshalb habe ich auf Drängen der Länder zugestimmt, daß es zu einer Lösung kommt, die eine relativ geringe Belastung der Versicherten mit sich bringt, aber gleichzeitig hilft, das Krankenanstaltenwesen von der finanziellen Seite her lösen zu können.

Das ist eine Frage, zu der sicherlich die Ländervertreter noch ihre Meinung abgeben werden. Jedenfalls sehen die ersten Stellungnahmen, die wir gehört haben, so aus, als ob es mit Ende dieses Monats zu einer Lösung kommen würde.

Herr Abgeordneter Kohlmaier, Sie haben

dann auch die Beitragserhöhungen in der Pensionsversicherung kritisiert. Das ist sicherlich Ihr gutes Recht. Ich darf Sie aber daran erinnern, daß Sie selbst einmal in einem Artikel in der Festbroschüre für meine Vorgängerin im Amt, Frau Grete Rehor, zur Frage der Finanzierung der Pensionsversicherung folgendes gesagt haben:

Bei der Pensionsversicherung wäre hinsichtlich der Finanzierung eine gänzliche Systemänderung nötig. Dabei sollte davon ausgegangen werden, daß der Staatszuschuß nicht ein unerschöpfliches Reservoir darstellen kann, das den Bund praktisch zum alleinigen Hafter für alle Leistungsverbesserungen und Pensionserhöhungen macht. - Dann geht es weiter -: Der Bundesbeitrag sollte daher in Zukunft so bemessen werden, daß er strukturelle Schwächen beseitigt. Zu diesem Zweck wäre ein optimales Verhältnis zwischen Versicherten und Alterspensionisten herzustellen, das einen Staatszuschuß entbehrlich macht.

Sie haben dann weiter gemeint: Ist die Zahl der aktiv Versicherten geringer, als es dem Idealverhältnis entspricht, würde der Staat die fehlenden Versicherungsbeiträge ersetzen.

Dieses System bedeutet, daß die Beiträge gigantisch angehoben hätten werden müssen, um zu dem Resultat zu kommen, das Ihnen damit vorgeschwebt hat. (*Abg. Dr. Kohlmaier: Überhaupt nicht! Bei den Angestellten wäre sie überhaupt nicht erhöht worden auf dieser Basis!*) Nach diesem System hätten sie erhöht werden müssen, vor allem im Bereich der Pensionsversicherung der Arbeiter, im Bereich der Pensionsversicherung des Bergbaues, weil dort die Strukturverhältnisse es einfach erzwungen hätten. (*Abg. Dr. Schwimmer: Sie haben nicht verstanden, was Sie vorgelesen haben!*)

Aber im übrigen darf ich Sie daran erinnern, meine Herren Abgeordneten, daß ja der Bundeszuschuß zur Pensionsversicherung nicht allein die Funktion einer Ausfallhaftung ist. Der Bundeszuschuß hat ja eine historische Entwicklung durchgemacht (*Abg. Dr. Schwimmer: Über den werden wir noch reden!*), wobei unter anderem im ASVG, als es 1955 beschlossen wurde, der Bundeszuschuß die Funktion eingenommen hat, die Sünden wiedergutzumachen, die in der Ersten Republik dadurch begangen wurden, daß man den Arbeitern, obwohl sie vergeblich darum gekämpft haben, die Pensionsversicherung vorenthalten hatte. (*Abg. Dr. Schwimmer: Sie blicken hoffnungsvoll in die Vergangenheit! Das nennt man Fortschritt!*) Deshalb hat das ASVG die Zeiten vor 1939, also die Zeiten der Ersten Republik, als Ersatzzeiten anerkannt und dafür einen Bundeszuschuß

**Bundesminister Dr. Weißenberg**

vorgesehen. *(Abg. Dr. Sch wimmer: Vielleicht ist der Kaiser schuld!)*

Ich darf nun zu Herrn Abgeordneten Melter sagen: Er hat gemeint, daß mein Vorgänger, der Herr Vizekanzler Häuser, blaß geworden wäre, wenn er den heutigen Tag hier auf der Bank vertreten hätte müssen.

Ich möchte zunächst herzlichen Dank für die nachträgliche Anerkennung der Arbeit Häusers vorbringen *(Beifall bei der SPÖ)*, ein Dank, den Sie ihm ja während seiner aktiven Tätigkeit vorenthalten haben.

Aber ich kann Ihnen versichern, Herr Abgeordneter Melter, daß auch mein Freund und Vorgänger Häuser einverstanden gewesen wäre mit diesem Maßnahmenpaket, weil er genauso wie ich und wie jeder andere Gewerkschafter der Meinung ist, daß die Basis für die Sozialpolitik die Vollbeschäftigung ist und bleiben muß. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Um diese Vollbeschäftigung zu erhalten und um die Sozialpolitik weiterentwickeln zu können, halte ich daher dieses Finanzierungspaket, das jetzt auf dem Tisch liegt, für die soziale Sicherheit vertretbar, und ich kann Ihnen sagen, daß ich in zahlreichen Versammlungen den Eindruck gewonnen habe, daß auch die Bevölkerung dieses Maßnahmenpaket für zumutbar hält. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Nun darf ich, da gestern vorwiegend der wirtschaftliche Teil des Konzepts zur Sicherung der Arbeitsplätze der ÖVP diskutiert wurde, heute auch noch einige Ausführungen zum sozialpolitischen Teil machen.

Dieses Konzept enthält eine Menge Vorschläge zur Arbeitsmarktpolitik, die bereits durchgesetzt wurden, das ist ja in vielen Reden heute schon zum Ausdruck gekommen *(Ruf bei der ÖVP: Welche?)*, sodaß man im wesentlichen sagen kann, daß dieses Arbeitskonzept als ein Applaus für die gegenwärtige Arbeitsmarktpolitik gewertet werden kann. *(Beifall bei der SPÖ. - Ruf bei der ÖVP: Sagen Sie welche! - Abg. Dr. Sch wimmer: Ein Beispiel!)* Herzlichen Dank dafür! *(Abg. Dr. Sch wimmer: Keine falschen Pauschalverdächtigungen!)*

Dieser Applaus ist umso bemerkenswerter, als es ja meinem Vor-Vor-Vorgänger Proksch leider nicht gelungen ist, das Arbeitsmarktförderungsgesetz in seiner Zeit durchzusetzen. *(Abg. Dr. Sch wimmer: Das hat die Minister Rehor gemacht!)* Es stieß auf den heftigsten Widerstand der Bundeswirtschaftskammer. Es war erst nach einigen Abstrichen möglich, daß dieses Gesetz dann endlich vom Hohen Hause hat verabschiedet werden können. *(Abg. Dr. Mussil: Auf den guten Rat der Bundeskammer! Wenn Sie schon ehrlich sein wollen!)*

Ich darf aber auch daran erinnern: Als dieses Gesetz in Kraft gesetzt wurde - es hat heute der Herr Vizekanzler schon darauf hingewiesen -, war für die aktive Arbeitsmarktpolitik ein Betrag von 93 Millionen Schilling zur Verfügung, mit dem man bestenfalls einige kleine Maßnahmen, aber keine echte aktive Arbeitsmarktpolitik setzen konnte. *(Abg. Dr. Sch wimmer: Das war der Anlauf, das wissen Sie ganz genau!)*

Heute haben wir dafür einen 14mal, fast 15mal so hohen Betrag in unserem Budget. Ich darf daran erinnern - das Budget liegt ja vor Ihnen -, daß wir über 1 Milliarde, fast 1 100 Millionen für das Normalbudget eingesetzt haben und dazu noch weitere 300 Millionen Schilling für die Möglichkeit, daß wir zusätzliche Mittel für die Unterbringung von Jugendlichen brauchen könnten. *(Abg. Dr. Sch wimmer: Nur die Beispiele fehlen immer noch!)*

Sie haben uns vorgeworfen, daß die Sozialisten kein Konzept zur Arbeitsmarktpolitik hätten. Ich darf Sie daran erinnern, daß ein arbeitsmarktpolitisches Konzept seit 1971 vorliegt. *(Ruf bei der ÖVP: Das ist längst überholt!)* Dieses arbeitsmarktpolitische Konzept ist längst überholt, daher wurde jedes Jahr - Sie können die Berichte nachlesen - ein neues Konzept dazu erstellt. *(Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ.)*

Wir haben im Arbeitsmarktbeirat Richtlinien für die Durchführung der Arbeitsmarktförderungsmaßnahmen verabschiedet. *(Abg. Dr. Sch wimmer: Stehen da die Belastungen drinnen?)* Wir haben jedes Jahr im Arbeitsmarktbeirat ein Schwerpunktprogramm beschlossen beziehungsweise die bestehenden Schwerpunktprogramme revidiert. Bei diesen Schwerpunktprogrammen handelt es sich um dieselben Problemgruppen, die Sie in Ihrem Arbeitsmarktkonzept anführen, nur haben wir noch eine Problemgruppe zusätzlich erwähnt, auf die Sie völlig vergessen haben, nämlich die Behinderten, weil wir glauben, daß für die Behinderten alles getan werden müßte, um sie auch arbeitsmarktpolitisch und vor allem aber menschlich zu betrachten. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wir haben diese Richtlinien und wir haben die Schwerpunktprogramme im Arbeitsmarktbeirat einstimmig verabschiedet, einstimmig, das heißt: also mit Mitwirkung der Vertreter der Bundeswirtschaftskammer und der Vertreter der Arbeitnehmerseite, Arbeiterkammer und Gewerkschaftsbund.

Und deshalb möchte ich Sie, meine Damen und Herren von der ÖVP, fragen: Was soll das auf Seite 3, wenn Sie schreiben: „Für diese gezielten Maßnahmen soll es genau definierte Richtlinien geben und nicht mühsame bürokratische Kommissionsentscheidungen.“ - Soll dies

**Bundesminister Dr. Weißenberg**

eine Absage an die Sozialpartnerschaft in dem Beirat des Bundesministeriums für soziale Verwaltung sein? Was für andere Kommissionen, Herr Abgeordneter Schwimmer, gibt es denn, die Sie sonst meinen könnten? *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Schwimmer: Nicht schon wieder gegen besseres Wissen reden! Etwa 300 Kommissionen haben Sie in Ihrer Regierung! Sie regieren nicht, Sie kommissionieren nur mehr!)*

Nein, nein, Herr Abgeordneter, über die Arbeitsmarktförderung entscheidet der Arbeitsmarktbeirat beim Bundesministerium für soziale Verwaltung. Und ich glaube, daß es im Interesse der Arbeitsmarktpolitik und der gesamten österreichischen Gesellschaftspolitik ist, daß in diesem Beirat die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer eine gemeinsame Arbeit leisten, um die Arbeitsmarktpolitik entsprechend durchführen zu können. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Es heißt dann weiter: „Die Maßnahmen gewährleisten die freie Entscheidung des einzelnen und sollen nicht unter Zwang getroffen werden.“

Herr Abgeordneter Mussil, welchen Unternehmer haben wir schon zwingen müssen, daß er die Förderung der Arbeitsmarktmittel in Anspruch genommen hat? Ich glaube, Sie haben es alle mit großen Freuden quittiert, wenn der Arbeitsmarktbeirat beschlossen hat, die Förderung zu geben. *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Mussil: In Ihrer Regierung ist jeder Minister allein schon eine Kommission!)*

Natürlich, meine Damen und Herren, der Applaus, den Sie mit Ihrem Konzept unserer Arbeitsmarktpolitik geben, ist sicherlich nicht – *(Abg. Dr. Schwimmer: Wo denn! Sie haben noch immer keine Beispiele von verwirklichten Dingen! Was ist denn schon verwirklicht? Sagen Sie es doch!)* – ich werde Ihnen schon noch zeigen, wo die Übereinstimmung stattfindet – Ihre Absicht gewesen, das ist mir ganz klar, und deshalb versuchen Sie ja auch, die günstigen . . . *(Abg. Dr. Schwimmer: Kein einziges Beispiel bisher genannt!)* Ja, es wird schon kommen, Herr Abgeordneter, nur Geduld!

Sie haben daher versucht, in den Prämissen Ihres Konzeptes die Darstellung der Arbeitsmarktlage so zu geben, wie es eben Ihrer „krisenhaften“ Brille entspricht. Dabei haben Sie sich größere und kleine Ungenauigkeiten, um also da nicht zu aggressive Worte zu verwenden, einfallen lassen. Aber ich darf auf diese Ungenauigkeiten doch ein bißchen eingehen.

Sie haben zum Beispiel auf Seite 5 geschrieben, daß die Höhe des Beschäftigtenstandes mit 2 741 000 einen neuen Rekord erreicht hat,

vergessen haben Sie, 50 000 dazuzuzählen; wir haben nämlich im August nicht 2 741 000, sondern 2 791 000 Beschäftigte gehabt. Seither hat sich natürlich ein gewisser saisonaler Rückgang ergeben. Aber ich darf Ihnen, meine Damen und Herren, den neuesten Beschäftigtenstand mitteilen, den Oktober-Beschäftigtenstand, der Ihnen sicherlich interessant erscheinen wird. Wir haben im Oktober, obwohl in der Wirtschaft so viel davon gesprochen wurde, daß die Beschäftigtensituation bedrohliche Entwicklungen annimmt, 2 775 961 Beschäftigte gehabt, das sind um 39 412 mehr als im Oktober des vergangenen Jahres. *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Schwimmer: Wozu brauchen wir dann die Belastungen?)*

Ich darf daran erinnern, meine Damen und Herren, daß wir selbst nach den bereinigten Ziffern, bereinigt vom Wirtschaftsforschungsinstitut, über 300 000 Arbeitsplätze seit 1970 mehr geschaffen haben, und darf Sie, meine Damen und Herren der ÖVP, daran erinnern, daß in der Zeit von 1966 bis 1970, also in der Zeit, in der Sie die Verantwortung getragen haben, rund 30 000 Arbeitsplätze aus unserem Beschäftigtenstand verschwunden sind.

Der höchste Arbeitslosenstand in dieser Zeit war 1968, als – gemessen an der heutigen Weltwirtschaftskrise – ein Mailüfterl an Krisenerscheinungen durch die Welt gegangen ist. *(Abg. Dr. Mussil: Das sind ja statistische Kunststücke! Sagen Sie, was Sie aus der Statistik herausgenommen haben, nämlich die Frauen, die Karenzurlaubsgeld bezogen haben!)* Ich habe Ihnen, Herr Abgeordneter, bereits gesagt, daß es sich um die vom Wirtschaftsforschungsinstitut bereinigten Ziffern handelt *(Beifall bei der SPÖ)*, und ich nehme an, daß Sie wissen, was die Bereinigung beinhaltet. *(Abg. Dr. Schwimmer: Stimmt ja nicht!)* Doch, das stimmt!

Und Sie verwenden dann, das geht genau jetzt in diese Richtung hin, solche Formulierungen: „Auch sind jene Arbeitnehmer nicht in der Statistik ausgewiesen, die zwar eine Arbeit suchen, aber keine Hoffnung haben, vom Arbeitsamt vermittelt zu werden.“ – Das ist ein glattes Märchen, denn jeder einzelne, der sich beim Arbeitsamt arbeitsuchend meldet, wird als Arbeitsuchender und Arbeitsloser gemeldet. *(Abg. Dr. Schwimmer: Wir reden ja von denen, die sich nicht melden!)* Und wenn er nicht zum Arbeitsamt geht, dann hat er offenbar kein Bedürfnis, von irgendeiner Stelle vermittelt zu werden. *(Abg. Dr. Schwimmer: Wer meldet sich denn dort, der keine Hoffnung hat, daß die ihm helfen!)*

Bei der heutigen Arbeitsmarktsituation hat noch jeder, der zum Arbeitsamt gekommen ist, die Chance gehabt, auch vermittelt zu werden.

**Bundesminister Dr. Weißenberg**

*(Abg. Dr. Schwimmer: Dann schicke ich Ihnen einige, zum Beispiel von den 55jährigen, die weggeschickt werden!) Ja, einverstanden! (Abg. Dr. Schwimmer: Das ist eine Verhöhung von hunderten arbeitssuchenden älteren Arbeitnehmern!)*

Ich darf noch auf weitere Ungenauigkeiten hinweisen. Auf Seite 6 schreiben Sie: „Immerhin ist selbst unter Verwendung der offiziellen Statistiken die Zahl der Arbeitslosen in Österreich höher als die der offenen Stellen. 1971 etwa gab es noch mehr offene Stellen als Arbeitslose.“

Nur zur Klarstellung – Sie haben es nicht aufgenommen, aber nur damit alle wissen, um was es sich handelt: In der Zeit zwischen 1966 bis 1970 gab es keinen einzigen Jahresdurchschnitt, wo die offenen Stellen mehr ausgemacht hätten als die Arbeitslosen. In der Zeit von 1970 bis 1977 waren es immerhin vier Jahre, wo die offenen Stellen mehr gewesen sind als die Arbeitslosen. *(Abg. Dr. Mussil: Wir haben keine verzerrten Statistiken drinnen!)*

Sie haben dann im nächsten Absatz auf Seite 6 geschrieben, daß die Anzahl der Selbständigen plus Unselbständigen keineswegs Rekordwerte erzielt. 1977 wären es 3 Millionen, 1960 3,2 Millionen.

Ich bitte wiederum, die Berichte des Wirtschaftsforschungsinstitutes zur Hand zu nehmen: Es sind im Jahr 1977 3,2 Millionen plus 100 000 Ausländer, das sind 3,3 Millionen. Also wiederum ein kleiner Beweis für so kleine Ungenauigkeiten, die aber natürlich andere Prämissen setzen, als es der eigentlichen Situation entspricht. *(Abg. Dr. Mussil: Das Wirtschaftsforschungsinstitut ist für uns auch kein Evangelium!)*

Nun zum Thema Jugendarbeitslosigkeit. Also den ersten Absatz versteht ja überhaupt niemand. Vielleicht können Sie mir das interpretieren, wenn Sie sagen, daß „jährlich zwischen 20 000 und 30 000 mehr Jugendliche in das Erwerbsleben treten als in derselben Zeit ausscheiden.“

Im allgemeinen arbeiten die Jugendlichen dann, wenn sie eingetreten sind, als Erwachsene weiter und scheiden also nicht aus. Aber bitte, um auch hier völlige Klarstellungen herbeizuführen: Wir werden im Jahr 1977/78 um 1 300 Personen mehr haben in der Altersgruppe 15- bis 30jährige. Das sind Ziffern vom Wirtschaftsforschungsinstitut, damit Sie mir da keine Parteilichkeit vorwerfen. Im Wirtschaftsforschungsinstitut sitzen ja alle drinnen! Im nächsten Jahr sind es 5 800, auf 1980 9 500, auf 1981 19 800, 1982 19 000, 1983 16 900, 1984 15 200, 1985 11 200.

Und dann sagen Sie wiederum: Die statistische Erfassung ist mangelhaft. Dazu habe ich schon meine Bemerkungen abgegeben. Ich darf Ihnen aber nur noch sagen, daß wir immerhin rund 170 000 Beratungen von jungen Menschen bei den Arbeitsämtern registrieren können, die sich beim Arbeitsamt um Arbeitsuche gemeldet haben und entweder vermittelt werden konnten oder sich selbst einen Arbeitsplatz dann gefunden haben.

Aber der nächste Absatz auf der Seite 6 unten: „1971 lag die Arbeitslosigkeit der Gruppe der 15- bis 19jährigen bei 0,67 Prozent, etwa halb so hoch wie die Arbeitslosenquote für alle Jahrgänge.“ 1975 dann weitere Ziffern.

Meine Damen und Herren! Ich muß Sie wirklich fragen, von wo Sie diese Ziffern hernehmen. Diese Ziffern sind nach der offiziellen Statistik völlig falsch. Ich kann Ihnen entgegenhalten die Ziffern vom August der jeweiligen Jahre – der August ist ja bekanntlich für die Jugendlichen ein relativ schlechter Monat, weil ja da die Schulabgänger teilweise noch keinen Arbeitsplatz gefunden haben ... *(Abg. Dr. Schwimmer: September müssen Sie nehmen!)*

Ich bringe ja bewußt den August als den schlechteren Monat. Selbst 1966 betrug die Arbeitslosenquote nur 0,9 Prozent. Das steigt dann auf 1,1, 1,3, 0,9 und fällt dann etwas ab und ist heute wiederum bei 0,9 Prozent. Das ist die Rate der Jugendarbeitslosigkeit, die wesentlich geringer ist als die Rate der Erwachsenen, was schließlich und endlich nicht zuletzt darauf zurückzuführen ist – auf das komme ich dann noch zu sprechen –, daß wir eine bewußte Jugendarbeitslosigkeitsbekämpfungspolitik betrieben haben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Bewußte Politik – ich wiederhole, daß es im Beirat dazu einstimmige Schwerpunktprogramme gegeben hat –, bewußte Politik wurde gemacht, und damit bin ich bei Ihrem Vorschlag, Prämien zu schaffen für zusätzliche Arbeitsplätze für Jugendliche. Wir führen die Schnupperlehre durch, wir machen besondere Kurse für Schulabgänger, deren Unterbringung sich verzögert, Förderung der Kontaktaufnahme mit potentiellen Arbeitgebern durch Beihilfen, Organisation von Verkehrslinien im Bedarfsfall, im Jahr 1976 Förderung von zusätzlichen Lehrplätzen, wobei das 2 203 zusätzliche Lehrplätze beinhaltet hat mit einer Ausgabe von 24 000 S pro Lehrplatz und pro Jahr, ein Förderungsbetrag, der natürlich dann viele Millionen ausgemacht hat.

Wir fördern Einrichtungen, die Lehrlinge beschäftigen, zum Beispiel Lehrwerkstätten bei der Bahn und Post, aber auch in Privatbetrieben.

**Bundesminister Dr. Weißenberg**

Dafür sind etwa 12 Millionen Schilling im Jahr 1976 ausgegeben worden.

Förderung von Lehrplätzen in Privatbetrieben, noch extra für rund 1 082 Personen mit auch ungefähr 10 Millionen Schilling. Wir gewähren laufend Ausbildungsbeihilfen, insgesamt für 18 661 Lehrlinge mit einem Betrag von rund 43 Millionen Schilling.

Wir machen Berufsvorschulungen allgemeiner Art, Berufsvorschulungen berufsspezifischer Art.

Soweit also zu den Prämienvorschlägen, was die Jugendlichen betrifft. Dann kommt hier noch als Maßnahmenvorschlag, die erlaubte Lehrlingszahl pro Betrieb soll erhöht werden. Das ist zum Teil in einigen Branchen geschehen, denn das ist ja bekanntlich durch besondere Festlegungen fixiert, aber ich darf doch daran erinnern, daß es noch viel zu viele Betriebe gibt, die einen Lehrling ausbilden könnten, aber bisher noch keinen Lehrplatz aufgemacht haben. Wir werden daher viel mehr unsere Maßnahmen darauf konzentrieren, und ich bitte um Mitwirkung der Bundeskammer, die natürlich bei der bisherigen Unterbringung der Lehrlinge sehr aktiv mitgewirkt hat.

Ich bitte aber auch hinsichtlich dieser Maßnahmen gemeinsam mit der Bundeskammer die bisher säumigen Betriebe zu Lehrbetrieben umwandeln zu können. *(Abg. Dr. Mussil: Das ist das freie Recht und gute Recht, aber keine Säumigkeit!)*

Was nun die verstärkte Information berufskundlicher Art betrifft, meine Damen und Herren, auch dazu – Sie können sich das dann anschauen – haben wir Broschüren herausgebracht, „Nach der Schule in den Beruf“, „Nach dem Bundesheer in den Beruf“, „Berufe von A bis Z“, „Lehrberufe“ und so weiter, ich will das jetzt nicht im Detail anführen, aber es steht Ihnen zur Verfügung, damit Sie sehen, daß wir auf diesem Gebiet ja doch schon einiges gemacht haben. *(Abg. Dr. Wiesinger: Es kommt nicht auf die Quantität, sondern auf die Qualität an!)* Danke für den Applaus, wenn Sie das jetzt damit auch wiederum bestätigen.

Bei der Problemgruppe „Maturanten“ darf ich ebenfalls auf die große Anzahl von Broschüren hinweisen: „Berufe für Maturanten und Akademiker“, „Kaufmännische Tätigkeiten“ und so weiter. *(Abg. Dr. Sch w i m m e r: Das geht nicht nach dem Papierkrieg!)*

Wenn Sie glauben, daß das noch zu wenig war, bitte sehr, wir werden im Beirat darüber reden, Herr Abgeordneter Mussil. Wenn Ihre Vertreter im Beirat dann dem zustimmen, bin ich gerne bereit, daß wir noch Broschüren auflegen.

Aber sagen Sie dann bitte nicht, daß der Aufwand des Sozialministeriums für Propaganda zu groß gewesen sei. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Problemgruppe Frauen. „Die Arbeitslosenrate der Frauen liegt fast fünfmal so hoch wie jene der Männer.“ Wiederum eine Behauptung, bei der ich einfach nicht daraufkomme, wo sie herkommt. Im Jahr 1976 betrug die Arbeitslosenrate der Männer 1,6 Prozent, die Arbeitslosenrate der Frauen 2,7 Prozent. Sie war natürlich höher, unbestritten, dafür haben wir auch ein „Sonderprogramm Frauen“. Aber von einer fünfmal so hohen Rate kann wahrscheinlich nach Adam Riese bei diesen Ziffern nicht gesprochen werden. *(Abg. Dr. Mussil: Das sind die Dunkelziffern, die Sie nicht kennen, Herr Minister!)*

Aber, Herr Abgeordneter, die Ziffern stehen Ihnen ja alle zur Verfügung. Sie brauchen Sie ja nur anzuschauen. Das sind die Ziffern, die Sie vom Wirtschaftsforschungsinstitut genauso bekommen können. Im übrigen ist die Rate der Arbeitslosigkeit der Frauen am höchsten gewesen im Jahr 1968 mit 4,3 Prozent und ist seither ständig abgefallen, heute liegen wir bei 2,7 Prozent, während auf der anderen Seite bei den Männern die Rate in den letzten Jahren etwas gestiegen ist.

Wir haben für die Frauen natürlich auch Sonderprogramme. Schulungsförderung für Frauen wird überproportional eingesetzt gegenüber den Männern. Wir haben eine ausdrückliche Weisung erteilt, daß bei Förderung von Lehrplätzen auch Mädchen berücksichtigt werden müssen. Mit gutem Erfolg, und es gibt einige Beispiele bereits, die wirklich auch dazu beitragen können, in der Unternehmerschaft das Vorurteil gegen die Frauenbeschäftigung aufzuräumen zu helfen.

Wir haben in der Werbung besondere Maßnahmen getroffen. Auch dazu gibt es besondere Broschüren, ich kann sie Ihnen auch wiederum zur Verfügung stellen. Und wir haben etwas getan, was symbolisch ist. Ich weiß schon, es trägt nicht unmittelbar dazu bei, jetzt die Frauenbeschäftigung zu fördern. Wir haben die Organisation der Arbeitsämter, die nach Geschlechtern getrennt war, nun zusammengelegt, um keine geschlechterspezifische Arbeitsmarktpolitik zu betreiben.

Zu den Maßnahmen: Teilzeitbeschäftigung. Ein Thema, über das schon gesprochen wurde. Ich darf Ihnen nur sagen, nach dem Mikrozensus ist in der Zeit zwischen 1971 bis 1976 eine Zunahme von 50 000 Teilzeitarbeitsplätzen zu verzeichnen gewesen. *(Abg. Dr. Sch w i m m e r: Mehr durften es nicht sein?)* Sie schreiben dann:



**Bundesminister Dr. Weißenberg**

„Es gibt eine Reihe von arbeitsrechtlichen Verwendungsbeschränkungen für Frauen; diese sind zu überprüfen beziehungsweise zu beseitigen“. Meinen Sie etwa damit, daß das Nachtarbeitsverbot der Frauen aufgehoben werden sollte oder daß die Frauen unter Tage im Bergwerke arbeiten sollten? Was Details, Herr Abgeordneter, in der Überprüfung anbelangt, darf ich Sie erinnern, vielleicht wissen Sie es nicht, daß wir ja vor relativ kurzer Zeit die Nachtarbeitsverbotsbestimmungen der Frauen abgeändert haben und daß auch die Beschäftigungsverbote für Frauen seit einiger Zeit, seit ein paar Monaten, durch eine Novelle zu den Beschäftigungsbedingungen im Sinne einer technologischen Berücksichtigung der Arbeitsmethoden geändert worden sind.

Ja wozu fordern Sie es dann, wenn es ohnehin schon geltende Maßnahme ist, aber ich danke nochmals für den Applaus.

Zur Problemgruppe ältere Menschen. „Für männliche Arbeitskräfte steigt die Arbeitslosenrate über dem 40. Lebensjahr deutlich.“ Bitte, ich kann Ihnen das jetzt nicht im Detail sagen, ich kann Ihnen nur ganz allgemein sagen, daß die Arbeitslosenrate der über Vierzigjährigen im Jahr 1966 45,9 Prozent betragen hat, im Jahr 1977 39,1 Prozent. Ich glaube, das ist ein ganz schöner Erfolg. *(Beifall bei der SPÖ.)* Ein schöner Erfolg, zurückzuführen auf die Maßnahmen, die wir gemeinsam im Arbeitsmarktbeirat beschlossen haben.

„Erhöhung der Kündigungsfristen bei bestimmtem Lebensalter, um die Suche einer neuen Beschäftigung zu erleichtern.“ Dazu möchte ich Ihnen in Erinnerung bringen, daß wir über die Frage der Kündigungsfristen selbstverständlich im Rahmen der Kodifikation des Arbeitsrechtes diskutieren, und es ist damit zu rechnen, daß im Frühjahr des nächsten Jahres dieser Teiletappenentwurf in das Begutachtungsverfahren kommen kann.

Wir haben allerdings nicht eine Berücksichtigung des Lebensalters bei den Kündigungsfristen vorgesehen, sondern so wie bisher nach der Dienstzeit. Es war die einstimmige Auffassung in der Kodifikationskommission. Einen Grund dafür hat ja der Abgeordnete Wille auch bereits gesagt.

Aber ich bin sehr neugierig, ob Sie dann, wenn diese Materie im Hohen Haus zur Behandlung stehen wird, auch bereit sind, im Sinne dieser Vorschläge dem neuen Entwurf Ihre Zustimmung zu geben. *(Beifall bei der SPÖ.)* – *Abg. Dr. Schwimmer: Wieso? Sie wollen es ja nicht so machen, haben Sie gesagt! Wollen Sie es so machen?* Mit dem Lebensalter hat es ja auch, wie Sie sicherlich bestätigen werden, nicht viel Sinn.

„Anreiz und Erleichterung zu freiwilligen vorzeitigen Pensionierungen“: Nun, meine Damen und Herren, jetzt muß ich Sie fragen, was Sie damit gemeint haben. Ich darf Sie daran erinnern, daß vor einiger Zeit das Angestelltengesetz novelliert worden ist, damit der Angestellte, wenn er bei Erreichung der Altersgrenze selbst kündigt, seinen Abfertigungsanspruch behält. Von Ihnen wurde abgelehnt, daß das auch für die Frühpension gelten soll. *(Abg. Dr. Schwimmer: Bitte wann war denn das?)* Bei der Novellierung des Angestelltengesetzes! *(Abg. Dr. Schwimmer: Wann war denn das? In welchem Jahr?)* Das weiß ich jetzt nicht auswendig! *(Abg. Dr. Schwimmer: Das war 1971! Das war ein Jahr nach der ÖVP-Regierung! Da hat es noch keine Schwierigkeiten gegeben! Das war vor sechs Jahren!)*

Darf ich Sie nun fragen, ob Sie bereit wären, wenn ich eine solche Änderung vorschlage, dann hier im Hohen Hause zuzustimmen. Ich würde mich nur wundern, wenn der Herr Abgeordnete Mussil dann auch bereit wäre, die Zustimmung zu geben. *(Beifall bei der SPÖ.)* – *Abg. Dr. Schwimmer: Herr Minister! Was Sie von diesem Konzept ins Haus bringen, wird unsere Zustimmung finden!* Also wir werden das dann vom Protokoll her registrieren. *(Abg. Dr. Schwimmer: Aber Sie lehnen ja alles ab, was da drinnensteht! Wir rechnen gar nicht damit, daß Sie das bringen! Wir werden es selbst bringen mit Initiativanträgen!)*

Darf ich dann noch dazu ganz wenig sagen, was die branchenbedingte Arbeitslosigkeit, die Mobilitätsförderung und so weiter betrifft. Meine Damen und Herren! Wir haben zu diesem Thema, ich würde fast sagen, das Hauptaugenmerk auf die Politik im Arbeitsmarktbeirat gelegt. Ich kann Ihnen versichern, daß wir im Budget des Jahres 1978 für die Mobilitätsförderung 435 Millionen Schilling, für die Arbeitsbeschaffung 492 Millionen Schilling eingesetzt haben. Somit scheint mir auch auf diesem Gebiet Ihr diesbezüglicher Aufruf, etwas zu tun, ein bißchen verspätet zu kommen.

Was ich in Ihrem Konzept völlig vermissen: Nicht ein Wort wird gesagt zur Beschäftigung von Ausländern. Wir bemühen uns, und das sage ich ganz offen hier, daß alle Inländer die Chance haben, einen Arbeitsplatz zu bekommen. Das hat uns bereits im vergangenen Jahr zu einer sehr vorsichtigen Ausländerpolitik veranlaßt. Trotzdem konnten wir dem Druck der Wirtschaft nicht immer standhalten und haben jetzt wiederum eine Ausländerbeschäftigungsquote von fast 190 000 ausländischen Arbeitskräften. Wir werden zweifellos in der Zukunft noch strenger sein. Aber ich bitte Sie im Interesse Ihres arbeitsmarktpolitischen Konzepts, daß

**Bundesminister Dr. Weißenberg**

dann nicht wiederum die Interventionen von den Wirtschaftstreibenden kommen, daß sie sagen, die österreichische Wirtschaft geht zugrunde, wenn wir nicht zusätzlich ausländische Arbeitskräfte beschäftigen.

Ich möchte jetzt zu dem Modellentwurf, der noch vorgelegt wurde, ganz kurz eine Bemerkung machen. Ich glaube, dieser Modellentwurf geht von einer falschen Prämisse aus, die Sie im sonstigen Bereich der Sozialpolitik auch immer abgelehnt haben. Nämlich Sie versuchen, mit dem Gießkannenprinzip allen Unternehmungen, die eine Mehrbeschäftigung erreichen können, eine Prämie zu vermitteln. *(Abg. Dr. Schwimmer: Dieses Prinzip haben Sie gepachtet, Herr Minister!)* Sie vernachlässigen aber dabei, daß Sie ja selber schreiben an irgendeiner Stelle des Konzepts, daß es Branchen gibt, die sich weiterentwickeln, und daß es Branchen gibt, die stagnieren oder die sogar Rückschläge zu verzeichnen haben.

Nun, heißt jetzt Ihr Prämienmodell, daß in jedem Fall, wo auch die Aufnahmen aus wirtschaftlichen Gründen, aus der Situation der Branche heraus, gekommen wären, von Staats wegen, also nicht von Staats wegen, sondern aus den Beiträgen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine Prämie bezahlt werden müßte? *(Abg. Dr. Schwimmer: Darüber kann man ja reden! Das ist ja kein Gesetzestext!)*

Unsere Politik war bisher die, daß wir alle Mittel dafür eingesetzt haben, um die bestehenden Arbeitsplätze zu sichern, das war die primäre Aufgabe, und daß wir weiters Mittel gezielt dorthin lenken, wo es wirklich zusätzliche Arbeitsplätze gibt, die nicht von sich aus, von der wirtschaftlichen Entwicklung aus gekommen wären, sondern wo man den Arbeitgeber dazu anreizen hat müssen. *(Abg. Dr. Schwimmer: Dort kann man eine Prämie geben!)* Da geben wir aber auch entsprechend höhere Prämien, denn niemand hat in der Arbeitsmarktpolitik die Illusion, daß man mit einem Betrag von 6 000 S oder 6 600 S im Jahr einen Unternehmer dazu anreizen könnte, jemanden zu beschäftigen, wenn er ihn wirtschaftlich nicht braucht. Das ist eine Illusion, die wahrscheinlich nur von Ihnen betrieben wird, die aber zweifellos keine Realität hat.

Meine Damen und Herren! Ich möchte zum Abschluß sagen: Ich glaube also, daß der sozialpolitische Teil Ihres Programms, das Sie entworfen haben, im wesentlichen durch die jetzige Arbeitsmarktpolitik erfüllt ist. In den Bereichen der Kündigungsfristen und so weiter, der Abfertigungsbestimmungen bin ich gerne bereit, Ihren sozialpolitischen Impetus aufzugreifen. Ich bitte Sie aber, daß Sie dann, wenn es ins Haus kommen sollte, dazu auch Ihre

Zustimmung geben. *(Beifall bei der SPÖ. - Abg. Dr. Kohlmaier: Sicher!)*

Präsident **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Vw. Josseck. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dipl.-Vw. **Josseck** (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich darf a fangs meiner Ausführungen noch einmal kurz zurückblenden auf die Rede des Herrn Finanzministers vor 14 Tagen, und zwar deswegen, weil ich das Empfinden habe, daß in seiner Rede so wenig Konkretes zu dem heutigen Paket enthalten war. Er hat in seiner Art mit den Zahlen jongliert, es waren keine konkreten Ziele erkennbar. Hinsichtlich der Einsparungen, das hat er nur mit ein paar Randbemerkungen gestreift.

Er hat aber gar nichts darüber gesagt, was an neuen Belastungen im Zuge des Abgabenänderungsgesetzes auf den Letztverbraucher letztlich zukommen wird. Es ist doch sicher, daß dieses Paket, über das wir heute diskutieren, zusätzlich neue Belastungen bringt, vor allem finanzieller Art für jeden selbständig Berufstätigen, aber auch für jeden selbständig Berufstätigen eine Menge arbeitsmäßiger Belastung hinsichtlich Verwaltung.

Man hat so langsam, aber sicher das Gefühl, als ginge es darum, aufs Abwürgen der Selbständigen hinzuzielen. Denn was uns heute hier zur Verhandlung vorliegt, zeigt ganz deutlich, wie leistungshemmend man ein Steuersystem umfunktionieren kann. Man will noch und noch von den Unternehmern, die ohnehin schon eine kleine Gruppe sind, an Steuern herauspressen. Und dazu benutzt man die Polemik.

Und hier muß ich schon dem Herrn Kollegen Wille sagen, daß er es immer wieder meisterhaft versteht, darauf hinauszuarargumentieren, wie böse die Unternehmer sind, und wenn ich hier auch schwarz-weiß malen und kraßzeichnen darf, wie „böse“ der kleine Greißler am Eck, dieser „böse“ Unternehmer ist und wie „arm“ aber die Spitzenfunktionäre gerade in der Gewerkschaft demgegenüber si d. Mit diesen Dingen kann man natürlich sehr leicht Manipulation betreiben.

Ich glaube nur, daß, à la longue gesehen, wenn man ständig auf den Unternehmern herumtrampelt, der Schuß eines Tages nach rückwärts losgehen wird. Denn unbestritten ist es doch, daß gerade in Österreich die mittleren und kleinen Unternehmer eine große Zahl oder überhaupt die größte Zahl an Arbeitsplätzen bereitstellen und sichern. Sie sind es, die mit ihrer Risikofreudigkeit und Einsatzbereitschaft

**Dipl.-Vw. Josseck**

auch dafür sorgen, daß in Österreich die Arbeitsplätze gesichert werden. Und ich finde es geradezu grotesk, wie aufgezogen jeder sozialistische Redner, der da herauskommt, einschließlich der Minister, mit der Phrase von der Arbeitsplatzsicherung kommt. Ja, ich bitte Sie, meine Herren, wer will denn das letztlich in Österreich nicht? Und zum Unterschied von Ihrem Phrasendreschen praktizieren das die kleinen Gewerbetreibenden in Österreich!

Dieses heute vorliegende Paket stellt nach meiner Meinung eine echte Aushöhlung in der Steuergesetzgebung dar, dient es doch dazu, in erster Linie wiederum Gesellschaftspolitik zu machen, und zum anderen, dem Herrn Finanzminister aus seinem Budgetchaos herauszuhelfen.

Ich glaube, man muß ziemlich klar und deutlich sagen, daß es sich hier um Gesetzesmogleien handelt, daß man mit gesetzlichen Maßnahmen versucht, die Gesellschaft zu verändern und damit den Freiheitsraum des Einzelnen einzuengen. Zu dieser Art von Gesellschaftspolitik, meine Herren von der Regierungsfraktion, sagen wir Freiheitlichen natürlich nein.

Ich glaube auch, man kann die Art und Weise, die Vorgangsweise des Finanzministers ohne große Schwierigkeiten mit Raubrittertum vergleichen. Denn genauso, wie im Raubrittertum mittels einer Kette über die Donau willkürlich Kaufleute herausgefangen und ausgeraubt wurden, greift sich der Finanzminister willkürlich Bevölkerungsgruppen und Berufsgruppen heraus, um diese noch und noch zu schröpfen.

Diese Methode von Wegelagerern, könnte man beinahe sagen, manifestiert sich dann, daß in Saus und Braus dahingewirtschaftet wird, da werden ganz dicke Dienstautos gefahren, aber auf der anderen Seite wird dem Unternehmer die Absetzbarkeit von eindeutig klaren Betriebsausgaben, in dem Fall vom Auto, gestrichen.

Mich wundert ja in dem Zusammenhang, daß man in dem Abgabenänderungsgesetz, nachdem man Auto, Motorrad hineingenommen hat, nicht gleich auch schon weitergegangen ist und auch das Pferd in die Nichtabsetzbarkeit hineingenommen hat. Denn wenn die Sozialisten so weiter tun, wird manch einem nichts anderes übrig bleiben, als seinen Dienstort nur noch mit dem Pferd zu erreichen.

Es wird aber nicht nur dem Arbeitgeber, sondern auch dem Arbeitnehmer doch eine ganz beträchtliche Last auferlegt, indem ihm das Kilometergeld gekürzt wird. Und hier muß man schon erwähnen und herausstreichen, daß der Herr Finanzminister hier in diesem Hause von hier oben von der Regierungsbank am 12. Mai

1977 noch dezidiert erklärt hat, daß er vor der nächsten Wahl der österreichischen Bevölkerung keine neuen Belastungen mehr auferlegen wird. Ich behaupte, das war bewußte Irreführung. Und man kann nicht oft genug der Bevölkerung sagen und ihr klar machen, was sie von einem Wort des Finanzministers zu halten hat.

Er versucht nun, so seine Aussagen, mit dem Maßnahmenpaket 14 Milliarden Schilling aus der Wirtschaft und aus der Bevölkerung herauszupressen, um dieses total verfahren Budget noch halbwegs über die Runden zu bringen.

Die Angriffe der Opposition, die sich zwangsläufig natürlich gegen diese Maßnahmen richten müssen, werden – und das habe ich am Anfang auch schon ausgeführt – immer wieder mit dem Schlagwort abgetan: Ja, aber wir von der SPÖ sind für die Arbeitsplatzsicherung. Dabei kann man mit Fug und Recht behaupten, daß, wenn wirklich mit diesem Maßnahmenpaket 14 Milliarden Schilling aus der Wirtschaft noch herauskommen, nur der geringste Teil davon zur echten Arbeitsplatzsicherung verwendet wird, aber der größte Teil nur dazu, die Löcher der sozialistischen Verschwendungspolitik abdecken zu können.

Es ist klar – und hier spreche ich aus meiner Berufserfahrung heraus –, daß man bei dieser Art, bei diesen Methoden der Wegelagerer, daß man einem noch den letzten Knopf aus der Hosentasche nimmt, nicht verlangen kann, daß das Verständnis für die Besteuerung in Österreich erhalten beziehungsweise die Steuermoral noch verbessert werden soll.

Denn gerade die Art, wie diese Gesetze gebogen werden, zeigt, auf welche Art und Weise die Sozialisten vorgehen. Und das bringt eine eindeutige Verunsicherung in der Gesetzeslage mit sich.

Aber diese Art von Druck erzeugt natürlich zwangsläufig Gegendruck. Und es darf einen einfach nicht wundern, wenn es jetzt zu echten Notwehrmaßnahmen kommt und daß wenige Unternehmer – und das kann man zweifellos feststellen und auch offen sagen – nun versuchen, das Ärgste zu verhindern und, um oft noch aus der Pleite herauszukommen, zu unlauteren Methoden greifen.

Und ich sage, es ist genauso verwerflich und amoralisch und natürlich abzulehnen, wenn so etwas gemacht wird, aber genauso verwerflich, amoralisch und abzulehnen sind die Raubrittermethoden des Finanzministers.

Ich habe lange überlegt und auch hier zu diesem Thema schon gesagt, was der Anlaß gewesen sein mag, daß der Bundeskanzler heuer

**Dipl.-Vw. Josseck**

im Sommer die selbständig Berufstätigen in Österreich als Steuerhinterzieher verdächtigt hat. Er sucht ja immer die Schuld bei anderen, und das ist ihm bisher in der breiten Masse der Bevölkerung immer recht gut gelungen. So, glaube ich, ist die Ursache darin zu sehen, daß Kreisky zu diesen Äußerungen kam, weil der Rechnungshof sehr vorsichtig und vornehm festgestellt hat im Zuge der Überprüfungen, daß Abgabepflichtige zu einem Steuersparen über die gesetzlichen Möglichkeiten hinaus verleitet wurden.

Und hier darf ich auch noch einmal wiederholen. Natürlich, das kommt vor und das wird immer vorkommen. Und wenn Androsch die Daumenschrauben so anzieht, wird das noch eher vorkommen, aber dazu hat er doch die gesetzlichen Möglichkeiten und die Möglichkeiten, über die Finanzverwaltung einzuschreiten. Und das ist ja bisher auch praktisch geschehen.

Und es ist kein Geheimnis, mit welcher rigorosen Maßnahmen gerade in den letzten Jahren auf Grund von Erlässen und Aufträgen aus dem Finanzministerium heraus die Finanzverwaltung, die Finanzprüfung, die Steuerfahndung bis zur scharfen Handhabung des Finanzstrafgesetzes vorgenommen werden.

Aber eines muß man in diesem Zusammenhang auch sagen, und das ist wieder Kritik am Finanzminister. Es hat auch der Rechnungshof festgestellt, daß es daran liegt, wenn solche Durchstechereien bei der Unternehmerschaft vorkommen, weil einfach der Personalmangel zu groß ist bei der Finanzbehörde und weil die Arbeitsüberlastung es nicht ermöglicht, vor allem die Prüfer stärker einzusetzen.

Aber da muß ich halt schon auch sagen: Wenn es möglich ist, um Milliarden eine UNO-City zu bauen oder um Milliarden Schulbücher zu bezahlen oder um Milliarden vier Bundestheater in Betrieb zu halten, dann müßte es durchaus möglich sein, etwas mehr Steuerprüfer, Steuerbeamte, Finanzbeamte in Einsatz zu bringen, die dann, genau dem Gesetze folgend, dem Finanzminister die entsprechenden Mittel bringen. Und dann kann niemand etwas dagegen sagen, und dann werden auch wir dagegen nichts sagen. Aber in der Art und Weise, wie hier vorgegangen wird, dazu das freiheitliche Nein.

Ich glaube auch, daß die Belastung der Finanzbeamten in der dauernden Änderung der Steuergesetzgebung zu sehen ist. Es ist eine Flut von Änderungen und radikalen Änderungen in der Steuergesetzgebung auf die Finanzverwaltung zugekommen, die mit dem verhältnismäßig geringen Beamtenapparat einfach nicht zu verkraften ist. Allein das Einstudieren und das

Kennenlernen der laufenden Gesetze erfordert so viel Aufwand, daß dann für die normale Überprüfung die Zeit eben zu knapp wird.

Ich möchte aber nochmals aus meiner Sicht besonders auf die Rechtslage hinweisen, die durch diese Abgabenänderungsgesetze zu vermerken ist.

Es ist die Frage des Eingriffes in die staatliche Rechtsordnung. Ich glaube, daß hier geradezu mit gesetzgeberischer Willkür vorgegangen wird, wenn nun echte Betriebsausgaben, die zur Erreichung von Betriebsergebnissen notwendig sind – und darüber, was Betriebsausgaben sind, gibt es genaue Definitionen, feste Begriffe, und hier kann man nicht ungestraft damit manipulieren –, indem nach diesem neuen Gesetzespaket nun nicht mehr die tatsächlichen Gewinne besteuert werden, sondern auch ein nicht vorhandener Gewinn, daß also echte Betriebsausgaben nun privat zu tragen sind.

Das ist ein Einbruch in die bisher geübte Praxis der Steuergesetzgebung, die Ihnen, Herr Finanzminister, bestimmt à la longue gesehen noch auf den Kopf fallen wird. Denn solche Dinge macht man nicht ungestraft. Ich bin überzeugt, daß die Art der Besteuerung verfassungsrechtlich bedenklich ist, und auch hier wird sich eine Kette von Verfassungsklagen anhängen.

Mir ist geradezu unverständlich, daß die Herren Berufskollegen Finanzminister Androsch und Kollege Mühlbacher, die beide selbst Steuerberater sind, die die Problematik von beiden Seiten her kennen, mit solch schwachen Argumenten hier auftreten. Unverständlich, daß man da bei dieser Gesetzgebung als Steuerberater noch zuschauen kann.

Die Frage der Abschreibung der Autos, die man nur noch beschränkt möglich macht, läßt den Schluß zu, ob nicht eines Tages von oben her die Durchstechung der Rechtsnormen dahin geht, wie heute auch schon mein Kollege Dr. Broesigke ausgeführt hat, daß man einfach dem Unternehmer diktiert, welche Möglichkeiten er nur noch hat, etwas als Betriebsausgabe, als notwendige Betriebsausgabe abzuschreiben, daß man hergeht und sagt dem nächsten: du darfst diese Maschine nicht abschreiben.

Ich frage Sie, Herr Minister: Wie stellen Sie sich vor, daß bei solcher Rechtspraxis auf die Dauer der Unternehmer noch existieren kann und damit – und das muß immer wieder gesagt werden – für 86 Prozent der Bevölkerung in Österreich die Arbeitsplätze sichert? Es ist doch unbestritten, daß es nur bei Gewinnen den Unternehmern möglich ist, zu investieren und damit zu modernisieren und die Arbeitsplätze zu sichern, letztlich natürlich auch nur aus der

**Dipl.-Vw. Josseck**

Gewinnmöglichkeit heraus seine Steuern zu zahlen.

Aber offensichtlich – und mir fällt das immer wieder auf – ist das Wort „Gewinn“ in gewissen Kreisen ein rotes Tuch. Nach rein marxistisch-kommunistischer Denkungsart darf es einfach offensichtlich keinen Gewinn, nicht einmal das Wort „Gewinn“ geben. Zu dieser Überlegung bin ich auch gestern gekommen, als die Kollegin Dobesberger hier heraußen verglichen hat: Schulbücher, die aus Steuergeldern bezahlt werden, und dann ein Paket von Werbeprospekten hier vorgezeigt hat und gesagt hat: „Auch das müssen wir zahlen!“

Es gibt auf der sozialistischen Seite Leute und Funktionäre, die bis heute den Mechanismus der Marktwirtschaft noch nicht erkannt haben: Und wenn sie ihn noch nicht erkannt haben, wäre es besser, sie würden hier heraußen nicht darüber reden. Es ist halt einfach zu leicht, mit solchen Argumenten die Neidgenossen aufzuwecken.

Ich darf auch noch auf etwas zurückkommen, was vom Herrn Präsidenten Benya ausgeht. Ich schätze den Herrn Präsidenten vor allem wegen seiner sachlichen Aussagen. Wenn aber der Herr Präsident Benya, ich glaube vor vier Wochen, im Fernsehen dahingehend polemisiert hat, daß er behauptet – in der Frage der Abschreibung der Autos –: Na, ein Zahnarzt soll halt seine Prothese in die Hosentasche stecken, dann muß er nicht unbedingt mit dem Kombi fahren!, darf ich schon sagen, so eine Äußerung vom Präsidenten des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, vom Präsidenten dieses Hauses sollte man im Fernsehen wirklich nicht hören. Das mag vielleicht noch „hineingehen“ im kleinen Kreis, bei seinen Funktionären. Das hat man ja auch gesehen bei der Funktionärskonferenz in Wien, als über die Luxussteuer diskutiert wurde und man dort den Funktionären gesagt hat: Na, die Herren Primärärzte können sich ihr Auto schon zahlen, und die Gnädigste braucht auch nicht drei Pelze haben, und Schmuck hat sie sicher auch schon genug.

So kann man natürlich auch argumentieren. Aber ich bitte Sie, meine Herren, das geht doch an den Dingen vorbei. (*Abg. A. Schlager: Vor wem hat er denn geredet?*) Vor sozialistischen Funktionären, über Pelze und alles mögliche.

Wenn gerade der Herr Kollege Wille hier heraußen immer wieder an Vernunft, an Sachlichkeit, an Zusammenarbeit in harten Zeiten appelliert, dann muß ich ihm aber auch sagen, bitte auch von seiner Seite solche Äußerungen zu unterlassen, denn es wird nichts anderes damit erreicht, als die Neidgenossenschaft unnötigerweise forciert und aufgeregt.

Wenn so leichthin vom Auto gesprochen wird:

Mir ist die Äußerung des Kollegen Mühlbacher zu wenig und zu aussageschwach, wenn er behauptet, er wisse, daß bereits Gespräche stattfinden, daß Fahrzeuge für Behinderte eine günstigere Förderung bekommen.

Da muß ich Sie fragen, Herr Kollege Mühlbacher, wie denn das ausschauen soll. Was hat ein Invalide, was hat ein körperlich Behinderter davon, wenn er bei der Anschaffung eines Autos zusätzlich einen Tausender bekommt? Sie lasten ihm zehn Prozent zusätzlich im Zuge der erhöhten Mehrwertsteuer an. Wenn dieser körperlich Behinderte bisher dieses Fahrzeug dann noch betrieblich benutzt hat, dann untersagen Sie ihm künftighin die Abschreibung, und wenn er als Angestellter dieses Auto gefahren hat, dann darf er dies künftig nur noch mit einem Kilometergeld von 1,80 S. Ich behaupte, daß gerade ein Invalidenfahrzeug mit diesem Betrag nie und nimmer seine Kostendeckung erfährt.

Aber eines muß man im Zusammenhang mit dem Auto auch sagen. Man tut immer so: Die bösen, bösen Unternehmer, die uns sowieso nur ausbeuten, denen geschieht nur recht! So etwas kommt halt in der breiten Masse und in der Polemik scheinbar zu leicht an, aber so leicht, meine Herren, sollten Sie es sich doch nicht machen. Ich frage mich nur, wie auf die Dauer die Unternehmer diese Belastungen überstehen sollen.

Man sieht sich, trotz der versuchten Argumentation von Mühlbacher, in gewissen Kreisen wahnsinnig in die Enge getrieben, wenn man weiß, daß es doch zum Beispiel Firmen gibt, die bis zu 20, 30 Vertreter mit Autos unterwegs haben in Österreich, weit ins Ausland hinein, um Geschäfte zu bringen, um Geschäfte vom Ausland nach Österreich hereinzubringen, die im Jahr bis zu 80 000 km fahren und dann einfach nicht mit dem Auto, das uns der Herr Kollege Mühlbacher vorgerechnet hat, auskommen, weil es einfach unzumutbar ist, bei einer Kilometerleistung, die sich zwischen 60 000 und 80 000 bewegt, mit einem 50-PS-Auto durch die Gegend zu zuckeln. Das ist unzumutbar, das ist auch unzumutbar für den Angestellten, den Arbeitnehmer, nicht nur für den selbständigen Vertreter.

Ich frage mich auch, wie sollen die Serviceorganisationen – weil man immer wieder sagt, wenn man anruft, bekommt man keinen Handwerker ins Haus –, wie sollen die Serviceorganisationen, wenn ihnen die Möglichkeit der Abschreibung des betriebsnotwendigen Fahrzeuges eingeschränkt wird, wie sollen diese Unternehmer den Servicedienst ausbauen? So geht es nicht. Es ist eindeutig, daß für eine große Gruppe in Österreich das Auto ein unerläßliches

**Dipl.-Vw. Josseck**

Arbeitsmittel ist. Man soll sich hier nicht immer wieder lächerlich machen und versuchen, sich bei einigen gut verdienenden Ärzten abzuputzen. Wer spricht denn vom Arzt am Land, der in der Nacht zum Patienten gerufen wird, der über weite Strecken zu fahren hat, der oft ein geländegängiges Fahrzeug braucht, der ein Fahrzeug braucht, das nicht - wie Mühlbacher sagt - um 105 000 S anzuschaffen ist? Er soll einmal versuchen, ein Fahrzeug für einen Landarzt, der in das Gelände fahren muß, um dieses Geld zu bekommen.

Warum spricht man nicht davon, daß die ärztliche Versorgung damit echt gefährdet ist, daß die Rechtssicherheit in dem Staat eingeschränkt wird, wenn die Rechtsanwälte - vielleicht mag es in Wien anders sein, da erreicht man das mit der Straßenbahn, aber man darf doch nicht alles von Wien aus sehen - in die Bezirksgerichte hinausfahren müssen. Ebenso ist das Problem auch bei den Steuerberatern. Ich kann das aus meiner eigenen Erfahrung sagen: Man hat nun einmal in der Provinz draußen in einem weiten Einzugsbereich Klienten zu betreuen; für mich in ganz Oberösterreich. Natürlich braucht man dann auch das Auto. Ich komme mit der Rechnung, die Mühlbacher hier gemacht hat, nie und nimmer durch. Das ist der Anfang, daß man hergeht und beim Auto zuzudrehen versucht.

Ich frage mich nur: Wo wollen die Sozialisten mit dieser Politik hinaus, daß sie betriebsnotwendige Arbeitsmittel womöglich noch anderer Art steuerlich nicht mehr abschreiben lassen? Hier muß auch eines gesagt werden, nämlich daß man aber auch die Bevölkerung informieren muß, was unter steuerlicher Abschreibung zu verstehen ist. Es ist traurig, wenn es, wie ich selbst erlebt habe, von einem sozialistischen Funktionär unterlassen wird, die Bevölkerung dahin gehend aufzuklären, wenn in einer Diskussion behauptet wird: Na, bei den Herren Unternehmern heißt steuerlich abschreiben, wenn er sich ein Auto kauft um 100 000 S, dann zahlt er um 100 000 S weniger Steuer. - So ist es doch nicht. Da muß man doch aufklärend wirken. Aber das paßt wunderbar in Ihr Konzept, in das Konzept der sozialistischen Seite hinein. Ein echt antiwirtschaftliches Denken hat hier Platz gegriffen. Aber ich glaube, daß Ihre Rechnung, ich sage das noch einmal, nicht aufgehen wird, weil der Herr Finanzminister immer wieder Steuergelder braucht. Aber wenn er hergeht, den Unternehmer so einklemmt und so in seiner Wirkungsmöglichkeit beschneidet - das Wort „Gewinn“ darf man ja in sozialistischen Kreisen nicht in den Mund nehmen, sonst wird man ja fast gesteinigt -, dann, glaube ich, sind Sie schlecht beraten, wenn Sie nicht dem,

der arbeitet, das notwendige Rüstzeug und die notwendigen finanziellen Möglichkeiten geben.

Ich darf aber auch zur Pauschalierung von Kraftfahrzeugen etwas sagen. Das ist keine echte Pauschalierung, weil unter einer Pauschalierung stellt man sich einfach eine Verwaltungsvereinfachung vor, also daß es etwa heißt: Du darfst, wenn du ein Auto benützt - so sollte es ja eigentlich sein -, 25 000 S pauschal abschreiben. Nein, das wäre ja viel zu einfach. Es wird kompliziert gemacht. Das heißt, der Unternehmer muß sämtliche Autobetriebskosten genau wie bisher aufzeichnen, muß diese weiterführen, muß jeden Beleg erfassen. Tut er das nicht, so ist das eine Ordnungswidrigkeit, so verstößt er gegen die zwingenden Vorschriften über die Aufzeichnungspflicht von Betriebsausgaben. Er ist also gezwungen, jeden Benzinzettel, jeden Reparaturzettel zu notieren, um den Nachweis zu erbringen, daß seine Betriebsausgaben für das Auto die Höhe, diese Pauschalhöhe, wie es fälschlicherweise genannt wird, tatsächlich erreichen.

Das schaut vom grünen Tisch her wunderbar aus, ist offensichtlich ohne Komplikationen, aber Sie müssen sich einmal hinbegeben und sich anschauen, welche Mehrarbeit, welche Schreibarbeit, welche Verwaltungsarbeit, aber auch welche Mehrarbeit durch die Kontrolle von seiten der Finanzbehörde damit zusammenhängen. Ich frage mich nur, in welchen Gehirnen solche Vorlagen entstanden sind. Das kann nur jemand sein, der von der Praxis weit entfernt ist oder wirklich keine Ahnung hat.

Eine Frage, die heute noch nicht diskutiert wurde und die meines Wissens auch in der Literatur zu dem Abgabenänderungsgesetz noch nicht aufgetaucht ist: Herr Finanzminister, was ist mit der Investitionsrücklage? Es gibt nun Unternehmer, die im Hinblick darauf, daß sie bis dato Möglichkeit gehabt haben, ein Auto anzuschaffen und die vorzeitige Abschreibung dafür in Anspruch zu nehmen, in den wirtschaftlich etwas besseren abgelaufenen Jahren eine Investitionsrücklage gebildet haben, und zwar ganz gezielt auf die Autoanschaffung hin, und nun ist die vorzeitige Abschreibung gestrichen. Er hat also zuviel Investitionsrücklage gemacht. Jetzt muß er es nachversteuern und jetzt wird er, weil Sie so „gescheit“ waren und die vorzeitige Abschreibung gestrichen haben, noch zusätzlich mit der erhöhten Einkommensteuer, mit dem Zuschlag zur Einkommensteuer bestraft. Na, ist das eine Lösung? Das ist doch ein Widersinn. Herr Minister, das kann doch nur am grünen Tisch so überhups aus dem Handgelenk entstanden sein. Was hat man sich auf Ihrer Seite dazu gedacht? - Nichts, offensichtlich nichts.

Ich frage auch: Warum bleibt es bei der

**Dipl.-Vw. Josseck**

zweiprozentigen Investsteuer? Oder wird sie sistiert? Auch die muß in Hinkunft jeder, der sich ein Auto anschafft und dieses betrieblich nutzt, bezahlen, wenn es auch letztlich nur ein 105 000 S-Auto sein dürfte, wie es uns Mühlbacher vorschreiben will, aber er kauft es sich nun einmal. Ich fahre ein 135 000 S-Auto, Herr Minister. Ich zahle zwei Prozent Investsteuer dafür, obwohl ich für dieses betriebsnotwendige Fahrzeug letztlich nur 105 000 S bei der Abschreibung in Anspruch nehmen darf; eine zusätzliche Bestrafung. Was haben sich Ihre Herren am grünen Tisch dabei gedacht? Ich kann doch nicht hergehen, das eine aufheben, aber die Bestrafung auf der anderen Seite lassen. *(Bundesminister Dr. Androsch: Die Investsteuer ist ja auch weg!)* Ich habe Sie nicht verstanden, Herr Minister. *(Bundesminister Dr. Androsch: Die Investsteuer ist auch weg!)* Wo steht das? Zeigen Sie mir das. Nein, das steht nicht drin. Ich frage mich, was Sie noch alles machen wollen, um diese doch bis dato ganz gut funktionierende Steuergesetzgebung systematisch zu durchlöchern und zu zerschlagen.

Eine Frage, noch einmal kurz beleuchtet: die Luxussteuer oder eben die erhöhte Mehrwertsteuer. Das habe ich das letzte Mal gesagt und darf es noch einmal wiederholen, weil es gerade in den Autofahrerzeitschriften auch diskutiert wurde. Erklären Sie mir, Herr Minister, warum ein Autoradio ein Luxus ist. Für Sie vielleicht, Herr Minister, wenn Sie mit Ihrem Mercedes spazieren geführt werden, das heißt, Sie fahren natürlich dienstlich, ich weiß. Wenn Sie mit Ihrem Mercedes fahren, mag ein Autoradio für Sie ein Luxus sein, aber fragen Sie den, Herr Minister, der im Jahr 60 000 oder 80 000 km ohne Chauffeur unterwegs ist und sich über den Straßenzustand orientieren muß, über den Nebel – bei Tag und Nacht ist der unterwegs –, über Schnee, über Eis. Er kann es sich nicht aussuchen, wohin er heute fährt beziehungsweise ob er diese Station ausläßt. Für ihn ist das Autoradio lebensnotwendig, und Sie belegen es ganz einfach – das ist ein Luxus – mit einer erhöhten Mehrwertsteuer.

Ich frage Sie: Ist das Funksprechgerät ein Luxus? Es wird so viel diskutiert und der Schrei nach innerer Sicherheit in Österreich wird immer größer. Und was tun Sie? – Sie belegen ein Funksprechgerät mit einer zusätzlichen Mehrwertsteuer. Die öffentliche Hand beziehungsweise der Steuerzahler soll ruhig mehr dafür zahlen, wenn die Polizei, wenn die Gendarmerie ein Funksprechgerät braucht. Das braucht aber auch die Bergwacht, und dort zahlt es dann nicht mehr die öffentliche Hand, sondern da zahlen es die Leute, die glauben, daß es auch notwendig ist, mittels eines Funksprechgerätes Menschenleben zu retten. Was sagen Sie

dazu, wenn auch in den Betrieben, die heute verzweigt arbeiten, Funksprechgeräte eingesetzt werden? Wir leben ja Gott sei Dank nicht mehr im Mittelalter, wo Sie uns anscheinend mit der Steuerschraube wieder hinbringen wollen. Auch in den Betrieben braucht man Funksprechgeräte.

Ich behaupte, daß Sie mit dieser Maßnahme der österreichischen Wirtschaft schweren Schaden zufügen werden, und zwar vor allem in den Grenzgebieten, in den Grenzbereichen. Man wird das in den heute schon zum Teil oft wirtschaftlich notleidenden Grenzgebieten zu Bayern hin spüren. Aber im Grenzbereich werden diese Dinge dann aus der Schweiz, aus der Bundesrepublik, aus Italien hereingeführt. Ich weiß nicht, ob Sie so einen Polizeistaat errichten wollen, daß Sie dem Zoll auch die Auflage geben, hier noch rigoroser zu überprüfen und vorzugehen. Selbst wenn Sie das machen, wird das immer wieder vorkommen, weil einfach, wenn der Druck entsteht, jeder versucht auszuweichen und sich Lücken zu suchen. Seien wir froh, wenn es nicht zu einem Gegendruck führt und die Leute nur eine Ausweiche suchen.

Ich glaube auch nicht, daß Ihre Maßnahme zu einer Reduzierung von PKW-Importen in dem gewünschten Ausmaß und damit zu einer Verbesserung der Zahlungsbilanz führen wird, und zwar deswegen nicht, weil erstens – heute die letzten Nachrichten darüber sprechen ja Bände – durch den Autoboom und mit der Androhung verschiedener Steuererhöhungen natürlich jetzt jeder versucht, sich noch einzudecken, solange es geht, und dadurch der Devisenabgang immens angestiegen ist.

Was wird die Folge sein? 1978 wird vielleicht zuerst einmal ein großer Schock sein, aber dann werden wahrscheinlich auch wieder Autos gekauft. Und jetzt frage ich Sie, Herr Minister: Wer kauft denn in Österreich die meisten Autos? Sie gehen offensichtlich davon aus, daß sie ohnehin nur von den „bösen“ Unternehmern gekauft werden, denn die wollen sie ja abschreiben. Aber schauen Sie sich doch die Ziffern an: 77 Prozent der Autokäufe in Österreich werden von den Unselbständigen getätigt und nicht von den „bösen“ Unternehmern. Die Unternehmer waren vielleicht jetzt in der Frage der Abschreibungsmöglichkeiten geschockt und haben Autos gekauft. Aber ich glaube, daß der Unselbständige auf solche Überlegungen weniger Rücksicht nimmt. Wahrscheinlich wird ein gewisser Preisdruck ohnehin auf die Autobranche entstehen, und dann wird genauso wieder Auto gekauft, und die kommen auch wieder aus der Bundesrepublik, Herr Kollege, denn so schnell wird Kreiskys Porsche – ein 170 000-S-



**Dipl.-Vw. Josseck**

Auto, ein „Volksauto“, kein 105 000-S-Auto –, wird der Austro-Porsche nicht gebaut werden.

Dazu kommt auch das Sicherheitsproblem beim Auto. Je länger ein Auto gefahren wird, umso anfälliger wird es in der Reparatur. Hier stimmt doch die Rechnung von Mühlbacher auch schon nicht mehr. Er ist davon ausgegangen, daß er ein neues Auto fährt. Aber je länger die Autos gefahren werden, umso reparaturanfälliger werden sie, umso kostspieliger werden die Reparaturen. Und dann werden wir mit den Beträgen, die uns Mühlbacher hier vorgerechnet hat, denen Kollege Dr. Fischer so enthusiastisch applaudiert hat, nie und nimmer auskommen.

Aber Sie wollen das ja, und damit lassen Sie zweifellos eine Überlegung außer acht, Herr Minister. Es hat noch nie jemandem gut getan, beim Auto zu beginnen, die Belastungen anzuheben. Das hat dem Dr. Koren geschadet – fragen Sie ihn nur –, das hat Größeren als Ihnen geschadet, das hat dem amerikanischen Präsidenten Carter geschadet, und ich bin überzeugt, Herr Minister, das wird auch Ihnen und Ihrer sozialistischen Regierung sehr schaden.

Man muß auch noch erwähnen, daß eine gewisse Rechtsunsicherheit durch eine Rechtsbeugung entsteht. Ich bezeichne das so, wenn ich Ihnen jetzt das Faktum bringe. Es klingt wie eine Verhöhnung des Steuerpflichtigen, wenn Steuerpflichtige sich beim Verwaltungsgerichtshof ihr Recht gesucht haben, dieses Recht gegen die Finanzverwaltung erkämpft haben. Ich meine die Frage der Privatanteile, die mit Umsatzsteuer zu belasten sind, wenn sie als Privatanteile ausgeschieden werden, obwohl vorher ein Vorsteuerabzug nicht möglich war. So wollten Sie es, so hat sich der Steuerpflichtige das beim Verwaltungsgerichtshof erkämpft, hat sein Recht bekommen.

Ich behaupte, es ist Rechtsbeugung, wenn Sie nun im Gesetz *expressis verbis* festhalten, was man machen darf und was nicht. Wozu, frage ich mich, gibt man dem Bürger die Möglichkeit, Gerichtshöfe anzurufen, sich sein Recht zu suchen, wenn dann der Stärkere kommt und sagt: Was Recht ist, das bestimme ich.

Und genau so ist hier vorgegangen worden: ein gewisser Justamentstandpunkt. Es mag Ihnen vielleicht Befriedigung geben, daß Sie recht bekommen haben. Aber ich behaupte, das ist Rechtsbeugung und damit verbunden natürlich eine Rechtsunsicherheit.

Wer es bis jetzt nicht gewußt hat – schade, daß Blecha nicht herinnen ist –, dem muß ich eines sagen: Dieses Paket ist ausgesprochen amoralisch. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Schranz. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Schranz** (SPÖ): Meine Damen und Herren! Ich habe zunächst zum Sozialversicherungs-Änderungsgesetz einen gemeinsamen Abänderungsantrag der sozialistischen Fraktion und der ÖVP-Fraktion einzubringen, der zum Ziel hat, soziale Härten, die bei der Bearbeitung von Anträgen für den Einkauf in der Pensionsversicherung entstehen könnten, anlässlich des Wechsels eines Kalenderjahres zu beseitigen.

Den Vorschriften der Geschäftsordnung folgend gestatte ich mir, diesen Abänderungsantrag zu verlesen.

**Antrag**

der Abgeordneten Dr. Schranz, Dr. Schwimmer und Genossen auf Änderung des Initiativantrages 64/A der Abgeordneten Pansi, Dr. Schranz (Sozialversicherungs-Änderungsgesetz 1977 – SV-ÄndG. 1977) in der vom Ausschuß für soziale Verwaltung beschlossenen Fassung (663 der Beilagen)

Der Nationalrat wolle in zweiter Lesung beschließen:

Nach Artikel VI ist ein Artikel VI a mit folgendem Wortlaut einzufügen:

**„Artikel VI a**

Die 32. Novelle zum Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 704/1976, wird wie folgt geändert:

Art. VII Abs. 9 hat zu lauten:

„(9) Beiträge, die nach dem 31. Dezember 1977 entrichtet werden, erhöhen sich in jedem Kalenderjahr um 8,5 vom Hundert. Dies gilt nicht für Beiträge, deren Entrichtung erfolgt:

a) innerhalb von drei Monaten nach Rechtskraft des Bewilligungsbescheides oder

b) innerhalb von drei Monaten nach Rechtskraft eines Bescheides über einen Antrag auf Herabsetzung der Beiträge nach Abs. 10, sofern dieser Antrag innerhalb von drei Monaten nach Rechtskraft des Bewilligungsbescheides gestellt wurde. In allen diesen Fällen sind die Beiträge in der zum Zeitpunkt der Antragstellung maßgebenden Höhe zu entrichten.“

Ich ersuche das Hohe Haus, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

Das Sozialversicherungs-Änderungsgesetz ist unter anderem deshalb notwendig geworden,



**Dr. Schranz**

weil auf dem Sektor der Pensionsversicherung eine finanzielle Entlastung des Bundes dringend geboten ist. Das zeigt eine Betrachtung der Entwicklung des Bundesbeitrages zur Pensionsversicherung, die in den letzten Jahren vor allem im Bereich der Versicherung der Selbständigen nahezu explosionsartig war. 1970 hat der Aufwand des Bundes für die Pensionsversicherung 10 Milliarden Schilling betragen, heuer wird er sich auf etwa 26 Milliarden Schilling belaufen.

Im Bereich der Pensionsversicherung nach dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz hat sich der Bundesbeitrag in diesen sieben Jahren etwa verdoppelt, im Bereich der Versicherungen der Selbständigen in Gewerbe und Landwirtschaft ist er auf das Viereinhalbfache angestiegen. Dort sind dafür einerseits Gründe der strukturellen Entwicklung, andererseits aber, vor allem im bäuerlichen Bereich, die hier ganz besonders großen Leistungsverbesserungen maßgeblich.

Vergleichen wir: 1970 hat der Aufwand des Bundes für die Beiträge an die Pensionsversicherung und für Ausgleichszulagen 18 Prozent der Nettobundeseinnahmen aus öffentlichen Abgaben betragen. Er wird sich heuer auf rund 23 Prozent belaufen, ist also nahezu um ein Drittel gestiegen.

Allen fachlichen Meinungen folgend, auch denen von Oppositionsrednern bei anderen Gelegenheiten, ist daher eine Änderung dieser Situation unbedingt notwendig. Aber diese Änderung hat im Geist der sozialen Solidarität der Generationen und ohne eine Belastung der sozial Schwachen zu erfolgen.

Erhöhungen auf dem Beitragssektor der Pensionsversicherung sind, wie wir gesehen haben, unbedingt notwendig. Dennoch wird gerade wieder durch dieses Sozialversicherungs-Änderungsgesetz der Kampf gegen die Armut voll weitergeführt. Vor 1970 ist niemals eine außerordentliche, über die Pensionsdynamik hinausgehende Erhöhung der Ausgleichszulagenrichtsätze und damit der kleinsten Pensionen wirksam geworden. Seit die Sozialisten in Österreich regieren und hier im Nationalrat die Mehrheit haben, wird der Kampf gegen die Armut erfolgreich und energisch geführt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Diese Entwicklung, meine Damen und Herren, geht auch in dieser jetzt schwierigen wirtschaftlichen Lage weiter: Während am 1. Jänner 1978 auf Grund der Vorschriften über die Pensionsdynamik und der Beschlüsse des Beirates, die einstimmig gefaßt wurden, und der bereits erteilten Genehmigung durch den Hauptausschuß des Nationalrates die Pensionen

im allgemeinen um 6,9 Prozent steigen werden, gibt es eine außerordentliche Erhöhung der Ausgleichszulagenrichtsätze und damit der kleinsten Pensionen für Alleinstehende um 35 S und für Ehepaare um 50 S, sodaß die Ausgleichszulagenrichtsätze um immerhin 8,11 Prozent erhöht werden.

Man sieht daraus, daß weiterhin eine Sozialpolitik zum Nutzen der sozial schwächsten Bevölkerungsgruppen von den Sozialisten in Österreich gemacht wird. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Weitere Leistungsverbesserungen treten trotz der schwierigen Finanzlage des Bundes im Bereich der Kriegsopferversorgung ein, auf dem Gebiet der Opferfürsorge und auch auf dem Sektor der Heeresversorgung, sodaß mehrere hundert Millionen Schilling auch im nächsten Jahr zusätzlich – über die Bestimmungen der Dynamik hinaus – für die Erfüllung von gerechtfertigten Wünschen zugunsten der sozial schwächsten Bevölkerungsgruppen verwendet werden.

Es sind natürlich auch Maßnahmen im Bereich der Krankenversicherung notwendig. Ohne diese finanziellen Maßnahmen wäre es ja nicht möglich, zu einer – wie wir doch gemeinsam hoffen wollen – auch längerfristig befriedigenden Lösung des Spitalsproblems zu kommen. Es haben ja die Unterhändler, die der ÖVP als Ländervertreter angehören, bei den Spitalsverhandlungen zugestimmt. Es werden also auch offensichtlich nach der jetzigen Situation die Länder, die von einer ÖVP-Regierung geführt werden, die Mittel annehmen, die durch die erhöhten Einnahmen des Bundes und der Krankenversicherung zur Verfügung stehen.

Aber hier, meine Damen und Herren, stimmen Sie gegen die Aufbringung dieser Mittel und beweisen wieder einmal, daß Sie eine Politik mit doppeltem Boden machen. *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Wir können davon ausgehen, daß die Voraussetzungen zur Lösung der Spitalsprobleme nun geschaffen wurden. Es ist auch eine Konsolidierung der Fragen auf dem Medikamentensektor eingetreten. Wenn es gelingt, alle Bevölkerungsgruppen in Österreich – auch die Vertragspartner der Krankenversicherung – davon zu überzeugen, daß sich auch ihr Einkommenszuwachs in den Grenzen bewegen muß, in denen der Einkommenszuwachs der übrigen Bevölkerungsgruppen und die Einnahmenentwicklung der Krankenversicherung liegen, können wir davon ausgehen, daß die Finanzprobleme der österreichischen Krankenversicherung längerfristig gelöst sind.

Sozialminister Dr. Weißenberg hat vor längerer Zeit angekündigt, daß es zu einer solchen

**Dr. Schranz**

Ordnung der Finanzen der Krankenversicherung kommen wird. Wir werden diese Gesetze heute beschließen, und wir werden sie durchführen. Damit wird auch diese Zusage der finanziellen Sanierung der Krankenversicherung erfüllt.

Meine Damen und Herren! Es hat – und das ist auch wieder so typisch für die Vorgangsweise der größeren der beiden Oppositionsparteien – eine bezeichnende Stellungnahme zur Rezeptgebühr gegeben. Obwohl ja jedem auch nur einigermaßen Eingeweihten bekannt ist, daß die sozial schwachen Bevölkerungsgruppen von der Entrichtung der Rezeptgebühr befreit sind (*Rufe bei der ÖVP: Nein!*), haben führende Vertreter der ÖVP, unter anderem ein stellvertretender Parteiobmann, gefordert, daß jetzt anlässlich der Erhöhung der Rezeptgebühr erstmals die Ausgleichszulagenbezieher von der Entrichtung der Rezeptgebühr befreit werden.

Das ist eine völlig lächerliche Aussage. Entweder, meine Damen und Herren, ist es Unwissenheit, die zu einer solchen Feststellung in der Öffentlichkeit führt, oder eine glatte und bewußte Fehlbehauptung.

Ähnlich sind Sie ja bei der Frage der Besteuerung von Pensionen vorgegangen, welche die Höhe des Ausgleichszulagenrichtsatzes erreichen. Dazu ist zu sagen, daß ja durch einen Erlaß des Bundesministers für Finanzen die Ausgleichszulagen an sich längst steuerfrei sind (*Abg. Dr. Kohlmaier: Wissen wir, Herr Schranz!*) und daß zum zweiten durch eine Initiative der Sozialisten, die längst vorbereitet war – im Finanzausschuß ist das vor wenigen Tagen beschlossen worden, und heute werden wir es hier beschließen –, vorgesorgt wird, daß auch die Pensionisten, die eine Pension erhalten, die keine Ausgleichszulage enthält, aber den Richtsatz für die Ausgleichszulagen übersteigt, keine Steuer zu zahlen haben. (*Abg. Dr. Kohlmaier: Nachdem wir einen Wirbel gemacht haben, Herr Schranz! Sonst wäre das nie geschehen! Wenn wir das nicht aufgezeigt hätten, hätten Sie das nicht gemacht!*) Auf Sie, meine Damen und Herren, haben wir in der Sozialpolitik nicht gewartet (*Abg. Dr. Kohlmaier: O ja!*), die Sozialisten haben immer die notwendigen Maßnahmen getroffen. (*Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Kohlmaier: Wenn wir das nicht aufgezeigt hätten, wäre nichts passiert!*)

Und wieder so typisch war die Einstellung der ÖVP-Vertreter im Sozialausschuß. Dort hat man hämisch gefragt: Na werden jetzt nicht vielleicht solche, die keine Ausgleichszulage kriegen, aber eine Pension über dem Ausgleichszulagenrichtsatz erhalten, steuerpflichtig werden? – Die Enttäuschung war dann sehr groß, als wir die Herren informiert haben, daß die Sozialisten

längst für eine saubere Lösung dieses Problems gesorgt haben. (*Abg. Dr. Kohlmaier: „Saubere Lösung“ nennen Sie das?*) Sie waren enttäuscht, der Gag war weg.

Ihnen geht es nicht um die Hilfe für die sozial bedürftigen Menschen, Ihnen geht es nur um parteitaktische Vorteile. Aber auch damit sind Sie wieder einmal abgeblitzt, denn schließlich haben die Sozialisten für die Steuerfreiheit nicht nur dieser kleinsten Pensionen, sondern aller Einkommen in dieser Höhe gesorgt.

Noch ein paar Bemerkungen, meine Damen und Herren, zur Rezeptgebühr. Für viele chronisch Kranke wird es eine Verbesserung hinsichtlich der Rezeptgebühr geben, weil ja künftig auf Grund von Regelungen, die im Rahmen des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger ausgearbeitet und mit den Vertragspartnern abgesprochen werden, weit mehr als bisher Großpackungen ausgegeben werden. Es wird daher jemand, der in der Vergangenheit zum Beispiel dreimal Kleinpackungen eines Medikamentes bezogen hat und dreimal die Rezeptgebühr zahlen mußte, nun nur noch einmal die Rezeptgebühr zu entrichten haben, weil er ja eine Großpackung erhält.

Zum anderen sind ja Hunderttausende Österreicher bisher und auch weiterhin von der Bezahlung der Rezeptgebühr befreit.

Einerseits ermächtigt § 136 des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes genauso wie die entsprechenden Vorschriften in den meisten anderen Sozialversicherungsgesetzen die Krankenversicherungsträger, bei besonderer sozialer Schutzbedürftigkeit im Einzelfall von der Einhebung der Rezeptgebühr abzusehen. Dies wird in vielen Fällen so gehandhabt.

Zum zweiten hat der Hauptverband der Sozialversicherungsträger in Richtlinien festgestellt, daß – und die ASVG Krankenversicherungsträger halten sich natürlich an diese Richtlinien – soziale Schutzbedürftigkeit im besonderen Maß auf jeden Fall unter anderem in folgenden Fällen vorliegt: bei Beziehern von Notstandshilfe, bei Beziehern von Ausgleichszulage zu einer Pension aus der Pensionsversicherung, bei in die Krankenversicherung einbezogenen Beziehern von Leistungen nach dem Kleinrentnergesetz und bei Beziehern von Waisenrenten und von Elternrenten nach dem Kriegsopferversorgungsgesetz. Sie alle brauchen also keine Rezeptgebühr zu zahlen.

Es ist also, meine Damen und Herren, auch auf dem Sektor der Rezeptgebühr ausreichend für den Schutz der sozial schwachen Bevölkerungsgruppen gesorgt. (*Abg. Dr. Kohlmaier: Das behaupten Sie!*)

**Dr. Schranz**

Die Erfolge, die auf dem Sektor des Sozialrechtes seit 1970 zustande gekommen sind, stellen in allen Bereichen des sozialen Rechtes das in den Schatten, was in vergleichbaren Zeiträumen früher zustande gekommen ist. Es hat auch niemals zuvor auch nur annähernd so große Verbesserungen des sozialrechtlichen Status für Arbeitnehmer genauso wie für Selbständige gegeben.

Nur das Wichtigste lassen Sie mich in Erinnerung rufen:

Die Senkung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 40 Stunden; eine einheitliche Überstundenzuschlagszahlung von 50 Prozent; die Entgeltfortzahlung für Arbeiter; die Verbesserung der Abfertigungsansprüche; die Verbesserung der Arbeitnehmeransprüche im Konkurs- und Ausgleichsrecht; die Schaffung der neuen Konkursversicherung; die mehrmaligen Verbesserungen im Urlaubsrecht - Mindesturlaub vier Wochen und fünf Wochen Urlaub ab dem 20. Dienstjahr -; die Pflegefreistellung; die Verbesserungen im Bereich des Heimarbeitsrechtes; der erst seit 1970 zu einer wirklich effektiven Maßnahme ausgebauter Sektor der Arbeitsmarktförderung - die es ja vorher nennenswert gar nicht gegeben hat -; zahlreiche Verbesserungen im Bereich der Arbeitslosenversicherung - Leistungserhöhungen, Anwartschaftsvorschriftenverbesserungen, Wegfall der dreitägigen Wartezeit und ähnliches mehr -.

Verbesserungen größten Ausmaßes im Mutterschutzrecht, beim Karenzurlaub, bei den Familienleistungen, in der Kriegsopferversorgung, in der Opferfürsorge und, meine Damen und Herren, die in dem heute zur Diskussion stehenden Zusammenhang ja wieder besonders wesentlichen Verbesserungen in der Sozialversicherung; die mehrmaligen Verbesserungen des Systems unserer Pensionsdynamik, die Erhöhung der Witwenpensionen auf 60 Prozent der Gattenpension und die gleichzeitige Erhöhung der Waisenpensionen - außertourlich - um ebenfalls ein Fünftel, die Lösung des Problems der landwirtschaftlichen Zuschußrenten, die verbesserte Pensionsberechnung, die Einführung eines Zuschlages zu den Pensionen, die Pensionserhöhung bei Aufschub der Inanspruchnahme der Pension, die Verbesserungen im Bereich der vorzeitigen Alterspensionen, die Lockerung der Ruhensbestimmungen - vor allem bei den vorzeitigen Alterspensionen -, die Schaffung der Gesundenuntersuchungen, die Einführung moderner Rehabilitationsmaßnahmen.

Das sind nur die allerwichtigsten Verbesserungen im Bereich der sozialen Sicherheit, die in der Zeit der sozialistischen Regierung und dank dem Wirken dieser Regierung zustande gekom-

men sind. *(Beifall bei der SPÖ. - Zwischenruf des Abg. Dr. Kohlmaier. - Präsident Probst übernimmt den Vorsitz.)*

Vergessen Sie, meine Damen und Herren, dabei doch nicht den erfolgreichen Kampf gegen die Armut, den es in der Zeit vor 1970 nicht gegeben hat! Die Ausgleichszulagenrichtsätze und damit die kleinsten Pensionen wurden von 1970 bis zum Jahresbeginn 1978 für Alleinstehende um 141 Prozent und für Ehepaare um 148 Prozent erhöht. Das sind doch Leistungen, die den sozial schwächsten Bevölkerungsgruppen wirklich wesentliche Lebenserleichterungen bieten. *(Abg. Dr. Wiesinger: Kann man das um die Inflationszahlen bereinigen?)* Wenn man es bereinigt - das ist eine für mich sehr dankenswerte Frage, Herr Kollege -, muß man sagen, daß die Preissteigerungen 60 Prozent betragen haben, die Erhöhungen bei den Ausgleichszulagenrichtsätzen 141 beziehungsweise 148 Prozent, sodaß sich eine reale Erhöhung von 81 Prozent für die Alleinstehenden und von 88 Prozent für die Ehepaare ergibt. Haben Sie etwas Ähnliches zustande gebracht? *(Beifall bei der SPÖ. - Abg. Dr. Kohlmaier: Warum operierten Sie mit 140 Prozent? Sehen Sie!)*

Das, meine Damen und Herren, ist eben eine wirklich erfolgreiche Sozialpolitik, die sich ganz wesentlich von der Zeit des sozialpolitischen Stillstandes unterscheidet, der geherrscht hat, als die ÖVP allein in Österreich regiert hat. *(Beifall bei der SPÖ. - Abg. Dr. Kohlmaier: ... Zahlen einbremsen!)*

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, für diese Sozialpolitik bekommen wir Sozialisten nicht nur die Anerkennung der österreichischen Öffentlichkeit im allgemeinen, die Anerkennung der von dieser Sozialpolitik Betroffenen, sondern auch die Anerkennung führender ÖVP-Funktionäre. Ich möchte Ihnen vorlesen, was der Landesgeschäftsführer des Pensionistenbundes Steiermark der ÖVP, Herr Bundesstaatlicher Fürsorgerat Ferdinand Majer, in der Zeitung des ÖVP-Pensionistenbundes der Steiermark, Folge 7 aus 1977, geschrieben hat; ich werde es Ihnen, wenn es Ihnen vielleicht das erste Mal nicht ganz geläufig wird, gerne zweimal vorlesen *(Zwischenruf des Abg. Kraft):*

„Trotz aller Unzukömmlichkeiten in bezug auf die Teuerung dürfen wir ja wirklich sagen, daß es uns“ - Pensionisten - „einigermaßen gut geht. Es ist auch auf dem Gebiet der Renten und Pensionen unwahrscheinlich viel getan worden, das muß jeder zugeben, wenn er nur einige Jahre ehrlich zurückdenkt.“

Einige Jahre ehrlich zurück denkt der

**Dr. Schranz**

ÖVP-Obmann des Pensionistenbundes der Steiermark (*Beifall bei der SPÖ*) – das ist die Zeit der sozialistischen Regierung, meine Herren! –, und er anerkennt diese erfolgreiche Politik der Sozialisten zugunsten der älteren Generation: in den letzten Jahren ist nach seinen Worten so viel für die Pensionisten geschehen. (*Abg. Dr. Kohlmaier: Was täte Schranz, wenn es den Majer nicht gäbe!*) Diese ÖVP-Organisation der Steiermark, deren Obmann die Wahrheit spricht, weil er Spenden sammelt, hat hier bestätigt, wie erfolgreich die sozialistische Sozialpolitik ist.

Meine Damen und Herren! Aber auch international wird diese erfolgreiche Sozialpolitik voll anerkannt! (*Abg. Dr. Kohlmaier: Am erfolgreichsten sind Sie beim Kassieren!*) Schauen Sie sich doch bitte, wenn Sie einigermaßen objektiv diskutieren wollen, die Untersuchung der Schweizerischen Bankgesellschaft über die Entwicklung des Sozialrechtes in Europa an.

Nach dieser Untersuchung steht Österreich, was auf der einen Seite die Leistungshöhe im Bereich des Sozialen betrifft, an der Spitze, und was auf der anderen Seite die Beitragshöhe betrifft, im untersten Feld, und zusammengekommen kommt die Schweizerische Bankgesellschaft, die sicherlich keine sozialistische Einrichtung ist, zu dem Ergebnis, daß die Leistungen der österreichischen Sozialpolitik die besten in Europa sind. (*Abg. Dr. Kohlmaier: Das ist ein Unsinn!*) Da sind die schlagenden Beweise für die erfolgreiche Sozialpolitik der Sozialisten! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Zum Schluß noch ein Wort zu der Auseinandersetzung zwischen uns Sozialisten und dem Arbeiter- und Angestelltenbund der ÖVP, einer Organisation (*Abg. Dr. Kohlmaier: Jessas na!*) – „jessas na“ sagen Sie über den ÖAAB, das freut mich (*Heiterkeit bei der SPÖ*); ich sage das auch! –, die ja viel weniger Mitglieder hat als etwa der der SPÖ nahestehende Pensionistenverband, und ich möchte feststellen:

Der Klubobmann meiner Fraktion hat die Methoden des ÖAAB, was das Lizitieren betrifft, mit den Methoden einer Partei verglichen, die nicht mehr im Parlament vertreten ist. (*Abg. Dr. Kohlmaier: Wen hat er da gemeint?*) Aber bitte, hören Sie sich an – und ich sage mit besonderer Betonung, von wem dieses Zitat stammt –, was der amtierende niederösterreichische Vorsitzende des ÖAAB, der ehemalige Verteidigungsminister Dr. Georg Prader, der ja auch seine großen Verdienste um die eigenartige Wahl des jetzigen ÖAAB-Obmannes Dr. Mock hat, wörtlich am 20. Juli 1966, also elf Jahre nach dem Staatsvertrag, also nachdem die Besatzung längst weg war, gesagt hat. (*Abg. Dr.*

*Kohlmaier: Haben Sie nichts aus den zwanziger Jahren, Herr Schranz?*) Lesen Sie es nach in der „Wochenpresse“ vom 20. Juli 1966! Und es dürfte sich ja daran nichts geändert haben; er hat ja nie gesagt, daß seine damalige Aussage nicht mehr stimmt.

Prader sagte wörtlich – bitte, Prader, nicht Fischer! –, Prader, der viel weitergeht als Fischer, sagte wörtlich (*Abg. Dr. Kohlmaier: Fischer als Epigone Praders! Das ist sehr gut!*):

„Unter uns“ – er meint den ÖAAB – „sind auch zahlreiche Kommunisten. Es ist zum Weinen, aber der ÖAAB ist zum Teil kommunistisch unterwandert.“ (*Ironische Heiterkeit bei der SPÖ.*)

Das sagt Prader! Prader 1966! Elf Jahre nach dem Abzug der Besatzungstruppen! Das ist ein Zitat Praders! (*Abg. Dr. Kohlmaier: Jessas! – Zwischenrufe.*)

Herr Dr. Prader, meine Damen und Herren, hat keineswegs nur wie unser Klubobmann Fischer Ihre Methoden mit denen der Kommunisten verglichen. Herr Dr. Prader hat gesagt, daß der ÖAAB kommunistisch unterwandert ist! (*Abg. Dr. Kohlmaier: ... nicht komisch?*)

Ich lese es Ihnen noch einmal vor, damit es Ihnen noch bewußter wird, was Prader gesagt hat, meine Damen und Herren! Ich sage es Ihnen noch einmal, was Prader gesagt hat:

„Unter uns sind auch zahlreiche Kommunisten. Es ist zum Weinen, aber der ÖAAB ist zum Teil kommunistisch unterwandert.“ (*Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Blenk: Das war einmal!*) Das ist das Ende des Zitats Praders, meine Damen und Herren!

Und wissen Sie denn, wie viele Hunderte frühere Kommunisten nach dem Abzug der Besatzungstruppen zum ÖAAB konvertiert sind? Und wissen Sie, wie die Koalition etwa zwischen Kommunisten und ÖAAB in den Magnesitwerken in Radenthein funktioniert hat? Und viele andere Beispiele.

Das, meine Damen und Herren, hat Prader gemeint, und das ist bis in die letzten Jahre der Fall gewesen! (*Abg. Dr. Kohlmaier: Vergessen Sie nicht auf Minister Broda!*)

Sie glauben es nicht. Ich lese es Ihnen noch einmal vor. (*Heiterkeit.*)

Prader, meine Damen und Herren, Prader hat am 20. Juli 1966 in einem Interview der „Wochenpresse“ wörtlich gesagt: (*Abg. Brandstätter: Es wird nicht wahrer, wenn Sie es hundertmal vorlesen! Sie benehmen sich nur lächerlich!*) „Unter uns sind auch zahlreiche Kommunisten. Es ist zum Weinen, aber der ÖAAB ist zum Teil kommunistisch unterwan-

**Dr. Schranz**

dert." (Abg. Dr. Schwimmer: Noch einmal!) Das hat Prader gesagt, meine Damen und Herren: Sie sind eine kommunistisch unterwanderte Partei! (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren! Nehmen Sie diese Feststellungen Praders endlich zur Kenntnis! Sie haben 30 Jahre die Sozialisten mit der Roten Katze zu verteufeln versucht (Rufe bei der ÖVP: Noch einmal! Noch einmal!), obwohl ohne die Sozialisten die Demokratie in Österreich nicht erhalten geblieben wäre. (Beifall bei der SPÖ.)

Die Sozialisten, meine Damen und Herren, haben sich immer erfolgreich gegen die Feinde der Demokratie durchgesetzt. Die Sozialisten haben als einzige ständig zur Demokratie in Österreich gehalten. Sie haben sich verteidigt gegen den hausgemachten österreichischen Faschismus, sie haben Widerstand geleistet gegen den Nazifaschismus, und sie haben verhindert, daß ein kommunistischer Putsch in Österreich Erfolg hat. (Beifall bei der SPÖ.)

Und die Sozialisten, meine Damen und Herren, sind auch weiterhin die Garanten für die Demokratie in Österreich, die sie mit immer mehr sozialem Inhalt versehen. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Probst: Der Abänderungsantrag der Abgeordneten Dr. Schranz, Dr. Schwimmer und Genossen ist genügend unterstützt und steht auch zur Verhandlung.

Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Wiesinger.

Abgeordneter Dr. Wiesinger (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin einigermaßen enttäuscht: Der Unterzeichner des Initiativantrages Dr. Schranz hat sich wirklich mit großem Elan und auch mit unbestrittener Sachkenntnis bemüht, seinen Antrag zu vertreten. Das ist parlamentarische Usance, das ist richtig so, und das soll so sein. Aber warum er am Schluß dieser von seiner Warte sicher fundierten Ausführungen wieder mit dieser lächerlichen - lächerlichen! - Unterstellung kam, die ÖVP - denn letztlich ist der ÖAAB ein Teil der ÖVP - sei mit den Kommunisten zu vergleichen... (Zwischenrufe bei der SPÖ. - Abg. Steininger: Hat niemand gesagt!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, was soll es denn? Gehen Sie doch hinaus zu den Leuten und fragen Sie, ob sie das glauben, daß die ÖVPLer Kommunisten sind! Also, das ist doch wirklich lachhaft. (Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP. - Zwischenrufe bei der SPÖ.)

Ich will gar nicht weiter darauf eingehen, weil es sich wirklich erübrigt, uns in diesem

Zusammenhang zu zitieren. Aber anscheinend ist es Ihnen wert, mit diesen absoluten Unterstellungen von jenen Problemen abzulenken, die wir heute hier diskutieren. Wie schlecht muß es der Sozialistischen Partei schon gehen, vor allem in den Betrieben draußen, daß sie zu solchen Mitteln Zuflucht nimmt! (Beifall bei der ÖVP.)

Ich kenne und ich bewundere immer die Solidarität der Sozialistischen Partei. Sie ist unübertrefflich, und ich weiß, daß man den Klubobmann Dr. Fischer natürlich mit seiner Passage in Villach nicht im Stich lassen kann. Dafür habe ich auch Verständnis, aber ich würde Ihnen vorschlagen: Beschäftigen wir uns mit den Problemen, die uns heute in Österreich zu beschäftigen haben: die Frage der Arbeitsplatzsicherung, die Frage des weiteren wirtschaftlichen Aufschwunges, die Frage der sozialen Sicherheit. Dazu haben uns die Bevölkerung und die Menschen in diesem Lande gewählt und hierher geschickt, aber nicht für billige Demagogie. (Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.)

Und wenn ich vielleicht hier gleich noch ganz kurz nur auf meinen Vorredner eingehen darf. Er hat eine Pensionserhöhung von über 100 Prozent seit 1970 ausgerechnet, dann, bereinigt um die Inflation, eine Erhöhung von etwa 60 Prozent, wenn ich mich richtig erinnere, die absolut eine anerkennenswerte Leistung darstellt. Ich unterschreibe das, was Landessekretär Maier im Blatt des steirischen Seniorenbundes gesagt hat. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, das darf man doch nicht isoliert sehen. Es sind ja nicht nur die Pensionisten in Österreich etwas bessergestellt als früher, sondern es hat sich im Zuge der Gesamtentwicklung auf Grund der Vorarbeit, die die Österreichische Volkspartei von 1966 bis 1970 geleistet hat, ein gewisser wirtschaftlicher Aufschwung ergeben. Das ist ja gar keine Frage, das haben wir ja in den letzten Jahren nie bestritten. Nur was Sie mit diesen Geldern, die Ihnen in den Konjunkturjahren von 1970 bis 1973 nach dem Maßnahmenpaket der ÖVP-Regierung so reichlich zugeflossen sind, getan haben, das war falsch, denn damals hätte man in der Sozialpolitik jene Strukturbereinigung vornehmen können, die notwendig gewesen wäre, damals hätte man jene Probleme angehen können, die unbedingt zu lösen sind, als das Geld noch dazu da war, daß man zum Beispiel die Frage der gesamten Asylierungsproblematik der chronisch Kranken hätte lösen können. Das wäre damals noch gegangen.

Und zum ständigen Vorwurf der Lizitiererei: Ich habe hier einen Auszug der „Arbeiter-Zeitung“ vom 20. Mai 1967. Damals hat die ÖVP-Regierung eine Pensionserhöhung von 7,1 Prozent durchgeführt. Und da schreibt die „AZ“: Renten in Gefahr. ÖVP möchte Sozial-

**Dr. Wiesinger**

stopp. 7,1 Prozent Pensionserhöhung zu wenig. Wir wollen 10,3 Prozent.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bei einer ganz anderen Inflationsrate, nämlich einer solchen von nicht ganz drei Prozent. Was war denn das? Das war keine Lizitation? Na, 7,1 Prozent im Jahre 1967 gegenüber 6,9 Prozent im Jahre 1978 bei einer höheren Inflation, da brauchen Sie sich nicht so viel einbilden, daß Sie etwa besser sind als die ÖVP-Regierung! *(Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP. - Abg. Pansi: Aber, Herr Kollege Wiesinger, so eine Dummheit daherzureden!)* Bitte, ich nehme zur Kenntnis, daß Sie Dummheit gesagt haben, aber es berührt mich nicht. Scheinbar haben Sie... *(Abg. Pansi: Sie haben auch gesagt, das ist Demagogie. Deshalb habe ich es gesagt!)* Das ist in der Form nicht so. *(Abg. Graf: Demagogie kann gescheit sein. Aber der Zwischenruf Dummheit ist blöd! Das ist ja wirklich allerhand, wie in der Schule!)*

Ich werde mich jetzt, bevor ich in die einzelnen Punkte dieses Gesetzes eingehe, vorher nur noch mit einem Problem beschäftigen.

Der Herr Bundesminister hat erklärt: Jeder, der in Österreich zu einem Arbeitsamt kommt, kann sofort vermittelt werden. Ich würde mich freuen, wenn das in folgendem Fall möglich wäre. Ich habe hier einen Brief vor mir, den ich vor einigen Tagen bekommen habe. Ich darf ihn vorlesen.

„Daß ich Ihnen diesen Brief schreibe, hat einen wesentlichen Grund: Ich selbst bin Techniker, 35 Jahre alt und habe vor meinem Studium etwa sieben Jahre gearbeitet. In diesem Sommer habe ich mein Studium - elektrische Anlagen, elektrische Kraftwerke - mit Auszeichnung abgeschlossen. Etwa 50 Prozent der Kollegen gingen ins Ausland - teilweise Ausländer -, 30 Prozent schafften eine Anstellung entsprechend ihrer Vorbildung, meist mit Verbindungen. Ein Rest sucht noch immer, darunter auch ich. Etliche Kollegen mußten in den vergangenen Jahren bis zu einem Jahr auf Arbeitssuche gehen.“

Wenn es Ihnen möglich ist, Herr Bundesminister, vom Arbeitsamt aus diesem Ingenieur eine Anstellung zu verschaffen, wäre ihm geholfen, und ich würde mich freuen, etwas dazu beigetragen zu haben.

Der Herr Abgeordnete Schranz hat sich sehr ausführlich mit der Problematik der Rezeptgebühr beschäftigt. Ich möchte deshalb hier ganz kurz nur etwas zitieren, was Sie, Herr Bundesminister, in einer Anfragebeantwortung am 3. Februar 1977 ausgeführt haben:

„... und ich stehe nicht an, in dieser Frage zu wiederholen, was ich auch schon in der Öffentlichkeit gesagt habe: daß ich mir vorstellen könnte, daß die Rezeptgebühr valorisiert wird.“

Na, die Steigerung auf 250 Prozent, bitte, ob das eine Valorisierung ist, möchte ich dahingestellt sein lassen, denn so hohe Inflationsraten haben selbst Sie noch nicht zusammengebracht.

Aber Sie haben noch weiter etwas gesagt im Zusammenhang mit der Einnahmenschließung der Krankenversicherung: Es müßte möglich sein, „vor allem durch Strukturveränderungen im Gefüge der Krankenversicherung die finanzielle Leistungsfähigkeit aufrechterhalten zu können.“

Ich gehe immer noch von dem Grundsatz aus, daß es möglich sein muß, auf der einen Seite die finanzielle Leistungsfähigkeit aufrechtzuerhalten, auf der anderen Seite Beitragserhöhungen und zusätzliche Belastungen der Versicherten zu vermeiden.“

Das haben Sie am 3. Februar 1977 gesagt. Was ist in der Zwischenzeit passiert, daß Sie von dieser Meinung abgegangen sind? *(Bundesminister Dr. Weissenberg: Forderungen der Länder!)* Aber das ist doch lächerlich, es waren nicht die Forderungen der Länder, sondern hier geht es um ganz andere Sachen. Sie waren eben nicht bereit, eine Strukturreform vorzunehmen, obwohl es in den Regierungserklärungen von 1972 und von 1975 versprochen wurde. Sie haben gesagt, Sie werden in der Krankenversicherung und in der Pensionsversicherung Strukturreformen vornehmen. Gemacht haben Sie nichts, außer die Beiträge erhöht.

Das ist nämlich das Problem. Wir haben Ihnen in verschiedensten Formen vorgeschlagen, wie man eine sozial gerechte Veränderung im Krankenkassen- und Pensionsversicherungsweisen einführen kann. Das ist auf taube Ohren gestoßen.

Da bin ich schon beim Punkt der Rezeptgebühr. Die Rezeptgebühr ist unbestrittenermaßen eine Kostenbeteiligung der Patienten an Behandlungskosten. Sie haben in der gleichen Sitzung des Nationalrates am 3. Februar erklärt: In einem Artikel - den Sie 1966 schon geschrieben haben, wörtlich jetzt -: „habe ich damals die Kostenbeteiligung als unsozial, sachlich ungerechtfertigt und gesundheitspolitisch gefährlich angesehen.“

Nun ist es unzweifelhaft, daß ein Medikament einen Bestandteil der medizinischen Behandlung darstellt, denn die Diagnosestellung ist die Voraussetzung, die Therapie kann entweder mit mechanischen Mitteln, Operationen oder

**Dr. Wiesinger**

Bestrahlungen, oder aber Medikamenten vorge-  
nommen werden. Daher widersprechen Sie in  
Ihrer jetzigen Haltung zu diesem Gesetz ganz  
eindeutig Ihrer durch Jahre hindurch vertre-  
tenen Linie in Frage des Selbstbehaltes, wobei ich  
Ihnen eine bessere Einsicht zubillige, und wir  
haben Ihnen das im Ausschuß auch ganz  
deutlich gesagt: Wir glauben, daß es sozial  
gerechtfertigt und zumutbar ist, einem im  
Produktionsprozeß stehenden Aktiven, wenn er  
fallweise eine Krankheit hat, einen Selbstbehalt  
von 15 S pro Medikament zuzumuten. Ich  
glaube aber nicht, ich glaube es wirklich nicht,  
daß man einen derartigen Selbstbehalt einem  
chronisch Kranken, daß man das kinderreichen  
Familien oder Empfängern von kleinen Bezügen  
und Pensionen zumuten kann. Ich glaube es  
nicht!

Und wenn Sie heute mit mir hinausgehen und  
wenn Sie die Leute fragen, so wissen Sie, daß  
diese die eine Milliarde Schaden des Bauring-  
debakels nicht gekratzt hat, daß Sie aber mit der  
Erhöhung von 6 S auf 15 S weiteste Kreise der  
Bevölkerung tief treffen und daß Sie hier mit  
massivem Widerstand auch in den eigenen  
Reihen zu rechnen haben.

Und ein Beweis dafür: Ja, warum reagiert  
denn der Obmann des Sozialistischen Pensioni-  
stenverbandes Uhlir in einer völlig unqualifi-  
zierten Art auf eine Aussendung unseres  
Obmannes des Seniorenbundes? Hier werden ja  
Worte verwendet, die wirklich aus der untersten  
Schublade genommen werden:

„Ohne auf die Störmanöver der Konservativen  
einzugehen, sorgt die SPÖ mit Taten für die  
Pensionisten. Wer in der Sozial- und Steuerpoli-  
tik völlig daneben ist und dessen Antrieb  
Unwissenheit oder Unruheftigung ist, disquali-  
fiziert sich völlig als Sprecher der Senioren und  
stellt für die ältere Generation nur eine  
gefährliche Belastung dar.“

Also diese Bezeichnung für einen so erfahre-  
nen und verdienstvollen Politiker, wie es  
Hermann Withalm für Österreich ist, ist in  
meinen Augen ein Skandal! (*Beifall bei der  
ÖVP.*) Aber das ist ja nichts Neues, das ist ja  
genau die Methode der Sozialisten: Wenn sie in  
Schwierigkeiten kommen, dann beginnen sie,  
einzelne Personen zu diskriminieren.

Der Herr Abgeordnete Schranz hat sich ja  
redlich bemüht, uns hier zu erklären, daß es  
Ausnahmebestimmungen für soziale Härtefälle  
gibt. Ich darf das noch einmal zitieren. Ich  
möchte nicht Dr. Schranz imitieren und etwas  
dreimal vorlesen, ich lese Ihnen das nur einmal  
vor, wer denn diese Fälle sind:

„Bezieher von Notstandshilfe aus der Arbeits-  
losenversicherung.“ No na. Einer, der die

Notstandshilfe bezieht, der soll nicht ausgenom-  
men sein? Das ist eine große Leistung!

„Bezieher von Ausgleichszulagen in der  
Pensionsversicherung.“ Nun, Sie kennen die  
Ausgleichszulagenhöhe. No na, kann man nur  
sagen. „Bezieher von Leistungen nach dem  
Kleinrentnergesetz, Bezieher von Waisen- und  
Elternrenten nach dem Kriegsofopfergesetz.“

Ich beziehe mich hier auf die „AZ“ und auch  
auf eine Aussage von Dr. Schranz.

Nun, das ist doch selbstverständlich, das ist ja  
das Minimum, was man verlangen kann.

Aber es geht ja noch viel weiter: Es ist ja nicht  
so, daß diese Bevölkerungsgruppe, diese Armen,  
wirklich die Ärmsten der Armen, automatisch  
ausgenommen sind. Nein, Sie müssen zum  
bürokratischen Apparat der Sozialversicherung  
hingehen, Sie müssen dort bitten, daß sie  
ausgenommen werden.

Sehen Sie, und hier unterscheiden wir uns in  
der Sozialpolitik. Wir glauben, daß die einzel-  
nen Mitglieder einer Versicherung Rechte  
haben. Nicht nach dem Gutdünken des Vorstan-  
des wird diese Richtlinie zu erstellen sein,  
sondern nach dem Willen der Abgeordneten hier  
im Parlament. Ich glaube als Abgeordneter, daß  
wir hier entscheiden müssen, wer befreit werden  
soll, und nicht irgendwelche Bürokraten im  
Hauptverband der Sozialversicherungsträger.

Und dann kommt noch etwas dazu. Sie  
kennen ja die Unwissenheit der Pensionisten  
gerade im Bereich der Sozialversicherung. Sie  
sind weitestgehend - bedauerlicherweise -  
uninformiert. Und sie sind oft ja gar nicht in der  
Lage als chronisch Kranke, wenn sie alleinsteh-  
end sind, sich überhaupt dieser Möglichkeiten  
zu bedienen, weil sie weder zur Krankenkasse  
hinkommen können, noch jemanden haben, den  
sie hinschicken können.

Ich möchte nur ganz kurz noch darauf  
hinweisen: Sie haben es versäumt, das Problem  
der chronisch Kranken einer besseren Lösung  
zuzuführen. Damals, als das Geld noch vorhan-  
den gewesen wäre, haben Sie nicht wollen, war  
es für Sie kein Anliegen.

Das gleiche gilt für die Rehabilitation. Im  
Humanprogramm haben Sie noch fünf bis sechs  
Seiten mit den Problemen der Behinderten, der  
Rehabilitation gefüllt, da war es Ihnen noch sehr  
wichtig.

Und Sie haben heute gesagt, bei der  
Arbeitsmarktförderung haben Sie etwas getan.  
Das hat unsere Zustimmung, wir sind froh  
darüber.

Aber gerade in wesentlichen Fragen für  
Behinderte, zum Beispiel in der Frage des Autos,



**Dr. Wiesinger**

sind Sie nicht bereit, eine Ausnahme zu machen. Ja bitte, das ist ja ein Symptom. Hier geht es nicht um die Findung von neuen Mitteln für diesen Staat, sondern hier geht es darum: Welche Einstellung habe ich?

Sehen Sie, und für uns in der Österreichischen Volkspartei ist die Einstellung zu den Behinderten eine Frage des moralischen Ausweises einer Partei. Hier geht es nicht um Wählerstimmen, hier geht es nicht um Geldmittel, sondern hier geht es um die Grundeinstellung. Und wir finden es als sehr bedenklich und bedauerlich, daß Sie sich nicht einmal in diesen Fragen bereit erklärt haben, eine Änderung zu akzeptieren.

Und jetzt bin ich schon beim Schluß. Ich stelle mit großer Freude fest, daß Sie sich, Herr Sozialminister – wir beraten ja hier eigentlich das Gesetz des Sozialministers, er hat ja dieses Gesetz im Ministerium schreiben lassen, und die Abgeordneten Schranz und Pansi haben sich ja nur bereit erklärt, diesen Antrag zu übernehmen – in vier Fünfteln Ihrer Ausführungen mit dem Konzept unseres Parteiobmannes Dr. Taus zur Arbeitsplatzsicherung beschäftigt haben. Das ist das erste Mal, daß Sie sich überhaupt mit Alternativen der ÖVP beschäftigen. Denn wie wir Konzepte vorgelegt haben in der Spitalsfrage, wie wir Konzepte vorgelegt haben, wie das meines Freundes Kohlmaier über eine B-Variante in der Krankenversicherung, eine neue Möglichkeit in der Krankenversicherung einzubauen, haben Sie es mit einer Handbewegung vom Tisch gewischt und erklärt: Das ist völlig indiskutabel, wir sind nicht einmal bereit, darüber zu reden – Das ist ja Ihr Stil.

Demokratie aber ist Diskussion. Im Ausschuß haben wir uns 15 Stunden oder 18 Stunden bemüht (*Bundesminister Dr. Weißenberg: 19 Stunden!*), 19 Stunden, mit Ihnen ins Gespräch zu kommen. Sie als Bundesminister waren fast der einzige, der mit uns diskutiert hat. Die Sozialisten haben sich kaum zu Wort gemeldet, sie haben nur mit der Mehrheitswalze alle unsere Bemühungen zunichte gemacht.

Jetzt stehen wir in einer Diskussionsphase, wo Sie bereit sind, unsere Alternativen wenigstens zu diskutieren. Denn Ihre Behauptung war ja nicht richtig, daß wir keine Alternativen gehabt haben, Sie waren nur nicht bereit, sie zur Kenntnis zu nehmen. Heute sind Sie gezwungen, weil die wirtschaftliche Lage Sie dazu zwingt. Nicht Ihr guter Wille oder Ihr Wollen, sondern die Not zwingt Sie, sich mit unseren Alternativen und Konzepten auseinanderzusetzen.

Ich bin kein Arbeitsrechtler, mein Freund Schwimmer wird sich mit Ihren Argumenten noch im Detail beschäftigen. Aber nur zu

erklären, das eine haben wir schon gemacht, das andere ist undurchführbar und die Zahlen stimmen nicht, Herr Bundesminister, so leicht werden Sie sich die Diskussion über unsere Konzepte in Zukunft nicht machen können.

Und zum Abschluß möchte ich nur eines sagen: Wir haben Ihnen nie einen Sozialstopp vorgeworfen. Aber wenn man dieses Belastungsgesetz so anschaut, haben wir die ärgsten Befürchtungen für die Zukunft in der Sozialpolitik. Denn so wird es sicher nicht weitergehen können, daß Sie die Leistungen nicht verbessern, daß Sie für die sozial Schwachen, die wirklich Bedürftigen nichts tun, die Beiträge aber ununterbrochen in die Höhe schrauben.

Und deshalb sind wir nicht bereit, bei diesem Gesetz mit Ihnen mitzugehen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

**Präsident Probst:** Als nächster gelangt zum Wort der Herr Abgeordnete Sandmeier.

**Abgeordneter Sandmeier (ÖVP):** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Blecha, der Hauptredner der Parlamentsfraktion der Sozialistischen Partei, hat am Beginn seiner Rede, die dem Inhalt nach eher an eine reichlich verspätete 1. Mai-Rede erinnerte, zum Thema selbst hat er ja kaum fünf Sätze gesagt, in einer überschwenglichen Art von der angeblich ungeheuer guten Position Österreichs im Vergleich zur übrigen Welt geschwärmt. Ich glaube, daß es notwendig ist, daß man die Dinge ein bißchen ins richtige Lot bringt. Schönfärberei ist eine große Stärke der Parlamentsfraktion der Sozialisten, aber auch der Regierung. Es haben die heutigen Beiträge der sozialistischen Fraktion dies ja bewiesen.

Auch der Herr Bundeskanzler ist darin ein Meister. Im März 1972 hat Bundeskanzler Dr. Kreisky in einem Interview mit dem europäischen Wirtschaftsmagazin „Vision“ erklärt, man werde in fünf bis sieben Jahren denselben Grad an Wohlstand wie die Schweiz erreicht haben. Wir schreiben jetzt November 1977, und was ist aus dieser Ankündigung geworden? Wie weit sind wir dem Lebensstandard der Schweiz bereits nähergerückt?

Dazu einige Angaben. Unter den reichsten Nationen der Welt hält Österreich heute mit einem Pro-Kopf-Bruttosozialprodukt von 107 000 S den 16. Platz, die Schweiz rangiert an zweiter Stelle.

Auch der Traum, Österreichs Lebensqualität werde die vergleichbarer Staaten wie die Schweiz überholen, auch dieser Wunsch blieb unerfüllt. In einer Untersuchung der Wiener Arbeiterkammerreferentin Lore Scheer über die



**Sandmeier**

sozialen Indikatoren landet Österreich vor Finnland und Italien im geschlagenen Feld. Die Schweiz dagegen belegt auch hier den zweiten Platz.

Im Herbst 1977 hat die Schweiz eine bedeutend niedrigere Inflationsrate als Österreich. Der Staatsschuldenstand der Schweiz verhält sich zu dem von Österreich wie der eines Krösus zu dem eines Bettlers.

Die Schweiz ist budgetär auf eine neuerliche Rezession vorbereitet, während Sie, Herr Finanzminister, schon mit der Tilgung alter Schulden nicht mehr zu Rande kommen und daher ständig neue Belastungen für das ohnehin ausgepowerte Steuervolk der Österreicher ersinnen.

So sieht also - vielleicht sagt man es dem Herrn Abgeordneten Blecha - der Vergleich mit der Schweiz aus. Keinesfalls ist es noch lange nicht so, leider, muß man sagen, daß der Grad an Wohlstand für Österreich dem, den die Schweiz hat, nahegerückt ist.

Verschärft wird die triste Situation durch die Wirtschaftspolitik einer Regierung, deren ganze Handlungsfähigkeit das Erfinden neuer und noch höherer Belastungen umfaßt.

Heute ist bereits sichtbar - ich glaube, das ist durch nichts mehr wegzudiskutieren und zu beschönigen -: Die sozialistische Regierung unter Bundeskanzler Kreisky und Finanzminister Androsch hat dieses Land in eine Sackgasse geführt. Sie hat das Kapital, das sie 1970 bei ihrem Regierungsbeginn übernommen hat, zu einem großen Teil verspielt. In der Spielersprache würde man jetzt sagen: Rien ne va plus!

Und wenn jemand der Regierung Fehler vorhält, dann verurteilt der Bundeskanzler alles als Tartarenmeldung, und der Finanzminister nennt all die unseriös, die sich kritisch zur Krise äußern.

Doch es sind seine eigenen Parteifreunde, die immer ungehemmter über das Debakel der Regierungspolitik herfallen. Der Jungfernredner des gestrigen Tages, der ehemalige Staatssekretär Dr. Veselsky, fiel beim Herrn Bundeskanzler bekanntlich in Ungnade. Er hatte Differenzen über die Wirtschaftspolitik, und ihm, Veselsky, wird folgender Ausspruch bei diesem Disput zugeschrieben: „Es ist einfach zu wenig, wenn man von Wirtschaftspolitik nur so viel versteht, wie auf einem Zettel Platz hat.“ - Veselsky hat ja damit nur mit „freundlichen“ Worten das wiedergegeben, was der Herr Bundeskanzler am 5. September 1975 in einem Interview mit der „Kleinen Zeitung“ selbst einbekannt hatte. Er hat damals gesagt: Vom Budget verstehe ich nichts. Ich bin alt genug, daß ich sagen kann, ich verstehe von manchen Dingen nichts.

Meine Damen und Herren! Wir haben nicht immer das geglaubt, was der Herr Bundeskanzler gesagt hat, aber wenn man sich an diese Äußerungen erinnert, dann möchte man ihm das manchmal wirklich glauben.

Eine dieser Äußerungen ist ja noch ganz frisch in Erinnerung. Erinnern Sie sich, meine Damen und Herren, an vorgestern abend. Auf die Frage des Reporters, was der Kanzler vom Arbeitsplatzsicherungskonzept der ÖVP halte, meinte er sinngemäß: „Das kennen wir doch schon alles, und im übrigen kostet es Geld.“ - Diese Alibi-Erklärung konnte einfach den Eindruck nicht verwischen, daß der Kanzler - und er hat es ja letztlich irgendwie zugegeben - das ÖVP-Konzept ja noch gar nicht gelesen hat. Aber er sagt gleich: Das kennen wir schon, wir wissen schon, was da drinnen steht.

Ich glaube, daß diese Art, über anderer Arbeiten zu urteilen, gelinde ausgedrückt doch überheblich ist. Das ist genau dieselbe Überheblichkeit, die in all den Jahren an den Tag gelegt wurde, wenn die ÖVP vor dem wirtschafts- und budgetären Krisenkurs der Regierung gewarnt hat.

Nun wird durch den ehemaligen Staatssekretär Veselsky die Richtigkeit dieser Warnung und die Richtigkeit unserer Kritik bestätigt, wenn er vor nicht allzu langer Zeit meinte - und damit hat er den Nagel auf den Kopf getroffen -: Aus dem Budget ist nichts mehr herauszuholen. Aus nichts wird nichts.

Aber nicht nur der ehemalige Staatssekretär Veselsky hat kritisiert. Er ist mit seiner Kritik in guter Gesellschaft mit dem Generaldirektor Dr. Kienzl. Dieser fällt wieder über die, wie er sagt, „irre Idee der Zweckbindung“ von Steuern, sei es für den Straßenbau, sei es für die Sanierung der Spitäler, her. Er zieht Dr. Kreisky währungs- politischer Irrtümer und ist davon überzeugt, daß die Schuldenpolitik des Finanzministers in den Jahren 1975 und 1976 ein schwerer Fehler war. Zur Lohnpolitik der Gewerkschaften weiß er, daß man mit geringeren Zuwachsraten besser davongekommen wäre.

ÖGB-Professor Fritz Klenner hielt in einem Interview im Frühjahr dieses Jahres weitere Steuerbelastungen für nicht zielführend.

Schließlich - um die Reihe abzuschließen - verwirft der ehemalige Sekretär des Bundeskanzlers und heutige Investitionsbank-Vorstandsdirektor Alfred Reiter die Austro-Porsche Justamentidee des Bundeskanzlers und Parteivorsitzenden mit vernichtender Kritik.

Das sind die warnenden Urteile von Männern, die eigentlich Bescheid wissen müßten.

Trotz der enormen Belastungen wächst die

**Sandmeier**

Staatsschuld weiter. Es ist nichts gegen eine Staatsschuld einzuwenden, wenn ihr Nutzen ihre Kosten rechtfertigt. Es ist nichts einzuwenden gegen Haushaltsfehlbeträge, die die geldlichen Mittel für staatliche Mehrausgaben bereitstellen sollen, um bei einer schrumpfenden Wirtschaft zusätzliche Nachfrage zu schaffen oder in Zeiten einer Wirtschaftsschwäche die gesamte Nachfrage durch staatliche Mehrausgaben zu stützen.

Die Schuldenaufnahmen des Bundes dienen aber in der Vergangenheit nur zum geringsten Maße dazu, den Rückgang der wirtschaftlichen Kräfte in Österreich aufzufangen. Zum wiederholten Male wurde Ihnen gesagt, daß der wohl unverdächtige Zeuge Institut für Wirtschaftsforschung errechnet hat, daß im Krisenjahr 1975 ja nur etwa 4 Milliarden Schilling für zusätzliche Aufträge vergeben wurden, obgleich im Jahre 1975 das Defizit um 21 Milliarden gestiegen ist.

Die Schulden wurden vielmehr dazu verwendet, einen im Zeichen des wachsenden Staatsanteiles unersättlichen Staatsverbrauch zu decken.

Es zeigt sich – Untersuchungen haben das ergeben –, daß das strukturelle Defizit, das heißt der durch Kreditaufnahme zu deckende Haushaltsfehlbetrag, der nicht durch die Entwicklung der Konjunktur, sondern durch die Struktur der öffentlichen Ausgaben veranlaßt ist, mehr als zwei Drittel des Defizits ausmacht.

Wir können, meine Damen und Herren, auf dem Wege des wachsenden Staatsanteiles, das heißt des Anteiles der Ausgaben der öffentlichen Hand am Bruttosozialprodukt nicht weitergehen. Dieser Anteil beträgt bereits heute 31 Prozent. Eine Finanzierung des Staatsanteiles aus Steuern und Zwangsabgaben ist bereits heute nicht mehr möglich. Wir haben schon heute die Grenze der Belastbarkeit des Bürgers und der Wirtschaft erreicht.

Andererseits ist auch die Finanzierung des Budgetdefizits bei diesen Größenordnungen über Kreditaufnahmen im großen Maßstab auf die Dauer nicht möglich. Also als Alternative blieb lediglich der Weg der Inflation.

Der Staat müßte deshalb die Ziele seines Handelns auf weiten Gebieten neu stecken. Wir müssen die staatlichen Aufgaben und Ausgaben durchforsten.

Wir haben wiederholt festgestellt, daß die Grenze der Belastbarkeit des Bürgers und der Wirtschaft erreicht ist.

In den vergangenen Jahren wurde vielfach die Auffassung vertreten, der Staat könne und solle immer stärker in die Erfüllung gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Aufgaben eintreten. Die Folge dieser Fehlentwicklung ist eine

Staatsquote, das heißt, der Anteil der Ausgaben der öffentlichen Hand am Bruttosozialprodukt von 31 Prozent.

Die Abgabenquote, das heißt die Summe aller Steuern und Zwangsabgaben, vor allem auch der Pflichtbeiträge für die Sozialversicherung, beträgt derzeit bereits rund 41 Prozent. Als Durchschnittsquote verdeckt sie noch, daß zusätzliche Arbeitseinkommen einer Abgabenlast von 40 bis 62 Prozent unterliegen. Man kann hier bereits von einem „Marsch in den Lohnsteuerstaat“ sprechen. Die Konsequenzen daraus sind eine Gefährdung der marktwirtschaftlichen Ordnung, eine weitgehende Investitionsunsicherheit in der Wirtschaft mit den nicht ausbleibenden Folgen für den Arbeitsmarkt, und eine zu hohe Staatsquote fördert den Prozeß der Inflation und lähmt private Initiative.

Im übrigen, meine Damen und Herren, wäre es ein Irrtum zu glauben, daß durch offene oder heimliche Steuererhöhungen die Mittel des Fiskus langfristig gesteigert werden könnten. Überbesteuerung hemmt den Leistungswillen und fördert legale und illegale Methoden der Steuerumgehung und Steuerverlagerung. Statt „mechanistische“ Steuererhöhungen sind „organische“ Steuerzuwächse anzustreben. 1 Prozent Wachstum des Bruttosozialprodukts bringt 2,5 bis 3 Milliarden mehr Steuereinnahmen.

Überspitzt könnte man nun sagen, daß auf Sicht zusätzliche Steuererhöhungen geringere Einnahmen, Steuersenkungen letztlich ein Mehr an Einnahmen versprechen. Ziel einer vernünftigen Steuer- und Finanzpolitik muß es deshalb sein, den Leistungswillen der Arbeitnehmer, Selbständigen und Unternehmer zu stärken. Das Steuer- und Abgabenrecht muß die Leistung honorieren.

Der Herr Finanzminister geht hier den umgekehrten Weg. Wer mehr leistet, wird bestraft. Sein Ziel ist Gleichmacherei und Nivellierung. Ziel einer vernünftigen Steuer- und Finanzpolitik sollte es sein, die Investitionstätigkeit und die Investitionsbereitschaft der Unternehmer zu stützen und so durch Maßnahmen an der Wurzel der volkswirtschaftlichen Kreisläufe anzusetzen und nicht nur an Symptomen kurieren. Vielmehr bedarf es der Stärkung des Vertrauens der Wirtschaft in einen klaren ordnungspolitischen Kurs.

Damit man, meine Damen und Herren von der sozialistischen Seite, weiß, was Sie heute beschließen, gestatte ich mir, Ihnen anhand von ein paar Beispielen die negativen Auswirkungen des vorliegenden Belastungspaketes zu veranschaulichen.

Ich habe mir von einer Firma die Auswirkungen

**Sandmeier**

gen dieses Belastungspakets geben lassen. Ich darf Ihnen kurz zur Struktur der Firma sagen: Es ist eine Firma, die 539 Beschäftigte hat, der Exportanteil der Firma beträgt 93 Prozent, und die Auswirkungen des 2. Abgabenänderungsgesetzes sind bei dieser Firma folgende:

Durch die Neugestaltung der Abfertigungsrücklage und durch die zusätzliche Anschaffung von Wertpapieren und die Neuregelung der Absetzbarkeit von PKWs werden der Firma 2,7 Millionen Schilling liquiditätsmäßig entzogen; das heißt, daß, wenn einer Firma 2,7 Millionen über Nacht entzogen werden, das Investitionsprogramm natürlich neu überdacht werden muß. Ich habe bereits gehört, daß eine Einschränkung der Investitionen vorgesehen ist. Das heißt aber gerade in diesem Fall, wo es sich um eine Exportfirma handelt, die, wie ich sagte, einen Exportanteil von 93 Prozent hat, daß der Kampf um die Absatzmärkte immer schwieriger wird, weil es kostenmäßig kaum mehr möglich ist, Schritt zu halten.

Die Belastungen wirken sich aber auch – und ich bedaure, daß der Herr Finanzminister nicht da ist, aber die Frau Staatssekretär, bitte, wird es vielleicht weitergeben, das ist eine Sache, die uns, glaube ich, auch alle angehen muß – auf die Gemeinden aus.

Es ist unfair gewesen, daß der Herr Finanzminister, obwohl er wußte, daß die Gemeinden aus diesem Abgabenänderungsgesetz sehr große Lasten tragen müssen, die Ausgleichspartner nicht einmal zu einem Gespräch eingeladen hatte.

Ich darf Ihnen für meine Stadt, für die Stadtgemeinde Gmunden, sagen, daß die Auswirkungen des Belastungspakets, allein was die Änderung des Familienlastenausgleichs anlangt und allein was in dem Sozialpaket drinnen ist, rund 700 000 Schilling ausmachen.

Man muß sich einmal vorstellen: Eine Gemeinde, eine Stadt mit 12 270 Einwohner hat plötzlich über Nacht Mehrbelastungen durch dieses heute zu beschließende Gesetz von 700 000 Schilling! Ich möchte alle hier auf der linken Seite sitzenden Kommunalpolitiker, Bürgermeister, Vizebürgermeister, Stadträte, Vorstandsmitglieder und Gemeinderäte auffordern, hier sich doch zu Wort zu melden und zu sagen, wie diese hohen Belastungen getragen werden sollen. Bis jetzt habe ich noch bei keiner einzigen Wortmeldung auch nur einen einzigen Hinweis gefunden.

Dann eine Pikanterie am Rande. Die Mehrwertsteuer wird ja letztlich um  $66\frac{2}{3}$  Prozent erhöht – von 18 Prozent auf 30 Prozent –, und die Pikanterie ist dabei folgende. Vom Unterrichtsministerium ist eine Verordnung geplant, die es

ermöglicht, im Rahmen einer Lehrplanerweiterung Photographie in das Pflichtfach Bildnerische Erziehung aufzunehmen. Gerade das, was man für dieses Pflichtfach bräuchte, nämlich Photogeräte, Filme, das hat der Herr Finanzminister in die dreißigprozentige Steigerung des Mehrwertsteuersatzes eingegliedert. Hier weiß offensichtlich die rechte Hand nicht, was die linke tut.

Ich möchte auch darauf hinweisen, daß dauernd stark Gehbehinderten, die zur persönlichen Fortbewegung auf ein Kraftfahrzeug angewiesen sind, durch die Erhöhung der Umsatzsteuer, der Mehrwertsteuer, beim Ankauf eines entsprechenden Fahrzeuges eine empfindliche Härte erwächst.

Ich habe den Herrn Finanzminister im Ausschuß gefragt, ob er denn nicht daran denke, hier eine Ausnahme zu machen. Ich möchte dazu vielleicht auch sagen, daß seinerzeit, als die Sonderabgabe auf Kraftfahrzeuge im Jahre 1968 eingeführt wurde, daß damals der genannte Personenkreis, also die stark Gehbehinderten, von dieser Sonderabgabe befreit wurden. Finanzminister Androsch hat keine Ausnahme zugelassen.

Ich meinte, ob er denn nicht willens wäre, hier eine Änderung zu schaffen. Seine Antwort war: Ich werde versuchen, das auf einem anderen Wege zu tun, indem auf Grund des Kriegspferfürsorgegesetzes Direkt-Zuschüsse für Behinderte für den Ankauf eines Kraftfahrzeuges gegeben werden.

Nun glaube ich aber, meine Damen und Herren, auf solche vage Zusagen sollte man sich einfach nicht verlassen. Wir hätten geglaubt, daß das alles bereits im Gesetz enthalten sein soll, wir haben ja leider schon mehrmals die bittere Erfahrung gemacht, daß Versprechen, die der Herr Finanzminister gemacht hat, nicht immer eingehalten wurden. Wir hätten gerne eine gesetzliche Absicherung.

Letztlich darf ich noch als Beispiel den Griff in die Kasse des Roten Kreuzes anführen. Daß der Herr Finanzminister in die Kassen und in die Taschen der Steuerzahler greift, das verstehe ich noch. Aber daß er jetzt auch in die Kasse des Roten Kreuzes greift, indem er die Kombinationswagen, die ja das Rote Kreuz braucht – das sind die Kombinationswagen mit Blaulicht und Folgetonhornanlagen –, auch mit hinein nimmt in die dreißigprozentige Mehrwertsteuererhöhung, das, glaube ich, kann doch wirklich niemand verstehen.

Ich glaube, daß es deshalb auch gerechtfertigt gewesen wäre, sie herauszunehmen, weil letztlich das Rote Kreuz ausschließlich Dienste für die Öffentlichkeit durchführt und im hohen

**Sandmeier**

Maße von der Spendenfreudigkeit der Bevölkerung abhängt. Das Rote Kreuz geht sammeln, holt sich Spenden, kauft die Wagen an – und der Finanzminister will aus der Spendenfreudigkeit der Bevölkerung noch profitieren.

Ich glaube, meine Damen und Herren, daß dies eine Vorgangsweise ist, die man sehr wohl überdenken sollte. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nun lassen Sie mich, meine Damen und Herren, zusammenfassen. Das vorliegende Belastungspaket ist nichts anderes als ein weiteres Rettungsmanöver. Nachdem die Bilanz der einst hoffnungsfroh ausgezogenen sozialistischen Regierungsmannschaft ausgleichsreif geworden ist, geht es heute darum, noch lebend das Ufer 1979 zu erreichen, wenngleich Ihnen bei diesem Schwimmtakt das Wasser bereits bei den Ohren hineinrinnt. Der Konkurs kann nur verhindert werden, weil es der Staat eben in der Hand hat, die Geldbörsen der Steuerzahler zu plündern, und das praktiziert die sozialistische Regierung seit Jahren.

Klubobmann Professor Koren hat nicht zu Unrecht bei der Villacher Klubtagung der ÖVP erklärt, daß fast alle Reformbereiche der ersten Hälfte der siebziger Jahre zu Krisenbereichen geworden sind. Das ist eine sehr traurige, aber wahre Feststellung.

Gescheitert ist die SPÖ-Zielvorstellung im Wohnungsbau. Viele Milliarden Schilling fehlen im Straßen- und Autobahnbau, Milliarden-Vorgriffe belasten den Staatshaushalt. Die Spitalsmisere wächst. Der Familienlastenausgleich wird in eine Finanzierungskrise hineinmanövriert, die in einigen Jahren zum Debakel führen muß. Der Wasserwirtschaftsfonds zahlt alte Schulden mit neuen Schulden. Das Defizit der Bundesbahnen ist viermal höher als die laufenden Investitionen.

Ja, meine Damen und Herren, seit 1970 hat sich vieles geändert. Vom bedenkenlosen Verteiler und Geldhinauswerfer ist der Finanzminister der Regierung Kreisky zum Kassierer der Nation geworden. Große Geschenke wurden für alle erfunden und verteilt, egal ob sie sie wirklich brauchen oder nicht. Und man hat künstlich ein Klima geschaffen, das den Menschen glaubhaft machen sollte, daß wir uns alles leisten können.

Bis vor kurzem hat sich der Staat auch wirklich alles geleistet, allerdings auf Pump, denn wir haben Geld kassiert und ausgegeben, das wir in Wahrheit nicht verdient haben. Die Regierung ist ungefähr so vorgegangen wie ein Familienvater mit etwa fünf Kindern, der jedem Kind ein neues Auto geschenkt hat, der den Kindern nichts abgehen ließ, der Familie aber verschweigt, daß er sich das Geld für die

Geschenke gepumpt hat. Er hat sich das Geld gepumpt in der Hoffnung, daß er immer so gut verdienen kann, daß er immer seine Überstunden hat, und jetzt kommt auf einmal die Zeit, wo seine Überstunden wegfallen, wo er weniger verdient als früher, wo er vielleicht zu Kurzarbeit getrieben wird. Und plötzlich sieht der Familienvater, daß er die Schulden nicht mehr zurückzahlen kann. Und nun greift dieser Familienvater in seiner Verzweiflung die Sparbücher der Kinder an.

Und genau in derselben Situation, meine Damen und Herren, ist heute die Regierung. Sie hat zum großen Teil auf Pump gelebt, hat in sieben Jahren 112 Milliarden Schilling Schulden gemacht, und jetzt weiß sie nicht mehr aus und ein. Die Annuität beträgt heute allein 31 Milliarden Schilling. Das Budget ist förmlich gelähmt. Das vorliegende Belastungspaket ist symptomatisch für den Zustand, die Lage des Staates. Man greift neuerdings in die Taschen der Österreicher.

Abschließend darf ich sagen: Auf diesem Weg, meine Herren, können wir Ihnen nicht folgen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Hellwagner.

Abgeordneter **Hellwagner** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Wenn man den Rednern der ÖVP gut zugehört hat – und das habe ich –, dann könnte man bei jenen der ÖVP-Unternehmerseite den Eindruck gewinnen, als würde die österreichische Wirtschaft, der österreichische Unternehmer von der sozialistischen Bundesregierung durch ihre Sozialpolitik total ausgebeutet.

Wenn man jedoch andererseits den Rednern von der Seite des ÖAAB zugehört hat, dann klingt es so, als ob es überhaupt keine positive Sozialpolitik gäbe. Und beide Gruppen geben sich gegenseitig kräftig Applaus.

Das ist doch im höchsten Grade schizophren. Ich überlasse es der Öffentlichkeit, darüber ein objektives Urteil zu fällen. Den ÖAAB-Abgeordneten möchte ich doch auch die Empfehlung geben, einen korrekten Vergleich zwischen der dynamischen Sozialpolitik der sozialistischen Bundesregierung seit 1970 und dem eher rächtischen Sozialprogramm während der ÖVP-Alleinregierung zwischen 1966 und 1970 zu ziehen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich möchte nicht auf die Sozialpolitik der ÖVP-Alleinregierung zwischen 1966 und 1970 eingehen, denn das wären nur einige Sätze. Ich möchte aber die Liste der Sozialleistungen der sozialistischen Bundesregierung ergänzen; zum

**Hellwagner**

Teil hat sie bereits mein Fraktionskollege vorgetragen.

1970: Erhöhung der Witwenpension auf 60 Prozent, Erhöhung der Ausgleichszulagenrichtsätze, Umwandlung neutraler Zeiten in Ersatzzeiten (Krankenzeiten, Arbeitslosenzeiten, Karenzurlaubenzeiten), Milderung der Ruhensbestimmungen, Verbesserung der Richtzahl in der Pensionsanpassung.

1971: Erhöhung des Arbeitslosengeldes und der Notstandshilfe.

1972: umfangreichste Novellierung des ASVG verbunden mit positiver Auswirkung auf die Selbständigen-Pensionen.

1972: Einführung der Gesundenuntersuchung, Zuschlag zur Alterspension, Bonus bei Pensionsaufschub, Erhöhung der Ausgleichszulagen.

1973: Erhöhung des Arbeitslosengeldes, Leistungserhöhungen bei Kriegsopferversorgungsgesetz, Heeresversorgungsgesetz und Kleinrentnergesetz.

1974: 30. ASVG-Novelle, nochmalige Verbesserung des Pensionsanpassungsgesetzes, Ausgleichszulagenerhöhung.

1975: 31. ASVG-Novelle verbunden mit Leistungsverbesserung in der Kranken- und Pensionsversicherung.

1976: 32. ASVG-Novelle, Pensionsnachkauf, Schülerunfallversicherung, Verbesserungen auf verschiedenen anderen Gebieten, 5. Novelle zum GSKVG, umfassender Versicherungsschutz für alle selbständig Erwerbstätigen, 5. Novelle zum B-PVG, vorzeitige Alterspension für Bauern, Angleichung der Zuschußrenten, Zuschußrenten-Überbrückungsbeihilfegesetz.

In der Familienpolitik darf ich nochmals kurz erwähnen:

1971: Schulfahrtbeihilfe, zweimalige Erhöhung der Familienbeihilfe.

1972: Verbesserung der Schulfahrtbeihilfen, Schülerfreifahrten, Gratisschulbücher.

1973: Abermals zweimalige Erhöhung der Familienbeihilfe am 1. Jänner 1973 und am 1. Juli 1973, Erhöhung der Familienbeihilfe für erheblich behinderte Kinder auf das Dreifache, Erhöhung des Karenzurlaubsgeldes, Schaffung des Familienberatungsförderungsgesetzes.

1974: Erhöhung der Geburtenbeihilfe von 2 000 S auf 4 000 S, in weiterer Folge auf 12 000 S und dann auf 16 000 S.

1974: Mutterschutzgesetz: Verlängerung der Schutzfrist von sechs auf acht Wochen, Erhöhung des Karenzurlaubsgeldes auf 2 000 S

beziehungsweise auf 3 000 S für ledige Mütter, Erhöhung der Familienbeihilfe ab 1. Jänner 1974 und 1. Jänner 1975.

1975: Erhöhung des Karenzurlaubsgeldes von 2 000 S auf 2 204 S, von 3 000 S auf 3 306 S.

1976: Erhöhung dieses Karenzurlaubsgeldes von 2 204 S auf 2 457 S beziehungsweise bei den ledigen Müttern von 3 306 S auf 3 686 S, Wegfall der Ruhensbestimmungen bei gleichzeitigem Bezug von Abfertigung und Arbeitslosengeld, Einführung des Karenzurlaubes für Adoptivmütter, Unterhaltsvorschußgesetz.

Für die Dienstnehmer: 1971: Verbesserung der Urlaubsbestimmungen, Änderung des Betriebsrätegesetzes, Verbesserung der Mitbestimmung, Bildungsfreistellung, erweiterte Bildungsfreistellung, Verbesserung der Kündigungsbestimmungen, Verbesserung des Angestelltengesetzes bei Abfertigung, bei Kündigung und Pensionierung, Abfertigung bei Kündigung wegen Mutterschaft, Erhöhung des Überstundenzuschlages von 25 auf 50 Prozent.

1972: Schaffung des Jugendvertrauensrätegesetzes, Verbesserung des Arbeitnehmerschutzgesetzes.

1973: Inkrafttreten der verbesserten Urlaubsbestimmungen, Arbeitsmarktförderungsgesetz, Arbeitsverfassungsgesetz, 1. Teil der Kodifikation.

1974: Entgeltfortzahlungsgesetz, Entgelt für Arbeiter im Krankheitsfall, Verlängerung des Wochengeldes von sechs auf acht Wochen.

1975: Arbeitszeitgesetz, Einführung der Tagesnormalarbeitszeit von neun Stunden, Invalideneinstellgesetz, Verbesserung des Heimarbeitsgesetzes, Verbesserung des Bäckerarbeitsgesetzes, Einführung der 38,5 Stunden-Woche, Verbesserung des Angestelltengesetzes, Regelung der Teilzeitarbeit, Verbesserung bei Arbeitsunfall, Wegfall des Entlassungsgrundes bei langer Krankheit, Ausländerbeschäftigungsgesetz, Absicherung der österreichischen Arbeitnehmer.

1976: Verbesserung des Arbeitsmarktförderungsgesetzes.

1977: Urlaubsgesetz, vier Wochen Mindesturlaub, Angleichung des Arbeiterurlaubsgesetzes, Pflegefreistellung und Konkursinsolvenzgesetz.

Also Leistungen, die sich wirklich sehen lassen können und denen gegenüber die Leistungen, die während der ÖVP-Alleinregierung erbracht worden sind, keinen Vergleich aushalten.

Herr Präsident! Hohes Haus! Wenn die

**Hellwagner**

laufenden Aussagen von ÖVP-Abgeordneten stimmen, nämlich daß die Unternehmen beziehungsweise die Betriebe keine Gewinne mehr machen, daß es ihnen auf Grund der derzeitigen Steuerpolitik finanziell schlecht geht, dann wundert es mich sehr, wenn über die Maßnahmen des 2. Abgabenänderungsgesetzes in bezug auf Vorsorge für Werkspensionen eine so scharfe und lautstarke Kritik geübt wird.

Ich bin überzeugt, daß derzeit nur einige wenige Betriebe diese Maßnahme, soweit sie überhaupt direkt betroffen sind, beklagen. Es gibt ganz sicher eher mehr Betriebe, die diese Maßnahme geradezu gutheißen, vor allem jene Betriebe, die in den letzten Jahren auf Grund der allgemeinen wirtschaftlichen Situation die hohen Rückstellungen für die Werkzuschußpension nicht mehr verdienen konnten und den Verpflichtungen in bezug auf die hohen Summen der jährlichen Rücklagen, die zum Teil das Dreißig- bis Vierzigfache der laufenden Aufwendungen ausmachten, nur über Kreditaufnahmen nachkommen konnten.

Wie viele Betriebe zahlen überhaupt eine Werkspension? Der Hauptverband hat 1976 eine diesbezügliche Untersuchung bekanntgegeben. Demnach wurden 2 360 österreichische Betriebe befragt. Diese Untersuchung ergab folgendes Ergebnis:

In den untersuchten Betrieben sind rund ein Fünftel der Arbeitnehmer von dem betrieblichen Zusatzpensionssystem erfaßt. Das sind etwa 214 000 Beschäftigte. Rund 100 000 Pensionisten beziehen bereits eine solche betriebliche Zusatzpension. Die Höhe der Betriebspension richtet sich durchwegs nach der Dauer der Betriebszugehörigkeit, der Verwendung im Unternehmen und auch nach der wirtschaftlichen Situation des jeweiligen Betriebes. Sie betrug im Durchschnitt 1976 tausend Schilling.

Die Untersuchung ergab, daß 70 Prozent der Betriebe, die überhaupt Zuschußpensionen leisten, die Zuschußpension als freiwillige Zuwendung handhaben, der ehemalige Dienstnehmer hat also keinen Rechtsanspruch auf die Zuschußpension. In 30 Prozent der Fälle handelt es sich um Betriebsvereinbarungen, die vom Betriebsrat mit der Betriebsleitung für die Beschäftigten abgeschlossen wurden, die jedoch unter Berufung auf die wirtschaftliche Lage der Unternehmen gekündigt werden können.

Nur bei neun Prozent von diesen 30 Prozent der Betriebe fällt die Vereinbarung unter das neue Arbeitsverfassungsgesetz, sodaß ein Rechtsanspruch angenommen werden kann. Auch der neue Vertrag, wenn ich da in eigener Sache etwas hinzufügen darf, das heißt die Betriebsvereinbarung, die der Zentralbetriebsrat mit der Unternehmensleitung der VMW Rans-

hofen-Berndorf geschlossen hat, stützt sich auf das Mitbestimmungsrecht gemäß dem Arbeitsverfassungsgesetz. Dazu darf ich auch sagen, daß sich der Zentralbetriebsrat bei diesen Verhandlungen die Sache gar nicht leicht gemacht hat.

Im übrigen waren es ja ÖVPler, insbesondere ÖAABler, die namens der Unternehmensleitung diese Verhandlungen führten. Trotzdem sage ich sehr deutlich, daß ich für die Belegschaft sehr froh bin, daß der Zentralbetriebsrat bei diesen schwierigen Verhandlungen jedwede materiell-rechtliche Verschlechterung, die insbesondere auch von den Herren im Vorstand, die dem ÖAAB angehören, erwogen wurde, abwenden konnte.

Wenn ich auch in meiner Funktion als Obmann des Zentralbetriebsrates keinen direkten Einfluß auf die Kündigung der Regelung vom 7. Dezember 1965 hatte, weil dies ausschließlich Sache des Vorstandes und des Aufsichtsrates war, so sehe ich ein, daß kein anderer Weg möglich war. Ich bekenne mich nämlich nicht nur zur Mitbestimmung, sondern ich bekenne mich auch zur Mitverantwortung. Wenn das die ÖAABler nicht tun, ist das ihre Sache. *(Beifall bei der SPÖ. - Abg. Kraft: Zur Verschlechterung!)* Sie und Ihre ÖAAB-Leute mögen eine andere Stellung beziehen, das ist Ihr Problem.

Auch diesbezüglich, das möchte ich Ihnen in Ihr Stammbuch schreiben, haben Sie die KP-Fraktion in Ranshofen an Lizitation bestens überboten. Sie haben mit Ihrer Haltung aber weder dem Unternehmen noch der Belegschaft einen guten Dienst erwiesen. *(Abg. Kraft: Und Ihr habt die Betriebsratswahlen verloren!)*

Abschließend darf ich noch bemerken, daß ich froher gewesen wäre, wenn dieses 2. Abgabenänderungsgesetz schon 1976 beschlossen worden wäre. *(Heiterkeit bei der ÖVP.)* Sie können ruhig lachen, Kollege Kraft, Sie verstehen wahrscheinlich diesbezüglich doch etwas zu wenig. In diesem Fall hätte man nämlich die alte Regelung überhaupt nicht verändern müssen. *(Abg. Kraft: Wer hat dir das aufgeschrieben?)* Kollege Kraft, Sie sicherlich nicht, denn was Sie gelernt haben im Sekretariat des ÖAAB, das habe ich schon längst vergessen. *(Abg. Kraft: Hat das der Generaldirektor aufgeschrieben?)*

Die Rücklagen, die gemäß dem 2. Abgabenänderungsgesetz verpflichtend sind, wären sicher auch trotz der prekären finanziellen Situation gerade noch tragbar und verantwortbar gewesen.

Die diesbezüglichen neuen Vorschriften lauten wie folgt - ich darf ganz kurz aus dem Gesetz zitieren -: „Die Pensionsrückstellung darf für

**Hellwagner**

den einzelnen Arbeitnehmer das Fünffache des Jahreserfordernisses für die gemäß Abs. 6 zu berücksichtigende Pension nicht übersteigen, gleichgültig, ob die Pension bereits laufend ausgezahlt wird oder nicht. Für die Ermittlung des Jahreserfordernisses sind der Arbeitslohn und die Geldwertverhältnisse am Bilanzstichtag maßgebend. Bei zugesagten, aber noch nicht laufend ausgezahlten Pensionen ist jeweils davon auszugehen, daß der einzelne Arbeitnehmer am Bilanzstichtag die für die Gewährung der Pension maßgebende Altersgrenze bereits erreicht hat. Sind in einer Pensionszusage mehrere Altersgrenzen vorgesehen, so ist die jeweils höchste Altersgrenze, höchstens jedoch das Erreichen des gesetzlichen Pensionsalters maßgebend. Ist in der Pensionszusage vorgesehen, daß . . . Pensionen aus der gesetzlichen Pensionsversicherung die zugesagten Pensionen kürzen, ist insoweit auch das Jahreserfordernis zu kürzen.“

Als Belegschaftsvertreter eines verstaatlichten Unternehmens und als Gewerkschafter kann ich daher mit ruhigem Gewissen sagen, daß wir diesem Gesetz gerne unsere Zustimmung geben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

**Präsident Probst:** Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Dr. Schmidt.

Abgeordneter Dr. Schmidt (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Als 21. Redner dieser Debatte verspreche ich, daß ich keine Vergleiche zwischen der ÖVP-Regierungstätigkeit und der SPÖ-Regierungstätigkeit ziehen werde – sie waren nämlich aus unserer Sicht beide gleich schlecht –, und ich werde auch keine Statistiken vorlesen, weder Sozialstatistiken noch Finanzstatistiken, um Sie nicht zu ermüden.

Aber einige Bemerkungen möchte ich doch zu den Gegenständen der heutigen Tagesordnung machen.

Wenn man die Debatte aufmerksam verfolgt hat, so ist bei den Rednern der Regierungspartei eigentlich der manchmal aggressive Ton und dann auf der anderen Seite wieder der sich gegenseitig aufmunternde Ton der Debattenbeiträge aufgefallen.

Das verleitet zur Annahme und läßt den Eindruck entstehen, daß es sich doch bei diesem Maßnahmenpaket, das hier vor uns liegt und das hier heute mit Mehrheit beschlossen werden soll, um den verzweifelten Versuch der Regierung handelt, die katastrophale Budgetsituation wenigstens einigermäßen zu mildern.

Ich nenne den Versuch deswegen verzweifelt, weil diese Maßnahmen, die uns da vorgelegt

worden sind, offensichtlich überhastet beschlossen worden sind und auch unausgegoren sind.

Überhastet: Man braucht sich ja nur die Behandlung anzuschauen, die diese Materie in den diversen Ausschüssen erfahren hat. Wir haben ja heute schon die Berichte hier gehört. Allein der Berichterstatter hat schon ein kleines Bild in seiner Berichterstattung geboten über Anträge, die dann zurückgezogen, neu ersetzt worden sind, alles in der letzten Minute. Die Tagesordnung im Finanz- und Budgetausschuß mußte umgestoßen werden, weil gewisse Vorlagen nicht da waren. Und so schaut es halt aus, was hier vor uns liegt.

Aber, meine Damen und Herren, wenn man den Werdegang der Dinge betrachtet, erkennt man, daß diese Vorlagen keineswegs das Ergebnis einer planvollen konzeptiven Arbeit sind, sondern daß diese Vorlagen zum Teil in einem diametralen Gegensatz, in einem diametralen Widerspruch zu den Äußerungen stehen, die verantwortliche Regierungsmitglieder noch vor wenigen Monaten getan haben.

Ich darf Ihnen vielleicht doch sagen, daß am 3. Dezember des Jahres 1976 der Herr Vizekanzler und Finanzminister Dr. Androsch versprochen hat, daß es in dieser Gesetzgebungsperiode des Nationalrates, die ja bekanntlich bis Oktober 1979 dauert, keine weiteren Steuerbelastungen mehr geben werde. Im März des heurigen Jahres erklärte der Herr Vizekanzler, an eine Wiedereinführung der von der seinerzeitigen ÖVP-Regierung erfundenen Autosondersteuer sei keinesfalls gedacht.

Bekanntlich wurde ja die damalige von der ÖVP, vom damaligen Finanzminister Koren eingeführte Autosondersteuer am 1. Jänner 1971 auf Drängen der Freiheitlichen Partei abgeschafft, weil die damalige sozialistische Minderheitsregierung die Zustimmung der Freiheitlichen zum Budget brauchte. Es war eine unserer Bedingungen, daß diese Autosondersteuer abgeschafft worden ist. Das hinderte allerdings die Sozialistische Partei im Wahlkampf des Jahres 1975 nicht, sich dieses Federl auf den Hut zu stecken und sich damit zu rühmen, daß sie es gewesen wäre, die die Autosondersteuer abgeschafft hat.

Im Sommer dieses Jahres machte der Herr Bundeskanzler eine abrupte Kehrtwendung. Er war es, der als erster den Vorschlag der Wiedereinführung einer Autosondersteuer in der Öffentlichkeit vorbrachte. Und sozusagen als Argument, er wäre eh immer dafür gewesen, meinte er, damals sei sie nur unter dem Druck der Freiheitlichen abgeschafft worden.

Sie sehen also, man wendet es, wie man es braucht, man scheut auch nicht die Widersprü-

**Dr. Schmidt**

che, wenn es gilt, daß der Zweck die Mittel heiligt.

Am 4. Mai 1977 erklärte der Herr Vizekanzler, in Österreich werde es keinen Luxusmehrwertsteuersatz geben und er halte den Vorschlag von Nationalbankgeneraldirektor Kienzl, seinem Parteifreund, einen dritten Mehrwertsteuersatz einzuführen, für nicht zweckmäßig. Gleichzeitig schloß der Herr Vizekanzler noch eine weitere Erhöhung der Mehrwertsteuer für die nächsten Jahre aus.

Eine weitere interessante Erklärung des Herrn Vizekanzlers Ende Juni in der Zeitschrift „profil“ möchte ich Ihnen, meine Damen und Herren, auch nicht vorenthalten.

Der Herr Vizekanzler wurde damals über die Möglichkeiten, die Budgetsituation von der Einnahmenseite her zu verbessern, befragt und sagte dazu: „Weder aus wirtschaftlichen noch aus steuerpsychologischen Gründen ist eine wesentliche Verbesserung der Einnahmensituation des Bundes möglich, obwohl der Anteil der Gesamteinnahmen, gemessen am Bruttonationalprodukt, seit 1970 um rund einen Prozentpunkt abgenommen hat!“

Und nun erhofft sich derselbe Vizekanzler und Finanzminister gerade von der Einnahmenseite her eine Besserung der Budgetsituation.

Es ist also ein verzweifelter Versuch, mit den geplanten steuerlichen Maßnahmen, mit dieser sogenannten Luxussteuer, mit dieser Manipulation mit den Fernmeldeinvestitionen und ihrer Finanzierung – anders kann man es nicht nennen – und mit der Belastung der Sozialversicherten entscheidend dazu beitragen zu wollen, die verfahrenere Situation wieder einigermaßen ins Gleis zu bringen.

Und was das Schlimmste ist, meine Damen und Herren: Ich habe heute aus den Beiträgen der Redner der Regierungspartei den Eindruck gewonnen, daß sie zwar hier heute zustimmen werden, daß aber manche im Grunde ihres Herzens ebenfalls der Überzeugung sind, daß diese Maßnahmen, die uns heute hier vorgelegt werden, zum Scheitern verurteilt sind. Nur sagen trauen sie es sich nicht.

Denn, meine Damen und Herren der Regierungspartei, was glauben Sie, welche Steuerlast man der Bevölkerung noch weiter zumuten können? Ich weiß schon, daß es für Regierende der einfachste Weg der Geldbeschaffung ist, Steuern einzuhoben, noch dazu, wenn man mit absoluter Mehrheit regiert.

Aber einmal wird eben und muß eben das Ganze den Plafond erreichen und eine Grenze haben. Einmal wird der Punkt kommen, wird der Punkt erreicht sein, an dem der Bürger, wenn er

sich allzu sehr um die Früchte seiner Arbeit, um den Lohn seiner Leistung durch den Staat betrogen fühlt, sagt, jetzt ist Schluß für mich, und sich dann moralisch im Recht fühlen wird, diese Steuerleistung einzustellen.

Noch dazu, meine Damen und Herren, wenn der Bürger das Gefühl hat, daß diese von ihm erpreßten Steuereinnahmen ja gar nicht so zweckmäßig, gar nicht so wirtschaftlich, gar nicht so optimal verwendet werden, wie es wünschenswert wäre.

So darf ich zitieren, was die „Salzburger Nachrichten“ in einem viel beachteten Artikel schreiben: „Das Überwuchern staatlicher Aufgaben und das damit verbundene Erfordernis hoher Steuern hat nun auch Österreich in den zweifelhaften Klub jener Länder eingereiht, in denen die Steuerhinterziehung eine unübersehbare Tatsache bildet.“

Ich glaube, meine Damen und Herren, man muß noch dazu sagen, daß nicht nur das Überwuchern staatlicher Aufgaben, sondern noch mehr die Fehlleitung und die Verschwendung von Millionen und aber Millionen Steuer-gelder den Unwillen der Steuerzahler erregt, wenn man zum Beispiel an die im Wüstensand versickerten Bauring-Milliarden, an die verplanten Milliarden beim Allgemeinen Krankenhaus – da stecken die Steuern aller Österreicher drinnen –, wenn man an die Gigantomanie bei der UNO-City denkt.

Und weiter die „Salzburger Nachrichten“: „Androsch muß zur Kenntnis nehmen, daß die Steuerhinterziehung schon bei den jetzigen Belastungen das Geschehen bestimmt und jede weitere Erhöhung nur dazu führen muß, daß die Bevölkerung ihre Begabung auf diesem Gebiet“ – nämlich auf dem Gebiet der Steuerhinterziehung – „weiter entwickelt.“

Sicher hat der Herr Bundeskanzler insofern recht, wenn er auf dem Sektor der Umsatzsteuer von Steuerhinterziehungen größeren Ausmaßes spricht. Die gibt es zweifellos, vielleicht sogar noch erleichtert durch dieses System unserer neuen Umsatzsteuer, wo vielleicht bei dieser Abgabe die Möglichkeit zur Steuerhinterziehung irgendwie systemimmanent ist.

Aber ich glaube, man darf einen ganzen Berufsstand, eine ganze Bevölkerungsgruppe einfach nicht pauschal verdächtigen, wenn man sagt: viele Selbständige schädigen den Staat durch Steuerverweigerung, wie das hier durch den Herrn Bundeskanzler geschehen ist.

Ich glaube, gerade der Herr Bundeskanzler, aber auch der Herr Vizekanzler versuchen, vor Wahlen immer wieder der Öffentlichkeit darzutun, wie sehr es ihnen um die Anliegen des



**Dr. Schmidt**

Mittelstandes zu tun ist. Daß es aber in Wirklichkeit gar nicht um die Erhaltung des Mittelstandes, sondern um die Bekämpfung des Mittelstandes durch die sozialistische Politik geht, meine Damen und Herren, das demaskiert einmal diese schwere verbale Entgleisung.

Auch die Äußerungen des Generalredners, des Herrn Abgeordneten Blecha, haben heute erkennen lassen, wie es in Wahrheit mit der sozialistischen Stoßrichtung gegen den Mittelstand steht.

Wenn man sich von Regierungsseite immer wieder mit der Erhaltung der Vollbeschäftigung brüstet, dann, meine Damen und Herren der Sozialistischen Partei, müßte man fairerweise auch sagen, daß es der selbständige Mittelstand war und ist, der vornehmlich zu dieser Vollbeschäftigung beigetragen hat.

Und wenn der Herr Bundeskanzler meint, durch Steuerhinterziehung von Selbständigen werde die gesamte österreichische Bevölkerung geschädigt, dann dürfte er übersehen oder vergessen haben, wie viele Milliardenbeträge durch eine verfehlte Wirtschaftspolitik dem österreichischen Staat entzogen werden. Er dürfte aber auch übersehen haben, daß es auch auf anderen Gebieten empfindliche Einbußen an Steuereinnahmen gibt.

Ich denke zum Beispiel an diejenigen, die, im Genusse einer immer größeren Freizeit, statt sich zu erholen ein steuerfreies Einkommen erarbeiten. Auch hier sieht der Finanzminister keinen Groschen, auch das muß einmal gesagt werden. Und das sollte man nicht so bagatellisierend als Nachbarschaftshilfe abtun. Das ist eben auch die Kehrseite eines vielleicht etwas übertriebenen Wohlfahrtsstaates.

Der Steuerwiderstand, meine Damen und Herren, der Bevölkerung wird wachsen. Ich glaube, dem muß man entgegensehen.

Und es ist vielleicht ein bisserl symptomatisch für die Stimmung in der Bevölkerung, wenn man sich die Stimmung veranschaulicht bei dem Andrang, der jetzt bei den Autohändlern herrscht seit Bekanntwerden der Einführung der sogenannten Luxussteuer. Auch dieser Andrang, jetzt noch rasch billig Autos einzukaufen, ist das Ergebnis einer Fehlleistung der Regierung.

Und diese Hamsterkäufe sind ja durch keinen Geringeren, meine Damen und Herren, als den Regierungschef ausgelöst worden. Er hat ja im Sommer dieses Jahres die Autosondersteuer angekündigt und damit diese Panik und Hamsterkäufe und somit diesen einmaligen Konsumstoß geradezu herausgefordert.

Und diese Fehlleistung hat der ehemalige Staatssekretär Veselsky klar erkannt. Nur hat er

die unrichtige Konsequenz daraus gezogen, indem er die gesetzliche Rückwirkung dieser Maßnahme gefordert hat. Damit hat er wieder dem Kanzler den Anlaß gegeben, ihn, den Staatssekretär, zu verabschieden und zweitens dann in heiligem Zorn gegen rückwirkende Gesetze zu Felde zu ziehen, so, meine Damen und Herren, als ob es in der Vergangenheit unter der rührigen Mithilfe sozialistischer Regierungsmitglieder nie rückwirkende Gesetze gegeben hätte.

Ich will gar nicht untersuchen, meine Damen und Herren der Sozialistischen Partei, wie vielen rückwirkenden Gesetzen der Bundeskanzler in den Zeiten der Koalitionsregierung zugestimmt hat. Heute wird er jedenfalls wieder rückwirkenden Bestimmungen, die in diesem Abgabenänderungsgesetz enthalten sind, seine Zustimmung geben. Also wir sehen, was wir von dem heiligen Zorn des Herrn Bundeskanzlers über rückwirkende Gesetze zu halten haben.

Also der Boom im Autokauf, der nun seit Wochen stattfindet, und nicht nur im Autokauf, ist ausgelöst worden durch die Bundesregierung, und das, glaube ich, muß festgehalten werden. Daß dies im Gegensatz zu dem vom Finanzminister erwünschten wirtschaftlichen Verhalten der Bevölkerung steht, ich glaube, das liegt ja wohl auf der Hand.

Und viele Autohändler haben angesichts dieses Andranges, dieser Flut von Bestellungen sofort die Händlerrabatte, die ja so zwischen acht und zwölf Prozent liegen, gestrichen, sodaß als Ergebnis eigentlich eine Verteuerung des Autos stattgefunden hat, sodaß der Kauf eines Neuwagens nach dem 1. Jänner 1978 bei erhöhter Mehrwertsteuer, aber bei Wiedergewährung des Händlerrabattes fast gleich teuer kommt wie vor dem 1. Jänner 1978 bei Streichung des Händlerrabattes.

Und dennoch: Obwohl die Bedingungen fast gleich sind, die preislichen Bedingungen, reißt dennoch die Kette der Bestellungen nicht ab, weil – und das ist, so wird berichtet, eine immer häufiger festgestellte Bemerkung der Käufer – die Leute dem Androsch die 30 Prozent Luxussteuer nicht zahlen wollen, da verzichten sie lieber auf die Händlerrabatte. Man soll das nicht überschätzen, aber irgendwie ein bisserl symptomatisch ist das schon für die Grundstimmung, die da in der Bevölkerung herrscht, und ich glaube, diese Grundstimmung wird wachsen.

Ich glaube, Hohes Haus, es ist kein Geheimnis, daß von allen steuerlichen Maßnahmen, die da heute in diesem Maßnahmenpaket vorgesehen sind, dieser dritte Mehrwertsteuersatz der größte Schlag ins Wasser sein wird. Das, was wir in der Autobranche erleben, werden wir

**Dr. Schmidt**

angesichts des Weihnachtsgeschäftes sicherlich bei den anderen nun zu Luxusgütern avancierten Waren ebenfalls erleben. Die Menschen werden sich eindecken, und im nächsten Jahr, in den nächsten Jahren werden halt diese Dinge, die hier als Luxusgüter bezeichnet werden, wenig oder gar nicht mehr gekauft werden.

Ich weiß nicht, ob das nicht bei manchen dieser Waren eine Art Bumerangwirkung ergeben wird. Ich denke zum Beispiel an die Motorräder, die hier in diesem Katalog der sogenannten Luxusgüter aufgezählt sind. Ich denke bei Motorrädern an die sogenannte Kategorie der Kleinmotorräder, die wir jetzt in der Kraftfahrzeuggesetz-Novelle neu geschaffen haben, die wir jetzt Mitte dieses Monats verabschieden werden. Das sind also Mopeds, die schneller fahren. *(Abg. Ing. Hobl: Herr Kollege Schmidt! Da habe ich einen Antrag vorbereitet! Da können Sie mitstimmen!)* Was Sie vorbereitet haben. Ich rede über das, was hier vorgeschlagen worden ist.

Die Mopeds, die schneller als 40 Stundenkilometer fahren können, sind diese Kleinmotorräder, die als Luxusgut bezeichnet werden, und diese werden zu 80 Prozent in Österreich erzeugt. Und ich kann mich noch erinnern, meine Damen und Herren ... *(Abg. Ing. Hobl: Die werden befreit!)* Auch wieder, wenn Sie sagen, die werden befreit, ein Beispiel für die schlampige und für die hektische Arbeit, mit der diese Gesetzesvorlage erstellt worden ist.

Sie werden sich auch daran erinnern, Kollege Hobl, als wir in den Auto-Unterausschuß-Beratungen gesessen sind, wie da die Vertreter und Repräsentanten dieser Produktionsfirmen, dieser Mopedproduktionsfirmen gekommen sind und wie sie uns ja gebeten haben, die Bedingungen für die Berechtigung, für die Lenkerberechtigung dieser auffrisierten Mopeds ja nicht zu hoch zu schrauben, weil da die Arbeitsplätze gefährdet sind, weil da die Konkurrenz schwieriger wird, weil da verschiedene andere soziale Gesichtspunkte eben ins Treffen geführt werden.

Nun kommt der Herr Vizekanzler daher und belegt auch diese neue Motorrad-Kategorie mit 30 Prozent Umsatzsteuer. Ich frage mich nur, wie sich das in einer Regierung, in einer Regierungspartei, wo die Koordination großgeschrieben wird, Kollege Hobl, mit der Sicherung der Arbeitsplätze zusammenreimt.

Und ein anderes sogenanntes Luxusgut – es ist heute schon hier besprochen worden von meinem Fraktionskollegen Josseck –: das Autoradio. Bitte schön, ich sehe ein, eine Stereoanlage muß man nicht haben, das ist ein Luxus, wer es sich leisten will, muß halt 30 Prozent Umsatzsteuer zahlen.

Aber ich bitte Sie, ein Autoradio! Meine Damen und Herren! Wer berufsmäßig viel fahren muß, für den ist das Autoradio kein Luxus. Ich möchte fast sagen, das Autoradio ist ein ebenso notwendiger Bestandteil wie zum Beispiel eine Nebelleuchte oder ein Rückspiegel. Bei diesem Verkehrsgeschehen auf unseren Straßen ist es einfach erforderlich, über den Stand der Verkehrssituation jederzeit informiert zu werden. Das soll ein Luxus sein?

Ich kann mich noch erinnern an die Verkehrssituation, wie sie in Wien gegeben war, nach dem Einsturz der Reichsbrücke, als die Reichsbrücke nicht zur Verfügung stand, als die Floridsdorfer Brücke für unbenutzbar erklärt worden ist und die Nordbrücke nur zum Teil benutzbar war, an dieses Verkehrschaos, wo der Polizeihubschrauber dauernd Nachrichten durchgab an die Autofahrer, wie sie am besten vom rechten Donauufer auf das linke kommen könnten und umgekehrt. Ja, da benötigte man ein Autoradio.

Und das soll nun als Luxus besteuert werden? Ich weiß nicht, meine Damen und Herren, in welchen Kreisen Sie verkehren.

Meine Damen und Herren! Allein schon aus dieser Tatsache, aus diesen beiden Beispielen läßt sich erkennen, wie wenig fortschrittlich, wie wenig modern und wie wenig aufgeschlossen diese Bundesregierung der heutigen Situation gegenübersteht. Aber vielleicht ist gerade auch das, der Umstand, daß das Autoradio nun einbezogen wird in den Kreis der Luxusgüter und das Auto selber, wieder so ein bißchen symptomatisch für die Geisteshaltung, die bei diesem Abgabenänderungsgesetz Pate gestanden ist.

Erkennen Sie doch, meine Damen und Herren: Die eine Stoßrichtung dieser angeblichen Budgetsanierung ist gegen das Auto gerichtet. Das wurde heute schon von meinem Fraktionskollegen Broesigke gesagt. Das Auto als Luxusgut. Das Autoradio als Luxusgut. Das Auto als Privatvergnügen für den Arzt, den Tierarzt, den Rechtsanwalt, den Notar, die Gewerbetreibenden. Der Autofahrer sozusagen als Melkkuh der Nation.

Ich weiß nicht, ich kann mich manchmal des Eindrucks nicht erwehren, daß diese große Sozialistische Partei, die dereinst auszog, aus Österreich einen modernen Industriestaat zu machen, ihre klassenkämpferischen Eierschalen noch immer nicht abgelegt hat. *(Zustimmung bei der FPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Wohl hat der Herr Bundeskanzler Kreisky im September 1975, bezeichnenderweise vor den Wahlen, gesagt: „Würde man das private Auto, das eben erst

**Dr. Schmidt**

begonnen hat, Allgemeingut zu werden, mit untragbaren oder allzu großen Belastungen versehen, so würde man das Auto wieder zu einem Privileg der Reichen machen.“ Wie gesagt, vor den Wahlen. Nach den Wahlen las man es und liest man es nun anders.

Sie müssen, meine Damen und Herren der Sozialistischen Partei, doch schon langsam draufgekommen sein, daß das Auto aus der modernen Gesellschaft nicht wegzudenken ist und daß es für viele Menschen ein berufsnotwendiges Instrumentarium darstellt wie zum Beispiel eine Strickmaschine in einer Strickerei oder eine Schreibmaschine oder ein Kopiergerät in einem Büro. Oder soll etwa – um ein Beispiel zu nennen – ein Elektrohändler seine Farbfernsehgeräte mit der Straßenbahn den Kunden liefern?

Sehen Sie, meine Damen und Herren, für viele ist das Auto also eine Notwendigkeit und für viele ist das Auto sogar von existentieller Bedeutung, wie zum Beispiel für den Gehbehinderten. Auch der ist im Abgabenänderungsgesetz nicht berücksichtigt. Auch er, der schwer Gehbehinderte, muß, wenn er sich ein neues Auto anschafft, diese sogenannte Luxussteuer zahlen.

Und wenn heute hier gesagt wird: Na ja, das wird geändert, über Subventionen und so weiter – ja, meine Damen und Herren, ist der schwer Gehbehinderte ein Almosenempfänger, ein Gnadenempfänger? Hat er nicht den Anspruch auf die Gesetze? Oder muß er warten, bis ihm der Herr Finanzminister oder der Herr Sozialminister gnädig einen Zuschuß zum Ankauf eines Wagens gewährt?

Sehen Sie, das sind Ihre Auffassungen vom Sozialstaat!

Die zweite Stoßrichtung, meine Damen und Herren, geht ebenfalls gegen eine Gruppe von Menschen, die sich die Kühnheit erlauben, sich moderner Einrichtungen zu bedienen, und dafür auch genug bezahlen: das sind die Telefonbenutzer. Für sie soll sich angeblich in Zukunft zwar keine Belastung ergeben, nur ihre Geldmittel, die sie zum Ausbau und zur Modernisierung des Fernsprechnetzes hergeben, werden zum Teil zumindest zweckentfremdet. 3 000 Millionen werden aus den Einnahmen an Fernsprechgebühren dem Finanzminister zum Stopfen seines Budgetloches überlassen, drei Milliarden, die ja eigentlich zur Finanzierung der Fernmeldeinvestitionen bestimmt waren. Wie kommen eigentlich die Fernsprechinhaber dazu? Sie finanzieren ohnehin mit ihren Gebühren die gesamten Belastungen der Postverwaltung.

Ich weiß schon, daß man jetzt sagen wird: Na

ja, gut, auf dem Weg der Zwischenfinanzierung kann das ausgeglichen werden. – Zwischenfinanzierungen kosten ja bekanntlich Zinsen, kosten Geld. Das bedeutet also wieder einmal mehr, daß eine sachlich durchaus zu begründende Zweckbindung der Einnahmen ein Fetzen Papier ist, wenn es gilt, die Finanzpolitik aus ihren Nöten herauszuheben.

Und die dritte Stoßrichtung, Hohes Haus, geht gegen die Sozialversicherten. Auch diese Gruppe von Menschen wird verunsichert, auch hier müssen die Arbeitnehmer tief in die Tasche greifen, müssen höhere Beiträge leisten, nur um die Suppe einer verfehlten Finanzpolitik mit auszulöffeln.

Der Kollege Melter hat sehr eindringlich die Schwächen dargelegt, und er hat aufgezeigt, wie sehr alle zur Kasse gebeten werden, auch die, für die es eigentlich keinen Anlaß gibt, höhere Beiträge zu leisten, die Angestellten, weil deren Gebarung ja bei der Pensionsversicherungsanstalt ausgeglichen ist.

Es ist wirklich sehr bedauerlich, daß der Vorsitzende der Angestelltengewerkschaft, der Herr Kollege Dallinger, weniger die Interessen seiner Gewerkschaftsmitglieder im Auge hat als die Interessen der Bundesregierung und seiner Partei. Er hat sich als gehorsamer Erfüllungsgelhilfe der Regierung erwiesen. Bitte, ersparen Sie mir auszusprechen, wie man so einen Gewerkschafter sonst noch bezeichnet.

Und wohin man schaut, überall muß der Bürger tiefer in die Tasche greifen, um dieser Finanzpolitik aus der Sackgasse herauszuhelfen. Dieser Bürger hat aber nicht die geringste Gewähr, meine Damen und Herren, und er hat nicht die geringste Aussicht, daß die Situation besser wird. Im Gegenteil, Bundeskanzler und Vizekanzler können nicht ausschließen, ob nicht in absehbarer Zeit mit neuen schweren Belastungen zu rechnen sein wird.

Von einer Steuerentlastung, wie da vor Monaten noch geredet worden ist, wird ja heute überhaupt nicht mehr gesprochen. Vom Benya abwärts ist es still geworden um diese berühmte Lohnsteuersenkung. Nicht einmal zum Schein wird mehr über den Zeitpunkt des Inkrafttretens verhandelt.

Es wird auch überhaupt nicht mehr davon gesprochen, daß die große Masse der Lohn- und Gehaltsempfänger durch die nominelle Erhöhung ihrer Bezüge, durch die Inflationsabgeltung immer mehr in die steuerliche Progression hineinwächst. Auch daran verdient ja der Finanzminister, an dieser schleichenden Steuererhöhung. Das sollte man, glaube ich, auch noch sagen, darüber sollte man nicht einfach hinweggehen.

**Dr. Schmidt**

Der Steuerzahler, meine Damen und Herren, hat auch keine Gewähr, daß endlich auf der Ausgabenseite des Budgets etwas geschieht, mit einem Wort, daß dort mehr gespart wird. Das Wort „sparen“ ist – das haben wir aus der gestrigen Debatte und auch heute erlebt – so eine Art Reizwort für die Regierungspartei geworden.

Der Herr Kollege Blecha hat sich hier lustig gemacht über den Spargedanken, und auch die Frau Kollegin Dobesberger hat gestern ganz entrüstet zurückgewiesen, daß man beim Schulbuch sparen könnte. Sie hat diesen absurden Vergleich mit der privaten Werbung gebracht. Darüber ist heute schon gesprochen worden. Und jedesmal, wenn die Opposition die Forderung erhebt, doch mehr zu sparen, kommt die Gegenforderung: Ja sagen Sie uns, wo soll denn gespart werden? (*Abg. Libal: Beim Reden!*) Und dann wartet der Herausforderer, daß man ihm die eine oder andere Ausgabenpost nennt.

Ich weiß, Kollege Libal, daß Ihnen das unangenehm ist, nicht wahr? (*Abg. Libal: Beim Reden sparen Sie ein bißchen!*) Nein, wir sind im Parlament, und Parlament kommt von „parlare“, sprechen, und hier werden wir reden und nicht schweigen! (*Abg. Dr. Gruber: Das würde Ihnen ja passen, wenn wir überhaupt nichts mehr sagen würden!*)

Meine Damen und Herren! Ich steige von dem Thema „sparen“ nicht herunter Ihnen zuliebe. Sparen heißt nämlich nicht nur Ausgaben streichen oder Ausgaben vermindern, obwohl ich mich erinnere, Herr Kollege Libal, daß der Herr Bundeskanzler einmal gesagt hat, daß es auf jeden Hunderter und jeden Tausender ankommt.

Die Bundesregierung hat ja in ihrem Maßnahmenkatalog einige Bestimmungen und einige schüchterne Versuche gemacht aufzuzeigen, wo man sparen könnte. Ich lese da: „Neuaufnahmen für den Bundesdienst werden gedrosselt.“ Sehr gut. Das hat man aber auch schon im vorigen Jahr versucht, man hat eine Kürzung der Dienstposten versucht, allerdings ist man halt so einfach vorgegangen, man hat schematisch gekürzt um drei Prozent, hat nicht geschaut, ob ein Bedarf da ist oder nicht, einfach drei Prozent überall.

Man will weiter sparen: Einfachere Buchhaltungsvorschriften. Sehr schön. Nach sieben Jahren sozialistischer Regierung kommt man drauf.

Besserer EDV-Einsatz. Herr Kollege Veselsky, das ist eigentlich ein Vorwurf gegen Sie, denn sieben Jahre lang waren Sie ja verantwortlich für den optimalen EDV-Einsatz. Jetzt, wenn nach sieben Jahren sozialistischer Regierung

gesagt wird, ein besserer EDV-Einsatz (*Abg. Dr. Androsch: Ein noch besserer!*), ist das ein Mißtrauensvotum gegen Sie, ich kann das nicht anders auffassen.

Weniger Überstunden. Ja, meine Damen und Herren, weniger Überstunden. Na ja, ich weiß nicht, zuerst kürzt man die Arbeitszeit auf 42 Stunden, 40 Stunden und dann wundert man sich, daß die Beamten, deren Arbeitsanfall ständig im Steigen ist, diesen Arbeitsanfall eben nur unter Inanspruchnahme von Überstunden bewältigen können. Die Überstunden sind ja nicht das Ergebnis irgendeiner Geldgier der öffentlich Bediensteten, sondern sind das Resultat der Arbeitszeitverkürzung, sie sind eine bittere Notwendigkeit, denn sonst können ja wichtige Aufgaben auf allen Gebieten des öffentlichen Dienstes nicht rechtzeitig erledigt werden. Und dann stellt sich der Herr Bundeskanzler da her und meint, daß Überstunden nicht immer notwendig seien, daß man sie einsparen könnte, daß man ja vielleicht Freizeitgleichung statt Bezahlung geben könnte. Ich frage mich nur, wer dann die Arbeit machen wird, wenn noch mehr Beamte Freizeit haben, wenn statt Bezahlung Freizeit geboten wird.

Hohes Haus! Wir haben in einer Reihe von schriftlichen Anfragen die Ressortminister befragt, ob es in ihrem Bereich überflüssige Überstunden gebe, ob überflüssige Überstunden angeordnet worden seien, und kein einziger hat uns geantwortet, daß er Überstunden einsparen könnte und daß er überflüssigerweise welche angeordnet hätte.

Und ich höre, daß der viertgrößte Überstundenposten im Finanzministerium zustande kommt. Ja, hat denn vielleicht der Herr Vizkanzler leichtfertig Überstunden angeordnet? Nun, ich kann das nicht glauben, denn die Tatsachen, meine Damen und Herren, liegen ja auf der Hand: Überstunden sind bitter notwendig, um die Verwaltungstätigkeit zu bewältigen. Überstunden einsparen heißt doch nichts anderes, als mehr Personal einstellen. Und das wollen wir ja auch nicht. An eine Ausweitung des Personalstandes kann ja nicht gedacht werden, wenn man sparen will.

Aber lassen Sie bitte dann doch von der Regierungsbank aus dieses Scheinargument der Überstundeneinsparung! Machen Sie lieber eine echte Verwaltungsreform und entlasten Sie die öffentliche Hand von dem immer komplizierteren Verwaltungsaufwand, wie dies zum Beispiel mit dem heutigen Abgabenänderungsgesetz und mit diesem Maßnahmenpaket hier wieder verbunden ist. Hat man denn eigentlich errechnet, wieviel Verwaltungsmehraufwand mit diesen gesetzlichen Vorlagen heute verbunden ist? Ich glaube, das hat man nicht getan. Meine

**Dr. Schmidt**

Damen und Herren! Sparen heißt nämlich auch, den Staat, die öffentliche Hand, strukturell so einzurichten, so instanzzusetzen, daß eben weniger ausgegeben zu werden braucht.

Und wenn ich mir so die neuesten Berichte und Kritiken des Rechnungshofes anschau und durchlese, gerade zum Beispiel über die Sozialversicherung, über die Pensionsversicherungsanstalt, na ja, meine Damen und Herren, da muß ich sagen, da bekommt man eine Vorstellung über die tieferen Ursachen, die letztlich zu der Beitragserhöhung auf dem Sozialversicherungssektor führen. Das ist nur ein kleiner Teil, ein winziger Punkt, aber auch hier dieser kleine Bereich ist so symptomatisch für den gesamten Bereich der staatlichen und halbstaatlichen Verwaltung.

Da wird gesagt – ich sage nur Schlagworte –, da wird kritisiert vom Rechnungshof und aufgezeigt: Leitende Posten verdoppelt. Die Pensionsversicherungsanstalt muß einen harten Rüssel einstecken. Im Bericht wird die unterschiedliche Vermehrung der Dienstposten hervorgehoben, die bei den leitenden und höheren Posten mehr als das Doppelte betragen hat. Ferner hat der Rechnungshof darauf hingewiesen, daß die überproportionale Zunahme qualifizierter Dienstposten weder zu Personaleinsparungen führte noch mit der Entwicklung des Versichertenstandes in einem vertretbaren Verhältnis stand.

Weiters: Ungeachtet der Personalaufstockung in den Leistungsabteilungen wurden allein von den Bediensteten dieser Organisationseinheiten 79 417 Überstunden verrechnet. Ob die auch überflüssig waren? Ich weiß es nicht. Demnach entfielen in diesem Geschäftsjahr auf jeden Verwaltungsgestellten durchschnittlich 262 Überstunden.

Nach Auffassung des Rechnungshofes – das ist die abschließende Bemerkung – sollte sich die Anstalt im verstärkten Maße vom Grundsatz der Sparsamkeit leiten lassen.

Und sehen Sie, das, was hier so für diesen kleinen Bereich der Sozialversicherung gilt, das kann man ruhigen Gewissens auf den gesamten Bereich der öffentlichen Verwaltung erstrecken.

Sehen Sie, meine Damen und Herren, das sind die Ursachen, und das ist nur ein Punkt, den ich hier verlesen habe, in dieser gesamten österreichischen Bürokratielandschaft. Und da gibt es, glaube ich, doch noch sehr viel herauszuholen, da gibt es noch sehr viel zu rationalisieren und damit einzusparen. Aber in all den sieben Jahren sozialistischer Regierung ist kein einziger tauglicher Versuch unternommen worden, um auf diesem Wege und von dieser Seite her

dem Phänomen der Budgetexpansion zu Leibe zu rücken.

Ich weiß und ich gebe zu, das ist ein schwieriger Weg, ein Weg, der sich auch so gar nicht verträgt mit der Geschenk- und Gefälligkeitspolitik, ein Weg, der viel schwieriger ist, als auf der Einnahmenseite mit absoluter Mehrheit Einnahmen, Steuern zu erhöhen.

Sie, meine Damen und Herren der Sozialistischen Partei, gehen eben den bequemeren Weg, den leichteren Weg, den Weg der Belastung, der Umverteilung, der Gleichmacherei. Es ist eine bequeme Einbahn, mit absoluter Mehrheit ausgestattet den Bürger zu schröpfen und sein Leistungsstreben und seine Leistungsfähigkeit einfach schamlos auszubeuten. Nur führt diese Einbahn auf die Dauer nach unten. Und auf diesem Weg werden wir Freiheitlichen Ihnen nicht folgen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

**Präsident Probst:** Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Fiedler.

**Abgeordneter Dr. Fiedler (ÖVP):** Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Belastungspaket der sozialistischen Bundesregierung umfaßt eine Reihe von Gesetzen. Diese Gesetze, die in dieser Sitzung des Nationalrates die sozialistische Mehrheit im Hohen Haus beschließen wird, bedeuten neuerlich eine ganz empfindliche Belastung der österreichischen Bevölkerung und werden – darüber kann es keinen Zweifel geben – die Preise auf breiter Front wieder in die Höhe treiben. Mit diesen Gesetzen wird der österreichischen Bevölkerung eine weitere ungeheure Belastungssumme aufgehalst. Mit diesen Gesetzen muß die Bevölkerung für die Unfähigkeit der sozialistischen Bundesregierung nun die Zeche bezahlen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Die Auswirkungen des 2. Abgabenänderungsgesetzes werden nachhaltiger sein als überstandene Konjunkturunbrüche oder die Energiekrise. Es ist dies der schwerste Schlag gegen die österreichische Wirtschaft seit Bestehen der Zweiten Republik! *(Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP.)*

Die Klein- und Mittelbetriebe werden davon ganz besonders betroffen sein: Abgesehen von den materiellen Mehrbelastungen stellen diese Gesetze in erster Linie einen schwerwiegenden, noch nie dagewesenen Verstoß gegen die Grundsätze ordnungsgemäßer Bilanzierungen dar. Die Zerstörung des betriebswirtschaftlichen Gewinnbegriffes und steuerliche Nichtberücksichtigung bestimmter Betriebsmittel bedeuten eine klare und eindeutige Abkehr vom marktwirtschaftlichen Ordnungsprinzip und einen weiteren Schritt in Richtung Zentralverwal-

**Dr. Fiedler**

tungswirtschaft. (*Zustimmung bei ÖVP und FPÖ.*)

Diese Maßnahmen verstoßen gegen die international anerkannten Regeln, und die Kreditwürdigkeit der österreichischen Wirtschaft im Ausland wird schwerstens geschädigt. Materiell kommt es nun zu einer weiteren Verringerung des in den Betrieben arbeitenden Kapitals. Dies wird daher die Krisenanfälligkeit der Unternehmen wesentlich und gefährlich erhöhen. Die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft wird dadurch zusätzlich geschwächt, die Exportfähigkeit noch mehr beeinträchtigt und letztlich der Importdruck erhöht.

Das aber bedeutet eine weitere Vergrößerung des Zahlungsbilanzdefizits, die Gefahr der Verlegung von Betrieben ins Ausland, den Verlust von Aufträgen an das Ausland und damit eine wesentliche und nachhaltige Gefährdung von Arbeitsplätzen. Gleichzeitig wird aber auch eine schwere Gefährdung der Nahversorgung der Bevölkerung und der raschen Serviceleistungen eintreten, die ja praktisch nur durch Verwendung von Kraftfahrzeugen möglich sind.

Während der Konjunkturbruch 1967, meine Damen und Herren, mit einem für damalige Begriffe erschreckenden Wachstumstief von nur 2,4 Prozent real durch massive steuerpolitische Maßnahmen, die sogenannten Wirtschaftswachstumsgesetze, relativ rasch überwunden werden konnte, trat nun durch die Hochsteuerpolitik der derzeitigen sozialistischen Bundesregierung eine Wende in Richtung sinkenden Wachstums, steigender Inflationsraten, explodierender Budget- und Leistungsdefizite bei rapid steigender Staatsverschuldung ein. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Durch die nunmehr neuerliche zusätzliche Belastung der Wirtschaft wird dem gesamten österreichischen Volk ein schwerer, in absehbarer Zeit überhaupt nicht wiedergutzumachender Schaden zugefügt. Die Bundesregierung sollte vielmehr nach dem internationalen Beispiel in der derzeitigen rezessiven Situation die österreichische Wirtschaft besonders unterstützen. Wichtige Ansatzpunkte wären dabei vor allem eine verstärkte Förderung von Investitionen, die der Forschung und Entwicklung bei Einsparung von Energie, die der Erschließung neuer Energiequellen dienen sowie steuerliche Reformmaßnahmen zur Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Unternehmen.

Meine Damen und Herren! Das vorliegende Belastungspaket ist ein eindeutiger schwerer Schlag vor allem gegen die mittelständische Wirtschaft! (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Die

Vielzahl von gesunden kleinen und mittleren Betrieben gewährleistet nicht nur eine anpassungsfähige und hochgradig krisenfeste Wirtschaft, sondern auch ein breites und vielfältiges Angebot an Waren, Dienstleistungen, Arbeits- und Ausbildungsplätzen.

Die Auswirkungen der neuen Belastungen aus den vorliegenden Gesetzen machen nun die Staatslast noch drückender, während die Eigenkapitalquote abnimmt und der immer dichter werdende Paragraphenschwung den Selbständigen zum Staatsbuchhalter ohne Bezahlung degradiert. (*Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP.*) Er wurde zum unbezahlten Berechner und Einheber von Lohnsteuer, Krankenversicherungsbeiträgen, Unfallversicherungsbeiträgen, Pensionsversicherungsbeiträgen, Arbeitslosenversicherungsbeiträgen, Arbeiterkammerumlagen, Wohnbauförderungsbeiträgen. Von den übrigen unbezahlten administrativen Arbeiten für Land, Städte und Gemeinden will ich hier gar nicht weiter sprechen. Ich möchte lediglich einen Fragebogen . . . (*Abg. Mühlbacher: Sie haben etwas vergessen: Die Kammerbeiträge! Damit die Liste voll ist!*) Die Arbeiterkammerbeiträge habe ich gesagt, Herr Kollege. (*Abg. Mühlbacher: Die Bundeskammerbeiträge!*) Die muß man nicht selbst berechnen, sondern die hebt die Finanzverwaltung ein. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Sie kennen sich da gar nicht aus, obwohl Sie einmal Steuerberater waren. Heute sind Sie ein sogenannter Wirtschaftstreiber; ein sogenannter. (*Abg. Mühlbacher: Dann kennen Sie sich wieder beim Gewerbe recht nicht aus, wenn Sie das sagen! Sie haben keine Ahnung vom Gewerbe!*) Sie, Herr Mühlbacher, wurden erst dazu umgepolt, damit Sie überhaupt kammerwahlberechtigt sind. Wir kennen Ihre Karriere, Herr Abgeordneter Mühlbacher! (*Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP.*)

Ich darf aber hier von den vielen belastenden Arbeiten eine aus der letzten Zeit erwähnen, nämlich jenen Fragebogen des Österreichischen Statistischen Zentralamtes für die Bereichszählung 1976. Meine Damen und Herren! Es war dies ein vierseitiger Fragebogen. Ich darf Ihnen sagen, daß für einen Klein- und Mittelbetriebsinhaber mindestens ein Tag Arbeit aufging, um alle diese Fragen auch richtig und wortgetreu zu beantworten. (*Der Präsident übernimmt wieder den Vorsitz.*)

Ich darf mich nun einem anderen Kapitel des 2. Abgabenänderungsgesetzes zuwenden, das die Überschrift trägt: „Sonderbestimmungen für bestimmte Kraftfahrzeuge“. Die Nichtabsetzbarkeit von Firmen-PKWs und Kombis ist ein Griff auf das bereits ganz wesentlich geschrumpfte Eigenkapital der Betriebe, Klein- und Mittelbetriebe sind davon schwerstens betroffen. Für

**Dr. Fiedler**

diese ist das betriebseigene Fahrzeug gleichzusetzen mit dem Einsatz von Werkzeugen und Maschinen. Auch wenn Sie, Herr Abgeordneter Mühlbacher, hier die Dinge verniedlicht haben, so ist dieser Grundsatz nicht aus der Welt zu schaffen.

Es wird nun zum Komplex Kraftfahrzeuge die Einführung eines neuen Begriffes „Wirtschaftsgüter des durchschnittlichen Lebensstandards“ erfolgen. Dieser Begriff, der zur Begründung des Ausschlusses von PKWs und Kombiwagen von der Normalabschreibung geschaffen wird, eröffnet der Erschließung neuer Einnahmequellen durch den Fiskus beinahe unbegrenzte Möglichkeiten, da letztlich, meine Damen und Herren, auch Sessel, Tische und andere Büroeinrichtungsgegenstände zum täglichen und durchschnittlichen Lebensstandard von Betrieben gehören.

Diese durch die neue Regelung geschaffene Situation bringt es mit sich, daß praktisch die Kosten aus dem versteuerten Gewinn getragen werden müssen. Dadurch kommt nun eine Belastung des Gewinnes zustande, die in Westeuropa nicht ihresgleichen haben wird.

Ich darf dazu noch eine statistische Ziffer anführen. Zum 1. Mai 1977 hatten – unter Zugrundelegung der Steuerbescheide 1974 – rund 55 Prozent der Gewerbetreibenden ein steuerpflichtiges Einkommen bis 120 000 S. Auch die jahrelangen Reihenuntersuchungen des Institutes für Handelsforschung zeigten für den Einzelhandel laufend sehr geringe betriebswirtschaftliche Ergebnisse auf. Der Wegfall der Absatzmöglichkeiten für PKW und Kombiwagen wird für sie eine unerträgliche Mehrbelastung bedeuten. Die gegenüber dem ursprünglichen Entwurf zwischenzeitig vorgenommenen sogenannten Verbesserungen in der Abschreibungsfrage von PKW und Kombi sind zum Teil sogar Verschlechterungen. Hier, Herr Abgeordneter Mühlbacher, haben Sie keinen Erfolg im Interesse der Gewerbetreibenden einheimen können. Im Gegenteil: Darüber wird noch viel zu reden sein. *(Zustimmung bei der ÖVP. – Abg. Mühlbacher: Ich habe mich so bemüht, das zu erklären, aber Sie verstehen es noch immer nicht!)*

Wenn ich nun zu Ihrer kühnen Berechnung komme, die Sie hier von diesem Pult vorgelegt haben, so scheint mir diese völlig weltfremd. Ich darf Ihnen hier eine andere, reale vor Augen führen, die ein Fahrzeug auf der Basis von 1½ Liter, also 1500 Kubikzentimeter, betrifft und auf einem amtlich anerkannten Kilometergeld von 3 S basiert. In diesen amtlich anerkannten 3 S ist ein Amortisationsbeitrag von 86 Groschen enthalten. Von den somit verbleibenden Betriebskosten von 2,40 S pro Kilometer

werden in Zukunft nur 1,30 S je Kilometer anerkannt. Somit verbleiben 84 Groschen als Unterdeckung. Bei einer nur 15 000 Kilometer betragenden Jahresleistung ergeben sich dann für den einzelnen Betrieb und für das einzelne Fahrzeug nicht gedeckte Betriebskosten von 12 600 S. Herr Abgeordneter Mühlbacher! Das sind, glaube ich, reale Ziffern.

Sie haben sich auch veranlaßt gesehen, von einer sogenannten Kleinbusregelung zu sprechen, die der Herr Finanzminister in Aussicht nimmt in Form eines Erlasses nun allenfalls zu dekretieren. Ich sehe darin eine solche Lösung, und wir werden uns diese noch sehr genau ansehen müssen.

Im übrigen nimmt es der Herr Abgeordnete Mühlbacher nicht sehr genau. Meine Freunde sagen mir auch, daß beispielsweise seine Behauptung bezüglich einer Aussage des Präsidenten der Ärztekammer Piaty völlig falsch von ihm interpretiert wurde. *(Abg. Dr. Mussil: Ein falscher Interpretierer ist er! – Rufe bei der SPÖ: Wer?)* Der Herr Abgeordnete Mühlbacher.

Ich darf aber jetzt noch zu den Fahrzeugen einige statistische Ziffern nennen. Laut Gewerbestatistik 1974 hatten drei Viertel der 56 800 erfaßten Gewerbebetriebe, die insgesamt einen Beschäftigtenstand von mindestens 325 000 Beschäftigten repräsentieren, 29 600 LKW, 31 100 PKW und 31 200 Kombiwagen. Kraftfahrzeuge erweisen sich damit eindeutig als unerläßliche Voraussetzung zur Ausübung zahlreicher Gewerbe.

Auch der Sektor Verkehr bedarf des Kraftfahrzeuges für seine ganze Palette betrieblicher Aufgaben, die aus dem modernen Leben gar nicht mehr wegzudenken sind. Die abseits vom öffentlichen Verkehr liegenden Fremdenverkehrsbetriebe sind restlos vom eigenen Fahrzeug abhängig. Für die Handelsvertreter liegt die Abhängigkeit vom Kraftfahrzeug, womöglich eines Kombis mit Fassungsraum für umfangreiche Kollektionen, ebenso auf der Hand wie für die lebensmittelorientierten Bereiche des Handels, für das Bewachungsgewerbe, für die Rund-um-die-Uhr-Gebrechensdienste und für viele andere Sparten.

Meine Damen und Herren! Aus den vielen Interventionen und Zuschriften im Zusammenhang mit diesem Fragenkomplex möchte ich nur auf eine hier zu sprechen kommen. Beispielsweise wendet sich das Gremium für den Uhren- und Schmuckhandel an mich und sagt mir, daß etwa die Österreichische Transportversicherungsgesellschaft erklärt, daß sie lediglich in der Lage ist, PKW zu versichern, in denen sichere Einbauten vorgenommen werden, daß Transporte von wertvollen Schmuckkollektio-

**Dr. Fiedler**

nen durchgeführt werden können. Auch diese PKW fallen nun selbstverständlich unter die neue Regelung, die ihnen leider die Abschreibung nicht mehr ermöglichen wird.

Aber auch die Reisekaufleute haben sich massiv zur Wehr gesetzt und kündigten an, daß sie den Verfassungsgerichtshof gleich im Jänner mit einem der ersten Fälle in Anspruch nehmen wollen. Ich glaube, daß hier vielleicht jene angekündigte, vorläufig noch sehr nebulos scheinende Lösung mit den sogenannten Kleinbussen auf die Drohung dieser Reisekaufleute – immerhin ein Verband von 40 000 Mitgliedern – zurückzuführen ist.

Wenn nun Aufwendungen für das Kraftfahrzeug, das eindeutig auch ein Betriebsmittel darstellt, aus dem versteuerten Einkommen getragen werden müssen, so kann das nur noch ganz klar und deutlich als Griff auf das Eigenkapital bezeichnet werden.

Meine Damen und Herren! Bei der steuerlichen Verrechenbarkeit von Fahrzeugen werden nun durch dieses Gesetz Über- und Unterprivilegierte geschaffen. Überprivilegierte werden die Dienst-PKW, insbesondere die des Bundes, sein. Der Herr Abgeordnete Melter hat sich hier bei seinen Ausführungen schon damit befaßt. Es ist angebracht, gerade bei dieser Debatte offen und klar auszusprechen: Einen solchen Luxus an Dienstfahrzeugen hat sich noch keine Bundesregierung der Zweiten Republik geleistet. *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Hier sind die SPÖ-Minister mit dem Bundeskanzler einsame Spitze!

Ich habe mir während der Debatte jetzt eine Überschlagsrechnung gemacht und komme auf einen Betrag von 5,7 Millionen Schilling, die den Anschaffungswert jener Regierungs-PKW darstellen, die am Tag eines Ministerrates im Hof des Bundeskanzleramtes parken. *(Abg. Dr. Androsch: Das stimmt nicht, weil der Hof so klein ist!)* Es gibt die Garage rückwärts. Ich kenne genau die Räume. Sie sind alle griffbereit. Es kommen alle 14 Minister und 4 Staatssekretäre dann langsam herunter und steigen in der Einfahrt ein. Ich kenne den Hausbrauch. Diesbezüglich, Herr Vizekanzler, brauchen Sie mir keine näheren Details geben.

Aber weil Sie schon davon sprechen, darf ich Ihnen ein geflügeltes Wort erzählen, was man heute draußen spricht: Daß die Regierungsmitglieder der SPÖ in Wirklichkeit „Volkswagen“ fahren, nämlich solche, die das Volk bezahlt.

Die Unterprivilegierten sind wieder einmal die Selbständigen.

Herr Finanzminister! Weil Sie sich hier jetzt in der Debatte mitbeteiligen als Zwischenrufer –

ich freue mich; von dort dürfen Sie es nämlich, von hier *(der Redner zeigt auf die Regierungsbank)* dürften Sie es gar nicht, wenn es auch nicht immer eingehalten wird; leider; weil die Präsidenten auf das gar nicht eingehen –, so würde es mich interessieren, ob Sie überhaupt wissen, wie bei einer gewissen privilegierten Gruppe von PKW-Benützern – nicht PKW-Besitzern – die Fahrzeugbenützung von der Finanzverwaltung berechnet wird.

Ich meine hier die Vorstandsmitglieder der Verstaatlichten, die ja alle ein Fahrzeug laut Dienstvertrag haben und – rund um die Uhr – ein oder zwei Chauffeure zur Verfügung haben. Für diese wird auf Grund der Absprache mit der Finanzverwaltung monatlich ein Betrag von sage und schreibe 1 150 S dem Einkommen hinzugefügt. 1 150 S! Für den Chauffeur überhaupt nichts, obwohl ihnen in der Regel rund um die Uhr ein oder zwei solche zur Verfügung stehen. Andererseits wird dem Chauffeur, der hier tätig ist, seine Dienstkleidung – sofern sie auch anders getragen werden kann, das heißt außerhalb des Dienstes – als Sachbezug noch zum Lohn hinzugeschlagen. So die Praxis bei Dienstautos, auf der anderen Seite bei Dienstkleidung.

Meine Damen und Herren! Ich darf mich hier noch auf die Rede des Herrn Zentralsekretärs Abgeordneten Blecha beziehen, der der Meinung Ausdruck gegeben hat, daß die Österreicher zu rasch die Fahrzeuge wechseln, also viel zu rasch auf neue Fahrzeuge umsteigen. Ich muß sagen: Er hat anscheinend seinen Parteifreund, den derzeitigen Generaldirektor der Nationalbank, Dr. Kienzl, im Auge, der nämlich, wenn ich hier einem Bericht im „profil“ Nr. 13 folge, die Übung hat, nach je 110 000 Kilometer – für ein Fahrzeug der Klasse, die ihm zur Verfügung steht, ist das gerade ein Fahrzeug, das gut eingefahren ist – schon zu wechseln. Einem anderen Bericht des „profils“ entnehme ich, daß er innerhalb kurzer Zeit sechs Autos – und keine kleinen – verbrauchte und so einen Millionenkonsum an PKW der Nationalbank verursachte.

Hier sieht man wieder, wie sozialistische Spitzenfunktionäre auf der einen Seite zuerst die Sondersteuer gepredigt haben, nämlich hier in dem Fall Wasser, und auf der anderen Seite Wein trinken.

Meine Damen und Herren! Ich darf mich nun einem anderen Fragenkomplex, der Luxusmehrwertsteuer, zuwenden. Die Einführung eines dreißigprozentigen Mehrwertsteuersatzes als sogenannte Luxussteuer auf „Luxusgüter“ wird durch den bis Jahresende nun herrschenden Kaufboom und den anschließenden Zusammenbruch des Kaufinteresses zu schweren Marktstörungen führen. Der Ankündigungseffekt der



**Dr. Fiedler**

Preissteigerungen durch die Luxussteuer kommt in den einzelnen Handelsbranchen und -sparten nunmehr voll zum Tragen. Es erfolgen in diesen Tagen – bis zum Jahresende mit Sicherheit – Vorziehkäufe ganz erheblichen Umfangs, die teilweise zur totalen Räumung der Lager und in der Folge natürlich zu zusätzlichen Importen führen werden.

Bis Jahresende erfolgt damit eine totale Umkehr der bisherigen Situation des Käufermarktes in einen Verkäufermarkt bei „Luxusgütern“. Die hohe Zahlungsbilanzdefizitentwicklung wird dadurch noch ganz besonders stärker – und stärker noch als angenommen – wachsen. Der Sog der Luxusgüterkäufe wird aber auch Auswirkungen auf einen weiteren Bereich anderer Kommerzgüter haben: Je mehr Geld für „Luxusgüter“ ausgegeben wird, umso weniger Geld wird für andere Waren und Dienstleistungen zur Verfügung stehen. Für den übrigen Handel bedeutet dies, daß er mit gedämpften Umsätzen auch in der Vorweihnachtszeit rechnen muß. Ähnliche negative Auswirkungen könnten sich auch im Fremdenverkehr ergeben.

Der allgemeine Einkaufsboom wird andererseits zu einer empfindlichen Erhöhung der Steuervorauszahlungen führen, die dann zu bezahlen sein werden, wenn die Umsätze wegen Wirksamkeit der neuen „Super-Mehrwertsteuer“ extrem zurückgehen. Da beispielsweise in der Schmuckbranche, die auch betroffen ist, ungewöhnlich lange Zahlungsziele üblich sind, werden daher viele Betriebe nur durch Zwischenfinanzierungen ihre steuerlichen Verpflichtungen erfüllen können. Eine Gefährdung von Arbeitsplätzen ist daher sicherlich zu erwarten!

Wegen der nun erfolgten Erhöhung der Mehrwertsteuer wird in Zukunft sicherlich die Bevölkerung in Grenzgebieten ihre Einkäufe an Waren, die von der Luxussteuer betroffen sind, im Ausland in größerem Maß tätigen. Der daraus zwangsläufig resultierende Umsatzrückgang wird deshalb folgerichtig zu einer Verminderung des Steueraufkommens führen. Aber auch die Zahlungsbilanz wird negativ beeinflusst: Österreichische Konsumenten müssen beim Kauf im Ausland auch für die Handelsspanne Devisen aufwenden, was beim Import durch den Fachhandel nicht der Fall ist.

Meine Damen und Herren! Die sozialistische Bundesregierung ist in den letzten Jahren von einem Debakel in das andere gefallen. Diese Regierung hat – darüber kann es keinen Zweifel geben – bankrott gemacht und fordert jetzt von allen Österreichern, daß die Schulden, die sie verschuldet hat, letzten Endes von allen bezahlt werden müssen.

Es gibt meines Erachtens keinen Österreicher, der von den Folgen der Entscheidungen der nächsten Stunden in diesem Haus nicht getroffen werden wird. Der Herr Bundeskanzler verlangt von der österreichischen Bevölkerung weitere Belastungen und damit mehr Geld. Um das Geld der anderen ist ihm nichts zu teuer.

Er selbst geht aber keineswegs mit gutem Beispiel voran, sondern ist nicht bereit, bei sich, wie er es angekündigt hat, mit dem Sparen zu beginnen. Davon sehen wir nichts und haben wir auch heute nicht das geringste, weder von ihm noch aus dem Mund eines sozialistischen Redners, gehört. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Er selbst verfügt heute im Bundeskanzleramt über sieben Sekretäre, drei Staatssekretäre, und diese Staatssekretäre haben wieder fünf Sekretäre. So sieht die Sparsamkeit des Bundeskanzlers im Bundeskanzleramt aus. (*Zwischenrufe.*) Ich verweise darauf, was der Generalsekretär meiner Partei, Abgeordneter Dr. Lanner, gestern als Punkte eines Sparprogramms genannt hat: Wegwerfschulbuch, Repräsentationskosten der Bundesregierung, Regierungspropaganda, überzüchtete Bürokratie.

Meine Damen und Herren! Deshalb eine klare und notwendige Folgerung: Mit dem gleichen Recht, mit dem Steuerhinterziehungen bestraft werden, müßte es eigentlich auch einen Strafparagraphen für das Delikt der Steuerverschwendung geben. Ich frage: Wann wird das geschehen? Denn erst dann wäre das moralische Gleichgewicht wiederhergestellt! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Und noch eine weitere kurze Feststellung.

Meine Damen und Herren! Herr Finanzminister! Es gäbe einen Weg, zusätzliche Mittel, die dem Staat bisher mit Wissen der Finanzverwaltung vorenthalten wurden, zu bekommen. Diese Mittel wären dann zu erhalten, wenn man die bei der Ausführung von Schwarzarbeit durch die Firma Pfusch & Co. bisher unberücksichtigt gebliebenen Abgaben und Steuern auch wirklich einmal einheben würde.

Das Österreichische Institut für Bauforschung in Wien hat im Auftrag des Bundesministeriums für Bauten und Technik eine Untersuchung der sogenannten Selbstarbeit am Eigenheimbau im Jahr 1970 in den Bundesländern Oberösterreich, Salzburg und Burgenland durchgeführt. Eine auf Grund dieser Untersuchung erstellte Hochrechnung ergibt einen heutigen Lohnwert von 3,1 Milliarden Schilling. Auf Grund dieser Berechnung ergibt sich ein Entfall an Abgaben, Beiträgen und Steuern in Höhe von 1,7 Milliarden Schilling. Da aber nun die Firma Pfusch & Co. auch auf anderen Gewerbesektoren tätig ist, kann man annehmen, daß dem Finanzmini-

**Dr. Fiedler**

ster derzeit 3 bis 4 Milliarden Schilling an Einnahmen entgehen. Hier, Herr Finanzminister, könnten Sie etwas tun.

Sie haben es auch versucht. Ich verweise auf den „Kurier“ vom 7. Mai 1977, der hier eine Ankündigung machte. Sie wurden aber von prominenten sozialistischen Funktionären – ich verweise auf den Landeshauptmann-Stellvertreter von Niederösterreich Czettel – gleich irgendwie zurückgerufen, denn Czettel hat nicht weniger erklärt, als: Das ist ein eingesehenes altes Recht, da darf man nicht dran rütteln!, und hat sich sicherlich auf die „Arbeiter-Zeitung“ vom 18. Oktober 1975 bezogen, wo man auch das Puschertum ganz groß in Schutz nahm.

Herr Abgeordneter Mühlbacher! Es hat sich Ihre Zeitung „Der Selbständige in der Wirtschaft“ einmal am 16. Mai 1975 getraut, etwas zu schreiben. Allerdings: Außer dem Artikel gab es nichts. Denn geschehen ist, wie ich heute leider neuerdings feststellen muß, leider sehr, sehr wenig.

Es würde mich aber im Rahmen dieser Feststellungen interessieren, ob es zutrifft, meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion, daß der Herr Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie im Rahmen einer Diskussion einmal den Ausspruch prägte – es würde mich interessieren, ob das zutrifft –, seiner Meinung nach ist es gut, schwarz zu arbeiten und rot zu wählen. Wenn man solche Aussagen in politischen Versammlungen tut, darf man sich, glaube ich, nicht als Ressortchef für die österreichische Wirtschaft legitimiert fühlen.

Meine Damen und Herren! Die Kosten des Belastungspaketes betragen in Wirklichkeit nicht 14 Milliarden Schilling, wie es behauptet wird, sondern 26 Milliarden Schilling. Davon auf dem Sektor des Kraftfahrzeugbereiches 7 Milliarden Schilling, die Luxusmehrwertsteuer wird 3 Milliarden Schilling bringen, und beim Sozialkapital ist es ein Betrag von 10,9 Milliarden Schilling. Das sind die großen Posten.

Die Wiener Wirtschaft wird davon mit zirka 8 Milliarden Schilling betroffen werden. Es war deshalb klar, daß sich hier die Vertretung der Wiener Wirtschaft an alle Wirtschaftstreibenden mit dem Aufruf zu einem Protest, Herr Abgeordneter Mühlbacher, wendete. *(Zwischenruf des Abg. Mühlbacher.)*

Sie haben sich veranlaßt gesehen, zu diesem Aufruf in der „Wiener Wirtschaft“ Stellung zu nehmen. Ich darf Ihnen sagen: Der Präsident der Wiener Kammer, Bundesrat Ing. Dittrich, hat völlig richtig gehandelt, denn er wurde in den letzten Wochen mit Protesten aus den Innungen, Gremien und Fachverbänden überschüttet, und

es war richtig, daß wir zu dieser Protestkundgebung einladen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Was den Termin betrifft, über den sich der Herr Abgeordnete Mühlbacher mokiert hat, glaube ich gerade, daß er richtig getroffen ist: Nach der heutigen Debatte und vor der Debatte vis-à-vis im Saal der Zweiten Kammer, im Bundesrat.

Aber, meine Damen und Herren, eine klare Feststellung, die ich auch dem Herrn Abgeordneten Mühlbacher ins Stammbuch schreiben möchte: Alle in der Wiener Kammerorganisation vertretenen wahlwerbenden Gruppen wurden eingeladen, im Interesse ihrer Mitglieder mitzuwirken. Hier können nun alle unter Beweis stellen, wer bereit ist, für die wahren Interessen der Wirtschaftstreibenden dieser Stadt Wien einzutreten! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich bin überzeugt, daß diese Kundgebung am 8. November einen machtvollen Verlauf nehmen wird.

Im übrigen darf ich dem Herrn Abgeordneten Mühlbacher sagen: Seine Ausführungen werden wir den Wirtschaftstreibenden in geeigneter Weise zur Kenntnis bringen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Die Stunde der Wahrheit ist gekommen. Die Bundesregierung hat mit diesem Belastungspaket ihren Offenbarungseid abgelegt. Chefredakteur Walter Raming charakterisierte kürzlich die Situation trefflich folgendermaßen:

„Die Bilanz der einst hoffnungsfroh ausgezogenen sozialistischen Regierungsmannschaft ist ausgleichsreif. Der Konkurs kann nur verhindert werden, weil es der Staat in der Hand hat, die Geldbörsen der Steuerzahler zu plündern.“

Sie, meine Herren auf der Regierungsbank, haben in den letzten Jahren ganz ausgiebig geplündert, und die Gesetze des Belastungspaketes werden – das läßt sich heute schon unschwer prognostizieren – nicht der letzte Griff in die Taschen der österreichischen Steuerzahler gewesen sein. Heute ist es der vermeintliche Luxus, den die Regierung besteuert, morgen schon kann es das zum Leben Notwendige sein. Und Sie werden weiterhin unverfroren genug sein, um mit der Angst der Bevölkerung vor dem Arbeitsplatzverlust zu spielen und mit dem Argument „alles für die Arbeitsplätze“ unverschämt zu polemisieren.

Der größte Luxus, den wir uns derzeit leisten, ist der Luxus einer sozialistischen Bundesregierung *(Zustimmung bei der ÖVP)*, für die wir alle nun diese „Luxuskabinettssteuer“ zu zahlen haben werden. Die Regierung, die im Jahr 1979 die Verantwortung zu übernehmen haben wird,

**Dr. Fiedler**

wird mit Staats- und Vorgriffschulden von über 400 Milliarden Schilling belastet sein.

Aber, meine Damen und Herren auf der sozialistischen Seite dieses Hauses: Überfordern Sie die Opferbereitschaft der Österreicher nicht. Eines Tages könnte der Bogen überspannt sein. Dann könnte, wie dies kürzlich in einer Tageszeitung von einem ausgezeichneten Kolumnisten zu lesen stand, das Volk zum Gegner der Regierung werden. Eine derartige Opposition aber hat noch kein Regierungschef überlebt. Die Zeichen der politischen Sterblichkeit des gegenwärtigen Kanzlers und seines schon längst nicht mehr bestehenden Teams mehren sich ohnehin von Tag zu Tag. *(Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)*

**Präsident:** Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Kokail.

Abgeordneter **Kokail** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich werde mich auf Grund der fortgeschrittenen Stunde bemühen, kürzer zu sein als meine Vorredner. *(Abg. Dr. Mussil: Lassen Sie sich Zeit!)*

Ich hatte ursprünglich die Absicht, nur zum Sozialversicherungs-Änderungsgesetz Stellung zu nehmen, aber zwei Gründe bewegen mich, mich auch mit anderen Dingen ganz kurz zu beschäftigen.

Einerseits verstehe ich eigentlich die Aufregung bei Ihnen, meine Damen und Herren der ÖVP, über den Vergleich meines Kollegen Wille mit der kommunistischen Praxis in den Nachkriegsjahren nicht ganz. Denn gerade eine Partei, die sich drei Jahrzehnte lang mit der Roten Katze gespielt hat, die sich heute nicht geschämt hat, von der Roten Raubkatze zu sprechen, ich glaube, eine solche Partei darf sich nicht wundern, wenn man einen ihrer Bünde mit der KPÖ vergleicht *(Abg. Dr. Kohlmaier: Bitte, Herr Kokail, lassen Sie das sein! - Abg. Dr. Schwimmer: Der nächste, der sich blamiert!)*, wo noch dazu der Vergleich zuungunsten des ÖAAB ausgefallen ist.

Oder wollen Sie bestreiten, daß in Radenthein mit ÖAAB-Unterstützung ein kommunistischer Betriebsrat gewählt wurde? Wollen Sie das bestreiten? *(Abg. Dr. Kohlmaier: Lassen Sie dieses schmutzige Geschäft Ihrem Klubobmann!)* Das sind Tatsachen, meine Damen und Herren.

Und auf der anderen Seite, muß ich ehrlich sagen, ist die Unterwanderung des ÖAAB mit Kommunisten keine Aussage der Sozialistischen Partei, sondern eine Aussage eines Ihrer Spitzenfunktionäre.

Nun zum Abgeordneten Sandmeier. Der Abgeordnete Sandmeier hat in seiner Darstellung die Regierungspartei beschuldigt, auch in die Taschen des Roten Kreuzes zu greifen: Die Regierung schämt sich nicht, auch in die Taschen des Roten Kreuzes zu greifen. *(Abg. Sandmeier: Leider!)*

Irgendwie habe ich eigentlich erwartet, daß sich ein Obmann-Stellvertreter des Finanz- und Budgetausschusses wenigstens die erste Seite des Berichtes durchliest. *(Abg. Sandmeier: Im Gesetz ist nichts dagegen enthalten!)*

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses, erste Seite, rechts unten zweiter Absatz, ich darf Ihnen vorlesen, Herr Abgeordneter: „Auf umsatzsteuerlichem Gebiet ist in Ergänzung der ertragsteuerlichen Maßnahmen betreffend eine Einschränkung der steuerlichen Anerkennung der Kosten von Personen- und Kombinationskraftwagen vorgesehen, daß die mit der Anschaffung, der Miete und dem Betrieb derartiger Kraftfahrzeuge zusammenhängenden Vorsteuern vom Vorsteuerabzug ausgeschlossen sein sollen. In bestimmten Fällen“ – und jetzt hören Sie mir genau zu – „unter anderem bei ... Personenbeförderung ... – soll der Ausschluß vom Vorsteuerabzug nicht eintreten.“ *(Abg. Dkfm. Gorton: „... dergewerblichen Personenbeförderung“!)* – Hören Sie mir doch zu. – „Als solche Fahrzeuge werden unter anderem auch Krankenbeförderungsfahrzeuge angesehen werden können.“ Wenn das nichtreicht! *(Abg. Graf: Sie haben ja keine Ahnung!)* Muß ich unbedingt den Satz auch so wie der Kollege Schranz dreimal vorlesen? Ich glaube, das ist nicht notwendig. Niemand beabsichtigt, in die Taschen des Roten Kreuzes zu greifen. Das ist eine ausgesprochene Unterstellung. *(Zustimmung bei der SPÖ. - Abg. Dr. Mussil: Wo steht denn das im Gesetz? - Abg. Suppan: Da sollten Sie den Brief vom Kärntner Roten Kreuz lesen!)*

Hohes Haus! Es ist ohne weiteres zuzugeben, daß es für eine Oppositionspartei sehr schwer ist ... *(Abg. Dr. Schwimmer: Aus dem Gesetz müssen Sie vorlesen, nicht aus dem Ausschußbericht! - Abg. Dr. Mussil: Nicht aus dem Märchenbericht, aus dem Ausschußbericht!)* Ich glaube, ich habe sehr deutlich hier festgehalten, daß niemand daran denkt, in die Taschen des Roten Kreuzes zu greifen. Aber meine Herren von der ÖVP ... *(Abg. Dkfm. Gorton: Sie legen ja die Gesetze aus, wie Sie es brauchen!)* Wir legen die Gesetze nicht aus. Sie versuchen, in demagogischer Art die Gesetze auszulegen, und dagegen wehren wir uns. *(Beifall bei der SPÖ. - Abg. Sandmeier: Der Beamte muß das Gesetz vollziehen und nicht die Erläuternden Bemerkungen!)* Das ist der Bericht des Finanz-

**Kokail**

und Budgetausschusses, das sind nicht die Erläuternden Bemerkungen dazu. *(Abg. Dr. Schwimmer: Gehen Sie auf die Renner-Akademie, damit Sie den Unterschied lernen!)*

Meine Damen und Herren! Wir billigen Ihnen ohne weiteres zu, daß es natürlich für eine Oppositionspartei sehr schwer ist, gegen eine erfolgreiche Regierung in der Öffentlichkeit effektiv zu argumentieren. Es zeigt aber von sehr wenig Phantasie, sondern geradezu von Hilflosigkeit, wenn sich die Oppositionspartei schlechthin zu jedem Vorschlag der Regierung nur negativ äußert. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Die Österreichische Volkspartei jammert die österreichische Wirtschaft mit dem Hinweis auf riesige Budgetdefizite krank und schreit gleichzeitig Zeter und Mordio, wenn die Regierung irgendwelche Maßnahmen setzen will.

Zum Sozialversicherungs-Änderungsgesetz 1977 fällt der Oppositionspartei nichts anderes ein, als zu behaupten, es werde Klassenkampf betrieben. Die Österreichische Volkspartei vermeidet es aber peinlich, außer demagogischen Angriffen auch konstruktive Vorschläge vorzulegen. Wo bleiben denn die angekündigten Alternativen, meine Herren der ÖVP? *(Heiterkeit bei der ÖVP.)* Wo bleiben sie denn? Der Taus-Plan ist mehr als ein Märchenbuch, mit dem Taus-Plan brauchen wir uns heute nach der Behandlung wirklich nicht mehr zu beschäftigen. *(Beifall bei der SPÖ. - Abg. Dr. Schwimmer: Wie schaut er denn aus, Herr Kokail? Den haben Sie ja gar nicht gelesen!)* Die Österreichische Volkspartei hat kein Konzept, sie hat auch bis heute noch kein brauchbares Konzept vorgelegt.

Meine Damen und Herren! Die Belastungen des Bundes mit Zuschüssen an die Pensionsversicherung sind in den letzten Jahren erheblich gestiegen. Betrag der Bundesbeitrag 1972 noch 8,9 Milliarden Schilling, so stieg er 1976 auf zirka 18,2 Milliarden Schilling an. Diese Mehrleistungen kamen den Unselbständigen wie den Selbständigen zugute, wobei ich aber besonders anmerken möchte, daß sich der Bundeszuschuß zu den Pensionsversicherungen der Selbständigen ungleich stärker erhöht hat als der Bundeszuschuß zu den Pensionsversicherungen der Unselbständigen.

Mit dem vorliegenden Gesetzesantrag soll die Beitragsbelastung der Dienstgeber und Dienstnehmer um je einen halben Prozentpunkt erhöht werden. Das bedeutet in der Praxis für einen Verdienst von etwa 8 000 S eine zusätzliche Belastung von 40 S. Gewiß eine Belastung, keine Frage. Aber ist es in der Tat eine Maßnahme, die, wie der Kollege Kohlmaier sagte, die Arbeitsplätze gefährdet? Ist es nicht

Demagogie, wenn man diese 40 S als Luxussteuer bezeichnet? Ich begreife die Sozialpolitiker der ÖVP nicht. Sind Beiträge zur Sozialversicherung Luxus? Halten Sie die gesamte Sozialversicherung vielleicht für eine Luxuseinrichtung? Wir glauben, daß sie notwendig ist. *(Abg. Dr. Busek: Sie haben zuerst von Demagogie geredet!)*

Hohes Haus! Im Bereich der sozialen Krankenversicherung existiert schon seit mehr als 20 Jahren ein Ausgleichsfonds, der die unterschiedliche finanzielle Belastung der einzelnen Träger der sozialen Krankenversicherung ausgleichen soll. Dieser Fonds hat sich nicht zuletzt in den letzten für die Krankenversicherungsträger recht schwierigen Jahren bestens bewährt.

Mit dem Sozialversicherungs-Änderungsgesetz soll auch ein Ausgleichsfonds für die Pensionsversicherungsträger geschaffen werden. Damit wird sichergestellt, daß die unterschiedliche Beitrags- und Aufwandsentwicklung bei den einzelnen Trägern der österreichischen Pensionsversicherung durch Dotationen aus dem Fonds ausgeglichen werden kann.

Ungeachtet der schwierigen finanziellen Situation, in der sich die Pensionsversicherung befindet, sollen mit dem vorliegenden Gesetz auch die Richtsätze über das normale Ausmaß hinaus angehoben werden. Es muß Ziel einer Pensionsversicherung sein, grundsätzlich jedem Pensionsempfänger mindestens solche Leistungen zu sichern, die ihm einen gesellschaftlich angemessenen Lebensstandard ermöglichen. Und diese Politik wird auch in der Zukunft fortgesetzt. *(Abg. Fachleutner: Da schauen wir gut aus! - Abg. Dr. Kohlmaier: Eine gefährliche Drohung, Herr Kokail, ist das!)*

Meine Damen und Herren! Vielleicht noch einige Worte zur Krankenversicherung. *(Abg. Dr. Schwimmer: Das haben Sie gerade gesagt! Oder haben Sie sich verblüffelt?)* Ich glaube, man kann mit Fug und Recht behaupten, daß die Schwierigkeiten in der Krankenversicherung, die in den letzten Jahren aufgetreten sind, ausschließlich auf die enorm gestiegenen Verpflegskosten in unseren Krankenanstalten zurückzuführen sind. Und gerade von diesen Ländern, in denen Ihre Partei die Mehrheit stellt, hatten wir den größten Druck auf die Krankenkassen auszuhalten.

Ich glaube, daß mit der zusätzlichen Erhöhung der Beitragsgrundlage die Möglichkeit geschaffen wird, zusätzliche Mittel zur Finanzierung unserer Krankenkassen zur Verfügung zu stellen.

Ich meine, meine Damen und Herren, daß es der sozialistischen Regierung in den letzten

**Kokall**

sieben Jahren gelungen ist, ein Sozialgebäude in unserem Lande zu errichten (*Abg. Fachleutner: 200 Milliarden Schilling Schulden!*), um das wir weltweit beneidet werden, Herr Kollege! Weltweit beneidet! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Es ist dieser Bundesregierung aber auch gelungen, Einkommensverhältnisse in Österreich zu schaffen, wo wir uns mit den EWG-Staaten jederzeit messen können. Zusätzlich, und darauf können wir besonders stolz sein, haben wir auch zum Unterschied von vielen anderen Ländern die Vollbeschäftigung in unserem Land erhalten.

Ich glaube, daß mit der Beschlußfassung dieser Maßnahmen, dieses Maßnahmenpaketes, der Regierung die Möglichkeit gegeben wird, die für Österreich so erfolgreiche Politik auch in Zukunft fortzusetzen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

**Präsident:** Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Riegler.

Abgeordneter Dipl.-Ing. **Riegler** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Wenn mein Vorredner Kokail sich wieder bemüht gefühlt hat (*Abg. Dr. Zittmayr: Auf den brauchst nicht eingehen!*), auf das Niveau der Diffamierung des ÖAAB eingehen zu müssen, so möchte ich trotz der späten Stunde, zu der wir reden, ihm in diesem Niveau nicht folgen. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Ich glaube, daß das eine Aussage ist, die sich in der Öffentlichkeit bereits selbst gerichtet hat und sich auch weiter selbst richten wird.

Was die Ausführungen betreffend Belastung des Roten Kreuzes betrifft, so verstehe ich schon nach der ganzen Phase der Verwirrung, die es in der Regierungspartei in der Ausschußberatung und in der Vorbereitung dieses Belastungspaketes gegeben hat, daß einige von Ihnen, meine Damen und Herren, nicht genau wissen, was Sie heute hier beschließen werden. (*Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP.*)

Sie haben im Jahre 1975 den Österreichern vier weitere glückliche Jahre versprochen. Und das dritte Jahr wird nun mit der vierten und bisher größten Belastungswelle eingeleitet. (*Abg. Treichl: Mein Gott, der alte Hut!*) Ja, das tut Ihnen weh! (*Ruf bei der ÖVP: Aber weh tut er!* - *Abg. Treichl: Was heißt, weh tut er?* - *Gegenrufe bei der ÖVP.* - *Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Treichl.* - *Abg. Dr. Busek: Ordnungsruf!*) Herr Kollege! Ich verstehe schon, daß es für Sie als sozialistischer Volksvertreter nicht ganz angenehm ist, wenn Sie heute schweigen müssen und die Aufgabe haben, diese Belastungswelle neuerlich beschließen zu müssen. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Ich glaube eines, meine Damen und Herren: Daß es wieder einmal beschämend ist für den Parlamentarismus, für das Hohe Haus, daß Sie als gewählte Volksvertreter Ihre Funktion darauf beschränken dürfen zu schweigen, den Wehrauch zu schwingen und dann neuerliche Belastungsmaßnahmen gegen die österreichische Bevölkerung beschließen zu müssen. (*Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP.*)

Immer wieder hat sich ja in den vergangenen Jahren gezeigt, daß Sie jede Wendung, daß Sie jeden Zickzackkurs Ihrer Alleinregierung einfach willfährig zu vollziehen haben, ob es um Beschlüsse von Belastungen geht, ob es um rückwirkende Gesetze geht oder ob es darum geht, unangenehme Untersuchungsausschüsse abzulehnen. Es ist ein gefährlicher Dienst, den Sie dem Parlamentarismus mit dieser Vorgangsweise erweisen. (*Erneute Zustimmung bei der ÖVP.*)

Zentralsekretär Blecha hat heute als Ihr wirtschaftspolitischer Spitzenredner zwar ein sehr niedriges Niveau der wirtschaftlichen Debatte angeschlagen, aber er hat immerhin ein Meisterstück an Dialektik aufgeführt. Ich möchte auf einige dieser dialektischen Wortverdrehungen und Umfunktionierungen von Begriffen ganz kurz hinweisen.

Nach Blecha handelt es sich bei dem nun vorliegenden Belastungspaket um eine „sozial gerechte Maßnahme“. Nach Blecha ist es also sozial gerecht, wenn die Beiträge zur Pensionsversicherung, zur Krankenversicherung erhöht werden. Nach Blecha ist es sozial gerecht, wenn die Belastungen mit indirekten Steuern weiter hinaufgetrieben werden, jene Steuern, die Sie von der Sozialistischen Partei jahrzehntelang als ungerecht, als ungerecht gegen die kleinen Leute, immer wieder verdammt haben. Nach Blecha ist es sozial gerecht, wenn der Familienlastenausgleichsfonds ausgeräumt wird und damit die Leistungen an die Familien in Zukunft in Frage gestellt werden. Nach Blecha ist es auch gerecht, wenn etwa den Pendlern in den ländlichen Räumen, wenn den Nebenerwerbsbauern dadurch, daß das Auto zum Luxus gemacht wird, zum unerschwinglichen Luxus, wenn diesen Menschen ihr wichtigstes Betriebsmittel, das sie für das Erreichen ihres Arbeitsplatzes haben müssen, entzogen wird. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Und, meine Damen und Herren, nach Zentralsekretär Blecha geht es ja überhaupt nur um das Problem des Reichtums, sind ja alle Schwierigkeiten, die wir haben, nur dadurch hervorgerufen, daß die Österreicher zu reich sind.

Wenn man eine solche Art der Dialektik verfolgt, ist es schon verständlich, wenn Sie nun

**Dipl.-Ing. Riegler**

darangehen, die Bevölkerung neuerlich zur Ader zu lassen und das, was sich die Österreicher geschaffen haben, zum Luxus zu erklären. *(Beifall bei der ÖVP.)* Meiner Beurteilung nach steckt dahinter aber ein Zynismus der Bevölkerung gegenüber, der unerträglich ist, meine Damen und Herren.

Ein zweites Beispiel – es wurde von mehreren Vorrednern bereits darauf hingewiesen –: Sie sprechen von einem Sparbudget. – Gespart wird im Bereich der Investitionen, im Bereich der Förderungen. Es ist aber nichts zu merken gewesen, daß in den Bereichen, wo Sie Verschwendungspolitik betreiben, echte Sparmaßnahmen einsetzen würden. Das einzige Rezept, das Sie haben, sind neue zusätzliche Schröpfungen und ein Zurückgehen der Leistung der öffentlichen Hand, des Bundes, für die österreichische Bevölkerung.

Ein drittes Beispiel für diese Umfunktionierung von Begriffen: Nach Blecha ist an den Problemen, wie etwa Budgetkrise, Zahlungsbilanzkrise, Arbeitsplatzprobleme – obwohl es diese Probleme nach Ihren heutigen Reden ja gar nicht geben dürfte, auch wenn gestern gemeldet wurde, daß bei der VÖEST 15 000 Arbeiter in Schulungsmaßnahmen geschickt werden sollen und daß dort ein Defizit im heurigen Jahr zwischen 500 Millionen Schilling und 1 Milliarde Schilling erwartet wird –, nach Zentralsekretär Blecha also ist an den Problemen das „kapitalistische System“ schuld. Schuld ist nicht das Versagen Ihrer Wirtschaftspolitik, sondern schuld ist das System.

Diese Aussagen sind deshalb sehr genau zu registrieren, weil hier versucht wird, eine Systemveränderung schrittweise in der Meinungsmanipulation vorzubereiten. Dieser Doppelstrategie, meine Damen und Herren, werden wir uns mit aller Vehemenz ganz entschieden widersetzen! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Versagt hat nicht das System der sozialen Marktwirtschaft. Dieses System hat seine Leistungsfähigkeit für die Menschen und für die sozialen Errungenschaften unserer Bevölkerung sehr klar unter Beweis gestellt. Versagt hat die Wirtschaftspolitik Ihrer Regierung! *(Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP.)*

Überhaupt hat man den Eindruck, daß Sie den letzten Schwenk Ihrer Politik so vollzogen haben, daß Sie nun mit neuen Belastungswellen versuchen wollen, das Ufer des nächsten Wahltermines im Jahr 1979 zu erreichen, und daß Ihr Rezept wieder nur ist, neue Belastungen als Folge einer Politik von Versäumnissen auf die Österreicher niedergehen zu lassen.

Ich nehme hier nur einen Bereich heraus, den der Landwirtschaft. Es hat jahrelang gedauert,

meine Damen und Herren, bis es gelungen ist, Ihrer Regierung begreiflich zu machen, daß etwa die Entwicklung auf dem Agraraußenhandelssektor falsch läuft. Viele Warnungen, viele Vorschläge, viele Hinweise sind immer wieder vom Tisch gewischt worden, genauso arrogant, wie Sie heute den Taus-Plan zur Arbeitsplatzsicherung wieder vom Tisch wischen.

Wir haben es inzwischen gemerkt, was es bedeutet, wenn heute, meine Damen und Herren, fünf Jahre, vier, drei Jahre nach unseren Vorschlägen, der Bundeskanzler selbst hier im Parlament erklärt hat, daß nun darangegangen werden müsse, in Verhandlungen gegenüber der Europäischen Gemeinschaft bessere Bedingungen herauszuhandeln. Etwas, was wir jahrelang immer wieder gefordert haben, wo wir unsere Vorschläge, unsere Unterstützungen vorgelegt haben. Nun, nach Jahren, kommen Sie darauf, daß hier tatsächlich etwas gemacht werden sollte. Sie sind zumindest bereits so weit, daß Sie darüber reden. Von Handlungen, vor allem von erfolgreichen Handlungen haben wir noch nicht allzuviel gemerkt.

Die Frau Gesundheitsminister ist noch immer säumig, die Bestimmungen des Lebensmittelgesetzes zu vollziehen.

Der Landwirtschaftsminister verkauft zum x-tenmal einen Erfolg, nämlich die Aufstockung des Nutzrinderkontingents, obwohl dieser Erfolg nach wie vor nicht gesichert ist. Aber alle Welt muß den Eindruck haben, daß hier x-mal bereits ein neuer Durchbruch erzielt worden ist.

Vor allem gehen Sie ja wieder nur von der einseitigen Sicht aus, nun – nachdem es sich in der Zahlungsbilanz nicht mehr ausgeht – gegen die Lebensmittelimporte etwas zu tun. Sie verkennen wieder den wirtschaftlichen Zusammenhang, daß unsere Volkswirtschaft ja ein Ganzes ist: eine Wertschöpfung, die in der Landwirtschaft erzielt werden kann, und ein Arbeitsplatz, der in diesem Bereich gesichert werden kann, ist genauso wertvoll für das gesamte unserer Volkswirtschaft wie in allen übrigen Bereichen. *(Beifall bei der ÖVP.)* Und das ist eben Ihr Grundfehler, meine Damen und Herren, daß Sie immer nur ganz schmal, sektoral von einem Gesichtspunkt an die Dinge herangehen und damit die Zusammenhänge verkennen.

Noch etwas: Wir haben schon öfter darauf hingewiesen, daß allein in diesem Bereich der landwirtschaftlichen Erzeugung, wenn wir die Chancen für unsere eigene Produktion sichern können, etwa 36 000 Arbeitsplätze erhalten werden können. Hier steckt ja noch etwas drinnen, nämlich eine versteckte Arbeitslosigkeit, weil es durch diese Entwicklung Menschen gibt in dem Bereich, die zwar nicht mehr das

**Dipl.-Ing. Riegler**

notwendige Einkommen erwirtschaften können, aber auch keine Chance haben, in der jetzigen Situation in andere Bereiche umzusteigen. Auch etwas, was in den Statistiken, von denen der Sozialminister heute gesprochen hat, eben nicht zum Ausdruck gekommen ist.

Generalsekretär Lanner hat Ihnen vor einigen Wochen hier einen Stufenplan vorgeschlagen, um das Problem „Bewältigung der Chancenungleichheit gegenüber der Europäischen Gemeinschaft“ zu lösen. Ich möchte diesen Stufenplan hier neuerlich vorschlagen und Sie fragen, warum Sie nicht bereit sind, in eine solche Vorgangsweise wirklich einzusteigen.

Nach unserer Auffassung muß die Stufe eins sein, daß sich die österreichische Bundesregierung konzentriert bemüht, bei den Regierungen der Teilstaaten der Europäischen Gemeinschaft die Probleme darzulegen und Verständnis für eine entsprechende Entscheidung in den Gremien der Europäischen Gemeinschaft vorzubereiten.

Diesem ersten Schritt müßte der zweite folgen, daß sich die zuständigen Minister, und nicht einer in einem isolierten Vorstoß, in Brüssel bemühen, eine entsprechende Revision der Haltung der Europäischen Gemeinschaft gegenüber unseren landwirtschaftlichen Handelsproblemen und den sensiblen Produkten zu erreichen.

Ich glaube, daß als dritter Schritt, wenn es erforderlich ist, der Bundeskanzler sich der Mühe unterziehen sollte, auch mit den Regierungschefs der EG-Staaten in entsprechend konzentrierte Verhandlungen einzusteigen.

Es kann nicht zielführend sein, wenn der Landwirtschaftsminister hin und wieder Einzelvorstöße unternimmt, und es ist genausowenig zielführend gewesen, wenn der Außenminister versucht hat, bei seinem Besuch in der Bundesrepublik Deutschland die Probleme darzulegen. Hier ist eine gemeinsame, eine konzentrierte Vorgangsweise notwendig. Ich verstehe nicht, warum Sie nicht bereit sind, sich einer solchen Vorgangsweise auch zu bedienen.

Aber es gehört ja überhaupt zum Stil Ihrer Doppelstrategie, daß Sie immer wieder sagen: Wo sind die Vorschläge, wo sind die Alternativen der Österreichischen Volkspartei?, obwohl es diese Alternativen und Vorschläge in vielen Bereichen, in vielen Verhandlungen immer wieder gegeben hat und geben wird. Andererseits werden diese Alternativen, diese Vorschläge mit einer Arroganz und Überheblichkeit weggewischt, wie etwa zuletzt beim Vorschlag unseres Parteiobmannes zur Arbeitsplatz-

sicherung. Ich möchte abschließend einen Kommentar von Peter Rabl im „Kurier“ vom 2. November 1977 zitieren. Er schreibt:

„Rechthaberische SP-Reaktion. Die SPÖ hat auf das Arbeitsplatzkonzept der Volkspartei reagiert wie erwartet: rechthaberisch bis an den Rand des Größenwahnsinns.“ *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Und Rabl schreibt weiter:

„Solche Geisteshaltung zeichnet die Regierungspartei ja überhaupt spätestens seit dem dritten Wahlsieg 1975 aus. Wenn's nicht gerade innerparteilichen Streit darüber gibt – wie man die nächste Belastungswelle anlegen könnte.“

Rabl schreibt in einem späteren Abschnitt:

„Der Hannes Androsch macht das viel gescheiter: Der verpaßt den Unternehmern eine neuerliche saftige Belastungswelle, schwächt ihre Konkurrenzfähigkeit noch mehr. Und knöpft den Arbeitnehmern ebensoviel ab. Das ist sozialistische Gleichheitspolitik.“

Ich glaube, daß diesem Zitat nichts mehr hinzuzufügen ist und daß wir aus diesem Grunde die heute wieder vorgelegte politische Linie ablehnen müssen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

**Präsident:** Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Pfeifer.

Abgeordneter **Pfeifer** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich möchte zuerst einmal einen Antrag einbringen auf Änderung des Initiativantrages 64/A der Abgeordneten Pansi und Dr. Schranz.

Ich möchte diesen Antrag zur Verlesung bringen.

**Antrag**

der Abgeordneten Pfeifer, Anton Schlager und Genossen auf Änderung des Initiativantrages 64/A der Abgeordneten Pansi, Dr. Schranz (Sozialversicherungs-Änderungsgesetz 1977 – SV-ÄndG. 1977) in der vom Ausschuß für soziale Verwaltung beschlossenen Fassung (663 d. B.)

Der Nationalrat wolle in zweiter Lesung beschließen:

1. Im Artikel V hat Z. 1 zu lauten:

„1. § 17 Abs. 4 erster Satz hat zu lauten:

**Pfeifer**

„Der Beitrag beträgt monatlich in der

Versicherungsklasse	für die gemäß § 2 Abs. 1 Z. 1 Pflicht- versicherten	für die gemäß § 2 Abs. 1 Z. 2 Pflicht- versicherten
I .....	115 S	86 S
II .....	145 S	86 S
III .....	173 S	86 S
IV .....	193 S	86 S
V .....	213 S	86 S
VI .....	229 S	86 S
VII .....	257 S	86 S
VIII .....	283 S	94 S
IX .....	310 S	104 S
X .....	336 S	112 S
XI .....	369 S	123 S
XII .....	406 S	136 S
XIII .....	438 S	146 S
XIV .....	470 S	157 S
XV .....	516 S	172 S
XVI .....	576 S	192 S
XVII .....	654 S	218 S
XVIII .....	684 S	228 S. ' "

2. Im Artikel V haben die Z. 2 und 3 zu entfallen.

3. Artikel X lit. a hat zu lauten:

„a) hinsichtlich der Bestimmungen des § 447 a Abs. 3 des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes in der Fassung Art. I Z. 9 sowie des Art. VIII Abs. 1 der Bundesminister für soziale Verwaltung im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen;“

Soweit die Verlesung dieses Antrages. Ich bitte den Herrn Präsidenten, diesen Antrag in die abendlichen Gespräche einzubeziehen.

Und jetzt, meine Damen und Herren von der rechten Seite dieses Hauses, zu Ihnen. (*Heiterkeit und Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Da kommt der Herr Abgeordnete Kern und stellt sich vor, wie er wörtlich sagt – ich habe das mitgeschrieben –, als Mensch, der die Probleme aus der Sicht des Landbewohners betrachtet, aus der Sicht des Pielachtalers.

Dann meint er, diese Bundesregierung habe mit diesem Abgabenänderungsgesetz ganz einfach wieder neuerlich die Armut in Österreich ausgerufen; wenn man seinem Diskussionsbeitrag ein wenig zugehört hat, dann muß man diesen Eindruck gewinnen.

Ich möchte dem Herrn Kollegen Kern gleich sagen, daß die Pielachtaler Nebenerwerbsbauern sehr wohl, wie sie es sich wünschen, entweder mit öffentlichen Verkehrsmitteln so wie bisher oder auch mit dem Auto so wie bisher anreisen werden, weil diese Bundesregierung, weil wir Sozialisten, meine Damen und Herren, alles tun werden, damit erstens einmal die Beschäftigung gesichert ist.

Herr Kollege Kern, gut hätten wir ausgeschaut, wenn wir Ihren Aktivitäten und Ihren Vorschlägen Folge geleistet hätten! Wo wären denn bei den Nebenerwerbsbauern die Arbeitsplätze gesichert gewesen? Wieviel Tausende arbeitslose Bauern hätten wir denn schon, wenn es nach Ihrem Muster und nach Ihrem Rezept gegangen wäre, meine Damen und Herren? (*Zustimmung bei der SPÖ.*) Ich glaube, das muß man auch immer wieder betonen und immer wieder sagen.

Wenn der Herr Kollege Kern – ich hoffe, daß Sie es ihm ausrichten, er ist nicht hier – der Regierung vorwirft, daß sie eigentlich nur eine Propagandaregierung ist, so kann ich es mir erlauben, dazu Stellung zu nehmen. Denn ich war damals auch schon im Haus, als eine andere Regierung, nämlich eine von Ihnen, auf dieser Regierungsbank gesessen ist.

Damals habe ich einen gewissen Herrn Pisa kennengelernt. Der hat damals so den Propaganda-Staatssekretär der ÖVP-Regierung zwischen 1966 und 1970 gespielt, und die damalige Regierung hat in ihrem Budget 40 Millionen Schilling für Propaganda der ÖVP-Regierung gehabt. Davon reden Sie nicht, meine Damen und Herren! (*Zustimmung bei der SPÖ. – Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Wir haben damals das angeprangert. Und, Kollege Wiesinger, 1970 haben Sie die Quittung bekommen, und daran laborieren Sie bis heute noch, meine Damen und Herren! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Kollege Dr. Wiesinger! Wie erklären Sie es sich denn, daß Sie auch im ländlichen Raum immer weniger Zuspruch erhalten? Wie viele Wahlen müssen Sie denn noch verlieren, bis Sie einmal auf einen geringer irritierten Kurs kommen? (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Ich meine also, es wird Zeit, daß Sie sich wieder ein wenig sammeln.

Meine Damen und Herren von der rechten Seite! Daß Ihnen das nicht gefällt, das glaube ich Ihnen. Aber ich muß Ihnen doch eines auch noch sagen:

Da kommt der Kollege Riegler heraus und stellt in seinem ersten Satz fest, daß er dem Niveau meines Kollegen Kokail nicht folgen kann, und er bedauert, daß dieser wieder einmal von der Roten Katze gesprochen hat. Ich hatte vorgehabt, dazu überhaupt nichts zu sagen, aber der Kollege Riegler hat mich eigentlich dazu veranlaßt.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich feststellen: Genauso wie meine Freunde hier auf diesen Bänken dieses Hauses habe ich lange erlebt, wie Sie mit dieser Roten Katze versucht haben, die Menschen in den Dörfern zu täuschen. Sie haben ja mehr als 20 Jahre von



**Pfeifer**

dieser Argumentation gelebt, meine Damen und Herren! *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Hohes Haus! Wenn nun Kollege Riegler außerdem gleich eine Miniaturagrardebatte vorweggenommen hat, möchte ich ihm noch sagen: Es wird noch ausreichend Gelegenheit sein, zum Landwirtschaftsbudget, zum Agraretat der Bundesregierung Stellung zu nehmen und darüber zu diskutieren. Aber es sei mir doch gestattet, meine Damen und Herren von der ÖVP, hier in aller Bescheidenheit festzustellen, daß im Anschluß an diese vier Tagesordnungspunkte noch ein Tagesordnungspunkt kommt, auf Grund dessen die Landwirtschaft Millionen-, um nicht zu sagen Milliardenbeträge bekommt. Wir haben diese Beträge im Budgetüberschreitungs-gesetz festgelegt, und mehr als 726 Millionen wird der Bundesbeitrag für die Sozialversicherungsanstalt der Bauern, die ja notwendig ist, nach diesem Budgetüberschreitungs-gesetz ausmachen. *(Abg. Steiner: Mangelhafte Vorse-gorge des Finanzministers, heißt das!)*

Seien Sie vorsichtig, Herr Kollege! *(Abg. Steiner: Gar nicht vorsichtig! Warum muß er denn nachbudgetieren?)* Wissen Sie, wir machen das mit zwei Budgetüberschreitungs-gesetzen. Können Sie sich erinnern? Waren Sie damals schon da? Sie haben jedes Jahr immer vier gebraucht, so haben Sie budgetiert! Manchmal sind es sogar noch mehr geworden, meine Damen und Herren, und die Bauern haben nichts davon bekommen. Das muß man auch feststellen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Hohes Haus! Wir geben für die Landwirtschaft, für Preisausgleichsmaßnahmen Hunderte Millionen Schilling und bekennen uns dazu, weil diese Dinge notwendig sind. Ich stelle sachlich fest, daß zu Ihrer Zeit vier Budgetüberschreitungs-gesetze immer gang und gäbe waren und daß für die Bauern fast nie etwas drinnen war, sehr wenig jedenfalls. Und das ganze Lamento im Bauernbund hat nichts geholfen: Sie haben den Finanzminister nicht dazu überreden können, daß er für die Bauern einige Millionen mehr hergibt. *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Hohes Haus! Ich möchte abschließend sagen: Diese Bundesregierung tut alles, die gute Beschäftigungslage, die gerade auch für die bäuerlichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer so notwendig ist, aufrechtzuerhalten, und Sie müßten eigentlich längst erkennen, meine Damen und Herren, daß Ihre Taktik bei der österreichischen Bevölkerung auch nicht ankommen kann, denn auf der einen Seite verteufeln Sie alles, was die Bundesregierung, was wir Sozialisten für die Beschäftigung der Österreicherinnen und Österreicher tun, und auf der anderen Seite lizitieren Sie frisch-fröhlich. Das hat Ihnen schon bei drei Wahlen nicht

gutgetan, auch nicht in der jüngsten Zeit. Und wir werden alles tun, damit wir alle Menschen in diesem Land über Ihre Doppelstrategie, die den Menschen nichts bringt, informieren.

In diesem Sinne möchte ich Ihnen nur sagen, daß wir sehr wohl alles tun, diesen Kurs der Bundesregierung auch in der Zukunft positiv für die österreichische Bevölkerung und für die Vollbeschäftigung zu gestalten. *(Beifall bei der SPÖ.)*

**Präsident:** Der Antrag ist genügend unterstützt und steht mit zur Behandlung.

Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Dr. Schwimmer.

Abgeordneter Dr. **Schwimmer** (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die Euphorien des Herrn Abgeordneten Pfeifer über sozialistische Wahlerfolge lassen in mir einen Verdacht aufkeimen. In Krems etwa - das ist ja im gleichen Land, aus dem Kollege Pfeifer kommt - muß die SPÖ einen schweren Fehler gemacht haben. Sie hat nicht Kollegen Pfeifer als Wahlredner eingesetzt, sondern die ganze Bundesregierung mit dem Bundeskanzler an der Spitze. Darum hat die ÖVP dort erstmals die absolute Mehrheit gemacht. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vielleicht wäre es bei dem wachsenden Zuspruch bei der ländlichen Bevölkerung, den der Kollege Pfeifer zu sehen vermeint, dann doch so ausgegangen, daß die SPÖ mit dem Redner Pfeifer in Krems vielleicht wieder drei Prozent bekommen hätte, die der Arbeitsbauernbund des Kollegen Pfeifer bei Landwirtschaftskammerwahlen andauernd erreicht. *(Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP.)*

Ein Wort noch zu einem anderen sozialistischen Vorredner. Nach diversen mißglückten Verteidigungsversuchen für Diffamierungen des sozialistischen Klubobmanns hat Abgeordneter Dr. Schranz ja noch eine Fleißaufgabe gemacht und in einem Fall klassischer Manipulation versucht, einen ÖAAB-Landesobmann, den Dr. Prader, als Kronzeugen für Diffamierungen von Dr. Fischer heranzuziehen, mit Äußerungen, die angeblich aus dem Jahre 1966 gestammt haben.

Es war ein Fall klassischer Manipulation, denn der Abgeordnete Dr. Schranz hat hier gleich mehrfach unterschlagen. Er hat unterschlagen, daß es Äußerungen waren aus der Zeit 1955, als die sowjetische Mineralölverwaltung in die ÖMV übergeführt wurde und es damals kommunistische Unterwanderungsversuche gab.

Er hat aber auch unterschlagen, was Dr. Prader in diesen Zitaten klargestellt hat: daß es nämlich Unterwanderungsversuche waren

**Dr. Schwimmer**

und diese Versuche aber überhaupt nicht mehr unternommen worden sind, weil sie vom ÖAAB Niederösterreich damals radikal abgestellt worden sind.

Ich glaube, im gleichen Jahr, aus dem Dr. Schranz zitiert hat, 1966, wäre auch vielen in Ihrer Partei – ich nehme an, den meisten – viel wohler gewesen, wenn man gleich radikal die kommunistische Wahlempfehlung zurückgewiesen hätte. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Solche Manipulationsversuche rentieren sich einfach nicht.

Nun zum Belastungsrekordpaket, das Sie heute mit einer 50,4 Prozent-Mehrheit beschließen wollen. Ein Belastungsrekord nach sieben-einhalb Jahren SPÖ-Regierung, die ja wahrlich an Belastungen nicht arm gewesen sind. Und Sie haben wieder nur ein einziges Argument dafür anzubieten: Das alles brauchen wir zur Sicherung der Vollbeschäftigung. Der Herr Bundesminister für „soziale Verteuerung“, der mit 8 Milliarden Schilling jährlich an diesem Belastungsrekord beteiligt ist, hat es in seiner Wortmeldung überhaupt nicht mehr für notwendig befunden, die von ihm bei den zwei SPÖ-Abgeordneten bestellten Belastungen zu erwähnen geschweige denn nur zu begründen. Der Herr Bundesminister für soziale Verteuerung, Gerhard Weissenberg, hat etwas anderes getan: Er hat zum Konzept zur Sicherung der Arbeitsplätze gesprochen. – Allerdings nicht zu Ihrem Konzept der Ausreden, Herr Finanzminister, sondern zum vom ÖVP-Bundesparteiobmann Dr. Taus vorgelegten Konzept zur Sicherung der Arbeitsplätze, zur vorgelegten Alternative, und er hat sich in seiner Rede fast ausschließlich mit dem Taus-Konzept beschäftigt.

Hat jetzt Herr Minister Weissenberg erklärt: Ja, das ist auch unsere große Sorge, Sorge der Regierung, die Arbeitsplätze zu sichern, darum halten halt wir, die Sozialisten, Belastungen in der Höhe von zig Milliarden Schilling, die jeden Erwerbstätigen in Österreich 4 000 S jährlich kosten, für notwendig, aber ich bin bereit, mit Ihnen auch über Ihre Vorschläge zur Sicherung der Arbeitsplätze zu reden!? Hat der Herr Minister so gesprochen? Er hat etwas ganz anderes gesagt. Er hat gesagt: Nein, wir brauchen die Arbeitsplatzsicherung gar nicht, das ganze Taus-Konzept ist überhaupt nicht notwendig. Die Arbeitsplatzsicherung wird von sozialistischen Rednern immer nur dann gebraucht, wenn es eine neue Belastungswelle zu begründen gilt, die regelmäßig kommt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Als aber der Herr Minister für soziale Verteuerung dieses Konzept in der Hand hatte, da war Arbeitsplatzsicherung plötzlich über-

haupt nicht mehr notwendig. Er hat uns seine ganze Rede lang erzählt, nein, Arbeitsplatzsicherung brauchen wir nicht.

Ja, warum lassen Sie dann die Ausreden über Arbeitsplatzsicherung dann nicht endlich sein? Sagen Sie dann endlich die Wahrheit, daß Sie eine Belastungswelle nach der anderen nur zum Stopfen von Budgetlöchern ohne Boden brauchen, denn alle Behauptungen über Notwendigkeiten zur Arbeitsplatzsicherung im Taus-Konzept haben Sie, Herr Minister Weissenberg, von diesem Pult aus bestritten. Sie haben alles ignoriert.

Problemgruppe Jugend, haben Sie gesagt, stimmt nicht, gibt es nicht, es gibt keine Gefahr der Jugendarbeitslosigkeit. Wir brauchen nichts Besonderes zu tun. Was man tun mußte, ist alles schon geschehen. – Wozu dann die neuen Belastungen, wenn alles schon geschehen ist, was man tun muß?

Problemgruppe Maturant und Akademiker, haben Sie gesagt, stimmt nicht, gibt es nicht, es gibt keine Gefahr der Arbeitslosigkeit für Maturanten und Akademiker. Wir brauchen nichts mehr zu tun. Was man vielleicht tun könnte, ist alles längst geschehen, haben Sie gesagt. – Wozu dann die neuen Belastungen in der Höhe von zig Milliarden Schilling, wenn man nichts mehr tun braucht zur Arbeitsplatzsicherung?

Problemgruppe Frauen, haben Sie gesagt, stimmt nicht, gibt es nicht. Keine Gefahr der Frauenarbeitslosigkeit. Die ist genauso gering wie alles andere. Wir brauchen nichts zu tun; was man tun könnte, ist alles schon geschehen. Wozu dann die Belastungen, Herr Minister, wenn ohnehin bereits alles erledigt, alles in Ordnung ist?

Problemgruppe ältere Menschen, haben Sie gesagt, gibt es nicht. Da brauchen wir nichts mehr zu tun. Es gibt keine Gefahr der Arbeitslosigkeit älterer Menschen. Ja, Sie haben gesagt, jeder, der sich beim Arbeitsamt meldet, hat auch die Chance, vom Arbeitsamt vermittelt zu werden.

Ich glaube, bei diesen Sätzen, Herr Minister, hat sogar ein Großteil Ihrer Fraktionskollegen insgeheim den Kopf geschüttelt, denn sie werden genauso wie wir aus der Interventionstätigkeit eines Abgeordneten die vielen Fälle kennen, wo ältere Arbeitnehmer einfach keinen neuen Arbeitsplatz mehr finden und auch die Arbeitsämter verständlicherweise am Ende ihres Lateins sind. Und die wenden sich dann an den Volksvertreter mit der Bitte um Hilfe, an Sie genauso wie an uns, und wir wissen auch oft nicht, wie man dem einen Posten verschaffen soll.

**Dr. Schwimmer**

Aber jeden einzelnen dieser Fälle, Herr Minister, werden wir in Zukunft zu Ihnen schicken. Wir werden jedem einzelnen eine Abschrift des Stenographischen Protokolls mit Ihrer Aussage geben, und dann werden wir verlangen, daß Sie Ihre Zusage einhalten, daß der wirklich vom Arbeitsamt vermittelt wird und einen neuen Posten bekommt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Jede Frau, die nach einer mehrjährigen Unterbrechung ihrer Berufstätigkeit einen neuen Arbeitsplatz sucht und ihn nicht findet, vom Arbeitsamt nicht vermittelt wird, werde ich Ihnen schicken.

Jeden älteren Arbeitnehmer werden wir Ihnen schicken. Dann können Sie Ihre Behauptungen, Ihre Kritik an den Taus-Vorschlägen, es gibt keine Problemgruppe Frauen, es gibt keine Problemgruppe ältere Arbeitnehmer, das können Sie dann unter Beweis stellen, indem Sie dann sofort jedem einzelnen einen Posten vermitteln, Herr Bundesminister.

Sie haben zu jedem im Taus-Konzept aufgezählten Arbeitsmarktproblem erklärt, das gebe es nicht, das sei schon längst bewältigt worden. Es ist mir auch klar, Herr Bundesminister, wieso die beiden von Ihnen bestellten Antragsteller Pansi und Schranz von Ihnen einen unvollständigen Antrag zum Sozialversicherungs-Änderungsgesetz in die Hand gedrückt bekommen haben, wo nämlich drinnen steht – ich zitiere wörtlich aus der Begründung des Antrages von Pansi und Schranz; von diesen beiden Abgeordneten und nach der Geschäftsordnung auch von den anderen Abgeordneten der SPÖ unterschrieben, offensichtlich, ohne es gelesen zu haben, denn es steht wörtlich drinnen –:

„Da der Inhalt dieses Antrages vorwiegend Maßnahmen finanzieller Natur umfaßt, wird diesbezüglich auf die beigegebenen finanziellen Begründungen verwiesen.“ – Nun, da hat es nichts gegeben, da war nichts beigegeben. Jede finanzielle Begründung zu diesem Antrag wäre ja auch ein Offenbarungseid einer abgewirtschafteten SPÖ-Regierung gewesen.

Und genauso, wie man uns die finanziellen Begründungen trotz der Behauptung in den Erläuterungen verweigert hat, und zwar bis heute verweigert hat, denn Sie haben uns dann im Ausschuß Auswirkungen, aber nicht Begründungen gegeben, genauso haben Sie, Herr Bundesminister, trotz mehrfacher gegenteiliger Ankündigungen in Ihrer Rede die Aufzählung der angeblich längst vollständig durchgeführten Vorschläge aus dem Taus-Konzept zur Sicherung der Arbeitsplätze verweigert, und Sie haben mehrfach gesagt: Ich werde alles aufzählen, was da schon längst vollständig durchge-

führt wurde!, nur haben Sie das nicht getan. Durch Verlesen halber Sätze haben Sie zwar versucht, das Taus-Konzept zu manipulieren, aber dem kann man sehr einfach die Vorschläge und die Realität entgegensetzen:

Prämien zur Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen für Jugendliche gibt es in der Form noch nicht, Herr Minister.

Bei Betriebsneugründungen, bei staatlichen Konjunkturprogrammen ist die Beschäftigung einer bestimmten Zahl von Jugendlichen Bedingung. – Gibt es das, Herr Minister? Gibt es noch nicht, haben Sie aber auch nicht vorgelesen. Das war die Manipulation, die Sie vorgenommen haben.

Die erlaubte Lehrlingszahl pro Betrieb soll erhöht werden. – In ganz wenigen Branchen ist das geschehen. Das mußten Sie ja selbst zugeben.

Ausweitung der Möglichkeiten zur Teilzeitbeschäftigung. – Das kann es nicht geben, denn die Möglichkeiten, die heute bestehen, können nicht heute schon ausgeweitet sein. Diese Ausweitung ist also noch nicht geschehen.

Und dann haben Sie gleich den nächsten Absatz komplett unterschlagen, weil Sie da etwas tun könnten, aber nicht tun wollen. Bund, Länder, Gemeinden, Interessensvertretungen und Sozialversicherungsträger sollten einen bestimmten Prozentsatz ihrer Stellen für Teilzeitarbeit reservieren. Sie könnten ja im Sozialministerium gleich anfangen damit, diese Anzahl von Teilzeitbeschäftigungsplätzen zu reservieren. Aber Sie wollen einfach unsere Vorschläge nicht verwirklichen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Um kurzfristig Arbeitsmarktprobleme der Frauen zu lösen, ist der Karenzurlaub zu verlängern. – Sie haben das nicht erwähnt. Sie haben nicht dazu Stellung genommen, entgegen Ihren Ankündigungen.

Auch die Stellungnahme zur Erhöhung der Kündigungsfristen bei einem bestimmten Lebensalter ist von Ihnen nur unzureichend erfolgt.

Und überhaupt nicht gesprochen haben Sie zu den sozialversicherungsrechtlichen Vorschlägen im Taus-Konzept. Wo war Ihre Stellungnahme zur Variation des Bonus, den der Pensionswerber erhält, wenn er länger als bis 65 Jahre arbeitet? Der Taus-Vorschlag: Sein Ausmaß könnte je nach Konjunktursituation deutlich verändert werden. Wo ist Ihre Stellungnahme gewesen zu diesem Vorschlag?

In gleicher Weise könnten die Ruhensbestimmungen konjunkturell variiert werden: In Zeiten

**Dr. Schwimmer**

der Arbeitslosigkeit Verschärfung der Ruhensbestimmungen, in Zeiten der Vollbeschäftigung Erleichterungen. Wo ist Ihre Stellungnahme gewesen, Herr Minister? Und wo ist das schon verwirklicht, wie Sie behauptet haben, wie alles schon verwirklicht sein sollte?

Zum gleitenden Übergang in die Pension. Auch dazu haben Sie geschwiegen. Sie haben nur pauschal behauptet, all das, was da drinnen steht, ist ja ohnehin schon längst gemacht worden. Es gibt keine Arbeitsplatzprobleme, es gibt nur Belastungen, die man damit begründet. Und machen brauchen wir nichts mehr, weil alles längst geschehen ist.

Wo sind die Dinge, die ich Ihnen jetzt vorgelesen habe, bereits verwirklicht, Herr Bundesminister?

Und einer der beiden vom Bundesminister für „soziale Verteuerung“ bestellten Antragsteller, nämlich Herr Dr. Schranz, hat dann wieder eine andere Ausrede gebraucht und die Bildung einer neuen Legende für die Belastungswellen versucht: Die Belastung ist zur Entlastung des Bundes in der Pensionsversicherung notwendig.

Ich wiederhole auch die Zahlen, die er genannt hat. Sie stimmen, nur sind sie die halbe Wahrheit. Er hat gemeint, 1970 waren es 10 Milliarden Schilling, die der Bund als Bundeszuschuß für die Pensionsversicherung ausgeben mußte, heuer sind es 26 Milliarden Schilling. Richtig. Der Anteil am Gesamtbudget ist aber in etwa gleich geblieben mit den 10 und mit den 26 Milliarden Schilling 1970 beziehungsweise 1977.

Aber einen anderen Unterschied gibt es: Am Ende der ÖVP-Regierung war das Budgetdefizit 7 Milliarden Schilling, und jetzt ist es gute 46 Milliarden Schilling. Das können Sie nicht darauf zurückführen, daß bei gleichbleibendem Anteil am Gesamtbudget die Bundeszuschüsse zur Pensionsversicherung von 10 auf 26 Milliarden Schilling gestiegen sind, wenn Ihr Budgetdefizit – und das haben Sie allein zu verantworten – von 7 auf 46 Milliarden Schilling gestiegen ist.

Relativ, im Verhältnis zu den Gesamtausgaben der Pensionsversicherung, ist sogar der Bundeszuschuß prozentuell zurückgegangen. Er macht heuer, vor dem „Sozialversicherungsver-schlechterungs- oder -verteuerungsgesetz“, 23 Prozent aus. Das ist um zehn Prozent weniger, als die SPÖ 1965 bei den vom Herrn Minister heute erwähnten Pensionsanpassungsverhandlungen verlangt hat. Damals hat die Sozialistische Partei in der Koalitionsregierung vom ÖVP-Finanzminister 33⅓ Prozent starren Bundeszuschuß, egal, wie der Staatshaushalt ausschaut, egal, wie die finanzielle Situation der

Pensionsversicherung ausschaut, gefordert. Einen starren Bundeszuschuß von einem Drittel des gesamten Pensionsaufwandes wollten Ihre Parteifreunde, Herr Finanzminister, und vor allem der damalige sozialpolitische Referent des ÖGB, Dr. Gerhard Weißenberg, ist auf die Barrikaden für diese 33⅓ Prozent gegangen.

Und als man dann 1968, weil die Vorausrechnungen der Reserven nicht eingetroffen sind, sondern viel mehr Reserven gebildet worden sind, auf die Ausfallhaftung zurückgegangen ist, hat Ing. Häuser von diesem Rednerpult aus vom „Raubzug an den Kassen der Pensionsversicherung“ gesprochen.

Das ist die Politik mit doppeltem Boden, von dem der Belastungsantragsteller Dr. Schranz heute hier gesprochen hat. In der Koalition verlangt man vom ÖVP-Finanzminister 33⅓ Prozent. Dann rechnet man gemeinsam, versucht eine vernünftige Lösung zu treffen, errechnet, welche Reserven man bräuchte, und kommt auf 29 Prozent Bundeszuschuß. Dann kommt die ÖVP-Regierung, macht eine gute Wirtschaftspolitik mit steigendem Arbeitnehmer-einkommen, das bedeutet ganz automatisch steigende Pensionsversicherungsbeiträge... (Abg. Dr. Androsch: *Steigende Beschäftigung!*) Na, schauen Sie sich die damalige Entwicklung an, Herr Minister Androsch!

Die Pensionsversicherungsbeiträge sind ja nicht von ungefähr gestiegen. Die sind ja gestiegen durch steigende Arbeitnehmer-einkommen. Es ist einfach dann mehr Geld in die Kassen geflossen, und zwar viel mehr, als Sie in der Zeit der SPÖ-gebremsten Koalition angenommen haben. Mit dem haben Sie gar nicht gerechnet, daß da so viel Geld hereinkommen könnte. Das war auch nicht notwendig. Und da hat die ÖVP nichts anderes gemacht, als die Reserven auf das seinerzeit geplante Ausmaß wieder einzubremsen, weil es ja Unsinn gewesen wäre, vielleicht Belastungen einzuführen, nur um das Geld auf die hohe Kante zu legen. Es wäre ausgesprochen unmoralisch gewesen, vielleicht den Staatsbürger zu belasten, um das Geld irgendwo in Wertpapieren anzulegen, weil es gar nicht gebraucht worden wäre.

Und da hat Ing. Häuser vom Rednerpult aus vom „Raubzug an den Kassen der Pensionsversicherung“ gesprochen. Was machte er aber zwei Jahre später, als er Sozialminister wurde? Das, was er zwei Jahre vorher verteufelt hat, hat er sofort verlängert. Das ist auch wieder Politik mit doppeltem Boden, wie der Herr Abgeordnete Dr. Schranz gesagt hat. Die SPÖ-Regierung hat nicht die 29 Prozent wieder eingeführt oder vielleicht gar die 33⅓ Prozent Bundeszuschuß. Nein, sie hat die Ausfallhaftung verlängert.

**Dr. Schwimmer**

Und was hat die ÖVP-Opposition getan? Die hat nicht den Spieß umgedreht. Das Märchen von der Lizitationspolitik, das brauchen Sie ja nur als Ausrede für die Fischer-Diffamierungen. In der Wahrheit gibt es diese Lizitationspolitik nämlich überhaupt nicht. Sie können ja kein einziges Beispiel dafür anführen, Sie kommen in Beweisnotstand. Es sagt nur jeder SPÖ-Redner: Ja, wegen der Lizitationspolitik ist der Vergleich gerechtfertigt! Kein einziges Beispiel konnte heute von den SPÖ-Rednern angeführt werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn wir das getan hätten, was Sie behaupten, hätten wir 29 Prozent oder ein Drittel Bundeszuschuß verlangen müssen. Nein, wir haben der vernünftigen Ausfallshaftung auch in der Zeit der ÖVP-Opposition zugestimmt, weil eben die von Koren und Rehor 1968 eingeführte Ausfallshaftung für den Bundeszuschuß zur Pensionsversicherung vernünftig war und genau der vom Minister heute zitierten Grundsatzfeststellung von Dr. Kohlmaier entsprochen hat, daß es nämlich nicht Sache des Staatszuschusses ist, unerschöpfliches Reservoir zu sein, sondern bei Strukturschwächen die entfallenden Beiträge zu ersetzen. Wir brauchen daher keinen Bundeszuschuß für die Pensionsversicherung der Angestellten, die ausgeglichen gebart, aber man braucht wegen der Strukturschwächen einen Zuschuß für die Pensionsversicherung der Arbeiter, für die Pensionsversicherung der gewerblichen Wirtschaft und für die Pensionsversicherung der Bauern.

Sie schrauben sich aber jetzt mit rund 7 Milliarden Schilling von dieser Verpflichtung und erlegen allen Arbeitnehmern und allen Arbeitgebern neue Beiträge auf, und zwar allen Arbeitnehmern und allen Arbeitgebern, also auch den Angestellten – wozu der Abgeordnete Dallinger schweigt –, die jetzt auch 0,5 Prozent mehr zahlen müssen, obwohl ihre Pensionsversicherung ausgeglichen gebart und keine Strukturschwächen hat. Auch der Arbeitgeber des Angestellten muß diesen Zusatzbeitrag zusätzlich bezahlen.

Und das alles nicht für neue Aufgaben, wie einmal der Herr Bundeskanzler erklärt hat: Ja, bei neuen Aufgaben ist es auch gerechtfertigt, neue Steuern oder neue Umlagen einzuführen. Nein, es ist seit langem Aufgabe des Staates, die Strukturschwächen in der Pensionsversicherung durch einen Zuschuß auszugleichen. Sie drücken sich vor dieser Aufgabe und führen eine neue Steuer ein, eine neue Sozialsteuer, denn etwas anderes ist dieser sogenannte Zusatzbeitrag zur Pensionsversicherung nicht.

Abgeordneter Dallinger als Obmann der Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten und Gewerkschaftsobmann der Angestellten

müßte ja das auch hier feststellen, daß es, wenn die Angestellten auch bezahlen müssen, nur eine neue Steuer sein kann, weil das Geld ja nicht in die Kassen der Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten eingeht, sondern in einen großen Ausgleichstopf. Da steht drinnen, und auch das beschließen Sie heute mit, Kollege Dallinger: Von diesem Topf bekommt die Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten laut Gesetzestext: „0,0 v. H.“. Hätten Sie gleich hineingeschrieben Null Komma Josef oder Null Komma schmeck's als Verhöhnung der von Ihnen zertretenen Angestellten.

Das beschließen Sie heute mit der Stimme des Gewerkschaftsobmanns der Angestellten. Und Sie, Herr Sozialminister, sind mit diesem Zusatzbeitrag zur Pension, mit dieser Sozialsteuer, eigentlich nur mehr zum Subkassier des Finanzministers geworden.

Und wer muß außer Arbeitnehmern und Arbeitgebern diese neue Sozialsteuer noch bezahlen? Die Antwort auf diese Frage ist zugleich der schlagendste Beweis für das Debakel sozialistischer Sozial- und Finanzpolitik. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Weil Sie, Herr Finanzminister Androsch, Ihren Verpflichtungen, Ihren gesetzlichen Verpflichtungen zur Zahlung des Bundeszuschusses an die Pensionsversicherung nicht mehr nachkommen können, wird das Geld zum Teil, zur Hälfte den Familien, den Kindern weggenommen. Mit dem Betrag, der vom Familienlastenausgleichsfonds zur Sozialsondersteuer transferiert wird, könnte jedem Kind in Österreich jährlich um 1 500 S mehr Familienbeihilfe bezahlt werden.

Das ist der sozialistischen Bundesregierung vorbehalten geblieben: zum Klassenkampf, der immer wieder durchkommt, auch noch den Generationskampf hinzuzufügen! *(Abg. Dr. Gradenegger: Lizitation!)* Was meinen Sie? Das ist Lizitation? Danke für die Aufklärung, Herr Gradenegger. Ich habe mich ja schon gewundert, wo Sie immer die Frechheit und Kühnheit hernehmen, von Lizitation zu reden. Wenn Sie das unter „Lizitation“ verstehen, dann weiß ich endlich, was das bedeuten sollte. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber wenn ich Sie vorher „Subkassier des Finanzministers“ genannt habe, Herr Sozialminister, dann sind Sie auch dort, wo Sie allein verantwortlich und allein zuständig sind, überfordert, wenn Sie mehr Konzepte liefern sollen, als nur kassieren und alte Fehler zu wiederholen. Ihr Vorgänger hat bei der 29. ASVG-Novelle ja bereits Schiffbruch erlitten mit dem Konzept, in der Krankenversicherung ausschließlich die Höchstbeitragsgrundlagen zu erhöhen, also mehr zu kassieren, aber an der Struktur nichts zu

**Dr. Schwimmer**

ändern, nicht zu reformieren, nicht wirklich zu sanieren.

Man hat damals geschwafelt – anders kann man es heute nicht mehr nennen – von Milliardenüberschüssen, die wir heuer noch haben müßten, die wir noch nächstes Jahr haben müßten nach der 29. ASVG-Novelle, seit dem Jahre 1973. Übrig geblieben ist nach zwei Jahren bereits das Debakel, das Abstürzen in die roten Zahlen.

Und was Sie jetzt machen, wird noch viel schneller dazu führen, daß Sie in die roten Zahlen abstürzen. Und wie wenig Konzept dahintersteckt, wie sehr nur mehr das Kassieren im Vordergrund steht, ist aus einem einzigen Satz zu hören. Und bitte, damit ja kein Mißverständnis auftaucht – man könnte es nämlich so hören –: Das stammt nicht aus dem Ausschußbericht, und das stammt auch nicht aus den Erläuternden Bemerkungen. Es ist Gesetzestext, den ich hier vorlese:

Die Mittel, die jetzt der Krankenversicherung zugeführt werden, die jetzt mehr kassiert werden und in einen Sonderfonds abgeführt werden, werden folgendermaßen verwendet: „Die Verwendung dieses Sondervermögens bleibt der Neuregelung der Beteiligung der sozialen Krankenversicherung an den Betriebs- und Erhaltungskosten der Krankenanstalten vorbehalten.“

Das ist Ihr Sanierungskonzept. Sie kassieren und wissen noch gar nicht, was mit dem Geld eigentlich wirklich geschehen soll. In Ihren Augen, Herr Minister, ist es anscheinend dann eine Reform, wenn man die Probleme weiter vor sich herschiebt. (*Abg. Pansi: Haben Sie die letzten Tage verschlafen? Haben Sie nichts gehört von den Verhandlungen?*)

Das beschließen Sie aber heute! Das beschließen Sie heute, das ist einer Neuregelung erst vorbehalten! Aber was geschieht denn mit dem, was in den letzten Tagen verhandelt worden ist, mit der gesetzlichen Grundlage? Die ist ja völlig untauglich dafür. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Wo sind Ihre Konzepte, wo sind die Abänderungsanträge dazu? Das beschließen Sie heute unverändert. (*Abg. Dr. Hauser: Wie in Zwetendorf! Wir werden es in Betrieb nehmen, wenn wir wissen, was die Endlösung sein soll!*)

Aber zuerst wird kassiert, zuerst müssen Arbeitnehmer und Arbeitgeber mehr bezahlen. Immerhin, bei einem mittleren Einkommen kostet das allein 140 S im Monat. Das ist kein kleiner Betrag, der hier abgeknöpft wird. Und dann sind Sie noch empfindlich, wenn man von der „Roten Raubkatze“ spricht! Was anderes geschieht ja hier nicht als ein Raubzug. Das ist

wirklich ein Raubzug. Der Ing. Häuser hat zu Unrecht den Ausdruck verwendet. Aber das ist ein Raubzug gegen die Kassen der Beitragszahler für etwas, wo man noch gar nicht weiß, wofür es wirklich verwendet werden soll.

Die Mittel aus der Erhöhung der Höchstbeitragsgrundlage werden Sie jedenfalls nicht zur Sanierung der Krankenkasse zur Verfügung haben. Die liefern Sie ab in einen Topf, wo Sie nicht wissen, was Sie mit dem Geld machen. Es bleibt einzig die Rezeptgebühr übrig, wo Sie die erhöhten Einnahmen und vielleicht Minderausgaben für die „Sanierung“ – unter Anführungszeichen gesetzt – der Krankenversicherung verwenden können.

Wenn ich mir jetzt ausrechne, was Sie in Ihren eigenen Zahlen angeben, reicht das ja nicht einmal aus, um das heurige Defizit, geschweige denn das nächste Defizit der Krankenkassen abzudecken. Also wo, Herr Sozialminister, nehmen Sie die Kühnheit her, zu behaupten, daß Ihre Zusage auf eine finanzielle Sicherung der Krankenversicherung mit diesem Gesetz erfüllt worden sei? Sie haben nicht gegebene Zusagen erfüllt, von denen Sie nie gesprochen haben, die Sie irgendwo im geheimen gehabt haben müssen, über die Sie auch nicht sprechen. Ich habe noch keinen sozialistischen Sprecher heute Stellung nehmen gehört zur Belastungsautomatik mit diesem Gesetz. Denn obwohl in diesem „Sozialversicherungs-Verteuerungsgesetz“ kein Wort davon drinnen steht, werden miterhört:

Der Wohnbauförderungsbeitrag, der Wohnungsbeihilfenbeitrag – übrigens der größte Treppenwitz sozialistischer Sozialpolitik: Die 30 S sind antiquiert, überholt und seit langem unverändert, aber die Beitragsgrundlagen läßt man von heuer von 9 900 S um 27 Prozent auf 12 600 S im nächsten Jahr steigen. Das alles unter Prätext „Spitalsfinanzierung“ oder vielleicht „Arbeitsplatzsicherung“. Die 30 S bleiben unverändert, und alle Zusagen, dieses Wohnungsbeihilfengesetz endlich zu ändern, endlich zu reformieren, sind unerfüllt geblieben. Da sind schon zweimal gemeinsame Entschliessungsanträge gefaßt worden. Sie ignorieren das einfach, weil Sie kassieren können. Das scheint Ihr einziges Konzept zu sein.

Und nicht zu vergessen bei der Belastungsautomatik – ich hätte ja an sich auch gerne einen SPÖ-Redner dazu gehört – den Arbeiterkammerbeitrag. Die Arbeiterkammerumlage steigt ja automatisch mit der Höchstbeitragsgrundlage der Krankenversicherung. Ich habe noch nichts davon gehört, daß die Arbeiterkammern ihre Umlagen – ich bin selbst Kammerrat und beschließe dort die Budgets mit – zur Arbeitsplatzsicherung ausgeben oder zur Spitalssanierung, zur Krankenhaussanierung. Wieso ist hier

**Dr. Schwimmer**

diese Belastungsautomatik notwendig? Wo nehmen Sie hier die Legitimation her, auch für die Arbeiterkammerumlage die Beitragsgrundlage von einem Jahr auf das andere um 27 Prozent steigen zu lassen?

Sie haben keine Begründung dazu. Sie schweigen, Sie machen die Mauer, und wo Sie die Mehrheit in acht Arbeiterkammern haben, kassieren Sie auch schweigend, mauermachend bei den Belastungen der Arbeitnehmer mit.

Hohes Haus! Ich glaube, spätestens heute ist klargeworden, daß das Belastungsrekordpaket nur zum neuerlichen Stopfen von Budgetlöchern ohne Boden, nur zum Schuldenzahlen notwendig geworden ist, aber sicher nicht zur Sicherung der Arbeitsplätze, denn Arbeitsplätze sichern braucht man ja gar nicht, erklärte der Herr Bundesminister für „soziale Verteuerung“ zum Taus-Konzept für die Arbeitsplatzsicherung. Damit hat das Belastungsrekordpaket auch eine zweite Funktion bekommen - und das ist vielleicht das einzig Gute an diesem Belastungsrekordpaket -: Es ist auch ein Ausreden-Beendigungs-Paket für die SPÖ geworden. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident:** Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Haider.

Abgeordneter Dr. Haider (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Heute liegt mit dem Sozialversicherungs-Änderungsgesetz auch im Bereiche der Bauern-Pensionsversicherung ein sehr schwerwiegendes Gesetz zur Beschlußfassung vor. Ich darf zunächst feststellen, daß damit die sozialistische Regierungspartei den Boden eines Übereinkommens verlassen hat, das wir im vergangenen Jahr nach langen, sehr verantwortungsbewußten und sehr mühsamen, aber von beiderseitiger hoher Verantwortung getragenen Verhandlungen zustandegebracht haben.

Wir haben einvernehmlich dieses Sozialpaket des vergangenen Jahres auf viele Jahre hinaus als gemeinsame Neuregelung festgesetzt. Die Belastung, welche die Bauernschaft auf sich genommen hat, betrug allein im Jahre 1977 in der Bauernpension zirka 20 Prozent zusätzlich, in der Bauern-Krankenversicherung zirka 36 Prozent zusätzlich.

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist die Regierungspartei von diesem Einvernehmen, von diesem nach Treu und Glauben zustande gekommenen Paket einseitig abgegangen und legt uns im Bereiche der Bauern-Pensionsversicherung 1 Prozentpunkt zu, das sind genau 11,11 Prozent.

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Nach der im Vorjahr geschlossenen Vereinbarung war für das Jahr 1978 neben der normalen Dynamisierung von ungefähr 7 Prozent noch zusätzlich eine Belastung von 3 Prozent einvernehmlich durch die Erhöhung des Beitragssatzes von zirka 8,75 Prozent auf die vorgesehenen 9 Prozent vorgesehen, also Dynamisierung zirka 7 Prozent und diese Beitragssatzerhöhung in der Höhe von absolut 3 Prozent, das sind zusammen ungefähr 10 Prozent.

Nunmehr wurde durch diese einseitige Maßnahme der Regierungspartei, die uns heute zur Beschlußfassung vorliegt, eine Erhöhung um weitere mehr als 11 Prozent vorgenommen - oder soll vorgenommen werden -, das bedeutet, daß statt der vereinbarten 10 Prozent Beitragserhöhung nunmehr eine rund 21prozentige Erhöhung, also eine Verdoppelung dieser Erhöhung, stattfinden soll.

Ich darf das feststellen, weil wir uns gerade im Bereich der bäuerlichen Sozialversicherung immer bemüht haben, sehr verantwortungsbewußt bemüht haben, ein gemeinsames Parkett zu finden. Wir haben das bisher auch gefunden, aber nunmehr dieser einseitige Abgang von der Vereinbarung.

Aus diesem Grunde war auch der einvernehmliche Antrag, der gemeinsame Antrag zur Beitragstabelle in der Bauern-Krankenversicherung notwendig, den der Abgeordnete Pfeifer vorgetragen hat, weil wir nämlich im vergangenen Jahr für die Bauern-Krankenversicherung einen Umstieg auch auf das System des Versicherungswertes vereinbart hatten, der in der Bauern-Krankenversicherung im Jahre 1978 gerade in den höheren Einheitswertbereichen auch eine wesentliche Erhöhung bringen sollte.

Nunmehr ist es durch die einseitige Maßnahme des Bauernpensionsbeitrages unmöglich, gleichzeitig die vorgesehene Beitragsregelung im Jahre 1978 vorzunehmen. Zugleich darf ich darauf hinweisen, daß man uns auch in anderer Weise übel mitgespielt hat. Während nämlich der Arbeitnehmer in seiner Pensionsversicherung eine Beitragserhöhung von einem halben Prozent in Kauf nehmen muß, wird dem Bauern für seine Bauernpension ein voller Prozentpunkt auferlegt. Das ist das Doppelte dessen, was dem Arbeitnehmer auferlegt wird.

Und wenn immer wieder versucht wird, uns die schlechte finanzielle Situation der Bauern-Pensionsversicherung vorzuhalten, dann muß ich schon erwähnen, daß in unserem Bereich auf tausend zahlende Versicherte bereits mehr als 840 Pensions- und Leistungsempfänger entfallen, während zum Beispiel im Bereich der Pensionsversicherung der Angestellten auf tausend Versicherte rund 270 bis 280 Pensionsempfänger entfallen.

**Dr. Haider**

Nun glaube ich nicht, daß man uns allein die Folgen des großen Strukturänderungsprozesses in der Land- und Forstwirtschaft übertragen kann. Außerdem dürfen wir bemerken, daß es heute bereits Tausende und Abertausende Bauernhöfe gibt, in welche die Bauernpension hineinfließt, wo aber der Beitrag bereits über die Gebietskrankenkasse in andere Zweige der Pensionsversicherung fließt. Wir haben bisher anerkannt, daß die Öffentlichkeit uns bei diesem Strukturwandelungsprozess mit Verständnis begnet ist, empfinden es aber als außerordentlich schmerzlich, daß nunmehr vom bisherigen Modus der einvernehmlichen Regelung und des gegenseitigen Verständnisses in derart schwerwiegender Weise abgegangen worden ist.

So geht, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Bundesregierung mit einem Vertragspartner um, der wir ja schließlich bisher doch gewesen sind, und das muß sicher einiges zerstören, was bisher im Hinblick auf Treu und Glauben aufgebaut worden ist.

Es muß in uns den Zweifel wecken an der Verlässlichkeit von Abmachungen, die man mit der Regierungspartei getroffen hat, und ich muß sagen: Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren von der sozialistischen Regierungspartei, haben im Bereiche der Bauern-Pensionsversicherung das gemeinsame Parkett mit diesem Ihren Antrag verlassen. Wir haben uns sehr bemüht und wären für eine einvernehmliche Lösung zu neuerlichen Opfern bereit gewesen. Sie haben aber dieses gemeinsame Parkett verlassen und setzen nun einen einseitigen und schädlichen Schritt auf diesem wichtigen Sektor der Beitragsregelung in der Bauern-Pensionsversicherung.

Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Diesem unsozialen Gewaltakt können wir unsere Zustimmung nicht geben! (*Beifall bei der ÖVP.*)

**Präsident:** Zum Wort kommt die Frau Abgeordnete Dr. Hubinek.

Abgeordnete Dr. Marga **Hubinek** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, in dem Belastungspaket, das wir heute den ganzen Tag bereits abhandeln, ist die Novelle zum Familienlastenausgleichsgesetz wahrscheinlich die verhängnisvollste Materie. Unter dem Prätext, daß den ärmsten Familien Hilfe gebracht werden soll, die von der Steuergesetzgebung nicht profitieren, verbirgt sich ein Anschlag, den man wahrscheinlich keiner anderen Gruppe in diesem Lande verpaßt hätte.

Die Familie als eine sozial benachteiligte Gruppe muß in die Bresche springen, weil sich

die Erwartungen des Finanzministers im Hinblick auf das Steueraufkommen nicht erfüllt haben. Es wurde ja gestern in großer Offenherzigkeit bei der außerordentlichen Sitzung des Familienpolitischen Beirates, einer Sitzung, die die Familienorganisationen, ich will nicht sagen, erzwungen, sondern erbeten haben, von der Frau Staatssekretär sehr deutlich formuliert, daß dieses Budget eben dem Finanzminister keinen großen Spielraum gebe für wirtschaftspolitische Maßnahmen und daß sich eben das Geld des Familienlastenausgleichs angeboten hätte. Es werden heute mit einer Novelle, die, wie ich annehme, nur mit der Mehrheit der Sozialisten beschlossen werden wird, 15 Prozent der Einnahmen dieses Fonds – ganze 3 Milliarden Schilling – ausgeräumt.

Man kaschiert dies nun in der Form, daß die Familien die Pensionisten subventionieren sollten. Und ein bißchen unterschwellig hört man doch schon: Na ja, in diesem Lande gibt es mehr alte Menschen, es werden weniger Kinder geboren; und was ist denn wichtiger, Pensionen zu bezahlen oder Familienbeihilfen zu gewähren? Ich glaube, man will hier einfach eine Bevölkerungsgruppe gegen eine andere auspielen.

Ich glaube, man muß sehr deutlich sagen: Hier ist der Herr Finanzminister seinem gesetzlichen Auftrag nicht nachgekommen, den Bundeszuschuß zu den Pensionsversicherungsanstalten zu leisten, und er greift eben in einen anderen Topf, in einen Topf, der eigentlich seiner Einflußnahme weitgehend entzogen sein sollte, denn er hat Rechtspersönlichkeit, und es ist ein zweckgebundenes Geld.

Die Novelle, die nun heute zur Beschlußfassung steht, wurde vom Finanzminister initiiert und von einer Familienstaatssekretärin goutiert. Das, was uns so völlig unverständlich erscheint: Die Regierungsvorlage wurde in einen Antrag gegossen. Für diesen Antrag hat sich eine sozialistische Madatarin zur Verfügung gestellt, der man eigentlich ein besseres Wissen zutrauen sollte, von der man eine andere Haltung, eine andere Gesinnung aus dem Familienpolitischen Beirat kannte.

Der Herr Abgeordnete Melter hat gemeint, daß man die Frau Abgeordnete Metzker von ihren Diskussionen im Familienpolitischen Beirat kennt, wo sie sehr wohl über die Anliegen der Familie Bescheid wußte. Völlig unverständlich, daß sie sich für einen diesbezüglichen Antrag zur Verfügung stellt.

Ich habe vielleicht noch Verständnis, daß man dann und wann aus einem Parteigehorsam heraus zähneknirschend eine Zustimmung gibt zu einer Vorlage, vielleicht ein bißchen contre



**Dr. Marga Hubinek**

cœur. Kein Verständnis habe ich, daß man sich hier zum Antragsteller umfunktionieren läßt. Ich würde hier ein härteres Epitheton vermeiden wollen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Und vollends unverständlich war es, daß die Frau Kollegin Metzker, die als Antragstellerin auch im Finanzausschuß fungierte, sich in der gestrigen Fragestunde weitreichende Informationen vom sicherlich bestens informierten Herrn Bundeskanzler einholen wollte. Sie wollte gestern gern wissen, wie die Auswirkungen dieses Antrages zu sehen sind.

Ich weiß schon, daß man sich gelegentlich vielleicht eine Frage bestellt, weil es gute Gelegenheit bietet, sich ein bißchen zu berühren, nur war gestern das Timing sichtlich mißglückt. Es wurde auch heute die ÖVP - auch von der Frau Kollegin Metzker - wieder in einem Atemzug kommunistischer Methoden bezichtigt, weil wir lizitieren, und sie hat hier eine Reihe von Anträgen der ÖVP angeführt. Es ist ganz lustig, daß diese Anträge seitens der sozialistischen Abgeordneten in den Jahren 1966 bis 1969 gestellt wurden, nämlich die Valorisierung der Beihilfen und verschiedener Zulagen. Ich glaube: Es soll eine gewisse Bewußtseinslage in den Fragen der Familienpolitik geschaffen werden, und man widersetzt sich dann gelegentlich, wenn es eben die Budgetmittel nicht erlauben. Die Budgetmittel geben heuer überhaupt keinen Spielraum.

Etwas war gestern auch im Familienpolitischen Beirat erstaunlich, kam einer Kehrtwendung gleich, wenn man es plötzlich überspitzt auf eine Alternative hinauskommen läßt, was ist eigentlich der Bevölkerung wichtiger: die Auszahlung von Familienbeihilfen oder die Sicherung der Arbeitsplätze?

Die Sicherung der Arbeitsplätze ist offenbar ein Universalargument, womit man alles belegen und alles entschuldigen will. Und jede falsche Prognose, jede Fehleinschätzung des Budgets wird heute mit der Arbeitsplatzsicherung entschuldigt.

Ich glaube: Wenn heute mit einem Federstrich die Reserven des Familienlastenausgleichs ausgeräumt werden - ganze 5,5 Milliarden Schilling werden im kommenden Jahr aus den Überschüssen für andere Zwecke verwendet -, spüren die Familien, daß man ihnen jahrelang Gelder, die für sie bestimmt waren, vorenthalten hat. Diese vielgerühmten Reserven sind nämlich nach unserer Meinung nicht der Ausdruck eines gut wirtschaftenden Finanzministers, sondern die Tatsache, daß man Geld, das den Familien gehört, diesen vorenthalten hat. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Vielleicht sollte man den Sozialisten heute

noch einmal in Erinnerung rufen, was bisher eigentlich in all den Jahren von den Familienpolitikern - beider Lager müßte man beinahe sagen - unbestritten war: Daß der Familienlastenausgleich eine Einkommenskorrektur sein sollte, und zwar eine Einkommenskorrektur von Familien, die Kinder haben, und Familien, die keine Kinder haben. Und um diese Lasten zu tragen, wurden eben Gelder angespart. Diese Gelder, meine sehr geehrten Damen und Herren - das möchte ich jetzt auch sagen -, die Sie nun für Budgetlücken verwenden, die für die Arbeitsplatzsicherung dienen sollen, haben Sie seinerzeit als den Lohnverzicht der Dienstnehmer bezeichnet, weil ja die Haupteinnahmequelle dieses Lastenausgleichsfonds der 6prozentige Zuschlag zur Lohnsummensteuer war.

Als die Familien mit großer Sorge erfüllt waren, weil sie sich natürlich unschwer ausrechnen konnten, daß diese Praxis spätestens nach zwei Jahren einfach nicht mehr fortzusetzen ist - wenn ich heuer aus einem Topf 5,5 Milliarden Schilling nehme, aus einem Topf, in dem 9 Milliarden Schilling drinnen sind, so kann ich mir sehr wohl vorstellen, daß im Jahr 1979 die Zahlung der Beihilfen eben nicht mehr garantiert ist -, als die Familien versucht haben - ich glaube, ein durchaus legitimes Mittel in einer Demokratie -, vor dem Bundeskanzleramt zu demonstrieren, und als eine Delegation beim Herrn Bundeskanzler vorgeschrieben hat, war dieser höchst ungnädig. Er war bereits verstimmt, daß man es wagte, sich vor dem Bundeskanzleramt zu versammeln, und sicherlich auch nicht immer sehr schmeichelhafte Parolen gefallen sind. Er hat auch sehr rasch einen Vorwand gesucht, um die Delegation kurz des Saales zu verweisen. Ich gebe zu, ein Hinauswurf ist einfacher, als sich mit Argumenten auseinandersetzen zu müssen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Aber ich glaube, es wäre ein Irrtum anzunehmen, daß die Familien sich einfach alles gefallen lassen. Ich kann Ihnen heute versichern, daß wir dafür Sorge tragen werden, daß dieses Thema nicht von der Tagesordnung verschwinden wird, und das Ende wird eben unausweichlich sein, spätestens beim Rechnungsabschluß 1979. Es ist ja sicherlich kein Zufall, daß diese Regierung nur daran denkt, wie sie 1978 über die Runden kommt und vielleicht noch 1979 bis zum Wahltag.

Wir haben im Familienpolitischen Beirat beziehungsweise hier im Hause die Frage gestellt: Wie sieht denn die Bedeckung der Beihilfen im Jahr 1979 aus, wie sieht es aus, wenn ich von einem Topf mit 10 Milliarden Schilling oder 9 Milliarden Schilling in einem Jahr 5,5 Milliarden Schilling nehme? - Diese Frage wurde gestern im

**Dr. Marga Hubinek**

Familienpolitischen Beirat nicht beantwortet, und auch heute hat sich die Frau Staatssekretär in ihrer Wortmeldung um diese Frage herumgedrückt.

Völlig unverständlich ist eigentlich die Haltung der Gewerkschaftsmitglieder in diesem Hause, der Gewerkschaftsmitglieder innerhalb der sozialistischen Fraktion, weil sie sich selbst von ihrer Argumentation entfernen, daß der Lastenausgleich durch einen Lohnverzicht der Dienstgeber gespeist wurde.

Und weil dieses Geld wirklich nichts mit dem Budget zu tun haben sollte, hat seinerzeit ein Finanzminister - und ich gebe zu, es ist dies ein Finanzminister, der der ÖVP angehörte - diesem Fonds Rechtspersönlichkeit verschafft. Er wollte eben damit deutlich machen, daß diese Gelder zweckgebunden nichts mit dem Budget zu tun haben.

Wenn Sie heute mit einer einfachen Mehrheit - sicherlich mit einer sehr dünnen Mehrheit - die Ausräumung der Mittel beschließen werden - wir werden getrennte Abstimmung verlangen, wir werden der Umstellung des Systems zustimmen, hingegen nicht der Ausräumung des Fonds -, wenn es Ihnen heute gelingt, diese Ausräumung vorzunehmen, so haben Sie deshalb diese Möglichkeit, weil Sie jahrelang versäumt haben, einem Antrag nachzugeben, der im Familienpolitischen Beirat diskutiert wurde und eine Mehrheit gefunden hat, nämlich eine Dynamisierung dieser Beihilfen vorzunehmen.

Zur heutigen Novelle, die Sie groß als Erfolg verkaufen, weil Sie sagen, 300 000 Familien hätten einen echten Vorteil, jene Familien, die eben nicht von den Steuerabsetzbeträgen Gebrauch gemacht haben, glaube ich, muß man zweierlei sagen. Diese Zahl von 300 000 Familien gehört ins Traumreich. Es ist dies eine imaginäre Zahl, die Sie aus Statistiken herausgelesen haben wollen, die aus den Jahren 1972 und 1973 stammen. Daß in der Zwischenzeit immer mehr Familien in die Steuerprogression gewachsen sind, das, glaube ich, wissen Sie so gut wie wir. Die Zahl von 300 000 Familien, die offensichtlich durch Ihre Maßnahme einen Vorteil erfahren, dürfte sicherlich nicht stimmen! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Die Mehrzahl der Familien in diesem Lande wird aber von dieser Maßnahme nicht nur keinen Vorteil haben - sie dürfte ganze 5 S profitieren -, die Mehrheit muß zittern, daß im Jahr 1979 die Beihilfen nicht mehr ausbezahlt werden, oder Sie lassen sich wieder eine neue Steuer einfallen.

Wie „sorgsam“ Ihr Gesetz vorbereitet wurde, hat sich bei den Beratungen im Finanzausschuß

gezeigt. Es wurde nämlich auf mehrere Fälle hingewiesen, wo es für den Steuerzahler ein echter Nachteil ist, wenn das Kind nicht mehr im Steuerrecht verankert ist, daß es also eine Reihe von Fällen gibt, wo man zwar die Kinderabsetzbeträge geltend machen konnte, aber keine Beihilfe erhalten hat, weil das Kind in Ausbildung begriffen war und ähnliches. Der Herr Finanzminister hat die diesbezügliche Frage vom Tisch gefegt und hat gemeint: Dann wird man eben eine Verordnung machen, man wird eine entsprechende Auslegung finden. Das zeigt wieder, wie „sorgsam“ eigentlich hier die Gesetze vorbereitet werden.

In jeder Wortmeldung berufen sich sozialistische Mandatare stereotyp auf die großen familienpolitischen Leistungen, die eine sozialistische Alleinregierung gebracht hat. Ich glaube, man sollte einmal sehr deutlich hier mit Zahlen entgegnen, und ich glaube, zwei Zahlen zeigen es eigentlich sehr deutlich: Wenn das Pro-Kopf-Einkommen in den Jahren 1970 bis 1976 um 97 Prozent gestiegen ist, so ist die Familienbeihilfe für die Familie mit einem Kind wohl um 125 Prozent gestiegen, aber für die Familie mit drei Kindern - und auch die gibt es, meine sehr geehrten Damen und Herren - nur mehr um 79 Prozent. 79 Prozent gegenüber 97 Prozent! Und auf der anderen Seite haben Sie eine Reserve von 10 Milliarden Schilling.

Ich glaube, das beweist auch etwas: Die Familie mit mehr als einem Kind, meine sehr geehrten Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion, entspricht eben nicht der Klischeevorstellung der sozialistischen Familie. Und weil nicht sein darf, was nicht sein kann, wird eben diese Familie doppelt bestraft. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Die heutige Vorlage bedient sich auch billiger Tricks. *(Abg. Treichl: Das sagt die ÖVP-Fraktion und kein Mensch sonst in Österreich!)* Billiger Tricks! Sie sollten sich die Vorlage ansehen. Ich kann mir vorstellen, daß Sie dazu keine Zeit hatten, wenn Sie in solcher Eile mit Vorlagen überfallen wurden. *(Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP.)*

Die Novellierung des Familienlastenausgleichsgesetzes bedient sich aber auch billiger Tricks, Taschenspielertricks. Wenn ich eine Beihilfe, die bisher vierzehnmal ausbezahlt wurde, eben nur mehr zwölfmal auszahle, ergibt sich von selbst, daß diese dann eine Erhöhung erfährt. - Tricks, die der Blinde mit dem Stock greift.

Aber ich glaube nicht - und das möchte ich zum Schlusse sagen -, daß man auf die Dauer gesehen die Familie Österreicher mit Bluffs regieren kann. Ich glaube, daß man nur eine

**Dr. Marga Hubinek**

bestimmte Zeit, nur eine bestimmte Anzahl von Menschen mit Tricks regieren kann, die sie nicht durchschauen. Ich glaube, daß auch in der Politik irgendwann der Tag kommt, wo man auf eine ehrliche Aussage nicht verzichten kann. *(Präsident Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.)*

Sie werden sich heute im Besitz Ihrer Macht, die Sie sehr schonungslos einsetzen, über alle Vorstellungen hinwegsetzen, die bisher bei Familienpolitikern beider Lager unbestritten waren. Aber ich darf Ihnen sagen, meine sehr geehrten Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion: Wir werden dafür sorgen, daß die österreichischen Familien immer wieder an die Demonstration Ihrer Macht am heutigen Tage erinnert werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

**Präsident Minkowitsch:** Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Blenk. Ich erteile es ihm.

**Abgeordneter Dr. Blenk (ÖVP):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als ich heute in der Sendung „Zeit im Bild 1“ den kurzen Bericht über die heutige Parlaments-sitzung sah, war das ganze mit den Worten überschrieben: Parlament – Maßnahmenpaket. Dazu eines: Es ist überraschend, immer wieder feststellen zu müssen, wie selbstverständlich und wie rasch gewisse Sprachregelungen, die Sie sich zurechtlegen, in den Massenmedien Eingang finden.

Maßnahmenpaket – Sie haben dann gelegentlich dazugesagt: zur Sanierung der Wirtschaft und der Finanzen. Sanierung bedeutet, man muß etwas Krankes gesund machen. Vor einem halben Jahr haben Sie noch bestritten, daß es etwas zu sanieren gebe. Wir haben diesem ganzen Paket, das heute zur Behandlung steht und das Sie voraussichtlich anschließend mit Ihrer knappen Mehrheit beschließen werden, von Anfang an den Namen „Belastungspaket“ gegeben.

Und in der Tat, meine Damen und Herren, ist dieses Belastungspaket, das wir heute zu verhandeln hatten, eine Folge der verfehlten Wirtschafts- und Finanzpolitik einer Regierung; einer Finanzpolitik, die wir seit Jahren aufgezeigt haben, auf deren Konsequenzen und Folgen wir seit Jahren warnend hingewiesen haben und bei der Sie letztlich dort gelandet sind, daß Sie feststellen müssen – und wir alle, leider Gottes, mit –, daß wir ein Defizit, eine Staatsschuld, eine Auslandsverschuldung haben, wie wir sie seit 1970 nie hatten, daß sie sich verdreifacht bis versiebenfacht hat.

Die Regierung hat nun nichts Besseres gewußt und weiß nichts Besseres, als neuerdings die

Steuerschraube anzuziehen, als die größte Belastungswelle seit 1945 in Gang zu setzen, eine Welle, die nicht nur die gesamte mittelständische Wirtschaft, sondern praktisch jeden Österreicher in einem eklatanten Maße trifft.

Sie haben heute gelegentlich davon gesprochen, daß notwendige Maßnahmen etwas kosten. Wir haben errechnet – und das ist Ihnen bekannt –, daß allein das, was Sie heute beschließen werden, für das nächste Jahr eine Belastung der Österreicher von rund 17 Milliarden Schilling darstellt.

Und wie sagte der Herr Finanzminister in seinen Erläuterungen zum 2. Abgabenänderungsgesetz: Das alles geschehe zur Verbesserung der Zahlungsbilanz. Ich sage: mitnichten. Genau das Gegenteil wird und muß leider der Fall sein, denn diese Belastungswelle, die Sie heute mit diesem Paket beschließen, wird zu einer Mehrbelastung der Unternehmen und damit zu einer Ausweitung der Kostenschere führen. Sie wird außerdem mit der Zwangsauflösung des Sozialkapitals in den Betrieben eine Verminderung der Eigenkapitalbasis herbeiführen und damit eine weitere Verschuldung der Unternehmen, eine Erschwerung der Wettbewerbssituation vor allem auf den ausländischen Märkten, weiters automatisch eine Begünstigung der Importe, kurz: Sie wird zwangsläufig eine weitere Verschlechterung der Handelsbilanz und vor allem auch eine Gefährdung von Arbeitsplätzen bringen, abgesehen von der sozialen Schlechterstellung, die damit für die Arbeitnehmer verbunden ist. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren, es klingt daher fast wie ein Hohn, wenn Sie nun das ganze Paket, das Sie heute beschließen, unter den Aspekt der angeblichen Sicherung der Arbeitsplätze stellen! Wir wissen alle – und das haben Sie heute hinreichend bewiesen –, daß Ihnen jegliches Konzept für eine aktive, sinnvolle Bekämpfung einer drohenden Arbeitslosigkeit oder auch nur für eine Sicherung der Arbeitsplätze fehlt.

Heute mußten wir in Ihrer „Arbeiter-Zeitung“ lesen, daß die VÖEST 16 000 Arbeiter zur Umschulung bereitstellt. Meine Damen und Herren, was heißt denn das? Das heißt doch nicht mehr und nicht weniger, als daß diese Arbeitskräfte in jedem anderen Unternehmen, das nicht quasi Pragmatisierungen ausstellen kann, gekündigt werden müßten. Denn als was wollen sie sie umschulen, diese Berg- und Metallarbeiter: Als Bäcker? Als Konditoren? Als was? – Wissen Sie, was geschieht? Aus Mitteln der Sozialverwaltung, aus Mitteln der Arbeitsmarktfürsorge, aus Steuermitteln werden diese Arbeitskräfte sozusagen umgeschult. De facto werden sie freigestellt, das heißt, sie sind bereits

**Dr. Blenk**

ein eklatantes Beispiel für die schon in beträchtlichem Ausmaß bestehende Arbeitslosigkeit.

Nun wird mit diesem 2. Abgabenänderungsgesetz steuerrechtlich ein Weg beschritten, der bisher weder in Österreich noch in irgendeinem westeuropäischen Lande üblich und vorstellbar war.

Wenn, meine Damen und Herren, betriebsnotwendige Anschaffungen und Betriebsausgaben steuerlich nicht mehr anerkannt werden, wenn künftige Verpflichtungen eines Unternehmers nicht mehr in die Steuerbilanz aufgenommen werden dürfen, dann werden damit jahrzehntealte selbstverständliche Grundsätze des Steuerrechtes und der Bilanzierung über den Haufen geworfen. Das ist in Wahrheit eine Abkehr, so möchte ich es hier feststellen, von marktwirtschaftlichen Ordnungsprinzipien, und das ist in der Konsequenz ein weiterer Schritt in Richtung zentrale Verwaltungswirtschaft. Die Beseitigung der Abfertigungsrücklage und die Beschränkung der Bildung von Pensionsrückstellungen werden außerdem die steuerlichen Vorsorgemöglichkeiten für solche Sozialleistungen entscheidend verkürzen, ja unmöglich machen.

Was hat der Herr Präsident der Metallarbeitergewerkschaft – und des Österreichischen Fußballbundes – zu dieser Tausende und Hunderttausende Arbeitskräfte betreffenden Schlechterstellung gemeint? Er hat das als einen Abbau von Privilegien bezeichnet, von Privilegien, meine Damen und Herren, die 300 000 Arbeitskräfte in Österreich genießen. Das ist eine Politik, von der wir glauben, daß sie sich würdig an all die Äußerungen und Feststellungen reiht, die im Zusammenhang mit der ganzen Vorbereitung der heutigen Belastungswelle immer wieder feststellbar waren.

Ich möchte, Herr Bundesminister für Finanzen und Herr Vizekanzler, zwei Äußerungen von Ihnen zitieren, die mir einfach symptomatisch zu sein scheinen für die Überheblichkeit, mit der Sie dieses ganze Paket vorbereitet und auch durchgezogen haben.

So haben Sie etwa im „Mittagsjournal“ am 27. August auf die Anfrage, ob eventuell zusätzliche Belastungen kommen werden, gemeint: Ja, wenn man der Meinung ist, daß die Defizite reduziert werden müssen, dann darf man nicht die Maßnahmen, die dazu dienen, kritisieren, was in letzter Zeit – so haben Sie dann sehr vorwurfsvoll hinzugefügt – von der Wirtschaft und der ÖVP geschehen ist.

Ich kann nur fragen, Herr Bundesminister: Wo leben wir denn? Was ist das für ein Demokratieverständnis? Man darf nicht kritisieren, wenn man die letzten Hilfsmaßnahmen für den

Schlamassel, den wir seit Jahren aufzeigen, den Sie seit Jahren ignoriert haben, wenn man diese Maßnahmen in dieser Form als verfehlt ansieht?

Knapp 14 Tage später haben Sie, Herr Bundesminister, auf die Frage, ob nach den Demonstrationen, die damals von etwa 5 000 österreichischen Unternehmern gegen dieses 2. Abgabenänderungsgesetz durchgeführt wurden, weiter verhandelt werde, gemeint: Ich glaube – und auch das ist typisch für die Arroganz und für die Überheblichkeit der Herren von der Regierung –, das müssen sich die Demonstrierenden überlegen, denn sie zerschneiden das Tischtuch mit einer Demonstration, und immer derjenige, der weggeht, muß sich überlegen, wie er wieder zurückkommt.

Herr Bundesminister für Finanzen! Das klingt so, als wäre die ganze Wirtschaft gwissermaßen Gnaden- und Almosenempfänger des Finanzministers! Haben Sie nie bedacht, daß es genau umgekehrt ist?

Auf die Frage, ob weitere Zugeständnisse möglich seien und ob der Wirtschaft entgegenkommen werde, haben Sie gemeint: Sicherlich nicht und schon gar nicht unter dem Druck der Straße, das ist sicherlich nicht möglich.

Dieser „Druck der Straße“: darunter versteht man etwa den Mob, das ist das letzte. Wir sehen das ja in letzter Zeit immer wieder. Wir haben das vom Herrn Bundeskanzler erlebt, der seinerzeit die Bauern, als sie aufmarschierten, als Kommunisten beschimpft hat, der zuletzt den Familienverbänden nicht nur nicht Rede und Antwort gestanden ist, sondern sie quasi hinausgeworfen hat, und der schließlich Tausenden von Atomkraftgegnern gesagt hat, sie seien Lausbuben und Kommunisten. (*Abg. Dr. Kreisky: Das habe ich nicht gesagt! Das ist nicht wahr!*) Herr Bundeskanzler! Es gibt ein Fernsehen! Sie haben mir hier in der letzten Fragestunde, als ich Sie mit einem Widerspruch in Ihrer Äußerung mit dem Generaldirektor der VÖEST konfrontiert habe, gesagt: Ich verbitte mir diesen Ton. Sie verbitten sich genauso die Kritik, die sich der Herr Bundesminister für Finanzen verbittet, Sie verbitten sich diesen Ton. Herr Bundeskanzler, das sind Fakten! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wenn Sie nicht so genau gekommen wären im Fernsehen, diese beiden Worte: „Lausbuben“ und „Terroristen“! (*Abg. Dr. Kreisky: Das ist eine Unwahrheit, was Sie da sagen!*) Ich habe es gehört und Abertausende von Österreichern mit mir, Herr Bundeskanzler! Ich bedauere das. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Der Herr Minister Androsch verhandelt nicht mit der Straße. Ich frage Sie: Wo haben Sie dann verhandelt? Sie haben mit Ihrer ganzen Frak-

**Dr. Blenk**

tion, so mußte ich mir leider sagen lassen, im Finanzausschuß das bedrückende Schauspiel einer stummen Riege von untergeordneten Kutschern geboten. (*Beifall bei der ÖVP. - Abg. Dr. Androsch: Waren Sie dort?*) Ich war leider nicht dort, Herr Bundesminister. Aber soviel können Sie mir zutrauen: daß ich den Berichten meiner Parteifreunde bei Gott diesbezüglich hinreichend vertraue. Oder wollen Sie das Gegenteil behaupten? (*Abg. Dr. Androsch: Wie oft habe ich gesprochen!*) Ich rede nicht von Ihnen, ich rede von der Riege der sozialistischen Parlamentarier. Sie haben ja die Verwaltung vertreten und nicht das Parlament. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich möchte hier, Herr Bundesminister für Finanzen und Herr Klubobmann Fischer, zum Thema „Kommunisten“ noch ein Wort sagen. Mir scheint das deswegen bedeutsam zu sein, weil ich hierin eine traumatische Verdrängung sehe. Der Herr Bundesminister für Finanzen hat gestern gemeint - die Blutsverwandtschaft hat er ja anerkannt -, immerhin könnten sich Blutsverwandte nicht ehelichen. Aber ich sage Ihnen folgendes, Herr Bundesminister, und auch vor allem Ihnen, Herr Bundeskanzler, als einem der Mitautoren des heute noch geltenden Parteiprogrammes der SPÖ: Am 13. Mai des Jahres 1958 hat Herr Benedikt Kautsky, Mitautor des sozialistischen Parteiprogrammes, dieses Parteiprogramm mit folgenden Worten vorgestellt: Wir haben hier ein Programm geschaffen, das für jeden wählbar ist. Und ich sage Ihnen jetzt, warum ich das zitiere. (*Abg. Libal: Sie sind ein Wichtigmacher, sonst gar nichts!*) Das für jeden wählbar ist, hat Herr Kautsky gesagt (*Abg. Sekanina: Sie sagen überhaupt nichts!*); für Christen, für Sozialisten, für Atheisten. Dann hat er noch einen interessanten Satz angefügt: Wir handeln meiner Meinung nach am besten im Sinne von Marx und Engels, wenn wir nicht an ihren Worten kleben, sondern wenn wir in ihrem Geiste handeln, im Geiste des demokratischen Sozialismus.

Meine Damen und Herren! Das heißt, der Geist des demokratischen Sozialismus, den Sie vertreten, ist der Geist von Marx und Engels. Und ich sage Ihnen nun eines: Wenn eine Partei mit einem solchen Programm, zu dem sie sich seit 1958 bei jeder Gelegenheit bekennt, irgendwohin kommunistische Gefährdungen oder Infiltrationen verteilt, dann ist das die „Haltet-den-Diebi!“-Methode, meine Damen und Herren! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich meine, daß in dieser ideologischen Langzeitausrichtung der SPÖ, die eindeutig - ich wiederhole - marxistisch ist und damit das Bruderverhältnis zu den Kommunisten unterstreicht, letztlich der Schlüssel zu der ganzen

derzeitigen wirtschaftspolitischen Situation und zu den heutigen Maßnahmen liegt.

Meine Damen und Herren! Ich möchte hier folgendes festhalten: Es steht auch in diesem Programm - und ich empfehle immer wieder all jenen, die fragen: Was will denn die SPÖ tatsächlich im Bereich der Wirtschaft?, es zu lesen - etwas sehr Interessantes, etwas, das diese ständige Aushöhlung des freien Unternehmers, der privaten Unternehmen sehr verständlich macht. Dort heißt es nämlich:

Die Wirtschaft bedarf einer Kontrolle. Diese Kontrolle ist nur möglich im Wege der Sozialisierung.

Und dann gibt es eine sehr interessante Abgrenzung nach unten, es heißt nämlich:

Nicht sozialisiert werden Einmannbetriebe und Produktionsmittel, die der persönlichen Arbeit dienen.

Das muß man wissen, und ich wollte das nur deswegen anfügen, weil diese permanente Unterhöhlung der unternehmerischen Entscheidungsfähigkeit, der unternehmerischen Kapitalbildungsmöglichkeiten ideologisch ja sehr fundiert ist. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich weiß schon, meine Damen und Herren, noch wagt man es nicht, das Eigentum selbst direkt anzugreifen. Man höhlt es aus, und man tut das permanent. Man nimmt Schritt für Schritt den Unternehmungen die Entscheidungsfreiheit durch ständig größere Abschöpfungen - das geschieht mit den heutigen Gesetzen -, durch eine ständige Minderung der Eigenfinanzierungsmöglichkeiten, durch immer stärkere Beeinflussung und Lenkung und letztlich durch Lähmung der unternehmerischen Investitionsentscheidungen.

Noch eines möchte ich kurz anführen, und das ist die heute schon erwähnte grundsätzlich bedenkliche Haltung gegenüber den Familien. Auch das hat einen sehr klaren ideologischen Hintergrund. Denn die Maßnahmen, die Sie heute beschließen werden, meine Damen und Herren, die bedrückende Tatsache, daß kurz gesagt die letzten noch verbliebenen Begünstigungen, ja auch nur die Erwähnung der Familien im Steuerrecht, vom Tisch gefegt wurden, das sind keine Zufälle. Wir haben im Laufe der letzten Monate einige Diskussionen in Ausschusssitzungen gehabt, wo ich all das bestätigt gefunden habe: diese völlige Aushöhlung der Institution der Familie durch eine Degradierung der Familienerhalter einerseits und durch eine Entfinanzierung der Familie schlechthin. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Damit ist etwas geschehen, meine Damen und Herren, was schlicht und einfach bedeutet: die

**Dr. Blenk**

Familie ist aus der Reihe der steuerlich begünstigten, der steuerlich zu berücksichtigenden Sonderfälle herausgefallen. Gleichzeitig wird ja der Familienlastenausgleichsfonds – das wurde heute schon gesagt – um rund ein Sechstel gekürzt, also um 15 Prozent, und es ist abzusehen, daß in zwei, drei Jahren letztlich die völlige Ausschöpfung eine Tatsache ist.

Dabei übersehen Sie offenbar eines, meine Damen und Herren, und das ist für mich das Unverständliche – Herr Wille, ich spreche Sie jetzt persönlich an, weil Sie kürzlich gesagt haben, es sei eine atemberaubende Fehlhaltung, heute noch die Familien zu fördern –: Wir haben vor kurzem gehört, daß Österreich ein sterbendes Land ist, daß wir in Österreich in einem Jahr einen Sterbeüberschuß, lies ein Geburtenminus von 8 000 hatten. Und da forcieren Sie immer noch die ständige Benachteiligung der Familie!

Schließlich noch einige Feststellungen zur Frage der Luxussteuer. Das muß ich sagen, weil nämlich der Herr Finanzminister mit besonderem Nachdruck erwartet, daß diese Luxussteuer nun tatsächlich durch Verteuerung, wie er meinte, der Importwaren zu einer echten Sanierung und Verbesserung der Zahlungsbilanz führt. Ich sage Ihnen, und das ist keine leere Befürchtung, daß heute in allen Grenzgebieten – und ich spreche hier von einem Land, von Vorarlberg, wo die Grenze zum täglichen Brot gehört – mit voller Berechtigung nicht nur befürchtet, sondern sicher erwartet wird, daß die Käufe im Ausland sprunghaft ansteigen werden. Wenn Sie Photoapparate, Uhren, Filme . . . (*Abg. Dr. Androsch: Autos!*) Herr Bundesminister! Darüber wurde heute schon so viel gesprochen, daß ich an Ihrer Stelle dieses Thema nicht mehr erwähnen würde, das ist das bedrückendste Phänomen am ganzen! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Aber ich meine die anderen Dinge, die Sie als Luxuswaren einstufen: Photoapparate – Sie wissen es ja, wir haben es heute schon gehört –, Filmprojektoren, Filme und dergleichen mehr, selbst Autoradios, Tonbandgeräte, Musikinstrumente, Uhren. (*Abg. Dr. Androsch: Wohnwagen!*) Herr Bundesminister! Sie haben hier in dieser Richtung keine Abgrenzung getroffen. Ich möchte nur sagen: Die Zahlungsbilanzenerwartungen, die Sie darein setzen, werden in sehr vielen Grenzbereichen weitestgehend ins Negative umschlagen. Und das ist wieder eine Konsequenz, die Sie wahrscheinlich nicht bedacht haben, die aber jedenfalls nur eines bedeutet: Es geht Ihnen primär offenbar um die Belastung und nicht um die Begünstigung.

Ich komme nun zum Schluß und fasse zusammen: Diese gigantische Belastungswelle, der Sie anschließend mit knapper Mehrheit die Zustimmung geben werden, meine Herren

Sozialisten, wird zu einem beklemmenden Zeugnis des Scheiterns der gesamten bisherigen sozialistischen Wirtschafts-, Finanz- und auch Sozialpolitik. Sie läßt Österreichs Wirtschaft mit zusätzlichen Hypotheken in die zu erwartende Konjunkturabschwächung des kommenden Jahres gehen.

Herr Bundesminister! Ihnen ist bekannt, daß im Bereich der EWG durch Empfehlung von oben genau das Gegenteil von dem angeraten wurde, was Sie tun, nämlich Entsteuerung, Entlastung, auf daß den zu erwartenden Wirtschaftsrezessionen besser entgegengetreten werden kann. Sie tun das Gegenteil. Ich meine, daß das alles einen weiteren betrüblichen Schritt in jene Richtung bedeutet, die wir ja kennen: in die familien-, in die unternehmerfeindliche, in jene unsoziale marxistisch-sozialistische Gesellschaftspolitik, die Sie seit sieben Jahren betreiben und die Sie sicherlich in diesem Maße nicht mehr mehrere Jahre weiterführen können – denn das werden die Österreicher auch bald hinreichend merken. Danke. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident **Minkowitsch**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Die Herren Berichterstatter verzichten auf ein Schlußwort.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung, die ich über jeden der vier Gesetzentwürfe getrennt vornehme.

Wir gelangen zuerst zur Abstimmung über den Entwurf des 2. Abgabenänderungsgesetzes 1977 samt Titel und Eingang in 660 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Das ist mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen sogleich zur dritten Lesung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf auch in dritter Lesung ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. – Der Gesetzentwurf ist somit auch in dritter Lesung angenommen.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den Entwurf einer Novelle des Familienlastenausgleichsgesetzes 1967 in 661 der Beilagen. Da Abänderungsanträge vorliegen und ferner getrennte Abstimmung verlangt ist, gehe ich so vor. Wir kommen zunächst zur Abstimmung über Artikel I bis einschließlich Ziffer 4 in der Fassung des Ausschußberichtes.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Teil des Gesetzentwurfes ihre Zustimmung

**Präsident Minkowitsch**

geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Dies ist einstimmig angenommen.

Hinsichtlich des Artikels I Ziffer 5 liegt ein Abänderungsantrag der Abgeordneten Melter und Genossen vor.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Teil des Gesetzentwurfes in der Fassung dieses Abänderungsantrages zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. – Dies ist die Minderheit. Abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über Artikel I Ziffer 5 in der Fassung des Ausschußberichtes.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Dies ist einstimmig angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über Artikel I Ziffern 6 und 7 in der Fassung des Ausschußberichtes.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Dies ist einstimmig angenommen.

Hinsichtlich des Artikels I Ziffer 8 ist getrennte Abstimmung verlangt.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Teil des Gesetzentwurfes zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. – Dies ist mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über Artikel I Ziffer 9 bis einschließlich des Eingangssatzes im § 39 Abs. 5 in der Ziffer 14 in der Fassung des Ausschußberichtes.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Teil des Gesetzentwurfes ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Dies ist einstimmig angenommen.

Zu Artikel I Ziffer 14 § 39 Abs. 5 lit. a liegt ein Abänderungsantrag der Abgeordneten Melter und Genossen vor.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Teil des Gesetzentwurfes in der Fassung dieses Abänderungsantrages ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Dies ist die Minderheit. Abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über § 39 Abs. 5 lit. a in der Fassung des Ausschußberichtes.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Dies ist mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die restlichen Teile der Ziffer 14 im Artikel I in der Fassung des Ausschußberichtes.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Dies ist einstimmig angenommen.

Hinsichtlich des Artikels I Ziffer 15 ist getrennte Abstimmung verlangt.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Teil des Gesetzentwurfes zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. – Dies ist mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über Artikel I Ziffer 16 in der Fassung des Ausschußberichtes.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Dies ist einstimmig angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über Artikel I Ziffer 17, hinsichtlich der getrennte Abstimmung verlangt ist.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Dies ist mit Mehrheit angenommen.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über die restlichen Teile des Gesetzentwurfes samt Titel und Eingang in 661 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Dies ist einstimmig angenommen.

Damit ist die zweite Lesung beendet.

Wir kommen sogleich zur dritten Lesung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. – Der Gesetzentwurf ist mit Mehrheit auch in dritter Lesung angenommen.

Wir gelangen zur Abstimmung über den Entwurf der Änderung des Fernmeldeinvestitionsgesetzes samt Titel und Eingang in 647 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Dies ist mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen sogleich zur dritten Lesung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf auch in dritter Lesung ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. – Der Gesetzentwurf ist mit Mehrheit auch in dritter Lesung angenommen.

Wir gelangen schließlich zur Abstimmung über den Entwurf des Sozialversicherungs-Änderungsgesetzes in 663 der Beilagen.

**Präsident Minkowitsch**

Da Abänderungsanträge vorliegen und ferner getrennte Abstimmung verlangt ist, gehe ich so vor.

Wir kommen zunächst zur Abstimmung über Artikel I bis einschließlich Ziffer 7 in der Fassung des Ausschußberichtes.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Dies ist mit Mehrheit angenommen.

Hinsichtlich des Artikels I Ziffer 8 betreffend § 293 Abs. 1 und 2 ASVG ist getrennte Abstimmung verlangt.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Teil des Gesetzentwurfes zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. – Dies ist einstimmig angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über Artikel I Ziffer 9 betreffend § 447 a Abs. 3, hinsichtlich der ebenfalls getrennte Abstimmung verlangt wurde.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Dies ist einstimmig angenommen.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über die restlichen Teile des Artikels I sowie über Artikel II Ziffer 1 in der Fassung des Ausschußberichtes.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Dies ist mit Mehrheit angenommen.

Hinsichtlich der Ziffer 2 im Artikel II betreffend § 90 Abs. 1 und 2 Gewerbliches Selbständigen-Pensionsversicherungsgesetz ist getrennte Abstimmung verlangt.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Teil des Gesetzentwurfes ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Dies ist einstimmig angenommen.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über Artikel III und Artikel IV Ziffer 1 in der Fassung des Ausschußberichtes.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Dies ist mit Mehrheit angenommen.

Hinsichtlich des Artikels IV Ziffer 2 betreffend § 86 Abs. 1 und 2 Bauern-Pensionsversicherungsgesetz ist getrennte Abstimmung verlangt.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Teil des Gesetzentwurfes ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Dies ist einstimmig angenommen.

Zu Artikel V Ziffer 1 liegt ein Abänderungsantrag der Abgeordneten Pfeifer, Anton Schlager und Genossen vor.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Teil des Gesetzentwurfes in der Fassung dieses Abänderungsantrages zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. – Dies ist einstimmig angenommen.

Hinsichtlich des Artikels V Ziffern 2 und 3 haben die Abgeordneten Pfeifer, Anton Schlager und Genossen Streichung beantragt.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Streichungsantrag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Dies ist einstimmig angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die bisherige Ziffer 4 im Artikel V in der Fassung des Ausschußberichtes.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Dies ist mit Mehrheit angenommen.

Im Hinblick auf die Streichung der bisherigen Ziffern 2 und 3 im Artikel V erhält diese Ziffer die Bezeichnung „2“.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über Artikel VI in der Fassung des Ausschußberichtes.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Dies ist mit Mehrheit angenommen.

Es liegt nunmehr ein Zusatzantrag der Abgeordneten Dr. Schranz, Dr. Schwimmer und Genossen auf Einfügung eines neuen Artikels VI a vor.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Zusatzantrag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Dies ist einstimmig angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Artikel VII bis einschließlich des Eingangssatzes im Artikel X in der Fassung des Ausschußberichtes.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Dies ist mit Mehrheit angenommen.

Zu lit. a im Artikel X liegt ein Abänderungsantrag der Abgeordneten Pfeifer, Anton Schlager und Genossen vor.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Teil des Gesetzentwurfes in der Fassung dieses Abänderungsantrages ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Das ist einstimmig angenommen.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die restlichen Teile des Gesetzentwurfes samt Titel und Eingang in der Fassung des Ausschußberichtes 663 der Beilagen.



**Präsident Minkowitsch**

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Dies ist mit Mehrheit angenommen.

Damit ist die zweite Lesung beendet.

Wir kommen sogleich zur dritten Lesung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf auch in dritter Lesung ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. – Der Gesetzentwurf ist mit Mehrheit auch in dritter Lesung angenommen.

**5. Punkt: Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (618 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem Überschreitungen der Ansätze des Bundesfinanzgesetzes 1977 genehmigt werden (Budgetüberschreitungsgesetz 1977) (646 der Beilagen)**

Präsident **Minkowitsch**: Wir gelangen zum 5. Punkt der Tagesordnung: Budgetüberschreitungsgesetz 1977.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Hirscher. Ich bitte ihn, die Debatte zu eröffnen.

Berichterstatter **Hirscher**: Herr Präsident! Hohes Haus! Die Bundesregierung hat am 4. Oktober 1977 den Entwurf eines Budgetüberschreitungsgesetzes 1977 im Nationalrat eingebracht. Der Gesamtüberschreibungsbetrag von rund 2 697 Millionen Schilling soll durch Ausgabenumschichtungen von rund 1 849 Millionen Schilling, Mehreinnahmen von rund 837 Millionen Schilling und Rücklagenaufösungen in Höhe von rund 11 Millionen Schilling bedeckt werden.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt den Antrag, der Nationalrat wolle dem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf (618 der Beilagen) die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident **Minkowitsch**: Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

Zum Wort ist niemand gemeldet.

Wir gelangen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf samt Titel und Eingang in 618 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Dies ist mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen sogleich zur dritten Lesung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf auch in dritter Lesung ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. – Dies ist mit Mehrheit auch in dritter Lesung angenommen.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Ich gebe bekannt, daß in der heutigen Sitzung die Anfragen 1439/J bis 1445/J eingelangt sind.

Die nächste Sitzung des Nationalrates berufe ich für Donnerstag, den 17. November, 10 Uhr, ein.

Die Tagesordnung dieser Sitzung wird durch schriftliche Benachrichtigung bekanntgegeben werden.

Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluß der Sitzung: 23 Uhr 40 Minuten**